

**Bericht**  
**zur Aussenwirtschaftspolitik 2001**  
**sowie**  
**Botschaften zu Wirtschaftsvereinbarungen**

vom 9. Januar 2002

---

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Präsident,  
sehr geehrte Damen und Herren,

gestützt auf Artikel 10 des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1982 über aussenwirtschaftliche Massnahmen (SR 946.201; „Gesetz“) beehren wir uns, Ihnen Bericht zu erstatten.

Wir beantragen Ihnen, von diesem Bericht samt seinen Beilagen (Ziff. 9.1.1–9.1.4) Kenntnis zu nehmen (Art. 10 Abs. 1 des Gesetzes).

Gleichzeitig unterbreiten wir Ihnen gestützt auf Artikel 10 Absatz 2 bzw. Absatz 3 des Gesetzes acht Botschaften über internationale Wirtschaftsvereinbarungen. Wir beantragen Ihnen, die Entwürfe zu den Bundesbeschlüssen zu folgenden Abkommen zu genehmigen:

- Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und dem Haschemitischen Königreich Jordanien mit Verständigungsprotokoll sowie Vereinbarung in Form eines Briefwechsels zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien über Landwirtschaftsprodukte (Ziff. 9.2.1 samt Anhängen);
- Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Republik Kroatien mit Verständigungsprotokoll sowie Vereinbarung in Form eines Briefwechsels zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Kroatien über Abmachungen im Agrarbereich (Ziff. 9.2.2 samt Anhängen);
- Änderung des Abkommens zwischen den EFTA-Ländern und der Türkei betreffend die gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich (Ziff. 9.2.3 samt Anhang);
- Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft und mit Norwegen im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems (Ziff. 9.2.4 samt Anhängen);

- Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Jugoslawien sowie Bosnien und Herzegowina (Ziff. 9.2.5 samt Anhängen);
- Rückversicherungsverträge auf dem Gebiet der Exportrisikogarantie zwischen der Schweiz und Frankreich sowie zwischen der Schweiz und Oesterreich (Ziff. 9.2.6 samt Anhängen);
- Internationales Kaffee-Übereinkommen von 2001 (Ziff. 9.2.7 samt Anhang);
- Übereinkommen über die Aufgaben der Internationalen Studiengruppe für Jute von 2001 (Ziff. 9.2.8 samt Anhang).

Wir versichern Sie, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

9. Januar 2002

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Kaspar Villiger

Die Bundeskanzlerin: Annemarie Huber-Hotz

## Übersicht

Das **Einleitungskapitel** des Berichts (Ziff. 1) zeigt die Beziehungen zwischen Globalisierung, Wirtschaftswachstum und Armut auf, die für die Globalisierungsdiskussion, aber auch für eine kohärente Strategie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zentral sind.

Der Bericht gibt des Weiteren einen Überblick über die Wirtschaftslage (Ziff. 2) sowie über die Aussenwirtschaftstätigkeiten des Jahres 2001 auf multilateraler, bilateraler und autonomer Ebene (Ziff. 3–8 und Beilage 9.1). Ferner sind dem Bericht sieben Botschaften zu internationalen Wirtschaftsvereinbarungen (Beilage 9.2) beigelegt.

### Überblick über die Wirtschaftslage

Nach einem überaus günstigen Verlauf im Vorjahr zuvor wurde der Gang der Schweizer Wirtschaft im Jahr 2001 von einem unerwartet kräftigen weltweiten Konjunkturabschwung zunehmend beeinträchtigt.

Im Sommer stand praktisch die gesamte **Weltwirtschaft** im Zeichen einer synchronen Wachstumsverlangsamung. Bereits im zweiten Quartal kam das Wachstum in den USA und in Europa weitgehend zum Stillstand. In Japan und in zahlreichen Schwellenländern ging die Wirtschaftstätigkeit zurück. Der Welthandel erfuhr den kräftigsten Rückschlag seit zwei Jahrzehnten. In dieser labilen Lage brachten die Terroranschläge des 11. September eine zusätzliche Verunsicherung in die Weltwirtschaft.

Falls weitere dramatische Ereignisse ausbleiben, dürfte sich die Wirtschaftstätigkeit – nach einer leichten Rezession im zweiten Halbjahr 2001 – im ersten Semester 2002 stabilisieren. Ausgehend von den USA wird sie sich im Urteil der OECD in der zweiten Jahreshälfte zusehends beschleunigen und 2003 wieder auf einen normalen Wachstumspfad zurückfinden. Hauptmotor des Wiederaufschwungs wird eine vor allem in den USA überaus expansive Wirtschaftspolitik sein. Die Prognoseunsicherheiten sind allerdings ungewöhnlich gross, wobei die Risiken einstweilen mehrheitlich in Richtung einer weniger günstigen Entwicklung weisen, als in den Prognosen unterstellt wird.

Zu Beginn des Berichtsjahres befand sich die **Schweizer Wirtschaft** in einer sehr guten Verfassung mit praktisch voll ausgelasteten Kapazitäten, einer Arbeitslosenrate unter 2 Prozent und weitgehender Preisstabilität. Der starke Abschwung der internationalen Konjunktur und des Welthandels dämpfte die Wirtschaftstätigkeit in der Folge in wachsendem Masse. Die Exporte und mit ihnen auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen verloren stetig an Schwung. Zur einzigen tragenden Stütze der Konjunktur wurde ein bis in den Herbst hinein solides Konsumwachstum. Im dritten Quartal kam das Wirtschaftswachstum gleichwohl auch in der Schweiz praktisch zum Stillstand.

Mit der zunehmenden Erholung der Weltwirtschaft ab Mitte 2002 wird sich auch die Konjunktur in der Schweiz wieder beleben. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum, das sich bereits 2001 auf 1,6 Prozent abschwächte, wird sich voraussichtlich im Jahr 2002 nochmals leicht auf etwa 1,3 Prozent zurückbil-

den. Wichtigste Stütze wird der zwar ebenfalls verlangsamte private Konsum bleiben, der – bei stabiler Beschäftigungslage und sehr niedriger Teuerung – von einer weiterhin spürbaren Zunahme der verfügbaren Haushalteinkommen profitieren wird. Erst 2003 werden die wieder erstarkenden aussenwirtschaftlichen Impulse in Verbindung mit den ebenfalls wieder dynamischeren internen Auftriebskräften ein Wachstum des realen BIP ermöglichen, das etwa den längerfristigen Möglichkeiten der Wirtschaft entspricht.

### **Übersicht über die Aussenwirtschaftstätigkeiten 2001**

Vom 9.–14. November fand in Doha, Katar, die vierte WTO-Ministerkonferenz statt, an der die Aufnahme einer neuen Runde multilateraler Handelsverhandlungen, darunter erstmals solcher im Umweltbereich, beschlossen wurde. Anlässlich der Ministerkonferenz wurden China und Taipeh/China in die WTO aufgenommen.

Wegen Verzögerungen bei der Genehmigung des Personenfreizügigkeitsabkommens in einzelnen EU-Staaten konnten die sektoriellen Abkommen mit der EU von 1999 («Bilaterale I») immer noch nicht in Kraft gesetzt werden. Dessen ungeachtet fanden mit der EU im Berichtsjahr erste Verhandlungen über landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte, Statistik, Umwelt und über Betrugsbekämpfung statt.

Die EFTA-Konvention von 1960 ist substantiell erneuert worden; die Konventionsänderungen wurden am 21. Juni in Vaduz unterzeichnet. Gleichentags wurden zwei Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten mit Kroatien und Jordanien unterzeichnet. Im Mittelpunkt der transatlantischen Beziehungen der EFTA standen die Verhandlungen über ein sektoriell umfassendes Freihandelsabkommen mit Singapur, die im November abgeschlossen werden konnten. Am 1. Juli trat das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Mexiko in Kraft.

Im Mai fand in Brüssel die dritte UNO-Konferenz über die ärmsten Entwicklungsländer statt, an welcher Massnahmen zur Armutsbekämpfung beschlossen wurden. Im Entwicklungsausschuss der OECD einigte man sich, künftig auf die Lieferbindung bei Hilfen zugunsten der ärmsten Länder zu verzichten. Das Unterstützungsprogramm der Schweiz für Mittel- und Osteuropa wurde weitergeführt, und die Zusammenarbeit mit Südosteuropa insbesondere im Rahmen des Stabilitätspaktes wurde verstärkt.

Am 25. September unterzeichnete die Schweiz unter Ratifikationsvorbehalt das Internationale Kaffee-Übereinkommen von 2001; es steht seit 1. Oktober vorläufig in Anwendung.

Das bilaterale Wirtschaftsvertragsnetz wurde durch zwei Wirtschaftskooperationsabkommen – eines mit Jugoslawien, das andere mit Bosnien und Herzegowina – sowie durch Investitionsschutzabkommen mit Djibouti, Jordanien und Katar ergänzt. Auf dem Gebiet der Exportrisikogarantie (ERG) wurde zwischen der Schweiz und Frankreich sowie zwischen der Schweiz und Österreich je ein Rückversicherungsvertrag abgeschlossen.

## Bericht

### 1 Globalisierung, Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung

*Die Beziehungen zwischen Globalisierung, Wirtschaftswachstum und Armut sind zentral für die Globalisierungsdiskussion, aber auch für eine kohärente Strategie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Handelsliberalisierung und grenzüberschreitende Direktinvestitionen fördern das wirtschaftliche Wachstum. Länder mit hohem Wirtschaftswachstum verzeichnen einen relativ stärkeren Rückgang der Armut. Auch bildet sich Armut rascher zurück, wenn das wirtschaftliche Wachstum nicht von steigenden Ungleichheiten begleitet ist. Andere Faktoren als das Wachstum bestimmen Einkommensdisparitäten wesentlich. Massnahmen zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums – in quantitativer und qualitativer Hinsicht – sind deshalb ein zentrales Element in der Bekämpfung der Armut in Entwicklungs- und Transitionsländern.*

Immer häufiger ist die Rede von möglichen nachteiligen Auswirkungen der Globalisierung auf Entwicklungs- und Transitionsländer. Entsprechend wichtig ist es, sich mit der Beziehung zwischen der Globalisierung, dem Wirtschaftswachstum und der Armut in diesen Ländern auseinanderzusetzen. Es geht dabei darum, die Auswirkungen der Globalisierung auf das Wirtschaftswachstum zu untersuchen und abzuschätzen, in welchem Mass die Armut in Entwicklungs- und Transitionsländern davon betroffen ist, um daraus Lehren für eine kohärente Strategie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu ziehen. Es scheint, dass die Liberalisierung des internationalen Handels und ausländische Investitionen das Wirtschaftswachstum stark stimulieren. Theoretische Argumente stützen diese Feststellung ebenso wie die Erfahrung. Die empirische Forschung zeigt auch, dass Länder mit einem hohen Wirtschaftswachstum einen stärkeren Rückgang der Armut verzeichnen als andere Länder. Auch bildet sich die Armut rascher zurück, wenn das Wirtschaftswachstum nicht von einem Anstieg der Ungleichheiten begleitet ist. Die Analyse zeigt ferner, dass Wirtschaftswachstum nicht notwendigerweise Einkommensungleichheiten zur Folge hat, sondern dass andere Faktoren eine Rolle spielen, unter ihnen geographische, ethnische und soziale Aspekte. Daraus folgt aus Sicht der Wirtschaftspolitik, dass Massnahmen zur Förderung des Wirtschaftswachstums eines der Elemente in der Strategie zur Bekämpfung der Armut sind. Nachfolgend werden die angesprochenen Fragen vorerst aus der Sicht der Theorie und der makroökonomischen Empirie behandelt. Alsdann wird Fragen aus der Praxis der wirtschaftlichen Entwicklung nachgegangen, was zugleich erlaubt, die Komplexität der Wirklichkeit zu berücksichtigen.

Die Globalisierung ist kein rein ökonomisches Phänomen: Die politischen, kulturellen, sozialen und ökologischen Bereiche sind ebenfalls betroffen. Doch ist es vor allem die wirtschaftliche Dimension der Globalisierung, verstanden als intensive Zirkulation von Waren und Dienstleistungen, Kapital, Arbeitskräften und Ideen, welche leicht fassbar ist (s. Kasten 1); ein Austausch zudem, der in den vergangenen Jahrzehnten durch die Fortschritte in den Informations- und Kommunikationstechnologien nachhaltig stimuliert wurde. Das Phänomen ist nicht neu. Das Besondere – seit den 80er-Jahren und noch

ausgeprägter seit Mitte der 90er-Jahre – besteht darin, dass mehr Entwicklungs- und Transitionsländer daran teilnehmen. Sie haben sich Handel und Kapitalflüssen geöffnet, was mitunter auch durch politische Faktoren, wie den Fall der Mauer in Berlin, ermöglicht wurde.

#### **Kasten 1      Wirtschaftliche Dimensionen der Globalisierung**

Die Globalisierung wird in ihrer wirtschaftlichen Dimension normalerweise an der Entwicklung des Welthandels und der internationalen Kapitalbewegungen gemessen:

- Seit Ende der 70er-Jahre bis heute wird ein zunehmender Teil der Weltproduktion international gehandelt: Das Verhältnis zwischen den weltweiten Güter- und Dienstleistungsexporten und der Weltproduktion ist von 17 auf 25% gestiegen; seit 1990 hat es um 10% zugenommen, mehr als während der vorangegangenen 20 Jahre.
- Seit Beginn der 80er-Jahre bis heute stieg das Verhältnis zwischen dem weltweiten Bestand an ausländischen Direktinvestitionen und der Weltproduktion von 6 auf 16%. Dieses Investitionswachstum konzentriert sich allerdings auf die Länder des Nordens sowie auf einige Entwicklungsländer, die im Urteil der Investoren klare Entwicklungsperspektiven bieten (u.a. Brasilien, Mexiko, Argentinien, China, Indien, Thailand, Malaysia).
- Schliesslich haben die internationalen Bankgeschäfte und der internationale Markt für Finanzaktiva ein fulminantes Wachstum hinter sich: Das Volumen der weltweiten Devisentransaktionen hat von 60 Mrd. USD pro Tag im Jahre 1983 auf 1500 Mrd. USD im Jahre 1997 zugenommen (verglichen mit einer Weltproduktion von 82 Mrd. USD pro Tag im Jahre 1997).

Quellen: Dollar D. & A. Kraay (2001), Trade, Growth and Poverty, Development Research Group, World Bank, Washington D.C.; World Trade Organisation (2001), International Trade Statistics 2001, WTO, Geneva; United Nations Conference on Trade and Development (2001), World Investment Report, United Nations, New York & Geneva

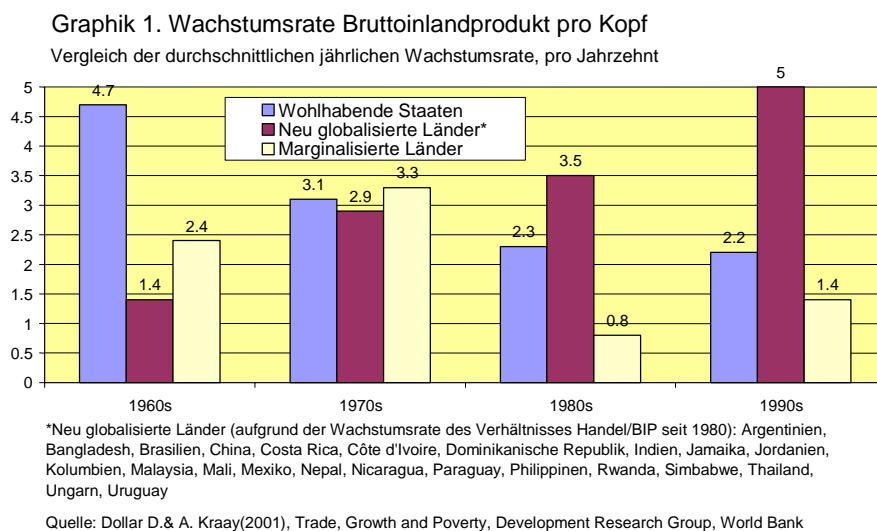
### **1.1              Die Globalisierung ist ein Motor des Wirtschaftswachstums in den neu in die Weltmärkte integrierten Ländern**

*Die wirtschaftliche Leistung variiert mit dem Ausmass der Öffnung der Volkswirtschaften*

Die wirtschaftliche Leistung dieser Länder mit neuem Weltmarktzugang ist bemerkenswert. Über die letzten zwei Jahrzehnte hat ihr BIP-Wachstum pro Kopf der Bevölkerung jenes der Industrieländer übertroffen, auch wenn dabei berücksichtigt werden muss, dass das Wachstum sich von einem sehr tiefen Niveau aus entwickelt. Der Unterschied zu den Entwicklungsländern, die noch kaum in die Weltwirtschaft integriert sind, ist noch auffälliger (s. Graphik 1). So ist über die vergangenen 20 Jahre eine zunehmende Annäherung der neu globalisierten Länder an die Industrieländer zu beobachten. Die Haltung der Regierungen der Mehrheit dieser Länder in internationalen Verhandlungen hat sich dadurch allerdings noch kaum geändert, wie die Ministerkonferenz der WTO gezeigt hat. Dafür vertieft sich die Kluft zwischen diesen beiden Ländergruppen und den Entwicklungsländern, die als „marginalisiert“ erscheinen.

Andere Beispiele zeigen ebenfalls einen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Leistung und dem Öffnungsgrad einer Volkswirtschaft. So kontrastiert die in den 70er und 80er-Jahren feststellbare Stagnation der lateinamerikanischen Staaten, welche die Strategie der Importsubstitution gewählt haben,

mit der Dynamik und der Steigerung des Lebensstandards der asiatischen Tigerstaaten, welche eine stark auf Exporte ausgerichtete Entwicklungsstrategie verfolgten. Über einen längeren Zeitraum betrachtet, ist die Entwicklung der Wachstumsrate der Weltwirtschaft vielsagend: Während der Zeit vom Ersten Weltkrieg über die Zwischenkriegszeit bis zum Zweiten Weltkrieg, einer von Protektionismus und Rückzug geprägten Periode, blieb das weltwirtschaftliche BIP-Wachstum pro Kopf unter +1 Prozent. Im restlichen Verlauf des Jahrhunderts lag diese Rate immer über diesem Wert. Seit Ende des Zweiten Weltkriegs ist der durchschnittliche Zollansatz auf Industriegütern von etwa 40 Prozent auf knapp 4 Prozent im Jahr 2001 gesunken. Dies war begleitet von einem starken Handelswachstum und einem etwas weniger starken Wachstum der Produktion, mit Raten von durchschnittlich +7 Prozent bzw. +2.5 Prozent während der 90er-Jahre.



Inwieweit ist der Zusammenhang von starker Öffnung für Handel und Investitionen sowie hohem Wirtschaftswachstum systematisch? Dieser Frage sind seit Beginn der 90er-Jahre zahlreiche empirische Studien nachgegangen. Auch wenn unter Forschern immer Uneinigkeit namentlich über

Daten oder Methoden herrschen wird, so zeigt doch die grosse Mehrheit der Studien einen positiven Zusammenhang zwischen Öffnung und Wachstum auf. Anders ausgedrückt: Länder mit steigendem Öffnungsgrad verzeichnen auch eine Beschleunigung des BIP-Wachstums.

Der Umstand, dass ein positiver Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Öffnung und Wachstum besteht, besagt indessen nichts über den Ursprung der Beziehung: Fördert die Öffnung von Volkswirtschaften das Wachstum, oder ist es umgekehrt das Wachstum, welches die Öffnung stimuliert? So könnte man zum Beispiel argumentieren, dass der Anstieg der Wachstumsrate einer Wirtschaft es mehr Firmen erlaubt, eine kritische Grösse zu erreichen, um sich in Richtung Export zu orientieren. Die empirische Forschung hat jedoch eine eindeutige Kausalitätsbeziehung zwischen Handel und Wirtschaftswachstum festgestellt. Die neue Liberalisierungsrunde der WTO wird zweifellos eine weitere Festigung dieser Beziehung ermöglichen.

### Erklärungsgründe

Es gibt solide Argumente zur Stützung der These, wonach die wirtschaftliche Öffnung dem Wachstum

förderlich ist. Es handelt sich hier um einen der wenigen wirtschaftswissenschaftlichen Bereiche, in dem beinahe uneingeschränkte Einigkeit herrscht.

Der Freihandel ist kein Nullsummenspiel, er nützt allen Parteien (sog. Win-win-Situation). Der internationale Austausch erlaubt jedem, sich dort zu spezialisieren, wo er im Vergleich zu anderen am besten ist. Der Freihandel erhöht auf diese Weise die Effizienz in der Produktion dank verstärkter Spezialisierung, vermehrter Konkurrenz und höheren Skalenerträgen, die der Zugang zu grösseren Märkten mit sich bringt. Dieses Argument ist für kleine Länder von ganz besonderer Bedeutung. Die jüngeren Arbeiten zu den Quellen des Wirtschaftswachstums konzentrieren sich schwergewichtig auf den Einfluss des technologischen Fortschritts auf die Produktivität. Dank internationalem Handel ist es möglich, Zugang zu den Technologien anderer Länder zu erhalten. Ebenso veranlasst die Konkurrenz durch importierte Produkte nationale Firmen dazu, neue Technologien zu entwickeln.

Die Möglichkeit, im Ausland zu investieren oder ausländische Direktinvestitionen zu erhalten, stimuliert das Wirtschaftswachstum ebenso. Dies ist eine wichtige Ergänzung des Freihandels. Die Unternehmen können so die Vorteile von Arbeitsteilung und Spezialisierung besser ausschöpfen und ihre Effizienz und ihre Leistung dadurch verbessern, dass sie für jede Aktivität in ihrer Wertschöpfungskette den jeweils profitabelsten Standort wählen. Der Zufluss von Kapital fördert den Austausch von Know-how und Technologie. Der Zustrom von Investitionen vergrössert den verfügbaren Kapitalstock, erlaubt die Zinsen niedrig zu halten und die Produktivität zu steigern. Empirisch lässt sich denn auch ein positiver Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Investitionsquote nachweisen. So wurde das starke Wachstum der chinesischen Wirtschaft durch den Zustrom von 25,7 Prozent der gesamten ausländischen Direktinvestitionen begünstigt, welche von 1993 bis 1998 in Entwicklungsländern getätigt wurden.

Die Öffnung kann Staaten zur Verbesserung ihrer Wirtschaftspolitik veranlassen, ob sie nun durch internationale Abkommen dazu angehalten sind oder ob sie ein besseres Investitionsklima anstreben, um Kapital anzuziehen. In diesem Zusammenhang lassen sich zwischen 1991 und 2001 insgesamt 1121 Veränderungen in nationalen Investitionsordnungen nachweisen, die in Richtung Liberalisierung gingen oder in Richtung verbesserter Marktfunktion, und dies bei 69 Investitionsordnungen gegenüber nur 35 im Jahr 1990. Entsprechend ist die Bedeutung der WTO-Anstrengungen zur Öffnung der Märkte zu unterstreichen, die in der Doha-Runde fortgeführt werden.

#### *Eine notwendige, aber nicht ausreichende Voraussetzung für das Wachstum*

Die Öffnung erscheint also als Grundvoraussetzung für wirtschaftliches Wachstum. Aber sie reicht allein nicht aus: Die Marktöffnung wird normalerweise von einem ganzen Reformpaket begleitet (beispielsweise politische Stabilität, Förderung des Rechtsstaats und insbesondere der Eigentumsrechte). Was die Liberalisierung des Kapitalverkehrs angeht, so zeigen die jüngsten Finanzkrisen die Bedeutung einer guten Liberalisierungsabfolge, gesunder makroökonomischer Rahmenbedingungen und



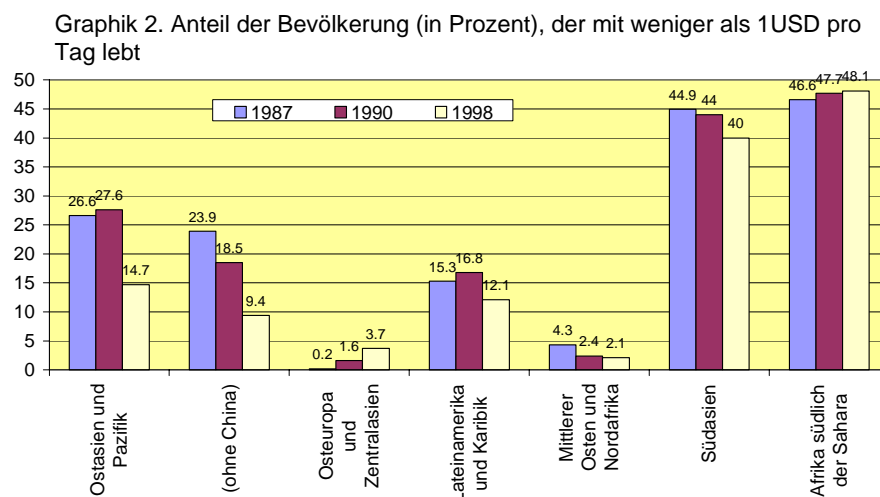
solider Institutionen sowie von Verhaltensweisen im Finanzsystem im Einklang mit den internationalen Regeln der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich BIZ. Darüber hinaus bestimmen der Ausbildungsstand der verfügbaren Arbeitskräfte sowie die Möglichkeit, Kontakte mit lokalen Firmen zu knüpfen, auch das Ausmass, in dem ein Land Nutzen aus Technologietransfers zu ziehen vermag.

## 1.2 Die Globalisierung begünstigt die Verringerung der Armut

Die Öffnung für internationalen Handel und ausländische Investitionen erscheint also als Motor einer zunehmenden Konvergenz der Einkommen zwischen den Volkswirtschaften. Dieses erfreuliche Gesamtbild führt aber auch zur Frage, inwieweit das wirtschaftliche Wachstum den ärmsten Bevölkerungsschichten dient. Anzufügen ist, dass Armut viele Gesichter hat. Sie wird von den Betroffenen nicht nur als geringes Einkommen wahrgenommen. Arm zu sein kann auch schlechte Ausbildung, angeschlagene Gesundheit, Hunger, Arbeitslosigkeit, fehlende politische Einflussmöglichkeiten, fehlende Möglichkeit zur Durchsetzung der eigenen Rechte, soziale Ausgrenzung, verletzte Würde, Angst oder fehlenden Schutz vor physischer Gewalt, Kriegen und Naturkatastrophen bedeuten. Das Phänomen Armut hat somit neben der ökonomischen auch politische, sozio-kulturelle, menschliche und sicherheitsrelevante Dimensionen. Die empirische Analyse konzentriert sich allerdings auf jene Armut, die über das Einkommen messbar ist, was in verschiedenen Regionen von Entwicklungsländern, in welchen das Haupteinkommen aus der Landwirtschaft kommt und meist währungslos abläuft, kaum möglich ist.

*Wirtschaftswachstum wird im allgemeinen von einer Verringerung der Armut begleitet*

Zwischen 1987 und 1998 ist der Anteil der Bevölkerung in Entwicklungs- und Schwellenländern, der mit weniger als 1USD pro Tag lebt, von 28 auf 24 Prozent gefallen. Wegen des Bevölkerungswachstums hat sich indessen die absolute Zahl der Armen kaum geändert. Die regionalen und nationalen Erfahrungen sind unterschiedlich: Die Armut, gemessen am Einkommen, ist in Regionen wie in Afrika südlich der Sahara, die am Rande der Globalisierung geblieben sind, sowie in den Transformationsländern gestiegen. In den neu globalisierten Ländern Ostasiens sowie – wenngleich weniger ausgeprägt - in Lateinamerika ist sie zurückgegangen (s. Graphik 2). Andere Messgrössen der Armut, wie Lebenserwartung und absolvierte Schulzeit, zeigen dieselben Kontraste. Diese Entwicklungen lassen sich weit-



gehend mit der unterschiedlichen wirtschaftlichen Leistung erklären: Die Armut hat in Ländern mit stagnierender oder rezessiver Wirtschaft zugenommen. Wo das Wachstum dynamisch war, hat sie sich hingegen zurückgebildet (s. Kasten 2).

Der Hauptgrund, weshalb die am meisten benachteiligten Schichten von Marktöffnung und Wirtschaftswachstum profitieren, findet sich im Arbeitsmarkt: Die Effizienzeffekte der stetigen Liberalisierung des Handels sowie die Einfuhr von Ausrüstungsgütern und von Know-how durch die Direktinvestitionen verbessern die Produktivität der Arbeiter und erlauben damit eine Erhöhung der Löhne. Es gilt aber auch festzuhalten, dass die Öffnung erfahrungsgemäss den durch qualifizierte Arbeit bedingten Lohnzuwachs erhöht. Dies ist nicht zwangsläufig ein Nachteil für die Armen. Alles hängt letztlich von ihren Zugangsmöglichkeiten zu Bildung und Ausbildung sowie zum Arbeitsmarkt ab.

#### **Kasten 2     Das Beispiel Indien**

Das Beispiel Indien unterstützt diese Aussagen: Die Liberalisierung des Aussenhandels und des grossen Binnenmarktes haben das wirtschaftliche Wachstum gefördert. Dank eines angepassten wirtschaftspolitischen Umfeldes konnten zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen und damit die Armut vermindert werden. Nach Jahrzehnten einer Politik des nationalen Wirtschaftsraums und der Importsubstitution zeichnete sich in den letzten zehn Jahren eine schrittweise Öffnung der Märkte sowie eine Diversifizierung der Exporte ab. Traditionelle Exporte wie Tee und Jute machen heute noch rund 2% der Exporte aus, verglichen mit fast 40% anfangs der 60er-Jahre. Die Höchstsätze der Importabgaben betragen heute 40% gegenüber 150% zu Beginn der Reformen. Eine gross angelegte Konsumentenbefragung eines indischen Forschungsinstituts<sup>1</sup> hat bestätigt, dass sich aufgrund der wirtschaftlichen Liberalisierung die Einkommenssituation der indischen Haushalte stark verbessert hat. Die Studie stellt vor allem fest, dass sich der Anteil der Bevölkerung mit hohem Einkommen in den letzten 15 Jahren versechsfacht hat. Bemerkenswert ist aber vor allem die im gleichen Zeitraum zu beobachtende Halbierung des Anteils der einkommensschwächsten Haushalte von zwei Dritteln der Bevölkerung 1985 auf ein Drittel im Jahr 2000.

<sup>1</sup> National Council of Applied Economic Research (NCAER), New Delhi (<http://www.ncaer.org>).

Das Wirtschaftswachstum begünstigt die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die empirische Forschung zeigt, dass wegen einer noch schwachen Arbeitsproduktivität in den Entwicklungsländern pro Produktionserhöhung mehr Arbeitsplätze geschaffen werden als in den Industrieländern. Auch die von der Öffnung nur indirekt betroffenen Sektoren profitieren davon. So erhöhen die Austrocknung des Arbeitsmarkts und die steigende Nachfrage nach Nahrungsmitteln die landwirtschaftlichen Einkommen. Schliesslich führt die Verknappung auf dem Arbeitsmarkt zu einer Verbesserung der sozialen Arbeitsbedingungen.

Das Wirtschaftswachstum ist eine Voraussetzung zur Verbesserung der Situation der benachteiligten Bevölkerungsschichten. Die erhöhten Steuereinnahmen erlauben die Finanzierung von Massnahmen zur Armutsbekämpfung. Generell ist es einfacher, Umverteilungspolitiken einzuführen, wenn der zu verteilende Kuchen grösser wird. Dieser Punkt ist wichtig, denn man darf nicht aus den Augen verlieren, dass wenigstens kurzfristig die Öffnung nicht allen zugute kommt. Es gibt sowohl Gewinner als auch Verlierer der Strukturanpassung. Die Errichtung von sozialen Sicherheitsnetzen sowie Massnahmen zur Mobilitäts- und Umstellungsförderung sind deshalb grundlegend. Dasselbe gilt für nationale Massnahmen zur Förderung des regionalen Ausgleichs innerhalb eines jeden Landes.

### *Gleiches Wirtschaftswachstum führt in mehr oder minder schnellem Rhythmus zur Armutsverringering*

Wohl lassen sich die Unterschiede in der Armutsverringering zwischen einzelnen Ländern und Regionen weitgehend mit dem unterschiedlichen Verlauf des Wirtschaftswachstums erklären. Es zeigt sich indessen, dass auch Länder mit demselben Wirtschaftswachstum abweichende Resultate in der Armutsverringering ausweisen. Die empirische Forschung zeigt, dass die ursprüngliche Einkommensverteilung und die Entwicklung der Einkommensunterschiede eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Sind die Einkommensunterschiede anfänglich bescheiden, so ist das Wirtschaftswachstum praktisch doppelt so effizient in der Armutsverringering wie bei dramatischen Ungleichheiten. Darüber hinaus sinkt das Armutsniveau dort, wo die Ungleichheiten zunehmen, weniger rasch als in Ländern, in denen das Wirtschaftswachstum mit einer Stabilisierung oder einer Verringerung der Einkommensunterschiede einhergeht.

Führen Öffnung und Wirtschaftswachstum zu Ungleichheiten? Die empirische Forschung hat bisher keinen systematischen Zusammenhang nachweisen können. So zeigt eine jüngere Weltbankstudie, die auf Daten zu über 80 Ländern basiert und sich über die vergangenen vier Jahrzehnte erstreckt, dass das Einkommen pro Einwohner der ärmsten Bevölkerungsschicht im allgemeinen parallel zum Durchschnittseinkommen wächst. Dies ist gleichbedeutend mit der Feststellung, dass die untersten Einkommen nicht hinter dem Anstieg der hohen Einkommen hinterherhinken. Die Verlierer der Öffnung sind also nicht zwingend die Ärmsten und die Gewinner nicht immer die Reichsten. Es gibt selbstverständlich Abweichungen von diesem Durchschnittsergebnis. Aber die Verfasser können diese weder durch die Öffnung noch durch das Wirtschaftswachstum erklären. Die Ursachen der Ungleichheit sind anderswo zu suchen. Geographische, ethnische und soziale Aspekte, der Zugang zu Bildung oder auch die Verteilung des Grundbesitzes zählen dazu. So erklärt die Ungleichheit beim Bildungszugang sehr weitgehend die Einkommensunterschiede in Lateinamerika.

### **1.3 Lehren für die Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz**

#### *Armut und nachhaltiges Wirtschaftswachstum*

Wirtschaftswachstum ist eine der wichtigsten Grundlagen für eine Verringerung der Armut. Die Resultate sind indessen noch spektakulärer, wenn die Armen im Vergleich zur restlichen Bevölkerung überproportional an den Einkommensverbesserungen teilhaben können und sich so die Ungleichheiten verringern. Ausserdem haben die Einkommensunterschiede selber einen Einfluss auf die Wirtschaftsleistung. Die neuere volkswirtschaftliche Forschung kommt zum Schluss, dass Gesellschaften mit geringeren Ungleichheiten effizienter sind, weil sie beispielsweise weniger stark politischer Instabilität oder sozialen Konflikten ausgesetzt sind. Das Gespräch zwischen den Sozialpartnern und die Respektierung der grundlegenden Rechte der Arbeiter sind in diesem Zusammenhang von grosser Bedeutung, weil sie eine gleichmässige Verteilung der Früchte des Wachstums begünstigen.

Dem Staat fallen daher wichtige Regulierungs- und Anreizfunktionen zur Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für den Unternehmensgeist und für die Schaffung von Arbeitsplätzen mit zufriedenstellenden Arbeitsbedingungen zu. Die besten Voraussetzungen zum Erfolg haben jene Länder, die in erster Linie einer Wirtschaftspolitik den Vorzug geben, welche das Wirtschaftswachstum fördert und dessen Qualität sichert, das Humankapital durch Ausbildung, Gesundheit und Ernährung verbessert sowie die Chancengleichheit fördert. In diesen Ländern werden Wachstum und Verringerung der Armut einhergehen und dauerhaft sein können.

Wie die bisherigen Ausführungen gezeigt haben, besteht ein breiter Konsens, dass nachhaltiges Wirtschaftswachstum bei der Bekämpfung der Armut eine zentrale Rolle spielt. Wachstum schafft Arbeitsplätze, Einkommen für die privaten Haushalte sowie Einnahmen für die öffentliche Hand. Dies sind unerlässliche Voraussetzungen, um eine dauerhafte Verringerung der Armut zu gewährleisten. Entscheidend ist dabei jedoch nicht allein die Höhe des Wachstums, sondern vor allem auch dessen Qualität, d.h. dessen Zusammensetzung, Verteilung und Nachhaltigkeit. Wirtschaftliches Wachstum verbessert die Situation der armen Bevölkerungsschichten in einem Land vor allem dann effektiv, wenn die Gewinne und die öffentlichen Einnahmen auch dafür eingesetzt werden, soziale und ökonomische Ungleichheiten abzubauen. Die Verantwortung für die Bekämpfung der Armut liegt deshalb in erster Linie bei den Entwicklungs- und Transitionsländern selber. An ihnen ist es, entsprechende nationale Strategien zu entwickeln und beispielsweise über Gesundheits- oder Ausbildungsprogramme in den sozialen Sektor zu investieren, ein gerechtes Steuersystem aufzubauen, offene Märkte zu garantieren und investitionsfördernde Rahmenbedingungen zu schaffen. Zudem kann Armut langfristig nur dann reduziert werden, wenn der ökologischen Nachhaltigkeit, insbesondere der Erhaltung der natürlichen Ressourcen, Rechnung getragen wird. Nur Wachstum, das nicht zu Lasten der natürlichen Umwelt geht, kann die Lebensbedingungen dauerhaft verbessern.

#### *Eine gezielte und selbstbestimmte wirtschaftliche Zusammenarbeit*

Die Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz trägt zur Bekämpfung der Armut bei, indem sie in Entwicklungs- und Transitionsländern ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum begünstigt und deren Einbindung in die Weltwirtschaft fördert. Sie unterstützt die Schaffung von Rahmenbedingungen für eine offene, wettbewerbsfähige, auf Eigeninitiative und private Investitionen bauende Wirtschaft, welche Arbeitsplätze schafft. Bei Verfolgung dieses Ziels trägt sie allerdings auch nationalen Gegebenheiten Rechnung wie institutionellen Schwächen oder dem unvollkommenen Funktionieren der Marktmechanismen in Volkswirtschaften, die sich in Entwicklung oder im Umbau (Transition) befinden.

Die Globalisierung ist – ebenso wie die Entwicklungsstrategien der vergangenen Jahrzehnte – nicht das Allheilmittel für sämtliche Probleme der armen Länder. Sie bietet jedoch Gelegenheit, ein nachhaltiges Wachstum zu fördern und so das Umfeld zu schaffen, das zur Verbesserung der Lebensbedingungen und zur Verringerung der Armut nötig ist. Die Schweiz engagiert sich in Entwicklungs- und Transitionsländern, damit diese von der Globalisierung profitieren und sich gegen mögliche negative Wirkungen

schützen können. Ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit gründet auf den Bedürfnissen und vorrangigen Zielen dieser Partnerländer, und ihre Massnahmen werden vielfach von technischer Assistenz begleitet, welche die institutionellen Kapazitäten stärken soll.

Im Hinblick auf die Bedürfnisse der Entwicklungs- und Transitionsländer verfolgt die Aussenwirtschaftspolitik fünf Stossrichtungen:

- *Das multilaterale Finanzsystem.* Der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank (WB) und die regionalen Entwicklungsbanken spielen für arme Länder und aufstrebende Volkswirtschaften eine entscheidende Rolle hinsichtlich der Verhütung von Finanzkrisen, der Ressourcenmobilisierung zur Entwicklungsfinanzierung und der Koordination zwischen den Geldgebern. Als Mitglied der multilateralen Entwicklungsbanken beteiligt sich die Schweiz aktiv an deren Tätigkeiten. In diesem Rahmen nimmt sie auch an den Aushandlungen der Kapitalaufstockungen des Entwicklungsfonds (IDA) der Weltbank teil, der armen Ländern (Jahreseinkommen pro Einwohner unter 965 USD) zinslose Darlehen mit einer Laufzeit von 40 Jahren gewährt (2000: Darlehen von 4,4 Mrd. USD an 52 Länder). Zur Förderung des Privatsektors und vor allem der KMU arbeitet sie insbesondere mit der International Finance Corporation (IFC) und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) eng zusammen.
- *Die makroökonomischen Rahmenbedingungen.* Die Wiederherstellung einer gut funktionierenden Verwaltung der öffentlichen Finanzen und die Entwicklung eines effizienten Finanzsektors sind weitere Faktoren, welche dazu beitragen, dass die Partnerländer befähigt werden, eigentliche Strategien zur Armutsverringerung zu entwickeln und umzusetzen. Die Schweiz stellt Ländern, die ein echtes Wirtschafts- und Strukturreformprogramm durchführen, bedeutende Geldmittel und Fachwissen zur Verfügung. So unterstützt die Schweiz – in enger Zusammenarbeit mit dem IWF – seit mehreren Jahren in Mosambik das Finanzministerium bei der Steuerreform: Sie hat dabei mitgeholfen, die Mehrwertsteuer einzuführen, was zu einer substanziellen Erhöhung der Steuereinnahmen führte. Bolivien hat die Schweiz beträchtliche Mittel gewährt, um die bilateralen Schulden zu reduzieren (Erläss von 53 Mio. Fr.), die multilaterale Schuldenlast des Landes zu verringern und das Schuldenmanagement zu stärken. Die Regierung konnte so Budgetmittel einsparen, welche nun bei der Umsetzung des nationalen Programms zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden.
- *Basis-Infrastrukturen.* Um die Schaffung von Unternehmen und damit neuer Arbeitsplätze zu begünstigen, ist eine genügend entwickelte Infrastruktur in den Bereichen Energie, Wasser, Telekommunikation, Verkehr und Umweltschutz nötig. Der Staat kann dies nicht allein finanzieren; auch müssen diese Infrastrukturen zweckmässig und dauerhaft sein. Die Schweiz gewährt zur Unterstützung solcher Projekte und Programme Finanzhilfen, die teilweise an die Lieferung von Gütern oder Dienstleistungen aus der Schweiz gebunden sind. In Bosnien und Herzegowina beteiligt sich die Schweiz an der Wiederherstellung des Stromnetzes für den Osten und das Zentrum des Landes; im Dialog mit den dortigen Partnern sollen die Rahmenbedingungen für die Nachhaltigkeit dieses Pro-

jekts erarbeitet werden. In Tadschikistan ist die Schweiz ebenfalls daran, im gleichen Bereich eine Partnerschaft zwischen staatlichen und privaten Akteuren (Public-private Partnership) aufzubauen; geplant sind eine bedeutende Investition in ein Wasserkraftwerk sowie Verhandlungen über Tarife, die auch den ärmsten Bevölkerungsgruppen Zugang zu Strom sichern sollen.

- *Die Privatinvestitionen.* Die Schaffung von Unternehmen und Arbeitsplätzen ist ein wesentlicher Bestandteil im Prozess der Armutsbekämpfung. Damit nationale und ausländische Unternehmer zu Investitionen bereit sind, braucht es entsprechende rechtsstaatliche Verhältnisse und die Gewährleistung eines ausreichenden Investitionsschutzes. Eine wichtige Rolle spielen auch Finanzintermediäre, die das Kapital für die geschäftlichen Aktivitäten zur Verfügung stellen. In China hat der *Sino-Swiss Partnership Fund* 28 Millionen Franken in acht Unternehmen investiert, die derzeit mehr als 2200 Personen beschäftigen. Im Rahmen des SOFI-Programms (Swiss Organisation for Facilitating Investments) unterstützt die Schweiz die Bestrebungen von KMU aus der Schweiz und aus Entwicklungs- und Transitionsländern, untereinander Geschäftsbeziehungen zu knüpfen. Sie erleichtert den Informationszugang über konkrete Investitionsmöglichkeiten und übernimmt bei der Vorbereitung der Projekte einen Teil der Risiken.
- *Der Handel.* Die Integration der Entwicklungs- und Transitionsländer in die Weltwirtschaft setzt eine Stärkung der Führung ihrer Handelspolitik, den erleichterten Zugang zu den internationalen Märkten für ihre Produkte, günstigere Transaktionskosten sowie die Anwendung von umweltverträglichen Produktionstechnologien voraus. Die Schweiz unterstützt Bestrebungen zu regionalen Zusammenarbeitsformen. Über ein Programm zur Importförderung (SIPPO) unterstützt sie KMU in den Partnerländern bei ihrer Suche nach neuen Märkten in der Schweiz und in Europa. Kürzlich wurden für Produkte aus den am wenigsten entwickelten Ländern, die bereits zuvor von grossen Zollvergünstigungen profitierten, zusätzliche Zollerleichterungen gewährt. Auch unterstützt die Schweiz die armen Länder bei der Geltendmachung ihrer Interessen im Rahmen der WTO, indem sie Beiträge an Bildungsprogramme (z.B. des World Trade Institutes in Bern) und an Unterstützungsangebote der Agentur für Internationale Handelsinformationen und Entwicklungszusammenarbeit (ACICI) in Genf leistet.

Diese Massnahmen fügen sich nahtlos in die neue WTO-Runde ein, die am 14. November 2001 in Doha (Katar) beschlossen wurde. Das in der Erklärung von Doha vorgesehene Ausbildungsprogramm für WTO-Experten geht über die traditionellen Sachgebiete (Güter- und Dienstleistungshandel, Landwirtschaft, geistiges Eigentum und öffentliches Beschaffungswesen) hinaus und umfasst auch neue, zukunftsgerichtete Bereiche (Investitionen, Wettbewerb und Vereinfachung von Handelsverfahren), was die Schweiz in ihrer bisherigen Politik auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit bestätigt. Die Überarbeitung der WTO-Sonderbestimmungen zugunsten von Entwicklungsländern, die Berücksichtigung der Grösse einer Volkswirtschaft (kleine Länder, Inselstaaten, Binnenstaaten), die für die Entwicklungsländer positive Reaktion auf deren Anliegen in Bezug auf die Umsetzung der Abkommen von Marrakesch, sowie die Einsetzung von zwei speziellen Arbeitsgruppen im Bereich Technologietransfer

einerseits und im Bereich Handel, Schulden und Finanzen andererseits zeugen vom Entgegenkommen gegenüber den Anliegen der Entwicklungsländer. Auch mit der Erklärung über geistiges Eigentum und öffentliche Gesundheit (inklusive dem Zugang zu Medikamenten) wurde auf die Wünsche der Mehrzahl der Entwicklungsländer eingegangen. Diese erwarten verbesserte Exportchancen dank einer schrittweisen Öffnung der Textil- und Agrarmärkte, auch wenn davon in erster Linie die wettbewerbsstärksten Exporteure in einigen wenigen Entwicklungsländern profitieren dürften.

Doha markiert den politischen Willen, die spezifischen Interessen der Entwicklungs- und Transitionsländer besser zu berücksichtigen. Die Vorbereitung der neuen Runde hat allerdings eine vom Entwicklungsstand der Länder unabhängige Kluft zwischen den Interessen einerseits kleiner und mittlerer und andererseits grosser Volkswirtschaften offengelegt.

#### *„Millennium Development Goals“*

Die globale Armut kann nur dann erfolgreich bekämpft werden, wenn sich die gesamte internationale Gemeinschaft dieser politischen und moralischen Herausforderung stellt, entsprechende Strategien entwickelt und die notwendigen Ressourcen mobilisiert. Diesbezüglich lassen sich in letzter Zeit erfreuliche Entwicklungen sowohl im Rahmen der Vereinten Nationen (UNO) als auch anderer multilateraler Gremien oder auf bilateraler Ebene verzeichnen.

Im September 2000 verabschiedeten 191 Nationen – darunter die Schweiz – unter Anwesenheit von 147 Staats- und Regierungschefs die *UN Millennium Declaration*. Damit hat sich die vollzählig versammelte internationale Gemeinschaft auf eine Reihe von Zielen der internationalen Zusammenarbeit geeinigt. Es handelt sich dabei im Wesentlichen um eine Zusammenfassung der Hauptergebnisse der verschiedenen UNO-Grosskonferenzen der 90er-Jahre, auf welche sich die OECD-Länder bereits 1996 im Rahmen des Entwicklungshilfesausschusses (DAC) unter der Bezeichnung „International Development Goals“ geeinigt hatten. Durch die Millennium Declaration haben diese Ziele nun globale Anerkennung und Gültigkeit erhalten. Die im Frühjahr 2002 stattfindende UNO-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung („Financing for Development“) wird sich mit der Frage zu befassen haben, wie die Ressourcen beschafft werden können, um die vereinbarten Entwicklungsziele zu erreichen.

Auch die Schweiz will generell mehr Mittel für die internationale Zusammenarbeit zur Verfügung stellen. Im Jahr 2000 standen dem seco und der DEZA – den beiden Bundesämtern, die im Rahmen des Entwicklungshilfegesetzes beauftragt sind, durch internationale Zusammenarbeit die Armut auf lange Sicht zu bekämpfen und zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen – rund 1400 Millionen Franken zur Verfügung. Der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt betrug somit rund 0,34 Prozent. Im Aussenpolitischen Bericht vom 15. November 2000 (BBI 2001 261) hat der Bundesrat einen Zeitrahmen von zehn Jahren festgelegt, um den Globalbeitrag zur Entwicklungszusammenarbeit schrittweise auf das proklamierte Ziel von 0,4 Prozent des Bruttosozialproduktes anzuheben. Damit wird das Engagement der Schweiz zugunsten der international vereinbarten Entwicklungsziele eine

substanzielle Stärkung erfahren. Die Optimierung dieses Engagements ist im Lichte des internationalen Umfelds einem laufenden Prozess unterworfen. Diese Überlegung liegt der sich in Vorbereitung befindenden Botschaft über die Weiterführung der Finanzierung der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zugrunde wie auch der bevorstehenden Überarbeitung des Berichtes des Bundesrates über die Nord-Süd-Beziehungen der Schweiz in den 90er-Jahren (Leitbild Nord-Süd). Zudem bildet die Initiierung eines schweizerischen Programms zur Armutsbekämpfung Gegenstand der in Ausarbeitung stehenden bundesrätlichen Strategie "Nachhaltige Entwicklung 2002". Dank dem gezielten Einsatz der Instrumente der Aussen- und der Aussenwirtschaftspolitik sowie einer engen Zusammenarbeit mit unsern Partnern wird unser Land auch künftig in der Lage sein, einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der weltweiten Armut zu leisten.



## 2 Zur Wirtschaftslage

*Der starke Abschwung der internationalen Konjunktur und des Welthandels dämpfte die Wirtschaftstätigkeit in der Schweiz seit Jahresbeginn in wachsendem Masse. Die Exporte und mit ihnen die Investitionstätigkeit der Unternehmen verloren stetig an Schwung. Die Terroranschläge des 11. September brachten eine zusätzliche Verunsicherung in eine bereits labile Weltwirtschaft. Die Wirtschaftstätigkeit in der Schweiz wird voraussichtlich bis weit in das Jahr 2002 hinein gedrückt bleiben. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum, das sich bereits im Berichtsjahr von zuvor sehr hohen 3 Prozent auf 1,6 Prozent verlangsamte, dürfte sich 2002 nochmals leicht auf 1,3 Prozent zurückbilden. Erst 2003 werden die wieder erstarkenden aussenwirtschaftlichen Impulse in Verbindung mit den ebenfalls wieder dynamischen internen Auftriebskräften ein Wachstum des realen BIP ermöglichen, das etwa den längerfristigen Möglichkeiten der Wirtschaft entspricht.*

### **Weltweiter Konjunkturabschwung durch die Ereignisse des 11. September verschärft**

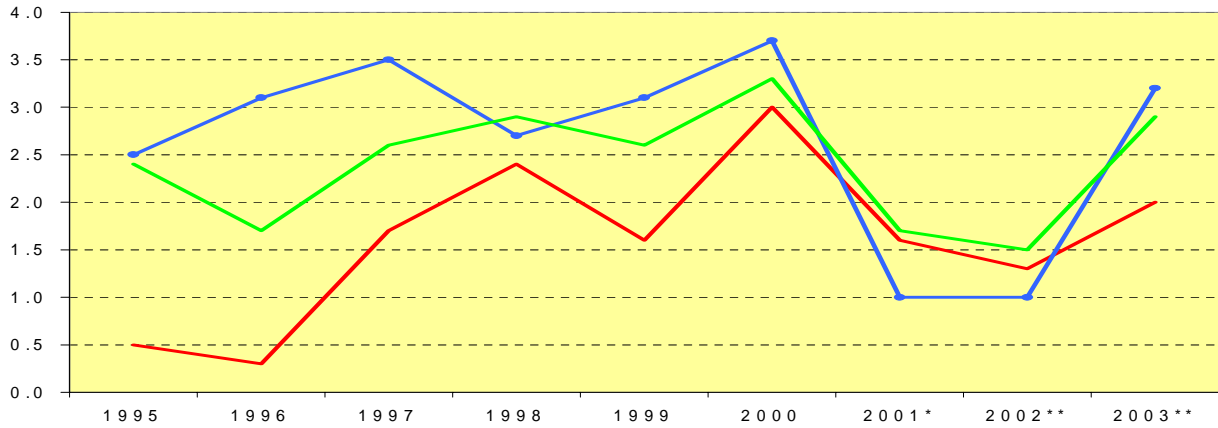
Im Sommer 2001 stand die Wirtschaftstätigkeit in allen bedeutenden Regionen des OECD-Raums im Zeichen einer synchronen Wachstumsverlangsamung, die bereits im Laufe des Jahres 2000 eingesetzt hatte. Wesentlich zum Abschwung trug ein verbreiteter Rückgang der Unternehmensinvestitionen bei, insbesondere die fortgesetzte Schrumpfung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien. Bereits im zweiten Quartal kam das Wirtschaftswachstum im OECD-Raum weitgehend zum Stillstand, und in zahlreichen Schwellenländern ging die Wirtschaftstätigkeit zurück. Unter dem Einfluss der gleichzeitigen Schwäche der inländischen Nachfrage in den meisten bedeutenderen weltwirtschaftlichen Regionen bildete sich auch der Welthandel im ersten Halbjahr zurück.

Nach einer fast ein Jahrzehnt dauernden Phase dynamischen Wachstums weist die Konjunktur in den USA seit dem Sommer 2000 markant abwärts. Im zweiten Quartal 2001 kam das Wirtschaftswachstum zum Stillstand, im dritten Quartal ging die Wirtschaftstätigkeit bereits zurück. Die Ausrüstungsinvestitionen verzeichneten in den letzten Quartalen einen eigentlichen Einbruch. Konjunkturstützend wirkten die Konsum- und die Baunachfrage, welche von der expansiven Zinspolitik der US-Notenbank profitierten. In den Sommermonaten liessen jedoch auch das Konsumentenvertrauen und die Detailhandelsumsätze zusehends nach.

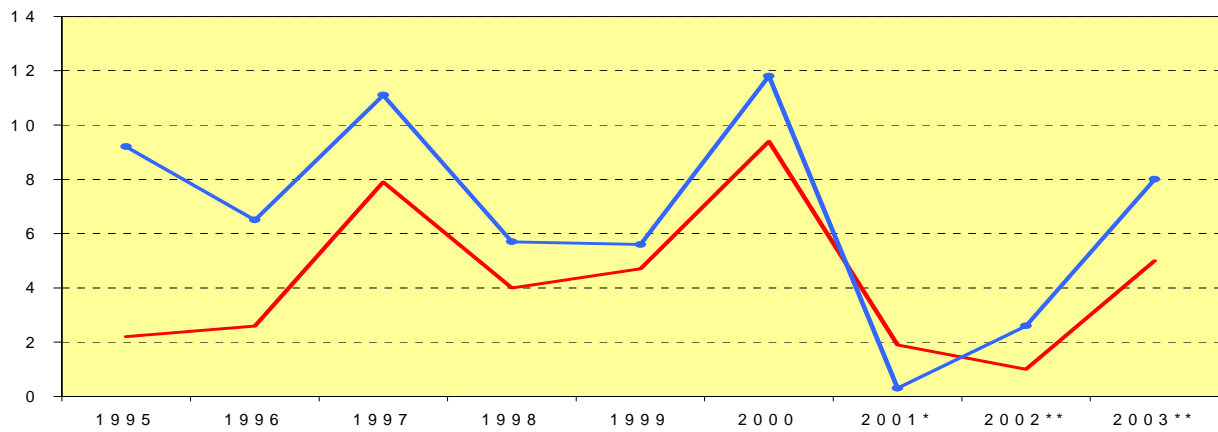
In dieser labilen Lage brachte der Terroranschlag des 11. September eine zusätzliche Verunsicherung in die Wirtschaft der USA wie auch in die Weltwirtschaft. Zwar werden die direkten Produktionsverluste in der US-Wirtschaft – vor allem in den Bereichen der Luftfahrt, der Finanzdienstleistungen, des Tourismus und des Detailhandels – als eher moderat veranschlagt. Als ungleich gravierender dürften sich aber die indirekten Auswirkungen – die Beeinträchtigung des Geschäftsklimas und des Konsumentenvertrauens – mit ihren internationalen Ausstrahlungen erweisen. Bei anhaltend gedrücktem Vertrauen wird die amerikanische Volkswirtschaft über die zweite Jahreshälfte hinweg in einer eigentlichen Rezession verharren. Falls weitere dramatische Ereignisse ausbleiben, dürfte sich die Wirt-

Eckdaten der wirtschaftlichen Entwicklungen in der Schweiz, im OECD-Raum und in der EU  
[Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozenten]

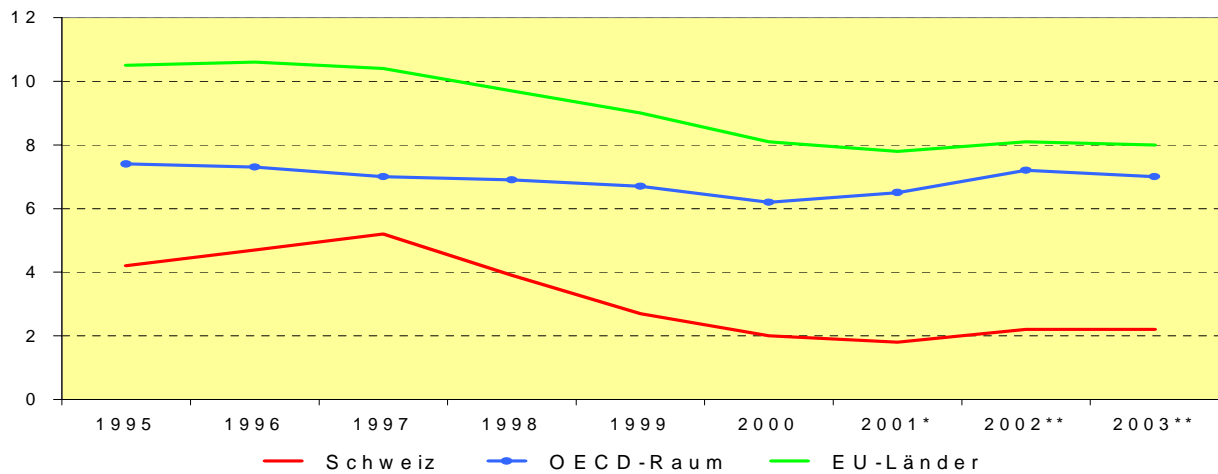
Reales Bruttoinlandprodukt



Volumen der Güterexporte\*\*\*



Arbeitslosenrate in %



Quellen: OECD; Schätzungen und Prognosen für die Schweiz: nationale Quellen (BFS, OZD, seco)

\* 2001: Schätzung

\*\* 2002 und 2003: Prognosen

\*\*\* Für den EU-Raum nicht mehr ausgewiesen

schaftstätigkeit in der zweiten Hälfte 2002 zu erholen beginnen und ab 2003 auf einen normalen Wachstumspfad zurückfinden. Eine überaus expansive Wirtschaftspolitik – mit wiederholten Senkungen der Leitzinsen durch die US Notenbank um insgesamt 450 Basispunkte innerhalb eines Jahres und umfangreichen staatlichen Stützungsprogrammen – wird wesentlich zur wirtschaftlichen Erholung beitragen.

Der Konjunktureinbruch in den USA hatte zusammen mit den Kaufkraftverlusten infolge des Anstiegs der Energiepreise auch in Europa eine unerwartet deutliche Konjunkturabschwächung zur Folge. Im zweiten Quartal 2001 kam das Wirtschaftswachstum (gemessen an der saisonbereinigten Entwicklung des realen BIP) im EU-Raum praktisch zum Stillstand. Die regionalen Unterschiede blieben ausgeprägt: Nach wie vor wachsen periphere Volkswirtschaften, wie etwa Spanien und Irland, deutlich rascher als die grossen Volkswirtschaften im Zentrum. Die deutsche Wirtschaft stand bereits im Sommer am Rande einer Rezession. Die skandinavischen Länder leiden in besonderem Masse unter dem Ausfall der Investitionen in den Industrien der Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT).

Angesichts der im EU-Binnenmarkt deutlich verringerten Aussenabhängigkeit hat das rasche Übergreifen des US-Abschwungs auf Europa überrascht. Immer deutlicher zeigt sich indessen, dass weltweit eine Reihe gemeinsamer Faktoren am Werk waren, die den synchronen Abschwung erklären. Zu erwähnen sind neben dem Rückschlag in den New Economy-Bereichen und den höheren Ölpreisen insbesondere ein verbreiteter, markanter Rückgang der Unternehmensgewinne und der Gewinnerwartungen, die weltweit schwachen Aktienmärkte und ein wachsender Vertrauensverlust auch bei den Konsumenten. In den mit den USA besonders eng verbundenen Regionen (Ostasien, Lateinamerika) spielten aber zweifellos die direkten Exportausfälle eine besondere Rolle.

In einer schwierigen Lage befindet sich die japanische Volkswirtschaft. Die globale Nachfrageschwäche nach Produkten der ICT-Branche und die enge Handelsverflechtung mit den USA und mit dem asiatischen Raum hatten einen kräftigen Exportrückschlag und abnehmende Unternehmensinvestitionen zur Folge. Dies liess die Wirtschaft ab dem zweiten Quartal erneut in eine Rezession abgleiten. Hinzu kommen die strukturellen Probleme des Finanzsektors, dessen Sanierung durch die konjunkturelle Verfassung in Frage gestellt wird. Die Lage erscheint umso prekärer, als sich die japanische Volkswirtschaft zugleich in einer eigentlichen Deflation befindet.

Der Konjunkturrückschlag im OECD-Raum beeinträchtigt auch die wirtschaftlichen Perspektiven in den übrigen weltwirtschaftlichen Regionen nachhaltig. Dabei werden die einzelnen Regionen von den wichtigsten Übertragungsmechanismen – den Anpassungen in den ICT-Industrien, den direkten Handelseffekten sowie dem Vertrauensverlust an den Finanzmärkten (mit Auswirkungen auf das Risikoverhalten) – unterschiedlich betroffen.

Die asiatischen Schwellenländer sind von der Krise in den ICT-Industrien besonders stark betroffen. Rückläufige Exporte, ein kräftiger Lagerabbau, stagnierende Investitionen und eine ebenfalls nachlas-

sende Konsumdynamik liessen diese Volkswirtschaften im Jahr 2001 insgesamt nur noch unwesentlich wachsen. Singapur und Taiwan befinden sich in einer eigentlichen Rezession. Eine Ausnahme bildet die Wirtschaft der VR China, welche dank robuster Inlandnachfrage weiterhin stark expandiert. Mit Blick auf den WTO-Beitritt Chinas rasch wachsende Auslandsinvestitionen kompensieren die negativen Auswirkungen des internationalen Konjunkturrückschlags.

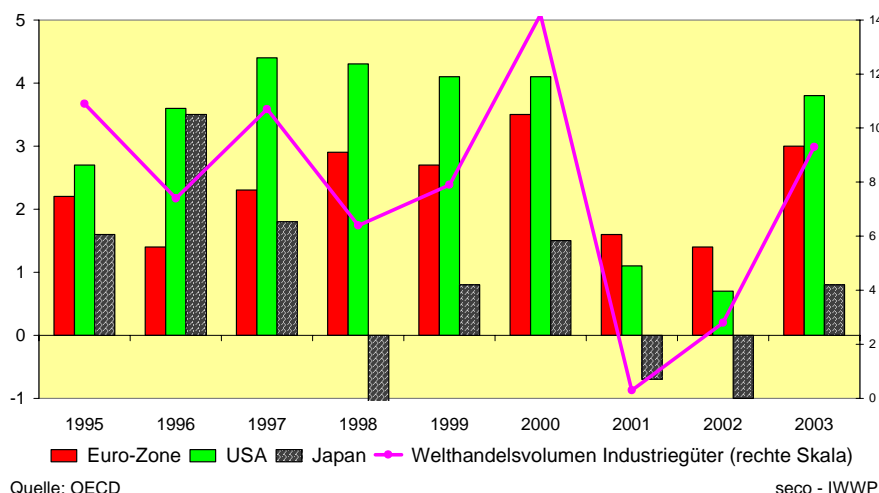
Auch die lateinamerikanischen Volkswirtschaften verloren im Berichtsjahr zusehends an Schwung. Ein allgemein schwächeres Exportwachstum und nachgebende Rohstoffpreise verschärften akute interne Probleme. So drückten insbesondere in Brasilien steigende Zinsen (infolge höherer Risikoprämien) und die Perspektive einer Energieverknappung auf Konsum und Investitionen. Die erneute markante Abwertung des brasilianischen Real – um mehr als 30 Prozent zwischen Januar und Oktober – setzte Argentinien unter enormen Druck. Dieses vermochte seine an den Dollar gebundene Währung nur um den Preis einer vertieften Rezession zu verteidigen.

Die grossen mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften widerstanden dem weltweiten Abschwung bislang bemerkenswert gut. Das Wachstum in den OECD-Mitgliedsländern Ungarn, Tschechische Republik und vor allem Polen verlangsamte sich zwar ebenfalls, blieb aber doch klar überdurchschnittlich. Eine einstweilen noch sehr bescheidene Ausrichtung auf den ICT-Sektor sowie ein hoher Ertragsbilanzüberschuss vermochten die russische Wirtschaft wirksam gegen den internationalen Abschwung abzusichern.

Die wirtschaftlichen Perspektiven sind gegenwärtig schwierig einzuschätzen. Die Weltwirtschaft befand sich im Sommer 2001 bereits in einem globalen Abschwung. Wie lange und wie intensiv der Schock der Ereignisse des 11. September das Verhalten der Konsumenten und Investoren beeinflussen wird, ist in dieser Lage besonders ungewiss. Für den Moment ist eine verbreitet abwartende Haltung zu beobachten, die im Urteil der OECD bis weit in die erste Hälfte 2002 fortauern dürfte.

#### Weltwirtschaft und Welthandel

Wachstum des realen BIP und des Welthandelsvolumens in %



Entsprechend erwartet die OECD, dass sich die Wirtschaftstätigkeit in ihren Mitgliedsländern nach einem Rückgang im zweiten Semester 2001 stabilisieren und in der zweiten Hälfte 2002 zusehends beschleunigen wird. Eine Rückkehr zu Wachstumsraten im Bereich des längerfristigen Potenzials wird für das

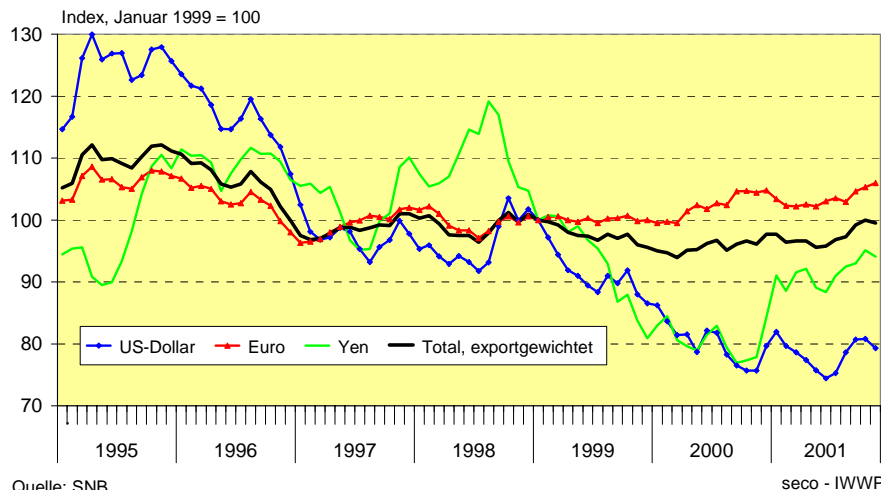
Jahr 2003 erwartet. Die Entwicklungen in den bedeutenderen Regionen werden deutlich abweichen: Vor allem in den USA, etwas weniger ausgeprägt auch in den grossen EU-Ländern dürfte sich das wirtschaftliche Wachstum im zweiten Halbjahr 2002 und in das Jahr 2003 hinein markant beschleunigen. In Japan ist mit einer Fortdauer der Rezession über das ganze Jahr 2002 hinweg und einer vorerst nur sehr bescheidenen Erholung im Jahr 2003 zu rechnen.

Die Prognoseunsicherheiten sind ungewöhnlich gross. Dabei weisen die Risiken eindeutig in Richtung einer weniger günstigen Entwicklung als in den Prognosen unterstellt. Zu erwähnen sind zunächst die Gefahr einer erneuten Verschärfung der politischen und militärischen Lage, darüber hinaus aber auch die Möglichkeit eines weiteren Rückschlags an den Aktienmärkten, einer deutlicheren Abschwächung des Dollarkurses oder erneuter Finanzmarkturbulenzen in den Schwellenländern. Auch könnte sich die Rückkehr des Vertrauens der Konsumenten und Investoren über Erwarten verzögern. Demgegenüber ist – im positiven Sinne – aber nicht auszuschliessen, dass die Impulse der umfangreichen wirtschaftspolitischen Stützungsmaßnahmen unterschätzt werden und ein relativ kräftiger Wiederaufschwung früher als erwartet einsetzen könnte.

In der Folge des weltweit synchronen Konjunkturabschwungs bildete sich der Welthandel im ersten Semester 2001 zurück. In der zweiten Jahreshälfte dürfte er weiter geschrumpft sein. Über ein ganzes Jahr gesehen erfuhr er den kräftigsten Rückschlag seit der zweiten Ölkrise zu Beginn der 80er-Jahre. Das im Vorjahr noch rekordhohe Welthandelwachstum kam damit im Jahresmittel 2001 abrupt zum Stillstand. Überdurchschnittliche Einbrüche im Aussenhandel verzeichneten die USA und verschiedene mit der US-Wirtschaft handelsmässig eng verbundene Regionen, so andere NAFTA-Länder, Japan und die Länder des asiatisch-pazifischen Raums.

Mit der ab Mitte 2002 wieder anziehenden internationalen Nachfrage, insbesondere einer raschen Wiederbelebung der Importe der USA im allgemeinen und von ICT-Gütern im besonderen, dürfte sich der Welthandel im späteren Verlauf des kommenden Jahres kräftig beleben und 2003, mit einer Rate von rund 9 Prozent, wieder ein auch im langjährigen Vergleich kräftiges Wachstum realisieren.

Reale Wechselkursindizes des Schweizerfrankens  
Entwicklung des realen Frankenkurses gegenüber den wichtigsten Währungen



Bei ausgeprägten Schwankungen im Jahresverlauf standen die internationalen Devisenmärkte im Zeichen eines insgesamt leicht stärkeren Dollars, einer Erholung des Euro auch im Verhältnis zum Dollar sowie einer deutlichen Abwertung des Yen ge-

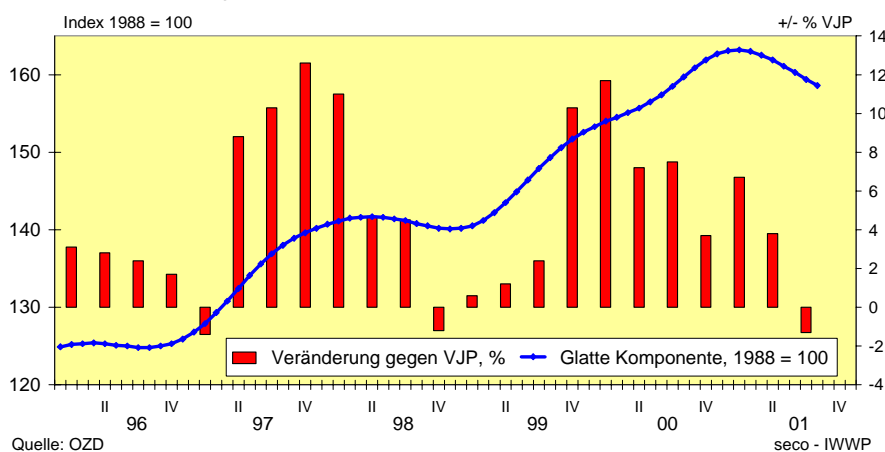
genüber allen wichtigen Währungen. Bei divergierenden Entwicklungen gegenüber den Hauptwährungen blieb der Franken bis im Spätsommer relativ stabil. In der Folge tendierte er leicht und nach dem 11. September verstärkt aufwärts. Mitte November war der Franken im exportgewichteten Mittel real (nach Abzug der Teuerungsdifferenzen zugunsten der Schweiz) rund 3,5 Prozent, im Verhältnis zum Dollar 5 Prozent und gegenüber dem Euro 1,5 Prozent stärker als ein Jahr zuvor.

### ***Von nachlassenden Aussenwirtschaftsimpulsen und stagnierenden Investitionen gebremstes Wachstum der Schweizer Wirtschaft***

Nach dem Höhepunkt des Aufschwungs im Winter 1999/2000 normalisierte sich das Wachstum der Schweizer Wirtschaft in der Folge wieder. Zu Beginn des Berichtsjahres befand sich die Wirtschaft weiterhin in einer ausgezeichneten Verfassung, mit praktisch voll ausgelasteten Kapazitäten, einer Arbeitslosenrate unter 2 Prozent und weitgehender Preisstabilität.

Der starke Abschwung der Weltkonjunktur und des Welthandels dämpfte die Wirtschaftstätigkeit seit Jahresbeginn in wachsendem Masse. Die Exporte und mit ihnen auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen verloren stetig an Schwung. Zur einzigen tragenden Stütze der Konjunktur wurde ein bis in den Herbst hinein bemerkenswert solides Wachstum der Konsumausgaben der privaten Haushalte. Die Ereignisse des 11. September versetzten auch dem zuvor sehr robusten Konsumentenvertrauen einen Schlag. Ob dieser Schock eine längere Beeinträchtigung der Konsumnachfrage zur Folge haben wird, ist einstweilen schwer abzuschätzen. Vor allem dank hoher Auftragsreserven der Industrie erreichte das Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr (gemessen an der saisonbereinigten Entwicklung des realen BIP) noch gut 1 Prozent. Im dritten Quartal kam es weitgehend zum Stillstand.

Entwicklung der realen Güterexporte  
Verlauf und Vorjahresvergleich

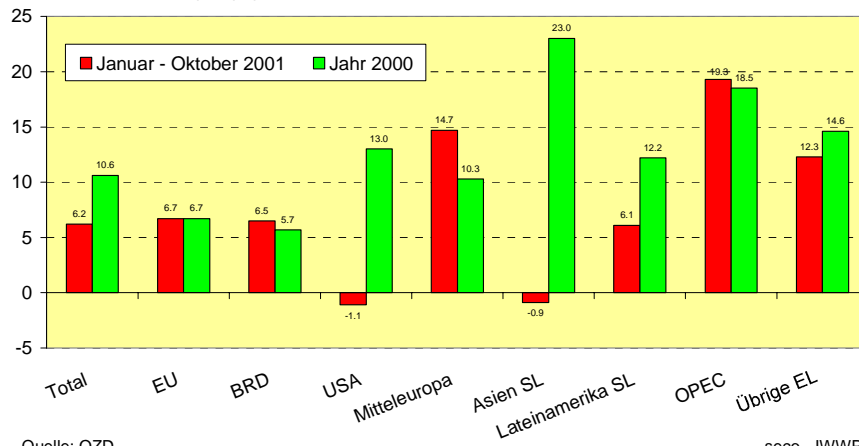


Die Warenausfuhren überschritten ihren Höhepunkt im Frühjahr. Sie tendierten in der Folge (in saisonbereinigter Betrachtung) stetig leicht abwärts. In den ersten zehn Monaten expandierten die realen Güterexporte noch um 3,6 Prozent. Im dritten Quartal sanken sie bereits

leicht unter den vor Jahresfrist verzeichneten Stand. Die Exportpreise stiegen um insgesamt 2,5 Prozent. Dies ist praktisch ausschliesslich auf eine kräftige Verteuerung der Pharmazeutika-Ausfuhren zurückzuführen. In den meisten andern Branchen war das Exportpreisniveau weitgehend stabil bis teils leicht rückläufig.

Nach unterdurchschnittlichem Wachstum in den vergangenen Jahren wurden die Ausfuhren nach den Mitgliedstaaten der EU zur eigentlichen Stütze der schweizerischen Exportindustrie. Dabei blieb die länderspezifische Entwicklung uneinheitlich: Zweistellige Zuwachsraten des Absatzes in Spanien, Griechenland und Italien kontrastierten mit einer weitgehenden Stagnation der Lieferungen nach den nordischen Ländern. Fortgesetzt dynamisch expandierten die Ausfuhren nach Mittel- und Osteuropa sowie nach der GUS.

Exporte nach Regionen Januar - Oktober 2001 und im Jahr 2000 im Vergleich  
Nominelle Veränderungen gegenüber der Vorjahresperiode in %



Sehr uneinheitlich entwickelte sich der Absatz auf den überseeischen Märkten. Die Exporte nach den OPEC-Staaten, den übrigen Entwicklungsländern sowie nach den latein-amerikanischen Schwellenländern expandierten im Jahresmittel noch kräftig. Die Lieferungen

nach den USA sowie nach den asiatischen Schwellenländern erreichten den Vorjahresstand nicht mehr. Eine Ausnahme bildete die Ausfuhr nach der VR China, die sich gegen den internationalen Konjunkturabschwung weitgehend abzusichern vermochte.

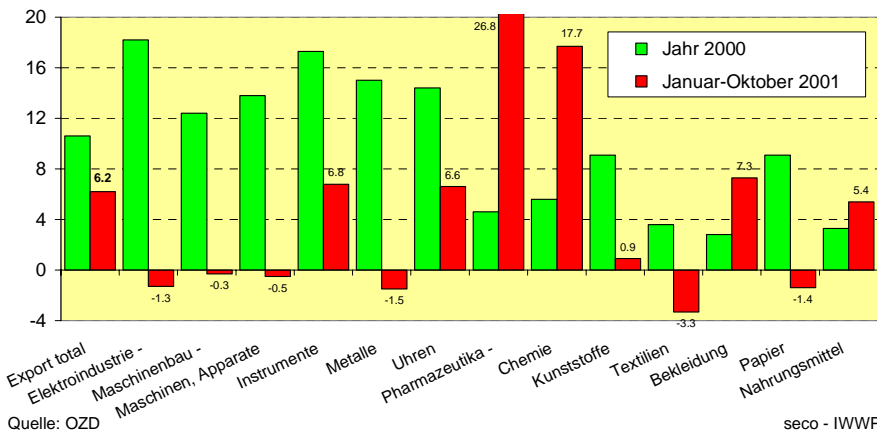
Die insgesamt noch positiven Ergebnisse der ersten zehn Monate verdecken eine nach Ländern und Regionen sehr unterschiedliche Verlangsamung der Exporte im Jahresverlauf. Ungebrochen kräftig expandierten in der Periode Juli bis Oktober lediglich noch die Lieferungen nach Mittel- und Osteuropa. Deutlich verlangsamt, aber noch im positiven Bereich, präsentierten sich die Ergebnisse auf den Märkten der EU, Japans, der OPEC und der nicht ölproduzierenden Entwicklungsländer. In den Schwellenländern Asiens und Lateinamerikas fiel der Absatz unter den Stand der Vorjahresperiode. Die Exporte nach den USA erfuhr einen eigentlichen Einbruch.

Das Ausfuhrwachstum war im Berichtsjahr einseitig auf die Exporte der pharmazeutischen Industrie abgestützt. Sie bestritten in den ersten zehn Monaten 2001 nicht weniger als 77 Prozent der nominellen Zunahme der Gesamtausfuhr. Die Ausfuhren der Nahrungsmittel- und vor allem der Bekleidungsindustrie schnitten gegenüber dem Vorjahr ebenfalls besser ab. Bemerkenswert gut behaupteten sich auch die Uhrenexporte. Dagegen expandierten die im Vorjahr noch sehr erfolgreichen Investitionsgüterexporte insgesamt kaum mehr, bei allerdings beträchtlichen Unterschieden unter den einzelnen Produktgruppen. Positive Ausnahmen bildeten insbesondere elektrische und nichtelektrische Motoren, ausgewählte Werkzeugmaschinen, Maschinen für die Nahrungsmittelindustrie sowie medizinische Apparate und Instrumente. Stagnierende bis rückläufige Ergebnisse weisen generell die Auslandlieferun-

gen industrieller Zwischenprodukte des Metall-, des Kunststoff-, des Papier- und des Textilsektors aus. Hervorzuheben sind schliesslich die Schuhexporte, deren Wert nach einem jahrelangen kontinuierlichen Rückgang um nicht weniger als 76 Prozent zunahm und sich damit wieder den Ergebnissen der frühen 90er-Jahre nähert.

Branchenexporte Januar - Oktober 2001 und Jahr 2000

Nominelle Veränderungen gegenüber der Vorjahresperiode in %



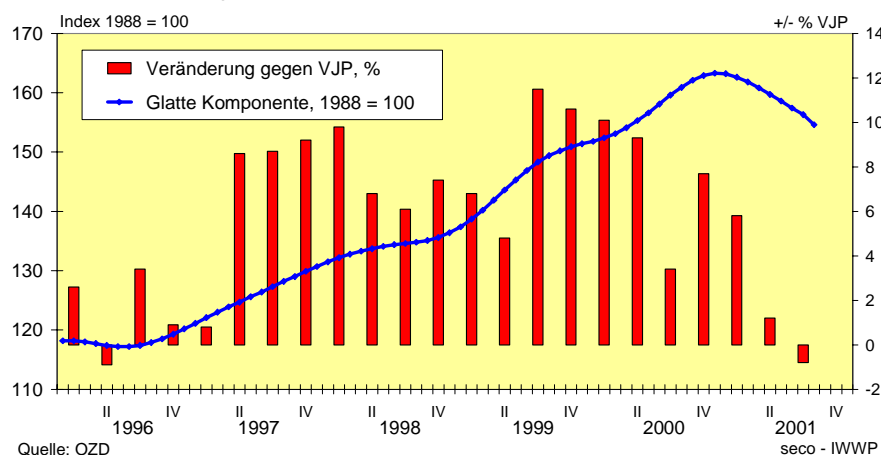
Ein ähnliches Bild vermitteln die Ergebnisse der wichtigsten Branchen im Jahresverlauf. Sieht man von den erwähnten Ausnahmen der Pharma-, der Uhren- und der Bekleidungsexporte ab, so erreichten die Exportwerte der meisten übrigen Branchen in der Periode Juli bis Oktober den vor Jahresfrist

verzeichneten Stand nicht mehr. Überdurchschnittliche Rückschläge sind in verschiedenen Bereichen des Investitionsgütersektors zu verzeichnen. Angesichts des weltweiten Einbruchs der Unternehmensinvestitionen überrascht dieses Ergebnis kaum.

Mit der nachlassenden Dynamik der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage verloren auch die Importe an Schwung. Seit dem Höhepunkt zu Jahresbeginn weist der saisonbereinigte Verlauf stetig nach unten. Dies ist zugleich der erste Rückgang seit Beginn des Konjunkturaufschwungs 1997. Im Mittel der ersten zehn Monate nahmen die realen Güterimporte noch um 1,6 Prozent zu. Das Einfuhrpreisniveau stieg um 2,5 Prozent. Dies ist wesentlich auf teurere Medikamente, teils aber auch auf den bis Jahresmitte sehr starken Dollar zurückzuführen.

Entwicklung der realen Güterimporte

Verlauf und Vorjahresvergleich



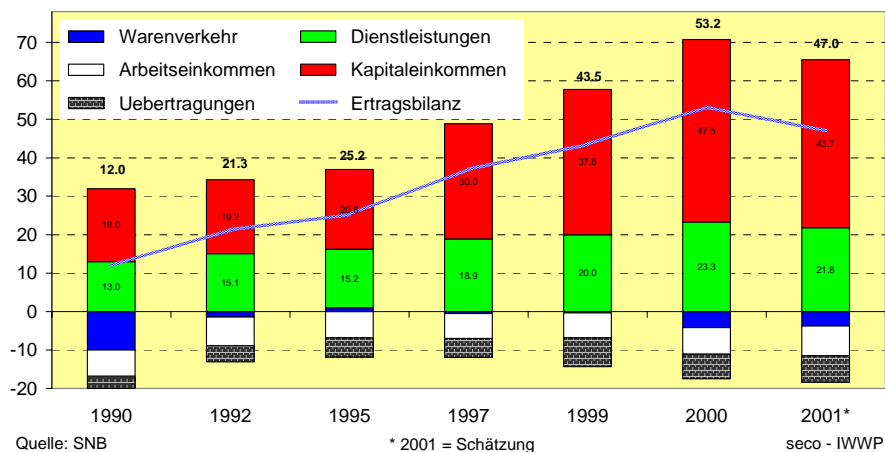
Die sektorielle Entwicklung widerspiegelt die Konjunktur in der Schweiz. Die nachgebende Industrie- und Exportkonjunktur drückte auf die Vorleistungsimporte. Mit Ausnahme chemischer Grundstoffe wuchsen die Einfuhren industrieller Halbfabrikate und Zwischenprodukte mehrheit-



lich kaum mehr. Die Stagnation der Ausrüstungsinvestitionen und Sonderfaktoren – u.a. der Rückgang der Nutzfahrzeugimporte nach der durch die LSVA bewirkten Erneuerung des Fahrzeugparks im Vorjahr – liessen die Investitionsgüterbezüge insgesamt leicht schrumpfen. Das verbleibende Einfuhrwachstum war damit einseitig von den Energieträgereinfuhren sowie vor allem den Konsumgüterimporten getragen. Rund zwei Drittel des Wachstums der Konsumgütereinfuhren entfielen allein auf massiv höhere Medikamentenbezüge aus dem Ausland. Im Einklang mit dem leicht rückläufigen Automobilabsatz nahmen die Personenwageneinfuhren nur noch wenig zu.

Erstmals nach Jahren einer stetigen Verbesserung verschlechterte sich die aussenwirtschaftliche Position der Schweiz insgesamt wieder. Die Handelsbilanz im eng gefassten Sinne (ohne Handel mit Edelmetallen, Edel- und Schmucksteinen u. dgl.) verbesserte sich leicht und wies in den ersten zehn Mo-

Die Ertragsbilanz der Schweiz, 1990 bis 2001  
Salden der wichtigsten Komponenten in Mrd. Franken



naten einen bescheidenen Überschuss von 481 Millionen Franken aus. Als Folge umfangreicher Edelmetallimporte (Palladium, zu industriellen Zwecken) stieg das Defizit im Gesamthandel jedoch um rund 2 auf 4,3 Milliarden Franken. Die Dienstleistungsbilanz verschlechterte sich ebenfalls.

Nach einer noch sehr günstigen Wintersaison bildete sich in der Fremdenverkehrswirtschaft die Nachfrage ausländischer Gäste in der Folge stetig leicht zurück. Die Kommissionserträge der Banken litten unter der ungünstigen Börsenentwicklung. Geringere Erträge aus den Direktinvestitionen im Ausland im Einklang mit den weltweit rückläufigen Unternehmensgewinnen liessen schliesslich auch die Netto-Kapitaleinkommen aus dem Ausland schrumpfen. Ihr Wachstum hatte im vergangenen Jahrzehnt am stärksten zum massiven Anschwellen des Überschusses der schweizerischen Ertragsbilanz beigetragen. Nach dem Rekordergebnis von 53 Milliarden Franken im Vorjahr wird die Ertragsbilanz damit 2001 mit einem voraussichtlich um rund 6 Milliarden Franken verringerten Überschuss abschliessen.

### ***Nach vorübergehender fühlbarer Abschwächung ab 2003 Rückkehr zu robustem Wachstum im Einklang mit den längerfristigen Möglichkeiten der Wirtschaft***

Der starke Abschwung der internationalen Konjunktur und des Welthandels sowie unmittelbare negative Folgen der Terroranschläge dämpfen die Wirtschaftstätigkeit in der Schweiz bis weit in das Jahr 2002 hinein. Mit der zunehmenden Erholung der Weltwirtschaft ab Mitte 2002 wird sich auch die Konjunktur in der Schweiz wieder beleben. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum, das sich bereits 2001 auf 1,6 Prozent abschwächte, wird sich voraussichtlich im Jahr 2002 nochmals leicht auf etwa 1,3 Prozent

zurückbilden. Wichtigste Stütze wird der zwar ebenfalls verlangsamte private Konsum bleiben, der von einer weiterhin spürbaren Zunahme der verfügbaren Haushalteinkommen, bei stabiler Beschäftigungslage und sehr niedriger Teuerung, profitieren wird. Erst 2003 werden die wieder erstarkenden aussenwirtschaftlichen Impulse in Verbindung mit den ebenfalls wieder dynamischeren internen Auftriebskräften ein Wachstum des realen BIP ermöglichen, das etwa den längerfristigen Möglichkeiten der Wirtschaft entspricht.

<b>Indikatoren der schweizerischen Konjunktur</b> (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozenten)				
	2000	2001	2002	2003
<b>Produktion und Arbeitsmarkt</b>				
Bruttoinlandprodukt real	3.0	1.6	1.3	2.0
Beschäftigte insgesamt (Vollzeitäquivalent)	1.6	0.8	0.2	0.5
Arbeitslosenquote	2.0	1.8	2.2	2.2
<b>Aussenwirtschaft</b>				
Exportvolumen (Güter)	11.2	1.9	1.0	5.0
Importvolumen (Güter)	11.2	0.7	1.0	5.0
Ausländerübernachtungen	7.3	-1.0	2.0	4.0
Ertragsbilanz (Saldo Mrd Franken)	53.2	47.0	43.8	44.5
<b>Monetäre Indikatoren und Preise</b>				
Realer Wechselkurs, exportgewogen	-2.1	1.7	1.8	-0.5
Zinsen Dreimonatsdepots (Libor)	3.1	3.0	1.8	2.0
Rendite eidg. Obligationen (10 Jahre)	3.9	3.4	3.0	3.4
Landesindex der Konsumentenpreise	1.6	1.1	1.0	1.0
Quelle: Expertengruppe Wirtschaftsprognosen des Bundes (2001: Schätzungen, 2002/03: Prognosen)				

Im Zeitpunkt des Redaktionsschlusses (Ende November) deutet vieles darauf hin, dass die Schweizer Wirtschaft 2002 von den Exporten noch keine entscheidenden neuen Wachstumsimpulse erhalten wird. Zu erwähnen ist eine verzögerte konjunkturelle Erholung in Deutschland als unserem wichtigsten Exportmarkt. In dieselbe Richtung weist eine ebenfalls verzögerte internationale Belebung der Unternehmensinvestitionen in Verbindung mit einer bereits markant verschlechterten Auftragslage der Schweizer Investitionsgüterindustrien. Positiv erscheint dagegen der Umstand, dass die Pharmazeutikaexporte als derzeitiger Träger des Ausfuhrwachstums wenig konjunktorempfindlich sind. Dennoch wird das Wachstum des Ausfuhrvolumens 2002 voraussichtlich nicht über 1 Prozent hinauskommen und sich erst anschliessend wieder nachhaltig beschleunigen.

### 3 Europäische Wirtschaftsintegration

*Wegen Verzögerungen bei der Genehmigung des Personenfreizügigkeitsabkommens in einzelnen EU-Staaten konnte das Vertragswerk der „Bilateralen I“ immer noch nicht in Kraft gesetzt werden. Mit der EU fanden erste Verhandlungen über Verarbeitungsprodukte, Statistik, Umwelt (Left-overs der „Bilateralen I“) sowie über Betrugsbekämpfung (EU-Begehren) statt. Die EFTA-Konvention von 1960 wurde substantiell erneuert. Die Konventionsänderungen sind am 21. Juni in Vaduz unterzeichnet worden. Die Änderungen haben eine weitgehende Gleichstellung der EFTA-Partner mit den aus den „Bilateralen I“ resultierenden Vertragsbeziehungen zwischen der Schweiz und der EU zur Folge. Das Netz von EFTA-Drittlandabkommen wurde auf Kroatien und Jordanien ausgeweitet.*

#### 3.1 Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU

Da die Genehmigungsverfahren noch nicht in allen EU-Mitgliedstaaten abgeschlossen sind, dürften die sieben bilateralen Abkommen von 1999 („Bilaterale I“) erst im Verlauf von 2002 in Kraft treten. In nächster Zeit gilt es, das Vertragsnetz mit der EU in einer zweiten Runde bilateraler Verhandlungen zu erweitern und zu vertiefen.

##### 3.1.1 Beziehungen im Rahmen der geltenden Abkommen

Am 15. November fand in Brüssel die 46. Tagung des Gemischten Ausschusses zu den *Freihandelsabkommen* (FHA) Schweiz–EG/EGKS von 1972 (SR 0.632.401/402) statt. Dabei wurden – ausserhalb der traditionellen Freihandelsthemen – im Vorgriff auf das noch nicht in Kraft stehende Luftverkehrsabkommen von 1999 die seitens staatlicher Behörden geleisteten finanziellen Unterstützungen an Luftverkehrsunternehmen angesprochen.

Die Schweiz gab der Befriedigung Ausdruck, dass im Juli endlich die Verhandlungen zur Aktualisierung des Protokolls Nr. 2 (Erzeugnisse der Nahrungsmittelindustrie) aufgenommen werden konnten.

Die fälligen Anpassungen des „Ursprungs“-Protokoll Nr. 3 des FHA an die Änderungen des Harmonisierten Systems sollen demnächst im schriftlichen Verfahren beschlossen werden. Mit dem Auslaufen des EGKS-Vertrages Mitte 2002 werden die Stahlprodukte den Bestimmungen des FHA Schweiz–EWG unterliegen. Die 1999 ausgearbeitete gemeinsame Erklärung über die Liberalisierung der Elektrizitätsmärkte und den gegenseitigen Marktzugang konnte noch nicht verabschiedet werden; die EU wartet weitere Liberalisierungsschritte in der Schweiz ab.

Erneut forderte die Schweiz, dass aufgrund der wissenschaftlichen Erkenntnisse des BSE-Ausschusses der EU und dessen Risikoklassierung der Schweiz die ungerechtfertigten Importrestriktionen gewisser EU-Mitgliedstaaten aufgehoben und so die traditionellen Exporte wieder ermöglicht werden.

Da verschiedene veterinärrechtliche Vorschriften der EU über die Durchfuhr von Erzeugnissen tierischen Ursprungs nach wie vor den grenzüberschreitenden Verkehr erschweren, wurde im Gemischten Ausschuss angeregt, im Rahmen des Abkommens über die Erleichterungen der *Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr* (SR 0.631.242.05) für EU-konforme Sendungen aus der Schweiz in Drittländer, die über EU-Territorium transitieren, vereinfachte Verfahren zur Anwendung zu bringen.

Ebenfalls am 15. November trat in Brüssel die Gemischte Kommission zu den *Uhrenabkommen* von 1967 und 1972 (SR 0.632.290.13/131) zusammen.

Die Informatisierung des *gemeinsamen Versandverfahrens* (gVV) im Rahmen des entsprechenden Übereinkommens (SR 0.631.242.04) kommt plangemäss voran. Mit ihr werden die Zolltransite rationalisiert und sie trägt zu einer wirkungsvolleren Bekämpfung von Schmuggel und Betrug bei. Die Mitte 1997 begonnene Reform des gVV konnte am 20. Dezember 2000 mit Beschluss 1/2000 des Gemischten Ausschusses EG–EFTA (SR 0.631.242.049) zu Ende geführt werden.

### **3.1.2 Ratifikation und Umsetzung der sektoriellen Abkommen von 1999**

Die Vertragsabschlusskompetenz in Bezug auf das Abkommen über die Freizügigkeit im Personenverkehr liegt EU-seitig sowohl bei der Europäischen Gemeinschaft als auch ihren Mitgliedstaaten, weshalb dieses Abkommen auch von den einzelnen EU-Mitgliedstaaten zu genehmigen ist. Da die sieben sektoriellen Abkommen (BBl 1999 6128) die gleichen Bestimmungen bezüglich des Inkrafttretens enthalten und dadurch rechtlich verknüpft sind, kann das Vertragswerk erst in Kraft treten, wenn auch das Personenverkehrsabkommen ratifiziert sein wird.

Die Schweiz hat die Abkommen am 16. Oktober 2000 ratifiziert. 14 Mitgliedstaaten der EU haben ihrerseits das Genehmigungsverfahren zum Personenverkehrsabkommen formell abgeschlossen. Im verbleibenden Staat (Belgien) war das Genehmigungsverfahren im Dezember 2001 noch im Gang. Sobald die Ratifikation zum Personenverkehrsabkommen durch die 15 EU-Mitgliedstaaten erfolgt ist, werden die bilateralen Verträge dem Rat der Europäischen Union und das Forschungsabkommen zusätzlich der EU-Kommission zur Zustimmung unterbreitet. Die Abkommen treten am ersten Tag des zweiten Monats nach der letzten Ratifikation in Kraft. Sie werden voraussichtlich in den ersten Monaten 2002 in Kraft gesetzt werden können.

Die Vorkehren zur Umsetzung der Abkommen in der Schweiz sind praktisch abgeschlossen. Mehrere neue Gesetze und Verordnungen sowie bestehende Erlasse sind im Bereich der Forschung (1), des öffentlichen Beschaffungswesens (2), der Landwirtschaft (23), des Landverkehrs (14), des Luftverkehrs (1) und des Personenverkehrs (28) erlassen bzw. geändert worden. Einige Verordnungen wurden aufgehoben.

Mit den Kommissionsdiensten wurden verschiedene, mit der Verwaltung der Abkommen in Zusammenhang stehende Fragen diskutiert, so über die Organisation der Gemischten Ausschüsse, über das

Erstellen von Geschäftsordnungen und über technische Aspekte bei der Rechtsanwendung und -entwicklung.

Da die Abkommen nicht – wie ursprünglich erwartet – Anfang 2001 in Kraft treten konnten, hat der Bundesrat mit Wirkung vom 1. Januar 2001 an die LSVA, die Erhöhung der nationalen Gewichtslimite auf 34 Tonnen und die Leer- und Leichtfahrten-Kontingente sowie die 40 Tönnner-Kontingente autonom festgelegt.

### **3.1.3 Vorbereitung und Aufnahme von Verhandlungen für weitere bilaterale Abkommen**

Am 4. März 2001 haben Volk und Stände die Volksinitiative „Ja zu Europa!“ mit 76,7 Prozent Nein-Stimmen verworfen. Mit dieser Initiative sollte der Bundesrat verpflichtet werden, mit der Europäischen Union unverzüglich Verhandlungen über einen EU-Beitritt der Schweiz aufzunehmen. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sind der Empfehlung des Bundesrates gefolgt, dieses Volksbegehren abzulehnen, weil die Voraussetzungen für die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen zurzeit nicht gegeben sind. Der Bundesrat hat nach der Abstimmung vom 4. März die Eckwerte seiner Europapolitik bestätigt. Kurzfristig kommt dem Inkrafttreten und der Umsetzung der sieben bilateralen Abkommen Vorrang zu.

Mittelfristig liegt die Priorität auf neuen bilateralen Verhandlungen. Zum einen handelt es sich um sog. *Left-overs* bzw. um acht Verhandlungsgegenstände, die in den „Bilateralen I“ noch nicht geregelt werden konnten, über deren Regelungsbedarf aber Einigung bestand (Dienstleistungen, Beseitigung der Doppelbesteuerung der Ruhegehälter ehemaliger EU-Bediensteter mit Wohnsitz in der Schweiz, verarbeitete Landwirtschaftsprodukte, Umwelt, Statistiken, Medien, Bildung, Jugend). Zum andern geht es um Themen, die sowohl die EU als auch die Schweiz vorgeschlagen haben: die EU die Betrugsbekämpfung und die Zinsbesteuerung, die Schweiz die verstärkte Zusammenarbeit bei der inneren Sicherheit (Polizei, Justiz, Asyl und Migration).

Anfang 2001 hatte sich die EU noch auf den Standpunkt gestellt, ein Abkommen über die Betrugsbekämpfung sei Voraussetzung für ein Eingehen auf die anderen Verhandlungsthemen. Die Schweiz beharrte indes auf der Strategie einer grundsätzlich parallelen und koordinierten Verhandlungsführung in allen zehn Bereichen; sie machte die Verhandlungseröffnung in Einzelbereichen von einer genügenden Zusicherung der Verhandlungsbereitschaft der EU in allen Bereichen abhängig. Am 25. Juni 2001 fasste der EU-Rat den Grundsatzentscheid, Verhandlungen mit der Schweiz in allen zehn Bereichen aufzunehmen; er beauftragte die Kommission mit der Erarbeitung der Verhandlungsmandate. Darauf hat der Bundesrat am 27. Juni beschlossen, Verhandlungen in denjenigen Bereichen aufzunehmen, in denen beide Seiten bereits über Verhandlungsmandate verfügen (Betrugsbekämpfung, verarbeitete Landwirtschaftsprodukte, Statistiken, Umwelt). Zugleich verabschiedete er Verhandlungsmandate in sieben Bereichen, zwei Vorverhandlungsmandate (Schengen/Dublin, Dienstleistungen) sowie ein Diskussionsmandat (Zinsbesteuerung). Mittlerweile haben erste Verhandlungen auf den Gebieten Betrugsbekämpfung, verarbeitete

Landwirtschaftsprodukte, Statistiken und Umwelt stattgefunden. In den andern Bereichen wurden die exploratorischen Gespräche bzw. die Vorverhandlungen weitergeführt. Die diesbezüglichen Verhandlungen werden beginnen, sobald die Mandate auf beiden Seiten vorhanden sind.

Längerfristig hält der Bundesrat am Ziel des Beitritts der Schweiz zur Europäischen Union fest. Zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU müssen aus Sicht des Bundesrates allerdings bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein (vgl. Aussenpolitischer Bericht des Bundesrates vom 15. November 2000; BBl 2001 261), was nicht von heute auf morgen möglich ist. Der Bundesrat wird daher erst im Laufe der nächsten Legislaturperiode (2003–2007) beurteilen können, ob die Zeit für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU gekommen ist oder nicht.

### **3.2 Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) und andere europäische Freihandelsbeziehungen**

Die EFTA-Konvention von Stockholm von 1960 ist nach 40 Jahren ihres Bestehens substantiell geändert worden. Die wechselseitige Gewährung unter den EFTA-Staaten von analogen Vorteilen, wie sie sich in den Abkommen vom 21. Juni 1999 im Verhältnis Schweiz–EG finden, stellt für die Assoziation einen qualitativ beachtlichen Schritt nach vorn dar. Zudem konnte das Netz der Freihandelsabkommen um Kroatien und Jordanien erweitert werden.

#### **3.2.1 Die EFTA-Konvention**

Das Übereinkommen vom 4. Januar 1960 zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) (SR 0.632.31) wurde im Gefolge der 1999 unterzeichneten sieben sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU einer substantiellen Reform unterzogen.

Nach zweijährigen Verhandlungen zwischen den EFTA-Staaten konnte anlässlich der EFTA-Ministerkonferenz in Vaduz das Abkommen zur Änderung der EFTA-Konvention am 21. Juni 2001 unterzeichnet werden (vgl. Botschaft des Bundesrates vom 12. Sept. 2001, BBl 2001 4963).

Die revidierte EFTA-Konvention hebt die vertraglichen Beziehungen zwischen der Schweiz und den übrigen EFTA-Staaten auf eine mit den durch die sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU geschaffenen vertraglichen Beziehungen vergleichbare Ebene – mit Ausnahme des Forschungsbereiches. Auch dient es für gewisse Bereiche als (bis anhin fehlende) Basis für die Aushandlung von Freihandelsbeziehungen zwischen den EFTA-Staaten und Drittstaaten, welche nicht Mitglieder der EU sind. Mit der Revision werden die Rahmenbedingungen im Warenverkehr durch gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen und handelserleichternden Massnahmen für gewisse Agrarprodukte verbessert. In den Bereichen des freien Personenverkehrs, der Investitionen und der Dienstleistungen einschliesslich des Land- und Luftverkehrs, des öffentlichen Beschaffungswesens und des geistigen Eigentums sind substantiell neue Bestimmungen eingeführt worden. Ebenso wurden die Regeln über Wettbewerb und über die staatlichen Beihilfen präzisiert.

Auf die folgenden Punkte sei besonders hingewiesen:

- die bestehenden Bestimmungen über den Warenhandel, der ursprüngliche Kern des EFTA-Übereinkommens, sind restrukturiert und von obsoleten Bestimmungen befreit worden (z.B. von den Bestimmungen betreffend Übergangsfristen für den Abbau von tarifären Massnahmen);
- die Bestimmungen über den Handel mit Landwirtschaftserzeugnissen wurden nachgeführt unter Berücksichtigung der Entwicklungen der Beziehungen zwischen den EFTA-Staaten und Drittstaaten, welche nicht EU-Mitgliedstaaten sind, sowie im Rahmen der WTO. Die tarifären Konzessionen bezüglich landwirtschaftliche Grundprodukte wurden in einigen Fällen erweitert (z.B. auf Käse);
- die gegenseitige Anerkennung der Konformitätsbewertungen wurde neu in das EFTA-Übereinkommen aufgenommen. Die diesbezüglichen Bestimmungen entsprechen denjenigen des Abkommens über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen zwischen der Schweiz und der EU. Überdies wurde das Meldeverfahren für Entwürfe von geplanten Vorschriften auf solche für Dienstleistungen der Informationsgesellschaft ausgeweitet, um so den jüngsten Entwicklungen innerhalb der EU und des EWR Rechnung zu tragen;
- die Personenfreizügigkeit wurde neu auch für den EFTA-Raum eingeführt. Begleitet wird sie von einer Koordinierung der verschiedenen Systeme der Sozialen Sicherheit und der gegenseitigen Diplomanerkennung. Die Personenfreizügigkeit zwischen den EFTA-Staaten ist der Regelung des betreffenden sektoriellen Abkommens zwischen der Schweiz und der EU nachgebildet. Besondere Bestimmungen gelten in diesem Bereich zwischen der Schweiz und Liechtenstein;
- der Schutz des Geistigen Eigentums wurde neu in das Übereinkommen aufgenommen und durch griffige Bestimmungen geregelt;
- das EFTA-Übereinkommen enthält nun auch Bestimmungen über den Handel mit Dienstleistungen und Investitionen. Die EFTA-Staaten haben jedoch beschlossen, gewisse Restriktionen in diesen Bereichen beizubehalten. Diese sollen aber nach und nach abgebaut werden. Der Liberalisierungsprozess hängt im Wesentlichen auch vom Abschluss eines bilateralen Abkommens über Dienstleistungen zwischen der Schweiz und der EU ab;
- das EFTA-Übereinkommen enthält schliesslich Bestimmungen über den Luft- und Landverkehr, welche den diesbezüglichen sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU nachgebildet sind. In diesem Rahmen erteilt die Schweiz den Transporteuren der EFTA-Staaten Kontingente für 40-Tonnen-Fahrzeuge sowie für Leer- und Leichtfahrten.

Das neue EFTA-Übereinkommen ist zu einem modernen Werkzeug geworden, welches den aktuellen Bedürfnissen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen angemessen Rechnung trägt.

### **3.2.2 Beziehungen der EFTA zu europäischen Drittstaaten und Mittelmeerländern**

Seit 1990 haben die EFTA-Länder mit 17 Staaten in Mittel- und Osteuropa sowie im Mittelmeerraum Freihandelsabkommen abgeschlossen. Hauptziel dieser Abkommen ist es, den Wirtschaftsakteuren des EFTA-Raums einen gleichwertigen Zugang zu den betreffenden Drittland-Märkten zu gewähren, wie ihn dort ihre Konkurrenten aus der EU aufgrund von deren präferenziellen Abkommen („Europaabkommen“, „Mittelmeerabkommen“, „Stabilisierungsabkommen“) geniessen.

Vor dem Hintergrund der weltweiten Tendenz zu regionalen Handelsliberalisierungen sehen sich die EFTA-Staaten auch vor die Herausforderung gestellt, mit wichtigen Handelspartnern in Übersee Freihandelsabkommen auszuhandeln (vgl. Ziff. 4.3).

Was die Beziehungen zu *mittel- und osteuropäischen Staaten* betrifft, ist insbesondere auf das am 21. Juni unterzeichnete *Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Kroatien* (vgl. Beilage, Ziff. 9.2.2) hinzuweisen.

Die bestehenden Abkommen mit mittel- und osteuropäischen Staaten funktionieren generell zur Zufriedenheit der Vertragsparteien. Sie bringen der schweizerischen Wirtschaft bedeutende Vorteile, nicht zuletzt dank des Systems der „paneuropäischen Kumulation“ bei den Ursprungsregeln für Industrieprodukte (vgl. Ziff. 123 und 312 des Berichts 96/1+2). Gemischte Ausschüsse, die vor allem der Verwaltung und Aktualisierung der Abkommen dienen, fanden mit Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien und Slowenien statt. Mit Ungarn führte die Schweiz ausserdem Gespräche über die Behandlung von verarbeiteten und unverarbeiteten Landwirtschaftsprodukten. Das im Juni 2000 unterzeichnete Freihandelsabkommen mit Mazedonien (BBI 2001 977) wird voraussichtlich am 1. März 2002 in Kraft treten.

Der im Rahmen der Zusammenarbeitserklärung der EFTA-Staaten mit Jugoslawien vom 12. Dezember 2000 eingesetzte Gemischte Ausschuss trat erstmals am 24. September zusammen. Es wurde beschlossen, im Folgejahr exploratorische Gespräche über vertragliche Freihandelsbeziehungen aufzunehmen.

Am 21. Juni konnte ein *Freihandelsabkommen mit Jordanien* (vgl. Beilage, Ziff. 9.2.1) unterzeichnet werden. Die Verhandlungen im *Mittelmeerraum* mit Ägypten, Tunesien und Zypern wurden weitergeführt. Weitere potentielle Partner der EFTA sind insbesondere Algerien und Libanon.

Im Hinblick auf die von der EU für 2010 im Rahmen des so genannten Barcelona-Prozesses geplante Errichtung einer Freihandelszone Europa-Mittelmeer streben die EFTA-Staaten die Einführung einer Kumulation EU-Mittelmeerpartner-EFTA an, allenfalls in einem ersten Schritt auf subregionaler Ebene



(Maghreb, Maschrek). Die EU hat ihre zunächst ablehnende Haltung überdacht und prüft nun Möglichkeiten zur schrittweisen Einführung einer derartigen Kumulation für Industrieprodukte, allenfalls in Form einer Ausdehnung des bestehenden paneuropäischen Systems auf Mittelmeerpartner. Die EFTA-Staaten sind an den entsprechenden Vorbereitungsarbeiten beteiligt.

### **3.3 Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung und Technologie**

*Die Schweiz ist Gründungsmitglied der europäischen Initiativen EUREKA und COST. Diese charakterisieren sich durch ihren „Bottom up“-Ansatz, d.h. die Initiative zu neuen Projekten und Aktionen geht von den betroffenen Forschern aus. Zusammen mit den EU-Forschungsrahmenprogrammen (FRP)<sup>1</sup> werden sie die Grundpfeiler des künftigen Europäischen Forschungsraumes bilden.*

#### **3.3.1 EUREKA**

EUREKA wurde 1985 mit dem Ziel gegründet, durch transnationale F&E-Partnerschaften europäische Ressourcen zu mobilisieren<sup>2</sup>. Sie ist ein zwischenstaatliches Instrument grenzüberschreitender Zusammenarbeit europäischer Unternehmen und Forschungseinrichtungen für zivile Zwecke, um auf dem Gebiet der Spitzentechnologie die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken und so das Aufholen des technologischen Rückstandes Europas gegenüber Japan und den USA zu fördern. Die hierzu eingesetzten finanziellen Mittel belaufen sich zurzeit auf 2,174 Mia. Euro. EUREKA umfasst 31 Mitgliedstaaten (neu: Slowakei und Estland) sowie die Europäische Kommission.

Im Mittelpunkt der politischen Diskussion der EUREKA-Mitglieder stand die Stellung der Initiative im künftigen Europäischen Forschungsraum. Im Geschäftsjahr 2000/2001 konnten 190 neue Projekte (Vorjahr: 164) gestartet werden, was eine Erhöhung der Projektzahl um 16 Prozent bedeutet. Für die Periode 2001/2 wird die Generierung von mehr als 200 neuen Projekten erwartet.

In der Schweiz laufen zurzeit 92 Projekte mit EUREKA-Status. An diesen Projekten beteiligen sich 227 Schweizer Partner (43 Industriebetriebe, 84 KMU, 34 Universitäten/ETH, 8 Fachhochschulen und 58 F&E-Forschungsinstitute) mit einem Finanzvolumen von 420,5 Millionen Franken.

---

<sup>1</sup> Die Schweiz wird mit Inkrafttreten des sektoriellen Forschungsabkommens an das 5. FRP (1999-2002) assoziiert werden.

<sup>2</sup> EUREKA – Grundsatzerklärung, verabschiedet in Hannover am 16. April 1985 (vgl. Beilage 3 des Berichts zur Außenwirtschaftspolitik 85/1+2, BBl 1986 I 472).

### **3.3.2 COST**

Die Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiete der wissenschaftlichen und technischen Forschung (französisches Akronym: COST) wurde 1971 gegründet und ist ein zwischenstaatliches Instrument für die Vernetzung von nationalen Forschungsaktivitäten. COST-Aktionen betreffen die vorwettbewerbliche und die Grundlagen-Forschung für zivile Zwecke. COST umfasst 33 Mitgliedstaaten, darunter neu die Bundesrepublik Jugoslawien.

Die Schweiz nimmt derzeit an rund 85 Prozent der laufenden 160 Aktionen teil. Die Aufwendungen des Bundes für COST für das Jahr 2001 werden sich auf insgesamt 7,6 Millionen Franken belaufen.

## **4 Multilaterale Wirtschaftszusammenarbeit**

### **4.1 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)**

Die OECD-Ministerkonferenz vom Mai stand unter dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung. Im Entwicklungshilfeausschuss der OECD einigte man sich darauf, inskünftig auf die Lieferbindung für Hilfen zugunsten der ärmsten Staaten zu verzichten; ausgenommen bleiben die Nahrungsmittelhilfe und die technische Zusammenarbeit. Im November veröffentlichte der Fiskalausschuss der OECD seinen Bericht über die künftige Ausrichtung der Bekämpfung des schädlichen Steuerwettbewerbs.

#### **4.1.1 Tagung des OECD-Rates auf Ministerebene**

Die Ministerkonferenz der OECD vom 16./17. Mai stand unter dem Leitbild "Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung". Weitere Schwerpunkte bildeten die Stärkung des multilateralen Handelssystems und die Wachstumsfaktoren in der „neuen Wirtschaft“.

Die OECD betrachtet die nachhaltige Entwicklung mit den drei Dimensionen Wirtschaft, Umwelt und Soziales als ein übergeordnetes Ziel ihrer Organisation. Aufgrund der 1998 eingeleiteten Analysen verfügt die OECD über fundierte Kenntnisse in Bezug auf den Beitrag der Wirtschafts- und Umweltpolitiken zur Nachhaltigkeit. Gewisse Unklarheiten bestehen indessen hinsichtlich der Bedeutung der sozialen Aspekte, wozu es weiterer analytischer Arbeiten bedarf. Dabei werden der soziale Zusammenhalt, die Alterung, das Gesundheitswesen und die Migration im Vordergrund stehen. Die Schweiz sprach sich für eine vermehrt mit Ersparnissen sichergestellte Finanzierung der Altersrenten im OECD-Raum aus. Sie betrachtet die Kapitalisierung in der Rentenfinanzierung als zentralen Beitrag der sozialen Dimension für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und nachhaltigen sozialen Zusammenhalt. Die OECD will Indikatoren erarbeiten, mit denen sich die Fortschritte bei der Verwirklichung der Nachhaltigkeit messen lassen. Diese Indikatoren sollen später bei den Länderprüfungen im Wirtschafts-, Sozial- und Umweltbereich als Massstab dienen. Die Thematik der nachhaltigen Entwicklung war vorgängig im Rahmen des OECD-Forums 2001 diskutiert worden, an welchem auch Vertreter der Wirtschaft (BIAC),

der Arbeitnehmer (TUAC) und der Zivilgesellschaft teilnahmen.

Im Vorfeld der WTO-Ministerkonferenz in Doha sprachen sich die Minister für eine neue Runde multilateraler Handelsverhandlungen aus; dabei müssten auch die Verknüpfungen zwischen Handelsliberalisierung und Umwelt wie auch die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen geklärt werden. Fragen des multilateralen Handels wurden auch im Rahmen eines anlässlich der OECD-Ministerkonferenz abgehaltenen Treffens mit Ministern aus Brasilien, China, Indonesien, Mali, Rumänien, Russland, Singapur und Südafrika diskutiert.

Des Weiteren erörterten die Minister Strukturanpassungsprobleme der „neuen Wirtschaft“ (Produkte und Dienstleistungen der Telekommunikations- und Informationstechnologien). Die Schweiz rief in Erinnerung, dass eine beschäftigungswirksame Strukturanpassung nur dann erfolgreich ist, wenn gleichzeitig die Anpassung der vor- und nachgelagerten Sektoren vorangetrieben wird. Im Vordergrund stehen hier die Infrastruktur, das Bildungswesen, das Zusammenwirken von Grundlagen- und angewandter Forschung, die elektronischen Anlaufstellen und die elektronische Unterschriftenregelung.

Schliesslich begrüßten die Minister einen Bericht, der sich mit dem Rückgriff auf juristische Personen (namentlich Kapital- und Vermögensverwaltungsgesellschaften, Stiftungen und Personengesellschaften mit beschränkter Haftung) für illegale Zwecke befasst. Bei den Arbeiten hat die Schweiz darauf geachtet, dass die strafrechtlichen Aspekte im Vordergrund bleiben.

#### **4.1.2        Schwerpunkte der analytischen Tätigkeiten**

##### **4.1.2.1      Entwicklungszusammenarbeit**

Den Entwicklungsfragen kam in der OECD im Berichtsjahr besondere Beachtung zu. Zur Stärkung der Entwicklungsdimension der OECD setzte der Rat ein hochrangiges Gremium unter der Leitung der stellvertretenden Generalsekretärin ein.

In der Frage der gebundenen Hilfe konnten die Mitgliedstaaten des Entwicklungshilfesausschusses (DAC) einen Durchbruch erzielen. Nach über drei Jahren zäher Verhandlungen einigte man sich, auf die Bindung der Hilfen zu Gunsten der ärmsten Staaten an Lieferungen aus dem unterstützenden Land zu verzichten. Ausgenommen bleiben die Nahrungsmittelhilfe und die technische Zusammenarbeit. Dies bedeutet, dass Güter und Dienstleistungen im Zusammenhang mit bilateralen Entwicklungshilfeprojekten in den ärmsten Ländern in Zukunft weltweit auf dem freien Markt eingekauft werden können, was zu einem effizienteren Einsatz der Entwicklungsgelder beiträgt. Die Schweiz zählte seit jeher zu den Befürwortern des Verzichts auf die Lieferbindung, und sie hielt sich auch in der Praxis daran. Die Einigung im DAC wird auch für schweizerische Unternehmen neue Marktchancen eröffnen, da sie in Zukunft im Rahmen entsprechender Ausschreibungen anderer Geberländer Offerten einreichen können.

Anlässlich der Tagung des Entwicklungshilfeausschusses auf Ministerebene wurden in vier Bereichen neue oder ergänzende Richtlinien verabschiedet: Minderungen der Armut, nachhaltige Entwicklung, Aufbau und Stärkung von Kapazitäten im Handelsbereich („Trade Capacity Building“) sowie Verhütung gewaltsamer Konflikte. Die grösste politische Bedeutung kommt dabei den Richtlinien zur Minderung der Armut zu. Mehrere multilaterale Akteure der Entwicklungszusammenarbeit wie die Weltbank hatten die Armutsbekämpfung bereits früher explizit zum Ziel ihrer Tätigkeiten gemacht und entsprechende Strategien vorgelegt. Anlässlich des Jahrtausend-Gipfels („Millennium Summit“) im Herbst 2000 hatte sich auch die internationale Gemeinschaft auf eine Reihe von internationalen Entwicklungszielen („Millennium Development Goals“) geeinigt. Im Rahmen des DAC hat nun die Gemeinschaft der bilateralen Geber diese Ziele mit Anleitungen für die öffentlichen Entwicklungsinstitutionen konkretisiert.

Ferner befasste sich der Ausschuss mit den Strategien für die Zusammenarbeit mit Ländern, welche gravierende Probleme im Bereich der Regierungsführung und der Verwendung öffentlicher Ressourcen aufweisen („Poor Performing Countries“). Entwicklungsgelder zeitigen in einem solchen Umfeld oft nicht die gewünschte Wirkung; doch sind gerade in diesen Ländern die armen Bevölkerungsteile besonders stark auf externe Unterstützung angewiesen. Die Diskussion brachte erste Lösungsansätze hervor; das Thema wird den Ausschuss aber weiterhin beschäftigen.

Der Präsident des DAC stattete der Schweiz im Berichtsjahr einen Besuch ab. Im Zentrum des Treffens stand die Orientierung über Massnahmen, welche das seco und die DEZA in Reaktion auf die insgesamt positiv ausgefallene Überprüfung der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit durch das DAC im Jahr 2000 eingeleitet haben. Die Vertreter des DAC nahmen positiv zur Kenntnis, dass die Schweiz die Empfehlungen aus der Überprüfung in ihre Entwicklungszusammenarbeit und -politik einfließen lässt.

#### **4.1.2.2 Umwelt**

Am 16. Mai fand eine Sitzung des Umweltausschusses der OECD auf Ministerebene statt. Sie galt einem Gedankenaustausch zur Thematik der Erhaltung der Integrität der Ökosysteme sowie der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung. Der Ausschuss verabschiedete die Umweltstrategie für die erste Dekade des 21. Jahrhunderts sowie Richtlinien für einen ökologisch nachhaltigen Verkehr. Ferner wurden zehn Umweltindikatoren für die Evaluierung des Zustandes der Umwelt bestimmt.

#### **4.1.2.3 Bildung**

Der Bildungsausschuss tagte am 3./4. April auf Ministerebene unter dem Leitbild „In die Kompetenzen für alle investieren“. Es reflektiert das Anliegen, jedermann den Erwerb von Kompetenzen zu ermöglichen, sowohl von Grundqualifikationen als Voraussetzung für weiteres Lernen als auch von geistigen und sozialen Kompetenzen, die für die volle Teilhabe an der Wissensgesellschaft unerlässlich sind.

Einigkeit bestand darin, dass in einer wissensbasierten Gesellschaft nachhaltige Entwicklung und sozialer Zusammenhalt entscheidend vom Allgemeinwissen, Fachwissen, von der sozialen Grundeinstellung und den Wertvorstellungen der Bevölkerung abhängen. Die Grenzen zwischen Arbeit und Ausbildung werden fließender. Die wachsenden Kompetenzanforderungen am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft machen eine Gesamtstrategie zur Integration und Anpassung des Lernspektrums nötig – vom Vorschulalter über die Primar-, Sekundar-, Hochschul- und Berufsausbildung bis hin zur Erwachsenenbildung. Mit diesem Ansatz soll dem Erwerb von Kompetenzen eine kohärente Perspektive verliehen und die Eingliederung in die Gesellschaft unabhängig von Alter und Ort gefördert werden. Die Bildungsminister forderten die OECD denn auch auf, Politiken zu identifizieren, die den positiven Einfluss der Bildung auf Wirtschaftswachstum, soziale Entwicklung und sozialen Zusammenhalt verstärken. Bildung wird immer mehr zu einem entscheidenden Bestimmungsfaktor der nachhaltigen Entwicklung.

#### **4.1.2.4 Handelspolitik**

Der Handelsausschuss, der unter schweizerischer Präsidentschaft stand, befasste sich im Rahmen der Vorbereitung der WTO-Ministerkonferenz in Doha mit analytischen Arbeiten zu den Verhandlungsgegenständen. Er verabschiedete eine umfassende Studie über die Auswirkungen des Handels auf die wirtschaftliche Entwicklung namentlich in Ländern, die nicht der OECD angehören. Die Studie kommt zum Schluss, dass freier Handel und weitere Liberalisierungen des Marktzugangs für die Entwicklung förderlich sind. Die Schlussfolgerungen wurden anlässlich eines Forums in Santiago de Chile mit Vertretern von Drittstaaten und internationalen Organisationen erörtert.

#### **4.1.3 Instrumente im Investitionsbereich**

Die OECD ist die einzige internationale Organisation, der es bisher gelungen ist, auf dem politisch heiklen Gebiet der grenzüberschreitenden Direktinvestitionen generelle Regeln zu schaffen. Seit dem Scheitern der Verhandlungen über ein umfassendes multilaterales Investitionsabkommen (MAI) widmet sie sich Grundfragen einer solchen Ordnung und verstärkt die Zusammenarbeit mit Nichtmitgliedstaaten. Fortschritte sind bei der Umsetzung der Instrumente zur Korruptionsbekämpfung von 1997 sowie des Kodexes für multinationale Unternehmen von 2000 zu verzeichnen.

##### **4.1.3.1 Multinationale Investitionsregeln**

Anders als für den Handel mit Waren oder Dienstleistungen fehlt es weiterhin an einem globalen Regelwerk für grenzüberschreitende Investitionen. Verhandlungen in der OECD über ein multilaterales Investitionsabkommen (MAI), das ihre bestehenden Instrumente (namentlich zur Inländerbehandlung und zum Kapitalverkehr) zusammengeführt und erweitert hätte, waren 1999 abgebrochen worden. Seither konzentriert sich der OECD-Ausschuss für internationale Investitionen und multinationale Unternehmen auf Problemfelder, welche im Umfeld des MAI besonders kontrovers waren bzw. vertiefter

Analyse bedürfen. Gleichzeitig ist die investitionspolitische Zusammenarbeit mit Nicht-OECD-Mitgliedstaaten wesentlich ausgebaut worden. Auf beiden Ebenen geht es unter anderem darum, die Voraussetzungen für eine künftige multilaterale Investitionsordnung zu verbessern.

Die grosse Mehrheit der grenzüberschreitenden Direktinvestitionen wird nach wie vor unter den 30 OECD-Staaten abgewickelt. 90 Prozent stammen aus ihnen, drei Viertel fliessen in diese Länder. In diesem Zusammenhang ist auf die Problematik des internationalen Standortwettbewerbs um ausländische Investitionen mittels Investitionsanreizen fiskalischer Natur oder anderer finanzieller Art hinzuweisen, die nicht selten die Kosten von 100'000 Dollar pro erwarteten Arbeitsplatz übersteigen. Der zuständige OECD-Ausschuss hat die analytischen Arbeiten zu diesem Thema weiter vertieft mit dem Ziel, Politikempfehlungen zur Eindämmung von schädlichem Anreizwettbewerb zu formulieren.

Der Wettbewerb um Investitionen kann – in der Regel ausserhalb der OECD-Staaten – auch die Form gezielter Senkungen von sozial- oder Umweltnormen zugunsten ausländischer Investitionen annehmen. Der Ausschuss ist daran, auch hierzu Empfehlungen an die Regierungen auszuarbeiten. Ferner hat der Ausschuss eine Studie initiiert zur Frage, unter welchen Kriterien die Entwicklungsländer den bestmöglichen langfristigen Nutzen aus Direktinvestitionen erwarten können.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit Nicht-OECD-Ländern hat der Investitionsausschuss begonnen, seine Erfahrungen und Erkenntnisse aktiv in Drittstaaten bekannt zu machen. Im November fand in Mexiko eine erste Konferenz des neu geschaffenen *Global Forum on International Investment* statt. Dieses bezweckt, einen breiten Dialog über die internationale Investitionspolitik und deren Rolle in einer globalisierten Wirtschaft zu fördern. Gleichzeitig sollen Drittstaaten, welche die entsprechenden Voraussetzungen mitbringen, angeregt werden, den OECD-Instrumenten über internationale Investitionen und multinationale Unternehmen beizutreten. Argentinien, Brasilien, Chile, Estland und Litauen haben diesen Schritt bereits getan. Ein substanzieller investitionspolitischer Austausch findet namentlich auch mit China, Russland und der Ukraine statt.

Die Schweiz gab nach zehn Jahren den Vorsitz des Ausschusses für internationale Investitionen und multinationale Unternehmen ab. In dieser Funktion hatte sie Gelegenheit, die Entwicklung dieses Politikbereichs im besonderem Mass mitzugestalten.

#### **4.1.3.2 Kodex für multinationale Unternehmen**

An der Ministerkonferenz des Vorjahres waren die revidierten OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen verabschiedet worden. Es handelt sich um Empfehlungen der mittlerweile 35 Teilnehmerstaaten an die von ihrem Territorium aus tätigen multinationalen Unternehmen für ein verantwortungsbewusstes unternehmerisches Verhalten. Den Leitsätzen liegt die Erkenntnis zugrunde, dass ausländische Investitionen für das Wirtschaftswachstum von grosser Bedeutung sind und multinationale Unternehmen als deren Träger zum wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt beitragen. Als

international vereinbarte Standards sollen die Leitsätze Konflikten zwischen multinationalen Unternehmen und deren Gastländern vorbeugen, das gegenseitige Vertrauen festigen und auf diese Weise das internationale Investitionsklima verbessern.

Inzwischen haben die teilnehmenden Staaten – unter ihnen die Schweiz – nationale Kontaktstellen zur Umsetzung der Leitsätze eingerichtet. Aufgabe dieser Stellen ist es, die Anwendung des Kodexes zu fördern, Anfragen zu bearbeiten und bei der Lösung von Einzelfällen behilflich zu sein. Im Juni fand erstmals eine Tagung von Vertretern aller nationaler Kontaktstellen statt, an der Anwendungsfälle und das Verhältnis der Leitsätze zu anderen Instrumenten im Bereich der *Corporate Social Responsibility* (z.B. dem durch den UNO-Generalsekretär initiierten „Global Compact“) erörtert wurden. Die Mitgliedstaaten sind herausgefordert, den OECD-Kodex in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern zu einem wirkungsvollen Instrument, nicht zuletzt auch zur Eindämmung von Auswüchsen der Globalisierung, zu machen.

#### **4.1.3.3 Korruptionspraktiken**

Das OECD-Übereinkommen vom 17. Dezember 1997 über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr (BBI 1999 5560) ist im Hinblick auf die weltweite Stärkung der guten Regierungsführung („Good Governance“) von Bedeutung und kommt dem schweizerischen Interesse an möglichst unverfälschten Wettbewerbsverhältnissen entgegen. Bis Ende 2001 haben 33 von 35 Signatarstaaten (Slowenien ist im Frühjahr der Konvention beigetreten) das Abkommen ratifiziert.

Bereits 29 Mitgliedstaaten haben sich einer Länderprüfung bezüglich der Umsetzung der Konvention ins nationale Recht unterzogen, nach Frankreich und Italien nun auch alle Mitgliedstaaten der G-7. Die Schweiz hatte anlässlich ihres Länderexamens im März 2000 zugesagt, die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Unternehmens einzuführen. Im Rahmen der Totalrevision des Allgemeinen Teils des Schweizerischen Strafrechts ist der erste Entwurf der entsprechenden Bestimmung von beiden Räten im Berichtsjahr gutgeheissen worden.

In Beachtung der von der OECD verabschiedeten Empfehlung zur Bekämpfung von Bestechungen in internationalen Geschäftstransaktionen vom 23. Mai 1997 (BBI 1998 899) haben die meisten Mitgliedstaaten in der Zwischenzeit entsprechende Gesetzesanpassungen vorgenommen. In der Schweiz trat am 1. Januar 2001 das Bundesgesetz vom 22. Dezember 1999 über die Unzulässigkeit steuerlicher Abzüge von Bestechungsgeldern (AS 2000 2194) in Kraft.

#### **4.1.4 Instrumente in anderen Bereichen**

##### **4.1.4.1 Internationale Zusammenarbeit im Wettbewerbsbereich**

Gestützt u.a. auf die im Rahmen der Ministerkonferenz vom Juni 2000 angenommene Empfehlung über

die effiziente Bekämpfung besonders schädlicher Kartelle hat der OECD-Ausschuss für Wettbewerbsrecht und -politik seine Bemühungen zur Verbesserungen der Zusammenarbeit zwischen nationalen Wettbewerbsbehörden fortgesetzt, um eine aktivere Verfolgung international operierender Kartelle zu ermöglichen. Insbesondere durch Informationsaustausch und gemeinsames Vorgehen der nationalen Wettbewerbsbehörden sollen die wirtschaftlich schädlichen Auswirkungen von grenzüberschreitenden Kartellen vermieden und die staatliche Wettbewerbspolitik unterstützt werden.

Der zweite Schwerpunkt der Ausschussarbeiten betraf die Liberalisierung bisher öffentlich regulierter Sektoren. Dabei gelang es, für unterschiedlichste Wirtschaftsbereiche Konzepte einer wirtschaftlich gewinnbringenden Deregulierung unter gleichzeitiger Beachtung der spezifisch betroffenen öffentlichen Interessen zu erarbeiten. Gerade für die Schweiz mit ihrem vergleichsweise wenig fortgeschrittenen Privatisierungsgrad im öffentlichen Sektor gehen von diesen Arbeiten wichtige Impulse aus. Daneben kam den regelmässig erfolgten „Länderexamen“, bei welchen die staatliche Privatisierungs- und Wettbewerbspolitik der Mitgliedstaaten jeweils einer eingehenden Prüfung unterzogen wird, im Sinne eines Politik-Dialogs grosse Bedeutung zu.

Des Weiteren befasste sich der Ausschuss mit dem Verhältnis zwischen der Handels- und der Wettbewerbspolitik. Marktabstottende Verhaltensweisen und andere von Unternehmen verursachte Wettbewerbsverzerrungen können den internationalen Handel beeinträchtigen und die mit zahlreichen internationalen Abkommen verfolgten Liberalisierungsziele gefährden. Um einseitige Vorstösse von Wettbewerbsbehörden einzelner Staaten zu vermeiden, sucht der Ausschuss nach wie vor nach allgemein akzeptablen Lösungsansätzen, wie Wettbewerbsregeln im Handelskontext im Falle eines künftigen Wettbewerbsabkommens im Rahmen der WTO aussehen könnten. Ein besonderes Gewicht kommt dabei der entwicklungspolitischen Dimension zu.

#### **4.1.4.2 Unlauterer Steuerwettbewerb**

Gestützt auf einen Ratsentscheid vom 14. November hat der Fiskalausschuss seinen Bericht über die künftige Ausrichtung der Bekämpfung des internationalen schädlichen Steuerwettbewerbes im Rahmen der OECD veröffentlicht. Die Vereinigten Staaten haben im Berichtsjahr eine differenziertere Haltung erwirkt.

Entgegen der ursprünglichen Absicht hat es die OECD insbesondere nach der Kritik der USA vermieden, gewisse Gebietskörperschaften – im Jahre 2000 waren es deren 35 – auf eine schwarze Liste von Steueroasen zu setzen, die als Grundlage für allfällige Sanktionen hätte dienen sollen. Betroffen gewesen wären jene Gebietskörperschaften, welche die entsprechenden Kriterien des OECD-Berichts von 1998 über den schädlichen Steuerwettbewerb erfüllen und von der OECD als nicht kooperationswillige Steueroasen eingestuft werden. Im Berichtsjahr haben 11 Gebietskörperschaften Verpflichtungen übernommen, ihre Steuergesetzgebung den OECD-Empfehlungen anzupassen.



Die OECD hat den sog. Steueroasen eine Frist bis 28. Februar 2002 gesetzt, ihren Willen zur Zusammenarbeit mit der OECD zu bekunden. Um als kooperationswillig eingestuft zu werden, muss sich eine Steueroase weiterhin zu Transparenz in der Fiskalpolitik und zum Informationsaustausch verpflichten. Demgegenüber kann sie aber die Vorzugsbehandlung ausländisch beherrschter Unternehmen, die an ihrem Steuerstandort praktisch keine Geschäfte abwickeln, beibehalten. Gegen nicht kooperationsbereite Steueroasen sollen erst dann Sanktionen verhängt werden, wenn solche ebenfalls gegen die 47 im OECD-Raum als potenziell schädlich eingestuften Steuerregime ergriffen würden. Da die Mitgliedstaaten bis April 2003 Zeit haben, ihre schädlichen Steuerregime aufzuheben, dürften bis zu jenem Zeitpunkt koordinierte Sanktionen der OECD-Länder ausbleiben.

Während der Druck auf die Steueroasen im Berichtsjahr nachgelassen hat, wurden demgegenüber die Forderungen nach einer transparenteren Fiskalpolitik und nach einem erleichterten Informationsaustausch in Steuerdelikten verstärkt. In Zukunft dürften sich die fiskalpolitischen Arbeiten der OECD auf diese Kerngebiete ausrichten. Die Schweiz hatte sich 1998 anlässlich der Verabschiedung des Berichts gegen den schädlichen Steuerwettbewerb der Stimme enthalten (vgl. Ziff. 414.4 des Berichts 98/1+2). Sie ist somit nicht an die Empfehlungen des Berichts gebunden. Wie bei allen Arbeiten in der OECD wird die Schweiz in Bezug auf das Bankkundengeheimnis keine Konzessionen machen.

## **4.2 Welthandelsorganisation (WTO)**

Das Berichtsjahr stand im Zeichen der Vorbereitung der vierten Ministerkonferenz, die vom 9.– 14. November in Doha, Katar, stattfand. An der Konferenz wurde die Aufnahme neuer Verhandlungen beschlossen, die zu Anpassungen des Welthandelssystems an die weltwirtschaftlichen Entwicklungen führen werden. Mit dem Beitritt Chinas und Taiwans hat die WTO ihre universelle Bedeutung verstärkt.

### **4.2.1 Die Ministerkonferenz von Doha**

Die WTO-Ministerkonferenz vom 9.– 14. November 2001 in Doha markiert den Beginn oder die Wiederaufnahme von Verhandlungen auf mehreren Gebieten. Erstmals werden in der WTO Verhandlungen im Umweltbereich beginnen. Im Sektor Industriegüter werden sie neu lanciert und in den Bereichen Landwirtschaft und Dienstleistungen fortgeführt werden. Weitere Verhandlungsgegenstände werden die WTO-Regeln für Antidumping und Subventionen sowie die WTO-rechtliche Basis für Freihandelsabkommen und Zollunionen sein. Was die Themen Investitionen, Wettbewerb, Handelserleichterungen und Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen betrifft – sie stehen seit der ersten Ministerkonferenz in Singapur von 1996 auf der Traktandenliste der WTO – soll über die Aufnahme von Verhandlungen an der nächsten Ministerkonferenz (2003) beschlossen werden.

Die Schlusserklärung der Konferenz (vgl. Ziff. 9.1.2) ist zu einem massgeblichen Teil den Anliegen der Entwicklungsländer gewidmet, die ihre Position mit Nachdruck vertraten. Dies kommt auch im Konferenzbeschluss über die Umsetzung der WTO-Abkommen zum Ausdruck, welcher den Entwicklungslän-

dem entgegenkommt (so die Aufforderung zur Zurückhaltung bei Streitbeilegungsverfahren gegen Entwicklungsländer, die verlängerten Übergangsfristen für gewisse Entwicklungsländer im Bereich der Exportsubventionen und die Aufforderung, die Entwicklungsländer bei der Festlegung von Normen und Standards stärker einzubeziehen). Auch die Erklärung zum Verhältnis zwischen dem TRIPS-Abkommen und der öffentlichen Gesundheit (vgl. Ziff. 9.1.3) wurde von den Entwicklungsländern, insbesondere aus dem afrikanischen Raum, als wichtiges Konferenzergebnis gewürdigt.

Der Erfolg dieser Ministerkonferenz ist auf die Annäherung der Positionen insbesondere zwischen den USA und der EU sowie auf die gute Vorbereitung in Genf und die professionelle Organisation vor Ort zurückzuführen. Die Tatsache, dass die Konferenz im Nahen Osten stattfand, gab nach den Terrorakten vom 11. September ein notwendiges, positives Signal einer erfolgreichen, weltweiten Wirtschaftszusammenarbeit.

Die in Doha lancierten Verhandlungen werden nicht so weit gesteckt sein, wie es sich die Schweiz gewünscht hatte. Namentlich in den Bereichen Investitionen und Handelserleichterungen hätte die Schweiz sofort beginnende bzw. umfassendere Verhandlungen bevorzugt. Ungeachtet dessen sind die Beschlüsse von Doha aber als Erfolg zu werten, enthalten sie doch Ansätze für eine sukzessive Ausweitung der Verhandlungsgebiete.

#### **4.2.2 Landwirtschaft**

Auf der Grundlage der bereits in der Uruguay-Runde beschlossenen WTO-Bestimmungen (insbesondere Art. 20 des Übereinkommens über die Landwirtschaft, SR 0.632.20 *Anhang 1 A.3*) begannen im Januar 2000 die Agrarverhandlungen über die Weiterführung des Reformprozesses. Mit dem Scheitern einer breiten Verhandlungsrunde in Seattle standen diese Verhandlungen – zusammen mit denjenigen über Dienstleistungen – allerdings isoliert da und kamen mangels Konzessionsperspektiven in anderen Bereichen nur langsam voran. Die Einigung über eine breitere Verhandlungsrunde in Doha, die das bisherige Mandat präzisiert, lässt nun auch in den Agrarverhandlungen mehr Dynamik erwarten.

Die erste, bis März 2001 dauernde Phase der Agrarverhandlungen war gekennzeichnet durch eine umfassende Bestandesaufnahme durch den Agrarausschuss und die Verabschiedung des Arbeitsprogramms für die zweite, bis März 2002 dauernde Verhandlungsphase. Bis im März 2001 haben 125 WTO-Mitglieder 48 Verhandlungsvorschläge eingebracht, unter anderem auch die Schweiz, die ihren Verhandlungsvorschlag<sup>3</sup> am 21. Dezember 2000 einreichte. In der Folge hat die Schweiz ihren Vorschlag weiter entwickelt. Sie setzt sich in diesen Verhandlungen konsequent für die in der Bundesverfassung in Bezug auf die Landwirtschaft festgelegten Ziele (Art. 104) ein. Nebst der auf den Markt ausgerichteten Produktion umfassen diese Ziele eine Reihe nicht handelsbezogener Anliegen wie die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, die sichere Versorgung der Bevölkerung, die Pflege der

---

<sup>3</sup> ([http://www.seco-admin.ch/seco/seco2.nsf/Atts/AWP\\_Welthandel\\_WTO\\_WTODokumente/\\$file/G\\_AG\\_NG\\_W\\_94\\_f.pdf](http://www.seco-admin.ch/seco/seco2.nsf/Atts/AWP_Welthandel_WTO_WTODokumente/$file/G_AG_NG_W_94_f.pdf))

Kulturlandschaft und die dezentrale Besiedlung des Landes. Die meisten dieser Anliegen werden auch von der EU, Norwegen, Japan, Korea und Mauritius vertreten. Unterstützung finden sie ferner bei WTO-Mitgliedern aus Ost- und Mitteleuropa sowie zahlreichen Entwicklungsländern, die von einer Liberalisierung ihres Agrarsektors keinen oder nur wenig Nutzen erwarten.

Das Ergebnis der vierten WTO-Ministerkonferenz von Doha, insbesondere die Präzisierung des Mandats der Agrarverhandlungen, erlaubt es, die vom Bundesrat verfolgte Weiterentwicklung der Agrarpolitik (AP 2007) in Übereinstimmung mit dem Verfassungsauftrag fortzusetzen.

#### **4.2.3 Dienstleistungen**

Die Verhandlungen über die Dienstleistungen wurden im Februar 2000 in Genf wieder aufgenommen, dies auf der Grundlage der 1994 in Marrakesch verabschiedeten Traktandenliste (insbesondere Art. XIX des Allgemeinen Abkommens über den Dienstleistungsverkehr, GATS; SR 0.632.20 *Anhang 1.B*). Im ersten Jahr wurde vor allem über Verhandlungsrichtlinien diskutiert. Diese konnten am 28. März 2001 vom Rat für Dienstleistungshandel verabschiedet werden. In der Folge reichten zahlreiche WTO-Mitglieder über 100 Vorschläge in den verschiedenen Sektoren ein.

Auch die Schweiz hat Anfang Mai Vorschläge technischer Art in folgenden Tätigkeitsbereichen eingereicht: freiberufliche Dienstleistungen, Telekommunikationsdienste, Post- und Kurierdienste, audiovisuelle Dienste, Vertriebs-, Umwelt-, Finanz- und Tourismusdienstleistungen sowie Hilfsdienste für Transportzweige. Alle von den Mitgliedern eingereichten Vorschläge stellen Diskussionsbeiträge dar. Es wird sich erst in einer späteren Phase zeigen, ob diese tatsächlich in Verhandlungen münden werden. Die Schweiz tritt in den Verhandlungen über Dienstleistungen für Weiterungen bei den bereits eingegangenen Verpflichtungen ein. Das Ziel bleibt die Sicherung des Zugangs zu den Dienstleistungsmärkten, namentlich durch Verbesserungen bei den innerstaatlichen Regelungen (u.a. Transparenz, Vorhersehbarkeit) der WTO-Mitglieder.

Gemäss dem in Doha verabschiedeten Mandat soll die nächste Verhandlungsphase, in welcher konkrete Konzessionsangebote und -forderungen zur Debatte stehen werden ("Request-Offer"-Prozess), im Verlauf des Jahres 2002 beginnen. Dabei werden die Verhandlungen vor allem bilateral geführt werden.

#### **4.2.4 Geistiges Eigentum**

Der mit der Anwendung des Abkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (*TRIPS-Abkommen*; SR 0.632.20 *Anhang 1C*) betraute Rat befasste sich u.a. mit dem Verhältnis zwischen dem TRIPS-Abkommen und dem Zugang zu Medikamenten. Die Behandlung dieses Themas erfolgte auf Wunsch der afrikanischen Länder; dies vor dem Hintergrund der Gesundheitskrisen, mit welchen sich gewisse Entwicklungsländer konfrontiert sehen. Dabei geht es um die Klärung der Frage, wieweit das TRIPS-Abkommen den WTO-Mitgliedern Flexibilität bei der Bewältigung von

Pandemien wie Aids, Malaria oder Tuberkulose belässt. Die Schweiz vertrat mit anderen Delegationen die Ansicht, dass das Abkommen nicht unterlaufen werden sollte, bildet doch gerade der Schutz geistigen Eigentums Anreiz zur Erforschung und Entwicklung neuer, wirksamerer Medikamente gegen diese Krankheiten. An der WTO-Ministerkonferenz von Doha wurde hiezu eine separate Erklärung verabschiedet (vgl. Ziff. 9.1.3). Darin wurde die Bedeutung des Schutzes des geistigen Eigentums für die Entwicklung neuer Medikamente hervorgehoben, aber auch festgehalten, dass das TRIPS-Abkommen den Mitgliedern bei der Durchsetzung der nationalen Gesundheitspolitik eine gewisse Flexibilität belässt und ihnen erlaubt, unter Respektierung der Abkommensverpflichtungen die zum Schutz der öffentlichen Gesundheit notwendigen Massnahmen zu ergreifen. Zudem beschloss die Konferenz, für die 49 am wenigsten entwickelten WTO-Mitgliedstaaten die Frist zur Umsetzung der TRIPS-Verpflichtungen in Bezug auf pharmazeutische Produkte um zehn Jahre (bis 2016) zu verlängern. Die Einigung über die Erklärung zum TRIPS-Abkommen sollte insbesondere auch dazu führen, dass in den Diskussionen um den Zugang zu Medikamenten für die Bevölkerung in Entwicklungsländern künftig Probleme vertieft angesprochen werden, denen bisher zu wenig Beachtung geschenkt wurde, so die ungenügende medizinische Infrastruktur, die Medikamentenverteilung, die Prävention, die Ausbildung in Pflege und Betreuung sowie die Beschaffung der Finanzmittel.

Des Weiteren diskutierte der TRIPS-Rat über eine Ausweitung des umfassenden Schutzes geographischer Herkunftsangaben, wie er für Weine und Spirituosen besteht, auf andere Produkte. Die Schweiz, die eine Ausweitung seit Jahren befürwortet, hatte dem Rat entsprechende Eingaben unterbreitet und wurde darin von zahlreichen WTO-Mitgliedern unterstützt. An der Ministerkonferenz in Doha gelang es, diesen Punkt in die Ministererklärung aufzunehmen.

#### **4.2.5 Streitbeilegungsfälle**

Während des Berichtsjahres ist die Zahl der seit 1995 gestellten Anträge um Aufnahme von Konsultationen im Rahmen des WTO-Streitschlichtungsverfahrens auf über 240 angestiegen. Wie in den Vorjahren konnte die überwiegende Zahl der Fälle ohne Einberufung einer Sondergruppe („Panel“) beigelegt werden. Durch Entscheid der Streitschlichtungsorgane wurden bisher 56 Fälle erledigt. 18 Fälle sind vor einer Sondergruppe hängig.

Zwei im Berichtsjahr abgeschlossene Verfahren verdienen besondere Erwähnung. Der erste Fall betrifft die Klage Kanadas gegen die EU wegen des französischen Importverbots für Asbest und asbesthaltige Produkte. Sowohl der Bericht des Panels als auch derjenige der Appellationsinstanz kommen zum Schluss, dass sich das französische Importverbot mit den WTO-Verpflichtungen vereinbaren lässt. Gemäss den Feststellungen der Appellationsinstanz sind asbesthaltige und asbestfreie Produkte aufgrund der unterschiedlichen Gesundheitsrisiken nicht gleichartig, weshalb unterschiedliche Importbestimmungen für diese beiden Produkte zulässig sind. Es handelt sich um den ersten Fall, in welchem ein Panel anerkennt, dass alle Voraussetzungen für eine handelsbeschränkende Massnahme zum Schutz von Gesundheit und Umwelt gemäss Artikel XX(b) des GATT-Abkommens (SR 0.632.21) erfüllt sind.

Im zweiten Fall machte die EU in einem Verfahren gegen die USA geltend, das amerikanische Exportförderungssystem, welches die Abwicklung eines gewichtigen Teils der Exporte über die in Steueroasen domizilierten und fiskalisch begünstigten „Foreign Sales Corporations“ (FSC) ermöglicht, verstosse gegen das WTO-Subventionsabkommen. Nachdem die Vereinigten Staaten im ursprünglichen Verfahren unterlegen waren, haben sie die FSC durch andere Steuererleichterungen für die Exportwirtschaft ersetzt. Doch auch das revidierte Exportförderungssystem wurde von der Sondergruppe als unzulässig zurückgewiesen. Eine abschliessende Beurteilung durch die Appellationsinstanz wird Anfang 2002 erwartet.

An der vierten WTO-Ministerkonferenz wurde u.a. auch ein Mandat zur Revision der Vereinbarung über Regeln und Verfahren für die Streitbeilegung (SR 0.632.20 *Anhang 2*) verabschiedet. Ziel ist, bestehende Lücken und Auslegungsprobleme im System der Streitbeilegung bis spätestens im Mai 2003 zu beseitigen.

#### **4.2.6 Beitritt Chinas**

Die Volksrepublik China wurde am 10. November 2001 anlässlich der Ministerkonferenz in Doha in die WTO aufgenommen. Die bereits 1987 (unter der Leitung von Botschafter P.-L. Girard, Schweiz) begonnenen Beitrittsverhandlungen Chinas zum GATT, und später zur WTO, erwiesen sich als überaus dornenvoll. Während den Verhandlungsjahren durchlief China einen Transformationsprozess von einer zentral gelenkten Planwirtschaft in Richtung Marktwirtschaft, begleitet von beträchtlichen Anstrengungen, sich dem Ausland zu öffnen. Inzwischen ist China zur siebtgrössten Export- und zur achtgrössten Importnation aufgestiegen, was sich auch in den Verhandlungsergebnissen reflektiert. So wurden insbesondere für Textilien temporäre Schutzklauseln zugunsten der andern WTO-Mitglieder sowie ein spezielles Prüfverfahren bezüglich der Umsetzung der von China eingegangenen Verpflichtungen während der nächsten zehn Jahre vereinbart. China verpflichtete sich, seine Gesetze und Regulierungen in einer Weise anzupassen, dass die Gleichbehandlung von chinesischen und importierten Waren und die Anwendung dieser Gesetze und Regulierungen auf allen Regierungsebenen gewährleistet sind. Ferner hat China seine Gesetze und Regulierungen zu veröffentlichen sowie unabhängige Justizverfahren sicherzustellen.

Mit seinen 1,25 Milliarden Einwohnern bietet China ein enormes Potenzial für ausländische Produzenten und Investoren. Die Zölle auf industriellen Produkten von durchschnittlich 17 Prozent (1997) werden auf 9 Prozent im Jahr 2005 gesenkt werden. Im Dienstleistungsbereich wird China den Marktzugang für Versicherungen, Banken und die Telekommunikationsbranche wesentlich verbessern. Das TRIPS-Abkommen wird vollumfänglich Anwendung finden. Die Aufnahme Chinas hat ein Zeichen für den universellen Charakter der WTO gesetzt.

China ist für die Schweiz der siebtgrösste Exportmarkt, mit einer Zuwachsrate von 41,7 Prozent im Jahr 2000. Mit über 500 in China tätigen Unternehmen und 300 laufenden Joint Ventures ist dieser Markt für die Schweizer Wirtschaft auch im Investitionsbereich von grosser Bedeutung. Die Reduktion der Zölle

und die Abschaffung von Importkontingenten namentlich in den Bereichen der Maschinen- und Uhrenindustrie werden zusätzliche Impulse für den Schweizer Export auslösen. Die Anwendung der WTO-Regeln wird sich insbesondere bei der Erteilung von Lizenzen im Dienstleistungssektor sowie bei den Zulassungsverfahren für Importprodukte günstig auf Schweizer Firmen auswirken.

#### **4.2.7 Beitrittsverfahren**

Nach dem Beitritt von Litauen im Mai, von Moldawien im Juli und von China im Dezember 2001 ist die Zahl der WTO-Mitglieder auf 143 angestiegen. In Doha ist auch Taipeh/China in die WTO aufgenommen worden und wird per Anfang 2002 formell der Organisation beitreten. Bis Ende 2001 sollte auch der Beitritt Vanuatus in die WTO vollzogen sein. Beitrittsverhandlungen werden noch mit rund 30 Kandidaten geführt, darunter wichtige Handelspartner wie Russland, Saudi-Arabien und Vietnam, aber auch ärmste Länder wie Bhutan, Samoa und Tadschikistan.

#### **4.2.8 Verhältnis der WTO zu anderen Institutionen**

Die WTO unterhielt intensive Kontakte mit der Weltbank und dem IWF – dies auf Basis eines Zusammenarbeitsabkommens von 1996 –, mit der OECD, der UNCTAD (u.a. Vorbereitung der UN-Konferenz für die am wenigsten entwickelten Länder im Mai 2001), der WIPO, der WHO und dem UNEP.

Die zur Unterstützung der am wenigsten entwickelten Länder in ihrer Integration in die Weltwirtschaft 1997 ins Leben gerufene Koordinationsplattform von sechs internationalen Organisationen („Integrated Framework“), die bei der WTO angesiedelt ist, startete ein Pilotprojekt, das aufzeigen soll, wie nationale Handelspolitiken besser in die Entwicklungspolitiken integriert werden können. Die Lehren daraus sollen auch Eingang in die Strategieprogramme der Weltbank zur Armutsbekämpfung finden.

Im Frühling lancierten die WIPO und die WTO gemeinsam ein Programm, um die am wenigsten entwickelten Länder bei der Umsetzung des TRIPS-Abkommens, welchem sie nach Ablauf der Übergangsfrist unterliegen werden, zu unterstützen.

In Zusammenarbeit mit der WHO führte die WTO im April in Norwegen ein Seminar zum Thema „Kosten und Finanzierung von Basisedikamenten in Entwicklungsländern“ durch.

UNEP veranstaltete im März in Berlin eine Konferenz zum Thema der kohärenten Ausgestaltung von Umwelt- und Handelspolitiken; daran nahmen neben Vertretern aus den Umwelt- und Handelsministerien auch Mitarbeiter der WTO teil. Ferner organisierte UNEP im Juni ein Forum, das sich mit der Durchsetzung von multilateralen Umweltabkommen im Vergleich zur Durchsetzung von WTO-Abkommen auseinandersetzte.

#### 4.3 Präferenzielle Abkommen mit Staaten ausserhalb Europas und des Mittelmeerraums

*Am 1. Juli 2001 ist das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Mexiko in Kraft getreten. Es handelt sich um das erste Freihandelsabkommen mit einem überseeischen Staat und zudem um das erste Abkommen der EFTA, welches über den Freihandel für Industriegüter hinaus u.a. Liberalisierungen für Dienstleistungen und öffentliche Beschaffungen sowie Bestimmungen zum Schutz von Direktinvestitionen enthält. Im November konnten die Verhandlungen über ein ebenfalls sektoriell umfassendes Freihandelsabkommens der EFTA-Staaten mit Singapur abgeschlossen werden.*

Angesichts der in den letzten Jahren weltweit zunehmenden Tendenz zu regionalen und regionenübergreifenden Präferenzabkommen hat die EFTA bzw. die Schweiz ihre bisher auf den Handel mit Industriegütern in Europa und im Mittelmeerraum ausgerichtete Freihandelspolitik geografisch und inhaltlich ausgeweitet. Die EFTA hatte sich bisher, parallel zur EU, vor allem darum bemüht, die nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zerfall der Sowjetunion neu entstandenen bzw. unabhängig gewordenen Staaten Mittel- und Osteuropas in das westeuropäische Freihandelssystem einzubinden (vgl. Ziff. 3.2.3). In neuerer Zeit sah sich die EFTA veranlasst, ihr Netz von Freihandelsabkommen vermehrt auch auf Partner in Übersee auszudehnen und neben dem Warenhandel auch Bereiche wie Dienstleistungen, Investitionen und öffentliche Beschaffungen in diese Abkommen einzubeziehen. Zweck solcher Abkommen ist es, Diskriminierungen der EFTA-Staaten auf Drittmärkten zu vermeiden, welche sich aus der zunehmenden Zahl von regionalen Präferenzabkommen ausserhalb Europas (Nordamerika: NAFTA; Südamerika: Mercosur; Nord- und Südamerika: FTAA; Asien: AFTA; usw.) sowie von regionenübergreifenden Präferenzabkommen ergeben können (z. B. EU-Mexiko, EU-Mercosur/Chile, EU-Südafrika, USA-Singapur, Japan-Singapur).

Im Sinne dieser Neuausrichtung ihrer Politik hatte die EFTA im Juli 2000 Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit *Mexiko* eröffnet, welche noch im selben Jahr abgeschlossen werden konnten. Das Abkommen mit Mexiko ist am 1. Juli 2001 in Kraft getreten (BBI 2001 1850). Es handelt sich um das erste von den EFTA-Staaten mit einem Überseeland abgeschlossene Abkommen, das zugleich wesentlich über die Verwirklichung des Freihandels mit Industrieprodukten hinausgeht. Zusätzlich zum Warenverkehr umfasst es u.a. die Liberalisierung des Dienstleistungssektors, den Schutz von Direktinvestitionen und den Marktzugang zu öffentlichen Beschaffungen.

Im November konnten die in der ersten Jahreshälfte aufgenommenen Verhandlungen der EFTA über ein Freihandelsabkommen mit *Singapur* abgeschlossen werden. Das Abkommen, das in den ersten Monaten 2002 unterzeichnet werden soll, schafft nicht nur Freihandel für Industrieprodukte, es enthält zudem über GATS/WTO hinausgehende Liberalisierungsverpflichtungen im Dienstleistungssektor (u.a. Finanzdienstleistungen, Telekommunikation, Engineering, Speditionsfirmen) sowie substantielle Bestimmungen über die Zulassung und den Schutz von Auslandsinvestitionen, den Schutz des geistigen Eigentums und über den Marktzugang bei Regierungseinkäufen. Damit wird das Abkommen mit Singapur das zweite Freihandelsabkommen der EFTA mit einem Überseeland und zugleich sektoriell umfas-

sendem Geltungsbereich sein. Wie bei anderen EFTA-Freihandelsabkommen wird der Handel mit Agrarprodukten durch bilaterale Zusatzabkommen der einzelnen EFTA-Staaten mit Singapur geregelt.

Die Schweiz beabsichtigt, im Rahmen der EFTA ähnliche Abkommen mit weiteren Ländern ausserhalb Europas und des Mittelmeerraums abzuschliessen. Mit *Kanada* wird seit längerem verhandelt, mit *Chile* sind im Dezember 2000 Verhandlungen aufgenommen worden, und mit *Südafrika* haben kürzlich exploratorische Gespräche stattgefunden. Im Hinblick auf allfällige Verhandlungen mit weiteren Ländern und Ländergruppen (u.a. Südkorea, Mercosur) bleibt die Situation in Prüfung.

Die sich weltweit abzeichnende Tendenz zum vermehrten Abschluss von umfassenden präferenziellen Abkommen stellt für ein stark exportabhängiges und weltmarktorientiertes Land wie die Schweiz, das überdies keiner grösseren Einheit wie der EU angehört, in mehrfacher Hinsicht eine Herausforderung dar. Einerseits ist den geografisch breit diversifizierten aussenwirtschaftspolitischen Interessen einer kleinen bis mittelgrossen Volkswirtschaft grundsätzlich am besten mit Liberalisierung im multilateralen Rahmen gedient. Andererseits ist die reale oder potenzielle Diskriminierung auf Drittmärkten, die sich aus präferenziellen Abkommen zwischen anderen Ländern und Ländergruppen ergibt, für ein Land mit kleinem Heimmarkt besonders gravierend. Dazu kommt, dass weitgehende Liberalisierungen zwischen einer begrenzten Zahl von Ländern, welche einen gewissen Entwicklungsstand und eine relativ ähnliche wirtschaftspolitische Ausrichtung haben, in der Regel leichter realisierbar sind. Um eine Erosion der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft zu vermeiden, wird die Schweiz daher ihre Freihandelspolitik geografisch und inhaltlich weiterentwickeln müssen.

#### **4.4 Vereinte Nationen**

*Im Mai fand in Brüssel die dritte UNO-Konferenz über die ärmsten Entwicklungsländer statt, an welcher Massnahmen zur Armutsbekämpfung beschlossen wurden. An der siebten Vertragsparteienkonferenz der Klimakonvention in Marrakesch gelang es, die Verhandlungen über die Umsetzung des Protokolls von Kyoto erfolgreich abzuschliessen; damit steht es den Vertragsparteien offen, ihre nationalen Ratifizierungsverfahren durchzuführen.*

##### **4.4.1 UNCTAD**

Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) wurde 1964 gegründet und hat zum Ziel, entwicklungsrelevante Fragen im Zusammenhang mit Handel, Finanzierung, Technologie, Investitionen und nachhaltige Entwicklung auf umfassende Art zu behandeln. Die in Genf domizilierte UNCTAD unterstützt die Bestrebungen zu einer stärkeren Beteiligung der Entwicklungsländer am internationalen Handel und zu vermehrten Investitionen in diesen Ländern. Die Schweiz ist Gründungsmitglied der UNCTAD.



Die Haupttätigkeit der UNCTAD galt der Vorbereitung der dritten Konferenz der Vereinten Nationen über die ärmsten Entwicklungsländer vom 13.–20. Mai in Brüssel, mit welcher die internationale Aufmerksamkeit auf die Herausforderungen gelenkt wurde, vor die sich die ärmsten Entwicklungsländer gestellt sehen. Als Entwicklungsziel wurde bestätigt, die Anzahl der in absoluter Armut lebenden Bevölkerung bis zum Jahr 2015 um die Hälfte zu verringern, was nach entsprechenden Verbesserungen der wirtschaftlichen und sozialen Situation ruft. Die Konferenzteilnehmer verabschiedeten eine Deklaration mit einem Aktionsprogramm, in welchem die zur Erreichung dieser Zielgrösse notwendigen Schritte bis 2010 vorgezeichnet sind. Sie beschlossen ferner, ein Monitoringsystem einzuführen, das die Einhaltung dieses Programms und die dabei erzielten Fortschritte überprüft.

Das seco hat im Berichtsjahr mit 800'000 Franken eine gemeinsame Initiative der UNCTAD, WTO, Weltbank sowie des IMF und des UNDP zur Koordination der Programme für technische Assistenz im Bereich der handelsrelevanten Zusammenarbeit für die ärmsten Entwicklungsländer unterstützt. Ziel dieser *Integrated Framework*-Initiative ist es, die Handelsdimension in die Strategien zur Armutsbekämpfung einzubeziehen.

#### 4.4.2 UNIDO

Die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) wurde 1966 gegründet und hat ihren Sitz in Wien. Das Ziel dieser Organisation ist die Förderung der nachhaltigen industriellen Entwicklung in Entwicklungs- und Transitionsländern. Die UNIDO zählt zu den Organisationen, welche mit der Umsetzung des Montrealprotokolls zum Schutz der Ozonschicht sowie der Globalen Umweltfazit betraut sind. Die Schweiz ist seit der Gründung der UNIDO Mitglied.

Im Dezember fand in Wien die neunte Generalkonferenz der Organisation für industrielle Entwicklung der Vereinten Nationen (UNIDO) statt, an welcher das Arbeitsprogramm für die folgenden zwei Jahre verabschiedet wurde. Die Schweiz wurde für weitere vier Jahre in den Rat für industrielle Entwicklung (Industrial Development Board) gewählt. Im Zentrum der Diskussionen standen Fragen zu den Herausforderungen, welche die Globalisierung an die nachhaltige industrielle Entwicklung stellt.

Die Schweiz hat die Organisation insbesondere während des 1997 eingeleiteten Reformprozesses stark unterstützt und dabei mit der UNIDO eine strategische Partnerschaft im Bereich der Förderung der nachhaltigen industriellen Entwicklung aufgebaut. Im Vordergrund steht die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Unternehmen mit Hilfe der Einführung von öko-effizienten Verarbeitungsmethoden durch den *Aufbau von Umwelttechnologiezentren* (Cleaner Production Centers). Als Ergänzung dazu werden auch Beiträge an Projekte zur Modernisierung der Abfallbewirtschaftung geleistet. Im Berichtsjahr hat das seco Abklärungen im Hinblick auf den gemeinsamen Aufbau von zwei *Cleaner Production Centers* in Indien und China unterstützt (vgl. Ziff. 6.2.1). Zur Finanzierung eines Programms zur nachhaltigen Bewirtschaftung von Haushalts- und Sonderabfällen wurden 4,8 Millionen Franken bewilligt.

#### 4.4.3 UNCED

An der im Juni 1992 in Rio de Janeiro abgehaltenen UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) wurden der Aktionsplan von Rio („Agenda 21“) verabschiedet und die Kommission für nachhaltige Entwicklung ins Leben gerufen. Auf diese Konferenz gehen auch das Übereinkommen über die biologische Vielfalt, das Rahmenübereinkommen über Klimaänderung sowie die Deklaration zu den Prinzipien einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung zurück.

##### ***Auf internationaler Ebene***

Die *Kommission für nachhaltige Entwicklung* (CSD) – eine Fachkommission des ECOSOC und das zentrale Organ im UNO-System für die Förderung und Überwachung der Umsetzung der „Agenda 21“ – befasste sich an ihrer Tagung nebst den Sektorthemen „Energie“ und „Atmosphäre“ mit zwei sektorübergreifenden Themen, nämlich der Internationale Zusammenarbeit sowie den Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung. Ein weiterer Tagungspunkt – als Fragestellung aus dem Wirtschaftsbereich – galt dem Thema „Verkehr“. Die Ergebnisse müssen – trotz des grossen Aufwands – erneut als insgesamt unzureichend bezeichnet werden. Es bestätigt sich, dass sich die Kommission für nachhaltige Entwicklung auch neun Jahre nach Rio nicht zu einem Gremium entwickelt hat, welches neue Ideen und Konzepte in die Nachhaltigkeitsagenda aufnimmt und spezifische Politikempfehlungen direkt an die vertretenen Länder oder an andere Institutionen und Prozesse richtet. Im Hinblick auf den „Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung“ in Johannesburg sollte die CSD grundlegend überdacht werden.

Das *UNO-Waldforum* (United Nations Forum on Forests UNFF) wurde 2000 vom Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der Vereinten Nationen als ein auf 5 Jahre befristetes Forum für den globalen Dialog zu Waldfragen auf UN-Ebene eingerichtet. Es soll insbesondere die Umsetzung der im Rio-Nachfolgeprozess erarbeiteten Handlungsvorschläge für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung weltweit fördern. An seiner ersten Sitzung 2001 wurde ein Arbeitsprogramm für die nächsten fünf Jahre verabschiedet. Dieses sieht für das Jahr 2002 Massnahmen gegen Entwaldung sowie zur Erhaltung von Wäldern und empfindlichen Ökosystemen vor; 2003 sollen auch ökonomische Aspekte der Waldwirtschaft behandelt werden. 2004 werden die Funktionen des Waldes in Gesellschaft und Kultur, die traditionellen Kenntnisse über die Waldressourcen sowie Kriterien und Indikatoren für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung zur Sprache kommen. 2005 wird schliesslich der Prüfung und Bewertung der Ergebnisse sowie der Beratung über weitere Aktionen, einschliesslich der Frage einer allfälligen Waldkonvention, gewidmet sein.

Wie im Vorjahr standen im Rahmen des *Übereinkommens über die biologische Vielfalt* (SR 0.451.43; Biodiversitätskonvention) zwei Regelungsfelder im Vordergrund: die Sicherheit im Bereich der Biotechnologie und der Zugang zu den genetischen Ressourcen.

Der zwischenstaatliche Ausschuss für das „Cartagena-Protokoll über die Sicherheit der durch Biotech-

nologie hervorgebrachten lebenden, gentechnisch veränderten Organismen“ tagte zum zweiten Mal. Diskussionsschwerpunkte bildeten die Kennzeichnung und Identifikation gentechnisch veränderter, lebender Organismen im internationalen Handel sowie die Frage nach einer internationalen Haftpflichtregulierung auf diesem Gebiet. Die Schweiz unterstützt Bestrebungen für eine internationale Harmonisierung dieser beiden Bereiche. Sie hat sich angeboten, bei der Erarbeitung internationaler Modelle für Kennzeichnungs- und Identifikationsschemata eine führende Rolle zu übernehmen und Entwürfe für solche Modelle auszuarbeiten.

Die letzte Vertragsparteienkonferenz der Biodiversitätskonvention hatte ein Mandat zur Ausarbeitung von internationalen Richtlinien für die Regelung des Zugangs zu genetischen Ressourcen verabschiedet. Die Arbeiten an einem solchen Regelungsinstrument sind inzwischen aufgenommen worden. Ein erster Entwurf soll der nächsten Vertragsparteienkonferenz zur Weiterbehandlung unterbreitet werden. Die Schweiz hat im Rahmen dieser Verhandlungen Regelungsmöglichkeiten über einen Zertifizierungsmechanismus entwickelt und diese in einer Studie vorgelegt.

Nach dem Scheitern der Konferenz in Den Haag im November 2000 wurden die Arbeiten zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (SR 0.814.01; Klimakonvention) intensiv weitergeführt. Im Juli 2001 gelang es an der Folgekonferenz (COP-6<sup>bis</sup>) in Bonn, in der Frage der konkreten Umsetzung des Protokolls von Kyoto einen politischen Kompromiss zu erzielen, welcher auf dem grosszügigen Gebrauch von Kohlenstoff-Senken sowie den Flexibilitätsmechanismen beruht. Bei Letzteren wurde Einigung über die wichtigsten Zulassungs- und Anwendungsregeln erreicht. Diese Mechanismen ermöglichen den Industriestaaten, sich einen Teil ihrer Verpflichtungen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen durch Klimaschutzprojekte im Ausland und den internationalen Handel mit Emissionsrechten anrechnen zu lassen. Von diesen Instrumenten wird eine deutlich kostengünstigere Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Protokoll erwartet.

Das Kyoto-Protokoll erlaubt den Industriestaaten überdies, Verpflichtungen unter (begrenzter) Anrechnung von Kohlenstoff-Senken zu erfüllen. Als Kohlenstoff-Senken bezeichnet man Wälder und landwirtschaftliche Flächen, die atmosphärischen Kohlenstoff aufnehmen. Die Minister entschieden in Bonn, dass beschränkt auch Klimaschutzprojekte in und mit Entwicklungsländern im Bereich der Aufforstung und Wiederaufforstung in die Anrechnung einbezogen werden können.

Die noch offenen Fragen wurden an der siebten Vertragsparteienkonferenz der Klimakonvention (COP-7) vom Oktober/November in Marrakesch geklärt. Auf technischer Ebene konnten alle wesentlichen Arbeiten zu Ende geführt werden. Dies erlaubt den Vertragsparteien, die Verfahren zur Ratifikation des Regelwerkes auf nationaler Ebene einzuleiten. Mit dem Abschluss der Verhandlungen hat die Weltgemeinschaft zum Ausdruck gebracht, dass sie trotz des Abseitsstehens der USA willens ist, eines der wichtigsten globalen Probleme gemeinsam anzugehen.

Um weitere Erfahrungen mit den Flexibilitätsmechanismen sammeln zu können, hat die Schweiz ihr

Pilotprogramm zu *Joint Implementation* (gemeinsame Umsetzung von Klimaschutzprojekten) fortgesetzt. Im Berichtsjahr wurden in Rumänien Fernwärme-Netzwerke in zwei Städten saniert und in Betrieb genommen. Ferner hat das seco in Zusammenarbeit mit der Weltbank sein Programm zum Aufbau von Know-how im Bereich der Klimakonvention in Entwicklungs- und Transitionsländern weitergeführt und Studien zur nationalen Klimapolitik in Ägypten, China, Peru und der Ukraine finanziell und mit Schweizer Experten unterstützt.

#### **Auf nationaler Ebene**

Der *Interdepartementale Ausschuss Rio* (IDARio) hat unter der Leitung des seco und des ARE den Entwurf zu einer neuen bundesrätlichen Strategie bezüglich nachhaltige Entwicklung erarbeitet. Diese neue „Strategie 2002“, welche die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (Umwelt, Wirtschaft und Soziales) ausgewogen berücksichtigt, soll die Grundlage bilden für den Einbezug der Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in allen Politikbereichen.

Die Flexibilitätsmechanismen (Klimaschutzprojekte im Ausland und internationaler Handel von Emissionsrechten) sind im Rahmen des BG vom 8. Oktober 1999 über die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen (CO<sub>2</sub>-Gesetz) (SR 641.71) vorgesehen. Für die Begleitung der Umsetzungsarbeiten wurde die *Interdepartementale Arbeitsgruppe IDA-SwissFlex* eingesetzt, welche die Anwendung der flexiblen Mechanismen in der Schweiz konkretisiert.

#### **4.4.4 UNO-Wirtschaftskommission für Europa (ECE-UNO)**

Die ECE-UNO ist im Jahre 1947 durch ECOSOC gegründet worden. Sie ist eine der fünf Regionalorganisationen der Vereinten Nationen. Ihr wichtigstes Ziel besteht in der Förderung der Wirtschaftszusammenarbeit unter den 55 Mitgliedstaaten. Die Aktivitäten der ECE-UNO konzentrieren sich auf Wirtschaftsanalysen, die Initiierung von Konventionen, Normen sowie auf technische Unterstützung.

Die UNO-Wirtschaftskommission für Europa nimmt über die laufenden Tätigkeiten hinaus vermehrt regionale und interdisziplinäre Themen auf, die sich aus ihrer Rolle als Regionalsitz der UNO ergeben. So standen die zentralasiatischen Transitionsländer im Mittelpunkt ihrer Jahresversammlung, die darauf ausgerichtet war, die westlichen Industrieländer für die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Unterstützung dieser Region zu sensibilisieren. Ein Seminar war den Wechselbeziehungen zwischen wirtschaftlicher Entwicklung einerseits und institutionellen Reformen sowie Staatsführung andererseits gewidmet. Dabei zeigte sich, dass gefestigten Institutionen in der Unterstützung der Marktwirtschaft und insbesondere in der Korruptionsbekämpfung eine wesentliche Rolle zukommt.

Die ECE-UNO nahm aktiv an den Vorbereitungsarbeiten für die 2002 in Berlin stattfindende Ministerkonferenz über das Altern teil. Am 24./25. September fand in Genf ein ministerielles Regionaltreffen im Vorfeld des Weltgipfels über die nachhaltige Entwicklung statt.

#### 4.4.5 Internationale Arbeitsorganisation (IAO)

Der zunehmende Widerstand gegen die Globalisierung und der nach dem 11. September 2001 verstärkte globale Wirtschaftsabschwung haben auch die Arbeiten der IAO im Bereich der sozialen Dimension der Globalisierung beeinflusst. Die Antwort der IAO auf diese Herausforderung war die Lancierung einer internationalen Allianz zur Förderung von Beschäftigung und menschenwürdigen Arbeitsbedingungen anlässlich des von der Schweiz unterstützten *Global Employment Forum* (1.– 3. November 2001). Damit wurde eine Forderung der 24. Sondersession der UNO-Generalversammlung (Folgekonferenz des Weltsozialgipfels / Genève2000) erfüllt. Zur Teilnahme aufgerufen waren alle betroffenen internationalen Organisationen, unter ihnen auch Weltbank und IMF. Im Jahr 2002 wird die globale Allianz die Empfehlungen in den Bereichen Arbeitsmarkt-, Wettbewerbs-, Handels- und Technologiepolitik zu verfeinern und empirisch zu untermauern haben.

Auf dem Global Employment Forum aufbauend, setzte die von der Schweiz präsierte *Arbeitsgruppe über die soziale Dimension der Globalisierung* des IAO-Verwaltungsrates eine hochrangige internationale Kommission ein, die bis 2003 einen Bericht über die soziale Dimension der Globalisierung verfassen wird. Behandelt werden Themen wie Beschäftigung, Arbeitsbedingungen und Handel, Investitionen, Technologietransfer. Hierzu werden von internationalen Organisationen wie der WTO Beiträge erwartet. Die WTO hat zu Handen der erwähnten IAO-Arbeitsgruppe bereits einen Beitrag zum Thema Handel und Beschäftigung vorgelegt, womit die an der WTO-Ministerkonferenz von Singapur vereinbarte Zusammenarbeit der beiden Organisationen eine neue Dimension erhalten hat. Der von der WTO-Ministerkonferenz ausgehende Druck hat erneut zu Fortschritten bei der IAO geführt. Nun wird die IAO zwei Jahre Zeit haben, ihre ökonomische und politische Kompetenz im Bereich der sozialen Dimension der Globalisierung unter Beweis zu stellen.

Auch in weiteren für die Schweiz wichtigen Bereichen wurden Fortschritte erzielt: Die Reformarbeiten im *normativen Bereich* wurden auf die Kontroll- und Interpretationsmechanismen ausgeweitet, und es wurde eine erste Diskussion über die notwendige Anzahl von Ratifikationen für das Inkrafttreten von Übereinkommen geführt. Die Schweiz schlug vor, dass Übereinkommen nur dann in Kraft treten können, wenn sie nach fünf bis zehn Jahren seit ihrer Annahme von mindestens 10–20 Prozent der Mitgliedstaaten ratifiziert worden sind, ansonsten sie zur Neuurteilung an die Internationale Arbeitskonferenz zurückzuweisen sind. Mit diesen Reformarbeiten reagiert die IAO auf die internationale Kritik u.a. seitens der OECD, welche die steigende Zahl an Ratifikationen für fundamentale IAO-Übereinkommen begrüsst, aber deren mangelnde Umsetzung und Kontrolle kritisiert. In den kommenden Jahren werden schwierige Verhandlungen bevorstehen, sollen die Reformen zu einem befriedigenden Resultat führen.

Die *Zwangsarbeit in Myanmar* bot Anlass, die Beziehungen zwischen der Schweiz und Myanmar einer Überprüfung zu unterziehen. Nachdem der Bundesrat bereits im Oktober 2000 Sanktionen gegen Myanmar ergriffen hatte und angesichts der Tatsache, dass der Handelsaustausch zwischen den beiden Ländern sehr gering ist, wurde auf Empfehlung der dreigliedrigen eidgenössischen Kommission für

IAO-Angelegenheiten hin darauf verzichtet, weitere Massnahmen zu ergreifen. Dieser Entscheid wurde durch die Tatsache erleichtert, dass der internationale Druck die Regierung Myanmars zu ersten signifikanten Zugeständnissen wie die Änderung der kritisierten Gesetze bewogen hat und kein anderer Staat zusätzliche Massnahmen ergriffen hatte.

Auf der *bilateralen Ebene* wurde ein vom seco finanziertes Projekt zur Verbesserung der Personalentwicklung und der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in zwei Exportförderzonen Chinas unterzeichnet. Mit diesem Pilotprojekt wird ein Beitrag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der globalen Produktionskette geleistet, eine Aufgabe, die mit dem Beitritt Chinas zur WTO weiter an Bedeutung gewonnen hat. Ausserdem besuchte im Rahmen des vom EDA finanzierten Projekts zur Förderung der Streitschlichtungsmechanismen und Sozialpartnerschaft im südlichen Afrika der *Millennium Labour Council (MLC)* die Schweiz, um sich über die Sozialpartnerschaft in der Schweiz zu informieren. Der MLC ist eine freiwillige Vereinigung höchster Gewerkschafts- und Unternehmensführer Südafrikas zur Lösung arbeitsrechtlicher und wirtschaftlicher Probleme. Im Berichtsjahr gelang es ihm, während Monaten einen Generalstreik zu verhindern; auch legte er einen von der Regierung mittlerweile angenommenen Entwurf eines neuen Arbeitsgesetzes vor.

#### **4.5            Sektorale multilaterale Zusammenarbeit**

##### **4.5.1           Zusammenarbeit im Energiebereich**

Die IEA – am 18. November 1974 als eine selbständige Institution im Rahmen der OECD mit Sitz in Paris gegründet – zählt 26 OECD-Staaten als Mitglieder. Ihre Hauptziele sind die Sicherstellung einer gleichmässigen Energieversorgung und die Verringerung der Abhängigkeit von den Erdölförderländern; die Agentur unterhält ein Informationssystem über den internationalen Erdölmarkt. Der am 16. April 1998 in Kraft getretene Energiecharta-Vertrag von 1994 bildet den rechtlichen Rahmen zu einer langfristigen gesamteuropäischen und weltweiten Zusammenarbeit im Energiesektor.

##### **4.5.1.1       Internationale Energie-Agentur (IEA)**

Die Tagung des Verwaltungsrates der Internationalen Energie-Agentur auf Ministerebene fand am 15./16. Mai in Paris statt. Dabei kamen drei Themen zur Sprache: Die Versorgungssicherheit, die Marktentwicklung und die nachhaltige Entwicklung im Zusammenhang mit Energie.

Weltweit liegt keine Verknappung der fossilen Energieressourcen vor, die Versorgungssicherheit wird als gewährleistet beurteilt. In den nächsten 20 Jahren hingegen erwartet die IEA wegen den wachsenden Märkten in den Transitions- und Entwicklungsländern eine Steigerung der Weltnachfrage nach Öl um 60 Prozent.

Der laufende Prozess der Öffnung von Energiemärkten wurde von den Energieministern begrüsst. Allerdings seien dabei die Auswirkungen der Deregulierung auf Wirtschaft, Versorgungssicherheit und Umweltschutz zu berücksichtigen.

In der Diskussion über die nachhaltige Entwicklung in der Energiepolitik stand zum einen die langfristige Sicherstellung der Energieversorgung von Industriestaaten und Entwicklungsländern, zum andern der Schutz der Umwelt im Mittelpunkt. Die Schweiz brachte zusammen mit andern Ländern ihre grosse Besorgnis über das Abseitsstehen der USA in Bezug auf das Protokoll von Kyoto zum Ausdruck. Für die Energieminister bleibt die Reduktion der klimaschädigenden Treibhausgase eine zentrale Aufgabe einer nachhaltigen Energiepolitik.

#### **4.5.1.2 Energiecharta-Vertrag**

Am 17. Dezember haben anlässlich einer dem 10-jährigen Bestehen der Energiecharta gewidmeten Spezialkonferenz die über 50 Mitgliedstaaten ihren Willen bekräftigt, dieses Instrumentarium weiter auszubauen und den Bedürfnissen des neuen Jahrhunderts anzupassen.

Der für das Jahr 2001 geplante Abschluss der Verhandlungen eines Transitprotokolls zum Energiecharta-Vertrag (SR 0.730.0) konnte noch nicht erreicht werden. Die unterschiedlichen Rahmenbedingungen bei den Verhandlungspartnern und divergierende Interpretationen des Begriffs Transit im Zusammenhang mit der Einordnung ins bestehende GATT/WTO-Regelwerk erschweren den Einigungsprozess.

Während die Überprüfung der gesetzlichen Anpassungen im Investitionsbereich, welche die Transitonsländer mit Blick auf den im Vertrag verankerten Nichtdiskriminierungsgrundsatz vorzunehmen haben, fortgesetzt wurde, blieben die Verhandlungen über einen Zusatzvertrag, der das Prinzip der Nichtdiskriminierung auf die Zulassung neuer ausländischer Investitionen ausdehnen soll, weiterhin suspendiert.

## **5 Internationales Finanzsystem**

*Im Sinne einer weiteren Verstärkung des internationalen Finanzsystems erstellte der Internationale Währungsfonds (IWF) einen Aktionsplan zur Bekämpfung der Geldwäscherei und der Finanzierung des Terrorismus. Zudem setzt der IWF die systematische Überprüfung der Finanzsektoren seiner Mitgliedsländer fort und führt neu Verletzlichkeitsanalysen durch. In den IWF-Programmen werden die wirtschaftspolitischen Auflagen zur Erfüllung der makroökonomischen Ziele zurückgebunden. Die internationalen Aufsichtsgremien befassten sich mit der Revision des Basler Abkommens, der Überprüfung von Grundsätzen bei der Effekten- und der Versicherungsaufsicht und der Überarbeitung und Ergänzung von Grundsätzen zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung.*

## 5.1 Internationaler Währungsfonds (IWF)

Im Mittelpunkt der Beratungen des IWF standen die Verstärkung des internationalen Finanzsystems und der Fortschritt bei den Reformen des IWF.

### 5.1.1 Verstärkung des internationalen Finanzsystems

Die Sitzung des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses (IMFC) des IWF hätte ursprünglich im Rahmen der Jahrestagungen der Bretton-Woods-Institutionen Ende September in Washington stattfinden sollen. Sie wurden aber wegen der Terroranschläge auf die USA annulliert und stattdessen am 17./18. November in Ottawa, Kanada, abgehalten. Der IWF hat die im September publizierten weltwirtschaftlichen Wachstumszahlen deutlich nach unten korrigiert. Die Industrieländer haben auf die Konjunkturschwäche mit geldpolitischen Massnahmen und mit einer expansiven Finanzpolitik reagiert, wobei letzterer kaum grosse Wirkung zugestanden wird. Je nach wirtschaftlicher Entwicklung müssen weitere Massnahmen folgen. Auch unter den erschwerten wirtschaftlichen Bedingungen erachtet es der IWF als notwendig, die Strukturreformen in den Entwicklungsländern weiterzuführen. Einzelne Entwicklungs- und Transitionsländer sind besonders stark von der Nachfrageschwäche und den geschrumpften Kapitalflüssen betroffen. Die Schweiz forderte den IWF auf, seiner Aufgabe im Bereich der wirtschaftspolitischen Überwachung nachzukommen und die Anpassungsbemühungen seiner Mitglieder mit zusätzlichen finanziellen Ressourcen zu unterstützen und damit zur Stabilisierung des internationalen Finanzsystems beizutragen.

Der IMFC hiess den vorgelegten *Aktionsplan zur Bekämpfung der Geldwäscherei und der Finanzierung des Terrorismus* gut. Dieser sieht drei Massnahmen vor: erstens eine Intensivierung der systematischen Finanzsektorüberprüfungen (FSAP), zweitens eine engere Zusammenarbeit mit der Task Force zur Bekämpfung der Geldwäscherei (FATF) bei der Überprüfung der Umsetzung ihrer Normen und drittens der Beistand des IWF an Länder zur Identifizierung von Schwachstellen in ihren Dispositiven zur Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung. Der IMFC unterstützte zudem die Empfehlungen der FATF bezüglich der Terrorismusfinanzierung vom Oktober 2001. Die Schweiz wies darauf hin, dass es gerade für bedeutende Finanzplätze wichtig sei, der Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung höchste Aufmerksamkeit zu schenken. Es handle sich dabei um eine Aufgabe, die gleichermassen den privaten und öffentlichen Sektor betreffe. Dabei käme es darauf an, dass die Finanzintermediäre die Regeln zur Identifizierung des wirtschaftlich Berechtigten strikte anwenden.

Zwei weitere wichtige Bereiche im Rahmen der Initiative zur Verstärkung des internationalen Finanzsystems sind die Finanzsektorüberprüfungen (FSAP) und die Verletzlichkeitsanalysen des IWF. In beiden Bereichen traf der IWF-Exekutivrat den Entscheid, diese weiter auszubauen. Die umfassende Überwachung der nationalen Finanzsektoren wird durch die Fortsetzung des FSAP gewährleistet. Damit ist das *Pilotprojekt FSAP in eine ordentliche Tätigkeit des IWF*, für welche er gemeinsam mit der Weltbank verantwortlich zeichnet, überführt worden. Auch Finanzsektoren von fortgeschrittenen Län-



dern können potenzielle Herde systemischer Risiken sein, und sollen sich einem FSAP unterziehen. Die Schweiz hat diese Haltung in der Vergangenheit unterstützt. Sie hat im Jahr 2001 selber ein FSAP durchlaufen.

Ein neuer Bestandteil der IWF-Krisenprävention sind sogenannte *Verletzlichkeitsanalysen*. Sie dienen dazu, Länder – insbesondere Schwellenländer – *resistenter gegen Währungs- und Finanzkrisen* zu machen. Die Verletzlichkeitsanalysen können ebenfalls regionale oder überregionale Verletzlichkeiten aufzeigen, wenn negative Schocks plötzlich eintreten und mehrere Schwellenländer gleichzeitig erfassen. Eigentliche Frühwarnmodelle bestehen bereits, aber ihre Aussagekraft ist noch beschränkt. Deshalb müssen die Resultate dieser Modelle sehr sorgfältig ausgewertet und interpretiert werden. Der IWF wird zukünftig Verletzlichkeitsanalysen stärker in die wirtschaftspolitische Überwachung und in seine Politikberatung einbeziehen und die Grundlagenforschung intensivieren.

### 5.1.2 Reformen des IWF

Die wirtschaftspolitischen Auflagen, die sogenannte *Konditionalität*, von IWF-Programmen hat sich über das letzte Jahrzehnt merklich gewandelt. Die Erkenntnis, dass die Umsetzung einer stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik in vielen Fällen auch Strukturreformen bedarf, hat zu einer Ausdehnung der Konditionalität geführt. Die Zahl der Strukturbedingungen hat vornehmlich in jenen Gebieten zugenommen, die nicht zum Kernmandat des IWF zu rechnen sind. Vor diesem Hintergrund wurde die Rolle solcher Auflagen einer eingehenden Überprüfung unterzogen. Im IWF-Exekutivrat herrscht mittlerweile grundsätzliche Einigkeit darüber, dass die Strukturbedingungen auf jenes Mass zurückzuführen sind, welches für das Erfüllen der makroökonomischen Ziele eines Programms nötig ist. Damit soll der Freiraum der nationalen Behörden erweitert und ihre Trägerschaft und Identifikation mit dem Reformprogramm (*Ownership*) verstärkt werden. Erste Erfahrungen mit der vereinfachten Konditionalität zeigen, dass die in neuen Programmen vereinbarten Bedingungen tatsächlich konkreter auf makroökonomische Ziele ausgerichtet sind. Die Schweiz begrüsst diese Ergebnisse. Wichtige Fragen sind aber noch zu klären. Beispielsweise ist noch offen, wie der IWF jene Bedingungen handhaben soll, die makroökonomisch kritisch sind, aber deren Durchführung in den Kompetenzbereich der Weltbank fällt. Auch wird sich weisen müssen, ob die verstärkte Betonung des ‚Ownership‘ tatsächlich die erforderliche Bereitschaft zu einer selektiveren Kreditvergabe nach sich ziehen wird.

Mitte Oktober hat der Exekutivrat des IWF über die *Revision der Quotenformeln* beraten. Diese werden bei der Zuteilung der Länderquoten als Richtschnur herangezogen. Der Länderquote kommen im IWF drei Funktionen zu: Sie bestimmt die Höhe des Beitrages, den ein Mitgliedland dem IWF entrichten muss. Aus ihr lässt sich zudem die maximale Höhe der Kreditbezüge ableiten. Schliesslich hängt von der Quote der relative Stimmenanteil ab. Das Ziel der gegenwärtigen Revisionsarbeiten ist eine Vereinfachung der Quotenformeln und eine Berücksichtigung veränderter Stabilitätsrisiken. Eine externe Arbeitsgruppe hatte im Frühjahr 2000 bereits einen Vorschlag ausgearbeitet, der jedoch im IWF-Exekutivrat auf wenig Zustimmung stiess. Der daraufhin im Oktober beratene *interne Vorschlag* empfiehlt vom heutigen System mit fünf Formeln zu *einer einzigen Formel* zurückzukehren. Diese würde

drei Variablen enthalten: das Bruttoinlandprodukt sowie je eine Masszahl für die wirtschaftliche Offenheit eines Landes und die Variabilität seiner Kapitalströme. Zur Diskussion stehen auch die *Erhöhung der Basisstimmen* sowie eine *selektive Erhöhung der Quoten* der aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens und Lateinamerikas. Diese Fragen werden voraussichtlich 2002 anlässlich der anstehenden Überprüfung der Kapitalanteile angegangen. Ob die nächste Überprüfung zu einer weiteren Quotenerhöhung führen wird, ist noch offen. Der Ausgang dürfte in erster Linie davon abhängen, inwieweit die jetzt noch hohe Liquidität des IWF im Fortgang der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Konjunkturabkühlung beansprucht wird. Die Schweiz wird sich in der Diskussion über die Quoten und Quotenformeln weiterhin für eine Lösung einsetzen, die der veränderten wirtschaftlichen Bedeutung einzelner Länder und Regionen Rechnung trägt. Gleichzeitig hat sie jedoch ein vitales Interesse an einer Lösung, die ihren Einfluss im IWF und in der Weltbank nicht unterminiert.

## **5.2 Die Zehnergruppe (G10)**

An ihrer letzten Tagung vom 29. April 2001 in Washington haben die Minister und Gouverneure der G10 ihre Stellvertreter gebeten, die Faktoren näher zu prüfen, welche für die *Preisbildung von Vermögenswerten* bestimmend sind. Strukturelle Faktoren wie die Steuer- oder Aufsichtspolitik können die Preisbildung von Wertschriften und Immobilien stark beeinflussen. Die angepeilten Erkenntnisse sollen es den politischen Entscheidungsträgern ermöglichen, die Anreize und Strukturen in einer Weise zu setzen, dass eine akkurate Preisbildung ermöglicht wird, welche für die makroökonomische Stabilität und die Verhütung von Finanzkrisen förderlich ist. Darüber hinaus beschäftigte sich die G10 mit den Folgearbeiten ihres letztjährigen Berichtes zur Konsolidierung des Finanzsektors, unter anderem einer Analyse des Aufkommens grosser und komplexer Finanzinstitutionen. Die Sitzungen der G10-Stellvertreter waren schliesslich ein wertvolles Forum für den Gedankenaustausch unter wichtigen Gläubigerstaaten. Im Vordergrund stand dabei die Erörterung von Risiken der argentinischen und türkischen Finanzkrisen.

## **5.3 Internationale Aufsichtsgremien**

### **5.3.1 Basler Ausschuss für Bankenaufsicht**

Weiterhin im Mittelpunkt der Tätigkeit des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht stand die *Revision seiner Eigenkapitalvereinbarung* (Capital Accord) aus dem Jahre 1988. Die künftige Eigenkapitalvereinbarung soll neben den Mindestkapitalanforderungen neu auch das individualisierte Aufsichtsverfahren und die Marktdisziplin durch vermehrte Offenlegung umfassen. Ein erstes Konsultationspapier war bereits Anfang Juni 1999 veröffentlicht worden. Während des bis ins Jahr 2000 reichenden Vernehmlassungsverfahrens löste insbesondere die Frage der Weiterentwicklung der Mindestkapitalanforderungen kontroverse Debatten aus. Aus schweizerischer Sicht ist zu bedauern, dass die Forderung nach einer generellen Anhebung der internationalen Mindeststandards für Eigenmittel bei der Mehrheit der Ausschussmitglieder keinen Zuspruch fand. Im Laufe des Jahres beschäftigten sich 20 technische Arbeitsgruppen, an welchen auch Vertreter der Eidg. Bankenkommission (EBK) und der Schweizerischen

Nationalbank (SNB) teilnahmen, intensiv mit der detaillierten Ausgestaltung des Regelwerkes. Die neue Vereinbarung zeichnet sich durch einen wesentlich höheren Detaillierungsgrad aus. Um die eigenmittelmässigen Auswirkungen der neuen Vorschläge besser abschätzen bzw. verschiedene Parameter überhaupt kalibrieren zu können, wurden bereits zwei Studien durchgeführt. Gegenwärtig werden die Arbeiten mit grossem Druck vorangetrieben. So wurde das zweite Konsultationspapier mit einem Entwurf für den neuen Capital Accord bereits im Januar 2001 in die Vernehmlassung gegeben. Der dritte und voraussichtlich letzte Entwurf wird im ersten Quartal 2002 in die Vernehmlassung gegeben. Die definitive Fassung soll im Jahr 2002 verabschiedet werden. Eine umfassende Würdigung des Reformprojekts wird erst möglich sein, wenn der endgültige Entwurf vorliegt.

### **5.3.2 Internationale Organisation der Effektenhandelsaufseher (IOSCO)**

Die Jahresversammlung 2001 der IOSCO stand unter dem Motto „Wertpapiermärkte im Informationszeitalter“. Dieses zentrale Konferenzthema widerspiegelt ein von IOSCO in der jüngeren Vergangenheit vorrangig bearbeitetes Projekt betreffend *Regulierung und Überwachung des Wertpapierhandels auf dem Internet*. Die Organisation veröffentlichte einen entsprechenden Bericht („Report on Securities Activity on the Internet“; [www.iosco.org](http://www.iosco.org)). Der Bericht behandelt neue Erkenntnisse, wie sie sich aufgrund der Entwicklung und der ausserordentlichen Expansion des Internet seit dem ersten, 1998 publizierten Bericht darstellen, und überprüft die Umsetzung der vor drei Jahren ergangenen Empfehlungen.

Ein nach wie vor wichtiges Projekt stellt die Umsetzung der an der Jahresversammlung 1998 verabschiedeten Ziele und Prinzipien der Effektenhandelsaufsicht dar. Im Hinblick auf eine möglichst hohe Verbindlichkeit und wirksame Umsetzung in den einzelnen Ländern wird die Implementierung dieser Grundsätze von IOSCO begleitet und sichergestellt. Dafür wurde ein Ausschuss eingesetzt, der auf eine rasche Überprüfung der gegenwärtigen Situation in den einzelnen Ländern im Sinne einer Selbst-Evaluation unter Einbezug dieser Grundsätze zu achten hat. IOSCO arbeitet zudem eng mit den wichtigen internationalen Finanzinstitutionen (z.B. IWF) zusammen, die ihrerseits die Ziele und Prinzipien als Arbeitsgrundlage für ihre Tätigkeit (z.B. für das FSAP) verwenden. Neben der Weiterbearbeitung einer Vielzahl von Projekten (z.B. Überprüfung und Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit; Evaluation der Rolle und des Verhaltens der Wertschriften-Analysten) prüft IOSCO allfällige aufsichtsrelevante Konsequenzen, die aufgrund der Terroranschläge vom 11. September 2001 zu ziehen sind.

### **5.3.3 Internationale Vereinigung der Versicherungsaufseher (IAIS)**

Die Internationale Vereinigung der Versicherungsaufseher mit Sitz in Basel hat in den letzten Jahren ein weithin beachtetes *System von Grundsätzen, Normen und Leitlinien* entwickelt. Das Bundesamt für Privatversicherungen (BPV), das die IAIS als Gründungsmitglied seit ihrer Entstehung unterstützt, beteiligt sich aktiv an diesen Arbeiten. Seine Vertreter wirken - teils als Leiter - in den wichtigsten Ausschüssen bzw. Unterausschüssen mit, z.B. Budget, Versicherungsrecht, Rückversicherung, Konglomerate usw. Mittlerweile ist die IAIS zur anerkannten Vereinigung für Standards bezüglich der Versicherungsaufsicht geworden. Ihre Empfehlungen sind wegweisend für eine effiziente Arbeit und die interna-

tionale Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden. Die internationalen aufsichtsrechtlichen Prinzipien für Versicherungen (Insurance Core Principles) bildeten die Grundlage nicht nur für die Selbstbeurteilung, der sich das BPV dieses Jahr selber unterworfen hat, sondern auch für das FSAP, mit dem der IWF und die Weltbank, ebenfalls dieses Jahr, auch die Aufsicht über die Privatversicherungen in der Schweiz auf ihre Wirksamkeit und Vertrauenswürdigkeit hin überprüft haben.

#### **5.3.4 Joint Forum**

Das Joint Forum ist ein zu gleichen Teilen aus Vertretern der Banken-, Effektenhandels- und Versicherungsaufsicht zusammengesetztes Gremium, in welchem für die Schweiz die EBK Einsitz nimmt. Das Mandat des Forums betrifft einerseits Aspekte der Beaufsichtigung von Finanzkonglomeraten. Andererseits werden auf technischer Ebene Fragen aus allen drei Aufsichtsbereichen erörtert.

Das Joint Forum schloss zwei Berichte ab, welche durch die konstituierenden Organisationen im November veröffentlicht wurden, nämlich „Risikomanagement und Kapitalunterlegungsvorschriften“ und „Aufsichtsrechtliche Prinzipien“. Der Bericht einer dritten Arbeitsgruppe mit dem Titel „Unternehmensaufsicht und Transparenz“ wird für das Frühjahr 2002 erwartet.

#### **5.3.5 Internationale Task Force zur Bekämpfung der Geldwäscherei (FATF)**

Ende 2000 hat die FATF eine *zweite Totalrevision ihrer insgesamt 40 Empfehlungen* in Angriff genommen, die seit 1990 den international anerkannten Standard der Grundsätze zur Bekämpfung der Geldwäscherei bilden. Dabei soll systematisch geprüft werden, ob die Empfehlungen der FATF den heutigen Methoden der Geldwäscherei noch gewachsen sind; auch soll darauf geachtet werden, dass die Empfehlungen dem technologischen Fortschritt genügend Rechnung tragen, und schliesslich soll die Thematik der nicht-kooperationswilligen Länder näher erörtert werden. In diesem Zusammenhang hat die FATF die Liste der nicht-kooperationswilligen Länder und Territorien, die auf Juni 2000 zurückgeht, aktualisiert. Laut dieser im September 2001 letztmals angepassten Liste gelten 19 Gebietskörperschaften als nicht-kooperationswillig. Die Schweiz beteiligt sich an den Arbeiten, wobei sie das Schwergewicht auf transparente Verfahren und Gleichbehandlung legt. An der ausserordentlichen Plenarsitzung vom 29./30. Oktober in Washington D.C. hat die FATF ein Paket von Sonderempfehlungen zum Thema *Finanzierung des Terrorismus* verabschiedet.

### **6 Finanzhilfe**

#### **6.1 Multilaterale Finanzierungsinstitutionen**

*Die Zusammenarbeit der Schweiz mit den internationalen Finanzinstitutionen war 2001 von den Verhandlungen über die Aufstockung der „weichen“ Kreditfenster von Weltbank, Afrikanischer Entwicklungsbank sowie des Globalen Umweltfonds (GEF) geprägt. Die Afrikanische und die Asiatische Entwicklungsbank richteten ihre Tätigkeiten auf eine effiziente Umsetzung der Armutsbekämpfungsstrategie aus.*

*gien aus. Die Interamerikanische Entwicklungsbank nahm bei ihrem Instrumentarium Anpassungen an die veränderten Bedürfnisse insbesondere der Länder mit mittlerem Einkommen vor. Die EBRD rechnet erneut mit einem positiven Rechnungsabschluss. Die weitere Verlagerung ihrer Aktivitäten in den Kaukasus und nach Zentralasien erfordert eine konsequente Befolgung ihres politischen Mandats der Förderung demokratischer Prinzipien. Der weltwirtschaftliche Abschwung sowie die Ereignisse des 11. September wirkten sich einschneidend auf die Entwicklungsländer aus und machten eine Überprüfung der Instrumente und der finanziellen Kapazität der multilateralen Entwicklungsbanken nötig.*

#### **6.1.1 Weltbankgruppe (IBRD, IDA, IFC, MIGA)**

Die Weltbankgruppe hat ihren Sitz in Washington D.C.. Sie besteht aus der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), der Internationalen Finanz-Corporation (IFC) und der Multilateralen Investitionsgarantie-Agentur (MIGA). Gemeinsames Ziel ist die Armutsbekämpfung und die Verbesserung des Lebensstandards in den Entwicklungsländern. Die Schweiz ist seit 1992 Mitglied und mit einem Exekutivdirektor in den Verwaltungsräten aller vier Organisationen vertreten.

Die Weltbank ist im Berichtsjahr Verpflichtungen in der Höhe von 17,3 Milliarden US-Dollar für neue Projekte und Programme in den Entwicklungsländern (Vorjahr: 15,3 Mia. US-\$) eingegangen. Allerdings nahmen die Verpflichtungen der IBRD von 10,9 auf 10,5 Milliarden Dollar leicht ab, während die Gewährung weicher Kredite der IDA von 4,4 auf 6,8 Milliarden Dollar zunahm. Diese Entwicklung widerspiegelt den wachsenden Finanzbedarf der ärmsten Entwicklungsländer, die keinen Zugang zu anderen Finanzquellen haben.

Die Armutsbekämpfung bildete auch im Berichtsjahr den Schwerpunkt der Tätigkeiten der Weltbank. Sie zielt in drei Stossrichtungen: (1) Versorgungssicherung der ärmsten Bevölkerungsschichten, (2) Einbindung dieser Schichten in die politischen Entscheidungsprozesse und (3) Abfederung von wirtschaftlichen Schocks, denen die ärmsten Länder ausgesetzt sind. Eine wichtige Neuerung im Instrumentarium der Weltbank stellen Strukturanpassungskredite zur Armutsbekämpfung in den einzelnen Ländern (Poverty Reduction Support Credit – PRSC) dar.

Die Verhandlungen zur 13. Wiederauffüllung der IDA, welche den 80 ärmsten Ländern Darlehen zu besonders günstigen Konditionen gewährt, wurden im Dezember in Montreux fortgesetzt. An ihr nahmen erstmals auch Vertreter der Entwicklungsländer sowie lokaler Nichtregierungsorganisationen teil. Zentraler Punkt der Verhandlungen bildete die von den USA angestrebte Erhöhung des Schenkungsanteils auf über 50 Prozent. Mit diesen Mitteln hätten unter anderem globale öffentliche Güter, so die Bekämpfung von Malaria und Aids, sowie Interventionen der Weltbank in kriegsversehrten Ländern („post-conflict countries“) finanziert werden sollen. Die Mehrheit der Geberländer widersprach dieser Forderung, weil sie befürchtete, dass dadurch die IDA finanziell ausgehöhlt werden könnte und dass deren

Tätigkeit sich zunehmend mit jenen der spezialisierten Agenturen der Vereinten Nationen oder bilateraler Geber überlappen würde.

Die Jahresversammlung der Bretton Woods Institutionen (BWI) hätte am 29./30. September in Washington abgehalten werden sollen, wurde aber wegen der Terroranschläge vom 11. September kurzfristig abgesagt. Das Ministertreffen fand schliesslich vom 16. – 18. November 2001 in Ottawa statt. An erster Stelle der Traktandenliste standen die Auswirkungen des weltweiten Konjunkturabschwungs auf die Entwicklungsländer. Die Weltbank bekundete die Absicht, ihre Strategie in Bezug auf die am stärksten betroffenen Länder einer Revision zu unterziehen und dabei insbesondere ihre analytischen Instrumente auszubauen und Ländern, die in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind, mit finanzieller Unterstützung beizustehen. Die Schweiz sprach sich grundsätzlich für eine Überprüfung der strategischen Ziele aus, wobei jedoch die finanziellen und operationellen Kapazitäten der Bank zu berücksichtigen seien. Der auf Mitte November geplante Besuch des Weltbankpräsidenten in der Schweiz musste verschoben werden.

2001 wurde die Bundesrepublik Jugoslawien in die von der Schweiz geführte Stimmrechtsgruppe aufgenommen, der bereits Polen, Aserbaidschan und die zentralasiatischen Länder Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan angehören. Mit der Erweiterung der Stimmrechtsgruppe wird die Position der Schweiz in den internationalen Finanzinstitutionen gestärkt.

Die Weltbank beabsichtigt, ihr Instrumentarium vermehrt auf die Förderung des Privatsektors auszurichten. Der stärkere Einbezug der privatwirtschaftlichen Anreizmechanismen soll zu einer effizienteren Dienstleistungserbringung der Bank führen. Weitere Arbeiten galten Themen wie Gleichbehandlung der Geschlechter, ländliche Entwicklung, Umwelt, Forstwirtschaft, Informations- und Kommunikationstechnologie.

Im vergangenen Fiskaljahr erwirtschaftete die IFC wegen höherer Rückstellungen einen gegenüber dem Vorjahr (380 Mio. US-\$) verminderten Ertrag von 241 Millionen US-Dollar. Die IFC ging an neuen Krediten, Garantien oder Kapitalbeteiligungen Verpflichtungen von insgesamt 2,7 Milliarden Dollar ein. Es gelang dem IFC, weitere 1,3 Milliarden Dollar von kommerziellen Banken zu mobilisieren. Die MIGA verzeichnete ein ausserordentliches Wachstum von 25 Prozent. Insgesamt wurden neue Garantien im Wert von 2,0 Milliarden Dollar gesprochen.

Der Globale Umweltfonds (Global Environment Fund – GEF) wird von der Weltbank, dem Umwelt- (UNEP) und dem Entwicklungsprogramm der UNO (UNDP) verwaltet und dient der Förderung des Transfers umweltfreundlicher Technologien. Bei den laufenden Verhandlungen zur dritten Wiederauffüllung stehen Fragen der strategischen Ausrichtung und der künftigen Organisation im Vordergrund. Die Fondsleitung schlägt vor, den GEF mit eigener Rechtspersönlichkeit auszustatten. Angesichts der wichtigen Rolle des GEF bei der Eindämmung der Klimaveränderung und von persistenten organischen Schadstoffen (POPs) wäre ein höheres Beitragsvolumen der Geberländer gerechtfertigt. Die Budgetla-

ge in den grossen Industrieländern lässt aber kaum eine Aufstockung erwarten. Die Verhandlungen sollten im Februar 2002 abgeschlossen sein.

### **6.1.2 Regionale Entwicklungsbanken**

Zu den wichtigsten Aufgaben der Afrikanischen, Asiatischen und Interamerikanischen Entwicklungsbank zählen die Verminderung der Armut sowie die Förderung der interregionalen Zusammenarbeit und der regionalen Integration. Diese drei Banken mit jeweiligem Sitz in Abidjan, Manila und Washington D.C. sind für viele Länder die wichtigste Devisenquelle. Sie führen zusammen mit dem IWF vermehrt auch makroökonomische Anpassungsprojekte durch. Die Schweiz hat keinen Exekutivdirektor in den drei Verwaltungsräten, sie ist aber Stimmrechtsgruppen befreundeter Staaten angeschlossen und durch Berater vertreten.

#### **6.1.2.1 Afrikanische Entwicklungsbank**

Im Jahre 2000 bewilligte die Afrikanische Entwicklungsbank Kredite im Umfang von 2,7 Milliarden US-Dollar, wovon mehr als die Hälfte über das konzessionelle Kreditfenster der Bank finanziert wurde. Der Umfang der Ausleihungen für 2001 bewegte sich in ähnlichem Rahmen.

Die Bank nahm eine grössere Reorganisation vor mit dem Ziel, die Führungsstruktur zu verstärken. Allerdings beeinträchtigt die politische Lage in Côte d'Ivoire, in deren Hauptstadt die Bank ihren Sitz hat, noch immer ihre Tätigkeit. Sie ergriff daher Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit des Personals und prüft einen möglichen Transfer ihrer Kernfunktionen in ein anderes afrikanisches Land. Dieser Schritt dürfte indessen nur vorgenommen werden, wenn wegen der politischen Vorgänge der normale Geschäftsablauf der Bank nicht mehr gewährleistet werden könnte.

Im Dezember konnten die Verhandlungen über die neunte Wiederaufstockung des Afrikanischen Entwicklungsfonds, dem konzessionellen Fenster der Afrikanischen Entwicklungsbank, abgeschlossen werden. Im Wesentlichen kamen dieselben entwicklungspolitischen Fragen wie bei der Wiederauffüllung der IDA zur Sprache.

#### **6.1.2.2 Asiatische Entwicklungsbank**

Das Volumen der operationellen Tätigkeit der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) belief sich im Jahre 2000 auf 5,9 Milliarden US-Dollar, wovon 1,5 Milliarden über den Asiatischen Entwicklungsfonds finanziert wurden. Die Bank hat inzwischen ihre strategische Ausrichtung konsolidiert. Sie will sich stärker auf die Förderung des Privatsektors, die Entwicklung der sozialen Sektoren (Bildung, Gesundheit usw.) und die Durchsetzung der Prinzipien guter Regierungsführung (Good Governance) konzentrieren. Hierzu hat sie eine neue Organisationsstruktur vorgestellt, welche den veränderten Anforderungen besser Rechnung trägt und eine Verlagerung der Kapazitäten auf die neuen Schwerpunkttätigkeiten

bewirkt. Die Neuausrichtung sowie die Entwicklung des wirtschaftlichen und politischen Umfelds in Asien könnten zur Folge haben, dass die ADB schon 2002 eine Kapitalaufstockung prüfen muss.

### **6.1.2.3 Interamerikanische Entwicklungsbank**

Mit einem Verpflichtungsvolumen von 5,3 Milliarden US-Dollar (2000) bleibt die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) die wichtigste Finanzierungsquelle Lateinamerikas und der Karibik - noch vor der Weltbank. Nur gerade knapp 300 Millionen Dollar entstammten dem Spezialfonds für ärmste Länder. Die Bank nahm eine Überprüfung ihrer Instrumente vor und passte sie den neuen Bedürfnissen vor allem der reicheren Länder der Region an. So wurde vor allem der Anteil der Zahlungsbilanzhilfen zur Finanzierung von Strukturanpassungen erhöht, dies zulasten der traditionellen Projektfinanzierungen. Des Weiteren beschloss die Bank, für nicht staatlich garantierte Vorhaben der Privatwirtschaft den Anteil ihrer Darlehen von 5 auf 10 Prozent auszuweiten. Voraussetzung hierfür war eine Stärkung des internen Risiko-Managements. Besonders aufmerksam verfolgte die IDB die wirtschaftliche Entwicklung in Argentinien, zumal sie sich mit grosser Wahrscheinlichkeit an einem allfälligen Nothilfepaket der internationalen Gemeinschaft zugunsten dieses Landes beteiligen würde.

### **6.1.3 Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung**

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) mit Sitz in London verfolgt das Ziel, in den osteuropäischen Ländern und der GUS den Übergang zu einer marktorientierten Wirtschaft zu unterstützen und die Entstehung von Privatinitiative und Unternehmertum zu fördern. Mit der Anfang 2001 erfolgten Aufnahme der Bundesrepublik Jugoslawien zählt die EBRD 60 Länder sowie die Europäische Union und Europäische Investitionsbank als Mitglieder. Die Schweiz führt eine Stimmrechtsgruppe an und hat einen eigenen Exekutivdirektor im Verwaltungsrat.

Die EBRD verzeichnete auch 2001 einen erfreulichen Geschäftsverlauf. Aufgrund der Ergebnisse der ersten neun Monate kann sie mit einem Gewinn von etwa 160 Millionen Euro rechnen. Diese Schätzung könnte aber wegen zunehmender Unsicherheiten in den operationellen Bereichen, bedingt durch die in der zweiten Jahreshälfte zu verzeichnende globale Wirtschaftsflaute und die zunehmende Volatilität der Kapitalmärkte, nach unten korrigiert werden.

An der zehnten Jahresversammlung der EBRD, die vom 22. – 24. April 2001 in London stattfand, konnte über die Tätigkeit der Bank in der ersten Dekade ihres Bestehens eine positive Bilanz gezogen werden. Positiv zu werten ist auch der Umstand, dass die Kapitalausstattung für die nächsten fünf Jahre ausreichen dürfte. Der Vorsteher des EVD gab in seiner Eigenschaft als Gouverneur der Schweiz bei der EBRD seiner Befriedigung über die rasche Aufnahme der Banktätigkeit im neuen Mitglied- und Einsatzland Jugoslawien Ausdruck. Er sprach sich in Bezug auf die am wenigsten fortgeschrittenen Transitionsländer für eine vermehrte Förderung sowohl der Investitionen als auch der sie begleitenden Massnahmen aus. Um Arbeitsplätze zu schaffen und die Armut zu vermindern, sei mehr Gewicht auf



die Klein- und Mittelbetriebe zu legen. Zudem müsse der Schonung der Umwelt noch mehr Beachtung zukommen. Indem die Bank darauf bestehe, dass die Transitionsländer demokratischen Prinzipien nachzuleben hätten, erfülle sie ein politisches Mandat. Zu diesem Zweck unterstützt die Schweiz den von der EBRD vorgeschlagenen Fonds zur Stärkung der Institutionen. Ohne eine solche Stärkung könnte die Verlagerung der Bankaktivitäten aus osteuropäischen Staaten, die sich der EU annähern, in die Länder des Kaukasus und Zentralasiens gefährdet werden.

Im Rahmen der Zusammenarbeit der EBRD mit ihren Einsatzländern auf dem Gebiet der nuklearen Sicherheit (*Nuclear Safety Account, Chernobyl Shelter Fund*) wurden unter ihrer Aegide weitere Fonds für die Schliessung der Nuklearkraftwerke Kozloduy (Bulgarien) und Bohunice (Slowakische Republik) errichtet. Die Schweiz unterstützt diese Fonds.

## **6.2 Unterstützungsmassnahmen zugunsten von Entwicklungs- und Transitionsländern**

Im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit engagierte sich die Schweiz im Berichtsjahr mit rund 155 Mio. Fr. in Entwicklungs- und mit rund 100 Mio. Fr. in Transitionsländern. Das Engagement erfolgte in den Bereichen makroökonomische Hilfe, Investitionsförderung, Infrastrukturfinanzierung sowie Handels- und Umwelttechnologiekoooperation. Die Unterstützungsmassnahmen zugunsten von Mittel- und Osteuropa sowie der GUS standen im Zeichen der verstärkten Zusammenarbeit mit den Ländern der schweizerischen Stimmrechtsgruppe bei den Bretton-Woods-Institutionen.

### **6.2.1 Entwicklungsländer**

#### **6.2.1.1 Makroökonomische Hilfe: Zahlungsbilanzhilfe- und Entschuldungsmassnahmen**

Mit Zahlungsbilanz- und Budgethilfen werden Reformmassnahmen unterstützt, die zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und damit zu nachhaltigem Wachstum und Armutsminderung beitragen. Den gleichen Zielen dienen auch technische Hilfsprogramme, welche die Schweiz bei Zentralbanken und Finanzministerien durchführt. Im Berichtsjahr gewährte die Schweiz Budgethilfen an Mosambik (8,5 Mio. Fr.), Tansania (8 Mio. Fr.) und Burkina Faso (6 Mio. Fr.). Damit werden in den drei Ländern im Rahmen ihrer Programme zur Armutsbekämpfung Strukturreformen (Finanzsektor, Tresorerie, Fiskalbereich) unterstützt. Seit Jahren leistet die Schweiz Unterstützungsbeiträge zur Reduktion der Schuldenlast armer, hochverschuldeter Entwicklungsländer. Erinnerung sei an das Entschuldungsprogramm, das 1991 anlässlich der 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft ins Leben gerufen wurde. Seit 1996 wirkt unser Land auch an der Umsetzung der Entschuldungsinitiative der Weltbank und des IWF zugunsten solcher Entwicklungsländer (HIPC-Initiative) mit. Im Berichtsjahr hat der Bundesrat für die HIPC-Initiative eine weitere Tranche von 25 Millionen Franken zur Verfügung gestellt, womit sich der Beitrag der Schweiz auf insgesamt 90 Millionen Franken beläuft. Des Weiteren unterstützte die Schweiz mit 2,5 Millionen Franken technische Hilfsprogramme zur Verbesserung der Schuldenverwaltung in armen Ländern. Diese Programme werden von Dänemark, Grossbritannien, Österreich und Schweden mitgetragen.

### 6.2.1.2 Investitionsförderung

Mit Investitionsförderungsmassnahmen sollen der Privatsektor unterstützt und private Investitionen in Entwicklungs- und Transitionsländern mobilisiert werden. Die Massnahmen umfassen (1) Verbesserungen bei den Rahmenbedingungen für Investitionen in Entwicklungsländern durch Unterstützung entsprechender Programme insbesondere der Weltbank und der UNCTAD, (2) die Bereitstellung von langfristigem Kapital für private Unternehmen in den Zielländern (Engagement bei spezialisierten Finanzintermediären und (3) vom Bund mitfinanzierte technische Hilfen der Weltbankgruppe zugunsten von privaten Unternehmen. Was die Verbesserungen der Rahmenbedingungen betrifft, hat die Schweiz u.a. ihren Beitrag an den *Foreign Investment Advisory Service* (FIAS) der Weltbank erneuert. FIAS unterstützt Regierungen bei der Ausgestaltung eines günstigen Umfelds für private Investitionen. Im Bereich der technischen Hilfe standen die Programme der Weltbankgruppe in Asien und Sub-Sahara-Afrika sowie der Swisscontact in Indonesien im Vordergrund. Ferner engagierte sich die Schweiz als Gründungsmitglied beim *Global Corporate Governance Forum*, einer Partnerschaft zwischen OECD, Weltbank und bilateralen Gebern, welche die Vermittlung von Konzepten guter Unternehmensführung zum Ziel hat.

Das Engagement bei den Finanzintermediären stand im Zeichen der Konsolidierung des Beteiligungsportfolios des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco). So wurden Beteiligungen in Ländern, deren politische Entwicklung eine sinnvolle Investitionsmöglichkeit unmöglich gemacht hat (Simbabwe), abgebaut. Hingegen wurden die Engagements bei den sich positiv entwickelnden Investitionen insbesondere in den Partnerschaftsfonds in Indien und China verstärkt. Für den indischen *Swiss Tech Fund* wurde ein privater Schweizer Partner für die Verwaltung des Fonds gefunden. Die rege Investitionstätigkeit des *Sino-Swiss Partnership Fund* rief nach einer Kapitalaufstockung durch die Schweiz (18 Mio. Fr.) und China. Parallel dazu ist der Ausbau der Fondsmanagementgesellschaft geplant. Weitere Engagements des seco betrafen Beteiligungen in den Sektoren Hochtechnologie und Umwelttechnologie (Solar Development Fund). Fünf der bestehenden Beteiligungen des seco wurden im Berichtsjahr von externen Evaluierungsstellen auf deren finanzielle Leistung und entwicklungspolitische Wirkung überprüft. Die Prüfungsergebnisse fielen insgesamt positiv aus. Einer Evaluierung unterzogen wurde auch die *Swiss Organisation for Facilitating Investments* (SOFI) in Zürich – diese Organisation unterstützt den Aufbau grenzüberschreitender Unternehmenspartnerschaften –, welche ebenfalls positiv verlief. Das Mandat des seco mit der SOFI wird daher erneuert werden.

### 6.2.1.3 Mischfinanzierungen und Ausgleichsfonds

Im Hinblick auf die Aushandlungen neuer Mischfinanzierungsabkommen (so mit Ägypten und China) wurden für den Einsatz dieses Instruments neue Leitlinien festgelegt. Angestrebt wird eine Konzentration auf wenige geeignete Länder und eine strikte Beschränkung auf kommerziell nicht tragfähige Projekte (vor allem im Gesundheits- und Umweltbereich), für welche sich eine konzessionelle Finanzierung rechtfertigt. Dies entspricht auch den Regeln, die von den OECD-Ländern 1992 vereinbart wurden,

wonach Mischkredite nur für kommerziell nicht tragfähige Projekte gewährt werden dürfen.

Die laufenden Mischfinanzierungsaktivitäten betreffen vor allem Ägypten und China. In Ägypten konnten im Berichtsjahr zwei bedeutende Projekte in den Bereichen Bewässerung und Gesundheit zu Ende geführt werden. Das Bewässerungsprojekt – es ist Teil eines Sanierungsprogramms der Weltbank für die Bewässerungsstationen in Oberägypten – wurde einer externen Abschlussevaluation unterzogen, welche zu einem positiven Resultat gekommen ist. Das Gesundheitsprojekt zielt auf die Modernisierung des Blutspendedienstes. In China wurden Projekte im Gesundheitswesen, im Umweltbereich sowie im Abwasserbereich mitfinanziert. Damit sind die Mittel fast vollständig verpflichtet. Die weitere Zusammenarbeit mit China soll sich auf Projektkredite für den Umweltsektor konzentrieren. Weitere Empfängerländer von Mischfinanzierungen sind Guatemala, Jordanien, Kolumbien und Vietnam.

#### **6.2.1.4 Handels- und Umwelttechnologiekoooperation**

Zur Förderung von Importen aus Entwicklungsländern wurden auf Unternehmensebene im Rahmen des *Swiss Import Promotion Program* (SIPPO) sowie in Zusammenarbeit mit dem internationalen Handelszentrum (ITC) in Genf mehrere Projekte in Angriff genommen. Im Frühjahr 2001 wurde das SIPPO einer externen Evaluation unterzogen, die gezeigt hat, dass das Programm der Nachfrage der Begünstigten in den Entwicklungs- und Transitionsländern entspricht. Das Programm wird sowohl von der Zielgruppe – den exportorientierten KMU – als auch von der schweizerischen Importwirtschaft geschätzt. Erfolgreich war die SIPPO mit der Markteinführung von „Bio-Crevetten“ aus Vietnam; sie hat die Produzenten technisch beraten und die Produkte auf dem Schweizer Markt bekannt gemacht. Mit dem ITC wurde ein Programm für die technische Zusammenarbeit zur Exportförderung ausgewählter Produkte aus Bolivien lanciert (2,3 Mio. \$).

Im Hinblick auf die Öffnung neuer Absatzmärkte hat das seco – in Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut für Biologischen Landbau in Frick – in Indien ein Pilotprojekt zum Aufbau einer Zertifizierungsstelle für landwirtschaftliche Bioprodukte begonnen.

Besondere Bedeutung kommt der Zusammenarbeit mit dem *World Trade Institute* (WTI) in Bern, einem gemeinsamen Ausbildungszentrum der Universitäten von Bern, Neuchâtel und Fribourg, zu. Ein wichtiges Ziel dieses Institutes ist die Ausbildung von Schlüsselpersonen in Programmen zur Stärkung der handelspolitischen Kapazitäten in Entwicklungs- und Transitionsländern. Das seco sieht vor, das WTI in einer ersten Phase mit 2,3 Millionen Franken, verteilt auf drei Jahre, zu unterstützen. Im Juni wurde in Zusammenarbeit mit dem Institut für geistiges Eigentum ein auf drei Jahre angelegtes Programm in Vietnam gestartet, das vom seco mit 3 Millionen Franken unterstützt wird. Es soll dazu beitragen, den Schutz des geistigen Eigentums in Vietnam zu verbessern (vgl. Ziff. 9.2.3 des Berichts 99/1+2).

Im Rahmen der Förderung von umweltverträglichen Verarbeitungsmethoden in Industrieunternehmen der Entwicklungsländer beteiligt sich die Schweiz an mehreren Umwelttechnologiezentren (*Cleaner*

*Production Centers*). Im Oktober konnte ein Umwelttechnologiezentrum in Lima, Peru, eröffnet werden. Erste Abklärungen für ähnliche Projekte wurden in Indien und China durchgeführt. In China konnte zudem im Dezember die zweite Phase eines umfassenden Programms zur nachhaltigen Abfallbewirtschaftung gestartet werden.

## **6.2.2 Mittel- und Osteuropa sowie die GUS**

Die Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS hat insgesamt über die letzten Jahre eine Ausweitung erfahren. Im Gefolge der Kosovo-Krise und der Schaffung des Stabilitätspaktes wurde die Zusammenarbeit mit Südosteuropa weiter ausgebaut. Nach dem politischen Wandel wurde auch die Bundesrepublik Jugoslawien in die Zusammenarbeit einbezogen, wobei sie als Mitglied der schweizerischen Stimmrechtsgruppe in den Bretton-Woods-Institutionen und der EBRD zudem besondere Unterstützung bei der Integration in die internationalen Finanzierungsinstitutionen erhalten hat. Auch mit den Ländern Zentralasiens soll angesichts ihrer strategischen Bedeutung und der politischen Verantwortung der Schweiz als Anführerin der erwähnten Stimmrechtsgruppen die Zusammenarbeit weiter ausgebaut werden. Diese breiten Engagements haben zu einer schnelleren Verwendung des dritten Rahmenkredites für die Zusammenarbeit mit Osteuropa und den GUS-Staaten (BBI 1999 2585) geführt. Um das Engagement in diesen Regionen auch über die nächsten Jahre beizubehalten, wird eine Aufstockung und Verlängerung dieses Rahmenkredits unumgänglich.

### **6.2.2.1 Finanzhilfe**

Finanzhilfen werden für den Wiederaufbau und die Modernisierung der Infrastruktur geleistet. Die wichtigsten Sektoren sind Energie, Wasser, Transport und Telekommunikation. Bei der Realisierung dieser Projekte wird vermehrt auch der Privatsektor einbezogen. Die Verlagerung dieser Hilfen aus den Ländern Mitteleuropas ist weitgehend abgeschlossen. Der Einsatz dieses Instruments konzentriert sich auf Südosteuropa (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Bundesrepublik Jugoslawien, Mazedonien und Rumänien), auf Aserbaidshan und die zentralasiatischen Länder (vor allem Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan), punktuell auch auf Russland und die Ukraine.

In Albanien konnte das bisher suspendierte Programm zur Sanierung des Wasserkraftwerks Fierza wieder aufgenommen werden. Ferner wurde einem seit längerem geplanten Projekt zum Bau einer Stromverteilungsstation in Durres zugestimmt. In Rumänien steht ein Projekt zur Modernisierung der Fernwärmesysteme in den Städten Pistrita und Tirgu Mures und in Bulgarien ein solches in Sofia in Vorbereitung. Vorbereitet wird in Bulgarien zudem ein Projekt für eine Spitalabfallverbrennungsanlage in Plovdiv. In der Bundesrepublik Jugoslawien wurde die Soforthilfe für Reparaturen und Ausbesserungen im Elektrizitätsbereich aufgestockt.

In Zentralasien wurden die Infrastrukturfinanzierungen beträchtlich ausgebaut. So wurde in Kirgisistan ein Projekt im Katasterbereich lanciert. In Usbekistan sind zwei Projekte zur Wiederinstandstellung des Fernwärmenetzes in Taschkent und zur Sanierung der Wasserversorgung in Bukara und Samarkand in

Vorbereitung. In Tadschikistan wird eine Kofinanzierung mit der EBRD für die Verbesserung der Telefonverbindungen in der Hauptstadt und zu den regionalen Zentren geleistet. Weitergeführt wurde auch die Zusammenarbeit im Infrastrukturbereich mit Russland und der Ukraine. In Russland ist insbesondere ein Ausbau der Unterstützung für die Wasserversorgung der Stadt Perm vorgesehen.

#### **6.2.2.2 Makroökonomische Hilfe**

Die Schweiz hat den Reformprozess in Kirgisistan mit einer Zahlungsbilanzhilfe von 8,3 Millionen Franken unterstützt. Damit wurde ein von Kirgisistan mit der Weltbank ausgehandeltes Reformprogramm kofinanziert, das vor allem auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Privatsektor und die Sanierung der schwer defizitären Versorgungsbetriebe zielt.

#### **6.2.2.3 Investitionsförderung**

Im Berichtsjahr wurde die Investitionsförderung verstärkt auf Südosteuropa und Zentralasien ausgerichtet. Die Projektvorbereitungsfazilität des IFC im Balkan wie auch die zwei Risikokapitalfonds, welche in KMU in Zentral- und Südosteuropa investieren, entwickelten sich positiv. Die Arbeiten des im Rahmen des Stabilitätspakts lancierten *Investment Compact* – er hat die Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investitionen in Südosteuropa zur Aufgabe – wurden intensiviert. Eine fruchtbare Zusammenarbeit entwickelte sich mit der von der Weltbank initiierten *Public Private Investment Advisory Facility* (PPIAF), einer Fazilität, welche Entwicklungs- und Transitionsländer bei der Förderung privater Infrastrukturvorhaben unterstützt. Die Schweiz ist eines der Gründungsmitglieder dieser Fazilität und finanziert neben den allgemeinen Aktivitäten von PPIAF auch spezifische Massnahmen zugunsten der Länder unserer Stimmrechtsgruppe in Zentralasien. Anlässlich des zweiten Gebertreffens von PPIAF in Montreux gab die Schweiz die Aufstockung dieses von ihr finanzierten Spezialfonds in Höhe von 3 Millionen Franken bekannt. Die Länder Zentralasiens (wie auch die Ukraine) profitieren zudem von einem neuen, in Partnerschaft mit der IFC durchgeführten Investitionsförderungsprogramm zugunsten von KMU. Ein wichtiger Interventionsbereich in Osteuropa bleibt die Umwelt: Aufgrund der guten Ergebnisse hat die Schweiz im Berichtsjahr ihre Beteiligung am *Central Eastern European Environmental Investment Fund* um 1,3 Millionen Euro aufgestockt.

#### **6.2.2.4 Handels- und Umwelttechnologiekooperation**

In Tadschikistan wurde ein von der UNITAR durchzuführendes Programm unterstützt (1 Mio. Fr.), das den späteren Beitritt des Landes zur WTO vorbereiten hilft. Für Kasachstan, Kirgisistan, Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan wird ein in Zusammenarbeit mit dem ITC umfassendes, regionales Handelsförderungsprogramm vorbereitet.

In Osteuropa wurden insbesondere die Leistungen von SIPPO bei der Förderung von Importen aus Rumänien, Bulgarien, Mazedonien und Bosnien in die Schweiz in Anspruch genommen. Dabei arbeite-

te SIPPO mit exportorientierten KMU zusammen, die in Fragen des Qualitätsmanagements, der Exportadministration und des Marketing geschult werden. SIPPO organisierte auch Auftritte von osteuropäischen KMU an internationalen Handelsmessen und vermittelte Kontakte zur schweizerischen Importwirtschaft. In Mazedonien fanden Abklärungen im Hinblick auf die Unterstützung im Bereich der Zertifizierung von Bioprodukten statt.

## **7 Bilaterale Beziehungen**

*Mit Bosnien und Herzegowina sowie mit der Bundesrepublik Jugoslawien wurden Wirtschaftskooperationsabkommen, mit Djibouti, Jordanien und Katar Investitionsschutzabkommen abgeschlossen. Schweizerische Wirtschaftsdelegationen besuchten eine Reihe von Ländern in Europa (Bulgarien, Jugoslawien, Russland), in Nord- (USA) und Südamerika (Bolivien, Brasilien, Ecuador, Kolumbien, Peru, Venezuela), in Asien (Brunei, China, Singapur und Vietnam), im Mittleren Osten (Jordanien, Iran, Katar) und in Afrika (Benin, Nigeria).*

### **7.1 Westeuropa**

Der westeuropäische Raum ist für die schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen von zentraler Bedeutung, weshalb die bilateralen Kontakte sowohl auf Regierungs- als auch auf Beamtenebene besonders intensiv sind. Auch im Berichtsjahr fanden zahlreiche Treffen statt, welche Gelegenheit boten, die schweizerische Haltung im europäischen Integrationsprozess zu erläutern. Sie ermöglichten auch, Themen aus in die Gemeinschaftskompetenz fallenden Sachgebieten aufzugreifen, an denen die Schweiz ein besonderes Interesse hat, und bilaterale Einzelprobleme zur Sprache zu bringen. Unter den Begegnungen sind insbesondere die Gespräche zu erwähnen, die der Vorsteher des EVD im Rahmen des jährlichen Treffens der Wirtschaftsminister *Deutschlands, Österreichs* und der Schweiz in Wien sowie mit der *französischen Regierung* in Paris führte. Mit der *Türkei* wurde die Schaffung eines bilateralen Ausschusses vereinbart, der als Plattform für regelmässige wirtschafts- und handelspolitische Konsultationen dienen wird. Konsultationen auf hoher Beamtenebene wurden auch mit einer Reihe weiterer Ländern abgehalten.

Mit *Deutschland* wurden Probleme aufgenommen, die für schweizerische Arbeitnehmer, namentlich im Bauwesen, im Zusammenhang mit dem deutschen Arbeitnehmer-Entsendegesetz (Urlaubskassenregelung) entstanden sind. Die BSE-Krankheit verhinderte auch im Berichtsjahr den Export von Lebendvieh in die Nachbarländer. In ihren Interventionen wies die Schweiz immer wieder darauf hin, dass diese Einfuhrverbote nicht WTO-konform seien und dass sie auch im Widerspruch zu den EU-Bestimmungen stünden, welche die Wiederaufnahme der Einfuhren in die EU-Länder zulassen. Im November hat Deutschland sein Verbot erfreulicherweise aufgehoben. Zwischen der Schweiz und Deutschland wurde eine gemeinsame Erklärung ausgearbeitet, die dem Projekt eines Gewerbeparkes gewidmet ist, der – grenzüberschreitend – zwischen Neuhausen a.Rh. und Jestetten (D) zu liegen käme und in dem Sonderkonditionen für die sich ansiedelnden Unternehmen zur Anwendung gelangen würden.

Das Wirtschaftswachstum ging in Westeuropa im Berichtsjahr stark zurück. In der Türkei wurde die bereits geschwächte Wirtschaft durch eine ernste Krise im Bankensektor sowie durch eine drastische Abwertung der Landeswährung zusätzlich belastet. Dennoch hat sich der Handelsverkehr mit dieser Region dynamisch entwickelt. Das ausserordentlich grosse Handelsvolumen wird dabei fast störungsfrei abgewickelt. Mit dem Inkrafttreten der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU wird der Wirtschaftsverkehr wesentlich erleichtert werden; das Auftreten von Problemen dürfte dadurch weiter verringert werden.

## **7.2 Mittel- und Osteuropa sowie die GUS**

Die Bestrebungen der *mittel- und osteuropäischen Länder* sind darauf ausgerichtet, bei den EU-Beitrittsverhandlungen rasch voran zu kommen. Die am weitesten vorangeschrittenen Kandidatenländer streben einen Verhandlungsabschluss bereits bis Ende 2002 an.

Mit Ausnahme Polens, wo sich die wirtschaftliche Entwicklung hauptsächlich wegen des starken Rückgangs der Binnennachfrage verlangsamte, konnten alle Länder der Region ihre Wirtschaft konsolidieren bzw. das Wachstum steigern. Die Beibehaltung der Budgetdisziplin und die Senkung der Arbeitslosigkeit sind nach wie vor die Hauptherausforderungen dieser Länder, die zunehmend in die wirtschaftlichen Strukturen und den Handel Europas integriert und damit verstärkt den konjunkturellen Schwankungen ihrer wichtigsten Handelspartner, vor allem Deutschlands, ausgesetzt sind.

Mitteuropa hat sich auch im Berichtsjahr als eine der dynamischsten Regionen des schweizerischen Aussenhandels bestätigt. Die Ein- und Ausfuhren stiegen in den ersten acht Monaten des Berichtsjahres um je 14 Prozent. Aufgrund des grossen Potenzials kann davon ausgegangen werden, dass sich diese Tendenz auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird.

Die Wirtschaften der europäischen *GUS-Länder* haben ebenfalls einen Zuwachs erfahren, auch wenn dieser in Russland im Vorjahresvergleich etwas schwächer ausgefallen ist. Das russische Wirtschaftswachstum hängt stark von den Ausfuhrerlösen bei den Energieträgern ab. Russland bleibt weiterhin bestimmend für die Wirtschaftsentwicklung der Region. Wichtig in diesem Zusammenhang sind dessen Bemühungen, in naher Zukunft der WTO beitreten zu können. Dies bedingt eine zielstrebige Weiterführung der wirtschaftlichen Reformen. Die Intensivierung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen stand im Zentrum einer Wirtschaftsmission des Vorstehers des EVD im März in Russland.

Die Ukraine erfreute sich einer verhältnismässig hohen Wirtschaftswachstumsrate. Dieser Umstand war auf die stark gestiegene Inlandnachfrage und auf ein kräftiges Exportwachstum, vor allem nach Russland, zurückzuführen. Nachdem sich die ukrainische Regierung im Juli mit den Gläubigerstaaten auf eine Umschuldung einigen konnte, haben der Internationale Währungsfonds und die Weltbank der Regierung neue Kreditfazilitäten zur Verfügung gestellt. Belarus hingegen ist bei den Wirtschaftsreformen immer noch nicht über erste Ansätze hinaus gekommen. Das Investitionsaufkommen bleibt in allen GUS-Staaten vergleichsweise niedrig, doch scheint das Vertrauen der Anleger allmählich zurückzukeh-

ren. Im bilateralen Handel mit den GUS-Staaten konnten sowohl bei den Ein- als auch den Ausfuhren zweistellige Zuwachsraten verzeichnet werden. Dabei fällt der starke Anstieg der Edelmetallimporte aus Russland ins Auge.

### **7.3 Südosteuropa**

Nach Jahren kriegsbedingter politischer Instabilität und des wirtschaftlichen Niederganges gehört Südosteuropa gegenwärtig zu den am schnellsten wachsenden Regionen und ist bis anhin von der globalen Wachstumsabschwächung weitgehend verschont worden. Als einzige in der Region hat die Wirtschaft Mazedoniens ein negatives Wachstum (-5%) ausgewiesen. Dieser Umstand ist auf den bewaffneten Konflikt mit der albanischen Minderheit zurückzuführen, der das Land in seiner wirtschaftlichen Entwicklung stark zurückgeworfen hat.

Die Bundesrepublik Jugoslawien ist nach dem Regierungswechsel innerhalb weniger Monate in die wichtigsten multilateralen Finanzierungsinstitutionen aufgenommen worden. Dabei hat sie sich den von der Schweiz angeführten Stimmrechtsgruppen bei den Bretton-Woods-Institutionen und bei der EBRD angeschlossen. Die Regierung in Belgrad hat umfassende Wirtschaftsreformen eingeleitet, um die Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu schaffen. Die noch immer nicht gelösten Fragen des Status von Kosovo und Montenegro bergen jedoch das Potenzial für eine erneute Destabilisierung des Landes in sich.

Albanien sowie Bosnien und Herzegowina werden trotz langsamer Verbesserung der Wirtschaftslage noch für längere Zeit auf internationale Hilfe angewiesen sein. In Kroatien werden die Reformen zielstrebig weitergeführt, was sich sehr positiv auf die Wirtschaftsentwicklung ausgewirkt hat. Negativ wirkt sich demgegenüber die andauernde Zurückhaltung der ausländischen Investoren aus.

Die drei EU-Beitrittskandidaten Slowenien, Bulgarien und Rumänien haben hinsichtlich Privatisierung und Wirtschaftsreformen gute Fortschritte erzielt. Während Slowenien zu den ersten Ländern gehören wird, die der EU beitreten werden, dürfte der Beitrittsprozess für Rumänien und Bulgarien wesentlich länger dauern.

Die internationale Unterstützung an die Länder der Region wird über den *Stabilitätspakt für den Wiederaufbau der kriegsgeschädigten Länder Südosteuropas* koordiniert. Zentrale Bestandteile des Pakts sind einerseits der regionale Ansatz zum Wiederaufbau der gesamten Region, andererseits die Strategie, mit der Heranführung der südosteuropäischen Staaten an die europäischen und die euroatlantischen Strukturen Stabilität in ganz Europa zu erreichen. Wichtige wirtschaftliche Initiativen des Stabilitätspakts sind der *Investment Compact* und die *Trade Initiative*, an denen die Schweiz massgeblich beteiligt ist.

Der Aufbau von bilateralen vertraglichen Beziehungen mit den Ländern Südosteuropas wurde zielstrebig weitergeführt. Mit Bosnien und Herzegowina sowie mit der Bundesrepublik Jugoslawien wurden



Wirtschaftskooperationsabkommen (vgl. Beilage, Ziff. 9.2.3) und mit Kroatien im Rahmen der EFTA ein Freihandelsabkommen (vgl. Beilage, Ziff. 9.2.2) abgeschlossen.

Der bilaterale Handel mit den Ländern Südosteuropas und die Investitionstätigkeit von Schweizer Unternehmen in der Region ist nach wie vor gering. Im Fall der weiter entwickelten Länder zeichnet sich allerdings ein positiver Trend ab. Angesichts des Potenzials der betreffenden Wirtschaften ist in den kommenden Jahren mit einer Intensivierung des wirtschaftlichen Austausches zu rechnen. Zu dessen Förderung stattete der Staatssekretär für Wirtschaft in Begleitung von Wirtschaftsvertretern Bulgarien und der Bundesrepublik Jugoslawien Besuche ab.

#### **7.4 Nordamerika**

Im Herbst glitt die amerikanische Wirtschaft in eine leichte Rezession ab. Nachdem sich die wirtschaftliche Aktivität bereits zuvor markant verlangsamt hatte, gaben die Attentate des 11. September letztlich wohl den Ausschlag für die vorübergehende Umkehr des Wachstums. Um die Kontraktion der wirtschaftlichen Aktivität zu bekämpfen, wurden expansive Massnahmen in der Geld- und Budgetpolitik in die Wege geleitet. Dennoch bleiben *die USA* ausserhalb Europas der wichtigste Handelspartner der Schweiz. In den ersten neun Monaten ging der Warenaustausch aufgrund des verminderten amerikanischen Aufschwungs leicht zurück. Die schweizerischen Exporte beliefen sich auf 12,4 und die Importe auf 6,6 Milliarden Franken.

Im Mai fand in Washington das zweite Treffen der bilateralen Wirtschaftskommission Schweiz–USA statt, das auf schweizerischer Seite vom Staatssekretär für Wirtschaft angeführt wurde. Über die im Berichtsjahr realisierten Arbeiten konnte positiv Bilanz gezogen werden. In die Zusammenarbeit sollen weitere Bereiche von gemeinsamem Interesse einbezogen werden. Das Treffen bot dem Staatssekretär für Wirtschaft Gelegenheit, mit verschiedenen Repräsentanten der neuen Verwaltung Gespräche zu führen und sich über die Neuorientierung der US-Handelspolitik zu informieren. Obwohl die Administration Bush zur Öffnung der Märkte entschieden den multilateralen Weg beschreiten will, tritt sie dennoch dafür ein, die Zusammenarbeit auf dem gesamten amerikanischen Kontinent, insbesondere durch die Schaffung einer panamerikanischen Freihandelszone (FTAA), zu verstärken. Am dritten panamerikanischen Gipfeltreffen vom 20.– 22. April in Quebec wurde das Jahr 2005 als Ziel für die Verwirklichung der FTAA bestätigt.

Auch in *Kanada* verlangsamte sich die wirtschaftliche Aktivität wegen des Nachfragerückgangs aus den USA (vor allem im Automobilbereich) merklich. Trotz der Wirtschaftsabschwächung nahmen in den ersten neun Monaten die schweizerischen Exporte nach Kanada mit 1051 Millionen Franken um 14,4 Prozent zu, während die Importe aus Kanada mit rund 397 Millionen Franken um 10,3 Prozent zurückgingen. Am *World Economic Forum* 2001 traf der Vorsteher des EVD mit dem kanadischen Industrieminister Tobin zu einem Meinungsaustausch zusammen. Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Kanada konnten wegen Differenzen im Schiffbausektor noch nicht finalisiert werden. Ein weiteres Treffen ist Anfang 2002 vorgesehen.

*Mexiko* konnte nicht wie im Vorjahr von einer starken Exportnachfrage und hohen Erdölpreisen profitieren. Mexikos Wirtschaft blieb aber von der argentinischen Krise unberührt, was aus der verstärkten Bindung an die nordamerikanischen Märkte zu erklären ist. Unsere Exporte nach Mexiko beliefen sich in den ersten neun Monaten auf 816,3 Millionen Franken (+14,4%), die Importe auf 139,8 Millionen Franken (-5,7%). Im Rahmen des *World Economic Forums* führten der Bundespräsident mit dem mexikanischen Präsidenten Fox sowie der Vorsteher des EVD mit seinem Kollegen Derbez Gespräche. Im Juli ist das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Mexiko vom 27. November 2000 in Kraft getreten (vgl. Ziff. 4.3). Damit ist der Weg geebnet, das Potenzial des mexikanischen Marktes besser auszuschöpfen.

## **7.5 Zentral- und Südamerika**

Verschiedene Faktoren bewirkten eine insgesamt deutliche, wenngleich länderweise divergierende Abschwächung des Wirtschaftswachstums in Lateinamerika. Der weltweit synchrone Konjunkturabschwung bewirkte eine Abflachung der Exportnachfrage sowie einen Einbruch bei den Preisen wichtiger Ausfuhr Güter. Nicht zuletzt als Folge der Abwertung des brasilianischen Real verschärfte sich die bereits vier Jahre währende Rezession in Argentinien erneut. In verschiedenen Ländern trugen zudem interne Probleme zur Eintrübung der Wachstumsaussichten bei. Schliesslich beeinträchtigen die Terroranschläge des 11. September die wirtschaftlichen Perspektiven in der Region nachhaltig: Ein Rückgang der Investitionstätigkeit, steigende Kapitalmarktzinsen, ein Einbruch der Börsen und nicht zuletzt ein verstärkter Rückgang der Exporte nach den USA sind die Folge.

Trotz dieser Entwicklungen war im bilateralen Handel zwischen der Schweiz und Lateinamerika (Südamerika, Zentralamerika und Karibik, ohne Mexiko) in den ersten neun Monaten eine Zunahme zu verzeichnen. Allerdings nahmen die Importe in die Schweiz (1,16 Mia. Fr.) lediglich um 3,8 Prozent zu, während die Exporte (2,32 Mia. Fr.) um 10,5 Prozent anstiegen.

Anlässlich einer bilateralen Mission wurde im Februar in *Bolivien* in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Handelszentrum in Genf (ITC) ein Exportförderungsprogramm lanciert.

Im Mai besuchte der Staatssekretär für Wirtschaft mit einer Wirtschaftsdelegation *Brasilien*. Als weltweit achtgrösste Industrienation (bezogen auf das BIP) weist Brasilien – unser wichtigster Handelspartner in der Region – ein beträchtliches Wirtschaftspotenzial auf. Die Schweiz rief die ausstehende Ratifizierung des bilateralen Investitionsschutzabkommens in Erinnerung. Des Weiteren wurde über die Aufnahme von exploratorischen Gesprächen für ein Doppelbesteuerungsabkommen diskutiert. In der Folge fand ein erstes Treffen zwischen brasilianischen und schweizerischen Steuerexperten statt.

Das auf der Basis der Zusammenarbeitserklärung vom 12. Dezember 2000 vorgesehene Treffen des Gemischten Ausschusses *EFTA-Mercosur*, das den Beginn eines Dialogs für ein künftiges Freihandelsabkommen hätte bilden sollen, wurde auf 2002 verschoben. Gründe dafür waren interne Probleme des Mercosur und andere Prioritäten in dessen Handelspolitik (Verhandlungen mit der *EU* für ein Frei-

handelsabkommen; Aufbau der panamerikanischen Freihandelszone *Free Trade Area of the Americas*).

Die im Dezember 2000 aufgenommenen Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen den *EFTA-Staaten und Chile* wurden konstruktiv weitergeführt. Sie sollten im Verlauf 2002 abgeschlossen werden können.

Im Oktober empfing der Vorsteher des EDA den *venezolanischen* Präsidenten Hugo Chavez in Genf am Rande der internationalen Konferenz über die Desertifikation. Zur Sprache kamen die Verfassungsreform in Venezuela, die Förderung von Demokratie und Frieden in der Region sowie Fragen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

Zusammen mit Vertretern der Privatwirtschaft besuchte im Oktober eine Wirtschaftsdelegation des seco unter der Leitung des zuständigen Geschäftsleitungsmitglieds vier Länder der Andengemeinschaft, nämlich *Venezuela, Kolumbien, Ecuador und Peru*. Der Besuch ermöglichte die Knüpfung von Kontakten und diente dazu, die Perspektiven der Zusammenarbeit mit diesen bedeutenden Handelspartnern, insbesondere in den Bereichen Handel und Investitionen, zu erkunden. *Kolumbien* stimmte einer baldigen Wiederaufnahme der Verhandlungen für ein Investitionsschutzabkommen zu. In *Peru* gab die schweizerische Delegation dem Wunsch nach einem Doppelbesteuerungsabkommen Ausdruck. In Lima wurde ein von der Schweiz und den USA finanziertes Umwelttechnologiezentrum (Cleaner Production Center) eingeweiht.

## **7.6 Asien / Ozeanien**

Nachdem sich die asiatischen Länder überraschend schnell von der Finanzkrise von 1997 erholt hatten, wirkt sich die Konjunkturverlangsamung in den beiden grössten Volkswirtschaften erneut sehr negativ auf die asiatischen Länder aus. Insbesondere Länder, die stark exportabhängig und zusätzlich auf die Zulieferung von Komponenten in ausgewählten Sektoren, namentlich auf High-Tech-Produkte, spezialisiert sind, werden durch die Nachfrageflaute am stärksten getroffen. Allen voran zeigen *Korea, Malaysia, Singapur und Taiwan* die grössten Einbrüche beim Export und damit auch beim Wirtschaftswachstum, das im Berichtsjahr vereinzelt sogar negativ war. Auch *Japan*, das sich unvermindert um eine Ankurbelung seiner seit Jahren stagnierenden Wirtschaft bemüht, sieht sich durch die weltweite Konjunkturabflachung bei der Umsetzung des umfassenden Revitalisierungsprogramms der neuen Regierung behindert. Am wenigsten betroffen erweist sich einmal mehr die *VR China*. Ihre nach wie vor vorrangig inlanderorientierte Wirtschaft expandierte erneut um rund 7 Prozent. Die Aufnahme Chinas in die WTO (vgl. Ziff. 4.2.7) wird die Attraktivität dieses Landes als Investitionsstandort und Handelspartner steigern; sie wird aber auch zu beschleunigten Strukturreformen der heimischen Wirtschaft führen. Angesichts der starken Konkurrenz zwischen den ostasiatischen Ländern in Bezug auf den Export und die Auslandsinvestitionen wird der WTO-Beitritt Chinas in der ganzen Region Auswirkungen zeitigen. Von der Konjunkturverlangsamung waren auch die Schweizer Exporte in die Länder Asiens und Ozeaniens betroffen, die – nach Jahren beeindruckenden Wachstums – insgesamt zurückgingen.

Politische Turbulenzen in *Indonesien* und auf den *Philippinen* haben die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der beiden Inselstaaten zusätzlich verschärft. *Pakistan*, das sich in den letzten Jahren infolge seiner politischen Entwicklung und trotz eines erfolgreich abgeschlossenen Umschuldungsabkommens im Rahmen des Pariser Klubs marginalisiert sah, ist durch die Afghanistan-Krise unvermittelt ins Zentrum der weltweiten Aufmerksamkeit gerückt. Die erheblichen Kriegsauswirkungen auf Pakistan sollen durch bilaterale und multilaterale Massnahmen gemildert werden. Auch sollen die Massnahmen zur Lösung der strukturellen Probleme und damit zur Entschärfung des inländischen Konfliktpotenzials beitragen. Auch die *zentralasiatischen* Länder an der nördlichen Grenze Afghanistans sind direkt durch den Afghanistankrieg betroffen. Diese der Schweizer Stimmrechtsgruppe der Bretton-Woods-Institutionen angehörenden Länder werden von der Schweiz im Rahmen des noch zu verabschiedenden Regionalprogramms zusätzliche Unterstützung erfahren. *Afghanistan* selber, das infolge von Kriegswirren seit vielen Jahren international isoliert war (vgl. Ziff. 8.1.2.1), rückt nach dem Zusammenbruch der Herrschaft der Taliban ins Zentrum der internationalen humanitären Hilfe.

In zahlreichen Begegnungen mit Vertretern asiatischer Länder wurden bilaterale und multilaterale Anliegen und Probleme erörtert, so anlässlich der fünften Wirtschaftskonsultation mit *Japan*, in den Gesprächen des Staatssekretärs für Wirtschaft mit dem vietnamesischen Vizepräsidenten und einer Regierungsdelegation aus der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik. Der Vorsteher des EVD besuchte mit einer Wirtschaftsdelegation *Singapur* und *Brunei*. In Singapur konnte die Verhandlungsaufnahme für ein Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Singapur bekannt gegeben werden. Tagungen von Gemischten Kommissionen fanden mit *Kirgisistan* – zum ersten Mal – und *Kasachstan* in Bern sowie mit *China* in Beijing statt. Die offiziellen Treffen waren jeweils von Begegnungen mit der Wirtschaft gefolgt. Im Anschluss an die 15. Gemischte Kommission in China stattete der Schweizer Delegationsleiter *Hong Kong*, einem für die Schweizer Wirtschaft weiterhin zentralen und für die Erschliessung des chinesischen Marktes bedeutsamen Exportstandort, einen Besuch ab. Unter der Leitung des Staatssekretärs für Wirtschaft führte eine Wirtschaftsdelegation Gespräche in *Vietnam*, wo sie sich u.a. bei Besuchen von Schweizer Unternehmen einen Eindruck über das Potenzial und den eingeschlagenen Reformkurs im Land verschaffen konnte. Gelegenheit zu Kontakten bot auch das WEF in Davos, wo der Vorsteher des EVD sowie der Staatssekretär für Wirtschaft und Mitglieder der seco-Geschäftsleitung mit asiatischen Exponenten von Politik und Wirtschaft zusammentrafen.

## **7.7 Mittlerer Osten**

Die Wirtschaftslage entwickelte sich in den einzelnen Ländern unterschiedlich. Während die erdölexportierenden Länder von einem trotz Abschwächung nach wie vor hohen Preis für diesen Rohstoff profitierten, litten vor allem *Israel*, die *palästinensischen Gebiete* und *Jordanien* unter den wirtschaftlichen Folgen der Intifada. Von der durch die Attentate in den USA vom 11. September ausgelösten weltweiten Verunsicherung wurde der Tourismus in der ganzen Region hart betroffen.

Der Warenverkehr mit der Mittelostregion (ohne Israel) entwickelte sich uneinheitlich. In den ersten acht Monaten haben die schweizerischen Importe um 27 Prozent abgenommen. Besonders stark war der

Rückgang der Einfuhren aus *Saudi Arabien* (68%), während die Bezüge aus dem *Iran* um 16 Prozent zugenommen haben. Die schweizerischen Exporte sind mit 16 Prozent weiterhin überdurchschnittlich gewachsen. Besonders markant war der Anstieg der Lieferungen nach *Katar* (+62%), den *Vereinigten Arabischen Emiraten* (+34%) und in den *Iran* (+31%). Mit *Israel* ist der Warenverkehr deutlich zurückgegangen (Importe: -15%; Exporte: -11%).

Im Oktober stattete der Vorsteher des EVD an der Spitze einer grossen Wirtschaftsdelegation *Iran* einen offiziellen Besuch ab. Hauptsächliche Gesprächsthemen waren die Wirtschaftsentwicklung im Iran und der Region, der Beitritt Irans zur WTO und der Ausbau der bilateralen Wirtschaftsverträge. Am 1. November 2001 trat das schweizerisch-iranische Investitionsschutzabkommen in Kraft. Die Verhandlungen über ein bilaterales Wirtschaftskooperationsabkommen wurden fortgeführt.

Im Februar besuchte der Staatssekretär für Wirtschaft *Jordanien*. Er wurde von einer Delegation aus dem IT-Sektor begleitet, zu der eine bedeutende Gruppe der schweizerisch-arabischen Handelskammer stiess, die vorgängig im *Libanon* und in *Syrien* gewelt hatte. Anlässlich des Besuches wurde in Amman am 27. Februar 2001 ein Investitionsschutzabkommen unterzeichnet. Das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Jordanien vom 21. Juni 2001 wird seit 1. Januar 2002 vorläufig angewendet (vgl. Ziff. 9.2.1).

Mit *Katar* wurde am 12. November am Rande der WTO-Ministerkonferenz in Doha ein Investitionsschutzabkommen unterzeichnet.

## **7.8 Afrika**

Trotz weiterhin sinkender Rohstoffpreise und anhaltender Wirren in mehreren Ländern dürfte gemäss IWF das Wirtschaftswachstum Afrikas mit 3,8 Prozent höher ausfallen als im Vorjahr (2,8%). Die Wachstumsrate der erdölimportierenden Länder dürfte u.a. dank besseren klimatischen Bedingungen in verschiedenen Regionen sogar leicht höher sein als diejenige der erdölexportierenden Staaten.

Die 53 Mitgliedstaaten der OAU haben diese Organisation im Juli in die Afrikanische Union umgewandelt, in deren Rahmen eine Integration nach dem Beispiel der EU vollzogen werden soll. Die Mitgliedländer verabschiedeten ebenfalls die „Neue Initiative für Afrika“. Es handelt sich um einen von Afrikanern für Afrika ausgearbeiteten Entwicklungsplan, der folgende sieben Sektoren als prioritär bezeichnet: Infrastrukturen, Bildung, Gesundheit, neue Informationstechnologien, Marktzutritt in den Industriestaaten, Schuldenfrage und Landwirtschaft. Bei der Verwirklichung des Plans sollen die afrikanischen Länder selber die Schlüsselrolle übernehmen. Anlässlich der Jahreskonferenz in Genua sicherten die Präsidenten der G-7 diesem Plan ihre Unterstützung zu.

Das höhere Wirtschaftswachstum in Afrika hat sich positiv auf den schweizerischen Warenverkehr mit diesem Kontinent ausgewirkt. In den ersten acht Monaten haben die schweizerischen Importe um 8 Prozent und die Exporte um 11 Prozent zugenommen. Besonders stark gewachsen sind die Einfuhren

aus *Libyen* (+37%) sowie die Ausfuhren nach *Marokko* (+ 46%) und *Nigeria* (+36%).

Begleitet von Vertretern aus Wirtschaft und Verwaltung stattete der Vorsteher des EVD *Nigeria* im Juni einen offiziellen Besuch ab. Im Vordergrund der Unterredungen standen Fragen zur Entwicklung Afrikas, das Schuldenproblem und bilateralen Fragen. Vorgängig hatte die Delegation unter der Leitung des zuständigen Mitglieds der seco-Geschäftsleitung *Benin* besucht.

Mit dem *Sudan*, *Libyen* und *Algerien* wurden Investitionsschutzabkommen paraphiert, die bei nächster sich bietender Gelegenheit unterzeichnet werden sollen.

Mit *Kenia* wurde ein Umschuldungsabkommen im Betrag von 6 Millionen Franken abgeschlossen. Entsprechende Verhandlungen wurden mit *Nigeria* und *Kamerun* aufgenommen. Im Weiteren gewährte die Schweiz *Madagaskar* eine Entschuldung im Umfang von 2 Millionen Franken und *Burkina Faso* eine Zahlungsbilanzhilfe von 12 Millionen Franken.

Die Verhandlungen der EFTA mit *Ägypten* und *Tunesien* über den Abschluss von Freihandelsabkommen verlaufen weiterhin zäh. Mit *Südafrika* dürften entsprechende Verhandlungen 2002 aufgenommen werden. Mit *Algerien* haben erste Kontakte im Hinblick auf eine Zusammenarbeitserklärung zwischen den EFTA-Staaten und diesem Land stattgefunden.

## **8 Autonome Massnahmen**

### **8.1 Exportkontrollmassnahmen**

*Exportkontrollmassnahmen dienen einerseits der Nichtweiterverbreitung von Gütern zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen und anderseits der Durchsetzung von internationalen Sanktionen nichtmilitärischer Art (sog. Embargomassnahmen). Die Schweiz hat im Juni Embargomassnahmen gegenüber Liberia erlassen; diejenigen gegenüber den Taliban (Afghanistan) und der UNITA wurden verschärft.*

#### **8.1.1 Massnahmen zur Nichtweiterverbreitung von Gütern zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen**

##### **8.1.1.1 Güterkontrollverordnung**

Vom 1. Oktober 2000 – 30. September 2001 sind aufgrund der Güterkontrollverordnung vom 25. Juni 1997 (GKV, SR 946.202.1) die nachfolgend aufgeführten Ausfuhrgesuche für Dual-Use-Güter und besondere militärische Güter bewilligt worden<sup>4</sup>:

---

<sup>4</sup> Gewisse Bewilligungen werden doppelt aufgeführt, da sie von zwei Regimes erfasst sind.

	Anzahl	Wert
	Gesuche	Mio. Fr.
Nuklearbereich	282	160,5
Chemie- und Biologiewaffenbereich	111	52,1
Raketenbereich	31	17,2
Bereich konventionelle Waffen:		
Dual-Use-Güter	399	254,4
Besondere militärische Güter	359	183,7
<b>Total</b>	<b>1182</b>	<b>667,9</b>

In der gleichen Zeitspanne wurden 90 Ordentliche Generalausfuhrbewilligungen (OGB) erteilt, mit denen während zwei Jahren unbeschränkt nach den in Anhang 4 der GKV genannten 25 Ländern exportiert werden kann. Per 30. September 2001 waren insgesamt 197 Unternehmen im Besitz einer OGB. Sechs Firmen wurde aufgrund von Widerhandlungen gegen das Güterkontrollgesetz vom 13. Dezember 1996 (GKG, SR 946.202) die OGB entzogen. Vom 1. Oktober 2000 – 30. September 2001 wurden ferner sechs Ausserordentliche Generalausfuhrbewilligungen (AGB) erteilt, mit welchen kontrollierte Güter in Gebiete ausserhalb der in Anhang 4 genannten Staaten geliefert werden können. Um in den Genuss einer AGB zu kommen, muss das beantragende Unternehmen u.a. eine zuverlässige firmeninterne Kontrolle über die Ausfuhr dieser Güter gewährleisten. Zurzeit besitzen 14 Firmen eine AGB. Einem Unternehmen musste die AGB aufgrund von Widerhandlungen gegen das GKG entzogen werden.

Die in der obigen Tabelle aufgeführten Gesuche betrafen vor allem folgende in der Schweiz hergestellte Güter:

<b>Dual- Use-Güter (Anhang 2 GKV)</b>	<b>Besondere militärische Güter (Anhang 3 GKV)</b>
- Atomuhren	- Jagd- und Sportwaffen
- Computer	- Munition zu Jagd- und Sportwaffen
- Nachtsichtgeräte	- Militärische Verschlüsselungsgeräte
- Pumpen und Ventile (korrosionsfest)	- Simulatoren für Waffen
- Simulatoren für Navigationsgeräte	- Sprengstoffe
- Zivile Verschlüsselungsgeräte	- Technologie für solche Güter
- Werkzeugmaschinen	- Trainingsflugzeuge und Teile dazu

Verweigert wurden sieben Bewilligungen im Wert von 4,1 Millionen Franken: vier davon betrafen Dual-Use-Güter im Bereich der Raketentechnologie, ein Antrag betraf Güter des Nuklearbereichs und zwei Gesuche bezogen sich auf Güter im Bereich der konventionellen Waffen. Das seco hat vom 1. Oktober 2000 – 30. September 2001 der Bundesanwaltschaft 21 Fälle (Vorjahr: 22 Fälle) von Widerhandlungen gegen das GKG angezeigt. Es handelte sich dabei praktisch ausschliesslich um Ausfuhren ohne die erforderliche Bewilligung, vorwiegend im Bereich der Werkzeugmaschinen.

In 35 Fällen haben die Exporteure beim seco geplante Ausfuhren von Gütern gemeldet, die nicht der Bewilligungspflicht unterstehen, die aber gleichwohl für Massenvernichtungswaffen oder deren Trägersysteme „bestimmt sind oder bestimmt sein könnten“ (Art. 4 GKV). In 23 Fällen wurde die Ausfuhr bewilligt, in sieben Fällen wurde sie wegen der Unvereinbarkeit mit Artikel 7 des Kriegsmaterialgesetzes vom 13. Dezember 1996 (SR 514.51) verweigert. Fünf Fälle waren zum Berichtszeitpunkt noch pendent.

#### **8.1.1.2 Chemikalienkontrollverordnung**

Das Chemiewaffenübereinkommen (CWÜ), dessen Vollzug in der Chemikalienkontrollverordnung vom 3. September 1997 (ChKV, SR 946.202.21) geregelt ist, ist bis zum 30. September 2001 von 143 Staaten ratifiziert worden. Nicht ratifiziert haben bisher u.a. Ägypten, Israel, Libanon, Nordkorea, Syrien und Thailand. Vom 1. Oktober 2000 – 30. September 2001 wurden auf der Grundlage der ChKV 39 Ausfuhrgesuche für Chemikalien im Wert von 4,1 Millionen Franken bewilligt sowie sechs Generalausfuhrbewilligungen (GAB) für Endverwender mit Sitz oder Wohnsitz in einem Vertragsstaat des CWÜ erteilt. Zurzeit besitzen elf Firmen eine solche GAB. In der Schweiz unterliegen insgesamt neun Unternehmen sowie das Labor Spiez regelmässigen Inspektionen durch die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) mit Sitz in Den Haag. Im Berichtsjahr wurden bis Ende November drei Inspektionen in chemischen Unternehmen durchgeführt. Von den Meldepflichten gemäss CWÜ bezüglich Produktion, Lagerung, Verarbeitung, Import und Export sind in der Schweiz rund 50 Firmen betroffen.

#### **8.1.1.3 Atomverordnung**

Gemäss Atomverordnung vom 18. Januar 1984 (AtV, SR 732.11) ist das seco Bewilligungsstelle für eigentliche Nukleargüter und Technologien (ausser Kernbrennstoffe, Rückstände und Abfälle). Vom 1. Oktober 2000 – 30. September 2001 wurden vom seco auf dem Gebiet der Atomenergie 15 Bewilligungen im Wert von 4,9 Millionen Franken erteilt. Ein Gesuch musste abgelehnt werden.

#### **8.1.1.4 Sprengstoffverordnung**

Im Rahmen der Sprengstoffverordnung vom 26. März 1980 (SprstV, SR 941.411) hat das seco vom 1. Oktober 2000 – 30. September 2001 insgesamt 158 Bewilligungen im Wert von 9,4 Millionen Franken für die Aus- und Durchfuhr von Sprengmitteln für zivile Zwecke erteilt.



## **8.1.2 Embargomassnahmen**

### **8.1.2.1 Embargomassnahmen der UNO**

Die UNO-Diskussionen über das Handelsembargo gegenüber *Irak* haben bisher zu keiner Änderung geführt. Der UNO-Sicherheitsrat verlängerte das befristete „Oil-for-Food“-Programm mehrmals. Die Schweiz hat der UNO bisher 64 Gesellschaften mit Sitz in der Schweiz, die Interesse an irakischen Erdölkäufen bekundeten, notifiziert. Vom 1. Oktober 2000 – 30. September 2001 hat das für den Irak zuständige Sanktionskomitee der UNO unter dem „Oil-for-Food“-Programm 174 Verträge von 61 schweizerischen Firmen im Gesamtwert von 524 Millionen Franken (Vorjahr: 172 Mio. Fr.) genehmigt. Der Kompensationsfonds der UNO (UNCC) für Entschädigungen an Firmen, welche durch die irakische Invasion in Kuwait zu Schaden gekommen waren, hat bis zum 31. Oktober Zahlungen im Umfang von rund 17 Millionen Franken an schweizerische Firmen überwiesen. Insgesamt wurden von Schweizer Unternehmen Schäden von 335 Millionen Franken geltend gemacht; davon hat die UNCC bisher lediglich 18 Millionen Franken anerkannt.

Der UNO-Sicherheitsrat hat am 7. März 2001 mit Resolution 1343 Sanktionen gegenüber *Liberia* beschlossen, da dieses Land nicht die notwendigen Massnahmen zum Abbruch der Unterstützung der Revolutionären Einheitsfront (RUF) in Sierra Leone sowie anderer bewaffneter Rebellengruppen in der Region ergriffen hat. Der Bundesrat hat daher mit Verordnung vom 27. Juni 2001 über Massnahmen gegenüber Liberia (SR 946.208.1; AS 2001 1686) autonom entsprechende Sanktionen erlassen. Nebst dem Verbot der Lieferung von Rüstungsgütern umfassen die Sanktionen auch das Verbot der Ein- und Durchfuhr (einschliesslich der Ein- und Auslagerung aus Zolllagern) von Rohdiamanten aus Liberia sowie Visarestriktionen für hochrangige Angehörige der Regierung und der Streitkräfte Liberias.

Die Verordnung vom 2. Oktober 2000 über Massnahmen gegenüber den *Taliban (Afghanistan)* (SR 946.203) wurde aufgrund von Beschlüssen des UNO-Sicherheitsrats bzw. des zuständigen UNO-Sanktionskomitees am 11. April (AS 2001 1353) und am 30. November (AS .... ....) angepasst. So wurden aufgrund der Entwicklung in Afghanistan die Sanktionen gegenüber den Taliban verschärft (u.a. Ausweitung des Rüstungs- und des Luftverkehrsembargos, Verbot der Geschäftstätigkeit der Ariana Afghan Airlines sowie der Vertretungen der Taliban in der Schweiz, Einreisesperren für hochrangige Vertreter der Taliban). Des Weiteren wurde die Liste der von Finanzsanktionen (Sperre der Gelder sowie Verbot der Zurverfügungstellung von Geldern) betroffenen natürlichen und juristischen Personen mehrmals erweitert (Anhang 2 der genannten Verordnung). Während diese Massnahmen anfänglich nur auf die Taliban abzielten, wurden sie nach den Terroranschlägen vom 11. September in den USA auf weitere mit der Finanzierung des internationalen Terrorismus in Verbindung gebrachte Personen und Organisationen ausgedehnt.

Die Verordnung vom 25. November 1998 über Massnahmen gegenüber der *UNITA* (SR 946.204) wurde in Übereinstimmung mit Beschlüssen des für *Angola* zuständigen UNO-Sanktionskomitees am 7. November (AS 2001 3583) geändert. Die Liste der von Finanzsanktionen und Einreisesperren betroffenen Personen wurde ausgeweitet, und es wurde eine Meldepflicht für gesperrte Gelder eingeführt. Auf Anfrage der UNO führte die Schweiz eine Untersuchung zur Wirksamkeit der Finanzsanktionen gegenüber der *UNITA* durch. Der entsprechende Bericht mit einer Bestandesaufnahme sowie konkreten Verbesserungsvorschlägen wurde dem für *Angola* zuständigen UNO-Sanktionskomitee im Herbst übergeben.

Die Verordnung vom 12. Januar 1994 über Massnahmen gegenüber *Libyen* (SR 946.208) ist seit 8. April 1999 sistiert. Bezüglich der Verordnung vom 8. Dezember 1997 über Massnahmen gegenüber *Sierra Leone* (SR 946.209) ergaben sich keine Änderungen.

#### **8.1.2.2 Embargomassnahmen der EU**

Die in Anlehnung an einen entsprechenden Beschluss der EU erlassene Verordnung vom 2. Oktober 2000 über Massnahmen gegenüber *Myanmar* (SR 946.208.2) blieb unverändert.

Im Dezember wurde die Verordnung vom 23. Juni 1999 über Massnahmen gegenüber der *Bundesrepublik Jugoslawien* (SR 946.207) geändert. In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der EU wurde das Lieferverbot für Rüstungs- und Repressionsgüter aufgehoben (AS .... ..). Ferner wurde die Liste der von Finanzsanktionen betroffenen natürlichen Personen auf das engste Umfeld des ehemaligen Präsidenten Milosevic beschränkt.

#### **8.1.3 Konfliktdiamanten**

Als „Konfliktdiamanten“ werden Rohdiamanten bezeichnet, deren Schürfung und Verkauf Rebellengruppen als Finanzquelle dienen, so der *UNITA* in *Angola* und der *RUF* in *Sierra Leone*. Verschiedene UNO-Sicherheitsratsresolutionen zielen darauf ab, den Handel mit „Konfliktdiamanten“ zu unterbinden und damit diesen Bürgerkriegen wenigstens zum Teil die finanzielle Basis zu entziehen. Die Schweiz hat als wichtiger Diamantenhandelsplatz ein grosses Interesse, nicht als Drehscheibe für „Konfliktdiamanten“ missbraucht zu werden. Der Bundesrat hat deshalb diese Sicherheitsratsresolutionen mit dem Erlass der erwähnten Verordnungen gegenüber der *UNITA* (SR 946.204), *Sierra Leone* (SR 946.209) und *Liberia* (SR 946.208.1) autonom nachvollzogen. Die von der Schweiz ergriffenen Massnahmen, insbesondere die auf Mitte März eingeführte Verstärkung der Zollfreilager-Kontrollen, stiessen international auf ein sehr positives Echo. Seit Mai 2000 führen die wichtigsten Diamantenproduktions- und -handelsländer im Rahmen des so genannten „Kimberley-Prozesses“ Verhandlungen zur Einrichtung eines internationalen Zertifizierungssystems für Rohdiamanten. Damit soll der Handel mit „Konfliktdiamanten“ weiter erschwert werden. Rohdiamantensendungen sollen von einem Zertifikat begleitet werden, welches bescheinigt, dass die Sendung keine „Konfliktdiamanten“ enthält. Diese national ausgestellten Zertifikate sollen internationalen Mindeststandards genügen. Ferner soll der Rohdiamantenhandel mit Staaten, die nicht der Kimberley-Gruppe angehören, erschwert oder gar verboten werden. An-

lässlich der Ministerkonferenz vom 29. November 2001 in Gaborone, Botswana, wurde ein solches Zertifizierungssystem grundsätzlich gutgeheissen. Die Verhandlungen darüber sollten bis Ende 2002 abgeschlossen sein.

## **8.2           ERG, IRG, Exportfinanzierung, Umschuldung**

*Das Engagement der Exportrisikogarantie (ERG) nahm um rund 5 Prozent zu und betrug Ende 2001 8,8 Milliarden Franken. Die wichtigsten Importländer von Lieferungen mit ERG sind die Türkei, China, Mexiko, Iran und Indonesien. Die ERG hat dem Bund weitere 100 Millionen Franken zurückbezahlt; der verbleibende Vorschuss beläuft sich noch auf 450 Millionen Franken. In der Exportkreditgruppe der OECD wurde vereinbart, von staatlicher Unterstützung für Exportkredite abzusehen, mit denen unproduktive Ausgaben in den ärmsten und stark verschuldeten Entwicklungsländern finanziert werden. Zehn Jahre nach der Zahlungseinstellung durch die BR Jugoslawien wurde mit diesem Land im Rahmen des Pariser Klubs eine Übereinkunft getroffen, nach der die Zahlungsrückstände nach einer angemessenen Reduktion über die nächsten 22 Jahre zurückbezahlt werden.*

### **8.2.1       Exportrisikogarantie**

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Nachfrage nach Neugarantien 2001 um rund 30 Prozent verringert, was insbesondere auf weniger Grossprojekte (Vorjahr: 3) zurückzuführen ist, wurde doch nur für zwei Grossprojekte, nämlich in Katar und Bahrain, je eine Neugarantie erteilt. Gesamthaft wurden Neugarantien im Umfang von rund 2,2 Milliarden Franken gewährt; die Türkei, Iran und Israel beanspruchen davon etwa 600 Millionen Franken. Das Gesamtengagement hat sich 2001 um rund 5 Prozent erhöht, wobei (wie im Vorjahr) die grössten Engagements auf die Türkei, China, Mexiko, Iran und Indonesien entfallen. Die Hälfte des Gesamtengagements konzentriert sich zu je etwa gleichen Teilen auf diese fünf Länder.

Die ERG hat Entschädigungen von 149 Millionen Franken an Exporteure ausbezahlt. 142 Millionen Franken beziehen sich auf Auszahlungen unter bilateralen Umschuldungsabkommen mit Indonesien und Pakistan. Diese ausbezahlten Mittel werden in späteren Jahren im Rahmen der Umschuldungsabkommen wieder an die ERG zurückfliessen und bis dahin verzinst.

Die komfortable Liquiditätslage ermöglichte es der ERG, im Berichtsjahr erneut 100 Millionen Franken an den Bund zu überweisen. In den letzten sieben Jahren hat die ERG somit 1208 Millionen Franken an den Bund zurückbezahlt. Der verbleibende Bundesvorschuss beträgt noch 450 Millionen Franken.

Seit Jahren erfolgt die Prüfung von Geschäften mit ärmeren Entwicklungsländern anhand eines Fragenkatalogs („Entwicklungsfragebogen“). Neu wird bei bestimmten Geschäften auch die Umweltverträglichkeit geprüft („Umweltfragebogen“). Diese Prüfung steht im Zusammenhang mit dem in der Exportkreditgruppe der OECD vereinbarten Ziel, bei staatlich unterstützten Exportkrediten vermehrt Umweltaspekte zu berücksichtigen (vgl. Ziff. 8.2.1 und 8.2.3 des Berichts 2000). 2001 wurden im Zusam-

menhang mit Garantiesuchen rund 80 Umweltfragebogen eingereicht. Die überwiegende Zahl der Anträge erwies sich unter Umweltaspekten als unproblematisch, da die schweizerischen bzw. internationalen Standards eingehalten wurden. Bei einzelnen Projekten waren weitere Abklärungen notwendig. Was die Gesuche mit Entwicklungsfragebogen betrifft, konnten aus entwicklungspolitischer Sicht alle Anträge als nicht bedenklich eingestuft werden. Der administrative Aufwand für die Unternehmen hält sich in Grenzen, erlaubt aber gleichzeitig eine angemessene Beurteilung der entwicklungspolitischen Aspekte und der Umweltverträglichkeit.

Mit dem österreichischen und dem französischen Exportkreditversicherer *OeKB* bzw. *Coface* wurde je ein Rückversicherungsvertrag (vgl. Ziff. 9.2.6) unterzeichnet. Diese Verträge erlauben dem Exporteur, auch die ausländischen Zulieferungen aus dem jeweiligen Land bei der ERG zu versichern; sie regeln die Zusammenarbeit zwischen Erstversicherer und Rückversicherer, zwischen Exporteur und Zulieferer und erleichtern die Finanzierung der Projekte. Sie schliessen an den bereits im Vorjahr unterzeichneten Rückversicherungsvertrag mit der deutschen HERMES an (vgl. BBI 2001 1053).

### **8.2.2 Investitionsrisikogarantie**

Im Berichtsjahr wurde keine neue Investitionsrisikogarantie erteilt. Es besteht nurmehr eine laufende Garantie für eine Investition in Ghana. Das Gesamtengagement beläuft sich auf rund 8 Millionen Franken; das Fondsvermögen beträgt 31,8 Millionen Franken.

### **8.2.3 Exportfinanzierung**

Die Mitglieder der Exportkreditgruppe der OECD haben im Juli 2001 eine Grundsatz-Erklärung verabschiedet, wonach sie keine staatliche Unterstützung für Exportkredite gewähren, mit denen unproduktive Ausgaben in den ärmsten und stark verschuldeten Entwicklungsländern (HIPC-Länder) finanziert werden. Als unproduktive Ausgaben werden Projekte und Kapitalgüterexporte angesehen, die keinen Beitrag zur sozialen oder wirtschaftlichen Entwicklung des Empfängerlandes leisten.

In den Verhandlungen über gemeinsame Verfahren bei der Beurteilung von umweltrelevanten Aspekten bei staatlich unterstützten Exportkrediten wurde ein Durchbruch erzielt. Bei diesen Verfahren geht es darum, einerseits die unterschiedlichen nationalen Anforderungen gegenseitig abzustimmen, um allfällige Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, und andererseits zu verhindern, dass Projekte mit unverhältnismässig nachteiligen Umweltauswirkungen durch staatlich unterstützte Exportkredite gefördert werden. Die vereinbarten gemeinsamen Verfahren werden ab Januar 2002 von allen ERG-Instituten, mit Ausnahme der USA und der Türkei, zur Anwendung gebracht werden.

Die fortgeschrittenen Verhandlungen über Exportkredite für Landwirtschaftsprodukte haben zum Ziel, wettbewerbsverzerrende Praktiken in den einzelnen Mitgliedsländern zu unterbinden und die Vergabe von Exportkrediten auch für diese Produkte zu harmonisieren. Die Schweiz ist materiell von diesen Diskussionen nicht betroffen, da die ERG für landwirtschaftliche Produkte nicht beansprucht wird.

#### 8.2.4 Umschuldungen

Im Berichtsjahr wurden im Rahmen des Pariser Klubs auf multilateraler Ebene mit 17 Schuldnerländern Umschuldungsabkommen vereinbart. 13 von diesen Vereinbarungen enthalten konzessionelle Bedingungen, wobei neun Ländern Schuldenreduktionen von mindestens 90 Prozent (sog. Kölner Bedingungen) gewährt wurden. Bei diesen Ländern handelt es sich um die ärmsten und sehr stark verschuldeten Entwicklungsländer. Drei Ländern wurden Schuldenreduktionen von 67 Prozent (sog. Neapel Bedingungen) zugestanden. Für die Regelung der Zahlungsrückstände der BR Jugoslawien konnte eine ad hoc-Lösung mit einer über die nächsten drei Jahre hinweg verteilten Schuldenreduktion von insgesamt 66 Prozent vereinbart werden. Zudem wurden multilaterale Verhandlungen mit Kuba initiiert. Gesamthaft belaufen sich die im Pariser Klub 2001 vereinbarten Umschuldungen auf 16,7 Milliarden US-Dollar. Die bedeutendsten Schuldnerländer waren Pakistan (5,2 Mrd. US-\$), die BR Jugoslawien (4,5 Mrd. US-\$), Mosambik (2,7 Mrd. US-\$) und Kamerun (1,3 Mrd. US-\$). Die Schweiz ist insgesamt mit rund 840 Millionen Franken an sechs der 17 Umschuldungen beteiligt.

Im Berichtsjahr wurden mit Kenia (5,5 Mio. Fr.) und Pakistan (31 Mio. Fr.) bilaterale Umschuldungsabkommen abgeschlossen. Sie enthalten keine Schuldenreduktionen. Madagaskar wurden in einem Entschuldungsabkommen die Schulden (1,8 Mio. Fr.) vollständig erlassen.

#### 8.3 Exportförderung

*Am 1. März 2001 ist das Bundesgesetz über die Förderung des Exports in Kraft getreten. Seit Anfang 2001 steht der „Leistungsauftrag 2001–2003“ an die Osec in Kraft. Mit dem Aufbau des Innen- und Aussennetzes sind wichtige Pfeiler der operationellen Aussenwirtschaftsförderung geschaffen worden.*

Die Osec hat die mit dem neuen Mandat verbundene Reorganisation im ersten Halbjahr erfolgreich durchgeführt. Der Osec-Stützpunkt in der Romandie wurde professionalisiert und eng an die Industrie- und Handelskammer des Kantons Waadt angelehnt. Die zentralen Dienstleistungen wurden in Zürich konzentriert. Die Statuten der Osec sind revidiert und der „halbstaatliche“ Charakter des Vereins Osec ist abgelegt worden. Die neue *Osec Business Network Switzerland* präsentierte sich Ende Juni anlässlich des ersten „Forums der Schweizer Aussenwirtschaft“.

Im zweiten Halbjahr stand der Aufbau des Netzwerks im Mittelpunkt. Mit 17 kantonalen Industrie- und Handelskammern konnten Vereinbarungen zur Zusammenarbeit getroffen werden. Der Aufbau des Aussennetzes erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem EDA, in dessen Strukturen die *Swiss Business Hubs* in der Regel errichtet werden, und mit den Aussenwirtschaftskammern. Dies ermöglichte bisher die Eröffnung von Swiss Business Hubs in Wien, Mailand, Stuttgart, Chicago und Tokio. Bereits operationell aktiv sind auch die Swiss Business Hubs in Mumbai, Sao Paulo und Peking, während Paris und London noch im Aufbau sind.

Im Berichtsjahr hat die Osec eine neue Wissensplattform ([www.osec.ch](http://www.osec.ch)) geschaffen, welche aktuelles Wissen über internationale Geschäftstätigkeit branchen-, länder- und themenmässig anbietet. Lanciert wurden des Weiteren das *Osec Service Center* als zentrale Auskunftsstelle sowie ein Manual zur Erbringung der Grunddienstleistungen in allen schweizerischen Auslandsvertretungen. Für die Mitarbeitenden in den Swiss Business Hubs wurden Ausbildungsprogramme organisiert.

#### **8.4            Tourismus**

2001 war für den Schweizer Tourismus ein Jahr der Gegensätze. Das Winterhalbjahr 2000/2001 brachte dem Tourismus – gemessen an den Übernachtungen der in- und ausländischen Gäste – das beste je registrierte Ergebnis. Im Sommerhalbjahr schwächte sich die Nachfrage aber deutlich ab. Die ausländischen Hotelübernachtungen gingen um 3,8 Prozent zurück, was in erster Linie auf die weltweite konjunkturelle Abkühlung zurückzuführen ist. Die Attentate vom 11. September 2001 und der Zusammenbruch der nationalen Fluggesellschaft Swissair beschleunigten den Abwärtstrend. Es ist mit einem Rückgang der Tourismusnachfrage von etwa 5,5 Prozent für das Winterhalbjahr 2001/2002 zu rechnen.

Die Swissair stellte ihre Marketingaktivitäten für das „Tourismusland Schweiz“ ein und gab die diesbezüglichen Strukturen auf den Überseemärkten zum Teil auf. Der Bundesrat sah sich deshalb veranlasst, die Finanzhilfe an Schweiz Tourismus für das Jahr 2002 um 10 Millionen Franken zu erhöhen, um die für den Schweizer Tourismus wichtigen Marketingstrukturen auf den wichtigsten Überseemärkten zu erhalten.

Die Schweiz hat seit 1999 den Vorsitz des Tourismuskomitees der OECD inne. Dieses Gremium führte im März 2001 an der Internationalen Tourismusbörse von Berlin über die Bestimmungsgrössen des touristischen Wachstums ein vielbeachtetes Seminar durch, an welches auch aufstrebende touristische Schwellenländer wie Argentinien, Brasilien und China eingeladen waren. An der Jahrestagung im Oktober wurden die Folgen der Attentate vom 11. September 2001 mit Vertretern der internationalen Tourismuswirtschaft und der Luftfahrtindustrie erörtert.

Die Schweiz arbeitet aktiv in der Weltorganisation für Tourismus (OMT) mit. Sie hat seit 1991 den Vorsitz der Europakommission der OMT inne, der an der Generalversammlung von Osaka im Herbst 2001 für eine weitere Amtsperiode bestätigt wurde. Das seco erarbeitete für die Weltkonferenz über Tourismus und Sport, welche mit dem Internationalen Olympischen Komitee (IOK) im Februar 2001 in Barcelona durchgeführt wurde, den einführenden Bericht. Es war auch an der Organisation des Seminars der Europakommission über die Förderung touristischer Klein- und Mittelbetriebe beteiligt, welches im Mai in Budapest stattfand. Im Rahmen einer OMT-Veranstaltung im französischen Morzine wurde aufgrund der Ergebnisse der von der Schweiz massgeblich mitorganisierten Weltkongresse über Wintersport von 1998 und 2000 eine Synthese zur Situation des Wintertourismus im alpinen Raum vorgestellt.

## Abkürzungsverzeichnis

AfDB	Banque Africaine de Développement <i>Afrikanische Entwicklungsbank</i>
AsDB	Asian Development Bank <i>Asiatische Entwicklungsbank</i>
AFTA	Asian Free Trade Association <i>Freihandelszone des Verbandes südostasiatischer Nationen</i>
AITIC	Agency for International Trade Information and Cooperation <i>Agentur für Internationale Handelsinformationen und Entwicklungszusammenarbeit</i>
APEC	Asia Pacific Economic Cooperation <i>Anrainerstaaten des pazifischen Beckens</i>
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations <i>Verband südostasiatischer Nationen</i>
CEFTA	Central European Free Trade Association <i>Zentraleuropäische Freihandelsassoziation</i>
CIME	Committee on International Investment and Multinational Enterprises <i>Ausschuss für internationale Investitionen und multinationale Unternehmen (der OECD)</i>
COST	Coopération européenne dans le domaine de la recherche scientifique et technique <i>Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung</i>
CSD	Commission on Sustainable Development <i>Kommission für nachhaltige Entwicklung</i>
CSTP	Committee for Scientific and Technological Policy <i>OECD-Ausschuss für Wissenschafts- und Technologiepolitik</i>
CWÜ	Chemiewaffenübereinkommen
DAC	Development Assistance Committee <i>Ausschuss für Entwicklungshilfe (der OECD)</i>
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development <i>Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung</i>
ECE/UNO	Economic Commission for Europe <i>UNO-Wirtschaftskommission für Europa</i>
ECOSOC	Wirtschafts- und Sozialrat der UNO
EFTA	European Free Trade Association <i>Europäische Freihandelsassoziation</i>
EG (EWG)	Europäische Gemeinschaft (früher: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft); auch: Europäische Gemeinschaften (EG, EGKS und Euratom)
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

ERG	Exportrisikogarantie
Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
EUREKA	European Research Coordination Agency <i>Europäische Agentur für die Koordinierung der Forschung</i>
EWK	Europäischer Wirtschaftsraum
EU	Europäische Union (erster Pfeiler: EG, EGKS, Euratom; zweiter Pfeiler: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik; dritter Pfeiler: Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres)
FATF	Financial Action Task Force on money laundering <i>Aktionsgruppe zur Bekämpfung der Geldwäscherei mit Sekretariat bei der OECD</i>
FHA	Freihandelsabkommen Schweiz-EWG
FSAP	Financial Sector Assessment Programs <i>Gemeinsames Programm des IWF und der Weltbank zur Erkennung möglicher Anfälligkeiten der Finanzsysteme bei systemisch wichtigen Mitgliedsländern</i>
G-7	USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Italien, Vereinigtes Königreich, Kanada
G-10	Vereinigung der elf wichtigsten Geberländer des IWF
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade <i>Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen</i>
GCC	Gulf Cooperation Council <i>Golfkooperationsrat</i>
GEF	Global Environment Facility <i>Globale Umweltfazilität</i>
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
HIPC	Heavily Indebted Poor Countries <i>Initiative des IWF und der Weltbank zur Entschuldung hochverschuldeter armer Länder</i>
IAIS	International Association of Insurance Supervisors <i>Internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichter</i>
IAO / ILO	International Labour Organization <i>Internationale Arbeitsorganisation</i>
IDA	International Development Association <i>Internationale Entwicklungsorganisation</i>
IDB	Inter-American Development Bank <i>Interamerikanische Entwicklungsbank</i>
IEA	International Energy Agency <i>Internationale Energie-Agentur</i>
IFC	International Finance Corporation <i>Internationale Finanz-Korporation</i>



IFF	Intergovernmental Forum on Forests <i>UNO-Forum für Waldfragen</i>
IIC	Interamerican Investment Corporation <i>Interamerikanische Investitionsgesellschaft</i>
IMFC	International Monetary and Financial Committee <i>Internationaler Währungs- und Finanzausschuss des IWF</i>
IOSCO	International Organisation of Securities Commissions <i>Internationale Organisation der Effektenhandels-aufseher</i>
IRG	Investitionsrisikogarantie
IWF	Internationaler Währungsfonds
Joint Implementation	Die gemeinsame Umsetzung von Massnahmen von Entwicklungs- und Industrieländern zum Klimaschutz
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
Mercosur	Mercado Común del Sur <i>Gemeinsamer Markt Lateinamerikas</i>
MIGA	Multilateral Investment Guarantee Agency <i>Multilaterale Investitionsgarantie-Agentur</i>
MOES	Zehn mittel- und osteuropäische Staaten <sup>5</sup> , mit welchen Freihandelsbeziehungen bestehen
MTCR	Missile Technology Control Regime <i>Raketentechnologie-Kontrollregime</i>
NAFTA	North American Free Trade Agreement <i>Nordamerikanisches Freihandelsabkommen zwischen den USA - Kanada – Mexiko</i>
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development <i>Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung</i>
OPCW	Organization for the Prohibition of Chemical Weapons <i>Organisation für das Verbot chemischer Waffen</i>
OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries <i>Organisation erdölexportierender Länder</i>
Osec	Office suisse d'expansion commerciale <i>Schweizerische Zentrale für Handelsförderung</i>
Pariser Klub	Vereinigung der weltweit führenden Gläubigerstaaten
PRGF	Poverty Reduction and Growth Facility <i>Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität des IWF</i>
SDFC	Swiss Development Finance Corporation <i>Schweizerische Gesellschaft für Entwicklungs-finanzzierung</i>

---

<sup>5</sup> Ungarn, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakische Republik, Slowenien; Bulgarien und Rumänien; Estland, Lettland und Litauen.

SIPPO	Swiss Import Promotion Programm <i>Programm zur Förderung der Importe aus Entwicklungs- und Transitionsländern</i>
SOFI	Swiss Organisation for Facilitating Investments
TRIPS	Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights <i>WTO-Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums</i>
UNCED	United Nations Conference on Environment and Development <i>Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung</i>
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development <i>Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung</i>
UNDP	United Nations Development Program <i>Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen</i>
UNEP	United Nations Environment Program <i>Umweltprogramm der Vereinten Nationen</i>
UNIDO	United Nations Industrial Development Organisation <i>Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung</i>
UNO	United Nations Organization <i>Organisation der Vereinten Nationen</i>
WHO	World Health Organization <i>Weltgesundheitsorganisation</i>
WIPO	World Intellectual Property Organization <i>Weltorganisation für geistiges Eigentum</i>
WTO	World Trade Organization <i>Welthandelsorganisation</i>

## **9**

## **Beilagen**

### **9.1**

### **Beilagen 9.1.1–9.1.4**

*Teil I:* Beilagen nach Artikel 10 Absatz 1 des  
Aussenwirtschaftsgesetzes (zur Kenntnisnahme)

#### **9.1.1**

#### **Ergänzende Tabellen und Grafiken zur Wirtschaftslage**

##### **Tabellen:**

Tabelle 1: Internationale Wirtschafts- und Handelsentwicklung

Tabelle 2: Entwicklung des schweizerischen Aussenhandels in den  
wichtigsten Warengruppen Januar–Oktober 2001

Tabelle 3: Regionale Entwicklung des schweizerischen Aussenhandels  
Januar–Oktober 2001

##### **Grafiken:**

Grafik 1: Weltwirtschaft und Welthandel

Grafik 2: Reale Wechselkursindizes des Schweizer Frankens

Grafik 3: Exporte ausgewählter Branchen 1990–2001

Grafik 4: Regionale Entwicklung des Aussenhandels Januar–Oktober  
2001

Grafik 5: Die schweizerische Fremdenverkehrswirtschaft 1985–2001

Grafik 6: Die Ertragsbilanz der Schweiz 1990–2001

Grafik 7: Entwicklung der Direktinvestitionen: Kapitalexporte und  
Kapitalimporte

## Internationale Wirtschafts- und Handelsentwicklung

Entwicklung des realen Bruttonationalprodukts, der Konsumteuerung, der Import- und Exportvolumina sowie der Leistungsbilanzen im OECD-Raum in den Jahren 2000 bis 2003

[Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozenten]

	U S A	B R D	EU- Länder	Schweiz	OECD
	%	%	%	%	%
<b>Bruttoinlandprodukt, real</b>					
- 2000	4.1	3.0	3.3	3.0	3.7
- 2001	1.1	0.7	1.7	1.6	1.0
- 2002	0.7	1.0	1.5	1.3	1.0
- 2003	3.8	2.9	2.9	2.0	3.2
<b>Teuerung <sup>1)</sup></b>					
- 2000	2.3	-0.4	1.5	1.1	1.4
- 2001	2.1	1.4	2.5	1.5	1.8
- 2002	1.2	1.1	2.2	1.6	1.2
- 2003	1.3	0.8	1.8	1.2	1.1
<b>Aussenhandelsvolumen</b>					
Volumen der Güterimporte <sup>2)</sup>					
- 2000	13.5	10.2		11.2	11.8
- 2001	-2.1	1.9		0.7	0.3
- 2002	1.5	3.8		1.0	2.2
- 2003	7.7	7.5		5.0	7.5
Volumen der Güterexporte <sup>2)</sup>					
- 2000	11.3	12.5		11.2	11.8
- 2001	-3.3	4.1		1.9	0.3
- 2002	1.3	3.6		1.0	2.6
- 2003	8.4	7.3		5.0	8.0
<b>Leistungsbilanz</b>					
Saldo in Prozenten des BIP					
- 2000	-4.5	-1.0	-0.4	13.2	-1.3
- 2001	-4.1	-0.7	-0.2	12.7	-1.2
- 2002	-3.9	-0.4	0.0	10.2	-1.0
- 2003	-4.0	-0.3	0.0	10.0	-1.0

Quelle: Perspectives économiques de l'OCDE

Für die Schweiz: Expertengruppe für Wirtschaftsprognosen des Bundes

2001 = Schätzungen; 2002 und 2003 = Prognosen

1) Preisentwicklung des Bruttoinlandprodukts, OECD-Total ohne Hochinflationsländer

2) Für die EU nicht mehr ausgewiesen

**Entwicklung des schweizerischen Aussenhandels  
in den wichtigsten Warengruppen Januar - Oktober 2001 <sup>1)</sup>**

	Werte in  Mio Fr.	Anteil an Gesamt- ausfuhr bzw. Gesamt- einfuhr %	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr, in Prozenten		
			Real/ mengen- mässig	Mittel- wert/ Preis	Wert- mässig
<b>Export total</b>	<b>110 969.9</b>	100.0	<b>3.6</b>	<b>2.5</b>	<b>6.2</b>
Nahrungsmittel	1 507.4	1.4	6.4	-0.9	5.4
Textilien	2 146.9	1.9	-4.2	1.0	-3.3
Bekleidung	993.6	0.9	7.2	0.1	7.3
Papier	2 881.9	2.6	-4.7	3.4	-1.4
Kunststoffe	2 579.1	2.3	1.2	-0.3	0.9
Chemie	35 645.7	32.1	7.1	9.8	17.7
Metalle und Metallwaren	8 942.1	8.1	-2.5	1.0	-1.5
Maschinen, Apparate, Elektronik	30 126.2	27.1	1.0	-1.4	-0.5
Präzisionsinstrumente	6 998.5	6.3	8.9	-1.9	6.8
Uhren	8 749.8	7.9	.	.	6.6
<b>Import total</b>	<b>110 488.7</b>	100.0	<b>1.6</b>	<b>2.5</b>	<b>4.2</b>
Land- und forstwirtsch. Produkte	8 298.9	7.5	2.2	-1.0	1.1
Energieträger	5 523.9	5.0	9.5	0.0	9.5
Textilien, Bekleidung, Schuhe	7 862.5	7.1	0.4	2.1	2.4
Chemikalien	22 177.0	20.1	10.7	12.3	24.2
Metalle und Metallwaren	8 971.9	8.1	0.4	-1.2	-0.8
Maschinen, Apparate, Elektronik	24 951.7	22.6	-2.7	-1.4	-4.1
Fahrzeuge	12 021.7	10.9	-4.1	3.8	-0.5
<b>Handelsbilanz</b>	<b>481.2</b>				
[Vorjahr:	-1 565.7	]			

1) Ohne Handel mit Edelmetallen, Edel- und Schmucksteinen sowie Antiquitäten und Kunstgegenständen

Regionale Entwicklung des schweizerischen Aussenhandels Januar - Oktober 2001 <sup>1)</sup>

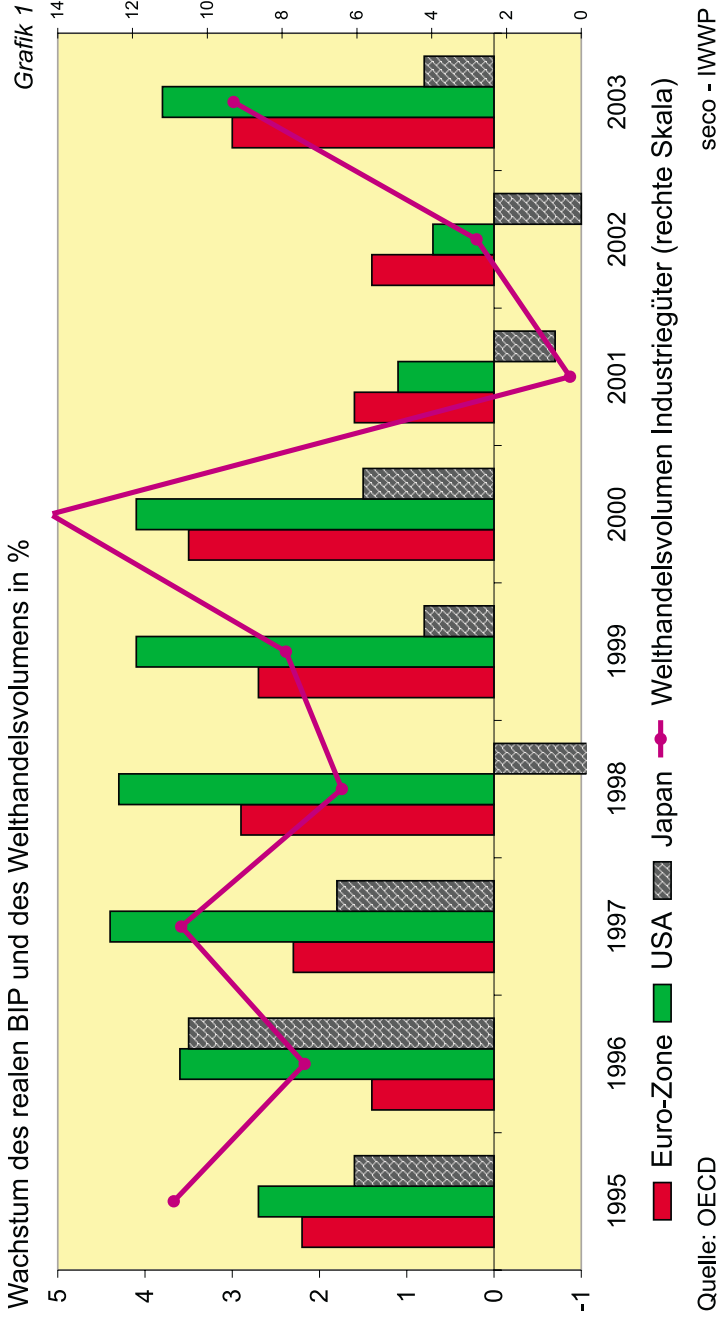
	Ausfuhr		Anteil an der Gesamt- ausfuhr %	Einfuhr		Anteil an der Gesamt- einfuhr %	Saldo
	Ausfuhrwert Mio. Fr.	Veränderung gegenüber dem Vorjahr %		Einfuhrwert Mio. Fr.	Veränderung gegenüber dem Vorjahr %		
Industrieländer	86 774.0	5.8	78.2	97 815.9	4.6	88.5	-11 041.9
	67 686.5	6.7	61.0	88 189.9	7.4	79.8	-20 503.4
	24 850.9	6.5	22.4	35 446.9	6.5	32.1	-10 596.0
	10 111.3	7.7	9.1	12 052.4	7.1	10.9	-1 941.1
	8 743.6	9.4	7.9	11 249.6	4.7	10.2	-2 506.0
	5 910.4	2.6	5.3	5 050.1	9.4	4.6	860.3
	3 579.5	3.7	3.2	4 146.6	2.3	3.8	- 567.1
	3 518.6	3.9	3.2	6 457.6	0.6	5.8	-2 939.0
	2 149.8	5.3	1.9	3 182.3	3.3	2.9	-1 032.5
	3 616.4	16.9	3.3	2 053.4	7.8	1.9	1 563.0
	916.4	6.2	0.8	945.5	0.5	0.9	- 29.1
	1 348.3	1.4	1.2	1 245.4	- 19.8	1.1	102.9
	668.6	- 0.5	0.6	875.2	- 16.9	0.8	- 206.6
	497.8	10.6	0.4	294.9	- 3.4	0.3	202.9
Aussereuropäische Industrieländer	18 589.6	2.7	16.8	9 331.2	- 16.3	8.4	9 258.4
	12 044.1	- 1.1	10.9	5 926.6	- 19.0	5.4	6 117.5
	1 160.9	12.7	1.0	417.8	- 11.3	0.4	743.1
	4 384.7	12.4	4.0	2 773.7	- 11.6	2.5	1 611.0
	883.1	1.7	0.8	126.5	- 5.5	0.1	756.6
Transformationsländer	5 952.9	18.6	5.4	4 256.9	5.3	3.9	1 696.0
	2 739.1	14.7	2.5	1 762.8	8.6	1.6	976.3
	998.5	8.4	0.9	341.1	13.6	0.3	657.4
	775.7	25.6	0.7	554.4	14.1	0.5	221.3
	595.3	8.3	0.5	551.4	6.7	0.5	43.9

	Ausfuhr		Einfuhr		Saldo	
	Ausfuhrwert Mio. Fr.	Veränderung gegenüber dem Vorjahr %	Anteil an der Gesamt- ausfuhr %	Einfuhrwert Mio. Fr.	Veränderung gegenüber dem Vorjahr %	Anteil an der Gesamt- einfuhr %
<b>GUS</b>	<b>916.7</b>	<b>40.7</b>	<b>0.8</b>	<b>223.0</b>	<b>37.1</b>	<b>0.2</b>
<b>Südosteuropäische Transf.länder</b>	<b>895.1</b>	<b>6.5</b>	<b>0.8</b>	<b>331.6</b>	<b>10.1</b>	<b>0.3</b>
<b>Asiatische Transformationsländer</b>	<b>1 402.1</b>	<b>23.0</b>	<b>1.3</b>	<b>1 939.5</b>	<b>-0.9</b>	<b>1.8</b>
China	1 386.8	22.9	1.2	1 937.7	-0.8	1.8
<b>Schwellenländer</b>	<b>10 812.2</b>	<b>-1.8</b>	<b>9.7</b>	<b>4 124.0</b>	<b>-6.4</b>	<b>3.7</b>
<b>Asiatische Schwellenländer</b>	<b>6 971.2</b>	<b>-0.9</b>	<b>6.3</b>	<b>2 673.2</b>	<b>-10.2</b>	<b>2.4</b>
Thailand	650.0	13.1	0.6	476.5	0.0	0.4
Singapur	1 312.3	0.5	1.2	214.1	0.4	0.2
Hongkong	2 366.8	0.4	2.1	513.5	-14.4	0.5
Taiwan	1 124.8	-11.1	1.0	698.7	-22.2	0.6
Südkorea	845.7	1.5	0.8	476.9	5.0	0.4
<b>Amerikanische Schwellenländer</b>	<b>2 420.8</b>	<b>6.1</b>	<b>2.2</b>	<b>948.1</b>	<b>-2.9</b>	<b>0.9</b>
Brasilien	1 063.1	6.9	1.0	687.8	1.0	0.6
Mexiko	926.3	12.7	0.8	145.3	-9.7	0.1
Argentinien	290.6	-14.7	0.3	53.2	-19.9	0.0
<b>Uebrige Schwellenländer</b>	<b>1 420.2</b>	<b>-16.0</b>	<b>1.3</b>	<b>502.7</b>	<b>10.9</b>	<b>0.5</b>
Türkei	976.7	-15.7	0.9	362.6	10.3	0.3
Südafrika	436.9	-16.7	0.4	138.6	12.3	0.1
<b>Olexportierende Entwicklungsländer</b>	<b>3 105.5</b>	<b>17.5</b>	<b>2.8</b>	<b>1 795.7</b>	<b>-2.8</b>	<b>1.6</b>
OPEC	2 851.4	19.3	2.6	1 745.4	-2.9	1.6
<b>Nicht-Oel-Entwicklungsländer</b>	<b>4 325.3</b>	<b>12.3</b>	<b>3.9</b>	<b>2 496.2</b>	<b>12.3</b>	<b>2.3</b>
Israel	586.4	7.9	0.5	215.4	-25.6	0.2
Indien	527.3	5.4	0.5	462.3	0.4	0.4
<b>Ausfuhr / Einfuhr / Saldo Total</b>	<b>110 969.9</b>	<b>6.2</b>	<b>100.0</b>	<b>110 488.7</b>	<b>4.2</b>	<b>100.0</b>

1) Ohne Handel mit Edelmetallen, Edel- und Schmucksteinen sowie Antiquitäten und Kunstgegenständen

## Weltwirtschaft und Welthandel

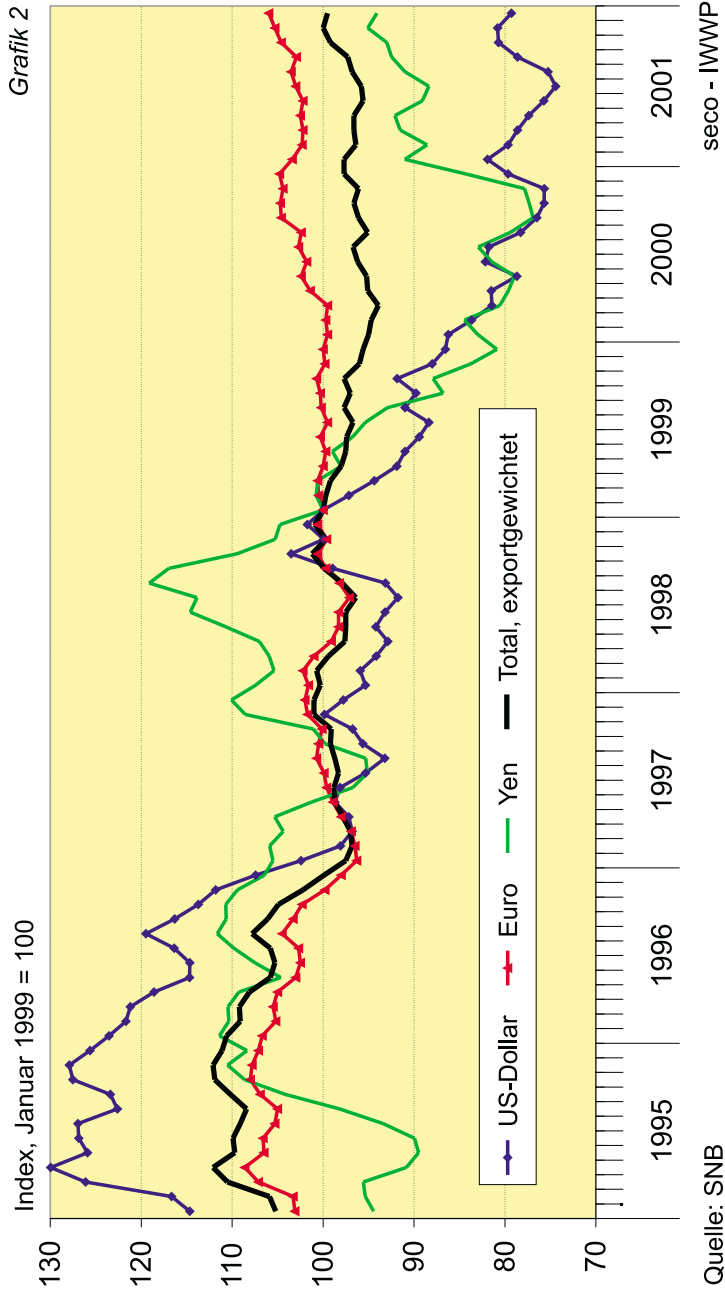
Wachstum des realen BIP und des Welthandelsvolumens in %





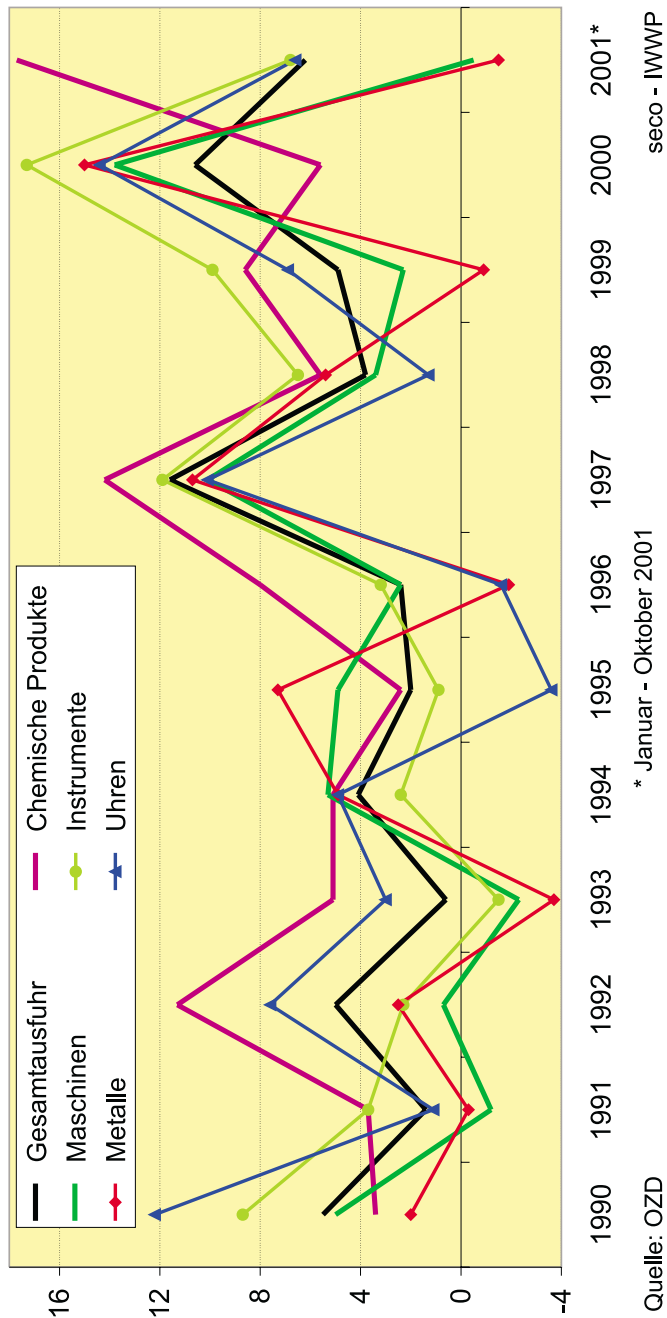
# Reale Wechselkursindices des Schweizerfrankens Entwicklung des realen Frankenkurses gegenüber den wichtigsten Währungen

Grafik 2



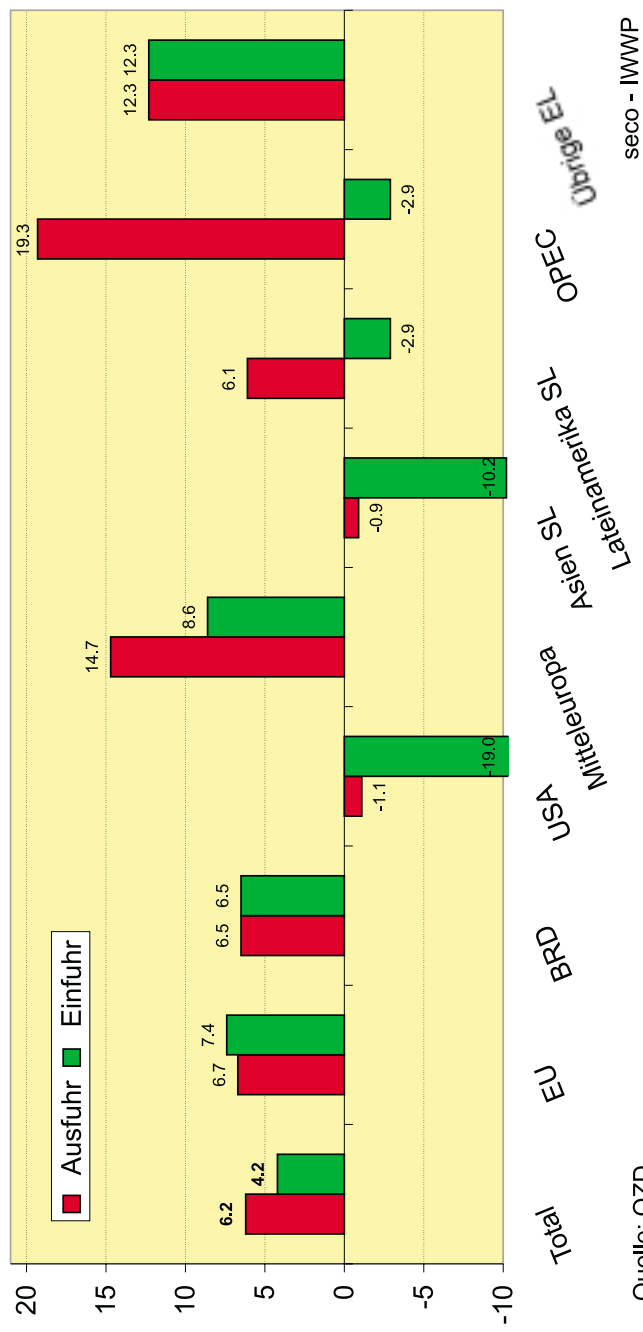
**Exporte ausgewählter Branchen 1990 - 2001**  
(Nominelle Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozenten)

Grafik 3



Regionale Entwicklung des Aussenhandels Januar-Oktober 2001  
Nominelle Veränderungen gegenüber der Vorjahresperiode in %

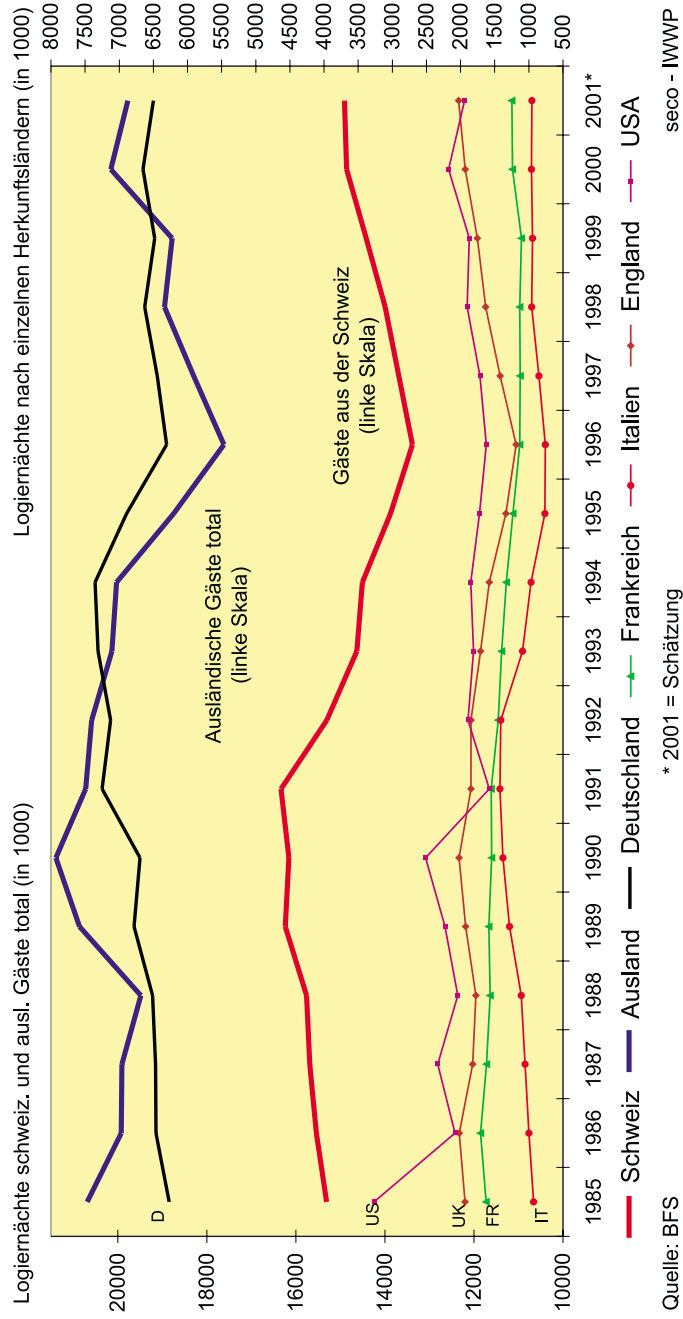
Grafik 4



## Die Schweizer Fremdenverkehrswirtschaft 1985 - 2001

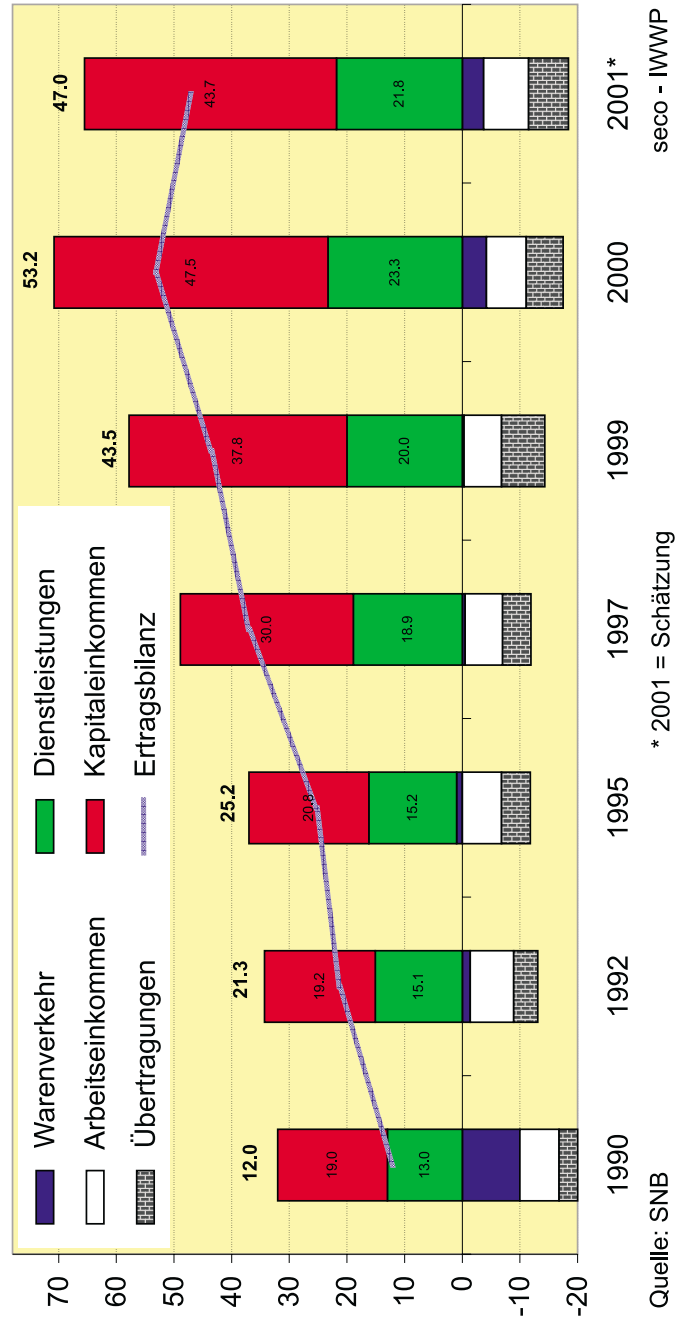
### Entwicklung der Logiernächte in- und ausländischer Gäste

Grafik 5



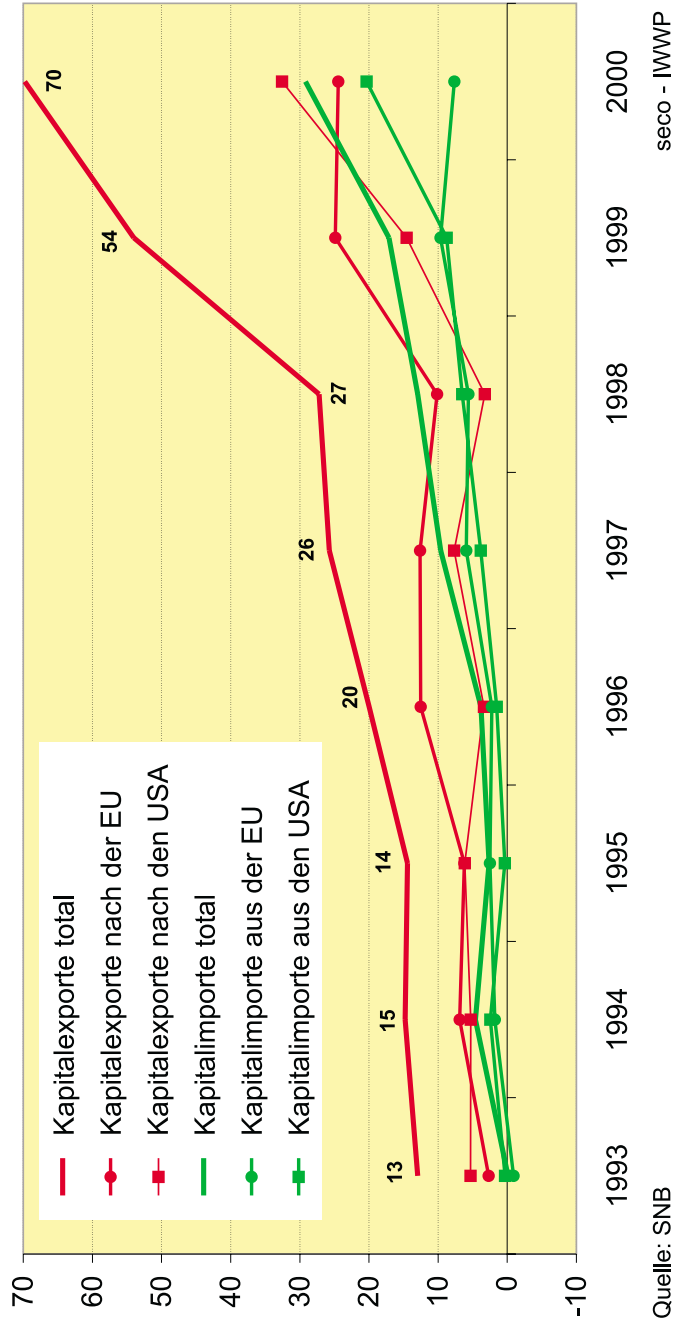
Die Ertragsbilanz der Schweiz, 1990 bis 2001  
Salden der wichtigsten Komponenten in Mrd. Franken

Grafik 6



# Entwicklung der Direktinvestitionen Kapitalexporte und Kapitalimporte in Milliarden Franken

Grafik 7



Verabschiedet am 14. November 2001

---

1. Das von der Welthandelsorganisation verkörperte multilaterale Handelssystem hat in den letzten 50 Jahren in bedeutendem Masse zum wirtschaftlichen Wachstum, zur Entwicklung und zur Beschäftigung beigetragen. Wir sind entschieden, insbesondere angesichts der weltweiten Verlangsamung des Wirtschaftsganges den Prozess zur Reform und Liberalisierung der Handelspolitik fortzuführen und dadurch die Bedingungen zu schaffen, damit das System seine Rolle in Bezug auf Förderung von Aufschwung, Wachstum und Entwicklung spielen kann. Wir bekräftigen daher die im Übereinkommen von Marrakesch zur Errichtung der Welthandelsorganisation festgehaltenen Grundsätze und Ziele und verpflichten uns, das Mittel des Protektionismus zurückzuweisen.

2. Der internationale Handel kann eine wichtige Rolle in der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Eindämmung der Armut spielen. Wir anerkennen die Notwendigkeit, dass alle unsere Bevölkerungen an den verbesserten Möglichkeiten und dem gesteigerten Wohlstand teilhaben, die das multilaterale Handelssystem schafft. Die Mitglieder der WTO sind in ihrer Mehrheit Entwicklungsländer. Wir zielen darauf ab, deren Bedürfnisse und Interessen in den Mittelpunkt des in der vorliegenden Erklärung verabschiedeten Arbeitsprogramms zu stellen. In Anlehnung an die Präambel des Übereinkommens von Marrakesch werden wir weiterhin positive Anstrengungen unternehmen, damit die Entwicklungsländer und insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder einen Anteil am Wachstum des Welthandels erhalten, der den Erfordernissen ihrer wirtschaftlichen Entwicklung entspricht. In diesem Zusammenhang spielen ein besserer Marktzugang, ausgewogene Regeln sowie gezielte und nachhaltig finanzierte Programme zur technischen Unterstützung und zum Aufbau von Fachwissen («capacity-building») eine wichtige Rolle.

3. Wir anerkennen die besondere Verletzbarkeit der am wenigsten entwickelten Länder und die spezifischen strukturellen Schwierigkeiten, auf die sie im Rahmen der Weltwirtschaft stossen. Wir sind entschieden, die Verdrängung der am wenigsten entwickelten Länder aus dem Welthandel anzusprechen und deren effektive Beteiligung am multilateralen Handelssystem zu verbessern. Wir erinnern an die Verpflichtungen, welche die Minister an unseren Versammlungen in Marrakesch, Singapur und Genf eingegangen sind sowie an die Verpflichtungen, welche die internationale Gemeinschaft an der dritten Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder in Brüssel eingegangen ist, den am wenigsten entwickelten Ländern zu einer echten und fruchtbaren Integration in das multilaterale Handelssystem und die Weltwirtschaft zu verhelfen. Wir sind entschieden, die WTO bei der effektiven Umsetzung dieser Verpflichtungen im Rahmen des festgelegten Arbeitsprogramms ihre Rolle spielen zu lassen.

<sup>1</sup> Übersetzung des englischen und französischen Originaltextes.

4. Wir unterstreichen den hohen Stellenwert, welchen wir der WTO als einzigartigem Rahmen für das Erarbeiten von Handelsregeln und für die weltweite Handelsliberalisierung beimessen, anerkennen aber auch die Tatsache, dass regionale Handelsabkommen bei der Liberalisierung und Ausweitung des Handels und bei der Förderung der Entwicklung eine wichtige Rolle spielen können.
5. Wir sind uns bewusst, dass die Herausforderungen, mit denen unsere Mitglieder in einem sich schnell wandelnden internationalen Umfeld konfrontiert sind, nicht ausschliesslich über Massnahmen im Bereich des Handels bewältigt werden können. Wir werden uns weiterhin mit den Institutionen von Bretton Woods zu Gunsten einer grösseren Kohärenz der weltweiten Wirtschaftspolitik einsetzen.
6. Wir bekräftigen in aller Deutlichkeit unser Engagement für eine nachhaltige Entwicklung, wie sie in der Präambel des Übereinkommens von Marrakesch umschrieben ist. Wir sind überzeugt, dass die Erhaltung und der Schutz eines offenen und nicht-diskriminierenden multilateralen Handelssystems sowie der Schutz der Umwelt und die Förderung der nachhaltigen Entwicklung sich gegenseitig verstärken können und müssen. Wir anerkennen die freiwilligen Anstrengungen unserer Mitglieder bezüglich Prüfung der Handelspolitik nach Umweltkriterien auf nationaler Ebene. Wir halten fest, dass kein Land auf Grund der Regeln der WTO daran gehindert werden sollte, Massnahmen zum Schutz der Gesundheit und des Lebens der Menschen und Tiere, zur Erhaltung der Pflanzen oder zum Schutz der Umwelt auf den ihnen geeignet scheinenden Ebenen zu ergreifen, dies unter dem Vorbehalt, dass diese Massnahmen nicht in der Art angewandt werden, dass sie eine willkürliche oder ungerechtfertigte Diskriminierung zwischen Ländern mit gleichen Bedingungen oder eine versteckte Einschränkung des internationalen Handels darstellen, und dass sie im Übrigen mit den Bestimmungen der Abkommen der WTO übereinstimmen. Wir begrüssen die regelmässige Zusammenarbeit der WTO mit dem UNEP und den anderen zwischenstaatlichen Umweltorganisationen. Wir fördern die Anstrengungen für die Zusammenarbeit der WTO mit den zuständigen internationalen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, insbesondere in der Vorbereitungsphase des Weltgipfels über nachhaltige Entwicklung, der im September 2002 in Johannesburg (Südafrika) stattfinden wird.
7. Wir bekräftigen das Recht unserer Mitglieder, das Erbringen von Dienstleistungen gemäss dem Allgemeinen Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen zu regeln und diesbezüglich neue Regelungen einzuführen.
8. Wir wiederholen die Erklärung, die wir an der Ministerkonferenz von Singapur bezüglich grundlegender, international anerkannter Arbeitsnormen abgegeben haben. Wir nehmen die laufenden Arbeiten der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) über die soziale Dimension der Globalisierung zur Kenntnis.
9. Wir halten mit besonderer Zufriedenheit fest, dass diese Konferenz den Abschluss der Beitrittsverfahren von China und chinesisch Taipei zur WTO bedeutet. Wir begrüssen auch den seit unserer letzten Konferenz erfolgten Beitritt von Albanien, Kroatien, Georgien, Jordanien, Litauen, Moldova und Oman und nehmen die weitgehenden, zu dieser Gelegenheit bereits eingegangenen Verpflichtungen dieser Länder zur Marköffnung zur Kenntnis. Diese Beitritte werden, wie auch der Beitritt der 28 Länder, die zur Zeit über ihren Beitritt verhandeln, das multilaterale Handelssystem in bedeutendem Masse verstärken. Wir legen daher auf den schnellstmöglichen Abschluss der Beitrittsverfahren grossen Wert. Insbesondere



sind wir entschieden, den Beitritt der am wenigsten entwickelten Länder zu beschleunigen.

10. In Anerkennung der Herausforderung, welche die Zunahme der Zahl der WTO-Mitglieder bedeutet, bestätigen wir unsere kollektive Verantwortung in Bezug auf interne Transparenz und effektive Teilnahme aller Mitglieder. Unter gleichzeitiger Betonung des zwischenstaatlichen Status unserer Organisation sind wir entschieden, die Tätigkeiten der WTO transparenter zu machen, einschliesslich mittels einer wirksameren und schnelleren Verbreitung der Information, und den Dialog mit der Öffentlichkeit zu verbessern. Wir werden dazu weiterhin auf nationaler und multilateraler Ebene die WTO für die Öffentlichkeit besser verständlich machen und die Vorteile eines liberalen, auf Regeln basierenden multilateralen Handelssystems bekannt machen.

11. Auf Grund dieser Überlegungen vereinbaren wir hiermit, ein breites und ausgewogenes Arbeitsprogramm in Angriff zu nehmen, das in der Folge dargelegt wird. Dieses Arbeitsprogramm beinhaltet sowohl ein erweitertes Verhandlungsprogramm wie auch andere wichtige Beschlüsse und Aktivitäten, die auf Grund der Herausforderungen des multilateralen Handelssystems notwendig sind.

## **Arbeitsprogramm**

### Fragen und Bedenken bezüglich Umsetzung

12. Wir legen sehr grossen Wert auf die Fragen und Bedenken unserer Mitglieder in Bezug auf die Umsetzung und sind entschieden, angemessene Lösungen zu finden. Auf Grund dessen sowie der Beschlüsse des Generalrates vom 3. Mai und vom 15. Dezember 2000 nehmen wir für die Behandlung einer Reihe von Problemen der Mitglieder bei der Umsetzung zusätzlich den Beschluss über Fragen und Bedenken bezüglich der Umsetzung an, der im Dokument WT/MIN(01)/17 festgehalten ist. Wir vereinbaren, dass die Verhandlungen über offene Fragen der Umsetzung Bestandteil des festgelegten Arbeitsprogramms sein werden, und dass die in der ersten Phase der Verhandlungen erzielten Beschlüsse gemäss den Bestimmungen des weiter unten aufgeführten Paragraphen 47 behandelt werden. Diesbezüglich werden wir wie folgt vorgehen: a) in den Fällen, in denen wir durch diese Erklärung ein spezifisches Verhandlungsmandat erteilen, werden die damit zusammenhängenden Fragen der Umsetzung im Rahmen dieses Mandats behandelt; b) die anderen offenen Fragen der Umsetzung werden prioritär in den zuständigen Organen der WTO behandelt, die dem Ausschuss für Handelsverhandlungen, der gemäss Paragraph 46 dieses Dokuments eingerichtet wird, bis Ende 2002 Bericht erstatten.

### Landwirtschaft

13. Wir anerkennen die bereits unternommene Arbeit in den Anfang 2000 gemäss Artikel 20 des Agrarabkommens eingeleiteten Verhandlungen, einschliesslich der grossen Anzahl Verhandlungsvorschläge, die im Namen von insgesamt 121 Mitgliedern vorgebracht worden sind. Wir erinnern an das langfristige im

Übereinkommen festgehaltene Ziel, das in der Errichtung eines gerechten und marktorientierten Handelssystems besteht, dies mittels eines grundlegenden Reformprogramms, das verstärkte Regeln und spezifische Verpflichtungen in Bezug auf Stützung und Schutz beinhaltet, mit dem Ziel, Einschränkungen und Verzerrungen der weltweiten Agrarmärkte aufzuheben und zu verhindern. Wir bekunden erneut unsere Unterstützung dieses Programms. Auf die bisher erledigten Arbeiten aufbauend verpflichten wir uns, ohne das Resultat vorweg zu nehmen, umfassende Verhandlungen über folgende Gegenstände zu führen: substantielle Verbesserungen des Marktzugangs; Reduktion aller Formen von Exportsubvention im Hinblick auf deren schrittweise Abschaffung; und substantielle Reduktion der handelsverzerrenden Inlandstützung. Wir vereinbaren, dass die differenzierte Sonderbehandlung der Entwicklungsländer fester Bestandteil aller Aspekte der Verhandlungen sein soll, dass sie in der Liste der Zugeständnisse und Verpflichtungen aufgeführt und gegebenenfalls in den auszuhandelnden Regeln und Disziplinen integriert werden soll, damit sie auf der operationellen Ebene effektiv wird und den Entwicklungsländern erlaubt, ihre Bedürfnisse in Bezug auf Entwicklung effektiv zu berücksichtigen, einschliesslich bezüglich der Ernährungssicherheit und der Entwicklung des ländlichen Raums. Wir nehmen die Überlegungen zu den nicht-kommerziellen Aspekten, die in den von den Mitgliedern vorgebrachten Verhandlungsvorschlägen enthalten sind, zur Kenntnis und bestätigen, dass Überlegungen zu nicht-kommerziellen Belangen in den Verhandlungen Berücksichtigung finden sollen, wie es das Agrarabkommen vorsieht.

14. Die Modalitäten für die weiteren Verpflichtungen, einschliesslich der Bestimmungen zur differenzierten und günstigeren Behandlung, sollen spätestens am 31. März 2003 festgelegt sein. Die Teilnehmer sollen ihre umfassenden Entwürfe für die Verpflichtungslisten auf der Basis dieser Modalitäten spätestens bis zur fünften Ministerkonferenz präsentieren. Die Verhandlungen, einschliesslich in Bezug auf die Regeln und Disziplinen und die damit zusammenhängenden juristischen Texte, sollen im Rahmen und zum Zeitpunkt des Abschlusses des gesamten Verhandlungsprogramms beendet sein.

#### Dienstleistungen

15. Die Verhandlungen über den Handel mit Dienstleistungen werden mit dem Ziel geführt, das wirtschaftliche Wachstum aller Handelspartner und die Entwicklung der Entwicklungsländer und der am wenigsten entwickelten Länder zu fördern. Wir anerkennen die in den Verhandlungen geleistete Arbeit, die im Januar 2000 gemäss Artikel XIX des Allgemeinen Übereinkommens über den Handel mit Dienstleistungen eingeleitet wurden, sowie die grosse Anzahl Vorschläge, welche die Mitglieder bezüglich einer breiten Palette von Sektoren, verschiedener horizontaler Fragen und der Bewegung von natürlichen Personen vorgebracht haben. Wir bestätigen die Leitlinien und Verfahren für Verhandlungen, die durch den Rat für den Handel mit Dienstleistungen am 28. März 2001 angenommen wurden, als Verhandlungsbasis im Hinblick auf das Erreichen der Ziele des Allgemeinen Übereinkommens über den Handel mit Dienstleistungen wie sie in der Präambel, in Artikel IV und in Artikel XIX dieses Übereinkommens aufgeführt sind. Die Teilnehmer sollen ihre ersten Vorschläge für spezifische Verpflichtungen bis zum 30. Juni 2002 und ihre ersten Offerten bis zum 31. März 2003 vorbringen.

## Marktzugang für nichtlandwirtschaftliche Produkte

16. Wir vereinbaren Verhandlungen, die gemäss festzulegenden Modalitäten auf die Reduktion oder gegebenenfalls die Abschaffung von Zöllen abzielen, einschliesslich der Reduktion oder Abschaffung von Tarifsitzen, hohen und progressive Zöllen sowie nichttarifären Hemmnissen, insbesondere für Produkte, deren Export für die Entwicklungsländer von Interesse ist. Die Verhandlungen sollen alle Güter abdecken, ohne *a priori* gewisse Güter auszuschliessen. Die Verhandlungen sollen die Bedürfnisse und speziellen Interessen der Entwicklungsländer und der am wenigsten entwickelten Länder in ihrer ganzen Tragweite berücksichtigen, einschliesslich mittels einer nicht vollständigen Gegenseitigkeit in Bezug auf Abbauverpflichtungen, wie es die relevanten Bestimmungen in Artikel XXVIIIbis des GATT von 1994 und die in Paragraph 50 dieses Dokuments zitierten Bestimmungen vorsehen. Zu diesem Zweck werden die festzulegenden Modalitäten Studien und Massnahmen zum Aufbau von Fachwissen enthalten, um den am wenigsten entwickelten Ländern zu helfen, effektiv an den Verhandlungen teilzunehmen.

## Aspekte der handelsbezogenen Rechte an geistigem Eigentum

17. Wir unterstreichen die Bedeutung, die wir der Umsetzung und der Interpretation des Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (TRIPS-Abkommen) in einer Art und Weise beimessen, die für die öffentliche Gesundheit günstig ist, indem gleichzeitig der Zugang zu existierenden Medikamenten und die Forschung und Entwicklung neuer Medikamente gefördert werden, und nehmen hierzu eine separate Erklärung an.

18. Im Hinblick auf den Abschluss der Arbeiten des Rats für handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (Rat für TRIPS) bezüglich der Umsetzung des Artikels 23:4 vereinbaren wir, bis zur fünften Ministerkonferenz über die Errichtung eines multilateralen Systems für die Kennzeichnung und das Registrieren geographischer Angaben für Weine und Spirituosen zu verhandeln. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Fragen zur in Artikel 23 vorgesehenen Ausweitung des Schutzes der geographischen Angaben auf weitere Produkte als Weine und Spirituosen im Rat für TRIPS gemäss Paragraph 12 der vorliegenden Erklärung Behandlung finden sollen.

19. Wir erteilen dem Rat für TRIPS die Weisung, in der weiteren Bearbeitung seines Arbeitsprogramms, einschliesslich gemäss der Überprüfung des Artikel 27:3 b), der Prüfung der Umsetzung des Übereinkommens über TRIPS gemäss Artikel 71:1 und der in Paragraph 12 dieser Erklärung vorgesehenen Arbeiten unter anderem das Verhältnis zwischen dem Übereinkommen über TRIPS und der Konvention über die biologische Vielfalt, den Schutz des traditionellen Wissens und der Volkskunde sowie andere neue diesbezügliche Fakten, die von den Mitgliedern gemäss Artikel 71:1 aufgenommen werden, zu prüfen. In seiner Arbeit soll sich der Rat für TRIPS von den in Artikel 7 und 8 des Übereinkommens über TRIPS festgelegten Zielen und Prinzipien leiten lassen und die Dimension der Entwicklung in ihrer ganzen Tragweite berücksichtigen.

## Beziehungen zwischen Handel und Investitionen

20. In Anerkennung der Argumente zu Gunsten eines multilateralen Rahmens, der transparente, stabile und voraussehbare Bedingungen für langfristige grenzüberschreitende Investitionen, insbesondere direkte ausländische Investitionen, die zur Ausweitung des Handels beitragen werden, schafft, und der Notwendigkeit einer technischen Unterstützung und eines Aufbaus von Fachwissen in diesem Bereich, wie sie in Paragraph 21 festgehalten sind, vereinbaren wir, dass nach der fünften Ministerkonferenz Verhandlungen stattfinden werden, dies auf der Basis eines an jener Ministerkonferenz im expliziten Konsens gefassten Beschlusses über die Modalitäten dieser Verhandlungen.

21. Wir anerkennen die Bedürfnisse der Entwicklungsländer und der am wenigsten entwickelten Länder in Bezug auf eine stärkere Unterstützung der technischen Hilfestellung und die Stärkung der Fähigkeiten in diesem Bereich, einschliesslich der Analyse und Erarbeitung von politischen Strategien, damit diese Länder die Folgen einer engeren multilateralen Zusammenarbeit für ihre Entwicklungspolitik und -ziele sowie für die Entwicklung der Menschen und der Institutionen besser abschätzen können. Zu diesem Zweck werden wir in Zusammenarbeit mit den anderen zuständigen zwischenstaatlichen Organisationen, einschliesslich der UNCTAD, und mittels der geeigneten regionalen und bilateralen Wege an der Bereitstellung einer verstärkten Hilfestellung, die mit den nötigen Ressourcen für die Befriedigung dieser Bedürfnisse ausgestattet sein soll, arbeiten.

22. Bis zur fünften Ministerkonferenz wird die Arbeit der Arbeitsgruppe über die Beziehungen zwischen Handel und Investitionen auf die Klärung der folgenden Aspekte ausgerichtet sein: Anwendungsbereich und Definition: Transparenz; Nicht-Diskriminierung; Modalitäten für Verpflichtungen betreffend Marktzutritt auf der Basis des Ansatzes der positiven Listen in der Art des GATS; Bestimmungen bezüglich Entwicklung; Ausnahmen und Schutzbestimmungen bezüglich Zahlungsbilanz; Konsultation und Streitbeilegung zwischen den Mitgliedern. Jeglicher Rahmen sollte in ausgewogener Weise die Interessen der Ursprungsländer und der Empfangsländer berücksichtigen, und die Politik und Entwicklungsziele der Regierungen der Empfangsländer sowie ihr Recht, im allgemeinen Interesse Regeln zu erlassen, berücksichtigen. Die spezifischen Bedürfnisse der Entwicklungsländer und der am wenigsten entwickelten Länder in Bezug auf Entwicklung, Handel und Finanzen sollten als festen Bestandteil jeglichen Rahmens berücksichtigt werden, der den Mitgliedern erlauben sollte, Verpflichtungen und Pflichten einzugehen, die ihren Bedürfnissen und besonderen Umständen entsprechen. Die anderen relevanten Bestimmungen der WTO sollten angemessen berücksichtigt werden. Gegebenenfalls sollten die bestehenden bilateralen und regionalen Abkommen über Investitionen berücksichtigt werden.

#### Verhältnis zwischen Handel und Wettbewerbspolitik

23. In Anerkennung der Argumente zu Gunsten eines multilateralen Rahmens, der den Beitrag der Wettbewerbspolitik an den internationalen Handel und die Entwicklung verbessern soll, sowie der Notwendigkeit einer technischen Unterstützung und eines Aufbaus von Fachwissen in diesem Bereich, wie sie in Paragraph 24 festgehalten sind, vereinbaren wir, dass nach der fünften Ministerkonferenz Verhandlungen stattfinden werden, dies auf der Basis eines an jener Ministerkonferenz im expliziten Konsens gefassten Beschlusses über die Modalitäten der Verhandlungen.

24. Wir anerkennen die Bedürfnisse der Entwicklungsländer und der am wenigsten entwickelten Länder bezüglich einer stärkeren Unterstützung in Bezug auf technische Unterstützung und den Aufbau von Fachwissen in diesem Bereich, einschliesslich der Analyse und Erarbeitung von politischen Strategien, damit diese Länder die Folgen einer engeren multilateralen Zusammenarbeit für ihre Entwicklungspolitik und -ziele sowie für die Entwicklung der Menschen und der Institutionen besser abschätzen können. Zu diesem Zweck werden wir in Zusammenarbeit mit den anderen zuständigen zwischenstaatlichen Organisationen, einschliesslich der UNCTAD, und mittels der geeigneten regionalen und bilateralen Wege an der Bereitstellung einer verstärkten Hilfestellung, die mit den nötigen Ressourcen für die Befriedigung dieser Bedürfnisse ausgestattet sein soll, arbeiten.

25. Bis zur fünften Ministerkonferenz wird die Arbeit der Arbeitsgruppe über die Beziehungen zwischen Handel und Wettbewerbspolitik auf die Klärung der folgenden Aspekte ausgerichtet sein: Grundprinzipien, einschliesslich Transparenz, Nicht-Diskriminierung und Gerechtigkeit auf der Ebene der Verfahren sowie Bestimmungen über harte Kartelle; Modalitäten einer freiwilligen Zusammenarbeit; und Unterstützung der schrittweisen Verstärkung der Institutionen, die in den Entwicklungsländern mit Wettbewerbsfragen betraut sind, dies mittels des Aufbaus von Fachwissen. Die Bedürfnisse der teilnehmenden Entwicklungsländer und der am wenigsten entwickelten Länder sollen berücksichtigt und eine angemessene Flexibilität hierfür vorgesehen werden.

#### Transparenz des öffentlichen Beschaffungswesens

26. In Anerkennung der Argumente zu Gunsten eines multilateralen Rahmens über die Transparenz der öffentlichen Märkte sowie der Notwendigkeit einer technischen Unterstützung und eines Aufbaus von Fachwissen in diesem Bereich vereinbaren wir, dass nach der fünften Ministerkonferenz Verhandlungen stattfinden werden, dies auf der Basis eines an jener Ministerkonferenz im expliziten Konsens gefassten Beschlusses über die Modalitäten der Verhandlungen. Diese Verhandlungen sollen auf die bis dahin erfolgten Fortschritte der Arbeitsgruppe über die Transparenz des öffentlichen Beschaffungswesens aufbauen und die Prioritäten der Teilnehmer in Bezug auf Entwicklung berücksichtigen, speziell jene der am wenigsten entwickelten teilnehmenden Länder. Die Verhandlungen sollen auf Aspekte der Transparenz beschränkt sein und daher die Möglichkeit der Länder, inländische Waren und Lieferanten zu bevorzugen, nicht beschneiden. Wir verpflichten uns, eine angemessene technische Unterstützung sowie Stärkung des Aufbaus von Fachwissen sowohl während wie auch nach dem Abschluss der Verhandlungen bereitzustellen.

#### Handelserleichterung

27. In Anerkennung der Argumente zu Gunsten einer verstärkten Beschleunigung des Verkehrs, der Freigabe und Abfertigung von Waren, einschliesslich für Transitgüter, sowie der Notwendigkeit einer technischen Unterstützung und einer Stärkung des Aufbaus von Fachwissen in diesem Bereich kommen wir überein, dass nach der fünften Ministerkonferenz Verhandlungen stattfinden werden, dies auf der Basis eines an jener Ministerkonferenz im expliziten Konsens gefassten Beschlusses über die Modalitäten der Verhandlungen. Bis zur fünften Ministerkonferenz soll der Rat für Warenhandel die relevanten Aspekte der Artikel V, VIII und X des GATT

von 1994 prüfen und gegebenenfalls klären und verbessern, und die Bedürfnisse und Prioritäten der Mitglieder, insbesondere der Entwicklungsländer und der am wenigsten entwickelten Länder, in Bezug auf Handelserleichterung identifizieren. Wir verpflichten uns, eine angemessene technische Unterstützung und die Stärkung des Aufbaus von Fachwissen in diesem Bereich bereitzustellen.

#### Regeln der WTO

28. Angesichts der Erfahrungen und der steigenden Anwendung dieser Instrumente durch die Mitglieder vereinbaren wir, Verhandlungen zur Klärung und Verbesserung der in den Übereinkommen zur Durchführung des Artikels VI des GATT von 1994 sowie über Subventionen und Ausgleichsmassnahmen vorgesehenen Disziplinen zu führen, wobei gleichzeitig die Konzepte und Grundprinzipien sowie die Wirksamkeit dieser Übereinkommen und ihrer Instrumente und Ziele erhalten bleiben und die Bedürfnisse der Entwicklungsländer und der am wenigsten entwickelten Länder berücksichtigt werden sollen. In der Anfangsphase der Verhandlungen sollen die Teilnehmer die Bestimmungen, einschliesslich der Disziplinen bezüglich der Praktiken mit handelsverzerrender Wirkung, angeben, welche sie in einer späteren Phase klären und verbessern möchten. Im Rahmen dieser Verhandlungen sollen sich die Teilnehmer auch dafür einsetzen, die Disziplinen der WTO bezüglich Subventionen an das Fischereigewerbe zu klären und zu verbessern, unter Berücksichtigung der Bedeutung dieser Branche für die Entwicklungsländer. Wir halten fest, dass die Subventionen an das Fischereigewerbe ebenfalls in Paragraph 31 erwähnt werden.

29. Wir vereinbaren auch, Verhandlungen zur Klärung und Verbesserung der in den bestehenden Bestimmungen der WTO über die regionalen Handelsabkommen vorgesehenen Disziplinen und Verfahren zu führen. Die Verhandlungen sollen die entwicklungsbezogenen Aspekte der regionalen Handelsabkommen berücksichtigen.

#### Vereinbarung über Regeln und Verfahren für die Streitbeilegung

30. Wir kommen überein, Verhandlungen über die in der Vereinbarung über Regeln und Verfahren für die Streitbeilegung anzubringenden Verbesserungen und Klärungen zu führen. Die Verhandlungen sollten auf den bisher erfolgten Arbeiten und allen zusätzlichen Vorschlägen der Mitglieder aufbauen, und auf die Festlegung von Verbesserungen und Klärungen bis spätestens 2003 abzielen; zu diesem Zeitpunkt werden wir Massnahmen zur möglichst schnellen Umsetzung der Resultate treffen.

#### Handel und Umwelt

31. Zur Verbesserung der gegenseitigen Unterstützung von Handel und Umwelt vereinbaren wir, Verhandlungen über folgende Themen zu führen, ohne deren Resultat vorwegzunehmen:

- i) Die Beziehung zwischen den bestehenden Regeln der WTO und den spezifischen Verpflichtungen bezüglich Handel in den multilateralen Umweltabkommen (MEA). Der Umfang der Verhandlungen wird auf die Anwendbarkeit der bestehenden Regeln der WTO zwischen den

Vertragsparteien der MEA beschränkt. Die Verhandlungen sollen die WTO-Rechte der Mitglieder, die nicht Vertragsparteien des MEA sind, nicht beeinträchtigen;

- ii) Verfahren zum regelmässigen Austausch von Auskünften zwischen den Sekretariaten der MEA und den zuständigen Ausschüssen der WTO sowie Kriterien für die Erteilung des Beobachterstatus;
- iii) Die Reduktion oder gegebenenfalls die Abschaffung von tarifären und nichttarifären Handelshemmnissen für Umweltgüter und -dienstleistungen.

Wir halten fest, dass die Subventionen an das Fischereigewerbe Teil der gemäss Paragraph 28 vorgesehenen Verhandlungen sind.

32. Wir erteilen dem Ausschuss für Handel und Umwelt für die Fortführung seiner Arbeit in allen Punkten seines Arbeitsprogramms im Rahmen seines aktuellen Mandats die Weisung, den folgenden Elementen besondere Aufmerksamkeit zu schenken:

- i) Die Auswirkungen von Umweltmassnahmen auf den Marktzugang, speziell in Bezug auf die Entwicklungsländer, insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder, und die Situationen, in denen die Abschaffung oder die Reduktion der Einschränkungen und Handelsverzerrungen für den Handel, die Umwelt und die Entwicklung günstig wären;
- ii) die relevanten Bestimmungen des Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum; sowie
- iii) Vorgaben in Bezug auf Kennzeichnungsvorschriften mit ökologischer Zielsetzung.

Die Arbeit zu diesen Fragen sollte unter anderem darin bestehen, die allfällige Notwendigkeit, die relevanten Regeln der WTO zu klären, festzustellen. Der Ausschuss wird an der fünften Ministerkonferenz Bericht erstatten und gegebenenfalls Empfehlungen für einen zukünftige Handlungsbedarf abgeben, einschliesslich bezüglich der Opportunität von Verhandlungen. Die Resultate dieser Arbeiten sowie die gemäss Paragraph 31 i) und ii) geführten Verhandlungen sollen mit dem offenen und nicht-diskriminierenden Charakter des multilateralen Handelssystems vereinbar sein, sollen die Rechte und Pflichten der Mitglieder gemäss den bestehenden Übereinkommen der WTO, insbesondere dem Übereinkommen über die Anwendung gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Massnahmen, weder vermehren noch vermindern, und sollen auch das Gleichgewicht zwischen diesen Rechten und Pflichten nicht verändern, und die Bedürfnisse der Entwicklungsländer und der am wenigsten entwickelten Länder berücksichtigen.

33. Wir anerkennen die Wichtigkeit der technischen Unterstützung und zum Aufbau von Fachwissen in den Entwicklungsländern, und insbesondere in den am wenigsten entwickelten unter ihnen, im Bereich des Handels und der Umwelt. Wir fördern auch das Teilen von Fachkenntnissen und Erfahrungen mit den Mitgliedern, die auf nationaler Ebene Umweltprüfungen durchführen möchten. Für die fünfte Ministerkonferenz wird ein Bericht über diese Aktivitäten verfasst.

Elektronischer Handel

34. Wir nehmen die Arbeiten des Generalrats und anderer zuständiger Organe seit der Ministererklärung vom 20. Mai 1998 zur Kenntnis und vereinbaren, das Arbeitsprogramm über den elektronischen Handel fortzusetzen. Die bisher erfolgten Arbeiten zeigen, dass der elektronische Handel neue Herausforderungen und Handelsmöglichkeiten für alle Mitglieder, unabhängig von deren Entwicklungsstand, schafft, und wir anerkennen die Notwendigkeit der Schaffung und des Unterhalts eines für die künftige Entwicklung des elektronischen Handels günstigen Umfeldes. Wir erteilen dem Generalrat die Weisung, angemessene institutionelle Einrichtungen für die Ausführung des Arbeitsprogramms zu prüfen und an der fünften Ministerkonferenz über die zusätzlich erzielten Fortschritte Bericht zu erstatten. Wir erklären, dass die Mitglieder bis zur fünften Ministerkonferenz ihre bisherige Praxis beibehalten werden, nach der sie die elektronischen Übermittlungen nicht mit Zöllen belegen.

#### Kleine Volkswirtschaften

35. Wir kommen überein, unter der Leitung des Generalrats ein Arbeitsprogramm zur Prüfung der Fragen des Handels kleiner Volkswirtschaften einzuleiten. Diese Arbeiten haben zum Ziel, Antworten auf offene Fragen des Handels zu erarbeiten, um die kleinen, verletzlichen Volkswirtschaften besser in das multilaterale Handelssystem zu integrieren, und nicht die Bildung einer Unter-Kategorie von Mitgliedern der WTO. Der Generalrat wird das Arbeitsprogramm überprüfen und im Hinblick auf eine Aktion an der fünften Ministerkonferenz Empfehlungen formulieren.

#### Handel, Schulden und Finanzen

36. Wir vereinbaren, innerhalb einer Arbeitsgruppe unter der Leitung des Generalrats die Beziehung zwischen Handel, Schulden und Finanzen sowie alle allfälligen Empfehlungen von Massnahmen zu studieren, die im Rahmen des Mandats und des Kompetenzbereichs der WTO ergriffen werden könnten, um die Fähigkeit des multilateralen Handelssystems zu verbessern, zu einer nachhaltigen Lösung des Problems der Aussenverschuldung der Entwicklungsländer und der am wenigsten entwickelten Länder beizutragen, und um die Kohärenz der internationalen Handels- und Finanzpolitik zu verstärken, dies mit dem Ziel, das multilaterale Handelssystem von den Auswirkungen finanzieller und monetärer Instabilität zu bewahren. Der Generalrat wird an der fünften Ministerkonferenz über die Fortschritte dieser Prüfung Bericht erstatten.

#### Handel und Technologietransfer

37. Wir vereinbaren, innerhalb einer Arbeitsgruppe unter der Leitung des Generalrats die Beziehung zwischen Handel und Technologietransfer sowie alle allfälligen Empfehlungen von Massnahmen zu studieren, die im Rahmen des Mandats und des Kompetenzbereichs der WTO ergriffen werden könnten, um den Technologietransfer an die Entwicklungsländer zu verbessern. Der Generalrat wird an der fünften Ministerkonferenz über die Fortschritte dieser Prüfung Bericht erstatten.



38. Wir bestätigen, dass die technische Zusammenarbeit und der Aufbau von Fachwissen zentrale Elemente der Entwicklungsdimension des multilateralen Handelssystems darstellen, und begrüßen und verabschieden die Neue Strategie der WTO zur technischen Zusammenarbeit für den Aufbau von Fachwissen, Wachstum und Integration. Wir erteilen dem Sekretariat die Weisung, in Koordination mit den anderen zuständigen Institutionen die Anstrengungen auf nationaler Ebenen zur Integration des Handels in die nationalen Entwicklungspläne zur Reduktion der Armut zu unterstützen. Die Bereitstellung der technischen Unterstützung durch die WTO wird daraufhin angelegt, den Entwicklungsländern, den am wenigsten entwickelten Ländern und den Transitionsländern mit schwachem Einkommen zu helfen, sich an die Regeln und Disziplinen der WTO anzupassen, ihren Verpflichtungen nachzukommen und ihre Rechte als Mitglieder wahrzunehmen, einschliesslich der Nutzung der Vorteile eines offenen und regelgeleiteten multilateralen Handelssystems. Kleine, verletzte Volkswirtschaften und Transitionsvolkswirtschaften sowie Mitglieder und Beobachter ohne Vertretung in Genf werden ebenfalls prioritär behandelt. Wir bekräftigen unsere Unterstützung der sehr nützlichen Arbeiten des Internationalen Handelszentrums, die verstärkt werden sollte.

39. Wir unterstreichen die Dringlichkeit einer wirksamen Koordination der Bereitstellung von technischer Unterstützung mit den bilateralen Gebern, beim Ausschuss für Entwicklungshilfe der OECD und den anderen zuständigen internationalen und regionalen zwischenstaatlichen Institutionen, dies im Rahmen einer kohärenten Politik und gemäss einem kohärenten Terminplan. Für die Koordination der Bereitstellung von technischer Unterstützung erteilen wir dem Generaldirektor die Weisung, die zuständigen Institutionen, die bilateralen Geber und die Empfänger zu konsultieren, um die Mittel zur Verbesserung und Rationalisierung des integrierten Rahmens für handelsrelevante technische Unterstützung zu Gunsten der am wenigsten entwickelten Länder sowie des Gemeinsamen integrierten Programms für technische Unterstützung (JITAP) zu identifizieren.

40. Wir vereinbaren, dass die technische Unterstützung auf sichere und verlässliche Weise finanziert werden muss. Folglich erteilen wir dem Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Verwaltung die Weisung, dem Generalrat im Dezember 2001 einen Plan zur Verabschiedung vorzulegen, der die langfristige Finanzierung der technischen Unterstützung der WTO sichert, nicht unterhalb des Gesamtbetrags des laufenden Jahres liegt und den hier beschriebenen Aktivitäten entspricht.

41. Wir haben in verschiedenen Paragraphen dieser Ministererklärung feste Verpflichtungen bezüglich der technischen Zusammenarbeit und des Aufbaus von Fachwissen festgelegt. Wir bekräftigen diese spezifischen, in den Paragraphen 16, 21, 24, 26, 27, 33, 38 bis 40, 42 und 43 aufgezählten Verpflichtungen und bekräftigen auch den Inhalt von Paragraph 2 über die wichtige Rolle von nachhaltig finanzierten Programmen der technischen Zusammenarbeit und zum Aufbau von Fachwissen. Wir erteilen dem Generaldirektor die Weisung, an der fünften Ministerkonferenz Bericht zu erstatten, und im Dezember 2002 dem Generalrat einen Zwischenbericht über die Umsetzung und die Angemessenheit der in den genannten Paragraphen aufgezählten Verpflichtungen vorzulegen.

#### Die am wenigsten entwickelten Länder

42. Wir anerkennen den Ernst der Bedenken der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs), die in der im Juli 2001 von deren Minister verabschiedeten Erklärung von Sansibar umschrieben sind. Wir anerkennen die Tatsache, dass die Integration dieser Länder in das multilaterale Handelssystem einen reellen Marktzugang, Unterstützung zur Diversifikation ihrer Produktions- und Exportbasis, sowie handelsrelevante technische Unterstützung und Aufbau von Fachwissen erfordert. Wir kommen überein, dass die reelle Integration dieser Länder in das multilaterale System und die Weltwirtschaft Anstrengungen von Seiten aller anderen Mitglieder der WTO erfordern wird. Wir setzen uns dafür ein, für die Produkte aus diesen Ländern einen zollfreien und kontingentlosen Marktzugang zu ermöglichen. Diesbezüglich begrüßen wir die signifikanten Verbesserungen, welche die Mitglieder der WTO in Bezug auf den Marktzugang vor der dritten Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder (LDC-III), die im Mai 2001 in Brüssel stattgefunden hat, eingeführt haben. Wir verpflichten uns weiter dazu, zusätzliche Massnahmen in Betracht zu ziehen, durch die der Marktzugang für diese Länder schrittweise verbessert werden kann. Der Beitritt dieser Länder zur WTO bleibt für die Mitglieder der WTO prioritär. Wir vereinbaren, uns für die Vereinfachung und Beschleunigung der Beitrittsverhandlungen mit diesen Ländern einzusetzen. Wir erteilen dem Sekretariat die Weisung, die Priorität des Beitritts dieser Länder in den Jahresplänen für technische Unterstützung umzusetzen. Wir bekräftigen die an der LDC-III-Konferenz eingegangenen Verpflichtungen und vereinbaren, dass die WTO in der Erarbeitung ihres Arbeitsprogramms zu Gunsten dieser Länder die handelsbezogenen Elemente der in Brüssel an der LDC-III-Konferenz verabschiedeten Erklärung und des Aktionsprogramms, vereinbar mit dem WTO-Mandat, berücksichtigen sollte. Wir erteilen dem Unterausschuss für die am wenigsten entwickelten Länder die Weisung, ein solches Arbeitsprogramm zu erstellen und dem Generalrat an seiner ersten Versammlung des Jahres 2002 darüber Bericht zu erstatten.

43. Wir heissen den Integrierten Rahmen für handelsrelevante technische Unterstützung zu Gunsten der am wenigsten entwickelten Länder als funktionstüchtiges Modell für die Entwicklung des Handels dieser Länder gut. Wir laden die Entwicklungspartner eindringlich ein, ihre Beiträge an den speziellen Fonds für den Integrierten Rahmen und an ausserbudgetäre Fonds zu Gunsten von LDCs deutlich zu erhöhen. Wir laden die relevanten Organisationen eindringlich ein, in Koordination mit den Entwicklungspartnern die Möglichkeit, den Integrierten Rahmen auszubauen, zu prüfen, um Produktions- und Kapazitätsengpässe dieser Länder anzugehen, und das Modell nach der Evaluation des Integrierten Rahmens und des in einigen dieser Länder laufenden Pilotprogramms auf alle diese Länder auszuweiten. Wir bitten den Generaldirektor, nach Koordination mit den Vorsitzenden der anderen Organisationen, dem Generalrat im Dezember 2002 einen Zwischenbericht und an der fünften Ministerkonferenz einen vollständigen Bericht über alle Fragen in Bezug auf die am wenigsten entwickelten Länder zu präsentieren.

#### Differenzierte Sonderbehandlung

44. Wir bekräftigen, dass die Bestimmungen zur differenzierten Sonderbehandlung einen integralen Bestandteil der Übereinkommen der WTO darstellen. Wir nehmen

Kenntnis von den zur Funktionsweise der Übereinkommen vorgebrachten Bedenken bezüglich der Behebung der spezifischen Zwänge, denen die Entwicklungsländer und insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder unterstehen. Diesbezüglich nehmen wir auch zur Kenntnis, dass einige Mitglieder ein Rahmenabkommen über die differenzierte Sonderbehandlung (WT/GC/W/442) vorgeschlagen haben. Wir vereinbaren, dass alle Bestimmungen zur differenzierten Sonderbehandlung überprüft werden mit dem Ziel, diese zu verstärken, zu präzisieren, effektiver und operationeller zu gestalten. Hierzu verabschieden wir das im Beschluss über Fragen und Bedenken bezüglich der Umsetzung genannte Arbeitsprogramm zur differenzierten Sonderbehandlung.

### **Organisation und Management des Arbeitsprogramms**

45. Die gemäss der vorliegenden Erklärung zu führenden Verhandlungen sollen spätestens am 1. Januar 2005 abgeschlossen sein. Die fünfte Ministerkonferenz wird eine Bestandesaufnahme der in den Verhandlungen erfolgten Fortschritte vornehmen, die notwendige politische Ausrichtung geben und gegebenenfalls Entscheide fällen. Wenn die Resultate der Verhandlungen in allen diesen Bereichen feststehen, wird eine ausserordentliche Ministerkonferenz stattfinden, an der die Beschlüsse zur Verabschiedung und Umsetzung dieser Resultate gefasst werden.

46. Die Gesamtführung der Verhandlungen wird durch einen Ausschuss für Handelsverhandlungen unter der Verantwortung des Generalrates überwacht. Der Ausschuss für Handelsverhandlungen wird seine erste Sitzung spätestens am 31. Januar 2002 abhalten. Er wird gegebenenfalls angemessene Verhandlungsmechanismen definieren und die Fortschritte der Verhandlungen überwachen.

47. Mit Ausnahme der Verbesserungen und Klärungen der Vereinbarung über die Streitbeilegung werden die Führung und der Abschluss der Verhandlungen sowie die Inkraftsetzung ihrer Resultate als Teile einer einzigen Verpflichtung («single undertaking») betrachtet. Übereinkommen, die in den ersten Phasen der Verhandlungen abgeschlossen werden, können jedoch provisorisch oder definitiv in Kraft gesetzt werden. Diese ersten Übereinkommen sollen bei der Festlegung der allgemeinen Ausgewogenheit der Verhandlungsergebnisse mitberücksichtigt werden.

48. Die Verhandlungen stehen folgenden Teilnehmern offen:

- i) allen Mitgliedern der WTO; und
- ii) den Staaten und eigenständigen Zollgebieten, die zur Zeit im Verfahren zum Beitritt zur WTO stehen sowie den Staaten, welche die Mitglieder an einer ordentlichen Versammlung des Allgemeinen Rats über ihre Absicht informieren, über Modalitäten ihres Beitritts zu verhandeln und für den Beitritt derer eine Arbeitsgruppe eingerichtet wird.

Die Beschlüsse bezüglich der Resultate der Verhandlungen werden ausschliesslich durch die Mitglieder der WTO gefasst.

49. Die Verhandlungen werden unter den Teilnehmern auf transparente Weise geführt, um die effektive Teilnahme aller zu erleichtern. Sie werden mit dem Ziel geführt, Vorteile für alle Teilnehmer zu sichern und eine umfassende Ausgewogenheit in den Verhandlungsergebnissen zu erzielen.

50. Die Verhandlungen und die anderen Aspekte des Arbeitsprogramms sollen das Prinzip der differenzierten Sonderbehandlung der Entwicklungsländer und der am wenigsten entwickelten Länder in seiner vollen Tragweite berücksichtigen, wie es in den folgenden Dokumenten festgehalten ist: Teil IV des GATT 1994; Beschluss vom 28. November 1979 über die differenzierte und günstigere Behandlung, über die Gegenseitigkeit und die stärkere Teilnahme der Entwicklungsländer; Beschluss der Uruguay-Runde über die Massnahmen zu Gunsten der am wenigsten entwickelten Länder; sowie alle anderen relevanten Bestimmungen der WTO.

51. Der Ausschuss für Handel und Entwicklung und der Ausschuss für Handel und Umwelt werden beide im Rahmen ihres jeweiligen Mandats als Rahmen für die Definition und Diskussion der Aspekte der Verhandlungen, die sich auf Entwicklung und Umwelt beziehen, dienen, um zum Erreichen des Ziels einer angemessenen Berücksichtigung der nachhaltigen Entwicklung beizutragen.

52. Die Elemente des Arbeitsprogramms, die keine Verhandlungen mit sich bringen, geniessen ebenfalls hohe Priorität. Diese Aspekte werden unter der Gesamtaufsicht des Generalrates behandelt, der an der fünften Ministerkonferenz über die erfolgten Fortschritte berichten wird.

## **Erklärung zum TRIPS-Übereinkommen und der öffentlichen Gesundheit**

Verabschiedet am 14. November 2001

---

1. Wir anerkennen den Ernst der Probleme im Bereich der öffentlichen Gesundheit, die zahlreiche Entwicklungsländer und am wenigsten entwickelte Länder kennen, insbesondere die Probleme, welche mit HIV/Aids, Tuberkulose, Malaria und anderen Epidemien zusammenhängen.

2. Wir unterstreichen die Notwendigkeit, dass das WTO-Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (TRIPS-Übereinkommen) Teil der breiteren nationalen und internationalen Anstrengung zur Lösung dieser Probleme sein muss.

3. Wir anerkennen, dass der Schutz des geistigen Eigentums für die Entwicklung neuer Medikamente wichtig ist. Wir anerkennen auch die Besorgnis bezüglich der Auswirkungen dieses Schutzes auf die Preise.

4. Wir stimmen überein, dass das TRIPS-Übereinkommen die Mitglieder nicht hindert und nicht hindern soll, Massnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit zu ergreifen. Folglich halten wir unter Bestätigung unserer Verpflichtung gegenüber des TRIPS-Übereinkommen fest, dass besagtes Übereinkommen in einer Weise interpretiert und umgesetzt werden kann und soll, welche das Recht der WTO Mitglieder berücksichtigt, die öffentliche Gesundheit zu schützen und insbesondere den Zugang aller zu Medikamenten zu fördern.

In diesem Zusammenhang bekräftigen wir das Recht der WTO Mitglieder, die Bestimmungen des TRIPS-Übereinkommens vollständig zu nutzen, welche in diesem Sinne Flexibilität vorsehen.

5. Folglich und in Anbetracht des obigen Paragraphen 4 anerkennen wir, unter Beibehaltung unserer im Rahmen des TRIPS Übereinkommens eingegangenen Verpflichtungen, dass diese Flexibilität folgende Elemente beinhaltet:

- a) In der Anwendung der gewohnheitsrechtlichen Auslegungsregeln des Völkerrechts soll jede Bestimmung des TRIPS-Übereinkommens im Lichte des Gegenstands und des Ziels des Abkommens gelesen werden, wie sie insbesondere in den Zielen und Prinzipien dieses Abkommens festgehalten sind.
- b) Jedes Mitglied hat das Recht, Zwangslizenzen zu erteilen und die Freiheit, die Gründe festzulegen, aufgrund welcher solche Lizenzen erteilt werden.
- c) Jedes Mitglied hat das Recht, festzulegen, was einen nationalen Notstand oder einen anderen Umstand von äusserster Dringlichkeit darstellt, wobei feststeht, dass Krisen im Bereich der öffentlichen Gesundheit, einschliesslich der Krisen im Zusammenhang mit HIV/Aids, Tuberkulose,

<sup>1</sup> Übersetzung des englischen und französischen Originaltextes.

Malaria oder anderen Epidemien, einen nationalen Notstand oder andere Umstände von äusserster Dringlichkeit darstellen können.

- d) Die Auswirkung der Bestimmungen des TRIPS Übereinkommens, die sich auf die Erschöpfung von geistigen Eigentumsrechten beziehen, besteht darin, dass jedes Mitglied frei ist, ohne Widerspruch sein eigenes Regime der Erschöpfung festzulegen, unter Vorbehalt der Bestimmungen bezüglich Meistbegünstigung und Inländerbehandlung in den Artikeln 3 und 4.

6. Wir anerkennen, dass WTO Mitglieder, die über ungenügende Produktionskapazitäten im pharmazeutischen Bereich verfügen oder keine solche besitzen, Schwierigkeiten haben könnten, Zwangslizenzen im Rahmen des TRIPS-Übereinkommens effektiv zu nutzen. Wir erteilen dem TRIPS-Rat die Weisung, für dieses Problem eine rasche Lösung zu finden und darüber dem Generalrat vor Ende 2002 Bericht zu erstatten.

7. Wir bekräftigen die Verpflichtung der entwickelten Mitgliedländer, für ihre Unternehmen und Institutionen Anreize zu schaffen, um den Technologietransfer in die am wenigsten entwickelten Mitgliedländer in Übereinstimmung mit Art. 66 Abs. 2 zu fördern und voranzutreiben. Wir vereinbaren auch, dass die am wenigsten entwickelten Mitgliedländer in Bezug auf pharmazeutische Produkte nicht verpflichtet sein werden, vor dem 1. Januar 2016 die Abschnitte 5 und 7 des Teils II des TRIPS Übereinkommens umzusetzen und anzuwenden oder die in diesen Abschnitten vorgesehenen Rechte durchzusetzen, und dies ohne Beeinträchtigung des Rechts der am wenigsten entwickelten Mitgliedländer, weitere Erstreckungen der Übergangsfristen zu verlangen, wie in Artikel 66 Abs.1 des TRIPS Übereinkommens vorgesehen. Wir erteilen dem TRIPS-Rat die Weisung, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um dies gemäss Artikel 66 Abs. 1 des TRIPS Übereinkommens umzusetzen.

Die im Zusammenhang mit dem WTO-Übereinkommen über Kontrollen vor dem Versand (SR 0.632.20, Anhang 1A.10) erlassene Verordnung vom 17. Mai 1995 über die Durchführung von Versandkontrollen (SR 946.202.8) regelt die Zulassung, Durchführung und Überwachung solcher Kontrollen (v.a. Überprüfung der Qualität, der Menge und des Preises) im Auftrag ausländischer Staaten durch spezialisierte Versandkontrollgesellschaften in der Schweiz. Solche Gesellschaften benötigen pro Auftragsland eine Bewilligung des EVD.

Nach Artikel 15 der Verordnung ist jährlich eine Liste zu veröffentlichen, in welcher die Versandkontrollstellen, die über eine Bewilligung zur Vornahme von Versandkontrollen in der Schweiz verfügen, sowie die Länder, auf die sich die Bewilligung bezieht, aufgeführt sind.

Zurzeit verfügen fünf Kontrollgesellschaften über solche Bewilligungen. Es sind dies die Société Générale de Surveillance S.A. in Genf (SGS), die Cotecna Inspection S.A. in Genf (Cotecna), das Bureau Véritas/BIVAC (Switzerland) AG in Weinigen (Véritas), die Inspectorate (Suisse) S.A. in Prilly (Inspectorate) sowie die Intertek Testing Services Switzerland Ltd in Attiswil (ITS). Die entsprechenden Bewilligungen beziehen sich auf 39 Staaten, von denen acht nicht der WTO angehören. Nachfolgend sind die betreffenden Staaten und Versandkontrollstellen in alphabetischer Reihenfolge aufgelistet<sup>1</sup>; das Stichdatum ist der 30. November 2001<sup>2</sup>.

Land und WTO-Status (*) = Nichtmitglied	Kontrollstelle(n)	Bewilligung gültig seit:
Äthiopien (*)	SGS	01.10.1999
Angola	SGS	08.12.1997
Argentinien	SGS	18.11.1997
	Véritas	18.11.1997
	ITS	27.03.2001
Bangladesh	ITS	07.06.2000
Belarus (*)	Véritas	06.05.1998
Benin	Véritas	21.06.2000
Bolivien	SGS	01.09.1996
	Inspectorate	01.09.1996
Burkina Faso	SGS	01.09.1996

1 Auf der Liste können auch Bewilligungen aufgeführt sein für Kontrollmandate, die sistiert, aber nicht beendet sind, und somit wieder operabel werden können.

2 Diese Liste findet sich auch auf Internetseite (<http://www.seco.admin.ch>; klicken auf «Aussenwirtschaftspolitik», dann auf «Exporte/Importe», dann auf «Exporte in Entwicklungs- und Transitionsländer» und schliesslich auf «Vorversandkontrollen»).

Land und WTO-Status (*) = Nichtmitglied	Kontrollstelle(n)	Bewilligung gültig seit:
Burundi	SGS	01.09.1996
Côte d'Ivoire	Cotecna	15.09.2000
	Véritas	15.09.2000
Djibouti	Cotecna	15.08.1996
Ecuador	SGS	01.09.1996
	Cotecna	01.09.1996
	Véritas	01.09.1996
	ITS	27.03.2001
Georgien	ITS	15.02.2001
Guinea	SGS	01.09.1996
Iran (*)	SGS	01.03.2000
	Véritas	06.03.2001
Kambodscha (*)	SGS	28.09.2000
Kamerun	SGS	01.09.1996
Kenia	ITS	15.02.2001
Komoren (*)	Cotecna	15.08.1996
Kongo (Brazzaville)	Véritas	21.06.2000
Kongo (Kinshasa)	SGS	08.12.1997
Liberia (*)	Véritas	08.12.1997
Madagaskar	Véritas	01.09.1996
Malawi	SGS	01.09.1996
Mali	SGS	01.09.1996
Mauretanien	SGS	01.09.1996
Moldau (*)	SGS	02.11.2000
Mosambik	ITS	27.03.2001
Niger	Cotecna	08.12.1997
Nigeria	SGS	01.09.1999
Peru	SGS	01.09.1996
	Cotecna	01.09.1996
	Véritas	01.09.1996
Rwanda	SGS	01.09.1996
Senegal	Cotecna	22.08.2001
Sierra Leone	Véritas	01.09.1996
Tansania (ohne Sansibar)	Cotecna	18.02.1999
Tansania (nur Sansibar)	SGS	01.04.1999
Togo	Cotecna	01.09.1996
Uganda	ITS	27.03.2001
Usbekistan (*)	ITS	07.06.2000
	SGS	10.04.2001
Zentralafrikanische Republik	SGS	01.09.1996





## 9.2.1

## Botschaft

### über das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und dem Haschemitischen Königreich Jordanien

vom 9. Januar 2002

---

### 9.2.1.1

### Allgemeiner Teil

#### 9.2.1.1.1

#### Übersicht

Die ersten Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten im Mittelmeerraum wurden bereits vor rund zehn Jahren abgeschlossen. Vor dem Hintergrund von Assoziations- bzw. Freihandelsabkommen der Europäischen Gemeinschaft war es das Ziel der EFTA-Staaten, gleichwertige Zugangsbedingungen zum türkischen und israelischen Markt sicherzustellen beziehungsweise wieder herzustellen. Die entsprechenden Abkommen konnten 1991 mit der Türkei und 1992 mit Israel abgeschlossen werden. 1995 zeichneten sich die Bestrebungen der EU ab, im Rahmen der Erklärung von Barcelona bis im Jahre 2010 eine grosse Freihandelszone Europa-Mittelmeer zu errichten. Im Hinblick darauf beschlossen die Regierungen der EFTA-Staaten bereits im Juni 1995, die Drittlandpolitik der EFTA auf den Mittelmeerraum auszudehnen und so einen eigenständigen Beitrag zur Integration Europa-Mittelmeer zu leisten. In der Folge konnten die EFTA-Staaten 1997 mit Marokko und 1998 mit der PLO/Palästinensischen Behörde je ein Freihandelsabkommen abschliessen. Am 21. Juni 2001 konnte nun – gleichzeitig mit dem Freihandelsabkommen mit Kroatien – ein Freihandelsabkommen mit Jordanien unterzeichnet werden.

Die EFTA-Staaten stehen gegenwärtig in Freihandelsverhandlung mit weiteren Partnern im Mittelmeerraum oder streben die Aufnahme solcher Verhandlungen an mit dem Ziel, an der erwähnten künftigen Freihandelszone Europa-Mittelmeer teilzunehmen.

Das Freihandelsabkommen umfasst den Industriesektor, die verarbeiteten Landwirtschaftsprodukte sowie Fische und andere Meeresprodukte. Bezüglich der unverarbeiteten Landwirtschaftsprodukte haben die einzelnen EFTA-Staaten mit Jordanien bilaterale Vereinbarungen abgeschlossen. Das Freihandelsabkommen ist asymmetrisch ausgestaltet und berücksichtigt damit die Unterschiede der wirtschaftlichen Entwicklung Jordaniens und der EFTA-Staaten. Während die EFTA-Staaten ihre Zölle und Abgaben mit Inkrafttreten des Abkommens vollständig abschaffen, wird Jordanien für den schrittweisen Zollabbau eine Übergangszeit von zwölf Jahren gewährt. Mit Inkrafttreten des vorliegenden Abkommens wird ein substanzieller Teil der Schweizer Exporte von jeglichen Zöllen und Abgaben befreit. Die restlichen Exportgüter unterliegen während der Übergangsperiode einem sukzessiven Zollabbau bis zum vollständigen Freihandel. Spezielle Bestimmungen stellen sicher, dass die EFTA-Staaten auch nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens EU-Jordanien keine schlechteren Marktzugangsbedingungen haben werden als die EU. Zurzeit gewährt die Schweiz

Jordanien auf autonomer Basis die in ihrem Zollpräferenzschema (Allgemeines Präferenzsystem, APS; Zollpräferenzenbeschluss, SR 632.91) zugunsten der Entwicklungsländer vorgesehenen Vergünstigungen. Die schweizerischen Zollkonzessionen kommen weitgehend einer Konsolidierung der bisherigen einseitig gewährten APS-Vergünstigungen gleich, dies allerdings auf Reziprozitätsbasis.

Die von der Schweiz im Rahmen der bilateralen Vereinbarung über unverarbeitete Landwirtschaftsprodukte eingeräumten Zollkonzessionen gehen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht über diejenigen hinaus, welche bereits anderen Freihandelspartnern oder im Rahmen des APS gewährt worden sind.

#### **9.2.1.1.2            Wirtschaftliche Lage Jordaniens**

Der Mangel an natürlichen Ressourcen (insbesondere Wasser), strukturelle Schwächen (in der Tendenz abnehmend) sowie die geopolitische Lage des Landes schränken die Wachstumsmöglichkeiten der jordanischen Wirtschaft ein. Zudem wird Jordanien immer wieder von Dürreperioden heimgesucht. Der Friedensvertrag mit Israel hat bis heute nicht den erhofften wirtschaftlichen Aufschwung gebracht, und die gegenwärtige Lage in Israel und in den palästinensischen Gebieten wirkt sich ebenfalls negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Jordanien setzt sich jedoch aktiv für eine Verbesserung der regionalen Wirtschaftszusammenarbeit ein.

Das Wirtschaftswachstum betrug 1999 etwa 3 Prozent; 2000 erreichte es 4 Prozent. 2001 dürfte die Wirtschaft voraussichtlich um 3 Prozent wachsen. Dank dem unter der Leitung von IWF und Weltbank 1989 in Angriff genommenen Stabilisierungs- und Strukturanpassungsprogramm betrug die Inflationsrate seit 1992 jeweils ca. 4-5 Prozent; seit 1999 pendelt sie nurmehr um 1 Prozent.

Mit Schuldendienstzahlungen in Höhe von 21 Prozent der Export- und Dienstleistungseinnahmen (2000) gehört Jordanien zu den am stärksten verschuldeten Ländern der Region, mit einer gesamten Aussenschuld von knapp 100 Prozent des BIP. Etwa 15 Prozent der Bevölkerung von 5 Millionen leben unter der Armutsgrenze (1986: 3%) und die Arbeitslosigkeit ist bedeutend (je nach Quelle 15-30%). Sowohl das Bildungs- als auch das Gesundheitswesen sind gut ausgebaut. Erstgenanntes führt jedoch zu einem überproportionalen Anteil an Akademikern, deren Eingliederung in den Arbeitsmarkt schwierig ist.

Im April 2000 trat Jordanien der WTO bei. Das Land will die Wirtschaft weiter öffnen und modernisieren. Insbesondere sollen das Finanzwesen und die öffentliche Verwaltung reformiert sowie erfolgversprechende Sektoren (z.B. die Informationstechnologien) weiterentwickelt werden.

#### **9.2.1.1.3            Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Jordanien**

Die Bedeutung Jordaniens im schweizerischen Aussenhandel ist gering, auch im Vergleich mit anderen Märkten im Mittleren Osten. Die schweizerischen Ausfuhren nach Jordanien beliefen sich 2000 auf 90 Millionen Franken (etwa gleichviel wie 1999). Knapp 40 Prozent aller Schweizer Warenexporte sind pharmazeutische Produkte, gefolgt von Maschinen und Uhren. Die schweizerischen Importe aus

Jordanien sind sehr gering (2000: weniger als 800'000 Fr.); sie betreffen vor allem Fahrzeugteile, gefolgt von mineralischen Stoffen (Salze) und Maschinen.

Die schweizerischen Investitionen in Jordanien sind ebenfalls relativ bescheiden. Abgesehen von einer Ausnahme im Tourismusbereich sind keine schweizerischen Unternehmen direkt in Jordanien tätig, und es bestehen lediglich wenige Joint Ventures.

Die Schweiz und Jordanien haben 1976 sowohl ein Handels- als auch ein Investitionsschutzabkommen abgeschlossen. Letzteres soll durch eine Neufassung, die am 25. Februar 2001 unterzeichnet wurde, abgelöst werden. Die Schweiz gewährte Jordanien 1986 einen Mischkredit von 60 Millionen Franken. Ausserdem wurde Jordanien aus Anlass der Golfkrise eine Finanzhilfe von 40 Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt. Um dem von Jordanien im Zusammenhang mit dem EFTA-Freihandelsabkommen geäusserten Wunsch nach Finanzhilfe entgegenzukommen, hat die Schweiz unter anderem einen neuen Mischkredit von maximal 30 Millionen Franken angeboten. Aufgrund der mit Jordanien im Rahmen des Pariser Klubs seit 1989 vereinbarten Umschuldungen wurden mit diesem Land fünf bilaterale Konsolidierungsabkommen abgeschlossen, das letzte am 22. Dezember 1999. Im Jahr 1993 wurde ein Teil dieser Ausstände (35,2 Mio. Fr.) im Rahmen eines Entschuldungsabkommens erlassen oder in einen Gegenwertfonds zur Finanzierung jordanischer Entwicklungsprojekte umgewandelt. Praktisch der ganze Betrag ist verpflichtet.

Im Jahr 2000 besuchten über 9000 Schweizer Touristen Jordanien, rund 30 Prozent mehr als im Vorjahr. 2001 zeichnete sich jedoch wegen den Spannungen in der Region ein deutlicher Rückgang ab.

### **9.2.1.2                    Besonderer Teil**

#### **9.2.1.2.1                Verhandlungsverlauf**

Als ersten Schritt im Hinblick auf die vertragliche Regelung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unterzeichneten die EFTA-Staaten und Jordanien am 19. Juni 1997 eine Zusammenarbeitserklärung. Anlässlich des ersten Treffens des durch diese Erklärung eingesetzten Gemischten Ausschusses wurde am 18. Februar 1998 der Beschluss gefasst, Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zu eröffnen. Diese konnten am 23. Mai 2001 nach drei Verhandlungsrunden mit der Paraphierung des Abkommens abgeschlossen werden.

#### **9.2.1.2.2                Inhalt des Freihandelsabkommens**

Das Freihandelsabkommen mit Jordanien entspricht weitgehend den bereits mit mittel- und osteuropäischen Staaten sowie mit der Türkei, Israel, der PLO und Marokko abgeschlossenen Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten. Es umfasst Industrieprodukte, landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse sowie Fische und andere Meeresprodukte (*Art. 2*).

Das Abkommen ist asymmetrisch ausgestaltet und berücksichtigt damit die Unterschiede der Wirtschaftsentwicklung in den Vertragsstaaten. Während die EFTA-Staaten ihre Zölle und Abgaben mit Inkrafttreten des Abkommens vollständig

aufheben, wird Jordanien für den schrittweisen Abbau seiner Zölle bis zum vollständigen Freihandel eine Übergangszeit von zwölf Jahren gewährt (Art. 5). Dennoch wird ein substanzieller Teil der schweizerischen Exporte nach Jordanien ab Inkrafttreten des vorliegenden Abkommens von jeglichen Zöllen und Abgaben befreit. Als Grundlage für den Zollabbau durch Jordanien dient der Parallelismus zur EU. Spezielle Bestimmungen stellen sicher, dass die EFTA-Staaten auch nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens der EU mit Jordanien keine schlechteren Marktzugangsbedingungen haben werden als die EU. Für einige Produkte wird der jordanische Abbaukalender erst vier Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens durch den Gemischten Ausschuss festgelegt. Dies betrifft keine Produkte, bei denen die EFTA-Staaten Exportinteressen haben (z.B. neue Personenwagen).

Bezüglich der Ursprungsregeln (Art. 4 und Prot. B) sieht das Verständigungsprotokoll zum Abkommen unter anderem vor, dass die Möglichkeit zum Einschluss der Europäischen Gemeinschaft in die Bestimmungen über die Ursprungskumulation zu prüfen sei.

Zurzeit können Vormaterialien aus den EFTA-Staaten und Jordanien bilateral kumuliert werden und so bei der Einfuhr in einen Vertragsstaat in den Genuss des präferenziellen Ursprungs kommen. Die wettbewerbsverzerrende Rückerstattung von Zöllen, die auf Einfuhren aus Drittländern erhoben werden (sog. *drawback*), ist nur noch während einer Übergangszeit von fünf Jahren erlaubt (Prot. B). Das Abkommen weist ausserdem die üblichen Bestimmungen eines Freihandelsabkommens über Zölle und mengenmässige Beschränkungen auf (Art. 5-9).

Das Abkommen enthält Regelungen über Staatsmonopole (Art. 11), technische Vorschriften (Art. 12), interne Steuern (Art. 14), den freien Zahlungs- und Kapitalverkehr (Art. 15), Wettbewerb (Art. 18), Subventionen (Art. 19) und Dumping (Art. 20). Ferner enthält es materielle Bestimmungen über den Schutz des geistigen Eigentums (Art. 17), durch die sich die Vertragsparteien zu einem Schutzniveau verpflichten, das dem Standard in den EFTA-Drittland-Abkommen entspricht und somit über demjenigen der entsprechenden WTO-Bestimmungen (TRIPS) liegt. Da die Verhandlungen in diesem Bereich bereits im Mai 2000 abgeschlossen worden waren, verzichtete Norwegen hier – im Gegensatz zum Abkommen mit Kroatien – auf einen unilateralen Vorbehalt in Bezug auf Patentschutz und Zwangslizenzen.

Da die technische und finanzielle Zusammenarbeit im Zusammenhang mit dem Abschluss des Freihandelsabkommens für Jordanien besonders wichtig ist, wurden die entsprechenden Bestimmungen (Art. 3) im Vergleich zu anderen EFTA-Drittlandabkommen aufgewertet. In diesem Zusammenhang verhandelten Norwegen und die Schweiz bilateral mit Jordanien über technische und finanzielle Zusammenarbeitsprojekte. Die Schweiz und Jordanien haben diesbezüglich eine bilaterale Absichtserklärung (*Memorandum of Understanding*) unterzeichnet.

Neben den üblichen Schutzklauseln und Ausnahmebestimmungen (Art. 10, 21, 23, 25 und 26) wird Jordanien die Möglichkeit eingeräumt, während der Übergangsperiode eine besondere Schutzklausel (Art. 22) anzurufen, sofern wirtschaftliche Strukturanpassungen (insbesondere neue Industrien oder in Restrukturierung stehende Wirtschaftszweige) gefährdet sein sollten. Dieselbe Schutzklausel ist auch den meisten andern EFTA-Drittlandpartnern zugestanden

worden. Auch Zahlungsbilanzschwierigkeiten können vorübergehende Ausnahmemassnahmen rechtfertigen (*Art. 24*).

In einer generellen Entwicklungsklausel (*Art. 27*) wird die Bereitschaft der Vertragsparteien ausgedrückt, ihre Beziehungen auszubauen und die Möglichkeit zu prüfen, diese auf Bereiche auszudehnen, die vom Abkommen nicht erfasst werden. Das öffentliche Beschaffungswesen (*Art. 16*) sowie Dienstleistungen und Investitionen (*Art. 28*) sind je Gegenstand spezifischer Entwicklungsklauseln.

Der Anwendung des Abkommens dienen die Artikel über den Gemischten Ausschuss (*Art. 29 und 30*), über Schutzmassnahmen (*Art. 25*) und über die Streitbeilegung (*Art. 31*). Weitere Regeln betreffen die Gültigkeit, Anwendbarkeit, Umsetzung und Abänderung des Abkommens (*Art. 32-41*). Wie bei anderen EFTA-Drittlandabkommen ist der Gemischte Ausschuss auch hier ermächtigt, in eigener Kompetenz über die Änderung der Anhänge und Protokolle des Abkommens zu beschliessen (*Art. 33*). Für die Schweiz folgt daraus, dass der Bundesrat zur Genehmigung von Änderungen der Anhänge und Protokolle befugt ist. Die Annahme dieses Abkommens durch die eidgenössischen Räte bewirkt somit die Delegation einer entsprechenden Kompetenz an den Bundesrat (s. VPB 51/IV, S. 395 f.).

Das Abkommen soll für die Staaten, welche die Ratifikationsinstrumente hinterlegt haben, am 1. Januar 2002 in Kraft treten, sofern dies auch auf Jordanien zutrifft (*Art. 40*). Ansonsten bzw. für die anderen Staaten erfolgt das Inkrafttreten am ersten Tag des dritten Monats, der auf den Tag der Hinterlegung der Ratifikationsinstrumente folgt. Das Abkommen sieht auch die Möglichkeit der provisorischen Anwendung vor.

Das Abkommen (wie auch die bilaterale Vereinbarung über Landwirtschaftsprodukte) wird von der Schweiz gestützt auf Artikel 2 des Bundesgesetzes über aussenwirtschaftliche Massnahmen vom 25. Juni 1982 (SR 946.201) seit dem 1. Januar 2002 provisorisch angewandt. Die notwendigen Anpassungen im Verordnungsrecht wurden auf den 1. Januar 2002 in Kraft gesetzt.

Die provisorische Anwendung verhindert die Gefahr, dass die schweizerische Wirtschaft vorübergehend schlechteren Zugangsbedingungen zum jordanischen Markt ausgesetzt wird als ihre Konkurrenz. Diese Gefahr besteht, weil seit dem 1. Januar 2002 sowohl ein Assoziationsabkommen der EU als auch ein Freihandelsabkommen der USA mit Jordanien in Kraft sind. Diese Abkommen beinhalten die Errichtung von Freihandelsbeziehungen zwischen den jeweiligen Partnern.

#### **9.2.1.2.3                    Verständigungsprotokoll**

Dem Abkommen ist ein Verständigungsprotokoll beigelegt, das integraler Bestandteil desselben ist. Es enthält Präzisierungen sowie Absichtserklärungen zu einzelnen Abkommensbestimmungen.

#### **9.2.1.2.4                    Bilaterale Vereinbarung über landwirtschaftliche Produkte**

Wie erwähnt, hat jeder EFTA-Staat mit Jordanien eine bilaterale Vereinbarung über den Handel mit unverarbeiteten Landwirtschaftsprodukten abgeschlossen, die gewisse Zollkonzessionen beinhalten. Die Vereinbarung ist rechtlich mit dem Freihandelsabkommen verbunden und kann keine eigenständige Geltung erlangen.

Die von der Schweiz eingeräumten Zugeständnisse bestehen ausschliesslich in der Senkung oder der Beseitigung von Einfuhrzöllen für bestimmte landwirtschaftliche Produkte, für welche Jordanien ein besonderes Interesse geltend gemacht hat. Jordanien forderte von der Schweiz bedeutende Konzessionen, und die Verhandlungen gestalteten sich langwierig. Dennoch gelang es, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, nur Zugeständnisse einzuräumen, die schon anderen Freihandelspartnern gewährt oder im Rahmen des APS bisher autonom zugestanden worden sind. Bei diesen Ausnahmen handelt es sich insbesondere um ein jährliches Freizoll-Kontingent von 200 Tonnen für kaltgepresstes Olivenöl in Flaschen sowie um Zollkonzessionen für Molochia, ein spinatähnliches Wildgewächs, und Zucchetti unter 15 cm.

Im Gegenzug gewährt Jordanien der Schweiz Konzessionen insbesondere für Zuchtvieh, Milchpulver, Käse, Pflanzensamen, Pektin, Kaffee-Extrakte und Futtermittelzusätze.

### **9.2.1.3 Volkswirtschaftliche sowie finanzielle und personelle Auswirkungen auf die Schweiz**

#### **9.2.1.3.1 Volkswirtschaftliche Auswirkungen**

Seit der provisorischen Anwendung des Abkommens steht Jordanien nicht mehr im Genuss der schweizerischen APS-Präferenzen. Die eingeräumten Zollvergünstigungen bedeuten denn auch weitgehend eine Konsolidierung der bisherigen APS-Präferenzen.

Durch den Abbau der Industrie- und eines Teils der Landwirtschaftszölle durch Jordanien wirkt sich das Abkommen sowie die bilaterale Agrarvereinbarung auf die schweizerischen Unternehmen und Konsumenten positiv aus. Die Absatzmöglichkeiten der schweizerischen Industrie und der Landwirtschaft in Jordanien werden verbessert. Die Exporte betrugen 2000 rund 90 Millionen Franken. Da die Schweiz im Bereich der Landwirtschaftsprodukte praktisch nur Konzessionen gewährt, die Teil des APS sind oder die sie bereits anderen Freihandelspartnern zugestanden hat, sind keine nennenswerten Auswirkungen auf die schweizerische Landwirtschaft zu erwarten.

Es liegt im Interesse der Schweiz, ihr Netz von Freihandelsabkommen im Mittelmeerraum auszubauen, auch im Hinblick auf eine mögliche Teilnahme an der von der EU bis 2010 angestrebten grossen Freihandelszone Europa-Mittelmeer.

#### **9.2.1.3.2 Finanzielle und personelle Auswirkungen**

Die finanziellen Auswirkungen der Abkommen für die Schweiz sind gering, da ein grosser Teil der Einfuhren aus Jordanien bereits bisher auf Grund des APS zollbefreit war. Der bescheidene Zollausfall muss mit den verbesserten Absatzmöglichkeiten der schweizerischen Industrie und Landwirtschaft auf dem

jordanischen Markt in Relation gesetzt werden. Auf die Kantone hat das Abkommen weder personelle noch finanzielle Auswirkungen.

#### **9.2.1.4                   Legislaturplanung**

Das Abkommen entspricht dem Inhalt von Ziel 3 „Einsatz zu Gunsten einer offenen und nachhaltigen Weltwirtschaftsordnung“ des Berichtes über die Legislaturplanung 1999–2003 (BBl 2000 2276).

#### **9.2.1.5                   Bezug zu den anderen Instrumenten der Handelspolitik und Verhältnis zum europäischen Recht**

Sowohl die EFTA-Staaten als auch Jordanien – alle Vertragsparteien sind Mitglieder der WTO – sind der Auffassung, dass das vorliegende Abkommen, wie auch die früher abgeschlossenen Freihandelsabkommen, im Einklang mit den aus der WTO-Mitgliedschaft resultierenden Verpflichtungen stehen. Derartige Abkommen unterliegen jedoch der Überprüfung durch die zuständigen WTO-Organe und können Gegenstand eines Streitbeilegungsverfahrens sein.

Das Abkommen ist mit den Zielen unserer europäischen Integrationspolitik vereinbar, da sein Inhalt weitgehend mit den handelsrelevanten Bestimmungen des von der EU mit Jordanien abgeschlossenen Assoziationsabkommens übereinstimmt. Die Unterschiede zwischen dem EU-Assoziationsabkommen und der bilateralen Vereinbarung zwischen der Schweiz und Jordanien über den Handel mit Landwirtschaftsprodukten widerspiegeln die unterschiedlichen Handelsregime der EG und der Schweiz im Landwirtschaftsbereich.

#### **9.2.1.6                   Gültigkeit für das Fürstentum Liechtenstein**

Das Fürstentum Liechtenstein ist Unterzeichnerstaat des Abkommens. Auf Grund des Vertrags vom 29. März 1923 zwischen der Schweiz und Liechtenstein (SR 0.631.112.514) wendet die Schweiz die im Freihandelsabkommen mit Jordanien enthaltenen zollrechtlichen Bestimmungen auch für Liechtenstein an.

Was die bilaterale Vereinbarung zwischen der Schweiz und Jordanien im Agrarbereich betrifft, gilt diese auch für das Fürstentum Liechtenstein, solange dieses durch eine Zollunion mit der Schweiz verbunden ist.

#### **9.2.1.7                   Veröffentlichung der Anhänge zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten und Jordanien**

Die Anhänge zum Abkommen umfassen mehrere hundert Seiten. Es handelt sich zur Hauptsache um Bestimmungen technischer Natur. Sie können bei der Eidgenössischen Drucksachen- und Materialzentrale bezogen werden und sind beim EFTA-Sekretariat über Internet verfügbar<sup>1</sup>. Es wäre unzweckmässig, sie in der

<sup>1</sup> (<http://secretariat.efta.int/library/legal/fta/jordan/>)



Gesetzessammlung und im Bundesblatt zu veröffentlichen. (vgl. Art. 4 und Art. 14 Abs. 4 des Publikationsgesetzes, SR 170.512). Wegen der Implikationen auf die Wirtschaftsakteure ist jedoch das Protokoll B über die Ursprungsregeln und die Methoden der administrativen Zusammenarbeit, das die für die präferenzielle Zollbehandlung massgebenden Ursprungsregeln enthält, publikationspflichtig.

#### **9.2.1.8                    Verfassungsmässigkeit**

Nach Artikel 54 Absatz 1 der Bundesverfassung (BV) sind die auswärtigen Angelegenheiten Sache des Bundes. Die Zuständigkeit der Bundesversammlung zur Genehmigung von völkerrechtlichen Verträgen ergibt sich aus Artikel 166 Absatz 2 BV. Das vorliegende Abkommen kann unter Einhaltung einer Vorankündigungsfrist von sechs Monaten jederzeit gekündigt werden. Die bilaterale Agrarvereinbarung enthält zwar keine Kündigungsklausel, doch bildet sie mit dem Abkommen eine Einheit und ist wie dieses kündbar (vgl. hierzu auch Artikel 56 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge, SR 0.111). Es liegt weder ein Beitritt zu einer internationalen Organisation noch eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung vor. Der Ihnen zur Genehmigung unterbreitete Bundesbeschluss unterliegt somit nicht dem fakultativen Referendum gemäss Artikel 141 Absatz 1 Buchstabe d BV.

**Bundesbeschluss  
über das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-  
Staaten und dem Haschemitischen Königreich Jordanien**

vom ...

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*  
gestützt auf die Artikel 54 Absatz 1 und 166 Absatz 2 der Bundesverfassung,  
nach Einsicht in die im Bericht vom 9. Januar 2002<sup>1</sup> zur Aussenwirtschaftspolitik  
2001 enthaltene Botschaft,  
*beschliesst:*

**Art. 1**

<sup>1</sup> Die folgenden Abkommen werden genehmigt:

- a. Freihandelsabkommen vom 21. Juni 2001 zwischen den EFTA-Staaten und dem Haschemitischen Königreich Jordanien, samt Verständigungsprotokoll (Anhang 2);
- b. Vereinbarung in Form eines Briefwechsels zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien über den Handel mit Agrarprodukten (Anhang 3).

<sup>2</sup> Der Bundesrat wird ermächtigt, die Abkommen zu ratifizieren.

**Art. 2**

Dieser Beschluss untersteht nicht dem Staatsvertragsreferendum.

<sup>1</sup> BBl 2002 ....

## **Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und dem Haschemitischen Königreich Jordanien**

Unterzeichnet am 21. Juni 2001

---

*Die Republik Island, das Fürstentum Liechtenstein, das Königreich Norwegen und die Schweizerische Eidgenossenschaft (im Folgenden EFTA-Staaten genannt)*

*und*

*das Haschemitische Königreich Jordanien (im Folgenden Jordanien genannt),*

im Folgenden gemeinsam Parteien genannt:

In Erwägung der Bedeutung der zwischen den EFTA-Staaten und Jordanien bestehenden Bande, insbesondere der im Juni 1997 in Genf unterzeichneten Zusammenarbeitserklärung, und des gemeinsamen Wunsches, diese Bande zu festigen und enge und dauerhafte Beziehungen herzustellen,

Unter Bekräftigung ihrer Verpflichtungen hinsichtlich der Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen, insbesondere der pluralistischen Demokratie auf der Grundlage des Rechtsstaats und der politischen und wirtschaftlichen Freiheiten, sowie der Menschenrechte einschliesslich der Rechte der Angehörigen von Minderheiten,

Eingedenk ihrer Absicht, sich am Prozess der wirtschaftlichen Integration innerhalb des Raumes Europa-Mittelmeer zu beteiligen,

Im Bewusstsein der Notwendigkeit, durch die Förderung bilateraler und regionaler Zusammenarbeit ihre Bemühungen zur Stärkung der politischen Stabilität und der wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Raum zu verbinden,

In der festen Überzeugung, dass dieses Abkommen zur Schaffung und Stärkung einer erweiterten und ausgewogenen Freihandelszone zwischen den europäischen Staaten und den Mittelmeerländern beiträgt und damit einen wichtigen Beitrag zur Integration Europa-Mittelmeer bildet,

In Erwägung der politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre in Europa und im Mittleren Osten, insbesondere des Friedensprozesses im Mittleren Osten,

In Erwägung der Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen Jordanien und den EFTA-Staaten,

In der Absicht, günstige Voraussetzungen zu schaffen für die Ausweitung und Diversifizierung des gegenseitigen Handels sowie für die Förderung der handels- und wirtschaftsbezogenen Zusammenarbeit in Bereichen von gemeinsamem Interesse auf der Grundlage von Gleichberechtigung, beiderseitigem Nutzen, Nichtdiskriminierung und Völkerrecht,

In Erwägung der Verpflichtung der EFTA-Staaten und Jordaniens zum Freihandel, basierend auf ihren jeweiligen Rechten und Pflichten, die sich aus dem Abkommen von Marrakesch zur

<sup>1</sup> Übersetzung des englischen Originaltextes.

Errichtung der Welthandelsorganisation (im Folgenden WTO genannt) sowie aus weiteren Instrumenten multilateraler, regionaler und bilateraler Zusammenarbeit ergeben,

Entschlossen, dieses Abkommen zu verwirklichen mit dem Ziel, die Umwelt zu erhalten und zu schützen und eine optimale Nutzung der natürlichen Ressourcen in Übereinstimmung mit den Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung sicherzustellen;

Und in der Überzeugung, dass dieses Abkommen durch die Schaffung der Voraussetzungen für eine schrittweise Liberalisierung des Warenverkehrs und für eine mögliche Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs die gegenseitigen Beziehungen in den Bereichen Wirtschaft, Handel und Investitionen fördern wird;

Haben zur Erreichung dieser Ziele folgendes Abkommen (im Folgenden Abkommen genannt) abgeschlossen:

**Art. 1** Zielsetzung

1. Die EFTA Staaten und Jordanien errichten eine Freihandelszone im Einklang mit den Bestimmungen dieses Abkommens.

2. Die Ziele dieses Abkommens, das auf den Handelsbeziehungen zwischen marktwirtschaftlich orientierten Ländern sowie auf der Achtung der demokratischen Grundsätze und der Menschenrechte fusst, liegen

- (a) in der Förderung harmonischer Wirtschaftsbeziehungen zwischen den EFTA-Staaten und Jordanien durch die Ausweitung des gegenseitigen Handels, um dadurch in den EFTA-Staaten und Jordanien den wirtschaftlichen Aufschwung, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, die Produktivitätssteigerung sowie die finanzielle Stabilität zu begünstigen;
- (b) in der Sicherstellung gerechter Wettbewerbsbedingungen im Handel zwischen den Parteien;
- (c) in der Leistung eines Beitrags, durch die Beseitigung von Handelshemmnissen, zur Wirtschaftsintegration Europa-Mittelmeer und zur harmonischen Entwicklung und Ausweitung des Welthandels;
- (d) in der Förderung ausgewogener wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den Parteien durch die Mittel der Zusammenarbeit.

**Art. 2** Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt:

- (a) Für Erzeugnisse, die unter die Kapitel 25 bis 97 des Harmonisierten Systems (HS) zur Bezeichnung und Codierung der Waren fallen, mit Ausnahme der im Anhang I aufgezählten Waren;
- (b) für die in Protokoll A angegebenen Produkte, unter Berücksichtigung der darin geltenden Vereinbarungen;
- (c) für Fische und andere Meeresprodukte, wie im Anhang II bestimmt;

mit Ursprung in einem EFTA-Staat oder Jordanien.

**Art. 3**           Wirtschaftliche Zusammenarbeit und technische und finanzielle Unterstützung

1. Die Parteien erklären ihre Bereitschaft, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu fördern, im Einklang mit den Zielen der jeweiligen staatlichen Politik. Besondere Aufmerksamkeit ist dabei den Bereichen zu widmen, die im Rahmen des Strukturanpassungsprozesses zur Liberalisierung der jordanischen Wirtschaft mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

2. Zur Erleichterung der Umsetzung dieses Abkommens einigen sich die Parteien auf geeignete Modalitäten für die technische und finanzielle Unterstützung und die Zusammenarbeit ihrer Behörden, insbesondere in den Bereichen des geistigen Eigentums, der Zollangelegenheiten, der technischen Vorschriften und wenn nötig in anderen Bereichen. Zu diesem Zweck koordinieren sie ihre Bemühungen mit den massgeblichen internationalen Organisationen.

**Art. 4**           Ursprungsregeln und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Zollverwaltung

1. Protokoll B legt die Ursprungsregeln und die Verfahren für die administrative Zusammenarbeit fest.

2. Die Parteien treffen geeignete Massnahmen, einschliesslich Überprüfungen durch den Gemischten Ausschuss und Vorkehrungen zur administrativen Zusammenarbeit, zur Sicherstellung eines wirksamen und koordinierten Vollzugs der Artikel 5, 7, 8, 9, 14 und 23 dieses Abkommens und des Protokolls B sowie zur grösstmöglichen Verminderung der dem Handel auferlegten Formalitäten und zur Erreichung beiderseitig zufriedenstellender Lösungen für Schwierigkeiten, die sich aus der Anwendung dieser Bestimmungen ergeben.

3. Auf der Grundlage von Überprüfungen im Sinne von Absatz 2 entscheiden die Parteien über die zu treffenden angemessenen Massnahmen.

**Art. 5**           Einfuhrzölle und Abgaben gleicher Wirkung

1. Im Warenverkehr zwischen den EFTA-Staaten und Jordanien werden keine neuen Einfuhrzölle oder Abgaben gleicher Wirkung eingeführt.

2. Mit Inkrafttreten dieses Abkommens beseitigen die Parteien sämtliche Einfuhrzölle und Abgaben gleicher Wirkung auf Ursprungserzeugnissen aus einem EFTA-Staat oder Jordanien, vorbehaltlich der im Anhang III enthaltenen Bestimmungen.

**Art. 6**           Ausgangszollsätze

1. Für jedes Produkt soll der Ausgangszollsatz, auf welchen die in diesem Abkommen vorgesehenen schrittweisen Reduktionen angewandt werden, jenem Zollansatz entsprechen, der am 2. April 2000 unter dem Meistbegünstigungsprinzip zur Anwendung gelangt ist.

2. Wird vor, bei oder nach Inkrafttreten dieses Abkommens eine allgemeine Zollsenkung „erga omnes“ vorgenommen, insbesondere eine Senkung, die sich aus den Verpflichtungen der Uruguay-Runde und dem Beitritt Jordaniens zur WTO ergibt, ersetzen die so gesenkten Zollsätze von diesem Zeitpunkt an oder mit Inkrafttreten des Abkommens, falls letzteres später stattfindet, die in Absatz 1 erwähnten Ausgangszollsätze.

3. Die in Übereinstimmung mit Anhang III berechneten reduzierten Zölle werden auf die erste oder, im Falle spezifischer Zölle, auf die zweite Dezimalstelle gerundet angewandt.

**Art. 7**           Fiskalzölle

Die Bestimmungen gemäss Artikel 5 gelten auch für Fiskalzölle.

**Art. 8** Ausfuhrzölle und Abgaben gleicher Wirkung

1. Im Warenverkehr zwischen den EFTA-Staaten und Jordanien werden keine neuen Ausfuhrzölle oder Abgaben gleicher Wirkung eingeführt.
2. Mit Inkrafttreten dieses Abkommens beseitigen die EFTA-Staaten und Jordanien sämtliche Ausfuhrzölle und Abgaben gleicher Wirkung, vorbehaltlich der im Anhang IV enthaltenen Bestimmungen.

**Art. 9** Mengenmässige Ein- oder Ausfuhrbeschränkungen und Massnahmen gleicher Wirkung

1. Im Warenverkehr zwischen den EFTA-Staaten und Jordanien werden keine neuen mengenmässigen Ein- oder Ausfuhrbeschränkungen oder Massnahmen gleicher Wirkung eingeführt.
2. Mit Inkrafttreten dieses Abkommens beseitigen die EFTA-Staaten und Jordanien mengenmässige Ein- oder Ausfuhrbeschränkungen sowie Massnahmen gleicher Wirkung, vorbehaltlich der im Anhang V enthaltenen Bestimmungen.

**Art. 10** Allgemeine Ausnahmen

Dieses Abkommen steht Verboten oder Beschränkungen der Einfuhr, Ausfuhr oder Durchfuhr von Waren nicht entgegen, welche aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit, der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit, zum Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren oder Pflanzen, zum Schutz der Umwelt, zum Schutze des nationalen Kulturgutes von künstlerischem, geschichtlichem oder archäologischem Wert oder zum Schutz des geistigen Eigentums gerechtfertigt sind. Ebenso wenig steht es Regelungen betreffend Gold bzw. Silber oder Massnahmen zur Erhaltung nicht erneuerbarer natürlicher Ressourcen entgegen, sofern diese Massnahmen zusammen mit Beschränkungen bei der Inlandproduktion und beim Inlandverbrauch angewandt werden. Diese Verbote oder Beschränkungen dürfen jedoch weder ein Mittel zur willkürlichen Diskriminierung noch eine verschleierte Beschränkung des Handels zwischen den Parteien darstellen.

**Art. 11** Staatsmonopole

Vorbehaltlich der im Protokoll C vorgesehenen Ausnahmen und unter Berücksichtigung bestehender oder künftiger Verpflichtungen im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994 (nachstehend GATT 1994) sorgen die EFTA-Staaten und Jordanien für eine schrittweise Anpassung aller staatlicher Monopole kommerzieller Natur, so dass bis zum Ende des fünften Jahres nach Inkrafttreten dieses Abkommens sichergestellt ist, dass hinsichtlich der Bedingungen, zu denen Waren beschafft und vermarktet werden, keine Diskriminierungen zwischen Staatsangehörigen der EFTA-Staaten und Jordaniens mehr bestehen. Der Gemischte Ausschuss wird über die zur Umsetzung dieses Ziels getroffenen Massnahmen unterrichtet.

**Art. 12** Technische Vorschriften

1. Die Parteien arbeiten in den Bereichen der technischen Vorschriften, der Normen und der Konformitätsbewertung zusammen, wobei durch geeignete Massnahmen internationale Lösungen gefördert werden sollen. Der Gemischte Ausschuss stellt Richtlinien für die Umsetzung dieses Absatzes auf.

2. Die Parteien kommen überein, im Rahmen des Gemischten Ausschusses unverzüglich Konsultationen aufzunehmen, um eine geeignete Lösung zu finden für den Fall, dass eine Partei der Ansicht ist, dass eine andere Partei Massnahmen ergreift, die ein technisches Handelshemmnis im Sinne des WTO-Übereinkommens über technische Handelshemmnisse schaffen oder schaffen könnten.
3. Die Verpflichtung der Parteien zur Notifikation technischer Vorschriften richtet sich nach den Bestimmungen des WTO-Übereinkommens über technische Handelshemmnisse.

**Art. 13** Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen

1. Die Parteien erklären ihre Bereitschaft zur Förderung einer harmonischen Entwicklung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, soweit es ihre jeweilige Landwirtschaftspolitik zulässt.
2. In Verfolgung dieses Zieles hat jeder einzelne EFTA-Staat mit Jordanien eine bilaterale Vereinbarung abgeschlossen, welche Massnahmen zur Erleichterung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen vorsieht.
3. Im Bereich des Pflanzen- und des Gesundheitsschutzes wenden die Parteien ihre Vorschriften in nicht diskriminierender Weise an und treffen keine neuen Massnahmen, die eine unangemessene Behinderung des Warenverkehrs zur Folge haben.

**Art. 14** Interne Steuern und Regelungen

1. Die Parteien verpflichten sich, alle internen Steuern sowie anderen Gebühren und Regelungen in Übereinstimmung mit Artikel III des GATT 1994 sowie anderen massgebenden WTO-Übereinkommen anzuwenden.
2. Für Erzeugnisse, die in das Gebiet einer der Parteien ausgeführt werden, darf keine Erstattung für inländische Abgaben gewährt werden, die höher ist als die auf diesen Erzeugnissen unmittelbar oder mittelbar erhobenen Abgaben.

**Art. 15** Zahlungen und Überweisungen

1. Die mit dem Warenverkehr zwischen einem EFTA-Staat und Jordanien verbundenen Zahlungen und die Überweisung dieser Beträge in das Gebiet jener Partei, in welcher der Gläubiger seinen Wohnsitz hat, sind keinen Beschränkungen unterworfen.
2. Die Parteien erlassen keine Devisenbeschränkungen oder administrativen Einschränkungen für die Gewährung, Rückzahlung oder Annahme kurz- und mittelfristiger Kredite in Verbindung mit Handelsgeschäften, an welchen ein Gebietsansässiger beteiligt ist.
3. Überweisungen im Zusammenhang mit Investitionen, insbesondere die Rückführung investierter oder reinvestierter Beträge sowie daraus stammender Gewinne, unterliegen keinen Einschränkungen.

**Art. 16** Öffentliches Beschaffungswesen

1. Die Parteien betrachten das Ziel einer effektiven Liberalisierung ihres öffentlichen Beschaffungswesens auf der Basis der Nichtdiskriminierung und der Reziprozität als integralen Bestandteil dieses Abkommens.

2. Zu diesem Zweck, erarbeiten die Parteien im Rahmen des Gemischten Ausschusses Regeln im Hinblick auf die Verwirklichung dieser Liberalisierung. Die Entwicklungen im Rahmen der WTO werden dabei angemessen berücksichtigt.
3. Die betroffenen Parteien bemühen sich um einen Beitritt zum WTO-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen.

**Art. 17** Schutz des geistigen Eigentums

1. Die Parteien erteilen und gewährleisten einen angemessenen, wirksamen und nicht diskriminierenden Schutz der Rechte an geistigem Eigentum. Sie treffen in Übereinstimmung mit den Vorschriften dieses Artikels, des Anhangs VI dieses Abkommens und der darin erwähnten internationalen Abkommen, Massnahmen zum Schutz dieser Rechte vor Verletzung, Fälschung und Nachahmung.
2. Die Parteien gewähren den Staatsangehörigen der anderen Parteien eine Behandlung, welche nicht ungünstiger ist als die ihren eigenen Staatsangehörigen gewährte Behandlung. Ausnahmen von dieser Verpflichtung müssen in Übereinstimmung stehen mit den materiellen Bestimmungen von Artikel 3 des WTO-Abkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (nachstehend "TRIPS-Abkommen" genannt).
3. Die Parteien gewähren den Staatsangehörigen der anderen Parteien eine Behandlung, welche nicht ungünstiger ist als die den Angehörigen eines jeden anderen Staates gewährte Behandlung. In Übereinstimmung mit Artikel 4, Absatz d des TRIPS-Abkommens ist von dieser Verpflichtung jegliche Form von Vorteil, Begünstigung, Privileg oder Immunität ausgenommen, die sich aus internationalen, vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens gültigen Abkommen ergeben, welche den anderen Parteien spätestens sechs Monate nach Inkrafttreten dieses Abkommens notifiziert worden sind, vorausgesetzt, diese Ausnahme stellt keine willkürliche oder unbegründete Diskriminierung von Staatsangehörigen der anderen Parteien dar. Die Parteien sind von der Notifikation befreit, wenn sie dem TRIPS-Rat bereits eine solche Notifikation haben zukommen lassen. Ausnahmen von dieser Verpflichtung müssen in Übereinstimmung stehen mit den materiellen Bestimmungen des TRIPS-Abkommens, insbesondere dessen Artikel 4 und 5.
4. Die Parteien vereinbaren, auf Antrag einer jeden Partei, die in diesem Artikel und im Anhang VI enthaltenen Bestimmungen über den Schutz des geistigen Eigentums zu überprüfen mit dem Ziel, das Schutzniveau zu verbessern und Handelsverzerrungen, die sich aus dem gegenwärtigen Umfang des Schutzes des geistigen Eigentums ergeben, zu vermeiden oder zu beseitigen.

**Art. 18** Wettbewerbsregeln betreffend Unternehmen

1. Mit dem guten Funktionieren dieses Abkommens sind unvereinbar, soweit sie geeignet sind, den Warenverkehr zwischen einem EFTA-Staat und Jordanien zu beeinträchtigen:
  - (a) jegliche Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen zwischen Unternehmen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken;
  - (b) das missbräuchliche Ausnutzen einer beherrschenden Stellung auf dem gesamten Gebiet der Parteien oder auf einem wesentlichen Teil davon durch ein oder mehrere Unternehmen.
2. Die Bestimmungen von Absatz 1 gelten ebenfalls für Tätigkeiten öffentlicher Unternehmen und für Unternehmen, denen die Parteien besondere oder ausschliessliche Rechte einräumen,



soweit die Anwendung dieser Bestimmungen die Ausführung der ihnen zugewiesenen öffentlichen Aufgaben weder rechtlich noch tatsächlich behindert.

3. Ist eine Partei innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens der Ansicht, dass eine Praktik im Sinne von Absatz 1 und 2 eine ernsthafte Beeinträchtigung ihrer Interessen oder eine Schädigung der einheimischen Industrie verursacht oder zu verursachen droht, kann sie gemäss den in Artikel 25 festgelegten Bedingungen und Verfahrensvorschriften geeignete Massnahmen treffen.

4. Unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage Jordaniens entscheidet der Gemischte Ausschuss über eine allfällige Verlängerung der in Absatz 3 festgesetzten Frist um weitere Perioden von fünf Jahren.

5. Ist unbeschadet von Absatz 4 eine Partei der Auffassung, dass eine vorliegende Praktik mit den Bestimmungen in Absatz 1 und 2 unvereinbar ist, kann diese nach Ablauf der in Absatz 3 festgesetzten Frist gemäss den in Artikel 25 festgelegten Bedingungen und Verfahrensvorschriften geeignete Massnahmen treffen.

#### **Art. 19** Subventionen

1. Soweit in diesem Artikel nicht anders bestimmt, richten sich die Rechte und Pflichten der Parteien bezüglich Subventionen und Ausgleichsmassnahmen nach Artikel XVI des GATT 1994 und nach dem WTO-Übereinkommen über Subventionen und Ausgleichsmassnahmen.

2. Die Parteien stellen die Transparenz von Subventionsmassnahmen durch den Austausch ihrer jährlichen Notifikationen gemäss Artikel XVI:1 des GATT 1994 und des WTO-Übereinkommens über Subventionen und Ausgleichsmassnahmen sicher.

3. Bevor ein EFTA-Staat oder Jordanien, je nach Fall, eine Untersuchung einleitet mit dem Ziel, das Vorliegen, die Höhe und die Auswirkungen einer angeblichen Subvention in Jordanien oder in einem EFTA-Staat entsprechend den Bestimmungen in Artikel 11 des Übereinkommens über Subventionen und Ausgleichsmassnahmen zu ermitteln, muss die Partei, welche eine Untersuchung einleiten will, diejenige Partei, deren Waren untersucht werden sollen, schriftlich benachrichtigen und ihr eine Frist von 45 Tagen gewähren, um eine beiderseits annehmbare Lösung zu finden. Die Konsultationen finden im Gemischten Ausschuss statt, falls eine der Parteien dies innerhalb von zwanzig Tagen nach Empfang der Notifikation verlangt.

#### **Art. 20** Dumping

Stellt ein EFTA-Staat im Handel mit Jordanien Dumping-Praktiken im Sinne von Artikel VI des GATT 1994 fest oder stellt Jordanien entsprechende Dumping-Praktiken im Handel mit einem EFTA-Staat fest, kann die betroffene Partei im Einklang mit dem WTO-Übereinkommen zur Durchführung des Artikels VI des GATT 1994 und dem Verfahren nach Artikel 25 geeignete Massnahmen gegen diese Praktiken treffen.

#### **Art. 21** Dringlichkeitsmassnahmen für Einfuhren bestimmter Erzeugnisse

Nimmt die Erhöhung der Einfuhren eines Erzeugnisses ein derartiges Ausmass an und erfolgen diese erhöhten Einfuhren zu Bedingungen, welche

- (a) die einheimischen Produzenten gleichartiger oder mit diesen in direktem Wettbewerb stehender Erzeugnisse im gesamten oder in einem Teil des Gebiets einer Partei schwerwiegend schädigen oder zu schädigen drohen, oder
- (b) ernste Störungen in einem Wirtschaftszweig bewirken oder zu bewirken drohen,

kann die betroffene Partei gemäss den in Artikel 25 festgelegten Bedingungen und Verfahrensvorschriften geeignete Massnahmen treffen.

**Art. 22**            Strukturelle Anpassungen

1. Jordanien kann befristete Ausnahmemassnahmen in Form einer Erhöhung oder Wiedereinführung von Zöllen ergreifen, die von den Bestimmungen des Artikels 4 abweichen.
2. Diese Massnahmen können nur neu entstehende Industrien oder bestimmte Wirtschaftszweige betreffen, in denen Restrukturierungen vorgenommen werden oder die mit ernsthaften Schwierigkeiten kämpfen, insbesondere wenn diese zu erheblichen sozialen Problemen führen.
3. Die nach der Einführung dieser Massnahmen von Jordanien auf Ursprungserzeugnisse aus den EFTA-Staaten angewendeten Zollsätze dürfen 25% ad valorem nicht übersteigen und müssen eine Präferenzmarge für Ursprungserzeugnisse aus den EFTA-Staaten aufrecht erhalten. Der durchschnittliche Jahreswert der eingeführten Industriewaren mit Ursprung in den EFTA-Staaten, die diesen Massnahmen unterliegen, darf nicht mehr als 20% des durchschnittlichen jährlichen Gesamtwerts der Industriewaren mit Ursprung in den EFTA-Staaten betragen, die innerhalb der letzten drei Jahre, über die statistische Angaben vorliegen, eingeführt wurden.
4. Diese Massnahmen dürfen höchstens während fünf Jahren angewandt werden, sofern der Gemischte Ausschuss keine Verlängerung genehmigt. Sie können höchstens bis zum Ablauf der maximalen Übergangszeit von zwölf Jahren aufrecht erhalten werden.
5. Es können keine derartigen Massnahmen für Waren ergriffen werden, für die seit der Beseitigung sämtlicher Zölle und mengenmässiger Beschränkungen oder anderer Abgaben und Massnahmen gleicher Wirkung mehr als vier Jahre vergangen sind.
6. Jordanien unterrichtet den Gemischten Ausschuss über alle Ausnahmemassnahmen, die es zu ergreifen beabsichtigt. Vor deren Einführung sind auf Gesuch der EFTA-Staaten Konsultationen über solche Massnahmen und die Wirtschaftszweige, auf die sie angewandt werden sollen, abzuhalten. Bei der Einführung solcher Massnahmen unterbreitet Jordanien dem Gemischten Ausschuss einen Zeitplan für die Aufhebung der gestützt auf diesen Artikel eingeführten Zölle zu. Dieser Zeitplan muss einen schrittweisen Abbau dieser Zölle in gleichen jährlichen Raten vorsehen, der nicht später als zwei Jahre nach deren Einführung beginnt. Der Gemischte Ausschuss kann einen anderen Zeitplan festlegen.
7. Um Probleme beim Aufbau neuer Industrien, Restrukturierungsprobleme oder andere ernsthafte Schwierigkeiten gewisser Wirtschaftszweige zu berücksichtigen, kann der Gemischte Ausschuss, in Abweichung von Absatz 5 dieses Artikels, Jordanien gestatten, gestützt auf Absatz 1 bereits getroffene Massnahmen für einen Zeitraum von maximal drei Jahren nach Ablauf der zwölfjährigen Übergangszeit beizubehalten.

**Art. 23**            Wiederausfuhr und ernster Versorgungsengpass

Wenn aufgrund der Artikel 8 und 9:

- (a) eine Wiederausfuhr in ein Drittland erfolgt, demgegenüber die ausführende Partei für das betreffende Erzeugnis mengenmässige Ausfuhrbeschränkungen, Ausfuhrzölle oder Massnahmen und Abgaben gleicher Wirkung aufrechterhält, oder
- (b) im Zusammenhang mit einem für die ausführende Partei wichtigen Erzeugnis ein ernster Versorgungsengpass entsteht oder zu entstehen droht;

und wenn der ausführenden Partei in den erwähnten Situationen ernste Schwierigkeiten entstehen oder zu entstehen drohen, kann diese Partei gemäss den in Artikel 25 festgelegten

Bedingungen und Verfahrensvorschriften geeignete Massnahmen treffen. Die Massnahmen sollen nicht diskriminierend sein und aufgehoben werden, wenn die Umstände ihre Aufrechterhaltung nicht mehr rechtfertigen.

**Art. 24** Zahlungsbilanzschwierigkeiten

1. Die Parteien bemühen sich, restriktive Massnahmen aus Zahlungsbilanzgründen zu vermeiden.
2. Befindet sich eine Partei in ernsthaften Zahlungsbilanzschwierigkeiten oder ist sie unmittelbar davon bedroht, so kann sie im Einklang mit den im GATT 1994 und in der Vereinbarung über Zahlungsbilanzbestimmungen des GATT 1994 festgelegten Bedingungen zeitlich begrenzte und nicht diskriminierende Handelsbeschränkungen einführen, die nicht über das für die Sanierung der Zahlungsbilanzsituation erforderliche Mass hinausgehen. Preisbezogene Massnahmen sind dabei vorzuziehen; diese sind bei Verbesserung der Zahlungsbilanz schrittweise zu lockern und aufzuheben, wenn die Umstände ihre Aufrechterhaltung nicht mehr rechtfertigen. Der EFTA-Staat oder Jordanien, je nach Fall, unterrichtet die anderen Parteien und den Gemischten Ausschuss unverzüglich über solche Massnahmen, wenn möglich vor deren Einführung, und legt einen Zeitplan für deren Aufhebung vor. Auf Gesuch einer Partei prüft der Gemischte Ausschuss die Notwendigkeit der Beibehaltung der getroffenen Massnahmen.

**Art. 25** Verfahren bei der Anwendung von Schutzmassnahmen

1. Bevor das Verfahren für die Anwendung von Schutzmassnahmen nach den folgenden Absätzen eingeleitet wird, bemühen sich die Parteien um Bereinigung ihrer Differenzen durch direkte Konsultationen und unterrichten die anderen Parteien.
2. Unbeschadet von Absatz 6 benachrichtigt die Partei, die Schutzmassnahmen zu ergreifen beabsichtigt, unverzüglich die anderen Parteien und den Gemischten Ausschuss und liefert alle zweckdienlichen Angaben. Im Gemischten Ausschuss werden unverzüglich Konsultationen aufgenommen, um eine einvernehmliche Lösung zu finden.
3.
  - (a) Bezüglich Artikel 18 leisten die betroffenen Parteien dem Gemischten Ausschuss jede erforderliche Unterstützung, die er zur Prüfung des Falls und gegebenenfalls zur Aufhebung der beanstandeten Praktik benötigt. Wenn die betreffende Partei der Aufhebung einer angefochtenen Praktik innerhalb der vom Gemischten Ausschuss festgesetzten Frist nicht nachkommt oder wenn der Gemischte Ausschuss nicht in der Lage ist, nach erfolgten Konsultationen oder dreissig Tage nachdem um diese Konsultationen nachgesucht wurde, eine Einigung zu erzielen, kann die betroffene Partei geeignete Massnahmen treffen, um den sich aus der fraglichen Praktik ergebenden Schwierigkeiten abzuhelpfen.
  - (b) Bezüglich Artikel 20 ist die ausführende Partei über die Dumpingpraktik zu benachrichtigen, sobald die Behörden der einführenden Partei eine Untersuchung eingeleitet haben. Wird diese Praktik im Sinne von Artikel VI GATT 1994 nicht beendet oder wurde innerhalb von dreissig Tagen nach Benachrichtigung keine befriedigende Lösung gefunden, kann die einführende Partei angemessene Massnahmen treffen.
  - (c) Bezüglich Artikel 21 und 23 prüft der Gemischte Ausschuss den Fall oder die Lage und kann einen Beschluss zur Beendigung der durch die betroffene Partei notifizierten Schwierigkeiten fällen. Kommt innerhalb von dreissig Tagen nach Befassung des Gemischten Ausschusses keine Einigung zustande, so kann die

betroffene Partei die erforderlichen Massnahmen treffen, um der Situation abzuhelpfen.

- (d) Bezüglich Artikel 32 liefert die betroffene Partei dem Gemischten Ausschuss alle Angaben, die zur gründlichen Prüfung der Lage im Hinblick auf die Suche nach einer einvernehmlichen Lösung erforderlich sind. Ist der Gemischte Ausschuss nicht in der Lage, eine solche Lösung zu finden oder sind seit der Notifizierung neunzig Tage vergangen, so kann die betroffene Partei geeignete Massnahmen treffen.

4. Die getroffenen Schutzmassnahmen sind den Parteien und dem Gemischten Ausschuss unverzüglich zu notifizieren. Sie sollen bezüglich Ausmass und Dauer nicht über das Mass hinausgehen, das zur Abhilfe der Situation, die zu ihrer Anwendung geführt hat, unbedingt erforderlich ist; Sie dürfen im Verhältnis zum durch die fragliche Praktik verursachten Schaden oder zur betroffenen Schwierigkeit nicht unverhältnismässig sein. Es sind solche Massnahmen vorzuziehen, die das Funktionieren dieses Abkommens am wenigsten beeinträchtigen. Die von Jordanien gegen eine Handlung oder eine Unterlassung eines EFTA-Staats getroffenen Massnahmen dürfen sich nur auf den Warenverkehr mit diesem EFTA-Staat auswirken. Massnahmen gegen Handlungen oder Unterlassungen Jordaniens dürfen nur von jenem EFTA-Staat oder jenen EFTA-Staaten getroffen werden, dessen bzw. deren Warenverkehr durch die besagten Handlungen oder Unterlassungen beeinträchtigt wird.

5. Die Schutzmassnahmen sind Gegenstand regelmässiger Konsultationen im Gemischten Ausschuss, im Hinblick auf deren Lockerung, Ersetzung oder Aufhebung wenn die Umstände ihre Aufrechterhaltung nicht mehr rechtfertigen.

6. Verunmöglichen aussergewöhnliche Umstände, die ein sofortiges Handeln erfordern, eine vorübergehende Prüfung, kann die betroffene Partei in den Fällen von Artikel 20, 21 und 23 unverzüglich die vorsorglichen und provisorischen Massnahmen treffen, die unbedingt erforderlich sind, um der Lage Abhilfe zu schaffen. Diese Massnahmen sind unverzüglich zu notifizieren und im Gemischten Ausschuss sind sobald als möglich Konsultationen zwischen den Parteien abzuhalten.

#### **Art. 26**            Ausnahmen aus Gründen der Sicherheit

Keine Bestimmung dieses Abkommens hindert eine Partei daran, Massnahmen zu treffen, die sie als erforderlich erachtet:

- (a) um Auskünfte zu verweigern, deren Preisgabe ihren wesentlichen Sicherheitsinteressen zuwiderläuft;
- (b) zum Schutz ihrer wesentlichen Sicherheitsinteressen, zur Erfüllung internationaler Verpflichtungen oder zur Befolgung nationaler Politiken
  - (i) betreffend den Handel mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial, sofern derartige Massnahmen die Wettbewerbsbedingungen für nicht für spezifisch militärische Zwecke bestimmte Erzeugnisse nicht verfälschen, sowie mit anderen Waren, Materialien und Dienstleistungen, die unmittelbar oder mittelbar für eine militärische Einrichtung bestimmt sind, oder
  - (ii) betreffend die Nichtweiterverbreitung von biologischen und chemischen Waffen, Atomwaffen oder anderen Kernsprengstoffen, oder
  - (iii) die in Kriegszeiten oder in Zeiten anderer ernsthafter internationaler Spannungen getroffen werden.

**Art. 27**      Evolutivklausel

1. Die Parteien überprüfen das vorliegende Abkommen im Lichte der weiteren Entwicklungen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, unter anderem im Rahmen der WTO. Sie untersuchen in diesem Zusammenhang und im Lichte aller massgeblichen Faktoren die Möglichkeit, die durch dieses Abkommen geschaffene Zusammenarbeit weiter auszubauen, zu vertiefen und sie auf neue Bereiche auszudehnen. Die Parteien können den Gemischten Ausschuss mit der Prüfung dieser Möglichkeit und, wo angemessen, mit der Ausarbeitung von Empfehlungen beauftragen, insbesondere im Hinblick auf die Aufnahme von Verhandlungen.
2. Vereinbarungen, die aus dem in Absatz 1 genannten Verfahren hervorgehen, bedürfen der Ratifizierung oder Genehmigung durch die Parteien nach deren eigenen Verfahren.

**Art. 28**      Dienstleistungen und Investitionen

1. Die Parteien anerkennen die wachsende Bedeutung gewisser Bereiche wie der Dienstleistungen und der Investitionen. Im Rahmen ihrer Bemühungen um eine schrittweise Ausweitung und Vertiefung ihrer Zusammenarbeit, insbesondere in Zusammenhang mit der Integration Europa-Mittelmeer, wirken sie gemeinsam auf eine weitere Förderung der Investitionen sowie eine schrittweise Liberalisierung und eine gegenseitige Marktöffnung für den Handel mit Dienstleistungen hin. Sie berücksichtigen dabei die laufenden Arbeiten im Rahmen der WTO.
2. Die EFTA-Staaten und Jordanien überprüfen die Entwicklungen im Bereich des Dienstleistungssektors im Hinblick auf eine Prüfung von Liberalisierungsmassnahmen zwischen den Parteien.
3. Die EFTA-Staaten und Jordanien besprechen diese Zusammenarbeit im Gemischten Ausschuss mit dem Ziel, ihre Beziehungen im Rahmen dieses Abkommens weiter zu entwickeln und zu vertiefen.

**Art. 29**      Gemischter Ausschuss

1. Aufsicht und Verwaltung bei der Durchführung dieses Abkommens obliegen einem aus Vertretern der Parteien zusammengesetzten Gemischten Ausschuss, der gleichzeitig auch auf der Grundlage der im Juni 1997 in Genf unterzeichneten Erklärung handelt.
2. Zur ordnungsgemässen Durchführung des Abkommens tauschen die Parteien Informationen aus und halten auf Antrag einer Partei im Gemischten Ausschuss Konsultationen ab. Der Gemischte Ausschuss prüft laufend die Möglichkeiten eines weiteren Abbaus von Handelsschranken sowie einer weiteren Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens.
3. Der Gemischte Ausschuss kann in den in diesem Abkommen vorgesehenen Fällen Beschlüsse fassen. In den übrigen Fällen kann er Empfehlungen aussprechen.

**Art. 30**      Verfahren des Gemischten Ausschusses

1. Zur ordnungsgemässen Durchführung dieses Abkommens tritt der Gemischte Ausschuss so oft als erforderlich zusammen, in der Regel aber einmal im Jahr. Jede Partei kann seine Einberufung verlangen.
2. Der Gemischte Ausschuss handelt im gegenseitigen Einvernehmen.
3. Hat ein Vertreter einer Partei im Gemischten Ausschuss einen Beschluss unter Vorbehalt der Erfüllung verfassungsrechtlicher Vorschriften angenommen, tritt der Beschluss, sofern kein

späterer Zeitpunkt vorgesehen ist, an dem Tag in Kraft, an dem die Aufhebung des Vorbehaltes notifiziert worden ist.

4. Der Gemischte Ausschuss gibt sich für die Zwecke dieses Abkommens eine Geschäftsordnung, die unter anderem Bestimmungen über die Einberufung von Sitzungen und über die Ernennung und die Amtsdauer der/des Vorsitzenden enthält.

5. Der Gemischte Ausschuss kann bei Bedarf Unterausschüsse und Arbeitsgruppen einsetzen, die ihm bei der Erfüllung seiner Aufgaben zur Seite stehen.

#### **Art. 31** Streitbeilegungsverfahren

1. Die Parteien bemühen sich stets um eine einvernehmliche Auslegung und Anwendung dieses Abkommens. Sie unternehmen alle Anstrengungen, um auf dem Wege von Zusammenarbeit und Konsultationen eine für beide Seiten zufriedenstellende Lösung aller Fragen zu erreichen, welche die Durchführung dieses Abkommens beeinträchtigen könnten.

2. Jede Partei kann bezüglich aller Fragen im Zusammenhang mit bestehenden oder vorgesehenen Massnahmen oder aller anderer Fragen, die ihrer Auffassung nach die Durchführung dieses Abkommens beeinträchtigen könnten, mit einer anderen Partei schriftlich Konsultationen verlangen, wobei sie gleichzeitig alle anderen Parteien hiervon schriftlich unterrichtet, unter Angabe aller zweckdienlicher Informationen.

3. Auf Verlangen einer Partei innerhalb von 20 Tagen nach dem Empfang der in Absatz 2 erwähnten Notifikation finden die Konsultationen im Gemischten Ausschuss statt, um eine einvernehmliche Lösung zu finden.

4. Hinsichtlich Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung der Rechte und Pflichten der Parteien, welche nicht innerhalb von 90 Tagen nach Eingang des Gesuchs um Konsultationen durch direkte Konsultationen oder durch den Gemischten Ausschuss gelöst werden konnten, kann von einer oder mehreren Streitparteien mittels schriftlicher Notifikation an die beklagte Partei das Schiedsgerichtsverfahren eröffnet werden. Eine Kopie dieser Notifikation ist allen anderen Vertragsparteien zuzustellen.

5. Die Zusammensetzung und die Arbeitsweise des Schiedsgerichts richtet sich nach Anhang VII.

6. Das Schiedsgericht legt Streitigkeiten im Einklang mit den Bestimmungen dieses Abkommens bei, deren Auslegung und Anwendung in Übereinstimmung mit den gewohnheitsrechtlichen Auslegungsregeln des Völkerrechts erfolgt.

7. Der Entscheid des Schiedsgerichts ist endgültig und für die Streitparteien bindend.

#### **Art. 32** Erfüllung von Verpflichtungen

1. Die Parteien treffen alle erforderlichen Massnahmen, um die Verwirklichung der Ziele dieses Abkommens und die Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Abkommen sicherzustellen.

2. Ist ein EFTA-Staat der Auffassung, dass Jordanien, oder ist Jordanien der Auffassung, dass ein EFTA-Staat einer Verpflichtung aus diesem Abkommen nicht nachgekommen ist, kann die betroffene Partei gemäss den in Artikel 25 festgelegten Bedingungen und Verfahrensvorschriften geeignete Massnahmen treffen.

**Art. 33** Anhänge und Protokolle

Die Anhänge und Protokolle zu diesem Abkommen sind integrale Bestandteile davon. Der Gemischte Ausschuss kann Änderungen der Anhänge und Protokolle beschliessen.

**Art. 34** Diesem Abkommen unterliegende Handelsbeziehungen

Dieses Abkommen ist auf Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den einzelnen EFTA-Staaten einerseits und Jordanien andererseits anwendbar, nicht jedoch auf die Handelsbeziehungen zwischen einzelnen EFTA-Staaten, sofern in diesem Abkommen nichts anderes vorgesehen ist.

**Art. 35** Räumlicher Anwendungsbereich

Dieses Abkommen findet, mit Ausnahme der Bestimmungen in Protokoll D, auf dem Gebiet der Parteien Anwendung.

**Art. 36** Zollunionen, Freihandelszonen, Grenzverkehr und andere präferenzielle Abkommen

Dieses Abkommen steht der Beibehaltung oder Schaffung von Zollunionen, Freihandelszonen, Grenzverkehrsregelungen und anderen präferenziellen Abkommen nicht entgegen, soweit diese keine negativen Auswirkungen auf das in diesem Abkommen vorgesehene Handelsregime haben.

**Art. 37** Änderungen

1. Sofern es sich nicht um Änderungen im Sinne von Artikel 33 handelt, werden Änderungen dieses Abkommens nach Gutheissung durch den Gemischten Ausschuss den Parteien zur Annahme, Ratifikation oder Genehmigung unterbreitet.
2. Sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren, treten die Änderungen am ersten Tag des dritten Monats nach Hinterlegung der letzten Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.
3. Der Änderungstext sowie die Annahmearkunden werden beim Depositär hinterlegt.

**Art. 38** Beitritt

1. Jeder Staat, der Mitgliedstaat der Europäischen Freihandelsassoziation ist, kann auf Beschluss des Gemischten Ausschusses und zu den in diesem Beschluss festgelegten Bedingungen diesem Abkommen beitreten. Der Beitritt ist zwischen dem beitretenden Staat und den betroffenen Parteien auszuhandeln. Die Beitrittsurkunde wird beim Depositär hinterlegt.
2. Für einen beitretenden Staat tritt das Abkommen am ersten Tag des dritten Monats nach der Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde in Kraft.

**Art. 39** Rücktritt und Beendigung

1. Jede Partei kann mittels einer schriftlichen Notifikation an den Depositär von diesem Abkommen zurücktreten. Der Rücktritt wird sechs Monate nach dem Datum, an welchem der Depositär die Notifikation erhalten hat, wirksam.

2. Tritt Jordanien zurück, erlischt das Abkommen nach Ablauf der Kündigungsfrist; treten alle EFTA-Staaten zurück, so erlischt es nach Ablauf der letzten Kündigungsfrist.
3. Jeder EFTA-Staat, der vom Übereinkommen über die Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation zurücktritt, hört am Tag, an dem der Rücktritt Wirkung erlangt, ipso facto auf, Partei dieses Abkommens zu sein.

**Art. 40** Inkrafttreten

1. Dieses Abkommen tritt am 1. Januar 2002 für alle Unterzeichnenden in Kraft, die bis dahin ihre Ratifikations- oder Annahmeerkunden beim Depositär hinterlegt haben, sofern Jordanien seine Ratifikations- oder Annahmeerkunde hinterlegt hat.
2. Für die Unterzeichnenden, die ihre Ratifikations- oder Annahmeerkunden nach dem 1. Januar 2002 hinterlegen, tritt dieses Abkommen am ersten Tag des dritten Monats nach der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde in Kraft, sofern dieses Abkommen für Jordanien spätestens am gleichen Zeitpunkt in Kraft tritt.
3. Jeder Unterzeichnende kann bei der Unterzeichnung erklären, dieses Abkommen während einer Einführungsphase provisorisch anzuwenden, wenn es für diesen Unterzeichnenden nicht auf den 1. Januar 2002 in Kraft treten kann. Ein EFTA-Staat kann dieses Abkommen nur dann provisorisch anwenden, wenn es für Jordanien in Kraft ist oder Jordanien das Abkommen provisorisch anwendet.

**Art. 41** Depositär

Die Regierung Norwegens handelt als Depositär.

*Zu Urkunde dessen* haben die Unterzeichner, die hierzu gebührend bevollmächtigt sind, das vorliegende Abkommen unterzeichnet.

Geschehen zu Vaduz, am 21. Juni 2001, in einer einzigen Ausfertigung in englischer Sprache, die bei der Regierung Norwegens hinterlegt wird. Der Depositär wird allen Signatarstaaten sowie jedem Staat, der diesem Abkommen beitrifft, eine beglaubigte Abschrift übermitteln.



# **Verständigungsprotokoll betreffend das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und dem Haschemitischen Königreich Jordanien**

---

## **Betreffend Artikel 3**      Wirtschaftliche Zusammenarbeit und technische Unterstützung

1. Unter den Parteien besteht Einvernehmen darüber, dass die in Artikel 3 erwähnte Zusammenarbeit im Falle von Norwegen und der Schweiz vorwiegend im Rahmen ihrer bilateralen Entwicklungszusammenarbeitspolitik stattfinden wird, während Island und Liechtenstein ihren Beitrag zu dieser Zusammenarbeit im Rahmen des EFTA-Programms für technische Unterstützung erbringen.

## **Betreffend Artikel 17**      Schutz des geistigen Eigentums

2. Gemäss EWR-Abkommen erfüllen die EFTA-Staaten in ihrer Gesetzgebung die materiellen Bestimmungen des Europäischen Patentübereinkommens vom 5. Oktober 1973. Island und Norwegen gehen davon aus, dass die Pflichten gemäss Artikel 17 (Schutz des geistigen Eigentums) sich in der Substanz nicht von den Pflichten gemäss EWR-Vertrag unterscheiden.

## **Betreffend Protokoll B**

3. Die EFTA-Staaten und Jordanien anerkennen die Wichtigkeit regionaler Zusammenarbeit im Mittelmeerraum. Der Zweck dieser Zusammenarbeit besteht in der Schaffung von Möglichkeiten für den weiteren Ausbau des Freihandels sowohl zwischen den Parteien als auch innerhalb dieses Raums, als Beitrag zur Errichtung einer Freihandelszone Europa-Mittelmeer.

4. Weiter sind sich die EFTA-Staaten und Jordanien darin einig, die Möglichkeiten zum Einschluss der Europäischen Gemeinschaft in die Bestimmungen des Abkommens über die Ursprungskumulation zu prüfen, auf der Grundlage von Gegenseitigkeit zwischen allen Parteien.

5. Die EFTA-Staaten und das Königreich Jordanien kommen überein, eine weitere Ausweitung und Verbesserung der Kumulationsmöglichkeiten zu prüfen, insbesondere mit Staaten der Arabischen Liga.

# Protokoll über die Bestimmung des Begriffs «Ursprungserzeugnisse» und über die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen

---

## **Titel I** **Allgemeines**

### **Art. 1**           Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Protokolls bedeuten

- a) der Begriff «*Herstellen*» jede Be- oder Verarbeitung einschliesslich Zusammenbau oder besondere Vorgänge;
- b) der Begriff «*Vormaterial*» jegliche Zutaten, Rohstoffe, Komponenten oder Teile usw., die beim Herstellen des Erzeugnisses verwendet werden;
- c) der Begriff «*Erzeugnis*» die hergestellte Ware, auch wenn sie zur späteren Verwendung in einem anderen Herstellungsvorgang bestimmt ist;
- d) der Begriff «*Waren*» sowohl Vormaterialien als auch Erzeugnisse;
- e) der Begriff «*Zollwert*» den Wert, der gemäss dem Übereinkommen zur Durchführung des Artikels VII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994 (WTO-Übereinkommen über den Zollwert) festgelegt wird;
- f) der Begriff «*Ab-Werk-Preis*» den Preis der Ware ab Werk, der dem Hersteller in einem EFTA-Staat oder in Jordanien gezahlt wird, in dessen Unternehmen die letzte Be- oder Verarbeitung durchgeführt worden ist, sofern dieser Preis den Wert aller verwendeten Vormaterialien umfasst, abzüglich aller inländischen Abgaben, die erstattet werden oder erstattet werden können, wenn das hergestellte Erzeugnis ausgeführt wird;
- g) der Begriff «*Wert der Vormaterialien*» den Zollwert der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft zum Zeitpunkt der Einfuhr oder, wenn dieser nicht bekannt ist und nicht festgestellt werden kann, den ersten feststellbaren Preis, der in einem EFTA-Staat oder in Jordanien für die Vormaterialien gezahlt wird;
- h) der Begriff «*Wert der Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft*» den Wert dieser Vormaterialien gemäss Buchstabe g), der sinngemäss anzuwenden ist;
- i) der Begriff «*Wertzuwachs*» den Ab-Werk-Preis abzüglich des Zollwerts aller verwendeten Vormaterialien mit Ursprung in einer Vertragspartei oder Israel, Ägypten oder der Westbank und des Gaza-Streifens gemäss Artikel Artikel 3 und 4 oder, wenn dieser Zollwert nicht bekannt ist oder nicht festgestellt werden kann, den ersten feststellbaren Preis, der im betreffenden EFTA-Land oder in Jordanien für die Vormaterialien bezahlt wird;
- j) die Begriffe «*Kapitel*» und «*Position*» die Kapitel und Positionen (vierstellige Codes) der Nomenklatur des Harmonisierten Systems zur Bezeichnung und Codierung der Waren (in diesem Protokoll als «*Harmonisiertes System*» oder «*HS*» bezeichnet);
- k) der Begriff «*einreihen*» die Einreihung von Erzeugnissen oder Vormaterialien in eine bestimmte Position;

- l) der Begriff «*Sendung*» Erzeugnisse, die entweder gleichzeitig von einem Ausführer an einen Empfänger oder mit einem einzigen Frachtpapier oder – bei Fehlen eines solchen Papiers – mit einer einzigen Rechnung vom Ausführer an den Empfänger versandt werden;
- m) der Begriff «*Gebiete*» die Gebiete einschliesslich der Küstenmeere;
- n) der Begriff «*Rechnungseinheiten*» entspricht dem Äquivalent der Einheitswährung der Europäischen Währungsunion (EURO).

## **Titel II**

### **Bestimmung des Begriffs «Ursprungserzeugnisse»**

#### **Art. 2** Ursprungskriterien

Im Sinne dieses Abkommens gelten ohne Rücksicht auf die Bestimmungen im Artikel 3 dieses Protokolls folgende Erzeugnisse als:

##### (1) Ursprungserzeugnisse eines EFTA-Staates:

- a) Erzeugnisse, die im Sinne des Artikels 5 dieses Protokolls vollständig in einem EFTA-Staat gewonnen oder hergestellt worden sind;
- b) Erzeugnisse, die in einem EFTA-Staat unter Verwendung von Vormaterialien hergestellt worden sind, die dort nicht vollständig gewonnen oder hergestellt worden sind, vorausgesetzt, dass diese Vormaterialien in einem EFTA-Staat im Sinne des Artikels 6 dieses Protokolls in ausreichendem Masse be- oder verarbeitet worden sind;

##### (2) Ursprungserzeugnisse Jordaniens:

- a) Erzeugnisse, die im Sinne des Artikels 5 dieses Protokolls vollständig in Jordanien gewonnen oder hergestellt worden sind;
- b) Erzeugnisse, die in Jordanien unter Verwendung von Vormaterialien hergestellt worden sind, die dort nicht vollständig gewonnen oder hergestellt worden sind, vorausgesetzt, dass diese Vormaterialien in Jordanien im Sinne des Artikels 6 dieses Protokolls in ausreichendem Masse be- oder verarbeitet worden sind.

#### **Art. 3** Bilaterale Kumulierung

(1) Unbeschadet von Artikel 2 Absatz 1 b) gelten Erzeugnisse als Ursprungserzeugnisse eines EFTA-Landes, wenn sie dort aus Vormaterialien mit Ursprung in Jordanien hergestellt worden sind, vorausgesetzt, die in diesem EFTA-Land vorgenommene Be- oder Verarbeitung geht über jene in Artikel 7 dieses Protokolls genannten Vorgänge hinaus. Die verwendeten Vormaterialien müssen nicht in ausreichendem Masse be- oder verarbeitet worden sein.

(2) Unbeschadet von Artikel 2 Absatz 2 b) gelten Erzeugnisse als Ursprungserzeugnisse Jordaniens, wenn sie dort aus Vormaterialien mit Ursprung in einem EFTA-Land hergestellt worden sind, vorausgesetzt, die vorgenommene Be- oder Verarbeitung geht über jene in Artikel 7 dieses Protokolls genannten Vorgänge hinaus. Die verwendeten Vormaterialien müssen nicht in ausreichendem Masse be- oder verarbeitet worden sein.

(3) Geht zum Zwecke der Absätze 1 und 2, die in einem EFTA-Land oder in Jordanien vorgenommene Be- oder Verarbeitung nicht über die im Artikel 7 genannten Vorgänge hinaus, gilt das hergestellte Erzeugnis nur dann als Ursprungserzeugnis in der betreffenden

Vertragspartei, wenn der dort erzielte Wertzuwachs grösser ist als die Werte der Vormaterialien mit Ursprung in einer anderen Vertragspartei. Andernfalls gilt das hergestellte Erzeugnis als Ursprungserzeugnis derjenigen Vertragspartei, auf die der höchste Wert, der bei der Herstellung in dieser Vertragspartei verwendeten Vormaterialien entfällt.

(4) Erzeugnisse, die Ursprung in einer anderen Vertragspartei haben, und die keiner Be- oder Verarbeitung unterzogen wurden, behalten ihren Ursprung bei, wenn sie in eine andere Vertragspartei ausgeführt werden.

#### **Art. 4**                      Diagonale Kumulation

(1) Unbeschadet von Artikel 2 Absätze 1 b) und 2 b) und unter Voraussetzung der Absätze 2 und 3 gelten als Erzeugnisse eines EFTA-Landes oder Jordaniens, wenn sie dort aus Vormaterialien mit Ursprung in Israel, Ägypten und der Westbank und des Gaza-Streifens in Übereinstimmung mit den Ursprungsregeln der Abkommen zwischen der betreffenden Vertragsparteien und Israel, Ägypten und der Westbank und des Gaza-Streifens, hergestellt worden sind, vorausgesetzt, die vorgenommene Be- oder Verarbeitung geht über jene in Artikel 7 dieses Protokolls genannten Vorgänge hinaus. Die verwendeten Vormaterialien müssen nicht in ausreichendem Masse be- oder verarbeitet worden sein.

(2) Geht zum Zwecke des Absatzes 1, die in einem EFTA-Land oder in Jordanien vorgenommene Be- oder Verarbeitung nicht über die im Artikel 7 genannten Vorgänge hinaus, gilt das hergestellte Erzeugnis nur dann als Ursprungserzeugnis in der betreffenden Vertragspartei, wenn der dort erzielte Wertzuwachs grösser ist als die Werte der Vormaterialien mit Ursprung in der anderen Vertragspartei oder Israels, Ägyptens oder der Westbank und des Gaza-Streifens. Andernfalls gilt das hergestellte Erzeugnis als Ursprungserzeugnis derjenigen Vertragspartei oder Israels, Ägyptens oder der Westbank und des Gaza-Streifens, worauf der höchste Wert, der bei der Herstellung in dieser Vertragspartei verwendeten Vormaterialien entfällt.

(3) Erzeugnisse, die Ursprung in Israel, Ägypten oder der Westbank und des Gaza-Streifens haben, und die keiner Be- oder Verarbeitung unterzogen wurden, behalten ihren Ursprung bei, wenn sie in eine andere Vertragspartei ausgeführt werden.

(4) Die Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 betreffend der Kumulation mit Vormaterialien mit Ursprung in Israel, Ägypten oder der Westbank und des Gaza-Streifens können nur angewendet werden, wenn dieser Handel zwischen den EFTA-Ländern und Israel, Ägypten oder der Westbank und des Gaza-Streifens, beziehungsweise zwischen Jordanien und Israel, Ägypten und der Westbank und des Gaza-Streifens auf den gleichen Ursprungsregeln, wie diejenigen dieses Protokolls beruht.

(5) Die ausführlichen Vorschriften um die Ursprungseigenschaften der Vormaterialien, welche für die Kumulation gemäss der Absätze 1 bis 3 verwendet wurden zu bestimmen und zu überprüfen, sind zwischen den EFTA-Ländern und Israel, Ägypten und den palästinensischen Behörden beziehungsweise Jordaniens und Israel, Ägypten und den palästinensischen Behörden festzulegen.

(6) Zum Zwecke der Absätze 4 und 5, werden über das EFTA-Sekretariat die Bestimmungen der Abkommen und die dazugehörenden Ursprungsregeln, welche mit Israel, Ägypten und den palästinensischen Behörden vereinbart wurden, von den Vertragsparteien untereinander notifiziert. Die in diesem Artikel aufgeführten Vorschriften über die Kumulation gelten ab einem gemeinsam festgelegten Zeitpunkt und nur, nachdem die erwähnte Notifizierung stattgefunden hat.

**Art. 5** Vollständig gewonnene oder hergestellte Erzeugnisse

(1) Als in einem EFTA-Staat oder in Jordanien vollständig gewonnen oder hergestellt gelten:

- a) dort aus dem Boden oder dem Meeresgrund gewonnene mineralische Erzeugnisse;
- b) dort geerntete pflanzliche Erzeugnisse;
- c) dort geborene oder ausgeschlüpfte und dort aufgezogene lebende Tiere;
- d) Erzeugnisse von dort gehaltenen lebenden Tieren;
- e) dort erzielte Jagdbeute und Fischfänge;
- f) Erzeugnisse der Seefischerei und andere von Schiffen der Vertragsparteien ausserhalb der eigenen Küstenmeere aus dem Meer gewonnene Erzeugnisse;
- g) Erzeugnisse, die an Bord von Fabrikschiffen der Vertragsparteien ausschliesslich aus den unter Buchstabe f) genannten Erzeugnissen hergestellt werden;
- h) dort gesammelte Altwaren, die nur zur Gewinnung von Rohstoffen verwendet werden können, einschliesslich gebrauchte Reifen, die nur zur Runderneuerung oder als Abfall verwendet werden können;
- i) bei einer dort ausgeübten Produktionstätigkeit anfallende Abfälle;
- j) aus dem Meeresboden oder Meeresuntergrund ausserhalb des eigenen Küstenmeeres gewonnene Erzeugnisse, sofern die Vertragsparteien zum Zwecke der Nutzbarmachung Ausschliesslichkeitsrechte über diesen Teil des Meeresbodens oder Meeresuntergrunds ausübt;
- k) dort ausschliesslich aus Erzeugnissen gemäss den Buchstaben a) bis j) hergestellte Waren.

(2) Der Begriff «Schiffe der Vertragsparteien» und «Fabrikschiffe der Vertragsparteien» in Absatz 1 Buchstaben f) und g) ist nur anwendbar auf Schiffe und Fabrikschiffe,

- a) die in einem EFTA-Staat oder in Jordanien ins Schiffsregister eingetragen oder dort angemeldet sind;
- b) welche die Flagge eines EFTA-Staates oder Jordaniens führen;
- c) die mindestens zur Hälfte Eigentum von Staatsangehörigen der EFTA-Staaten oder Jordaniens oder einer Gesellschaft sind, die ihren Hauptsitz in einem dieser Staaten hat, bei der der oder die Geschäftsführer, der Vorsitzende des Vorstands oder Aufsichtsrats und die Mehrheit der Mitglieder dieser Organe Staatsangehörige der EFTA-Staaten oder Jordaniens sind und – im Fall von Personengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung – ausserdem das Geschäftskapital mindestens zur Hälfte den betreffenden Staaten oder öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder Staatsangehörigen dieser Staaten gehört;
- d) deren Schiffsführung aus Staatsangehörigen der EFTA-Staaten oder Jordaniens besteht;
- e) deren Besatzung zu mindestens 75 v.H. aus Staatsangehörigen der EFTA-Staaten oder Jordaniens besteht.

**Art. 6** In ausreichendem Masse be- oder verarbeitete Erzeugnisse

(1) Für die Zwecke des Artikels 2 gelten Vormaterialien, die nicht vollständig gewonnen oder hergestellt worden sind, als in ausreichendem Masse be- oder verarbeitet, wenn die Bedingungen der Liste der Anhang II dieses Protokolls erfüllt sind.

In diesen Bedingungen sind für alle unter dieses Abkommen fallenden Erzeugnisse die Be- oder Verarbeitungen festgelegt, die an den bei der Herstellung der Erzeugnisse verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft vorgenommen werden müssen; sie gelten nur für diese Vormaterialien. Ein Erzeugnis, das entsprechend den Bedingungen der Liste die Ursprungseigenschaft erworben hat und zur Herstellung eines anderen Erzeugnisses verwendet wird, hat die für das andere Erzeugnis geltenden Bedingungen nicht zu erfüllen; die gegebenenfalls zur Herstellung des ersten Erzeugnisses verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft bleiben demnach unberücksichtigt.

(2) Vormaterialien, die gemäss den in der Liste festgelegten Bedingungen nicht zur Herstellung eines Erzeugnisses verwendet werden dürfen, können abweichend von Absatz 1 dennoch verwendet werden, wenn

- a) ihr Gesamtwert 10 v.H. des Ab-Werk-Preises des hergestellten Erzeugnisses nicht überschreitet;
- b) die gegebenenfalls in der Liste aufgeführten Vomhundertsätze für den höchsten zulässigen Wert von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft durch die Anwendung dieses Absatzes nicht überschritten werden.

Dieser Absatz gilt nicht für Erzeugnisse der Kapitel 50 bis 63 des Harmonisierten Systems.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten vorbehaltlich des Artikels 7.

#### **Art. 7** Nicht ausreichende Be- oder Verarbeitungen

(1) Folgende Be- oder Verarbeitungen gelten ohne Rücksicht darauf, ob die Voraussetzungen des Artikels 6 erfüllt sind, als nicht ausreichend, um die Ursprungseigenschaft zu verleihen:

- a) Behandlungen, die dazu bestimmt sind, die Ware während des Transport oder der Lagerung in ihrem Zustand zu erhalten (Lüften, Ausbreiten, Trocknen, Kühlen, Einlegen in Salzlake oder in Wasser mit Schwefel oder mit einem Zusatz von anderen Stoffen, Entfernen verdorbener Teile und ähnliche Behandlungen);
- b) einfaches Entstauben, Sieben, Aussondern, Einordnen, Sortieren (einschliesslich des Zusammenstellens von Sortimenten), Waschen, Anstreichen, Zerschneiden;
- c) i) Auswechseln von Umschliessungen, Teilen oder Zusammenstellen von Packstücken;  
ii) einfaches Abfüllen in Flaschen, Fläschchen, Säcke, Etuis, Schachteln, Befestigen auf Brettchen usw. sowie alle anderen einfachen Verpackungsvorgänge;
- d) Anbringen von Warenmarken, Etiketten oder anderen gleichartigen Unterscheidungszeichen auf den Waren selbst oder auf ihren Umschliessungen;
- e) einfaches Mischen von Waren, auch verschiedener Arten, wenn ein oder mehrere Bestandteile der Mischung nicht den in diesem Protokoll festgelegten Voraussetzungen entsprechen, um als Ursprungserzeugnisse der Gemeinschaft oder der Schweiz zu gelten;
- f) einfaches Zusammenfügen von Teilen eines Artikels zu einem vollständigen Artikel;
- g) Zusammentreffen von zwei oder mehr der unter den Buchstaben a bis f genannten Behandlungen;
- h) das Schlachten von Tieren;

(2) Bei der Beurteilung, ob die an einem Erzeugnis vorgenommenen Be- oder Verarbeitungen als nicht ausreichend im Sinne des Absatzes 1 gelten, sind alle in einem EFTA-Staat oder in

Jordanien an diesem Erzeugnis vorgenommenen Be- oder Verarbeitungen insgesamt in Betracht zu ziehen.

#### **Art. 8**            Massgebende Einheit

(1) Massgebende Einheit für die Anwendung dieses Protokolls ist die für die Einreihung in die Position des Harmonisierten Systems massgebende Einheit jedes Erzeugnisses.

Daraus ergibt sich, dass

- a) jede Gruppe oder Zusammenstellung von Erzeugnissen, die nach dem Harmonisierten System in eine einzige Position eingereiht wird, als Ganzes die massgebende Einheit darstellt;
- b) bei einer Sendung mit gleichen Erzeugnissen, die in dieselbe Position des Harmonisierten Systems eingereiht werden, jedes Erzeugnis für sich betrachtet werden muss.

(2) Werden Umschliessungen gemäss der Allgemeinen Vorschrift 5 zum Harmonisierten System wie das darin enthaltene Erzeugnis eingereiht, so werden sie auch für die Bestimmung des Ursprungs wie das Erzeugnis behandelt.

#### **Art. 9**            Zubehör, Ersatzteile und Werkzeuge

Zubehör, Ersatzteile und Werkzeuge, die mit Geräten, Maschinen oder Fahrzeugen geliefert werden, werden mit diesen zusammen als Einheit angesehen, wenn sie als Bestandteil der Normalausrüstung in deren Preis enthalten sind oder nicht gesondert in Rechnung gestellt werden.

#### **Art. 10**           Warenzusammenstellungen

Warenzusammenstellungen im Sinne der Allgemeinen Vorschrift 3 zum Harmonisierten System gelten als Ursprungserzeugnisse, wenn alle Bestandteile Ursprungserzeugnisse sind. Jedoch gilt eine Warenzusammenstellung, die aus Bestandteilen mit Ursprungseigenschaft und Bestandteilen ohne Ursprungseigenschaft besteht, in ihrer Gesamtheit als Ursprungserzeugnis, sofern der Wert der Bestandteile ohne Ursprungseigenschaft 15 v.H. des Ab-Werk-Preises der Warenzusammenstellung nicht überschreitet.

#### **Art. 11**           Neutrale Elemente

Bei der Feststellung, ob ein Erzeugnis Ursprungserzeugnis ist, braucht der Ursprung folgender gegebenenfalls bei seiner Herstellung verwendeter Erzeugnisse nicht berücksichtigt zu werden:

- a) Energie und Brennstoffe,
- b) Anlagen und Ausrüstung,
- c) Maschinen und Werkzeuge,
- d) Erzeugnisse, die nicht in die endgültige Zusammensetzung des Erzeugnisses eingehen oder nicht eingehen sollen.

### **Titel III** **Territoriale Auflagen**

**Art. 12** Territorialitätsprinzip

(1) Vorbehaltlich der Artikel 3 und 4 und des nachstehenden Absatzes 3 müssen die in Titel II genannten Bedingungen für den Erwerb der Ursprungseigenschaft ohne Unterbrechung in einem EFTA-Staat oder in Jordanien erfüllt werden.

(2) Ursprungswaren, die aus einem EFTA-Staat oder aus Jordanien in ein Drittland ausgeführt und anschliessend wiedereingeführt werden, gelten vorbehaltlich der Artikel 3 und 4 als Erzeugnisse ohne Ursprungseigenschaft, es sei denn, den Zollbehörden wird glaubhaft dargelegt, dass

- a) die wiedereingeführten Waren dieselben wie die ausgeführten Waren sind und
- b) diese Waren während ihres Aufenthalts in dem betreffenden Drittland oder während des Transports keine Behandlung erfahren haben, die über das zur Erhaltung ihres Zustands erforderliche Mass hinausgeht.

(3) Der Erwerb der Ursprungseigenschaft nach den Bedingungen in Titel II wird durch Be- oder Verarbeitungen, die ausserhalb eines EFTA-Staates oder Jordanien ausgeführt und anschliessend dorthin wiedereingeführten Vormaterialien vorgenommen werden, nicht abgebrochen, sofern

- a) die genannten Vormaterialien in einem EFTA-Staat oder Jordanien vollständig gewonnen oder hergestellt worden sind oder dort vor ihrer Ausfuhr eine Be- oder Verarbeitung erfahren haben, die über die in Artikel 7 genannten nicht ausreichenden Be- oder Verarbeitungen hinausgeht; und
- b) den Zollbehörden glaubhaft dargelegt werden kann, dass
  - i) die wiedereingeführten Waren durch Be- oder Verarbeitung der ausgeführten Vormaterialien entstanden sind; und
  - ii) die gemäss diesem Artikel ausserhalb eines EFTA-Staates oder Jordanien insgesamt erzielte Wertsteigerung 10 v.H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet, für das letztlich die Ursprungseigenschaft beansprucht wird.

(4) Im Sinne des Absatzes 3 werden die Bedingungen des Titels II für den Erwerb der Ursprungseigenschaft bei Be- oder Verarbeitungen ausserhalb eines EFTA-Staates oder Jordaniens nicht angewendet. Enthält die Liste in Anhang II eine Regel, die einen zulässigen Höchstwert aller verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaften vorsieht, so dürften für die letzte Bestimmung der Ursprungseigenschaft eines Erzeugnisses der Gesamtwert der in den Vertragsparteien verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft und die gemäss diesem Artikel ausserhalb des betreffenden EFTA-Staates oder Jordaniens insgesamt erzielte Wertsteigerung zusammengekommen den angegebenen Vomhundertsatz nicht überschreiten.

(5) Im Sinne der Absätze 3 und 4 bedeutet der Begriff «insgesamt erzielte Wertsteigerung» alle ausserhalb des betreffenden EFTA-Staates oder Jordaniens anfallenden Kosten einschliesslich des gesamten Wertes der dort hinzugefügten Vormaterialien.

(6) Die Absätze 3 und 4 gelten nicht für Erzeugnisse, welche die Bedingungen der Liste in Anhang II nicht erfüllen und nur durch Anwendung der allgemeinen Toleranz nach Artikel 6 Absatz 2 als in ausreichendem Masse be- oder verarbeitet angesehen werden können.

(7) Die Absätze 3 und 4 gelten nicht für Erzeugnisse der Kapitel 50 bis 63 des Harmonisierten Systems.



(8) Ausserhalb eines EFTA-Staates oder Jordaniens durchgeführte Be- oder Verarbeitungen erfolgen nach diesem Artikel im Rahmen des Verfahrens der passiven Veredlung oder eines ähnlichen Systems.

#### **Art. 13**           Unmittelbare Beförderung

(1) Die im Rahmen des Abkommens vorgesehene Präferenzbehandlung gilt nur für den Voraussetzungen dieses Protokolls entsprechende Erzeugnisse, die unmittelbar zwischen den Vertragsparteien oder, wenn die Vorschriften des Artikels 4 Anwendung finden, durch die Gebiete Israels, Ägyptens oder der Westbank und des Gaza-Streifens befördert werden. Jedoch können Erzeugnisse, die eine einzige Sendung bilden, über andere Gebiete befördert werden, gegebenenfalls auch mit einer Umladung oder vorübergehenden Einlagerung in diesen Gebieten, sofern sie unter der zollamtlichen Überwachung der Behörden des Durchfuhr- oder Einlagerungslandes geblieben und dort nur ent- oder verladen worden sind oder eine auf die Erhaltung ihres Zustands gerichtete Behandlung erfahren haben.

Ursprungserzeugnisse können in Rohrleitungen durch andere Gebiete als das Gebiet der Vertragsparteien befördert werden.

(2) Der Nachweis, dass die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen erfüllt sind, ist erbracht, wenn den Zollbehörden des Einfuhrlandes eines der folgenden Papiere vorgelegt wird:

- a) ein durchgehendes Frachtpapier, mit dem die Beförderung vom Ausfuhrland durch das Durchfuhrland erfolgt ist; oder
  - b) eine von den Zollbehörden des Durchfuhrlandes ausgestellte Bescheinigung mit folgenden Angaben:
    - i) genaue Warenbeschreibung;
    - ii) Zeitpunkt des Ent- und Wiederverladens der Waren oder der Ein- oder Ausschiffung unter Angabe der benutzten Schiffe oder sonstigen Beförderungsmittel; und
    - iii) Bescheinigung über die Bedingungen des Verbleibs der Waren im Durchfuhrland
- oder
- c) falls diese Papiere nicht vorgelegt werden können, alle sonstigen beweiskräftigen Unterlagen.

#### **Art. 14**           Ausstellungen

(1) Werden Ursprungserzeugnisse zu einer Ausstellung ausserhalb der Vertragsparteien oder, wenn Artikel 4 Anwendung findet, ausserhalb Israels, Ägyptens oder der Westbank und des Gaza-Streifens, versandt und nach der Ausstellung zur Einfuhr in einen EFTA-Staat oder in Jordanien verkauft, so erhalten sie bei der Einfuhr die Begünstigungen des Abkommens, sofern den Zollbehörden glaubhaft dargelegt wird, dass

- a) ein Ausführer diese Erzeugnisse aus einem EFTA-Staat oder aus Jordanien in das Ausstellungsland versandt und dort ausgestellt hat;
- b) dieser Ausführer die Erzeugnisse einem Empfänger in einem EFTA-Staat oder in Jordanien verkauft oder überlassen hat;
- c) die Erzeugnisse während oder unmittelbar nach der Ausstellung in dem Zustand, in dem sie zur Ausstellung versandt worden waren, versandt worden sind; und

- d) die Erzeugnisse ab dem Zeitpunkt, zu dem sie zur Ausstellung versandt wurden, nicht zu anderen Zwecken als zur Vorführung auf dieser Ausstellung verwendet worden sind.
- (2) Nach Massgabe des Titels V ist ein Ursprungsnachweis auszustellen oder auszufertigen und den Zollbehörden des Einfuhrlandes unter den üblichen Voraussetzungen vorzulegen. Darin sind Bezeichnung und Anschrift der Ausstellung anzugeben. Falls erforderlich, kann ein zusätzlicher Nachweis über die Umstände verlangt werden, unter denen die Erzeugnisse ausgestellt worden sind.
- (3) Absatz 1 gilt für alle Handels-, Industrie-, Landwirtschafts- und Handwerksmessen oder -ausstellungen und ähnlichen öffentlichen Veranstaltungen, bei denen die Erzeugnisse unter zollamtlicher Überwachung bleiben; ausgenommen sind Veranstaltungen zu privaten Zwecken für den Verkauf ausländischer Erzeugnisse in Läden oder Geschäftslokalen.

#### **Titel IV**

##### **Zollrückvergütung oder Zollbefreiung**

###### **Art. 15**      Verbot der Zollrückvergütung oder Zollbefreiung

- (1) Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die zur Herstellung von Ursprungserzeugnissen der EFTA-Staaten oder Jordaniens oder, wenn Artikel 4 Anwendung findet, von Israel, Ägypten oder der Westbank und des Gazastreifens, verwendet worden sind, für die ein Ursprungsnachweis nach Massgabe des Titels V ausgestellt oder ausgefertigt wird, dürfen in einem EFTA-Staat oder in Jordanien nicht Gegenstand einer wie auch immer gearteten Zollrückvergütung oder Zollbefreiung sein.
- (2) Das Verbot nach Absatz 1 betrifft alle in einem EFTA-Staat oder in Jordanien geltenden Massnahmen, durch die Zölle und Abgaben gleicher Wirkung auf verwendete Vormaterialien vollständig oder teilweise erstattet, erlassen oder nicht erhoben werden, sofern die Erstattung, der Erlass oder die Nichterhebung ausdrücklich oder faktisch gewährt wird, wenn die aus den betreffenden Vormaterialien hergestellten Erzeugnisse ausgeführt werden, nicht dagegen, wenn diese Erzeugnisse in einem EFTA-Staat oder in Jordanien in den freien Verkehr übergehen.
- (3) Der Ausführer von Erzeugnissen mit Ursprungsnachweis hat auf Verlangen der Zollbehörden jederzeit alle zweckdienlichen Unterlagen vorzulegen, um nachzuweisen, dass für die bei der Herstellung dieser Erzeugnisse verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft keine Zollrückvergütung gewährt worden ist und sämtliche für solche Vormaterialien geltenden Zölle oder Abgaben gleicher Wirkung tatsächlich entrichtet worden sind.
- (4) Die Absätze 1 bis 3 gelten auch für Umschliessungen im Sinne des Artikels 8 Absatz 2, für Zubehör, Ersatzteile und Werkzeuge im Sinne des Artikels 9 sowie für Warenzusammenstellungen im Sinne des Artikels 10, wenn es sich dabei um Erzeugnisse ohne Ursprungseigenschaft handelt.
- (5) Die Absätze 1 bis 4 gelten nur für Vormaterialien, die unter das Abkommen fallen. Ferner stehen sie der Anwendung eines Ausfuhrerstattungssystems für landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht entgegen, das nach Massgabe dieses Abkommens bei der Ausfuhr gilt.
- (6) Die Bestimmungen dieses Artikels werden während einer fünfjährigen Übergangsperiode, beginnend am Tag des Inkrafttretens, nicht angewendet. Der Gemischte Ausschuss kann die Übergangsperiode im Licht zukünftiger Entwicklungen neu beurteilen.

## **Titel V**

### **Nachweis der Ursprungseigenschaft**

#### **Art. 16**            Allgemeines

(1) Ursprungserzeugnisse eines EFTA-Staates oder Jordaniens erhalten bei der Einfuhr in einen EFTA-Staat oder Jordanien die Begünstigungen des Abkommens, sofern

a) eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 nach dem Muster in Anhang III vorgelegt wird;

oder

b) in den in Artikel 21 Absatz 1 genannten Fällen vom Ausführer eine Erklärung mit dem in Anhang IV angegebenen Wortlaut auf einer Rechnung, einem Lieferschein oder anderen Handelspapieren abgegeben wird, in der die Erzeugnisse so genau bezeichnet sind, dass die Feststellung der Nämlichkeit möglich ist (nachstehend «Erklärung auf der Rechnung» genannt).

(2) Abweichend von Absatz 1 erhalten Ursprungserzeugnisse im Sinne dieses Protokolls in den in Artikel 26 genannten Fällen die Begünstigungen des Abkommens, ohne dass einer der oben genannten Nachweise vorgelegt werden muss.

#### **Art. 17**            Verfahren für die Ausstellung von Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1

(1) Die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 wird von den Zollbehörden des Ausfuhrlandes auf schriftlichen Antrag erteilt, der vom Ausführer oder unter der Verantwortung des Ausführers von seinem bevollmächtigten Vertreter gestellt worden ist.

(2) Der Ausführer oder sein bevollmächtigter Vertreter füllt zu diesem Zweck das Formblatt der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 und des Antrags nach dem Muster in Anhang III aus. Die Formblätter sind gemäss den Rechtsvorschriften des Ausfuhrlandes in einer offiziellen Sprache einer Vertragspartei oder in Englisch auszufüllen. Werden sie handschriftlich ausgefüllt, so muss dies mit Tinte in Druckschrift erfolgen. Die Warenbezeichnung ist in dem dafür vorgesehenen Feld ohne Zeilenzwischenraum einzutragen. Ist das Feld nicht vollständig ausgefüllt, so ist unter der letzten Zeile der Warenbezeichnung ein waagerechter Strich zu ziehen und der nicht ausgefüllte Teil des Feldes durchzustreichen.

(3) Der Ausführer, der die Ausstellung der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 beantragt, hat auf Verlangen der Zollbehörden des Ausfuhrlandes, in dem die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ausgestellt wird, jederzeit alle zweckdienlichen Unterlagen zum Nachweis der Ursprungseigenschaft der betreffenden Erzeugnisse sowie der Erfüllung der übrigen Voraussetzungen dieses Protokolls vorzulegen.

(4) Eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 wird von den Zollbehörden eines EFTA-Staates oder Jordaniens ausgestellt, wenn die betreffenden Erzeugnisse als Ursprungserzeugnisse eines EFTA-Staates oder Jordaniens oder, wenn der Artikel 4 Anwendung findet, von Israel, Ägypten oder der Westbank und des Gaza-Streifens angesehen werden können und die übrigen Voraussetzungen dieses Protokolls erfüllt sind.

(5) Die Zollbehörden, welche die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ausstellen, treffen die erforderlichen Massnahmen, um die Ursprungseigenschaft der Erzeugnisse und die Erfüllung der übrigen Voraussetzungen dieses Protokolls zu überprüfen. Zu diesem Zweck sind sie berechtigt, alle Beweismittel zu verlangen und jede Art von Überprüfung der Buchführung des Ausführers oder sonstige von ihnen für zweckdienlich erachtete Kontrollen vorzunehmen. Die

Zollbehörden, welche die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ausstellen, achten auch darauf, dass die in Absatz 2 genannten Formblätter ordnungsgemäss ausgefüllt sind. Sie prüfen insbesondere, ob das Feld mit der Warenbezeichnung so ausgefüllt ist, dass jede Möglichkeit eines missbräuchlichen Zusatzes ausgeschlossen ist.

(6) In Feld 11 der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ist der Zeitpunkt der Ausstellung anzugeben.

(7) Die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 wird von den Zollbehörden des Ausfuhrlandes ausgestellt und zur Verfügung des Ausführers gehalten, sobald die Ausfuhr tatsächlich erfolgt oder sichergestellt ist.

#### **Art. 18** Nachträglich ausgestellte Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1

(1) Abweichend von Artikel 17 Absatz 7 kann die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ausnahmsweise nach der Ausfuhr der Erzeugnisse, auf die sie sich bezieht, ausgestellt werden,

- a) wenn sie infolge eines Irrtums, eines unverschuldeten Versehens oder besonderer Umstände bei der Ausfuhr nicht ausgestellt worden ist; oder
- b) wenn den Zollbehörden glaubhaft dargelegt wird, dass eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ausgestellt, aber bei der Einfuhr aus formalen Gründen nicht angenommen worden ist.

(2) In Fällen nach Absatz 1 hat der Ausfuhrer in seinem Antrag Ort und Zeitpunkt der Ausfuhr der Erzeugnisse, auf die sich die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 bezieht, sowie die Gründe für den Antrag anzugeben.

(3) Die Zollbehörden dürfen eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 nachträglich erst ausstellen, nachdem sie geprüft haben, ob die Angaben im Antrag des Ausführers mit den entsprechenden Unterlagen übereinstimmen.

(4) Nachträglich ausgestellte Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 müssen einen der folgenden Vermerke tragen:

«NACHTRÄGLICH AUSGESTELLT», «DÉLIVRÉ A POSTERIORI», «RILASCIATO A POSTERIORI», «ISSUED RETROSPECTIVELY», «ÚTGEFIÐ EFTIR Á», «UTSTEDT SENERE», *arabische Version*.

(5) Der in Absatz 4 genannte Vermerk wird in das Feld «Bemerkungen» der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 eingetragen.

#### **Art. 19** Ausstellung eines Duplikats der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1

(1) Bei Diebstahl, Verlust oder Vernichtung einer Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 kann der Ausfuhrer bei den Zollbehörden, welche die Bescheinigung ausgestellt haben, schriftlich ein Duplikat beantragen, das anhand der in ihrem Besitz befindlichen Ausfuhrpapiere ausgefertigt wird.

(2) Dieses Duplikat ist mit einem der folgenden Vermerke zu versehen:

«DUPLIKAT», «DUPLICATA», «DUPLICATO», «DUPLICATE», «EFTIRRIT», *arabische Version*.

(3) Der in Absatz 2 genannte Vermerk wird in das Feld «Bemerkungen» der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 eingetragen.

(4) Das Duplikat trägt das Datum des Originals und gilt mit Wirkung ab diesem Tag.

**Art. 20** Ausstellung von Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1  
auf der Grundlage vorher ausgestellter Ursprungsnachweise

Werden Ursprungserzeugnisse in einem EFTA-Staat oder in Jordanien der Überwachung einer Zollstelle unterstellt, so kann der ursprüngliche Ursprungsnachweis im Hinblick auf den Versand sämtlicher oder eines Teils dieser Erzeugnisse zu anderen Zollstellen in einem EFTA-Staat oder in Jordanien durch eine oder mehrere Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 ersetzt werden. Diese Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 werden von der Zollstelle ausgestellt, unter deren Überwachung sich die Erzeugnisse befinden.

**Art. 21** Voraussetzungen für die Ausfertigung einer Erklärung  
auf der Rechnung

(1) Die in Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe b genannte Erklärung auf der Rechnung kann ausgefertigt werden:

- a) von einem ermächtigten Ausführer im Sinne des Artikels 22;
- b) von jedem Ausführer für Sendungen von einem oder mehreren Packstücken, die Ursprungserzeugnisse enthalten, deren Wert 6000 Rechnungseinheiten je Sendung nicht überschreitet.

(2) Eine Erklärung auf der Rechnung kann ausgefertigt werden, wenn die betreffenden Erzeugnisse als Ursprungserzeugnisse eines EFTA-Staates oder Jordaniens oder, wenn der Artikel 4 Anwendung findet, von Israel, Ägypten oder der Westbank und des Gaza-Streifens angesehen werden können und die übrigen Voraussetzungen dieses Protokolls erfüllt sind.

(3) Der Ausführer, der eine Erklärung auf der Rechnung ausfertigt, hat auf Verlangen der Zollbehörden des Ausfuhrlandes jederzeit alle zweckdienlichen Unterlagen zum Nachweis der Ursprungseigenschaft der betreffenden Erzeugnisse sowie der Erfüllung der übrigen Voraussetzungen dieses Protokolls vorzulegen.

(4) Die Erklärung ist vom Ausführer maschinenschriftlich oder mechanografisch auf der Rechnung, dem Lieferschein oder einem anderen Handelspapier mit dem Wortlaut und in einer der Sprachfassungen des Anhangs IV nach Massgabe der Rechtsvorschriften des Ausfuhrlandes auszufertigen. Die Erklärung kann auch handschriftlich ausgefertigt werden; in diesem Fall ist sie mit Tinte in Druckschrift zu erstellen.

(5) Erklärungen auf der Rechnung sind vom Ausführer handschriftlich zu unterzeichnen. Ein ermächtigter Ausführer im Sinne des Artikels 22 braucht jedoch solche Erklärungen nicht zu unterzeichnen, wenn er sich gegenüber den Zollbehörden des Ausfuhrlandes schriftlich verpflichtet, die volle Verantwortung für jede Erklärung auf der Rechnung zu übernehmen, die ihn so identifiziert, als ob er sie handschriftlich unterzeichnet hätte.

(6) Eine Erklärung auf der Rechnung kann vom Ausführer bei der Ausfuhr der Erzeugnisse oder nach deren Ausfuhr ausgefertigt werden, vorausgesetzt, dass sie im Einfuhrland spätestens zwei Jahre nach der Einfuhr der betreffenden Erzeugnisse vorgelegt wird.

**Art. 22** Ermächtigter Ausführer

- (1) Die Zollbehörden des Ausfuhrlandes können einen Ausführer, der häufig unter dieses Abkommen fallende Erzeugnisse ausführt, dazu ermächtigen, ohne Rücksicht auf den Wert dieser Erzeugnisse Erklärungen auf der Rechnung auszufertigen. Ein Ausführer, der eine solche Bewilligung beantragt, muss jede von den Zollbehörden für erforderlich gehaltene Gewähr für die Kontrolle der Ursprungseigenschaft der Erzeugnisse und der Erfüllung der übrigen Voraussetzungen dieses Protokolls bieten.
- (2) Die Zollbehörden können die Bewilligung des Status eines ermächtigten Ausführers von allen ihnen zweckdienlich erscheinenden Voraussetzungen abhängig machen.
- (3) Die Zollbehörden erteilen dem ermächtigten Ausführer eine Bewilligungsnummer, die in der Erklärung auf der Rechnung anzugeben ist.
- (4) Die Zollbehörden überwachen die Verwendung der Bewilligung durch den ermächtigten Ausführer.
- (5) Die Zollbehörden können die Bewilligung jederzeit widerrufen. Sie widerrufen sie, wenn der ermächtigte Ausführer die in Absatz 1 genannte Gewähr nicht mehr bietet, die in Absatz 2 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt oder von der Bewilligung in unzulässiger Weise Gebrauch macht.

**Art. 23** Geltungsdauer der Ursprungsnachweise

- (1) Die Ursprungsnachweise bleiben vier Monate nach dem Datum der Ausstellung im Ausfuhrland gültig und sind innerhalb dieser Frist den Zollbehörden des Einfuhrlandes vorzulegen.
- (2) Ursprungsnachweise, die den Zollbehörden des Einfuhrlandes nach Ablauf der in Absatz 1 genannten Vorlagefrist vorgelegt werden, können zur Gewährung der Präferenzbehandlung angenommen werden, wenn die Frist auf Grund aussergewöhnlicher Umstände nicht eingehalten werden konnte.
- (3) In allen anderen Fällen können die Zollbehörden des Einfuhrlandes die Ursprungsnachweise annehmen, wenn ihnen die Erzeugnisse vor Ablauf der Vorlagefrist gestellt worden sind.

**Art. 24** Vorlage der Ursprungsnachweise

Ursprungsnachweise sind den Zollbehörden des Einfuhrlandes nach den dort geltenden Verfahrensvorschriften vorzulegen. Diese Behörden können eine Übersetzung des Ursprungsnachweises verlangen; sie können ausserdem verlangen, dass die Einfuhrzollanmeldung durch eine Erklärung des Einführers ergänzt wird, aus der hervorgeht, dass die Erzeugnisse die Voraussetzungen für die Anwendung des Abkommens erfüllen.

**Art. 25** Einfuhr in Teilsendungen

Werden auf Antrag des Einführers und unter den von den Zollbehörden des Einfuhrlandes festgesetzten Voraussetzungen zerlegte oder noch nicht zusammengesetzte Erzeugnisse der Abschnitte XVI und XVII oder der Positionen 7308 und 9406 des Harmonisierten Systems im Sinne der Allgemeinen Vorschrift 2 a) zum Harmonisierten System in Teilsendungen eingeführt, so ist den Zollbehörden bei der Einfuhr der ersten Teilsendung ein einziger Ursprungsnachweis vorzulegen.

#### **Art. 26** Ausnahmen vom Ursprungsnachweis

(1) Erzeugnisse, die in Kleinsendungen von Privatpersonen an Privatpersonen versandt werden oder die sich im persönlichen Gepäck von Reisenden befinden, werden ohne Vorlage eines förmlichen Ursprungsnachweises als Ursprungserzeugnisse angesehen, sofern es sich um Einführen nichtkommerzieller Art handelt und erklärt wird, dass die Voraussetzungen für die Anwendung dieses Abkommens erfüllt sind, wobei an der Richtigkeit dieser Erklärung kein Zweifel bestehen darf. Bei Postversand kann diese Erklärung auf der Zollinhaltserklärung CN22/CN23 oder einem dieser beigelegten Blatt abgegeben werden.

(2) Als Einführen nichtkommerzieller Art gelten solche, die gelegentlich erfolgen und ausschliesslich aus Erzeugnissen bestehen, die zum persönlichen Ge- oder Verbrauch der Empfänger oder Reisenden oder zum Ge- oder Verbrauch in deren Haushalt bestimmt sind; dabei dürfen diese Erzeugnisse weder durch ihre Beschaffenheit noch durch ihre Menge zu der Vermutung Anlass geben, dass ihre Einfuhr aus kommerziellen Gründen erfolgt.

(3) Ausserdem darf der Gesamtwert der Erzeugnisse bei Kleinsendungen 500 Rechnungseinheiten und bei den im persönlichen Gepäck von Reisenden enthaltenen Waren 1200 Rechnungseinheiten nicht überschreiten.

#### **Art. 27** Belege

Bei den in Artikel 17 Absatz 3 und Artikel 21 Absatz 3 genannten Unterlagen zum Nachweis dafür, dass Erzeugnisse, für die eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder eine Erklärung auf der Rechnung vorliegt, tatsächlich als Ursprungserzeugnisse eines EFTA-Staates oder Jordaniens oder, in Anwendung des Artikels 4 von Israel, Ägypten oder der Westbank und des Gaza-Streifens, angesehen werden können und die übrigen Voraussetzungen dieses Protokolls erfüllt sind, kann es sich unter anderem um folgende Unterlagen handeln:

- a) unmittelbarer Nachweis der vom Ausführer oder Lieferanten angewendeten Verfahren zur Herstellung der betreffenden Waren, z.B. auf Grund seiner geprüften Bücher oder seiner internen Buchführung;
- b) Belege über die Ursprungseigenschaft der zur Herstellung der betreffenden Waren verwendeten Vormaterialien, die in einem EFTA-Staat oder in Jordanien ausgestellt oder ausgefertigt worden sind, wo sie nach den dort geltenden internen Rechtsvorschriften verwendet werden;
- c) Belege über in einem EFTA-Staat oder in Jordanien an den betreffenden Vormaterialien vorgenommene Be- oder Verarbeitungen, sofern diese Belege in einem EFTA-Staat oder in Jordanien ausgestellt oder ausgefertigt worden sind, wo sie nach den dort geltenden internen Rechtsvorschriften verwendet werden;
- d) Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 oder Erklärungen auf der Rechnung zum Nachweis für die Ursprungseigenschaft der zur Herstellung verwendeten Vormaterialien, die einem EFTA-Staat oder in Jordanien oder, wenn Artikel 4 Anwendung findet, in Israel, Ägypten oder der Westbank oder dem Gaza-Streifen nach Massgabe dieses Protokolls ausgestellt oder ausgefertigt worden sind.

#### **Art. 28** Aufbewahrung von Ursprungsnachweisen und Belegen

(1) Ein Ausführer, der die Ausstellung einer Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 beantragt, hat die in Artikel 17 Absatz 3 genannten Belege mindestens drei Jahre lang aufzubewahren.

- (2) Ein Ausführer, der eine Erklärung auf der Rechnung ausfertigt, hat eine Abschrift dieser Erklärung auf der Rechnung sowie die in Artikel 21 Absatz 3 genannten Belege mindestens drei Jahre lang aufzubewahren.
- (3) Die Zollbehörden des Ausfuhrlandes, die eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ausstellen, haben das in Artikel 17 Absatz 2 genannte Antragsformular mindestens drei Jahre lang aufzubewahren.
- (4) Die Zollbehörden des Einfuhrlandes haben die ihnen vorgelegten Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 und Erklärungen auf der Rechnung mindestens drei Jahre lang aufzubewahren.

**Art. 29** Abweichungen und Formfehler

- (1) Bei geringfügigen Abweichungen zwischen den Angaben in den Ursprungsnachweisen und den Angaben in den Unterlagen, die der Zollstelle zur Erfüllung der Einfuhrförmlichkeiten für die Erzeugnisse vorgelegt werden, ist die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder die Erklärung auf der Rechnung nicht allein dadurch ungültig, sofern einwandfrei nachgewiesen wird, dass dieses Papier sich auf die gestellten Erzeugnisse bezieht.
- (2) Eindeutige Formfehler wie Tippfehler in einem Ursprungsnachweis dürfen nicht zur Ablehnung dieses Nachweises führen, wenn diese Fehler keinen Zweifel an der Richtigkeit der Angaben in dem Papier entstehen lassen.

**Art. 30** In Rechnungseinheiten ausgedrückte Beträge

- (1) Beträge in der Währung des Ausfuhrlandes, die den in Rechnungseinheiten ausgedrückten Beträgen entsprechen, werden durch das Ausfuhrland festgelegt und den anderen Vertragsparteien mitgeteilt.
- (2) Sind die Beträge höher als die betreffenden durch das Einfuhrland festgelegten Beträge, so erkennt das Einfuhrland sie an, wenn die Erzeugnisse in der Währung des Ausfuhrlandes in Rechnung gestellt werden. Werden die Erzeugnisse in der Währung einer anderen Vertragspartei oder, in Anwendung des Artikels 4, in derjenigen Israels, Ägyptens oder der Westbank und des Gaza-Streifens in Rechnung gestellt, so erkennt das Einfuhrland den von dem betreffenden Land mitgeteilten Betrag an.
- (3) Für die Umrechnung der in Rechnungseinheiten ausgedrückten Beträge in die jeweiligen Landeswährungen gilt der Rechnungseinheiten-Kurs der jeweiligen Landeswährung am ersten Arbeitstag des Monats Oktober 2000.
- (4) Die in Rechnungseinheiten ausgedrückten Beträge und deren Gegenwert in den Landeswährungen der EFTA-Staaten und Jordaniens werden auf Antrag einer Vertragspartei vom Gemischten Ausschuss überprüft. Bei dieser Überprüfung sorgt der Gemischte Ausschuss dafür, dass sich die in den Landeswährungen ausgedrückten Beträge nicht verringern; ferner erwägt er, ob es erstrebenswert ist, die Auswirkungen dieser Beschränkungen in realen Werten zu erhalten. Zu diesem Zweck kann er beschliessen, die in Rechnungseinheiten ausgedrückten Beträge zu ändern.

**Titel VI**  
**Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen**



#### **Art. 31**      Amtshilfe

(1) Die Zollbehörden der EFTA-Staaten und Jordaniens übermitteln einander über das EFTA-Sekretariat die Musterabdrücke der Stempel, die ihre Zollstellen bei der Ausstellung der Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 verwenden; gleichzeitig teilen sie einander die Anschriften der Zollbehörden mit, die für die Prüfung dieser Bescheinigungen und der Erklärungen auf der Rechnung zuständig sind.

(2) Um die ordnungsgemässe Durchführung dieses Protokolls zu gewährleisten, leisten die EFTA-Staaten und Jordanien einander durch ihre Zollverwaltungen Amtshilfe bei der Prüfung der Echtheit der Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 und der Erklärungen auf der Rechnung sowie der Richtigkeit der in diesen Nachweisen enthaltenen Angaben.

#### **Art. 32**      Prüfung der Ursprungsnachweise

(1) Eine nachträgliche Prüfung der Ursprungsnachweise erfolgt stichprobenweise oder immer dann, wenn die Zollbehörden des Einfuhrlandes begründete Zweifel an der Echtheit des Papiers, der Ursprungseigenschaft der betreffenden Erzeugnisse oder der Erfüllung der übrigen Voraussetzungen dieses Protokolls haben.

(2) In Fällen nach Absatz 1 senden die Zollbehörden des Einfuhrlandes die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 und die Rechnung, wenn sie vorgelegt worden ist, die Erklärung auf der Rechnung oder eine Abschrift dieser Papiere an die Zollbehörden des Ausfuhrlandes zurück, gegebenenfalls unter Angabe der Gründe, die eine Untersuchung rechtfertigen. Zur Begründung des Antrags auf nachträgliche Prüfung übermitteln sie alle Unterlagen und teilen alle bekannten Umstände mit, die auf die Unwichtigkeit der Angaben in dem Ursprungsnachweis schliessen lassen.

(3) Die Prüfung wird von den Zollbehörden des Ausfuhrlandes durchgeführt. Diese sind berechtigt, zu diesem Zweck die Vorlage von Beweismitteln zu verlangen und jede Art von Überprüfung der Buchführung des Ausführers oder sonstige von ihnen für zweckdienlich erachtete Kontrollen durchzuführen.

(4) Beschliessen die Zollbehörden des Einfuhrlandes, bis zum Eingang des Ergebnisses der Nachprüfung die Präferenzbehandlung für die betreffenden Erzeugnisse nicht zu gewähren, so können sie dem Einführer vorbehaltlich der für notwendig erachteten Sicherungsmassnahmen die Erzeugnisse freigeben.

(5) Das Ergebnis dieser Prüfung ist den Zollbehörden, welche die Prüfung beantragt haben, so bald wie möglich mitzuteilen. Anhand dieses Ergebnisses muss sich eindeutig feststellen lassen, ob die Nachweise echt sind und ob die Waren als Ursprungserzeugnisse eines EFTA-Staates oder Jordaniens oder, in Anwendung des Artikels 4, Israels, Ägyptens oder der Westbank und des Gaza-Streifens, angesehen werden können und die übrigen Voraussetzungen dieses Protokolls erfüllt sind.

(6) Ist bei begründeten Zweifeln nach Ablauf von zehn Monaten nach dem Zeitpunkt des Ersuchens um nachträgliche Prüfung noch keine Antwort erfolgt oder enthält die Antwort keine ausreichenden Angaben, um über die Echtheit des betreffenden Papiers oder den tatsächlichen Ursprung der Erzeugnisse entscheiden zu können, so lehnen die ersuchenden Zollbehörden die Gewährung der Präferenzbehandlung ab, es sei denn, dass aussergewöhnliche Umstände vorliegen.

**Art. 33** Streitbeilegung

Streitigkeiten in Verbindung mit dem Prüfungsverfahren des Artikels 32, die zwischen den Zollbehörden, die eine Prüfung beantragen, und den für die Prüfung zuständigen Zollbehörden entstehen, oder Fragen zur Auslegung dieses Protokolls sind dem Gemischten Ausschuss vorzulegen.

In allen Fällen erfolgt die Beilegung von Streitigkeiten zwischen dem Einführer und den Zollbehörden des Einfuhrlandes gemäss den Rechtsvorschriften des genannten Landes.

**Art. 34** Sanktionen

Sanktionen werden gegen denjenigen angewendet, der ein Schriftstück mit sachlich falschen Angaben anfertigt oder anfertigen lässt, um die Präferenzbehandlung für ein Erzeugnis zu erlangen.

**Art. 35** Freizonen

(1) Die EFTA-Staaten und Jordanien treffen alle erforderlichen Massnahmen, um zu verhindern, dass von einem Ursprungsnachweis begleitete Erzeugnisse, die während ihrer Beförderung zeitweilig in einer Freizone auf ihrem Gebiet verbleiben, dort ausgetauscht oder anderen als den zu ihrer Erhaltung bestimmten üblichen Behandlungen unterzogen werden.

(2) Unbeschadet des Absatzes 1 stellen in Fällen, in denen Ursprungserzeugnisse der EFTA-Staaten oder Jordaniens, die von einem Ursprungsnachweis begleitet sind, in eine Freizone eingeführt und dort einer Behandlung oder Bearbeitung unterzogen werden, die betreffenden Zollbehörden auf Antrag des Ausführers eine neue Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 aus, wenn die Behandlung oder Bearbeitung den Bestimmungen dieses Protokolls entspricht.

**Titel VII**  
**Schlussbestimmungen****Art. 36** Anhänge

Die Anhänge sind Bestandteil dieses Protokolls.

**Art. 37** Waren im Transit oder im Zollfreilager

Waren, die den Vorschriften des Titels II entsprechen, welche am Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens befördert werden, oder die in einem EFTA-Staat oder in Jordanien vorübergehend gelagert oder sich in einem Zollfreilager oder in einer Freizone befinden, können als Ursprungswaren betrachtet werden, sofern der Einfuhr-Vertragspartei innerhalb vier Monaten vom besagten Tag an gerechnet ein nachträglich ausgestellter Ursprungsnachweis und jegliche Dokumente, welche Aufschluss über die Transportbedingungen geben, vorgelegt werden.

**Art. 38** Unterausschuss für Zoll- und Ursprungsfragen

Der Gemischte Ausschuss setzt gemäss Artikel 30 Absatz 5 des Abkommens zur Unterstützung bei der Ausführung seiner Aufgaben einen Unterausschuss für Zoll- und Ursprungsfragen ein, der einen fortlaufenden Informationsaustausch und gegenseitige Konsultationen zwischen den Fachleuten gewährleistet.

Er setzt sich aus für Zoll- und Ursprungsfragen verantwortlichen Fachleuten der Vertragsparteien zusammen.

**Art. 39** Nichtpräferenzielle Behandlung

Zum Zwecke der Erfüllung der Artikel 3 und 4 dieses Protokolls wird jedes Erzeugnis mit Ursprung in einem EFTA-Staat oder Jordanien bei der Ausfuhr in eine andere Vertragspartei als Erzeugnis ohne Ursprung behandelt, solange die letztgenannte Vertragspartei für derartige Erzeugnisse in Übereinstimmung mit dem Abkommen Drittlandzölle oder andere gleichartige Schutzmassnahmen anwendet.

## Vereinbarung

### in Form eines Briefwechsels zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien über den Handel mit Agrarprodukten

Unterzeichnet in Vaduz am 21. Juni 2001

---

Pascal Couchepin  
Leiter der Schweizer Delegation

S.E. Jawad Hadid  
Leiter der jordanischen  
Delegation

Vaduz, 21. Juni 2001

Herr Hadid

Ich beehre mich, Bezug zu nehmen auf die Verhandlungen betreffend die Handelsvereinbarung für landwirtschaftliche Erzeugnisse zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft (im Folgenden Schweiz genannt) und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (im Folgenden Jordanien genannt), die im Rahmen der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Jordanien stattgefunden haben.

Ich bestätige hiermit die Ergebnisse dieser Verhandlungen wie folgt:

- I. Zollkonzessionen der Schweiz gegenüber Jordanien gemäss Anhang I zu diesem Brief;
- II. Zollkonzessionen Jordanien gegenüber der Schweiz gemäss Anhang II zu diesem Brief;
- III. Zum Zwecke der Anwendung von Anhang I und II legt Anhang III dieses Schreibens die Ursprungsregeln und die Methoden der administrativen Zusammenarbeit fest;
- IV. Anhänge I bis III bilden einen integrierenden Bestandteil dieser Vereinbarung.

Ferner werden die Schweiz und Jordanien alle Schwierigkeiten prüfen, welche in ihrem gegenseitigen Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen auftreten könnten, und sich bemühen, geeignete Lösungen zu finden. Die Vertragsparteien werden innerhalb des Rahmens ihrer jeweiligen Landwirtschaftspolitik und ihrer internationalen Verpflichtungen ihre Anstrengungen für eine schrittweise Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen fortsetzen.

---

<sup>1</sup> Übersetzung des englischen Originaltextes.

Die vorliegende Vereinbarung findet auch auf das Fürstentum Liechtenstein Anwendung, solange dieser Staat durch den Zollunionsvertrag vom 29. März 1923 mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft verbunden ist.

Diese Vereinbarung wird von den Vertragsparteien gemäss ihren eigenen Verfahren genehmigt. Sie tritt zum gleichen Zeitpunkt in Kraft oder wird zum gleichen Zeitpunkt provisorisch angewandt wie das Abkommen zwischen den EFTA-Staaten und Jordanien.

Diese Vereinbarung bleibt solange in Kraft wie das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Jordanien.

Eine Kündigung des Freihandelsabkommens durch Jordanien oder durch die Schweiz wird auch diese Vereinbarung beenden; diese wird zum gleichen Zeitpunkt hinfällig werden wie das Freihandelsabkommen.

Ich wäre Ihnen verbunden, wenn Sie bestätigen wollten, dass die Regierung von Jordanien dem Inhalt dieses Briefes zustimmt.

Genehmigen Sie, Herr Hadid, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Für die  
Schweizerische Eidgenossenschaft  
Pascal Couchepin

Jawad Hadid  
Leiter der jordanischen Delegation

S.E. Pascal Couchepin  
Leiter der Schweizer Delegation

Vaduz, 21. Juni 2001

Herr Couchepin

Ich beehre mich, Ihnen den Empfang Ihres heutigen Schreibens folgenden Wortlauts zu bestätigen:

„Ich beehre mich, Bezug zu nehmen auf die Verhandlungen betreffend die Handelsvereinbarung für landwirtschaftliche Erzeugnisse zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft (im Folgenden Schweiz genannt) und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (im Folgenden Jordanien genannt), die im Rahmen der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Jordanien stattgefunden haben.

Ich bestätige hiermit die Ergebnisse dieser Verhandlungen wie folgt:

- I. Zollkonzessionen der Schweiz gegenüber Jordanien gemäss Anhang I zu diesem Brief;
- II. Zollkonzessionen Jordanien gegenüber der Schweiz gemäss Anhang II zu diesem Brief;
- III. Zum Zwecke der Anwendung von Anhang I und II legt Anhang III dieses Schreibens die Ursprungsregeln und die Methoden der administrativen Zusammenarbeit fest;
- IV. Anhänge I bis III bilden einen integrierenden Bestandteil dieser Vereinbarung.

Ferner werden die Schweiz und Jordanien alle Schwierigkeiten prüfen, welche in ihrem gegenseitigen Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen auftreten könnten, und sich bemühen, geeignete Lösungen zu finden. Die Vertragsparteien werden innerhalb des Rahmens ihrer jeweiligen Landwirtschaftspolitik und ihrer internationalen Verpflichtungen ihre Anstrengungen für eine schrittweise Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen fortsetzen.

Die vorliegende Vereinbarung findet auch auf das Fürstentum Liechtenstein Anwendung, solange dieser Staat durch den Zollunionsvertrag vom 29. März 1923 mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft verbunden ist.

Diese Vereinbarung wird von den Vertragsparteien gemäss ihren eigenen Verfahren genehmigt. Sie tritt zum gleichen Zeitpunkt in Kraft oder wird zum gleichen Zeitpunkt provisorisch angewandt wie das Abkommen zwischen den EFTA-Staaten und Jordanien.

Diese Vereinbarung bleibt solange in Kraft wie das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Jordanien.

Eine Kündigung des Freihandelsabkommens durch Jordanien oder durch die Schweiz wird auch diese Vereinbarung beenden; diese wird zum gleichen Zeitpunkt hinfällig werden wie das Freihandelsabkommen.

Ich wäre Ihnen verbunden, wenn Sie bestätigen wollten, dass die Regierung von Jordanien dem Inhalt dieses Briefes zustimmt.“

Ich beehre mich zu bestätigen, dass meine Regierung dem Inhalt dieses Briefes zustimmt.

Genehmigen Sie, Herr Couchepin, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Für das Haschemitische Königreich  
Jordanien

Herr Jawad Hadid

### Zollkonzessionen, welche die Schweizerische Eidgenossenschaft dem Haschemitischen Königreich Jordanien gewährt

Mit dem Inkrafttreten des Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Jordanien wird die Schweiz<sup>1</sup> Jordanien folgende Zollkonzessionen auf Ursprungserzeugnissen Jordaniens gewähren.

Tarif-Nr.	Bezeichnung der Ware	Präferenz-Zollansatz	
		anwendbarer	Normaltarif
		minus	
		Fr./100 kg brutto	
1	2	3	4
0207.	Fleisch und geniessbare Schlachtnebenprodukte von Geflügel der Nr. 0105, frisch, gekühlt oder gefroren:		
	– von Hühnern:		
	– – nicht in Stücke zerteilt, frisch oder gekühlt:		
11 10	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 6)* eingeführt		6.–
	– – nicht in Stücke zerteilt, gefroren:		
12 10	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 6)* eingeführt		15.–
	– – Stücke und Schlachtnebenprodukte, gefroren:		
	– – – Brüste:		
14 81	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 6)* eingeführt		15.–
	– – – andere:		
14 91	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 6)* eingeführt		15.–
0407.	Vogeleier in der Schale, frisch, haltbar gemacht oder gekocht:		
00 10	– innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 9)* eingeführt	47.–	
0601.	Bulben, Zwiebeln, Knollen, Wurzelknollen, Luftwurzeln und Wurzelstöcke, ruhend, im Wachstum oder in Blüte; Zichoriensetzlinge, -pflanzen und -wurzeln, andere als Wurzeln der Nr. 1212:		
	– Bulben, Zwiebeln, Knollen, Wurzelknollen, Luftwurzeln und Wurzelstöcke, ruhend:		
10 10	– – Tulpen		17.–
10 90	– – andere	frei	
0602.	Andere lebende Pflanzen (einschliesslich ihrer Wurzeln), Stecklinge und Pfropfreiser; Pilzmyzel:		
	– Rosen, auch veredelt:		
	– – andere:		

<sup>1</sup> Die Zollkonzessionen werden auch auf Einfuhren aus Jordanien nach Liechtenstein gewährt, solange der Zollunionsvertrag vom 29. März 1923 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein in Kraft bleibt.



Tarif-Nr.	Bezeichnung der Ware	Präferenz-Zollansatz	
		anwendbarer	Normaltarif minus
		Fr./100 kg brutto	
1	2	3	4
	40 91 – – – mit nackten Wurzeln		20.–
	40 99 – – – andere		20.–
0603.	Blüten (Blumen) und Blütenknospen, geschnitten, zu Binde- oder Zierzwecken, frisch, getrocknet, gebleicht, gefärbt, imprägniert oder anders behandelt:		
	– frisch:		
	– – vom 1. Mai bis 25. Oktober:		
	– – – Nelken:		
10 31	– – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 13)*	frei	
	– – – – Rosen:		
10 41	– – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 13)*	frei	
	– – – – andere:		
	– – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 13)*:		
10 51	– – – – – verholzend		20.–
10 59	– – – – – andere		20.–
	– – vom 26. Oktober bis 30. April:		
	– – – andere:		
Ex 10 99	– – – – andere, Nelken	frei <sup>2</sup>	
	– andere:		
90 10	– – getrocknet, im Naturzustand	frei	
90 90	– – andere (gebleicht, gefärbt, imprägniert, usw.)	frei	
0701.	Kartoffeln, frisch oder gekühlt:		
	– Saatkartoffeln:		
10 10	– – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 14)* eingeführt	frei	
	– andere:		
90 10	– – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 14)* eingeführt		3.–
0702.	Tomaten, frisch oder gekühlt:		
	– Cherry-Tomaten (Kirschentomaten):		
00 10	– – vom 21. Oktober bis 30. April	frei	
	– Peretti-Tomaten (längliche Form):		
00 20	– – vom 21. Oktober bis 30. April	frei	
	– andere Tomaten, mit einem Durchmesser von 80 mm und mehr (sog. Fleischtomaten):		
00 30	– – vom 21. Oktober bis 30. April	frei	
	– andere:		
00 90	– – vom 21. Oktober bis 30. April	frei	

2 Für diese Waren kann die Schweiz Referenzmengen festsetzen, wenn sie aufgrund einer von ihr erstellten jährlichen Handelsbilanz feststellt, dass die Einfuhrmengen Schwierigkeiten auf dem Schweizer Markt hervorrufen oder hervorrufen könnten. Übersteigen die Einfuhren die Referenzmengen, so kann die Schweiz für die betreffende Ware ein Zollkontingent in der Höhe der Referenzmenge einführen. Auf die das Kontingent übersteigende Menge wird der Normalzoll erhoben.

Tarif-Nr.	Bezeichnung der Ware	Präferenz-Zollansatz	
		anwendbarer	Normaltarif minus
		Fr./100 kg brutto	
1	2	3	4
0703.	Speisezwiebeln, Schalotten, Knoblauch, Lauch und andere Gemüse der Allium-Arten, frisch oder gekühlt:		
	– Speisezwiebeln und Schalotten:		
	– – Setzzwiebeln:		
10 11	– – – vom 1. Mai bis 30. Juni	frei	
	– – – vom 1. Juli bis 30. April:		
10 13	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	frei	
	– – andere Speisezwiebeln und Schalotten:		
	– – – weisse Speisezwiebeln, mit grünem Rohr (Cipollotte):		
10 20	– – – vom 31. Oktober bis 31. März	frei	
	– – – vom 1. April bis 30. Oktober:		
10 21	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	frei	
	– – – weisse, flache Speisezwiebeln, mit einem Durchmesser von 35 mm oder weniger:		
10 30	– – – vom 31. Oktober bis 31. März	frei	
	– – – vom 1. April bis 30. Oktober:		
10 31	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	frei	
	– – – Wildzwiebeln (Lampagioni):		
10 40	– – – vom 16. Mai bis 29. Mai	frei	
	– – – vom 30. Mai bis 15. Mai:		
10 41	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	frei	
	– – Speisezwiebeln mit einem Durchmesser von 70 mm oder mehr:		
10 50	– – – vom 16. Mai bis 29. Mai	frei	
	– – – vom 30. Mai bis 15. Mai:		
10 51	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	frei	
	– – Speisezwiebeln mit einem Durchmesser von weniger als 70 mm, rote und weisse Sorten, andere als solche der Nrn 0703.1030/1039:		
10 60	– – – vom 16. Mai bis 29. Mai	frei	
	– – – vom 30. Mai bis 15. Mai:		
10 61	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	frei	
	– – andere Speisezwiebeln:		
10 70	– – – vom 16. Mai bis 29. Mai	frei	
	– – – vom 30. Mai bis 15. Mai:		
10 71	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	frei	
10 80	– – – Schalotten	frei	
20 00	– Knoblauch	frei	
	– Lauch und andere Gemüse der Allium-Arten:		
	– – landschaftiger Lauch (höchstens 1/6 der Schaftlänge grün, wenn geschnitten nur weiss), zum Abpacken in Verkaufsschalen:		
90 10	– – – vom 16. Februar bis Ende Februar	5.–	
	– – – vom 1. März bis 15. Februar:		
90 11	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.–	
	– – anderer Lauch:		
90 20	– – – vom 16. Februar bis Ende Februar	5.–	
	– – – vom 1. März bis 15. Februar:		
90 21	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.–	
90 90	– – andere	3.50	

		Präferenz-Zollansatz	
Tarif-Nr.	Bezeichnung der Ware	anwendbarer	Normaltarif
		minus	
		Fr./100 kg brutto	
1	2	3	4
0704.	Kohl, Blumenkohl, Wirsingkohl, Kohlrabi und ähnliche essbare Kohlarten der Gattung Brassica, frisch oder gekühlt: – Blumenkohl, einschliesslich Winterblumenkohl: – – Cimone: 10 10 – – – vom 1. Dezember bis 30. April – – – vom 1. Mai bis 30. November: 10 11 – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)* – – Romanesco: 10 20 – – – vom 1. Dezember bis 30. April – – – vom 1. Mai bis 30. November: 10 21 – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)* – – andere: 10 90 – – – vom 1. Dezember bis 30. April – – – vom 1. Mai bis 30. November: 10 91 – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)* – Rosenkohl: 20 10 – – vom 1. Februar bis 31. August – – vom 1. September bis 31. Januar: 20 11 – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)* – andere: – – Rotkohl: 90 11 – – – vom 16. Mai bis 29. Mai – – – vom 30. Mai bis 15. Mai: 90 18 – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)* – – Weisskohl: 90 20 – – – vom 2. Mai bis 14. Mai – – – vom 15. Mai bis 1. Mai: 90 21 – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)* – – Spitzkabis: 90 30 – – – vom 16. März bis 31. März – – – vom 1. April bis 15. März: 90 31 – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)* – – Wirsing: 90 40 – – – vom 11. Mai bis 24. Mai – – – vom 25. Mai bis 10. Mai: 90 41 – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)* – – Broccoli: 90 50 – – – vom 1. Dezember bis 30. April – – – vom 1. Mai bis 30. November: 90 51 – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)* – – Chinakohl: 90 60 – – – vom 2. März bis 9. April – – – vom 10. April bis 1. März: 90 61 – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)* – – Pak-Choi: 90 63 – – – vom 2. März bis 9. April – – – vom 10. April bis 1. März: 90 64 – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)* – – Kohlrabi:	frei  	

Tarif-Nr.	Bezeichnung der Ware	Präferenz-Zollansatz	
		anwendbarer	Normaltarif minus
		Fr./100 kg brutto	
1	2	3	4
90 70	– – – vom 16. Dezember bis 14. März	5.–	
	– – – vom 15. März bis 15. Dezember:		
90 71	– – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.–	
	– – Federkohl:		
90 80	– – – vom 11. Mai bis 24. Mai	5.–	
	– – – vom 25. Mai bis 10. Mai:		
90 81	– – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.–	
90 90	– – andere	5.–	
0705.	Salate ( <i>Lactuca sativa</i> ) und Zichorien ( <i>Cichorium</i> spp.), frisch oder gekühlt:		
	– Salate:		
	– – Kopfsalat:		
	– – – Eisbergsalat ohne Umblatt:		
11 11	– – – – vom 1. Januar bis Ende Februar	3.50	
	– – – – vom 1. März bis 31. Dezember:		
11 18	– – – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	3.50	
	– – – Batavia und andere Eisbergsalate:		
11 20	– – – – vom 1. Januar bis Ende Februar	3.50	
	– – – – vom 1. März bis 31. Dezember:		
11 21	– – – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	3.50	
	– – – anderer:		
11 91	– – – – vom 11. Dezember bis Ende Februar	5.–	
	– – – – vom 1. März bis 10. Dezember:		
11 98	– – – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.–	
	– – andere:		
	– – – Lattich:		
19 10	– – – – vom 21. Dezember bis Ende Februar	5.–	
	– – – – vom 1. März bis 20. Dezember:		
19 11	– – – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.–	
	– – – Lattughino:		
	– – – – Eichenlaubsalat:		
19 20	– – – – – vom 21. Dezember bis Ende Februar	5.–	
	– – – – – vom 1. März bis 20. Dezember:		
19 21	– – – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.–	
	– – – – Lollo, rot:		
19 30	– – – – – vom 21. Dezember bis Ende Februar	5.–	
	– – – – – vom 1. März bis 20. Dezember:		
19 31	– – – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.–	
	– – – – anderer Lollo:		
19 40	– – – – – vom 21. Dezember bis Ende Februar	5.–	
	– – – – – vom 1. März bis 20. Dezember:		
19 41	– – – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.–	
	– – – – anderer:		
19 50	– – – – – vom 21. Dezember bis Ende Februar	5.–	
	– – – – – vom 1. März bis 20. Dezember:		
19 51	– – – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.–	

Tarif-Nr.	Bezeichnung der Ware	Präferenz-Zollansatz	
		anwendbarer	Normaltarif minus
		Fr./100 kg brutto	
1	2	3	4
	– – – andere:		
19 90	– – – – vom 21. Dezember bis 14. Februar	5.–	
	– – – – vom 15. Februar bis 20. Dezember:		
19 91	– – – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.–	
0706.	Karotten (Möhren), Weissrüben, Rotrüben (Randen), Schwarzwurzeln, Knollensellerie, Rettiche und ähnliche geniessbare Wurzeln, frisch oder gekühlt: – Karotten (Möhren) und Weissrüben: – Karotten (Möhren): – – – mit Laub, in Bündeln: 10 10 – – – – vom 11. Mai bis 24. Mai	1.90	
	– – – – vom 25. Mai bis 10. Mai:		
10 11	– – – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	1.90	
	– – – andere:		
10 20	– – – – vom 11. Mai bis 24. Mai	1.90	
	– – – – vom 25. Mai bis 10. Mai:		
10 21	– – – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	1.90	
	– andere: – – Salatrüben (Rotrüben, Randen):		
90 11	– – – – vom 16. Juni bis 29. Juni	2.–	
	– – – – vom 30. Juni bis 15. Juni:		
90 18	– – – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	2.–	
	– – Schwarzwurzeln:		
90 21	– – – – vom 16. Mai bis 14. September	3.50	
	– – – – vom 15. September bis 15. Mai:		
90 28	– – – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	3.50	
	– – Knollensellerie: – – – Suppensellerie (mit Laub, Knollendurchmesser weniger als 7 cm):		
90 30	– – – – vom 1. Januar bis 14. Januar	5.–	
	– – – – vom 15. Januar bis 31. Dezember:		
90 31	– – – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.–	
	– – – anderer:		
90 40	– – – – vom 16. Juni bis 29. Juni	5.–	
	– – – – vom 30. Juni bis 15. Juni:		
90 41	– – – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.–	
	– – Rettiche (ausgenommen Meerrettich):		
90 50	– – – – vom 16. Januar bis Ende Februar	5.–	
	– – – – vom 1. März bis 15. Januar:		
90 51	– – – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.–	
	– – Radieschen:		
90 60	– – – – vom 11. Januar bis 9. Februar	5.–	
	– – – – vom 10. Februar bis 10. Januar:		
90 61	– – – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.–	
90 90	– – andere	5.–	
0707.	Gurken und Cornichons, frisch oder gekühlt: – Gurken: – – Salatgurken:		
00 10	– – – – vom 21. Oktober bis 14. April	5.–	

		Präferenz-Zollansatz	
Tarif-Nr.	Bezeichnung der Ware	anwendbarer	Normaltarif
		minus	
		Fr./100 kg brutto	
1	2	3	4
	– – – vom 15. April bis 20. Oktober:		
00 11	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.–	
	– – Nostrano- oder Slicer-Gurken:		
00 20	– – – vom 21. Oktober bis 14. April	5.–	
	– – – vom 15. April bis 20. Oktober:		
00 21	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.–	
	– – Einmachgurken mit einer Länge von mehr als 6 cm, jedoch nicht mehr als 12 cm:		
00 30	– – – vom 21. Oktober bis 14. April	5.–	
	– – – vom 15. April bis 20. Oktober:		
00 31	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.–	
	– – andere Gurken:		
00 40	– – – vom 21. Oktober bis 14. April	5.–	
	– – – vom 15. April bis 20. Oktober:		
00 41	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.–	
00 50	– Cornichons	3.50	
0708.	Hülsenfrüchte, auch ausgelöst, frisch oder gekühlt:		
	– Bohnen (Vigna spp., Phaseolus spp.):		
20 10	– – Auskerbbohnen	frei	
	– – Schwertbohnen (sog. Piattoni- oder Cocobohnen):		
20 21	– – – vom 16. November bis 14. Juni	frei	
	– – – vom 15. Juni bis 15. November:		
20 28	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	frei	
	– – Spargel- oder Schnurbohnen (long beans):		
20 31	– – – vom 16. November bis 14. Juni	frei	
	– – – vom 15. Juni bis 15. November:		
20 38	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	frei	
	– – extrafeine Bohnen (mind. 500 Stück je kg):		
20 41	– – – vom 16. November bis 14. Juni	frei	
	– – – vom 15. Juni bis 15. November:		
20 48	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	frei	
	– – andere:		
20 91	– – – vom 16. November bis 14. Juni	frei	
	– – – vom 15. Juni bis 15. November:		
20 98	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	frei	
0709.	Andere Gemüse, frisch oder gekühlt:		
	– Artischocken:		
10 10	– – vom 1. November bis 31. Mai	frei	
	– – vom 1. Juni bis 31. Oktober:		
10 11	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.–	
	– Spargeln:		
	– – Grünspargeln:		
20 10	– – – vom 16. Juni bis 30. April	frei	
	– – – vom 1. Mai bis 15. Juni:		
20 11	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	frei	
20 90	– – andere	2.50	
	– Auberginen:		
30 10	– – vom 16. Oktober bis 31. Mai	frei	
	– – vom 1. Juni bis 15. Oktober:		

Tarif-Nr.	Bezeichnung der Ware	Präferenz-Zollansatz	
		anwendbarer	Normaltarif minus
		Fr./100 kg brutto	
1	2	3	4
30 11	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)* – Sellerie, ausgenommen Knollensellerie: – grüner Stangensellerie:	5.–	
40 10	– – – vom 1. Januar bis 30. April – – – vom 1. Mai bis 31. Dezember:	5.–	
40 11	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)* – gebleichter Stangensellerie:	5.–	
40 20	– – – vom 1. Januar bis 30. April – – – vom 1. Mai bis 31. Dezember:	5.–	
40 21	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)* – anderer:	5.–	
40 90	– – – vom 1. Januar bis 14. Januar – – – vom 15. Januar bis 31. Dezember:	5.–	
40 91	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)* – essbare Pilze und Trüffeln:	5.–	
51 00	– essbare Pilze	frei	
52 00	– Trüffeln – Früchte der Gattungen Capsicum oder Pimenta: – Peperoni:	frei	
60 11	– – – vom 1. November bis 31. März	frei	
60 12	– – – vom 1. April bis 31. Oktober	5.–	
60 90	– andere – Spinat, Neuseelandspinat (Tetragonia) und Gartenmelde:	frei	
70 10	– – – vom 16. Dezember bis 14. Februar – – – vom 15. Februar bis 15. Dezember:	5.–	
70 11	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.–	
70 90	– andere – Petersilie:	3.50	
90 40	– – – vom 1. Januar bis 14. März – – – vom 15. März bis 31. Dezember:	5.–	
90 41	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)* – Zucchetti (einschliesslich Zucchettiblüten):	5.–	
ex 90 50	– – – vom 31. Oktober bis 19. April, vom Typ Baladi – – – vom 20. April bis 30. Oktober:	frei <sup>2</sup>	
ex 90 51	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*, vom Typ Baladi – andere:	frei <sup>2</sup>	
ex 90 99	– – – andere (Oliven, frischer Koriander)	3.50	
ex 90 99	– – – andere (Okra und Molochia)	frei	

<sup>2</sup> Für diese Waren kann die Schweiz Referenzmengen festsetzen, wenn sie aufgrund einer von ihr erstellten jährlichen Handelsbilanz feststellt, dass die Einfuhrmengen Schwierigkeiten auf dem Schweizer Markt hervorrufen oder hervorrufen könnten. Übersteigen die Einfuhren die Referenzmengen, so kann die Schweiz für die betreffende Ware ein Zollkontingent in der Höhe der Referenzmenge einführen. Auf die das Kontingent übersteigende Menge wird der Normalzoll erhoben.

		Präferenz-Zollansatz	
Tarif-Nr.	Bezeichnung der Ware	anwendbarer	Normaltarif
		minus	
		Fr./100 kg brutto	
1	2	3	4
0711.	Gemüse, vorläufig haltbar gemacht (z.B. durch Schwefeldioxid oder in Wasser mit Zusatz von Salz, Schwefeldioxid oder anderen vorläufig konservierenden Stoffen), jedoch in diesem Zustand zum unmittelbaren Genuss nicht geeignet:		
	20 00 – Oliven	frei	
	30 00 – Kapern	frei	
	40 00 – Gurken und Cornichons	frei	
ex 90 00	– andere Gemüse; Gemüsemischungen: Früchte der Gattung Capsicum oder Pimenta	frei	
0713.	Trockene Hülsenfrüchte, ausgelöste, auch geschält oder zerkleinert:		
	– Kichererbsen:		
	– – ganz, unbearbeitet:		
20 19	– – – andere	frei	
	– – andere:		
20 99	– – – andere	frei	
	– Bohnen ( <i>Vigna</i> spp., <i>Phaseolus</i> spp.):		
	– – Bohnen der Arten <i>Vigna mungo</i> (L.) Hepper oder <i>Vigna radiata</i> (L.) Wilczek:		
	– – – ganz, unbearbeitet:		
31 19	– – – – andere	frei	
	– – – andere:		
31 99	– – – – andere	frei	
	– – Adzukibohnen ( <i>Phaseolus</i> oder <i>Vigna angularis</i> ):		
	– – – ganz, unbearbeitet:		
32 19	– – – – andere	frei	
	– – – andere:		
32 99	– – – – andere	frei	
	– – Gartenbohnen ( <i>Phaseolus vulgaris</i> ):		
	– – – ganz, unbearbeitet:		
33 19	– – – – andere	frei	
	– – – andere:		
33 99	– – – – andere	frei	
	– – andere:		
	– – – ganz, unbearbeitet:		
39 19	– – – – andere	frei	
	– – – andere:		
39 99	– – – – andere	frei	
	– Linsen:		
	– – ganz, unbearbeitet:		
40 19	– – – andere	frei	
	– – andere:		
40 99	– – – andere	frei	
	– Puffbohnen, Saubohnen oder Dicke Bohnen ( <i>Vicia faba</i> var. <i>major</i> ) und Pferdebohnen oder Ackerbohnen ( <i>Vicia faba</i> var. <i>equina</i> , <i>Vicia faba</i> var. <i>minor</i> ):		
	– – ganz, unbearbeitet:		
50 19	– – – andere	frei	



Tarif-Nr.	Bezeichnung der Ware	Präferenz-Zollansatz	
		anwendbarer	Normaltarif minus
		Fr./100 kg brutto	
1	2	3	4
	– – andere:		
50 99	– – – andere	frei	
	– andere:		
	– – ganz, unbearbeitet:		
90 19	– – – andere	frei	
	– – andere:		
90 99	– – – andere	frei	
0804.	Datteln, Feigen, Ananas, Avocadobirnen, Guaven, Mangofrüchte und Mangostanen, frisch oder getrocknet:		
10 00	– Datteln	frei	
	– Feigen:		
20 10	– – frisch	frei	
20 20	– – getrocknet	frei	
50 00	– Guaven, Mangofrüchte und Mangostanen	frei	
0805.	Zitrusfrüchte, frisch oder getrocknet:		
10 00	– Orangen	2.–	
20 00	– Mandarinen (einschliesslich Tangerinen und Satsumas); Clementinen, Wilkings und ähnliche Kreuzungen von Zitrusfrüchten	2.–	
30 00	– Zitronen (Citrus limon, Citrus limonum) und Limetten (Citrus aurantifolia)	frei	
40 00	– Pampelmusen und Grapefruits	frei	
90 00	– andere	frei	
0806.	Weintrauben, frisch oder getrocknet:		
	– frisch:		
	– – zum Tafelgenuss:		
ex 10 12	– – – vom 1. März bis 31. Mai	frei <sup>3</sup>	
20 00	– getrocknet	frei	
0807.	Melonen (einschliesslich Wassermelonen) und Papayafrüchte, frisch:		
	– Melonen (einschliesslich Wassermelonen):		
11 00	– – Wassermelonen	frei	
19 00	– – andere	frei	
0809.	Aprikosen, Kirschen, Pfirsiche (einschliesslich Brugnolen und Nektarinen), Pflaumen (einschliesslich Zwetschgen) und Schlehen, frisch:		
	– Pflaumen (einschliesslich Zwetschgen) und Schlehen:		

<sup>3</sup> Für diese Waren kann die Schweiz Referenzmengen festsetzen, wenn sie aufgrund einer von ihr erstellten jährlichen Handelsbilanz feststellt, dass die Einfuhrmengen Schwierigkeiten auf dem Schweizer Markt hervorrufen oder hervorrufen könnten. Übersteigen die Einfuhren die Referenzmengen, so kann die Schweiz für die betreffende Ware ein Zollkontingent in der Höhe der Referenzmenge einführen. Auf die das Kontingent übersteigende Menge wird der Normalzoll erhoben.

		Präferenz-Zollansatz	
Tarif-Nr.	Bezeichnung der Ware	anwendbarer	Normaltarif minus
		Fr./100 kg brutto	
1	2	3	4
	– – in offener Packung:		
	– – – Pflaumen (einschliesslich Zwetschgen):		
40 12	– – – vom 1. Oktober bis 30. Juni	frei	
	– – – vom 1. Juli bis 30. September:		
40 13	– – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 18)*	frei	
40 15	– – – Schlehen	frei	
	– – in anderer Packung:		
	– – – Pflaumen (einschliesslich Zwetschgen):		
40 92	– – – vom 1. Oktober bis 30. Juni	frei	
	– – – vom 1. Juli bis 30. September:		
40 93	– – – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 18)*	frei	
40 95	– – – Schlehen	frei	
0810.	Andere Früchte, frisch:		
	– Erdbeeren:		
10 10	– – vom 1. September bis 14. Mai	frei	
	– – vom 15. Mai bis 31. August:		
10 11	– – – innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 19)*	frei	
	– andere:		
90 99	– – andere	frei	
0814.0000	Schalen von Zitrusfrüchten oder von Melonen (einschliesslich Wassermelonen), frisch, gefroren, in Wasser mit Zusatz von Salz, Schwefeldioxid oder anderen vorläufig konservierenden Stoffen oder getrocknet	frei	
0904.	Pfeffer der Gattung Piper; Früchte der Gattungen Capsicum oder Pimenta, getrocknet oder zerrieben oder in Pulverform:		
	– Pfeffer:		
11 00	– – weder zerrieben noch in Pulverform	frei	
12 00	– – zerrieben oder in Pulverform	frei	
	– Früchte der Gattungen Capsicum oder Pimenta, getrocknet oder zerrieben oder in Pulverform:		
20 10	– – nicht verarbeitet	frei	
20 90	– – andere	frei	
0910.	Ingwer, Safran, Kurkuma, Thymian, Lorbeerblätter, Curry und andere Gewürze:		
40 00	– Thymian; Lorbeerblätter	frei	
1212.	Johannisbrot, Algen, Zuckerrüben und Zuckerrohr, frisch, gekühlt, gefroren oder getrocknet, auch in Pulverform; Fruchtkerne und Fruchsteine und andere pflanzliche Waren (einschliesslich Zichorienwurzeln der Varietät Cichorium intybus sativum, nicht geröstet), der hauptsächlich zur menschlichen Ernährung dienenden Art, anderweit weder genannt noch inbegriffen:		
	– andere:		

		Präferenz-Zollansatz	
Tarif-Nr.	Bezeichnung der Ware	anwendbarer	Normaltarif minus
		Fr./100 kg brutto	
1	2	3	4
	– – andere:		
	– – – andere:		
ex 99 99	– – – andere, frische Weinblätter zur menschlichen Ernährung	frei	
1509.	Olivenöl und seine Fraktionen, auch raffiniert, aber nicht chemisch modifiziert:		
	– nicht behandelt:		
10 10	– – zu Futterzwecken		5.50
	– – andere:		
10 91	– – – in Behältnissen aus Glas, mit einem Fassungsvermögen von nicht mehr als 2 l	frei <sup>4</sup> /frei <sup>5</sup>	5.50 <sup>6</sup>
10 99	– – – andere	frei <sup>7</sup>	5.50 <sup>8</sup>
	– andere:		
90 10	– – zu Futterzwecken		5.50
	– – andere:		
90 91	– – – in Behältnissen aus Glas, mit einem Fassungsvermögen von nicht mehr als 2 l	frei <sup>9</sup>	5.50 <sup>10</sup>
90 99	– – – andere	frei <sup>11</sup>	5.50 <sup>12</sup>
2001.	Gemüse, Früchte und andere geniessbare Pflanzenteile, mit Essig oder Essigsäure zubereitet oder haltbar gemacht:		
	– andere:		
	– – Früchte:		
90 11	– – – tropische	frei	
	– – Gemüse und andere geniessbare Pflanzenteile:		
ex 90 90	– – – andere (Oliven)	frei	
2002.	Tomaten, in anderer Weise als mit Essig oder Essigsäure zubereitet oder haltbar gemacht:		
	– Tomaten, ganz oder in Stücken:		
10 10	– – in Behältnissen von mehr als 5 kg	2.50	
10 20	– – in Behältnissen von nicht mehr als 5 kg	4.50	
	– andere:		
90 10	– – in Behältnissen von mehr als 5 kg	2.50	
	– – in Behältnissen von nicht mehr als 5 kg:		

- <sup>4</sup> Für die menschliche Ernährung: 200 t jährlich  
<sup>5</sup> zu technischen Zwecken  
<sup>6</sup> nicht zu technischen Zwecken, ausserhalb des Kontingents von 200 t jährlich  
<sup>7</sup> zu technischen Zwecken  
<sup>8</sup> nicht zu technischen Zwecken  
<sup>9</sup> zu technischen Zwecken  
<sup>10</sup> nicht technischen Zwecken  
<sup>11</sup> zu technischen Zwecken  
<sup>12</sup> nicht technischen Zwecken

		Präferenz-Zollansatz	
Tarif-Nr.	Bezeichnung der Ware	anwendbarer	Normaltarif
		minus	
		Fr./100 kg brutto	
1	2	3	4
	90 21 – – – Tomatenpulpe, Tomatenpüree und Tomatenkonzentrat, in luftdicht verschlossenen Behältnissen mit einem Gehalt an Trockensubstanz von 25 Gewichtsprozent oder mehr, aus Tomaten und Wasser bestehend, auch mit Salz oder anderen Würzzusätzen	frei	
	90 29 – – – andere	4.50	
2004.	Andere Gemüse, in anderer Weise als mit Essig oder Essigsäure zubereitet oder haltbar gemacht, gefroren, andere als Erzeugnisse der Nr. 2006: – andere Gemüse und Gemüsemischungen: – – in Behältnissen von mehr als 5 kg:		
	90 12 – – – Oliven	frei	
	– – in Behältnissen von nicht mehr als 5 kg:		
	90 42 – – – Oliven	frei	
2005.	Andere Gemüse, in anderer Weise als mit Essig oder Essigsäure zubereitet oder haltbar gemacht, nicht gefroren, andere als Erzeugnisse der Nr. 2006: – Oliven:		
	70 10 – – in Behältnissen von mehr als 5 kg	frei	
	70 90 – – andere	frei	
2006.	Gemüse, Früchte, Fruchtschalen und andere Pflanzenteile, mit Zucker haltbar gemacht (durchtränkt und abgetropft, glasiert oder kandierte): ex 00 90 – andere (Zitrusfrüchte)	9.50	
2007.	Konfitüren, Fruchtgelees, Marmeladen, Fruchtmus und Fruchtpasten, durch Kochen hergestellt, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süsstoffen: – andere: – – andere: – – – ohne Zusatz von Zucker oder anderen Süsstoffen:		
	99 11 – – – tropische Früchte	frei	
	99 19 – – – andere	frei	
	– – mit Zusatz von Zucker oder anderen Süsstoffen:		
	99 21 – – – tropische Früchte	frei	
2009.	Fruchtsäfte (einschliesslich Traubenmost) oder Gemüsesäfte, nicht gegoren, ohne Zusatz von Alkohol, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süsstoffen: – Orangensaft: – – gefroren:		
	ex 11 10 – – – ohne Zusatz von Zucker oder anderen Süsstoffen (eingedickt)	frei	
	ex 11 20 – – – mit Zusatz von Zucker oder anderen Süsstoffen (eingedickt)	35.–	
	– – anderer:		

Tarif-Nr.	Bezeichnung der Ware	Präferenz-Zollansatz	
		anwendbarer	Normaltarif minus
		Fr./100 kg brutto	
1	2	3	4
ex 19 10	– – – ohne Zusatz von Zucker oder anderen Süsstoffen (eingedickt)	frei	
ex 19 20	– – – mit Zusatz von Zucker oder anderen Süsstoffen (eingedickt)	35.–	
	– Pampelmusen- oder Grapefruitsaft:		
	– – ohne Zusatz von Zucker oder anderen Süsstoffen:		
20 11	– – – eingedickt	frei	
20 20	– – – mit Zusatz von Zucker oder anderen Süsstoffen	35.–	
	– Saft anderer Zitrusfrüchte:		
	– – ohne Zusatz von Zucker oder anderen Süsstoffen:		
30 11	– – – Zitronensaft, roh (auch stabilisiert)	frei	
ex 30 19	– – – anderer (eingedickt)	6.–	
50 00	– Tomatensaft	4.–	

### Erläuterung zum Anhang I

Im Falle von Meinungsverschiedenheiten über die Warenbezeichnung in Kolonne 2 geht das Schweizerische Zolltarifgesetz vor.

Ist die Zollreduktion gleich oder grösser als der angewandte MFN-Zollansatz, wird kein Zoll erhoben.

Der Hinweis (\*) in Kolonne 2 bedeutet, dass die Präferenz-Zollansätze in Kolonne 3 und 4 für Einfuhren im Rahmen der in der WTO vereinbarten Zollkontingente zur Anwendung kommen.

### Concessions granted by the Hachemite Kingdom of Jordan to the Swiss Confederation

H.S.	Description of Goods	Duty
0102.10000	Pure-bred breeding animals	Free
0402	Milk and cream, concentrated or containing added sugar or other sweetening matter :	
0402.21200	Powder milk packed in firmly closed containers, the content of each not exceeding 3 kg	Free
0406	Cheese and curd :	
ex 0406.90100	Hard cheese not put in packing for retail sale, imported by cheese factories	Free
0901	Coffee, whether or not roasted or decaffeinated ; coffee husks and skins ; coffee substitutes containing coffee in any proportion.	
ex 0901.21100	not decaffeinated, put in single vacuum packed portions, for the use in coffee machines	Free
ex 0901.22100	decaffeinated, put in single vacuum packed portions, for the use in coffee machines	Free
1209	Seeds, fruit and spores, of a kind for sowing	
1209.30000	Seeds of herbaceous plants cultivated principally for their flowers	Free
1209.91000	Vegetable seeds	Free
1302.20000	Pectic substances, pectinates and pectate	Free
	Preparation with basis extracts essences or concentrates or with a basis of coffee :	
ex 2101.11000	Extracts, essences and concentrates	Free <sup>1</sup>
	Preparation of a kind used in animal feedings :	
ex 2309.90900	Preparations containing vitamins and/or minerals, used as an addition in animal feeding, for the purpose of health (usually mixed with other feeding stuffs)	Free

<sup>1</sup> Free seven years after entry into force of the Agreement. During the transitional period, the duty will be reduced annually by 3 %, the first reduction will be applied as from the entry into force of the Agreement.

**Ursprungsregeln und Methoden der administrativen  
Zusammenarbeit betreffend die in dieser Vereinbarung  
erwähnten landwirtschaftlichen Erzeugnisse**

1. (1) Zur Anwendung dieser Vereinbarung gilt als Ursprungserzeugnis des Haschemitischen Königreiches Jordanien oder der Schweiz ein Produkt, das im betreffenden Land vollständig erzeugt worden ist.  
(2) Im Folgenden gelten als im Haschemitischen Königreich Jordanien oder der Schweiz vollständig erzeugt:
  - a) pflanzliche Erzeugnisse, die dort geerntet worden sind;
  - b) lebende Tiere, die dort geboren worden oder ausgeschlüpft sind und dort aufgezogen wurden;
  - c) Erzeugnisse, die von dort gehaltenen lebenden Tieren gewonnen worden sind;
  - d) Erzeugnisse, die von dort gejagten Tieren gewonnen worden sind;
  - e) Waren, die dort ausschließlich aus den unter den Buchstaben a) bis d) genannten Erzeugnissen hergestellt worden sind.  
(3) Verpackungsmaterialien und Einzelverkaufspackungen, die ein Produkt umschliessen, sollen zur Ermittlung, ob dieses Produkt vollständig erzeugt worden ist, nicht berücksichtigt werden, und es ist nicht notwendig festzustellen, ob solche Verpackungsmaterialien und Einzelverkaufspackungen Ursprungserzeugnisse sind oder nicht.
2. Unbeschadet des Paragraphs 1 gelten ebenfalls als Ursprungserzeugnisse die in der Liste der Beilage zu diesem Anhang in den Kolonnen 1 und 2 enthaltenen Produkte, die im Haschemitischen Königreich Jordanien oder der Schweiz unter Beifügung von Vormaterialien hergestellt worden sind, die dort nicht vollständig erzeugt wurden, vorausgesetzt, dass die Bedingungen in Kolonne 3 bezüglich der ausreichenden Be- oder Verarbeitung solcher Vormaterialien erfüllt worden sind.
3. (1) Die in dieser Vereinbarung vorgesehene präferenzielle Behandlung kann nur Produkten gewährt werden, die direkt zwischen dem Haschemitischen Königreich Jordanien und der Schweiz oder zwischen der Schweiz und dem Haschemitischen Königreich Jordanien transportiert werden, ohne das Gebiet eines Drittstaates zu berühren. Gleichwohl können Ursprungserzeugnisse des Haschemitischen Königreiches Jordanien oder der Schweiz, die eine einzige Sendung bilden, die nicht aufgeteilt wird, unter Durchfuhr durch andere Gebiete als die der Schweiz oder des Haschemitischen Königreiches Jordanien gegebenenfalls auch mit einer Umladung oder vorübergehenden Einlagerung in diesen Gebieten, transportiert werden, wenn die Durchfuhr durch diese Gebiete aus geographischen Gründen gerechtfertigt ist und die Produkte im Durchfuhr- oder Einlagerungsland unter zollamtlicher Überwachung geblieben, dort nicht in den Handel oder freien Verkehr gelangt und dort nur ent- oder verladen

worden sind und nur eine auf die Erhaltung ihres Zustandes gerichtete Behandlung erfahren haben.

(2) Der Nachweis, dass die in Unterabsatz 1 niedergelegten Bedingungen erfüllt worden sind, soll den Zollbehörden des Einfuhrstaates gemäss den entsprechenden Vorschriften des Protokolls B zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten und dem Haschemitischen Königreich Jordanien vorgelegt werden.

4. Auf Ursprungserzeugnisse im Sinne dieser Vereinbarung ist die Vereinbarung bei der Einfuhr in die Schweiz oder im Haschemitischen Königreich Jordanien anzuwenden bei Vorlage entweder einer Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder einer Rechnungserklärung, erteilt oder ausgestellt gemäss den Vorschriften des Protokolls B zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten und dem Haschemitischen Königreich Jordanien.
5. Die Vorschriften bezüglich Zollrückvergütung oder Nichterhebung von Zöllen, Ursprungsnachweisen und Vorkehrungen für die Verwaltungszusammenarbeit, die im Protokoll B zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten und dem Haschemitischen Königreich Jordanien enthalten sind, gelten mutatis mutandis. Dabei versteht sich, dass das in diesen Vorschriften enthaltene Verbot der Zollrückvergütung oder der Nichterhebung von Zöllen nur auf Vormaterialien anzuwenden ist, die von der Art sind, auf welche das Abkommen zwischen den EFTA-Staaten und dem Haschemitischen Königreich Jordanien anzuwenden ist.



**Liste von Waren, auf die in Ziffer 2 zu Anhang III verwiesen wird und für die andere Bedingungen als die vollständige Erzeugung gelten**

Tarif-Nr.	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitung von Vormaterialien ohne Ursprungsbezeichnung, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
0102	Reinrassige Zuchttiere	Alle Tiere müssen vollständig gewonnen oder hergestellt sein
0207	Fleisch und geniessbare Schlachtnebenprodukte von Geflügel der Nr. 0105, frisch, gekühlt oder gefroren	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien des Kapitels 1 vollständig erzeugt sein müssen
0402	Milch und Rahm, eingedickt oder mit Zusatz von Zucker oder anderen Süsstoffen	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien des Kapitels 4 vollständig erzeugt sein müssen
0406	Käse und Quark	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien des Kapitels 4 vollständig erzeugt sein müssen
0407	Vogeleier in der Schale, frisch, haltbar gemacht oder gekocht	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vogeleier vollständig erzeugt sein müssen
0601	Bulben, Zwiebeln, Knollen, Wurzelknollen, Luftwurzeln und Wurzelstöcke, ruhend, im Wachstum oder in Blüte; Zichoriensetzling, -pflanzen und -wurzeln, andere als Wurzeln der Nr. 1212	Herstellen, bei dem alle verwendeten Pflanzen vollständig erzeugt sein müssen
0602	Andere lebende Pflanzen (einschliesslich ihrer Wurzeln), Stecklinge und Pfropfreiser, Pilzmyzel	Herstellen, bei dem alle verwendeten Pflanzen vollständig erzeugt sein müssen
0603	Blüten (Blumen) und Blütenknospen, geschnitten, zu Binde- oder Zierzwecken, frisch, getrocknet, gebleicht, gefärbt, imprägniert oder anders behandelt	Herstellen, bei dem alle verwendeten Blüten vollständig erzeugt sein müssen
0701	Kartoffeln, frisch oder gekühlt	Herstellen, bei dem alle verwendeten Kartoffeln vollständig erzeugt sein müssen
0702	Tomaten, frisch oder gekühlt	Herstellen, bei dem alle verwendeten Tomaten vollständig erzeugt sein müssen
0703	Speisezwiebeln, Schalotten, Knoblauch, Lauch und andere Gemüse der Allium-Arten, frisch oder gekühlt	Herstellen, bei dem alle verwendeten Gemüse vollständig erzeugt sein müssen

Tarif-Nr.	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitung von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
0704	Kohl, Blumenkohl, Wirsingkohl, Kohlrabi und ähnliche essbare Kohlarten der Gattung Brassica, frisch oder gekühlt	Herstellen, bei dem alle verwendeten Gemüse vollständig erzeugt sein müssen
0705	Salate ( <i>Lactuca sativa</i> ) und Zichorien ( <i>Cichorium</i> spp.), frisch oder gekühlt	Herstellen, bei dem alle verwendeten Gemüse vollständig erzeugt sein müssen
0706	Karotten (Möhren), Weissrüben, Rotrüben (Randen), Scharzwurzeln, Knollensellerie, Rettiche und ähnliche geniessbare Wurzeln, frisch oder gekühlt	Herstellen, bei dem alle verwendeten Gemüse vollständig erzeugt sein müssen
0707	Gurken und Cornichons, frisch oder gekühlt	Herstellen, bei dem alle verwendeten Gemüse vollständig erzeugt sein müssen
0708	Hülsenfrüchte, auch ausgelöst, frisch oder gekühlt	Herstellen, bei dem alle verwendeten Gemüse vollständig erzeugt sein müssen
0709	Andere Gemüse, frisch oder gekühlt	Herstellen, bei dem alle verwendeten Gemüse vollständig erzeugt sein müssen
0711	Gemüse, vorläufig haltbar gemacht (z.B. durch Schwefeldioxid oder in Wasser mit Zusatz von Salz, Schwefeldioxid oder anderen vorläufig konservierenden Stoffen), jedoch in diesem Zustand zum unmittelbaren Genuss nicht geeignet	Herstellen, bei dem alle verwendeten Gemüse vollständig erzeugt sein müssen
0713	Trockene Hülsenfrüchte, ausgelöste, auch geschält oder zerkleinert	Herstellen, bei dem alle verwendeten Gemüse vollständig erzeugt sein müssen
0804	Datteln, Feigen, Ananas, Avocadobirnen, Guaven, Mangofrüchte und Mangostanen, frisch oder getrocknet	Herstellen, bei dem alle verwendeten Früchte vollständig erzeugt sein müssen
0805	Zitrusfrüchte, frisch oder getrocknet	Herstellen, bei dem alle verwendeten Früchte vollständig erzeugt sein müssen
0806	Weintrauben, frisch oder getrocknet	Herstellen, bei dem alle verwendeten Weintrauben vollständig erzeugt sein müssen
0807	Melonen (einschliesslich Wassermelonen) und Papayafrüchte, frisch	Herstellen, bei dem alle verwendeten Melonen und Papayafrüchte vollständig erzeugt sein müssen
0809	Aprikosen, Kirschen, Pfirsiche (einschliesslich Brugnolen und Nektarinen), Pflaumen (einschliesslich Zwetschgen) und Schlehen, frisch	Herstellen, bei dem alle verwendeten Früchte vollständig erzeugt sein müssen
0810	Andere Früchte, frisch	Herstellen, bei dem alle verwendeten Früchte vollständig erzeugt sein müssen

Tarif-Nr.	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitung von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
0814	Schalen von Zitrusfrüchten oder von Melonen (einschliesslich Wassermelonen), frisch, gefroren, in Wasser mit Zusatz von Salz, Schwefeldioxid oder anderen vorläufig konservierenden Stoffen oder getrocknet	Herstellen, bei dem alle verwendeten Zitrusfrüchte oder Melonen vollständig erzeugt sein müssen
0901	Kaffee, auch geröstet oder entkoffeiniert; Kaffeeschalen und Kaffeehäutchen; Kaffee-Ersatzmittel mit beliebigem Gehalt an Kaffee	Herstellen aus Vormaterialien jeder Nummer
0904	Pfeffer der Gattung Piper, Früchte der Gattungen Capsicum oder Pimenta, getrocknet oder zerrieben oder in Pulverform	Herstellen, bei dem aller verwendeter Pfeffer vollständig erzeugt sein muss
0910	Ingwer, Safran, Kurkuma, Thymian, Lorbeerblätter, Curry und andere Gewürze	Herstellen, bei dem alle verwendeten Gewürze vollständig erzeugt sein müssen
1209	Samen, Früchte und Sporen, zur Aussaat	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien des Kapitels 12 vollständig erzeugt sein müssen
1212	Johannisbrot, Algen, Zuckerrüben und Zuckerrohr, frisch, gekühlt, gefroren oder getrocknet, auch in Pulverform; Fruchtkerne und Fruchtscheiben und andere pflanzliche Waren (einschliesslich Zichorienwurzeln der Varietät Cichorium intybus sativum, nicht geröstet), der hauptsächlich zur menschlichen Ernährung dienenden Art, anderweit weder genannt noch inbegriffen	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien des Kapitels 12 vollständig erzeugt sein müssen
1302	Pflanzensäfte und -auszüge; Pektinstoffe, Pektinate und Pektate; Agar-Agar und andere Schleime und Verdickungsstoffe von Pflanzen, auch modifiziert	
	– Schleime und Verdickungsstoffe von Pflanzen, auch modifiziert	Herstellen aus nicht modifizierten Schleimen und Verdickungsstoffen von Pflanzen
	– Andere	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des Ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
1509	Olivenöl und seine Fraktionen, auch raffiniert, aber nicht chemisch modifiziert	Herstellen, bei dem alle verwendeten Oliven vollständig erzeugt sein müssen

Tarif-Nr.	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitung von Vormaterialien ohne Ursprungsbezeichnung, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
2001	Gemüse, Früchte und andere geniessbare Pflanzenteile, mit Essig oder Essigsäure zubereitet oder haltbar gemacht	Herstellen, bei dem alle verwendeten Gemüse, Früchte und andere geniessbare Pflanzenteile vollständig erzeugt sein müssen
2002	Tomaten, in anderer Weise als mit Essig oder Essigsäure zubereitet oder haltbar gemacht	Herstellen, bei dem alle verwendeten Tomaten vollständig erzeugt sein müssen
2004	Andere Gemüse, in anderer Weise als mit Essig oder Essigsäure zubereitet oder haltbar gemacht, gefroren, andere als Erzeugnisse der Nr. 2006	Herstellen, bei dem alle Vormaterialien des Kapitels 7 vollständig erzeugt sein müssen
2005	Herstellen, bei dem alle Vormaterialien des Kapitels 7 vollständig erzeugt sein müssen	Herstellen, bei dem alle Vormaterialien des Kapitels 7 vollständig erzeugt sein müssen
2006	Gemüse, Früchte, Fruchtschalen und andere Pflanzenteile, mit Zucker haltbar gemacht	Herstellen, bei dem alle verwendeten Gemüse, Früchte, Fruchtschalen und andere Pflanzenteile vollständig erzeugt sein müssen
2007	Konfitüren, Fruchtgelees, Marmeladen, Furchtmus und Fruchtpasten, durch Kochen hergestellt, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süsstoffen	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind und - der Wert der verwendeten Vormaterialien des Kapitels 17 30 v.H. des Ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
2009	Fruchtsäfte (einschliesslich Traubenmost) oder Gemüsesäfte, nicht gegoren, ohne Zusatz von Alkohol, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süsstoffen	Herstellen, bei dem alle Vormaterialien der Kapitel 7 und 8 vollständig erzeugt sein müssen
2101	Auszüge, Essenzen und Konzentrate aus Kaffee, Tee oder Mate und Zubereitungen auf der Grundlage dieser Waren oder auf der Grundlage von Kaffee, Tee oder Mate; geröstete Zichorie und andere geröstete Kaffee-Ersatzmittel und ihre Auszüge, Essenzen und Konzentrate	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind und die verwendeten Zichorien vollständig gewonnen oder hergestellt sein müssen
2309	Zubereitungen der für die Tierfütterung verwendeten Art	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind

**über das Freihandelsabkommen zwischen den  
EFTA-Staaten und der Republik Kroatien**vom 9. Januar 2002

---

**9.2.2.1****Allgemeiner Teil****9.2.2.1.1****Übersicht**

Nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zerfall der Sowjetunion bemühten sich die EU und die EFTA-Staaten um den Einbezug der neuen bzw. unabhängig gewordenen Staaten Ost- und Mitteleuropas in das westeuropäische Freihandelssystem. Diese Bemühungen führten in der ersten Hälfte der 90er-Jahre des letzten Jahrhunderts zum Abschluss von Assoziationsabkommen durch die EU und von Freihandelsabkommen durch die EFTA-Staaten mit zahlreichen Ländern Mittel- und Osteuropas. Aus naheliegenden Gründen war der Einbezug der Staaten Ex-Jugoslawiens erst in jüngerer Zeit möglich. Zuerst war dies Slowenien (Freihandelsabkommen EFTA-Slowenien in Kraft seit 1998, Assoziationsabkommen EU-Slowenien seit 1999), ihm folgte Mazedonien (Freihandelsabkommen EFTA-Mazedonien abgeschlossen 2000, Assoziationsabkommen EU-Mazedonien 2001). Am 21. Juni 2001 ist das vorliegende Freihandelsabkommen mit Kroatien unterzeichnet worden. Die EU hat ihrerseits im Oktober 2001 ein Assoziationsabkommen mit Kroatien unterzeichnet.

Das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Kroatien umfasst den Industriesektor sowie Fische und andere Meeresprodukte. Im Landwirtschaftssektor haben die einzelnen EFTA-Staaten mit Kroatien bilaterale Vereinbarungen abgeschlossen. Mit dem erleichterten Zugang zu den EFTA-Märkten soll der Transitionsprozess Kroatiens hin zur freien Marktwirtschaft unterstützt werden. Durch dieses Abkommen wird auch der Einbezug Kroatiens in die europäische Wirtschaftszusammenarbeit und Integration gefördert.

Das Freihandelsabkommen ist asymmetrisch ausgestaltet und berücksichtigt damit die Unterschiede der Wirtschaftsentwicklung Kroatiens und der EFTA-Staaten. Während die EFTA-Staaten ihre Zölle und Abgaben mit dem Inkrafttreten des Abkommens vollständig abschaffen, wird Kroatien für den schrittweisen Zollabbau eine Übergangszeit bis 2007 gewährt. Mit dem Inkrafttreten des Abkommens werden etwa 50 Prozent der Schweizer Ausfuhren von jeglichen Zöllen und Abgaben befreit. Die restlichen Exportgüter unterliegen während der Übergangsperiode einem sukzessiven Zollabbau bis zum vollständigen Freihandel. Spezielle Bestimmungen stellen sicher, dass die EFTA-Staaten auch nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens der EU mit Kroatien keine schlechteren Marktzugangsbedingungen haben werden als die EU. Zurzeit gewährt die Schweiz Kroatien auf autonomer Basis die in ihrem Zollpräferenzschema (Allgemeines Präferenzsystem, APS) zugunsten der Entwicklungsländer vorgesehenen Vergünstigungen. Die schweizerischen Zollkonzessionen kommen weitgehend einer Konsolidierung der bisherigen einseitig gewährten APS-Präferenzen gleich, dies nun auf Basis der Gegenseitigkeit.

Die von der Schweiz im Rahmen der bilateralen Agrarvereinbarung auf Landwirtschaftsprodukten und einigen verarbeiteten Landwirtschaftsprodukten eingeräumten Zollkonzessionen gehen nicht über diejenigen hinaus, welche bereits anderen Freihandelspartnern gewährt worden sind.

#### **9.2.2.1.2            Wirtschaftliche Lage Kroatiens**

Kroatien wurde durch die politischen Unruhen und die kriegesischen Auseinandersetzungen in der Region wirtschaftlich nicht im gleichen Ausmass wie andere Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien zurückgeworfen. Unter dem Regime von Tudjman wurde in Bezug auf die Wirtschaftsreformen wenig unternommen. Dennoch wuchs die Wirtschaft während der 90er-Jahre und geriet erst 1998 in eine starke, jedoch kurze Rezession. Bereits 1999 setzte ein erneutes Wachstum ein, welches bis heute anhält und sich auch in den kommenden Jahren mit Wachstumsraten von jährlich 3,5 bis 4 Prozent fortsetzen dürfte. Die neue Regierung fand damit nach dem Abgang von Tudjman wesentlich bessere Ausgangsbedingungen vor, als sie in anderen Staaten Ex-Jugoslawiens gegenwärtig zu beobachten sind. Bei den Wirtschaftsreformen konnte die neue Regierung insbesondere in den Bereichen Investitionsgesetzgebung und Privatisierungen wichtige Fortschritte realisieren.

Kroatien erhielt vom IWF gute Noten, was die Einhaltung des Budgets 2000 und die diesbezüglichen Zielvorhaben für das Jahr 2001 anbetrifft. Die Schuldenlage scheint sich bereits zu konsolidieren, die Währungsreserven sind in einem beachtlichen Masse gestiegen, und die volkswirtschaftliche Situation scheint sich überhaupt schneller zu verbessern als noch vor einem Jahr allgemein angenommen wurde. Mit 4 bis 5 Prozent liegt auch die Kerninflation tiefer als prognostiziert.

Wenig erfreulich zeigen sich jedoch die Situation auf dem Arbeitsmarkt und die Entwicklung der Produktion. Arbeitslose (rund 20%) und Pensionierte zusammen machen mittlerweile den grösseren Anteil an der Bevölkerung aus als die Erwerbstätigen. Sowohl die industrielle als auch die landwirtschaftliche Produktion ist nach wie vor schwach. Der Dienstleistungssektor zeigt aber Anzeichen einer kräftigen Erholung. Kroatien hat ein grosses Potenzial als Reiseland. Die starke Abhängigkeit vom Tourismussektor macht die Wirtschaft jedoch sehr verletzlich gegenüber allfälligen weiteren Unruhen auf dem Balkan.

Der Aussenhandel Kroatiens wächst stetig, ist aber verglichen mit anderen Transitionsökonomien stark defizitär. Bei weitem der wichtigste Handelspartner ist die Europäische Union, aus welcher 60 Prozent der Importe stammen und in welche 50 Prozent der kroatischen Exporte geliefert werden. Ausländische Direktinvestitionen spielen in Kroatien aufgrund der erst teilweise durchgeführten Strukturreformen und der anhaltenden Instabilität der Region bis heute noch eine untergeordnete Rolle. Seit November 2000 ist Kroatien Mitglied der WTO.

#### **9.2.2.1.3            Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Kroatien**

Die Bedeutung Kroatiens im gesamten schweizerischen Aussenhandel ist eher gering. Der Handel mit der Schweiz ist für Kroatien defizitär. Während die

Schweizer Exporte nach Kroatien in den 90er-Jahren leicht zunahmen und sich 2000 auf ungefähr 170 Millionen Franken beliefen, bewegten sich die Importe in den letzten Jahren zwischen 30 und 45 Millionen Franken (2000: 36 Mio. Fr.).

Die Schweiz exportiert vor allem Maschinen, Pharmazeutika und andere chemische Produkte sowie Papier nach Kroatien und importiert hauptsächlich Maschinen, Holz, Metallwaren, Möbel und Landwirtschaftsprodukte. Bezüglich Direktinvestitionen ist die Schweiz mit rund 150 Millionen Franken der dritt wichtigste Investor in Kroatien. Die Investitionen konzentrieren sich auf den Zement- und den Verpackungssektor.

Als Rechtsrahmen für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Kroatien dienen das Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit von 2000, das Investitionsschutzabkommen von 1997 und das 1999 abgeschlossene Doppelbesteuerungsabkommen.

#### **9.2.2.2 Besonderer Teil**

##### **9.2.2.2.1 Verhandlungsverlauf**

Als ersten Schritt im Hinblick auf die vertragliche Regelung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unterzeichneten die EFTA-Staaten und Kroatien am 19. Juni 2000 eine Zusammenarbeitserklärung. Bereits anlässlich des ersten Treffens des durch diese Erklärung eingesetzten Gemischten Ausschusses wurde am 26./27. Oktober 2000 der Beschluss gefasst, umgehend Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zu eröffnen. Diese konnten am 23. Februar 2001 nach nur zwei Verhandlungsrunden abgeschlossen werden.

##### **9.2.2.2.2 Inhalt des Freihandelsabkommens**

Mit Ausnahme der Behandlung der verarbeiteten Landwirtschaftsprodukte entspricht das Freihandelsabkommen mit Kroatien weitgehend den bereits mit andern mittel- und osteuropäischen Staaten abgeschlossenen Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten. Es umfasst Industrieprodukte sowie Fische und andere Meeresprodukte (*Art. 2*). Weil die EU Kroatien im Rahmen ihres Assoziations- und Stabilitätsabkommens für alle Warenkategorien inklusive Agrarprodukte (von drei Ausnahmen abgesehen) zollfreien Zugang gewährt hat, war es den EFTA-Staaten nicht möglich, im Freihandelsabkommen das übliche Protokoll über die landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukte und die darin verankerte Gleichbehandlung mit der EG durchzusetzen. Es ist jedoch gelungen, die wichtigsten Anliegen der Schweiz in Bezug auf diese Waren in der bilateralen Vereinbarung über den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten zu berücksichtigen.

Das Abkommen ist asymmetrisch ausgestaltet und berücksichtigt damit die Unterschiede in der Wirtschaftsentwicklung der Vertragsparteien. Während die EFTA-Staaten ihre Zölle und Abgaben mit Inkrafttreten des Abkommens vollständig aufheben, wird Kroatien für den schrittweisen Abbau seiner Zölle bis zum vollständigen Freihandel eine Übergangszeit bis 2007 gewährt (*Art. 4*). Dennoch werden über 50 Prozent der schweizerischen Exporte nach Kroatien ab Inkrafttreten des vorliegenden Abkommens von jeglichen Zöllen und Abgaben befreit. Als

Grundlage für den Zollabbau durch Kroatien dient der Parallelismus zur EU. Spezielle Bestimmungen stellen sicher, dass die EFTA-Staaten auch nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens der EU mit Kroatien keine schlechteren Marktzugangsbedingungen haben werden als die EU.

Die Ursprungsregeln (*Art. 3* und *Anhang III*) entsprechen denjenigen der paneuropäischen Kumulation. Im Verständigungsprotokoll zum Abkommen wird ein baldiger Beitritt Kroatiens zu diesem System der Ursprungskumulation vorgesehen. Zurzeit können Vormaterialien aus den EFTA-Staaten und Kroatien bilateral kumuliert werden und so bei der Einfuhr in einen Vertragsstaat in den Genuss des präferenziellen Ursprungs kommen. Die wettbewerbsverzerrende Rückerstattung von Zöllen, die auf Einfuhren aus Drittländern erhoben werden (sog. *drawback*), ist nur noch während einer kurzen Übergangszeit (bis Ende 2004) erlaubt. Das Abkommen enthält ausserdem die üblichen Bestimmungen eines Freihandelsabkommens über Zölle und mengenmässige Beschränkungen (*Art. 4-8*).

Um das gute Funktionieren des Abkommens sicherzustellen und die Zusammenarbeit zwischen den Zollbehörden zu erleichtern, wurden auf kroatischen Wunsch hin Amtshilfebestimmungen (namentlich für den Informationsaustausch) vereinbart (*Anhang IV*). Dieser Anhang sieht keine Zwangsmassnahmen vor und entspricht den Bestimmungen der EFTA-Konvention und denjenigen, die zwischen der Schweiz und der EG Gültigkeit haben.

Im Vergleich zu den bisherigen Freihandelsabkommen der EFTA mit Drittstaaten wurde der Aufbau des vorliegenden Abkommens im Hinblick auf eine bessere Kohärenz neu strukturiert. Es enthält unter anderem Bestimmungen über staatliche Handelsmonopole (*Art. 9*), technische Vorschriften (*Art. 10*) und eine spezifische Entwicklungsklausel für das öffentliche Beschaffungswesen (*Art. 15*). In den Bestimmungen über den Schutz des geistigen Eigentums (*Art. 14*) werden die Vertragsparteien zu einem Schutzniveau verpflichtet, das dem Standard in den EFTA-Drittland-Abkommen entspricht und somit über demjenigen der entsprechenden WTO-Bestimmungen (TRIPS) liegt. Vor dem Hintergrund der pendingen Umsetzung einer EG-Richtlinie im Rahmen des EWR hat Norwegen allerdings für sich in Bezug auf die Bestimmungen über Patentschutz und Zwangslizenzen einen Vorbehalt angebracht, welcher ein Jahr nach Inkrafttreten des Freihandelsabkommens durch die Vertragsparteien überprüft werden soll.

Eine Reihe von Rahmenbestimmungen haben das gute Funktionieren des Abkommens sicherzustellen: Interne Steuern und Regelungen (*Art. 12*), Zahlungen und Überweisungen (*Art. 13*), Wettbewerbsregeln (*Art. 19*), Subventionen (*Art. 20*) und Antidumping (*Art. 21*).

Eine allgemeine Entwicklungsklausel hat die Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und die Ausweitung des Abkommens auf nicht abgedeckte Bereiche zum Gegenstand (*Art. 30*). Die Vertragsstaaten anerkennen die wachsende Bedeutung der Dienstleistungen und Investitionen; in einer speziellen Entwicklungsklausel wird auf die Möglichkeit von Liberalisierungen auf diesen Gebieten hingewiesen (*Art. 16*). Des Weiteren enthält das Abkommen die üblichen Schutzklauseln und Ausnahmebestimmungen (*Art. 17, 18, 22 und 23*) inklusive Zahlungsbilanzschwierigkeiten (*Art. 24*).

Der Anwendung des Abkommens dienen die Artikel über den Gemischten Ausschuss (*Art. 25 und 26*). Weitere Regeln betreffen die Gültigkeit, Anwendbarkeit, Umsetzung und Änderung des Abkommens (*Art. 33 bis 40*). Wie



bei anderen EFTA-Drittlandabkommen ist der Gemischte Ausschuss ermächtigt, in eigener Kompetenz über die Änderung der Anhänge des Abkommens zu beschliessen (*Art. 32*). Für die Schweiz folgt daraus, dass der Bundesrat zur Genehmigung von Änderungen der Anhänge zuständig ist. Die Annahme dieses Abkommens durch die eidgenössischen Räte bewirkt somit die Delegation einer entsprechenden Kompetenz an den Bundesrat (VPB 51/IV, S. 395 f.).

Was die Streitbeilegung betrifft, wurde der in andern EFTA-Abkommen verwendete Text überarbeitet, damit sich die diesbezüglichen Massnahmen und Verfahren besser unterscheiden lassen. Die Überwachung der Erreichung der Abkommensziele obliegt im Wesentlichen dem Gemischten Ausschuss. Insbesondere stellt er auch das bevorzugte Forum für die Lösung von Streitfällen dar (*Art. 27*). Hat der Gemischte Ausschuss innerhalb von drei Monaten keine einvernehmliche Lösung gefunden, kann die benachteiligte Vertragspartei vorläufige Massnahmen ergreifen (*Art. 28*). Bei Streitfragen über die Auslegung der Rechte und Pflichten der Vertragsparteien kann bei erfolglosen direkten Konsultationen oder solchen innerhalb des Gemischten Ausschusses nach 90 Tagen das Schiedsgerichtsverfahren eröffnet werden; die Entscheide des Schiedsgerichts sind endgültig und für die Streitparteien bindend (*Art. 29*). Wurden bereits vorläufige Massnahmen nach Artikel 28 ergriffen, müssen diese bei entsprechendem Schiedsgerichtsentscheid aufgehoben werden.

Das Abkommen soll für die Staaten, welche die Ratifikationsinstrumente hinterlegt haben, am 1. Januar 2002 in Kraft treten, vorausgesetzt dass dies auf Kroatien zutrifft (*Art. 39*). Ansonsten bzw. für die anderen Staaten erfolgt das Inkrafttreten am ersten Tag des dritten Monats, der auf den Tag der Hinterlegung der Ratifikationsinstrumente folgt. Das Abkommen sieht auch die Möglichkeit der provisorischen Anwendung vor.

Das Abkommen (wie auch die bilaterale Vereinbarung über den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten) wird von der Schweiz gestützt auf Artikel 2 des Bundesgesetzes über aussenwirtschaftliche Massnahmen vom 25. Juni 1982 (SR 946.201) seit dem 1. Januar 2002 provisorisch angewendet. Die notwendigen Anpassungen im Verordnungsrecht wurden auf den 1. Januar 2002 in Kraft gesetzt.

Die provisorische Anwendung verhindert die Gefahr, dass die schweizerische Wirtschaft vorübergehend schlechteren Zugangsbedingungen zum kroatischen Markt ausgesetzt wird als ihre Konkurrenz. Diese Gefahr besteht, weil seit dem 1. Januar 2002 ein Interimsabkommen zwischen der EU und Kroatien in Kraft ist, welches zusammen mit dem Assoziationsabkommen abgeschlossen wurde und die Errichtung von Freihandelsbeziehungen zwischen der EU und Kroatien zum Inhalt hat.

#### **9.2.2.2.3 Verständigungsprotokoll**

Dem Abkommen ist ein Verständigungsprotokoll beigelegt, das integraler Bestandteil desselben ist. Es enthält Präzisierungen sowie Absichtserklärungen zu einzelnen Abkommensbestimmungen.

#### **9.2.2.2.4 Bilaterale Vereinbarung über den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten**

Für die landwirtschaftlichen Basis- und einige Verarbeitungsprodukte hat jeder EFTA-Staat mit Kroatien bilaterale Vereinbarungen abgeschlossen. Die Vereinbarungen sind rechtlich mit dem Freihandelsabkommen verbunden und können keine eigenständige Geltung erlangen.

Die von der Schweiz eingeräumten Zugeständnisse bestehen ausschliesslich in der Senkung oder der Beseitigung von Einfuhrzöllen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse, für welche Kroatien ein besonderes Interesse geltend gemacht hat. Dabei wurden keine Zugeständnisse eingeräumt, die nicht schon anderen Freihandelspartnern gewährt worden sind. Im Gegenzug hat Kroatien der Schweiz Konzessionen für Zuchtvieh, Milch, Käse, Saatkartoffeln, Pektin, löslichen Kaffee und für aus Holz rektifizierten Alkohol zugestanden.

Aus den bereits erwähnten Gründen konnten im Bereich der landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukte nur beschränkte Konzessionen erreicht werden, namentlich die gegenseitige Zollbefreiung für Suppen und Saucen.

### **9.2.2.3 Volkswirtschaftliche sowie finanzielle und personelle Auswirkungen auf die Schweiz**

#### **9.2.2.3.1 Volkswirtschaftliche Auswirkungen**

Bis zur provisorischen Anwendung des Abkommens stand Kroatien im Genuss von Zollvergünstigungen der Schweiz aufgrund des Allgemeinen Präferenzsystem (APS) für Entwicklungsländer. Seit der provisorischen Anwendung des Abkommens gewährt die Schweiz Kroatien das APS-Präferenzregime nicht mehr. Den im Abkommen eingeräumten Zollpräferenzen kommt denn auch weitgehend die Bedeutung einer Konsolidierung der bisherigen Präferenzen auf Reziprozitätsbasis zu.

Durch den Abbau der Industrie- und eines Teils der Landwirtschaftszölle durch Kroatien wirkt sich das Abkommen und das bilaterale Abkommen über Landwirtschaftsprodukte auf die schweizerischen Unternehmen und Konsumenten positiv aus. Die Absatzmöglichkeiten der schweizerischen Industrie und der Landwirtschaft in Kroatien werden verbessert. Die entsprechenden Exporte betrugen 2000 170 Millionen Franken. Da die Schweiz im Bereich der Landwirtschaftsprodukte nur Konzessionen gewährt, die sie bereits anderen Freihandelspartnern zugestanden hat, sind keine nennenswerten Auswirkungen auf die schweizerische Landwirtschaft zu erwarten.

Es liegt im Interesse der Schweiz, ihr Netz von Freihandelsabkommen in Europa auszubauen, auch im Hinblick auf eine mögliche Erweiterung des Systems der pan-europäischen Kumulation.

#### **9.2.2.3.2 Finanzielle und personelle Auswirkungen**

Die finanziellen Auswirkungen der Abkommen für die Schweiz sind gering, da ein grosser Teil der Einfuhren aus Kroatien bereits bisher auf Grund des APS zollbefreit war. Der bescheidene Zollausfall muss mit den verbesserten Absatzmöglichkeiten der schweizerischen Industrie und Landwirtschaft auf dem kroatischen Markt in

Relation gesetzt werden. Auf die Kantone hat das Abkommen weder personelle noch finanzielle Auswirkungen.

#### **9.2.2.4                   Legislaturplanung**

Das Abkommen entspricht dem Inhalt sowohl von Ziel 2 „Ausbau der aussen- und sicherheitspolitischen Präsenz – Verbesserte Stellung und Wahrnehmung der Schweiz im Internationalen Umfeld“ als auch von Ziel 3 „Einsatz zu Gunsten einer offenen und nachhaltigen Weltwirtschaftsordnung“ des Berichtes über die Legislaturplanung 1999–2003 (BBl 2000 2276). Ziel 2 sieht dabei unter anderem ausdrücklich die Mithilfe der Schweiz beim Aufbau funktionierender Marktwirtschaften in den Staaten Osteuropas vor.

#### **9.2.2.5                   Bezug zu den anderen Instrumenten der Handelspolitik und Verhältnis zum europäischen Recht**

Sowohl die EFTA-Staaten als auch Kroatien sind Mitglieder der WTO. Sie sind der Auffassung, dass das vorliegende Abkommen, wie auch die früher abgeschlossenen Freihandelsabkommen, im Einklang mit den aus der WTO-Mitgliedschaft resultierenden Verpflichtungen stehen. Derartige Abkommen unterliegen jedoch der Überprüfung durch die zuständigen WTO-Organe und können Gegenstand eines Streitbeilegungsverfahrens sein.

Das Abkommen ist mit den Zielen unserer europäischen Integrationspolitik vereinbar, da sein Inhalt weitgehend mit den handelsrelevanten Bestimmungen des von der EU mit Kroatien abgeschlossenen Assoziationsabkommens sowie mit dem entsprechenden Interimsabkommen übereinstimmt. Die bilaterale Vereinbarung über den Handel mit Landwirtschaftsprodukten ist Ausdruck der unterschiedlichen Handelsregimes der EG und der Schweiz im Landwirtschaftsbereich.

#### **9.2.2.6                   Gültigkeit für das Fürstentum Liechtenstein**

Das Fürstentum Liechtenstein ist Unterzeichnerstaat des Abkommens. Aufgrund des Vertrags vom 29. März 1923 zwischen der Schweiz und Liechtenstein (SR 0.631.112.514) wendet die Schweiz die im Freihandelsabkommen mit Kroatien enthaltenen zollrechtlichen Bestimmungen auch für Liechtenstein an.

Was die bilaterale Vereinbarung zwischen der Schweiz und Kroatien im Agrarbereich betrifft, gilt diese auch für das Fürstentum Liechtenstein, solange dieses durch eine Zollunion mit der Schweiz verbunden ist.

#### **9.2.2.7                   Veröffentlichung der Anhänge zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten und Kroatien**

Die Anhänge zum Abkommen umfassen mehrere hundert Seiten. Es handelt sich zur Hauptsache um Bestimmungen technischer Natur. Sie können bei

der Eidgenössischen Drucksachen- und Materialzentrale bezogen werden und sind beim EFTA-Sekretariat über Internet verfügbar<sup>1</sup>. Es wäre unzweckmässig, sie in der Gesetzessammlung und im Bundesblatt zu veröffentlichen. (vgl. Art. 4 und Art. 14 Abs. 4 des Publikationsgesetzes, SR 170.512). Jedoch sind die Anhänge III und IV wegen der Implikationen auf die Wirtschaftsakteure publikationspflichtig. Anhang III hat die Ursprungsregeln zum Gegenstand, welche für die präferenzielle Zollbehandlung massgebend sind, und die Methoden der administrativen Zusammenarbeit. Anhang IV enthält Bestimmungen über die gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich.

#### **9.2.2.8                    Verfassungsmässigkeit**

Nach Artikel 54 Absatz 1 der Bundesverfassung (BV) sind die auswärtigen Angelegenheiten Sache des Bundes. Die Zuständigkeit der Bundesversammlung zur Genehmigung von völkerrechtlichen Verträgen ergibt sich aus Artikel 166 Absatz 2 BV. Das vorliegende Abkommen kann unter Einhaltung einer Vorankündigungsfrist von sechs Monaten jederzeit gekündigt werden. Die bilaterale Agrarvereinbarung enthält zwar keine Kündigungsklausel, doch bildet sie mit dem Abkommen eine Einheit und ist wie dieses kündbar (vgl. hierzu auch Art. 56 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge, SR 0.111). Es liegt weder ein Beitritt zu einer internationalen Organisation noch eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung vor. Der Ihnen zur Genehmigung unterbreitete Bundesbeschluss unterliegt somit nicht dem fakultativen Referendum gemäss Artikel 141 Absatz 1 Buchstabe d BV.

<sup>1</sup> (<http://secretariat.efta.int/library/legal/fta/croatia/>)

**Bundesbeschluss  
über das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-  
Staaten und der Republik Kroatien**

vom

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*  
gestützt auf die Artikel 54 Absatz 1 und 166 Absatz 2 der Bundesverfassung,  
nach Einsicht in die im Bericht vom 9. Januar 2002<sup>1</sup> zur Aussenwirtschaftspolitik  
2001 enthaltene Botschaft,  
*beschliesst:*

**Art. 1**

<sup>1</sup> Die folgenden Abkommen werden genehmigt:

- a. Freihandelsabkommen vom 21. Juni 2001 zwischen den EFTA-Staaten und der Republik Kroatien, samt Verständigungsprotokoll (Anhang 2);
- b. Vereinbarung in Form eines Briefwechsels zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Kroatien über den Handel mit Agrarprodukten (Anhang 3).

<sup>2</sup> Der Bundesrat wird ermächtigt, die Abkommen zu ratifizieren.

**Art. 2**

Dieser Beschluss untersteht nicht dem Staatsvertragsreferendum.

<sup>1</sup> BBl 2002 ....

## **Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Republik Kroatien**

Unterzeichnet am 21. Juni 2001

---

*Die Republik Island, das Fürstentum Liechtenstein, das Königreich Norwegen und die Schweizerische Eidgenossenschaft (im Folgenden EFTA-Staaten genannt)*

*und*

*die Republik Kroatien (im Folgenden Kroatien genannt),*

im Folgenden gemeinsam Parteien genannt:

Eingedenk ihrer Absicht, sich am Prozess der wirtschaftlichen Integration innerhalb Europas aktiv zu beteiligen, und in der Bereitschaft, bei der Suche nach Mitteln und Wegen zur Festigung dieses Prozesses zusammenzuarbeiten;

In Erwägung der Bedeutung der zwischen den EFTA-Staaten und Kroatien bestehenden Bande, insbesondere der am 19. Juni 2000 in Zürich unterzeichneten Zusammenarbeitserklärung, und des Wunsches, diese Bande zu festigen und enge und dauerhafte Beziehungen herzustellen;

Unter Bekräftigung der Verpflichtungen der EFTA Staaten und Kroatiens hinsichtlich des Stabilitätspakts für Südosteuropa sowie ihrer Bereitschaft zu dessen Unterstützung;

Unter Bekräftigung ihres Bekenntnisses zur pluralistischen Demokratie auf Grundlage des Rechtsstaats, der Menschenrechte einschliesslich der Rechte der Angehörigen von Minderheiten und der Grundfreiheiten, sowie eingedenk der Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen;

In der Absicht, günstige Voraussetzungen zu schaffen, um den gegenseitigen Handel auszuweiten und zu diversifizieren sowie die handels- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit in Bereichen von gemeinsamem Interesse auf der Grundlage der Gleichberechtigung, des beiderseitigen Nutzens, der Nichtdiskriminierung und des Völkerrechts zu fördern,

Eingedenk der gegenseitigen Rechte und Pflichten, die sich aus dem Abkommen von Marrakesch zur Errichtung der Welthandelsorganisation (im Folgenden WTO genannt) sowie aus weiteren Instrumenten multilateraler und bilateraler Zusammenarbeit ergeben;

Entschlossen, dieses Abkommen zu verwirklichen mit dem Ziel, die Umwelt zu erhalten und zu schützen und eine optimale Nutzung der natürlichen Ressourcen in Übereinstimmung mit den Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung sicherzustellen;

Ihre Bereitschaft bekundend, im Lichte aller massgeblicher Faktoren die Möglichkeit zu prüfen, ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu entwickeln und zu vertiefen, um sie auf Bereiche auszudehnen, die nicht unter dieses Abkommen fallen;

Überzeugt, dass dieses Abkommen günstige Voraussetzungen für die gegenseitigen Beziehungen in den Bereichen Wirtschaft, Handel und Investitionen schaffen wird;

Haben zur Erreichung dieser Ziele folgendes Abkommen (im Folgenden Abkommen genannt) abgeschlossen:

<sup>1</sup> Übersetzung des englischen Originaltextes.

**Art. 1** Zielsetzung

1. Die EFTA Staaten und Kroatien errichten eine Freihandelszone im Einklang mit den Bestimmungen dieses Abkommens.
2. Die Ziele dieses Abkommens, das auf den Handelsbeziehungen zwischen marktwirtschaftlich orientierten Ländern sowie auf der Achtung der demokratischen Grundsätze und der Menschenrechte fusst, liegen
  - (a) in der Förderung der harmonischen Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den EFTA-Staaten und Kroatien durch die Ausweitung des gegenseitigen Handels, um damit in den EFTA-Staaten und in Kroatien den Aufschwung des Wirtschaftslebens, die Verbesserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen, die Steigerung der Produktivität sowie die finanzielle Stabilität in den EFTA-Staaten und in Kroatien zu begünstigen;
  - (b) in der Sicherstellung gerechter Wettbewerbsbedingungen im Handel zwischen den Parteien;
  - (c) in der Leistung eines Beitrags, durch die Beseitigung von Handelshemmnissen, zur europäischen Wirtschaftsintegration und zur harmonischen Entwicklung und Ausweitung des Welthandels.

**Art. 2** Geltungsbereich

1. Dieses Abkommen gilt:
  - (a) Für Erzeugnisse, die unter die Kapitel 25-97 des Harmonisierten Systems (HS) zur Bezeichnung und Codierung der Waren fallen, mit Ausnahme der im Anhang I aufgezählten Waren;
  - (b) für Fische und andere Meeresprodukte, wie im Anhang II bestimmt,mit Ursprung in einem EFTA-Staat oder Kroatien.
2. Kroatien und jeder einzelne EFTA-Staat haben bilaterale Vereinbarungen über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen abgeschlossen. Diese Vereinbarungen sind Bestandteil der Instrumente zur Errichtung einer Freihandelszone zwischen den EFTA-Staaten und Kroatien.

**Art. 3** Ursprungsregeln und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Zollverwaltung

1. Anhang III legt die Ursprungsregeln und die Verfahren für die administrative Zusammenarbeit fest.
2. Anhang IV legt die Regeln für die gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich fest.

**Art. 4** Einfuhrzölle und Abgaben gleicher Wirkung

1. Im Warenverkehr zwischen den EFTA-Staaten und Kroatien werden keine neuen Einfuhrzölle oder Abgaben gleicher Wirkung eingeführt.
2. Mit Inkrafttreten dieses Abkommens beseitigen die Parteien alle Einfuhrzölle und Abgaben gleicher Wirkung auf Ursprungserzeugnissen aus einem EFTA-Staat oder Kroatien, vorbehaltlich der im Anhang V enthaltenen Bestimmungen.

**Art. 5** Ausgangszollsätze

1. Für jedes Produkt soll der Ausgangszollsatz, auf welchen die in diesem Abkommen vorgesehenen schrittweisen Reduktionen angewandt werden, jenem Zollsatz entsprechen, der am 1. Januar 2001 unter dem Meistbegünstigungsprinzip zur Anwendung gelangt ist.
2. Wird vor, bei oder nach Inkrafttreten dieses Abkommens eine allgemeine Zollsenkung "erga omnes" vorgenommen, insbesondere eine Senkung, die sich aus den Verpflichtungen der multilateralen Verhandlungen der WTO ergibt, ersetzen die so gesenkten Zollsätze von diesem Zeitpunkt an oder mit Inkrafttreten des Abkommens, falls letzteres später stattfindet, die in Absatz 1 erwähnten Ausgangszollsätze.
3. Die in Übereinstimmung mit Anhang V berechneten reduzierten Zölle werden auf die erste oder, im Falle spezifischer Zölle, auf die zweite Dezimalstelle gerundet angewandt.

**Art. 6** Fiskalzölle

Die Bestimmungen von Artikel 4 gelten auch für Fiskalzölle.

**Art. 7** Ausfuhrzölle und Abgaben gleicher Wirkung

1. Im Warenverkehr zwischen den EFTA-Staaten und Kroatien werden keine neuen Ausfuhrzölle oder Abgaben gleicher Wirkung eingeführt.
2. Mit Inkrafttreten dieses Abkommens beseitigen die Parteien sämtliche Ausfuhrzölle und Abgaben gleicher Wirkung auf Ursprungserzeugnisse aus den EFTA-Staaten und Kroatien.

**Art. 8** Mengenmässige Ein- oder Ausfuhrbeschränkungen und Massnahmen gleicher Wirkung

1. Im Warenverkehr zwischen den EFTA-Staaten und Kroatien werden keine neuen mengenmässigen Ein- oder Ausfuhrbeschränkungen oder Massnahmen gleicher Wirkung eingeführt.
2. Mit Inkrafttreten dieses Abkommens beseitigen die Parteien die mengenmässigen Ein- oder Ausfuhrbeschränkungen sowie Massnahmen gleicher Wirkung auf Ursprungserzeugnisse aus einem EFTA-Staat oder Kroatien.

**Art. 9** Staatsmonopole

1. Vorbehaltlich der in Anhang VI vorgesehenen Ausnahmen sorgen die EFTA-Staaten und Kroatien für eine Anpassung aller staatlicher Monopole kommerzieller Natur, so dass bei Inkrafttreten dieses Abkommens sicher gestellt ist, dass hinsichtlich der Bedingungen, zu denen Waren beschafft und vermarktet werden, keine Diskriminierungen zwischen Staatsangehörigen der EFTA-Staaten und Kroatiens mehr bestehen. Die Beschaffung und Vermarktung dieser Waren soll nach kommerziellen Überlegungen erfolgen.
2. Die Bestimmungen dieses Artikels gelten für jede Institution, durch welche die zuständigen Behörden der Parteien Ein- oder Ausfuhr zwischen den Parteien rechtlich oder tatsächlich, mittelbar oder unmittelbar überwachen, lenken oder wirksam beeinflussen. Diese Bestimmungen gelten auch für Monopole, die der Staat Dritten überträgt.



**Art. 10** Technische Vorschriften

1. Die Parteien arbeiten in den Bereichen der technischen Vorschriften, der Normen und der Konformitätsbewertung zusammen, wobei durch geeignete Massnahmen insbesondere europaweite Lösungen gefördert werden sollen. Der Gemischte Ausschuss stellt Richtlinien für die Umsetzung dieses Absatzes auf.
2. Die Parteien kommen überein, im Rahmen des Gemischten Ausschusses unverzüglich Konsultationen aufzunehmen, um eine geeignete Lösung zu finden für den Fall, dass eine Partei der Ansicht ist, dass eine andere Partei Massnahmen ergreift, die ein technisches Handelshemmnis schaffen oder schaffen könnten.
3. Die Verpflichtung der Parteien zur Notifikation technischer Vorschriften richtet sich nach den Bestimmungen des WTO-Übereinkommens über technische Handelshemmnisse.

**Art. 11** Gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Massnahmen

1. In den Bereichen des Pflanzen- und Gesundheitsschutzes wenden die Parteien ihre Vorschriften in nicht diskriminierender Weise an und treffen keine neuen Massnahmen, die eine unangemessene Behinderung des Warenverkehrs zur Folge haben.
2. Die in Absatz 1 dargelegten Prinzipien werden in Übereinstimmung mit dem WTO-Übereinkommen über die Anwendung gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Massnahmen angewandt.

**Art. 12** Interne Steuern und Regelungen

1. Die Parteien verpflichten sich, alle internen Steuern und anderen Gebühren und Regelungen in Übereinstimmung mit Artikel III des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994 (nachstehend GATT 1994 genannt) sowie anderen massgebenden WTO-Übereinkommen anzuwenden.
2. Für Erzeugnisse, die in das Gebiet einer der Parteien ausgeführt werden, darf keine Erstattung für inländische Abgaben gewährt werden, die höher ist als die auf diesen Erzeugnissen unmittelbar oder mittelbar erhobenen Abgaben.

**Art. 13** Zahlungen und Überweisungen

1. Die mit dem Warenverkehr zwischen einem EFTA-Staat und Kroatien verbundenen Zahlungen und die Überweisung dieser Beträge in das Gebiet jener Partei, in welcher der Gläubiger seinen Wohnsitz hat, sind keinen Beschränkungen unterworfen.
2. Die Parteien erlassen keine Devisenbeschränkungen oder administrativen Einschränkungen für die Gewährung, Rückzahlung oder Annahme kurz- und mittelfristiger Kredite in Verbindung mit Handelsgeschäften, an denen ein Gebietsansässiger beteiligt ist.
3. Überweisungen im Zusammenhang mit Investitionen, insbesondere die Rückführung investierter oder wiederinvestierter Beträge sowie daraus stammender Gewinne, unterliegen keinen einschränkenden Massnahmen.

**Art. 14** Schutz des geistigen Eigentums

1. Die Parteien erteilen und gewährleisten einen angemessenen, wirksamen und nicht diskriminierenden Schutz der Rechte an geistigem Eigentum. Sie treffen in Übereinstimmung mit den Vorschriften dieses Artikels, des Anhangs VII dieses Abkommens und der darin

erwähnten internationalen Abkommen, Massnahmen zum Schutz dieser Rechte vor Verletzung, Fälschung und Nachahmung.

2. Die Parteien gewähren den Staatsangehörigen der anderen Parteien eine Behandlung, welche nicht ungünstiger ist als die ihren eigenen Staatsangehörigen gewährte Behandlung. Ausnahmen von dieser Verpflichtung müssen in Übereinstimmung stehen mit den materiellen Bestimmungen von Artikel 3 des WTO-Abkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (nachstehend "TRIPS-Abkommen" genannt).

3. Die Parteien gewähren den Staatsangehörigen der anderen Parteien eine Behandlung, welche nicht ungünstiger ist als die den Angehörigen eines jeden anderen Staates gewährte Behandlung. In Übereinstimmung mit Artikel 4, Absatz d des TRIPS-Abkommens ist von dieser Verpflichtung jegliche Form von Vorteil, Begünstigung, Privileg oder Immunität ausgenommen, die sich aus internationalen, vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens gültigen Abkommen ergeben, welche den anderen Parteien spätestens sechs Monate nach Inkrafttreten dieses Abkommens notifiziert worden sind, vorausgesetzt, diese Ausnahme stellt keine willkürliche oder unbegründete Diskriminierung von Staatsangehörigen der anderen Parteien dar. Die Parteien sind von der Notifikation befreit, wenn sie dem TRIPS-Rat bereits eine solche Notifikation haben zukommen lassen. Ausnahmen von dieser Verpflichtung müssen in Übereinstimmung stehen mit den materiellen Bestimmungen des TRIPS-Abkommens, insbesondere dessen Artikel 4 und 5.

4. Die Parteien vereinbaren, auf Antrag einer jeden Partei, die in diesem Artikel und im Anhang VII enthaltenen Bestimmungen über den Schutz des geistigen Eigentums zu überprüfen mit dem Ziel, das Schutzniveau zu verbessern und Handelsverzerrungen, die sich aus dem gegenwärtigen Umfang des Schutzes des geistigen Eigentums ergeben, zu vermeiden oder zu beseitigen.

#### **Art. 15**      Öffentliches Beschaffungswesen

1. Die Parteien betrachten das Ziel einer effektiven Liberalisierung ihres öffentlichen Beschaffungswesens auf der Basis der Nichtdiskriminierung und der Reziprozität als integralen Bestandteil dieses Abkommens.

2. Die Rechte und Pflichten der Parteien im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens werden ab dem Zeitpunkt des Beitritts aller Parteien zum WTO-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen durch dieses geregelt. Im Gemischten Ausschuss arbeiten die Parteien gemeinsam darauf hin, einen Liberalisierungsgrad der Märkte der öffentlichen Beschaffung zu realisieren, der über demjenigen des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen liegt.

3. Falls Kroatien bis zum 1. Januar 2004 dem WTO-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen nicht beigetreten ist, erarbeiten die Parteien im Rahmen des Gemischten Ausschusses Regeln über das öffentliche Beschaffungswesen. Diese Regeln sollen sich auf das WTO-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen stützen. Kroatien bemüht sich um einen möglichst raschen Beitritt zum WTO-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen.

#### **Art. 16**      Dienstleistungen und Investitionen

1. Die Parteien anerkennen die wachsende Bedeutung der Dienstleistungen und Investitionen in ihren Volkswirtschaften. Im Rahmen ihrer Bemühungen um eine schrittweise Ausweitung und Vertiefung ihrer Kooperation werden sie insbesondere mit dem Ziel zusammenarbeiten, für die Förderung von Investitionen die günstigsten Rahmenbedingungen zu schaffen und eine weitere

Liberalisierung und gegenseitige Markttöffnung für den Handel mit Dienstleistungen zu erreichen. Sie berücksichtigen dabei die laufenden Entwicklungen im Rahmen der WTO.

2. Falls eine Partei nach Inkrafttreten dieses Abkommens ein Freihandelsabkommen mit einem oder mehreren Drittstaaten abschliesst, welches hinsichtlich des Dienstleistungsverkehrs oder der Investoren und deren Investitionen eine bessere Behandlung vorsieht als diejenige, die einer anderen Partei zuteil kommt, gewährt diese Partei auf Gesuch dieser anderen Partei angemessene Verhandlungsmöglichkeiten, um eine Gleichbehandlung zu erreichen.

3. Auf Anfrage einer Partei bemüht sich jede Partei um die Bereitstellung von Informationen über Massnahmen, die sich auf den Dienstleistungsverkehr oder auf Investitionen auswirken könnten.

4. Die Parteien fördern die Zusammenarbeit ihrer zuständigen Stellen im Hinblick auf die gegenseitige Anerkennung der Zulassung und Zertifizierung berufsmässiger Dienstleistungsanbieter.

5. Die EFTA-Staaten und Kroatien überprüfen im Gemischten Ausschuss die Entwicklungen im Bereich der Investitionen und des Dienstleistungsverkehrs mit dem Ziel, ihre Beziehungen im Rahmen dieses Abkommens zu erweitern und zu vertiefen.

#### **Art. 17**            Allgemeine Ausnahmen

Dieses Abkommen steht Verboten oder Beschränkungen der Einfuhr, Ausfuhr oder Durchfuhr von Waren nicht entgegen, welche aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit, der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit, zum Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren oder Pflanzen, zum Schutz der Umwelt, zum Schutze des nationalen Kulturgutes von künstlerischem, geschichtlichem oder archäologischem Wert oder zum Schutz des geistigen Eigentums gerechtfertigt sind. Ebenso wenig steht es Regelungen betreffend Gold bzw. Silber oder Massnahmen zur Bewahrung nicht erneuerbarer natürlicher Ressourcen entgegen, sofern diese Massnahmen zusammen mit Beschränkungen bei der Inlandproduktion und beim Inlandverbrauch angewandt werden. Diese Verbote oder Beschränkungen dürfen jedoch weder ein Mittel zur willkürlichen Diskriminierung noch eine verschleierte Beschränkung des Handels zwischen den Parteien darstellen.

#### **Art. 18**            Ausnahmen aus Gründen der Sicherheit

Keine Bestimmung dieses Abkommens hindert eine Partei daran, Massnahmen zu treffen, die sie als erforderlich erachtet:

- (a) um Auskünfte zu verweigern, deren Preisgabe ihren wesentlichen Sicherheitsinteressen zuwiderläuft;
- (b) zum Schutz ihrer wesentlichen Sicherheitsinteressen, zur Erfüllung internationaler Verpflichtungen oder zur Befolgung nationaler Politiken
  - (i) betreffend den Handel mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial, sofern derartige Massnahmen die Wettbewerbsbedingungen für nicht für spezifisch militärische Zwecke bestimmte Erzeugnisse nicht verfälschen, sowie mit anderen Waren, Materialien und Dienstleistungen, die unmittelbar oder mittelbar für eine militärische Einrichtung bestimmt sind, oder
  - (ii) betreffend die Nichtweiterverbreitung von biologischen und chemischen Waffen, Atomwaffen oder anderen Kernspengstoffen, oder

- (iii) die in Kriegszeiten oder in Zeiten anderer ernsthafter internationaler Spannungen getroffen werden.

**Art. 19** Wettbewerbsregeln betreffend Unternehmen

1. Mit dem guten Funktionieren dieses Abkommens sind unvereinbar, soweit sie geeignet sind, den Warenverkehr zwischen einem EFTA-Staat und Kroatien zu beeinträchtigen:

- (a) jegliche Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen zwischen Unternehmen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken;
- (b) das missbräuchliche Ausnutzen einer beherrschenden Stellung auf dem gesamten Gebiet der Parteien oder auf einem wesentlichen Teil davon durch ein oder mehrere Unternehmen.

2. Die Bestimmungen von Absatz 1 gelten ebenfalls für Tätigkeiten öffentlicher Unternehmen und für Unternehmen, denen die Parteien besondere oder ausschliessliche Rechte einräumen, soweit die Anwendung dieser Bestimmungen die Ausführung der ihnen zugewiesenen öffentlichen Aufgaben weder rechtlich noch tatsächlich behindert.

3. Die Bestimmungen in Absatz 1 und 2 sind nicht so auszulegen, dass den Unternehmen daraus unmittelbare Verpflichtungen entstünden.

4. Ist eine Partei der Auffassung, dass eine Praktik mit den Bestimmungen von Absatz 1 und 2 unvereinbar ist, unterstützen die betroffenen Parteien den Gemischten Ausschuss bei allen Mitteln, die für die Untersuchung des Falls notwendig sind, und beseitigen gegebenenfalls die beanstandete Praktik. Hat die betreffende Partei innerhalb des vom Gemischten Ausschuss festgesetzten Zeitraums der beanstandeten Praktik kein Ende gesetzt oder ist der Gemischte Ausschuss nicht in der Lage, nach Abschluss der Konsultationen oder dreissig Tage, nachdem um diese Konsultationen nachgesucht wurde, zu einer Einigung zu gelangen, kann die betroffene Partei die geeigneten Massnahmen treffen, um den sich aus den in Frage stehenden Praktiken ergebenden Schwierigkeiten abzuhefen. Die Anwendung und Aufhebung solcher Massnahmen richtet sich nach den Bestimmungen des Artikels 28.

**Art. 20** Subventionen

1. Soweit in diesem Artikel nicht anders bestimmt, richten sich die Rechte und Pflichten der Parteien bezüglich Subventionen und Ausgleichsmassnahmen nach Artikel XVI des GATT 1994 und nach dem WTO-Übereinkommen über Subventionen und Ausgleichsmassnahmen.

2. Die Parteien stellen die Transparenz der Subventionen durch Austausch ihrer jüngsten Notifikationen gemäss Artikel XVI:1 des GATT 1994 und des WTO-Übereinkommens über Subventionen und Ausgleichsmassnahmen sicher.

3. Bevor ein EFTA-Staat oder Kroatien, je nach Fall, eine Untersuchung einleitet mit dem Ziel, das Vorliegen, die Höhe und die Auswirkungen einer angeblichen Subvention in Kroatien oder in einem EFTA-Staat entsprechend den Bestimmungen in Artikel 11 des Übereinkommens über Subventionen und Ausgleichsmassnahmen zu ermitteln, muss die Partei, welche eine Untersuchung einleiten will, diejenige Partei, deren Ware untersucht werden sollen, schriftlich benachrichtigen und ihr eine Frist von 30 Tagen gewähren, um eine beiderseits annehmbare Lösung zu finden. Die Konsultationen finden im Rahmen des Gemischten Ausschusses statt, falls eine der Parteien dies innerhalb von zehn Tagen nach Empfang der Notifikation verlangt.

## **Art. 21** Antidumping

1. Die Rechte und Pflichten der Parteien hinsichtlich der Anwendung von Antidumping-Massnahmen richten sich nach Artikel VI des GATT 1994 sowie nach dem WTO-Übereinkommen zur Durchführung des Artikels VI des GATT 1994.
2. Nachdem entweder ein EFTA-Staat oder Kroatien, je nach Fall, einen ordnungsgemäss begründeten Antrag erhalten hat und bevor eine Untersuchung gemäss dem in Absatz 1 angeführten Übereinkommen eingeleitet wird, muss die Partei, welche eine Untersuchung einleiten will, diejenige Partei, deren Ware angeblich Gegenstand einer Dumping-Praxis sein soll, schriftlich benachrichtigen und ihr Konsultationen anbieten, um eine beiderseits annehmbare Lösung zu finden. Das Konsultationsergebnis wird den anderen Parteien mitgeteilt.
3. Auf Antrag einer Partei überprüfen die Parteien den Inhalt dieses Artikels im Gemischten Ausschuss.

## **Art. 22** Sektorielle und regionale Schwierigkeiten

1. Nimmt aufgrund dieses Abkommens die Erhöhung der Einfuhren einer Partei eines Erzeugnisses einer anderen Partei ein derartiges Ausmass an und erfolgen diese erhöhten Einfuhren zu Bedingungen, welche
  - (a) die einheimische Industrie gleichartiger oder mit diesen in direktem Wettbewerb stehender Erzeugnisse im Gebiet der einführenden Partei schwerwiegend schädigen oder zu schädigen drohen, oder
  - (b) ernste Störungen in einem Wirtschaftszweig oder Schwierigkeiten, die regional zu einer ernsthaften Verschlechterung der Wirtschaftslage führen können, bewirken oder zu bewirken drohen,

kann die betroffene Partei gemäss den in diesem Artikel festgelegten Bedingungen und Verfahrensvorschriften geeignete Massnahmen treffen.

2. Solche Massnahmen sollen nicht über das zur Abhilfe der aufgetretenen Schwierigkeiten erforderliche Mass hinausgehen. Sie bestehen in der Aussetzung einer im Rahmen dieses Abkommens vorgesehenen weiteren Senkung des Zollsatzes für die betreffende Ware oder in der Erhöhung des Zollsatzes für diese Ware. Dieser erhöhte Zollsatz darf jedoch weder über dem zum Zeitpunkt des Ergreifens der Massnahme gültigen Meistbegünstigungssatz (MFN-Satz) noch über dem am Tag vor Inkrafttreten dieses Abkommens anwendbaren MFN-Satz liegen.

3. Diese Massnahmen enthalten klare Angaben über ihre schrittweise Aufhebung binnen höchstens eines Jahres. Bei Vorliegen sehr aussergewöhnlicher Umstände können Massnahmen für einen Zeitraum von insgesamt höchstens drei Jahren getroffen werden. Bezüglich der Einfuhr von Waren, die bereits zuvor Gegenstand einer solchen Massnahme gewesen sind, können während eines Zeitraums von mindestens drei Jahren, gerechnet ab dem Ende der Massnahme, keine solchen Massnahmen getroffen werden.

4. Die Partei, welche Massnahmen nach diesem Artikel zu ergreifen beabsichtigt, unterrichtet die anderen Parteien und den Gemischten Ausschuss unverzüglich darüber und bietet den anderen Parteien gleichzeitig Kompensationen in Form von im Wesentlichen gleichwertigen Handelsliberalisierungen für Einfuhren aus den anderen Parteien an.

5. Der Gemischte Ausschuss untersucht die auftretenden Schwierigkeiten und kann die nötigen Beschlüsse zu deren Behebung fassen. Wurde innerhalb von 30 Tagen nach Befassung des Gemischten Ausschusses keine Entscheidung gefällt, so kann die einführende Partei geeignete Massnahmen zur Abhilfe des Problems ergreifen und, falls keine Kompensationen vereinbart

werden konnten, kann die Partei, gegen deren Waren Massnahmen ergriffen wurden, Ausgleichsmassnahmen ergreifen. Solche Massnahmen und Ausgleichsmassnahmen sind dem Gemischten Ausschuss unverzüglich zu notifizieren. Die Ausgleichsmassnahmen bestehen aus Konzessionen, die im Wesentlichen gleichwertige Handelsauswirkungen haben oder die dem Wert der auf Grund dieser Schutzmassnahmen erwarteten zusätzlichen Zölle im Wesentlichen entsprechen. Bei der Auswahl von Schutz- und Ausgleichsmassnahmen ist solchen Massnahmen Vorrang einzuräumen, welche das Funktionieren dieses Abkommens am wenigsten beeinträchtigen.

6. Verunmöglichen aussergewöhnliche und kritische Umstände, die ein sofortiges Handeln erfordern, je nach Fall eine vorhergehende Unterrichtung oder Prüfung, kann die betroffene Partei unverzüglich vorläufige Massnahmen treffen, um der Lage zu begegnen. Sie unterrichtet unverzüglich die anderen Parteien und den Gemischten Ausschuss darüber.

7. Die getroffenen Schutz- und Ausgleichsmassnahmen sind Gegenstand regelmässiger Konsultationen im Gemischten Ausschuss, im Hinblick auf die Festlegung eines Zeitplans für ihre Aufhebung sobald die Umstände dies zulassen.

#### **Art. 23**            Wiederausfuhr und ernster Versorgungsengpass

1. Wenn aufgrund der Artikel 7 und 8:

- (a) eine Wiederausfuhr in ein Drittland erfolgt, dem gegenüber die ausführende Partei für das jeweilige Erzeugnis mengenmässige Ausfuhrbeschränkungen, Ausfuhrzölle oder Massnahmen und Abgaben gleicher Wirkung aufrechterhält, oder
- (b) im Zusammenhang mit einem für die ausführende Partei wichtigen Erzeugnis ein ernster Versorgungsengpass entsteht oder zu entstehen droht;

und wenn der ausführenden Partei in den vorgenannten Situationen ernste Schwierigkeiten entstehen oder zu entstehen drohen, kann diese Partei geeignete Massnahmen treffen.

2. Die Partei, welche Massnahmen nach diesem Artikel zu treffen beabsichtigt, benachrichtigt unverzüglich die anderen Parteien und den Gemischten Ausschuss darüber. Der Gemischte Ausschuss prüft die Lage und kann alle zu deren Beendigung notwendigen Entscheidungen treffen. Hat der Gemischte Ausschuss innerhalb von dreissig Tagen nach seiner Befassung keinen Entscheid getroffen, kann die betroffene Partei geeignete Massnahmen treffen, um dem Problem Abhilfe zu verschaffen. Der Gemischte Ausschuss ist unverzüglich darüber zu unterrichten. Bei der Auswahl von Massnahmen ist denjenigen Vorrang einzuräumen, welche das Funktionieren dieses Abkommens am wenigsten beeinträchtigen.

3. Verunmöglichen aussergewöhnliche und kritische Umstände, die ein sofortiges Handeln erfordern, je nach Fall eine vorhergehende Unterrichtung oder Prüfung, kann die betroffene Partei unverzüglich vorläufige Massnahmen treffen, um der Lage zu begegnen. Sie unterrichtet unverzüglich die anderen Parteien und den Gemischten Ausschuss darüber.

4. Die getroffenen Massnahmen sind Gegenstand regelmässiger Konsultationen im Gemischten Ausschuss, im Hinblick auf die Festlegung eines Zeitplans für ihre Aufhebung, sobald es die Umstände zulassen.

#### **Art. 24**            Zahlungsbilanzschwierigkeiten

1. Die Parteien bemühen sich, restriktive Massnahmen aus Zahlungsbilanzgründen zu vermeiden.

2. Befindet sich eine Partei in ernsthaften Zahlungsbilanzschwierigkeiten oder ist sie unmittelbar davon bedroht, so kann sie im Einklang mit den im GATT 1994 und in der diesbezüglichen Vereinbarung über Zahlungsbilanzbestimmungen festgelegten Bedingungen zeitlich begrenzte und nicht diskriminierende Handelsbeschränkungen einführen, die nicht über das für die Sanierung der Zahlungsbilanzsituation erforderliche Mass hinausgehen. Die Anwendung solcher Massnahmen richtet sich nach den massgeblichen Bestimmungen von Artikel XV des GATT 1994.

**Art. 25** Gemischter Ausschuss

1. Aufsicht und Verwaltung bei der Durchführung dieses Abkommens obliegen einem Gemischten Ausschuss, der gleichzeitig auch auf der Grundlage der im Juni 2000 in Zürich unterzeichneten Erklärung handelt. Jede Partei ist im Gemischten Ausschuss vertreten.
2. Zur ordnungsgemässen Durchführung des Abkommens tauschen die Parteien Informationen aus und halten auf Antrag einer Partei im Gemischten Ausschuss Konsultationen ab. Der Gemischte Ausschuss prüft laufend die Möglichkeit eines weiteren Abbaus der Handelsschranken zwischen den EFTA-Staaten und Kroatien.
3. Der Gemischte Ausschuss kann in den in diesem Abkommen vorgesehenen Fällen Beschlüsse fassen. In den übrigen Fällen kann er Empfehlungen aussprechen.

**Art. 26** Verfahren des Gemischten Ausschusses

1. Zur ordnungsgemässen Durchführung dieses Abkommens tritt der Gemischte Ausschuss auf Antrag einer Partei so oft als erforderlich zusammen, in der Regel aber alle zwei Jahre.
2. Der Gemischte Ausschuss handelt im gegenseitigen Einvernehmen.
3. Hat ein Vertreter einer Partei im Gemischten Ausschuss einen Beschluss unter Vorbehalt der Erfüllung verfassungsrechtlicher Vorschriften angenommen, tritt der Beschluss, sofern er keinen späteren Zeitpunkt vorsieht, an dem Tag in Kraft, an dem die Aufhebung des Vorbehaltes notifiziert worden ist.
4. Der Gemischte Ausschuss gibt sich für die Zwecke dieses Abkommens eine Geschäftsordnung, die unter anderem Bestimmungen über die Einberufung von Sitzungen und über die Ernennung und die Amtsdauer der/des Vorsitzenden enthält.
5. Der Gemischte Ausschuss kann bei Bedarf die Einsetzung von Unterausschüssen und Arbeitsgruppen beschliessen, die ihm bei der Erfüllung seiner Aufgaben zur Seite stehen.

**Art. 27** Erfüllung von Verpflichtungen und Konsultationen

1. Die Parteien treffen alle erforderlichen Massnahmen, um die Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Abkommen sicherzustellen. In Streitfällen über Auslegung und Anwendung dieses Abkommens unternehmen die Parteien ihr Möglichstes, um durch Zusammenarbeit und Konsultationen zu gegenseitig zufriedenstellende Lösungen zu finden.
2. Jede Partei kann schriftlich Konsultationen mit jeder anderen Partei bezüglich einer bestehenden oder vorgesehenen Massnahme oder jeder anderen Angelegenheit zu verlangen, die ihrer Einschätzung nach die Durchführung des Abkommens beeinträchtigen könnte. Die Partei, welche die Konsultation verlangt, benachrichtigt gleichzeitig schriftlich die anderen Parteien, unter Angabe aller zweckdienlicher Informationen.

3. Auf Antrag einer Partei innerhalb von zehn Tagen nach dem Eingang der in Absatz 2 erwähnten Notifikation finden die Konsultationen im Rahmen des Gemischten Ausschusses statt, um eine allgemein annehmbare Lösung zu finden.

#### **Art. 28** Vorläufige Massnahmen

Ist ein EFTA-Staat der Auffassung, dass Kroatien, oder ist Kroatien der Auffassung, dass ein EFTA-Staat seinen Verpflichtungen nach diesem Abkommen nicht nachgekommen ist, und hat der Gemischte Ausschuss innerhalb von drei Monaten keine einvernehmliche Lösung gefunden, kann die benachteiligte Partei diejenigen vorläufigen Massnahmen ergreifen, die zur Wiederherstellung des Gleichgewichts der aus dem Abkommen resultierenden Vorteile angemessen und unbedingt notwendig sind. Es ist denjenigen Massnahmen Vorrang zu geben, welche das Funktionieren dieses Abkommens am wenigsten beeinträchtigen. Die getroffenen Massnahmen sind den Parteien und dem Gemischten Ausschuss unverzüglich mitzuteilen; dieser hält im Hinblick auf deren Aufhebung regelmässige Konsultationen ab. Die Massnahmen sind aufzuheben, sobald die Umstände deren Aufrechterhaltung nicht mehr rechtfertigen oder, falls die Streitigkeit dem Schiedsverfahren zugeleitet worden ist, sobald ein Schiedsgerichtsentscheid vorliegt und ihm nachgekommen wurde.

#### **Art. 29** Schiedsgericht

1. Hinsichtlich Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung der Rechte und Pflichten der Parteien, welche nicht innerhalb von 90 Tagen nach Eingang des Gesuchs um Konsultationen durch direkte Konsultationen oder durch den Gemischten Ausschuss gelöst werden konnten, kann von einer Streitpartei mittels schriftlicher Notifikation an die andere Streitpartei das Schiedsgerichtsverfahren eröffnet werden. Eine Kopie dieser Notifikation ist allen anderen Vertragsparteien zuzustellen. Leiten mehrere Parteien in der gleichen Streitsache gegen dieselbe Partei ein Schiedsverfahren ein, ist zur Beurteilung der Streitsache nach Möglichkeit nur ein einziges Schiedsgericht einzusetzen.

2. Die Zusammensetzung und die Arbeitsweise des Schiedsgerichts richtet sich nach Anhang VIII. Der Entscheid des Schiedsgerichts ist endgültig und bindet die Streitparteien.

#### **Art. 30** Evolutivklausel

1. Die Parteien überprüfen das vorliegende Abkommen im Lichte der weiteren Entwicklungen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, unter anderem im Rahmen der WTO. Sie untersuchen in diesem Zusammenhang und im Lichte aller massgeblichen Faktoren die Möglichkeit, die durch dieses Abkommen geschaffene Zusammenarbeit weiter auszubauen, zu vertiefen und sie auf neue Bereiche auszudehnen. Die Parteien können den Gemischten Ausschuss mit der Prüfung dieser Möglichkeit und, wo angemessen, mit der Ausarbeitung von Empfehlungen beauftragen, insbesondere im Hinblick auf die Aufnahme von Verhandlungen.

2. Vereinbarungen, die aus dem in Absatz 1 genannten Verfahren hervorgehen, bedürfen der Ratifizierung oder Genehmigung durch die Parteien nach deren eigenen Verfahren.

#### **Art. 31** Technische Unterstützung

Zur Erleichterung der Umsetzung dieses Abkommens einigen sich die Parteien auf geeignete Modalitäten für die technische Unterstützung und die Zusammenarbeit ihrer Behörden, insbesondere in den Bereichen des geistigen Eigentums, der Zollangelegenheiten und der



technischen Vorschriften. Sie koordinieren zu diesem Zweck ihre Bemühungen mit den massgeblichen internationalen Organisationen.

**Art. 32**            Anhänge

Die Anhänge zu diesen Abkommen sind integrale Bestandteile davon. Der Gemischte Ausschuss kann Änderungen der Anhänge beschliessen.

**Art. 33**            Änderungen

1. Sofern es sich nicht um Änderungen im Sinne von Artikel 32 handelt, werden Änderungen dieses Abkommens nach Gutheissung durch den Gemischten Ausschuss den Parteien zur Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterbreitet.
2. Sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren, treten die Änderungen am ersten Tag des dritten Monats nach Hinterlegung der letzten Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.
3. Der Änderungstext sowie die Annahmeerkmale werden beim Depositär hinterlegt.

**Art. 34**            Diesem Abkommen unterliegende Handelsbeziehungen

Dieses Abkommen ist auf Handelsbeziehungen zwischen den einzelnen EFTA-Staaten einerseits und Kroatien andererseits anwendbar, nicht jedoch auf die Handelsbeziehungen zwischen einzelnen EFTA-Staaten, sofern in diesem Abkommen nichts anderes vorgesehen ist.

**Art. 35**            Räumlicher Anwendungsbereich

Dieses Abkommen findet, mit Ausnahme der Bestimmungen in Anhang IX, auf dem Gebiet der Parteien Anwendung.

**Art. 36**            Zollunionen, Freihandelszonen, Grenzverkehr und andere präferenzielle Abkommen

Dieses Abkommen steht der Beibehaltung oder Schaffung von Zollunionen, Freihandelszonen, Grenzverkehrsregelungen und anderen präferenziellen Abkommen nicht entgegen, soweit sie keine negativen Auswirkungen auf das in diesem Abkommen vorgesehene Handelsregime haben.

**Art. 37**            Beitritt

1. Jeder Staat, der Mitgliedstaat der Europäischen Freihandelsassoziation ist, kann auf Beschluss des Gemischten Ausschusses und zu den in diesem Beschluss festgelegten Bedingungen diesem Abkommen beitreten. Der Beitritt ist zwischen dem beitretenden Staat und den betroffenen Parteien auszuhandeln. Die Beitrittsurkunde wird beim Depositär hinterlegt..
2. Für einen beitretenden Staat tritt das Abkommen am ersten Tag des dritten Monats nach der Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde in Kraft.

**Art. 38**            Rücktritt und Beendigung

1. Jede Partei kann mittels einer schriftlichen Notifikation, die dem Depositär auf diplomatischem Weg zugestellt wird, von diesem Abkommen zurücktreten. Der Rücktritt wird

sechs Monate nach dem Datum, an welchem der Depositär die Notifikation erhalten hat, wirksam.

2. Tritt Kroatien zurück, erlischt das Abkommen nach Ablauf der Kündigungsfrist.

3. Jeder EFTA-Staat, der vom Übereinkommen über die Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation zurücktritt, hört am Tag, an welchem der Rücktritt Wirkung erlangt, ipso facto auf, Partei dieses Abkommens zu sein.

#### **Art. 39** Inkrafttreten

1. Dieses Abkommen tritt am 1. Januar 2002 für alle Unterzeichnenden in Kraft, die bis dahin ihre Ratifikations- oder Annahmeerkunden beim Depositär hinterlegt haben, sofern Kroatien seine Ratifikations- oder Annahmeerkunde hinterlegt hat.

2. Für die Unterzeichnenden, die ihre Ratifikations- oder Annahmeerkunden nach dem 1. Januar 2002 hinterlegen, tritt dieses Abkommen am ersten Tag des dritten Monats nach der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde in Kraft, sofern dieses Abkommen für Kroatien spätestens am gleichen Zeitpunkt in Kraft tritt.

3. Falls ihre verfassungsrechtlichen Bestimmungen dies erlauben, darf jede Partei dieses Abkommen während einer Einführungsphase ab dem 1. Januar 2002 provisorisch anwenden, sofern es für Kroatien spätestens zur gleichen Zeit in Kraft tritt oder provisorisch angewendet wird. Die provisorische Anwendung des Abkommens wird dem Depositär notifiziert.

#### **Art. 40** Depositär

Die Regierung Norwegens handelt als Depositär.

*Zu Urkunde dessen* haben die Unterzeichner, die hierzu gebührend bevollmächtigt sind, das vorliegende Abkommen unterzeichnet.

Geschehen zu Vaduz, am 21. Juni 2001, in einer einzigen Ausfertigung in englischer Sprache, die bei der Regierung Norwegens hinterlegt wird.

# **Verständigungsprotokoll betreffend das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Republik Kroatien**

---

## **Artikel 14 und Anhang VII**      Geistiges Eigentum

1. Gemäss EWR-Abkommen erfüllen die EFTA-Staaten in ihrer Gesetzgebung die materiellen Bestimmungen des Europäischen Patentübereinkommens vom 5. Oktober 1973. Island geht davon aus, dass die in Artikel 14 und Anhang VII aufgeführten Pflichten sich in der Substanz nicht von den Pflichten gemäss EWR-Vertrag unterscheiden.

## **Anhang III**      Ursprungskumulation

Die EFTA-Staaten und Kroatien kommen überein, weitere Verbesserungen der Ursprungsregeln zu prüfen, insbesondere den Einbezug von Kroatien in das europäische Kumulationsnetz, um Produktion und Handel im europäischen Raum auszuweiten und zu fördern.

# Anhang III

## über die Bestimmung des Begriffs «Ursprungserzeugnisse» und über die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen

---

### Titel I

#### Allgemeines

#### Art. 1 Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Anhangs bedeuten

- a) der Begriff «*Herstellen*» jede Be- oder Verarbeitung einschliesslich Zusammenbau oder besondere Vorgänge;
- b) der Begriff «*Vormaterial*» jegliche Zutaten, Rohstoffe, Komponenten oder Teile usw., die beim Herstellen des Erzeugnisses verwendet werden;
- c) der Begriff «*Erzeugnis*» die hergestellte Ware, auch wenn sie zur späteren Verwendung in einem anderen Herstellungsvorgang bestimmt ist;
- d) der Begriff «*Waren*» sowohl Vormaterialien als auch Erzeugnisse;
- e) der Begriff «*Zollwert*» den Wert, der gemäss dem Übereinkommen zur Durchführung des Artikels VII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994 (WTO-Übereinkommen über den Zollwert) festgelegt wird;
- f) der Begriff «*Ab-Werk-Preis*» den Preis der Ware ab Werk, der dem Hersteller in einem EFTA-Staat oder in Kroatien gezahlt wird, in dessen Unternehmen die letzte Be- oder Verarbeitung durchgeführt worden ist, sofern dieser Preis den Wert aller verwendeten Vormaterialien umfasst, abzüglich aller inländischen Abgaben, die erstattet werden oder erstattet werden können, wenn das hergestellte Erzeugnis ausgeführt wird;
- g) der Begriff «*Wert der Vormaterialien*» den Zollwert der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft zum Zeitpunkt der Einfuhr oder, wenn dieser nicht bekannt ist und nicht festgestellt werden kann, den ersten feststellbaren Preis, der in einem EFTA-Staat oder in Kroatien für die Vormaterialien gezahlt wird;
- h) der Begriff «*Wert der Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft*» den Wert dieser Vormaterialien gemäss Buchstabe g), der sinngemäss anzuwenden ist;
- i) dieser Artikel enthält keinen Buchstaben (i);
- j) die Begriffe «*Kapitel*» und «*Position*» die Kapitel und Positionen (vierstellige Codes) der Nomenklatur des Harmonisierten Systems zur Bezeichnung und Codierung der Waren (in diesem Anhang als «*Harmonisiertes System*» oder «*HS*» bezeichnet);
- k) der Begriff «*einreihen*» die Einreihung von Erzeugnissen oder Vormaterialien in eine bestimmte Position;
- l) der Begriff «*Sendung*» Erzeugnisse, die entweder gleichzeitig von einem Ausführer an einen Empfänger oder mit einem einzigen Frachtpapier oder – bei Fehlen eines solchen Papiers – mit einer einzigen Rechnung vom Ausführer an den Empfänger versandt werden;

- m) der Begriff «Gebiete» die Gebiete einschliesslich der Küstenmeere;
- n) der Begriff «Euro» entspricht der Währungseinheit der Europäischen Währungsunion.

## **Titel II**

### **Bestimmung des Begriffs «Ursprungserzeugnisse»**

#### **Art. 2** Ursprungskriterien

Im Sinne dieses Abkommens gelten ohne Rücksicht auf die Bestimmungen im Artikel 3 dieses Anhangs folgende Erzeugnisse als:

(1) Ursprungserzeugnisse eines EFTA-Staates:

- a) Erzeugnisse, die im Sinne des Artikels 5 dieses Anhangs vollständig in einem EFTA-Staat gewonnen oder hergestellt worden sind;
- b) Erzeugnisse, die in einem EFTA-Staat unter Verwendung von Vormaterialien hergestellt worden sind, die dort nicht vollständig gewonnen oder hergestellt worden sind, vorausgesetzt, dass diese Vormaterialien in einem EFTA-Staat im Sinne des Artikels 6 dieses Anhangs in ausreichendem Masse be- oder verarbeitet worden sind;

(2) Ursprungserzeugnisse Kroatiens:

- a) Erzeugnisse, die im Sinne des Artikels 5 dieses Anhangs vollständig in Kroatien gewonnen oder hergestellt worden sind;
- b) Erzeugnisse, die in Kroatien unter Verwendung von Vormaterialien hergestellt worden sind, die dort nicht vollständig gewonnen oder hergestellt worden sind, vorausgesetzt, dass diese Vormaterialien in Kroatien im Sinne des Artikels 6 dieses Anhangs in ausreichendem Masse be- oder verarbeitet worden sind.

#### **Art. 3** Ursprungskumulierung

(1) Unbeschadet von Artikel 2 werden im Sinne dieses Anhangs Vormaterialien mit Ursprung in einer anderen Vertragspartei, als solche mit Ursprung in der betreffenden Vertragspartei betrachtet, vorausgesetzt, dass die Be- oder Verarbeitungen über diejenigen im Artikel 7 genannten hinausgehen.

(2) Erzeugnisse mit Ursprung in einer anderen Vertragspartei im Sinne dieses Anhangs, welche in der betreffenden Vertragspartei keine Be- oder Verarbeitung erfahren haben die über diejenigen im Artikel 7 genannten hinausgehen, behalten ihren Ursprung bei, wenn sie in eine andere Vertragspartei ausgeführt werden.

(3) Geht zum Zwecke des Absatzes 2, die in zwei oder mehr Vertragsparteien vor- genommene Be- oder Verarbeitung nicht über die im Artikel 7 genannten Vorgänge hinaus, so wird der Ursprung nach demjenigen Produkt mit dem höchsten Zollwert oder – falls unbekannt und nicht ermittelbar – nach demjenigen Produkt mit dem in diesem Staat zuerst ermittelten und bezahlten Preis bestimmt.

#### **Art. 4**

(Dieser Anhang enthält keinen Artikel 4)

**Art. 5** Vollständig gewonnene oder hergestellte Erzeugnisse

(1) Als in einem EFTA-Staat oder in Kroatien vollständig gewonnen oder hergestellt gelten:

- a) dort aus dem Boden oder dem Meeresgrund gewonnene mineralische Erzeugnisse;
- b) dort geerntete pflanzliche Erzeugnisse;
- c) dort geborene oder ausgeschlüpfte und dort aufgezogene lebende Tiere;
- d) Erzeugnisse von dort gehaltenen lebenden Tieren;
- e) dort erzielte Jagdbeute und Fischfänge;
- f) Erzeugnisse der Seefischerei und andere von Schiffen der Vertragsparteien ausserhalb der eigenen Küstenmeere aus dem Meer gewonnene Erzeugnisse;
- g) Erzeugnisse, die an Bord von Fabrikschiffen der Vertragsparteien ausschliesslich aus den unter Buchstabe f) genannten Erzeugnissen hergestellt werden;
- h) dort gesammelte Altwaren, die nur zur Gewinnung von Rohstoffen verwendet werden können, einschliesslich gebrauchte Reifen, die nur zur Runderneuerung oder als Abfall verwendet werden können;
- i) bei einer dort ausgeübten Produktionstätigkeit anfallende Abfälle;
- j) aus dem Meeresboden oder Meeresuntergrund ausserhalb des eigenen Küstenmeeres gewonnene Erzeugnisse, sofern die Vertragsparteien zum Zwecke der Nutzbarmachung Ausschliesslichkeitsrechte über diesen Teil des Meeresbodens oder Meeresuntergrunds ausübt;
- k) dort ausschliesslich aus Erzeugnissen gemäss den Buchstaben a) bis j) hergestellte Waren.

(2) Der Begriff «Schiffe der Vertragsparteien» und «Fabrikschiffe der Vertragsparteien» in Absatz 1 Buchstaben f) und g) ist nur anwendbar auf Schiffe und Fabrikschiffe,

- a) die in einem EFTA-Staat oder in Kroatien ins Schiffsregister eingetragen oder dort angemeldet sind;
- b) welche die Flagge eines EFTA-Staates oder Kroatiens führen;
- c) die mindestens zur Hälfte Eigentum von Staatsangehörigen der EFTA-Staaten oder Kroatiens oder einer Gesellschaft sind, die ihren Hauptsitz in einem dieser Staaten hat, bei der der oder die Geschäftsführer, der Vorsitzende des Vorstands oder Aufsichtsrats und die Mehrheit der Mitglieder dieser Organe Staatsangehörige der EFTA-Staaten oder Kroatiens sind und – im Fall von Personengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung – ausserdem das Geschäftskapital mindestens zur Hälfte den betreffenden Staaten oder öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder Staatsangehörigen dieser Staaten gehört;
- d) deren Schiffsführung aus Staatsangehörigen der EFTA-Staaten oder Kroatiens besteht;
- e) deren Besatzung zu mindestens 75 v.H. aus Staatsangehörigen der EFTA-Staaten oder Kroatiens besteht.

**Art. 6** In ausreichendem Masse be- oder verarbeitete Erzeugnisse

(1) Für die Zwecke des Artikels 2 gelten Vormaterialien, die nicht vollständig gewonnen oder hergestellt worden sind, als in ausreichendem Masse be- oder verarbeitet, wenn die Bedingungen der Liste der Anlage II dieses Anhangs erfüllt sind.

In diesen Bedingungen sind für alle unter dieses Abkommen fallenden Erzeugnisse die Be- oder Verarbeitungen festgelegt, die an den bei der Herstellung der Erzeugnisse verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft vorgenommen werden müssen; sie gelten nur für diese Vormaterialien. Ein Erzeugnis, das entsprechend den Bedingungen der Liste die Ursprungseigenschaft erworben hat und zur Herstellung eines anderen Erzeugnisses verwendet wird, hat die für das andere Erzeugnis geltenden Bedingungen nicht zu erfüllen; die gegebenenfalls zur Herstellung des ersten Erzeugnisses verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft bleiben demnach unberücksichtigt.

(2) Unbeschadet von Absatz 1 dürfen Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die gemäss den in der Liste festgelegten Bedingungen nicht zur Herstellung eines Erzeugnisses verwendet werden dürfen, können dennoch verwendet werden, wenn

- a) ihr Gesamtwert 10 v.H. des Ab-Werk-Preises des hergestellten Erzeugnisses nicht überschreitet;
- b) die gegebenenfalls in der Liste aufgeführten Vomhundertsätze für den höchsten zulässigen Wert von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft durch die Anwendung dieses Absatzes nicht überschritten werden.

Dieser Absatz gilt nicht für Erzeugnisse der Kapitel 50 bis 63 des Harmonisierten Systems.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten vorbehaltlich des Artikels 7.

#### **Art. 7** Nicht ausreichende Be- oder Verarbeitungen

(1) Unbeschadet von Absatz 2 gelten folgende Be- oder Verarbeitungen ohne Rücksicht darauf, ob die Voraussetzungen des Artikels 6 erfüllt sind, als nicht ausreichend, um die Ursprungseigenschaft zu verleihen:

- a) Behandlungen, die dazu bestimmt sind, die Ware während des Transports oder der Lagerung in ihrem Zustand zu erhalten;
- b) Auswechseln von Umschliessungen, Teilen oder Zusammenstellen von Packstücken;
- c) Waschen, Reinigen, Entfernen von Staub, Rost, Öl, Farbe oder anderen Beschichtungen;
- d) Bügeln und Pressen von Textilien;
- e) einfaches Bemalen und Schleifen;
- f) Schälen, teilweises oder gänzliches Bleichen, Polieren, Überziehen von Getreide und Reis;
- g) Vorgänge, die Zucker färben oder Zucker formen;
- h) Schälen, Entsteinen und Entschalen von Früchten, Nüssen und Gemüsen;
- i) Schärfen, einfaches Schleifen oder einfaches Schneiden;
- j) Sieben, Trennen, Sortieren, Einreihen, Klassieren, Bemustern (einschliesslich das Zusammenstellen zu Sets);
- k) einfaches Abfüllen in Flaschen, Dosen, Kolben, Taschen, Kisten, Schachteln, Befestigen auf Karten sowie alles andere einfache Verpacken;
- l) Anbringen oder Aufdrucken von Marken, Etiketten, Aufschriften und anderen zur Identifikation dienlichen Zeichen auf Waren oder deren Verpackung;
- m) einfaches Mischen von Waren von unterschiedlicher oder gleicher Art;

- n) einfaches Zusammensetzen von Teilen oder Artikeln zu einem vollständigen Artikel, Zerlegen eines Produktes in seine Einzelteile;
  - o) eine Kombination von zwei oder mehr Behandlungen der Buchstaben a) bis n);
  - p) das Schlachten von Tieren;
- (2) Bei der Beurteilung, ob die an einem Erzeugnis vorgenommenen Be- oder Verarbeitungen als nicht ausreichend im Sinne des Absatzes 1 gelten, sind alle in einem EFTA-Staat oder in Kroatien an diesem Erzeugnis vorgenommenen Be- oder Verarbeitungen insgesamt in Betracht zu ziehen.

#### **Art. 8**            Massgebende Einheit

(1) Massgebende Einheit für die Anwendung dieses Anhangs ist die für die Einreihung in die Position des Harmonisierten Systems massgebende Einheit jedes Erzeugnisses.

Daraus ergibt sich, dass

- a) jede Gruppe oder Zusammenstellung von Erzeugnissen, die nach dem Harmonisierten System in eine einzige Position eingereiht wird, als Ganzes die massgebende Einheit darstellt;
  - b) bei einer Sendung mit gleichen Erzeugnissen, die in dieselbe Position des Harmonisierten Systems eingereiht werden, jedes Erzeugnis für sich betrachtet werden muss.
- (2) Werden Umschliessungen gemäss der Allgemeinen Vorschrift 5 zum Harmonisierten System wie das darin enthaltene Erzeugnis eingereiht, so werden sie auch für die Bestimmung des Ursprungs wie das Erzeugnis behandelt.

#### **Art. 9**            Zubehör, Ersatzteile und Werkzeuge

Zubehör, Ersatzteile und Werkzeuge, die mit Geräten, Maschinen oder Fahrzeugen geliefert werden, werden mit diesen zusammen als Einheit angesehen, wenn sie als Bestandteil der Normalausrüstung in deren Preis enthalten sind oder nicht gesondert in Rechnung gestellt werden.

#### **Art. 10**           Warenzusammenstellungen

Warenzusammenstellungen im Sinne der Allgemeinen Vorschrift 3 zum Harmonisierten System gelten als Ursprungserzeugnisse, wenn alle Bestandteile Ursprungserzeugnisse sind. Jedoch gilt eine Warenzusammenstellung, die aus Bestandteilen mit Ursprungseigenschaft und Bestandteilen ohne Ursprungseigenschaft besteht, in ihrer Gesamtheit als Ursprungserzeugnis, sofern der Wert der Bestandteile ohne Ursprungseigenschaft 15 v.H. des Ab-Werk-Preises der Warenzusammenstellung nicht überschreitet.

#### **Art. 11**           Neutrale Elemente

Bei der Feststellung, ob ein Erzeugnis Ursprungserzeugnis ist, braucht der Ursprung folgender gegebenenfalls bei seiner Herstellung verwendeter Erzeugnisse nicht berücksichtigt zu werden:

- a) Energie und Brennstoffe,
- b) Anlagen und Ausrüstung,
- c) Maschinen und Werkzeuge,



- d) Erzeugnisse, die nicht in die endgültige Zusammensetzung des Erzeugnisses eingehen oder nicht eingehen sollen.

**Art. 12**            Buchmässige Trennung

- (1) Wo durch das separate Lagern von identischen und auswechselbaren Ursprungs- und Nicht-Ursprungsmaterialien beträchtliche Kosten oder tatsächliche Schwierigkeiten entstehen, können die Zollverwaltungen auf schriftliches Gesuch hin die sogenannte „Buchmässige Trennung“ bewilligen, um solche Lager zu verwalten.
- (2) Diese Methode muss sicherstellen können, dass für eine spezifische Referenzperiode die Anzahl der als „Ursprungswaren“ benennbaren Produkte gleich gross ist, wie wenn sie physisch getrennt gelagert worden wären.
- (3) Die Zollverwaltungen können derartige Bewilligungen unter den ihnen angemessen erscheinenden Bedingungen erteilen.
- (4) Diese Methode basiert auf den allgemeinen Grundsätzen der Buchhaltung, die in demjenigen Land Anwendung finden, wo die Ware hergestellt wurde.
- (5) Der Begünstigte dieser Erleichterung kann Ursprungszeugnisse für diejenige Menge Produkte ausstellen und gebrauchen, die als Ursprungswaren betrachtet werden. Auf Gesuch der Zollverwaltungen hin, muss der Begünstigte angeben, wie die Mengen verwaltet wurden.
- (6) Die Zollverwaltungen überwachen den Gebrauch der Bewilligungen und ziehen diese jederzeit wieder ein, für den Fall, dass der Begünstigte diese auf irgend eine Art missbräuchlich verwendet oder andere in diesem Anhang aufgeführte Verpflichtungen nicht erfüllt.

**Titel III**  
**Territoriale Auflagen**

**Art. 13**            Territorialitätsprinzip

- (1) Vorbehaltlich des Artikels 3 und des nachstehenden Absatzes 3 müssen die in Titel II genannten Bedingungen für den Erwerb der Ursprungseigenschaft ohne Unterbrechung in einem EFTA-Staat oder in Kroatien erfüllt werden.
- (2) Ursprungswaren, die aus einem EFTA-Staat oder aus Kroatien in ein Drittland ausgeführt und anschliessend wiedereingeführt werden, gelten vorbehaltlich des Artikels 3 als Erzeugnisse ohne Ursprungseigenschaft, es sei denn, den Zollbehörden wird glaubhaft dargelegt, dass
  - a) die wiedereingeführten Waren dieselben wie die ausgeführten Waren sind und
  - b) diese Waren während ihres Aufenthalts in dem betreffenden Drittland oder während des Transports keine Behandlung erfahren haben, die über das zur Erhaltung ihres Zustands erforderliche Mass hinausgeht.
- (3) Der Erwerb der Ursprungseigenschaft nach den Bedingungen in Titel II wird durch Be- oder Verarbeitungen, die ausserhalb eines EFTA-Staates oder Kroatien ausgeführt und anschliessend dorthin wiedereingeführten Vormaterialien vorgenommen werden, nicht abgebrochen, sofern
  - a) die genannten Vormaterialien in einem EFTA-Staat oder Kroatien vollständig gewonnen oder hergestellt worden sind oder dort vor ihrer Ausfuhr eine Be- oder Verarbeitung

erfahren haben, die über die in Artikel 7 genannten nicht ausreichenden Be- oder Verarbeitungen hinausgeht; und

- b) den Zollbehörden glaubhaft dargelegt werden kann, dass
  - i) die wiedereingeführten Waren durch Be- oder Verarbeitung der ausgeführten Vormaterialien entstanden sind; und
  - ii) die gemäss diesem Artikel ausserhalb eines EFTA-Staates oder Kroatiens insgesamt erzielte Wertsteigerung 10 v.H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet, für das letztlich die Ursprungseigenschaft beansprucht wird.

(4) Im Sinne des Absatzes 3 werden die Bedingungen des Titels II für den Erwerb der Ursprungseigenschaft bei Be- oder Verarbeitungen ausserhalb eines EFTA-Staates oder Kroatiens nicht angewendet. Enthält die Liste in Anlage II eine Regel, die einen zulässigen Höchstwert aller verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaften vorsieht, so dürften für die letzte Bestimmung der Ursprungseigenschaft eines Erzeugnisses der Gesamtwert der in den Vertragsparteien verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft und die gemäss diesem Artikel ausserhalb des betreffenden EFTA-Staates oder Kroatiens insgesamt erzielte Wertsteigerung zusammengekommen den angegebenen Vomhundertsatz nicht überschreiten.

(5) Im Sinne der Absätze 3 und 4 bedeutet der Begriff «insgesamt erzielte Wertsteigerung» alle ausserhalb des betreffenden EFTA-Staates oder Kroatiens anfallenden Kosten einschliesslich des gesamten Wertes der dort hinzugefügten Vormaterialien.

(6) Die Absätze 3 und 4 gelten nicht für Erzeugnisse, welche die Bedingungen der Liste in Anlage II nicht erfüllen und nur durch Anwendung der allgemeinen Toleranz nach Artikel 6 Absatz 2 als in ausreichendem Masse be- oder verarbeitet angesehen werden können.

(7) Die Absätze 3 und 4 gelten nicht für Erzeugnisse der Kapitel 50 bis 63 des Harmonisierten Systems.

(8) Ausserhalb eines EFTA-Staates oder Kroatiens durchgeführte Be- oder Verarbeitungen erfolgen nach diesem Artikel im Rahmen des Verfahrens der passiven Veredlung oder eines ähnlichen Systems.

#### **Art. 14**      Unmittelbare Beförderung

(1) Die im Rahmen des Abkommens vorgesehene Präferenzbehandlung gilt nur für den Voraussetzungen dieses Protokolls entsprechende Erzeugnisse, die unmittelbar zwischen den Vertragsparteien befördert werden. Jedoch können Erzeugnisse, die eine einzige Sendung bilden, über andere Gebiete befördert werden, gegebenenfalls auch mit einer Umladung oder vorübergehender Einlagerung in diesen Gebieten, sofern sie unter der zollamtlichen Überwachung der Behörden des Durchfuhr- oder Einlagerungslandes geblieben und dort nur ent- oder verladen worden sind oder eine auf die Erhaltung ihres Zustands gerichtete Behandlung erfahren haben.

Ursprungserzeugnisse können in Rohrleitungen durch andere Gebiete als das Gebiet der Vertragsparteien befördert werden.

(2) Der Nachweis, dass die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen erfüllt sind, ist erbracht, wenn den Zollbehörden des Einfuhrlandes eines der folgenden Papiere vorgelegt wird:

- a) ein durchgehendes Frachtpapier, mit dem die Beförderung vom Ausfuhrland durch das Durchfuhrland erfolgt ist; oder

- b) eine von den Zollbehörden des Durchfuhrlandes ausgestellte Bescheinigung mit folgenden Angaben:
  - i) genaue Warenbeschreibung;
  - ii) Zeitpunkt des Ent- und Wiederverladens der Waren oder der Ein- oder Ausschiffung unter Angabe der benutzten Schiffe oder sonstigen Beförderungsmittel; und
  - iii) Bescheinigung über die Bedingungen des Verbleibs der Waren im Durchfuhrland
- oder
- c) falls diese Papiere nicht vorgelegt werden können, alle sonstigen beweiskräftigen Unterlagen.

#### **Art. 15**            Ausstellungen

(1) Werden Ursprungserzeugnisse zu einer Ausstellung ausserhalb der Vertragsparteien versandt und nach der Ausstellung zur Einfuhr in einen EFTA-Staat oder in Kroatien verkauft, so erhalten sie bei der Einfuhr die Begünstigungen des Abkommens, sofern den Zollbehörden glaubhaft dargelegt wird, dass

- a) ein Ausführer diese Erzeugnisse aus einem EFTA-Staat oder aus Kroatien in das Ausstellungsland versandt und dort ausgestellt hat;
- b) dieser Ausführer die Erzeugnisse einem Empfänger in einem EFTA-Staat oder in Kroatien verkauft oder überlassen hat;
- c) die Erzeugnisse während oder unmittelbar nach der Ausstellung in dem Zustand, in dem sie zur Ausstellung versandt worden waren, versandt worden sind; und
- d) die Erzeugnisse ab dem Zeitpunkt, zu dem sie zur Ausstellung versandt wurden, nicht zu anderen Zwecken als zur Vorführung auf dieser Ausstellung verwendet worden sind.

(2) Nach Massgabe des Titels V ist ein Ursprungsnachweis auszustellen oder auszufertigen und den Zollbehörden des Einfuhrlandes unter den üblichen Voraussetzungen vorzulegen. Darin sind Bezeichnung und Anschrift der Ausstellung anzugeben. Falls erforderlich, kann ein zusätzlicher Nachweis über die Umstände verlangt werden, unter denen die Erzeugnisse ausgestellt worden sind.

(3) Absatz 1 gilt für alle Handels-, Industrie-, Landwirtschafts- und Handwerksmessen oder -ausstellungen und ähnlichen öffentlichen Veranstaltungen, bei denen die Erzeugnisse unter zollamtlicher Überwachung bleiben; ausgenommen sind Veranstaltungen zu privaten Zwecken für den Verkauf ausländischer Erzeugnisse in Läden oder Geschäftslokalen.

### **Titel IV** **Zollrückvergütung oder Zollbefreiung**

#### **Art. 16**            Verbot der Zollrückvergütung oder Zollbefreiung

(1) Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die zur Herstellung von Ursprungserzeugnissen der EFTA-Staaten oder Kroatiens verwendet worden sind, für die ein Ursprungsnachweis nach Massgabe des Titels V ausgestellt oder ausgefertigt wird, dürfen in einem EFTA-Staat oder in Kroatien nicht Gegenstand einer wie auch immer gearteten Zollrückvergütung oder Zollbefreiung sein.

(2) Das Verbot nach Absatz 1 betrifft alle in einem EFTA-Staat oder in Kroatien geltenden Massnahmen, durch die Zölle und Abgaben gleicher Wirkung auf verwendete Vormaterialien vollständig oder teilweise erstattet, erlassen oder nicht erhoben werden, sofern die Erstattung, der Erlass oder die Nichterhebung ausdrücklich oder faktisch gewährt wird, wenn die aus den betreffenden Vormaterialien hergestellten Erzeugnisse ausgeführt werden, nicht dagegen, wenn diese Erzeugnisse in einem EFTA-Staat oder in Kroatien in den freien Verkehr übergehen.

(3) Der Ausführer von Erzeugnissen mit Ursprungsnachweis hat auf Verlangen der Zollbehörden jederzeit alle zweckdienlichen Unterlagen vorzulegen, um nachzuweisen, dass für die bei der Herstellung dieser Erzeugnisse verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft keine Zollrückvergütung gewährt worden ist und sämtliche für solche Vormaterialien geltenden Zölle oder Abgaben gleicher Wirkung tatsächlich entrichtet worden sind.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten auch für Umschliessungen im Sinne des Artikels 8 Absatz 2, für Zubehör, Ersatzteile und Werkzeuge im Sinne des Artikels 9 sowie für Warenzusammenstellungen im Sinne des Artikels 10, wenn es sich dabei um Erzeugnisse ohne Ursprungseigenschaft handelt.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten nur für Vormaterialien, die unter das Abkommen fallen. Ferner stehen sie der Anwendung eines Ausfuhrerstattungssystems für landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht entgegen, das nach Massgabe dieses Abkommens bei der Ausfuhr gilt.

(6) Die Bestimmungen dieses Artikels gelten vom 1. Januar 2005 an.

## **Titel V**

### **Nachweis der Ursprungseigenschaft**

#### **Art. 17**            Allgemeines

(1) Ursprungerzeugnisse eines EFTA-Staates oder Kroatiens erhalten bei der Einfuhr in einen EFTA-Staat oder Kroatien die Begünstigungen des Abkommens, sofern

a) eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 nach dem Muster in Anlage III vorgelegt wird;

oder

b) in den in Artikel 22 Absatz 1 genannten Fällen vom Ausführer eine Erklärung mit dem in Anlage IV angegebenen Wortlaut auf einer Rechnung, einem Lieferschein oder anderen Handelspapieren abgegeben wird, in der die Erzeugnisse so genau bezeichnet sind, dass die Feststellung der Nämlichkeit möglich ist (nachstehend «Erklärung auf der Rechnung» genannt).

(2) Ungeachtet von Absatz 1 erhalten Ursprungerzeugnisse im Sinne dieses Anhangs in den in Artikel 27 genannten Fällen die Begünstigungen des Abkommens, ohne dass einer der oben genannten Nachweise vorgelegt werden muss.

#### **Art. 18**            Verfahren für die Ausstellung von Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1

(1) Die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 wird von den Zollbehörden des Ausfuhrlandes auf schriftlichen Antrag erteilt, der vom Ausführer oder unter der Verantwortung des Ausführers von seinem bevollmächtigten Vertreter gestellt worden ist.

(2) Der Ausführer oder sein bevollmächtigter Vertreter füllt zu diesem Zweck das Formblatt der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 und des Antrags nach dem

Muster in Anlage III aus. Die Formblätter sind gemäss den Rechtsvorschriften des Ausfuhrlandes in einer offiziellen Sprache einer Vertragspartei oder in Englisch auszufüllen. Werden sie handschriftlich ausgefüllt, so muss dies mit Tinte in Druckschrift erfolgen. Die Warenbezeichnung ist in dem dafür vorgesehenen Feld ohne Zeilenzwischenraum einzutragen. Ist das Feld nicht vollständig ausgefüllt, so ist unter der letzten Zeile der Warenbezeichnung ein waagerechter Strich zu ziehen und der nicht ausgefüllte Teil des Feldes durchzustreichen.

(3) Der Ausführer, der die Ausstellung der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 beantragt, hat auf Verlangen der Zollbehörden des Ausfuhrlandes, in dem die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ausgestellt wird, jederzeit alle zweckdienlichen Unterlagen zum Nachweis der Ursprungseigenschaft der betreffenden Erzeugnisse sowie der Erfüllung der übrigen Voraussetzungen dieses Anhangs vorzulegen.

(4) Eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 wird von den Zollbehörden eines EFTA-Staates oder Kroatiens ausgestellt, wenn die betreffenden Erzeugnisse als Ursprungserzeugnisse eines EFTA-Staates oder Kroatiens angesehen werden können und die übrigen Voraussetzungen dieses Anhangs erfüllt sind.

(5) Die Zollbehörden, welche die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ausstellen, treffen die erforderlichen Massnahmen, um die Ursprungseigenschaft der Erzeugnisse und die Erfüllung der übrigen Voraussetzungen dieses Anhangs zu überprüfen. Zu diesem Zweck sind sie berechtigt, alle Beweismittel zu verlangen und jede Art von Überprüfung der Buchführung des Ausführers oder sonstige von ihnen für zweckdienlich erachtete Kontrollen vorzunehmen. Die Zollbehörden, welche die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ausstellen, achten auch darauf, dass die in Absatz 2 genannten Formblätter ordnungsgemäss ausgefüllt sind. Sie prüfen insbesondere, ob das Feld mit der Warenbezeichnung so ausgefüllt ist, dass jede Möglichkeit eines missbräuchlichen Zusatzes ausgeschlossen ist.

(6) In Feld 11 der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ist der Zeitpunkt der Ausstellung anzugeben.

(7) Die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 wird von den Zollbehörden des Ausfuhrlandes ausgestellt und zur Verfügung des Ausführers gehalten, sobald die Ausfuhr tatsächlich erfolgt oder sichergestellt ist.

#### **Art. 19**            Nachträglich ausgestellte Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1

(1) Ungeachtet von Artikel 18 Absatz 7 kann die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ausnahmsweise nach der Ausfuhr der Erzeugnisse, auf die sie sich bezieht, ausgestellt werden,

- a) wenn sie infolge eines Irrtums, eines unverschuldeten Versehens oder besonderer Umstände bei der Ausfuhr nicht ausgestellt worden ist; oder
- b) wenn den Zollbehörden glaubhaft dargelegt wird, dass eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ausgestellt, aber bei der Einfuhr aus formalen Gründen nicht angenommen worden ist.

(2) In Fällen nach Absatz 1 hat der Ausführer in seinem Antrag Ort und Zeitpunkt der Ausfuhr der Erzeugnisse, auf die sich die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 bezieht, sowie die Gründe für den Antrag anzugeben.

(3) Die Zollbehörden dürfen eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 nachträglich erst ausstellen, nachdem sie geprüft haben, ob die Angaben im Antrag des Ausführers mit den entsprechenden Unterlagen übereinstimmen.

(4) Nachträglich ausgestellte Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 müssen einen der folgenden Vermerke tragen:

«NACHTRÄGLICH AUSGESTELLT», «DÉLIVRÉ A POSTERIORI», «RILASCIATO A POSTERIORI», «ISSUED RETROSPECTIVELY», «ÚTGEFIÐ EFTIR Á», «UTSTEDT SENERE», «NAKNADNO IZDANO».

(5) Der in Absatz 4 genannte Vermerk wird in das Feld «Bemerkungen» der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 eingetragen.

**Art. 20** Ausstellung eines Duplikats der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1

(1) Bei Diebstahl, Verlust oder Vernichtung einer Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 kann der Ausführer bei den Zollbehörden, welche die Bescheinigung ausgestellt haben, schriftlich ein Duplikat beantragen, das anhand der in ihrem Besitz befindlichen Ausfuhrpapiere ausgefertigt wird.

(2) Dieses Duplikat ist mit einem der folgenden Vermerke zu versehen:

«DUPLIKAT», «DUPLICATA», «DUPLICATO», «DUPLICATE», «EFTIRRIT».

(3) Der in Absatz 2 genannte Vermerk wird in das Feld «Bemerkungen» der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 eingetragen.

(4) Das Duplikat trägt das Datum des Originals und gilt mit Wirkung ab diesem Tag.

**Art. 21** Ausstellung von Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1  
auf der Grundlage vorher ausgestellter Ursprungsnachweise

Werden Ursprungserzeugnisse in einem EFTA-Staat oder in Kroatien der Überwachung einer Zollstelle unterstellt, so kann der ursprüngliche Ursprungsnachweis im Hinblick auf den Versand sämtlicher oder eines Teils dieser Erzeugnisse zu anderen Zollstellen in einem EFTA-Staat oder in Kroatien durch eine oder mehrere Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 ersetzt werden. Diese Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 werden von der Zollstelle ausgestellt, unter deren Überwachung sich die Erzeugnisse befinden.

**Art. 22** Voraussetzungen für die Ausfertigung einer Erklärung  
auf der Rechnung

(1) Die in Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe b genannte Erklärung auf der Rechnung kann ausgefertigt werden:

- a) von einem ermächtigten Ausführer im Sinne des Artikels 23;
- b) von jedem Ausführer für Sendungen von einem oder mehreren Packstücken, die Ursprungserzeugnisse enthalten, deren Wert 6000 Euro je Sendung nicht überschreitet.

(2) Eine Erklärung auf der Rechnung kann ausgefertigt werden, wenn die betreffenden Erzeugnisse als Ursprungserzeugnisse eines EFTA-Staates oder Kroatiens angesehen werden können und die übrigen Voraussetzungen dieses Anhangs erfüllt sind.

(3) Der Ausführer, der eine Erklärung auf der Rechnung ausfertigt, hat auf Verlangen der Zollbehörden des Ausfuhrlandes jederzeit alle zweckdienlichen Unterlagen zum Nachweis der

Ursprungseigenschaft der betreffenden Erzeugnisse sowie der Erfüllung der übrigen Voraussetzungen dieses Anhangs vorzulegen.

(4) Die Erklärung ist vom Ausführer maschinenschriftlich oder mechanografisch auf der Rechnung, dem Lieferschein oder einem anderen Handelspapier mit dem Wortlaut und in einer der Sprachfassungen der Anlage IV nach Massgabe der Rechtsvorschriften des Ausfuhrlandes auszufertigen. Die Erklärung kann auch handschriftlich ausgefertigt werden; in diesem Fall ist sie mit Tinte in Druckschrift zu erstellen.

(5) Erklärungen auf der Rechnung sind vom Ausführer handschriftlich zu unterzeichnen. Ein ermächtigter Ausführer im Sinne des Artikels 23 braucht jedoch solche Erklärungen nicht zu unterzeichnen, wenn er sich gegenüber den Zollbehörden des Ausfuhrlandes schriftlich verpflichtet, die volle Verantwortung für jede Erklärung auf der Rechnung zu übernehmen, die ihn so identifiziert, als ob er sie handschriftlich unterzeichnet hätte.

(6) Eine Erklärung auf der Rechnung kann vom Ausführer bei der Ausfuhr der Erzeugnisse oder nach deren Ausfuhr ausgefertigt werden, vorausgesetzt, dass sie im Einfuhrland spätestens zwei Jahre nach der Einfuhr der betreffenden Erzeugnisse vorgelegt wird.

#### **Art. 23** Ermächtigter Ausführer

(1) Die Zollbehörden des Ausfuhrlandes können einen Ausführer, der häufig unter dieses Abkommen fallende Erzeugnisse ausführt, dazu ermächtigen, ohne Rücksicht auf den Wert dieser Erzeugnisse Erklärungen auf der Rechnung auszufertigen. Ein Ausführer, der eine solche Bewilligung beantragt, muss jede von den Zollbehörden für erforderlich gehaltene Gewähr für die Kontrolle der Ursprungseigenschaft der Erzeugnisse und der Erfüllung der übrigen Voraussetzungen dieses Protokolls bieten.

(2) Die Zollbehörden können die Bewilligung des Status eines ermächtigten Ausführers von allen ihnen zweckdienlich erscheinenden Voraussetzungen abhängig machen.

(3) Die Zollbehörden erteilen dem ermächtigten Ausführer eine Bewilligungsnummer, die in der Erklärung auf der Rechnung anzugeben ist.

(4) Die Zollbehörden überwachen die Verwendung der Bewilligung durch den ermächtigten Ausführer.

(5) Die Zollbehörden können die Bewilligung jederzeit widerrufen. Sie widerrufen sie, wenn der ermächtigte Ausführer die in Absatz 1 genannte Gewähr nicht mehr bietet, die in Absatz 2 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt oder von der Bewilligung in unzulässiger Weise Gebrauch macht.

#### **Art. 24** Geltungsdauer der Ursprungsnachweise

(1) Die Ursprungsnachweise bleiben vier Monate nach dem Datum der Ausstellung im Ausfuhrland gültig und sind innerhalb dieser Frist den Zollbehörden des Einfuhrlandes vorzulegen.

(2) Ursprungsnachweise, die den Zollbehörden des Einfuhrlandes nach Ablauf der in Absatz 1 genannten Vorlagefrist vorgelegt werden, können zur Gewährung der Präferenzbehandlung angenommen werden, wenn die Frist auf Grund aussergewöhnlicher Umstände nicht eingehalten werden konnte.

(3) In allen anderen Fällen können die Zollbehörden des Einfuhrlandes die Ursprungsnachweise annehmen, wenn ihnen die Erzeugnisse vor Ablauf der Vorlagefrist gestellt worden sind.

**Art. 25** Vorlage der Ursprungsnachweise

Ursprungsnachweise sind den Zollbehörden des Einfuhrlandes nach den dort geltenden Verfahrensvorschriften vorzulegen. Diese Behörden können eine Übersetzung des Ursprungsnachweises verlangen; sie können ausserdem verlangen, dass die Einfuhrzollanmeldung durch eine Erklärung des Einführers ergänzt wird, aus der hervorgeht, dass die Erzeugnisse die Voraussetzungen für die Anwendung des Abkommens erfüllen.

**Art. 26** Einfuhr in Teilsendungen

Werden auf Antrag des Einführers und unter den von den Zollbehörden des Einfuhrlandes festgesetzten Voraussetzungen zerlegte oder noch nicht zusammengesetzte Erzeugnisse der Abschnitte XVI und XVII oder der Positionen 7308 und 9406 des Harmonisierten Systems im Sinne der Allgemeinen Vorschrift 2 a) zum Harmonisierten System in Teilsendungen eingeführt, so ist den Zollbehörden bei der Einfuhr der ersten Teilsendung ein einziger Ursprungsnachweis vorzulegen.

**Art. 27** Ausnahmen vom Ursprungsnachweis

(1) Erzeugnisse, die in Kleinsendungen von Privatpersonen an Privatpersonen versandt werden oder die sich im persönlichen Gepäck von Reisenden befinden, werden ohne Vorlage eines förmlichen Ursprungsnachweises als Ursprungserzeugnisse angesehen, sofern es sich um Einführen nichtkommerzieller Art handelt und erklärt wird, dass die Voraussetzungen für die Anwendung dieses Abkommens erfüllt sind, wobei an der Richtigkeit dieser Erklärung kein Zweifel bestehen darf. Bei Postversand kann diese Erklärung auf der Zollinhaltsklärung CN22/CN23 oder einem dieser beigelegten Blatt abgegeben werden.

(2) Als Einführen nichtkommerzieller Art gelten solche, die gelegentlich erfolgen und ausschliesslich aus Erzeugnissen bestehen, die zum persönlichen Ge- oder Verbrauch der Empfänger oder Reisenden oder zum Ge- oder Verbrauch in deren Haushalt bestimmt sind; dabei dürfen diese Erzeugnisse weder durch ihre Beschaffenheit noch durch ihre Menge zu der Vermutung Anlass geben, dass ihre Einfuhr aus kommerziellen Gründen erfolgt.

(3) Ausserdem darf der Gesamtwert der Erzeugnisse bei Kleinsendungen 500 Euro und bei den im persönlichen Gepäck von Reisenden enthaltenen Waren 1200 Euro nicht überschreiten.

**Art. 28** Belege

Bei den in Artikel 18 Absatz 3 und Artikel 22 Absatz 3 genannten Unterlagen zum Nachweis dafür, dass Erzeugnisse, für die eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder eine Erklärung auf der Rechnung vorliegt, tatsächlich als Ursprungserzeugnisse eines EFTA-Staates oder Kroatiens angesehen werden können und die übrigen Voraussetzungen dieses Anhangs erfüllt sind, kann es sich unter anderem um folgende Unterlagen handeln:

- a) unmittelbarer Nachweis der vom Ausführer oder Lieferanten angewendeten Verfahren zur Herstellung der betreffenden Waren, z.B. auf Grund seiner geprüften Bücher oder seiner internen Buchführung;
- b) Belege über die Ursprungseigenschaft der zur Herstellung der betreffenden Waren verwendeten Vormaterialien, die in einem EFTA-Staat oder in Kroatien ausgestellt oder ausgefertigt worden sind, wo sie nach den dort geltenden internen Rechtsvorschriften verwendet werden;



- c) Belege über in einem EFTA-Staat oder in Kroatien an den betreffenden Vormaterialien vorgenommene Be- oder Verarbeitungen, sofern diese Belege in einem EFTA-Staat oder in Kroatien ausgestellt oder ausgefertigt worden sind, wo sie nach den dort geltenden internen Rechtsvorschriften verwendet werden;
- d) Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 oder Erklärungen auf der Rechnung zum Nachweis für die Ursprungseigenschaft der zur Herstellung verwendeten Vormaterialien, die einem EFTA-Staat oder in Kroatien nach Massgabe dieses Anhangs ausgestellt oder ausgefertigt worden sind.

**Art. 29** Aufbewahrung von Ursprungsnachweisen und Belegen

- (1) Ein Ausführer, der die Ausstellung einer Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 beantragt, hat die in Artikel 18 Absatz 3 genannten Belege mindestens drei Jahre lang aufzubewahren.
- (2) Ein Ausführer, der eine Erklärung auf der Rechnung ausfertigt, hat eine Abschrift dieser Erklärung auf der Rechnung sowie die in Artikel 22 Absatz 3 genannten Belege mindestens drei Jahre lang aufzubewahren.
- (3) Die Zollbehörden des Ausfuhrlandes, die eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ausstellen, haben das in Artikel 18 Absatz 2 genannte Antragsformular mindestens drei Jahre lang aufzubewahren.
- (4) Die Zollbehörden des Einfuhrlandes haben die ihnen vorgelegten Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 und Erklärungen auf der Rechnung mindestens drei Jahre lang aufzubewahren.

**Art. 30** Abweichungen und Formfehler

- (1) Bei geringfügigen Abweichungen zwischen den Angaben in den Ursprungsnachweisen und den Angaben in den Unterlagen, die der Zollstelle zur Erfüllung der Einfuhrförmlichkeiten für die Erzeugnisse vorgelegt werden, ist die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder die Erklärung auf der Rechnung nicht allein dadurch ungültig, sofern einwandfrei nachgewiesen wird, dass dieses Papier sich auf die gestellten Erzeugnisse bezieht.
- (2) Eindeutige Formfehler wie Tippfehler in einem Ursprungsnachweis dürfen nicht zur Ablehnung dieses Nachweises führen, wenn diese Fehler keinen Zweifel an der Richtigkeit der Angaben in dem Papier entstehen lassen.

**Art. 31** In Euro ausgedrückte Beträge

- (1) Um die Bestimmungen der Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 27 Absatz 3 in denjenigen Fällen zu ermöglichen, in denen Produkte in anderer Währung als Euro in Rechnung gestellt sind, werden Beträge in der Währung des Ausfuhrlandes, die den in Euro ausgedrückten Beträgen entsprechen, jährlich durch das Ausfuhrland festgelegt.
- (2) Eine Sendung soll von den Bestimmungen der Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 27 Absatz 3 durch Bezug auf die Währung in welcher die Rechnung ausgestellt ist profitieren, gemäss dem vom betreffenden Land festgelegten Betrag.
- (3) Für die Umrechnung der in Rechnungseinheiten ausgedrückten Beträge in die jeweiligen Landeswährungen gilt der Euro-Kurs der jeweiligen Landeswährung am ersten Arbeitstag des Monats Oktober und soll vom 1. Januar des darauffolgenden Jahres gelten. Die Vertragsparteien teilen sich die relevanten Beträge gegenseitig mit.

(4) Ein Land kann den Betrag auf- oder abrunden, aufgrund der Umrechnung des Betrages in die Landeswährung. Der abgerundete Betrag darf sich vom umgerechneten Betrag nicht mehr als 5 Prozent unterscheiden.

Ein Land kann seine in nationaler Währung ausgedrückten Äquivalente eines Betrages in Euro unverändert lassen, wenn zur Zeit der jährlichen Anpassung gemäss Absatz 3, die Umrechnung des Betrages, vor dem Abrunden, in einer Erhöhung von weniger als 15 Prozent der nationalen Währungs-Äquivalent beträgt. Das nationale Währungs-Äquivalent kann unverändert bleiben, wenn die Umrechnung zu einer Senkung des Gegenwertes führt.

(5) Die in Euro ausgedrückten Beträge werden auf Antrag einer Vertragspartei vom Gemischten Ausschuss überprüft. Bei dieser Überprüfung erwägt der Gemischte Ausschuss, ob es erstrebenswert ist, die Auswirkungen dieser Beschränkungen in realen Werten zu erhalten. Zu diesem Zweck kann er beschliessen, die in Euro ausgedrückten Beträge zu ändern.

## **Titel VI**

### **Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen**

#### **Art. 32**      Amtshilfe

(1) Die Zollbehörden der EFTA-Staaten und Kroatiens übermitteln einander über das EFTA-Sekretariat die Musterabdrücke der Stempel, die ihre Zollstellen bei der Ausstellung der Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 verwenden; gleichzeitig teilen sie einander die Anschriften der Zollbehörden mit, die für die Prüfung dieser Bescheinigungen und der Erklärungen auf der Rechnung zuständig sind.

(2) Um die ordnungsgemässe Durchführung dieses Anhangs zu gewährleisten, leisten die EFTA-Staaten und Kroatien einander durch ihre Zollverwaltungen Amtshilfe bei der Prüfung der Echtheit der Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 und der Erklärungen auf der Rechnung sowie der Richtigkeit der in diesen Nachweisen enthaltenen Angaben.

#### **Art. 33**      Prüfung der Ursprungsnachweise

(1) Eine nachträgliche Prüfung der Ursprungsnachweise erfolgt stichprobenweise oder immer dann, wenn die Zollbehörden des Einfuhrlandes begründete Zweifel an der Echtheit des Papiers, der Ursprungseigenschaft der betreffenden Erzeugnisse oder der Erfüllung der übrigen Voraussetzungen dieses Anhangs haben.

(2) In Fällen nach Absatz 1 senden die Zollbehörden des Einfuhrlandes die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 und die Rechnung, wenn sie vorgelegt worden ist, die Erklärung auf der Rechnung oder eine Abschrift dieser Papiere an die Zollbehörden des Ausfuhrlandes zurück, gegebenenfalls unter Angabe der Gründe, die eine Untersuchung rechtfertigen. Zur Begründung des Antrags auf nachträgliche Prüfung übermitteln sie alle Unterlagen und teilen alle bekannten Umstände mit, die auf die Unwichtigkeit der Angaben in dem Ursprungsnachweis schliessen lassen.

(3) Die Prüfung wird von den Zollbehörden des Ausfuhrlandes durchgeführt. Diese sind berechtigt, zu diesem Zweck die Vorlage von Beweismitteln zu verlangen und jede Art von Überprüfung der Buchführung des Ausführers oder sonstige von ihnen für zweckdienlich erachtete Kontrollen durchzuführen.

(4) Beschliessen die Zollbehörden des Einfuhrlandes, bis zum Eingang des Ergebnisses der Nachprüfung die Präferenzbehandlung für die betreffenden Erzeugnisse nicht zu gewähren, so

können sie dem Einführer vorbehaltlich der für notwendig erachteten Sicherungsmassnahmen die Erzeugnisse freigeben.

(5) Das Ergebnis dieser Prüfung ist den Zollbehörden, welche die Prüfung beantragt haben, so bald wie möglich mitzuteilen. Anhand dieses Ergebnisses muss sich eindeutig feststellen lassen, ob die Nachweise echt sind und ob die Waren als Ursprungserzeugnisse eines EFTA-Staates oder Kroatiens angesehen werden können und die übrigen Voraussetzungen dieses Anhangs erfüllt sind.

(6) Ist bei begründeten Zweifeln nach Ablauf von zehn Monaten nach dem Zeitpunkt des Ersuchens um nachträgliche Prüfung noch keine Antwort erfolgt oder enthält die Antwort keine ausreichenden Angaben, um über die Echtheit des betreffenden Papiers oder den tatsächlichen Ursprung der Erzeugnisse entscheiden zu können, so lehnen die ersuchenden Zollbehörden die Gewährung der Präferenzbehandlung ab, es sei denn, dass aussergewöhnliche Umstände vorliegen.

#### **Art. 34**            Streitbeilegung

Streitigkeiten in Verbindung mit dem Prüfungsverfahren des Artikels 33, die zwischen den Zollbehörden, die eine Prüfung beantragen, und den für die Prüfung zuständigen Zollbehörden entstehen, oder Fragen zur Auslegung dieses Anhangs sind dem Unterausschuss für Zoll- und Ursprungsfragen vorzulegen; dieser legt dem Gemischten Ausschuss einen Bericht mit seinen Schlussfolgerungen vor.

In allen Fällen erfolgt die Beilegung von Streitigkeiten zwischen dem Einführer und den Zollbehörden des Einfuhrlandes gemäss den Rechtsvorschriften des genannten Landes.

#### **Art. 35**            Sanktionen

Sanktionen werden gegen denjenigen angewendet, der ein Schriftstück mit sachlich falschen Angaben anfertigt oder anfertigen lässt, um die Präferenzbehandlung für ein Erzeugnis zu erlangen.

#### **Art. 36**            Freizonen

(1) Die EFTA-Staaten und Kroatien treffen alle erforderlichen Massnahmen, um zu verhindern, dass von einem Ursprungsnachweis begleitete Erzeugnisse, die während ihrer Beförderung zeitweilig in einer Freizone auf ihrem Gebiet verbleiben, dort ausgetauscht oder anderen als den zu ihrer Erhaltung bestimmten üblichen Behandlungen unterzogen werden.

(2) Unbeschadet des Absatzes 1 stellen in Fällen, in denen Ursprungserzeugnisse der EFTA-Staaten oder Kroatiens, die von einem Ursprungsnachweis begleitet sind, in eine Freizone eingeführt und dort einer Behandlung oder Bearbeitung unterzogen werden, die betreffenden Zollbehörden auf Antrag des Ausführers eine neue Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 aus, wenn die Behandlung oder Bearbeitung den Bestimmungen dieses Anhangs entspricht.

### **Titel VII** **Schlussbestimmungen**

#### **Art. 37**            Anhänge

Die Anlagen sind Bestandteil dieses Anhangs.

**Art. 38** Waren im Transit oder im Zollfreilager

Waren, die den Vorschriften des Titels II entsprechen, welche am Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens befördert werden, oder die in einem EFTA-Staat oder in Kroatien vorübergehend gelagert oder sich in einem Zollfreilager oder in einer Freizone befinden, können als Ursprungswaren betrachtet werden, sofern der Einfuhr-Vertragspartei innerhalb vier Monaten vom besagten Tag an gerechnet ein nachträglich ausgestelltter Ursprungsnachweis und jegliche Dokumente, welche Aufschluss über die Transportbedingungen geben, vorgelegt werden.

**Art. 39** Unterausschuss für Zoll- und Ursprungsfragen

(1) Der Unterausschuss für Zoll- und Ursprungsfragen des Gemischten Ausschusses ist hiermit errichtet.

(2) Der Unterausschuss für Zoll- und Ursprungsfragen soll Informationen austauschen, eingetretene Entwicklungen begutachten, Positionen koordinieren und vorbereiten, technische Nachträge zu den Ursprungsregeln erstellen und den Gemischten Ausschuss unterstützen hinsichtlich:

- a) der Ursprungsregeln und der Verwaltungszusammenarbeit wie sie in diesem Anhang ausgeführt ist;
- b) anderen Dingen die dem Unterausschuss vom Gemischten Ausschuss übertragen wurden.

(3) Der Unterausschuss erstattet dem Gemischten Ausschuss Bericht. Der Unterausschuss kann dem Gemischten Ausschuss Empfehlungen abgeben über Angelegenheiten die in Beziehung zu seiner Funktion stehen.

(4) Der Unterausschuss beschliesst einstimmig. Für eine Zeitspanne mit der sich die Beteiligten einverstanden erklärt haben, führt abwechselungsweise ein Vertreter eines EFTA-Staates oder Kroatiens den Vorsitz über den Unterausschuss. Der Vorsitzende wird anlässlich des ersten Treffens des Unterausschusses gewählt.

(5) Der Unterausschuss trifft sich nach Notwendigkeit. Er kann vom Gemischten Ausschuss, vom Vorsitzenden des Unterausschusses, auf eigene Initiative oder auf Antrag einer Vertragspartei einberufen werden. Der Verhandlungsort ist abwechselungsweise in Kroatien oder in einem EFTA-Staat.

(6) Eine vorläufige Traktandenliste wird vom Vorsitzenden für jede Sitzung, nach Konsultation der Vertragsparteien, verfasst und diesen, im Allgemeinen nicht später als zwei Wochen vor dem Treffen zugestellt.

**Art. 40** Nichtpräferenzielle Behandlung

Zum Zwecke der Erfüllung des Artikels 3 dieses Anhangs wird jedes Erzeugnis mit Ursprung in einem EFTA-Staat oder Kroatien bei der Ausfuhr in eine andere Vertragspartei als Erzeugnis ohne Ursprung behandelt, solange die letztgenannte Vertragspartei für derartige Erzeugnisse in Übereinstimmung mit dem Abkommen Drittlandzölle oder andere gleichartige Schutzmassnahmen anwendet.

## **Anhang IV über die gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich**

---

### **Art. 1**            Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Anhangs bezeichnet der Ausdruck

- a) «Waren» die Waren der Kapitel 1 bis 97 des Harmonisierten Systems, unabhängig vom Anwendungsbereich des Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Kroatien;
- b) «Zollrecht» jede von den EFTA-Staaten oder Kroatien erlassene Rechts- oder Verwaltungsvorschrift über die Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr von Waren und deren Überführung in ein Zollverfahren, einschliesslich der Verbote, Beschränkungen und Kontrollen;
- c) «ersuchende Behörde» die von einer Vertragspartei zu diesem Zweck bezeichnete zuständige Verwaltungsbehörde, die ein Amtshilfeersuchen im Zollbereich stellt;
- d) «ersuchte Behörde» die von einer Vertragspartei zu diesem Zweck bezeichnete zuständige Verwaltungsbehörde, an die ein Amtshilfeersuchen im Zollbereich gerichtet wird;
- e) «Zu widerhandlungen gegen das Zollrecht» jede Verletzung des Zollrechts oder jeder Versuch einer solchen Verletzung.

### **Art. 2**            Sachlicher Geltungsbereich

(1) Die Vertragsparteien leisten einander in den unter ihre Zuständigkeit fallenden Bereichen in der Form und unter den Voraussetzungen, die in diesem Anhang vorgesehen sind, Amtshilfe bei der Sicherstellung der ordnungsgemässen Anwendung des Zollrechts, insbesondere bei der Verhütung und der Aufdeckung von Zu widerhandlungen gegen das Zollrecht und bei Ermittlungen im Zollbereich.

(2) Die Amtshilfe im Zollbereich im Sinne dieses Anhangs betrifft alle Verwaltungsbehörden der Vertragsparteien, die für die Anwendung dieses Anhangs zuständig sind. Sie berührt nicht die Vorschriften über die gegenseitige Amtshilfe in Strafsachen. Sie betrifft ferner nicht Informationen, die bei der Ausübung von Befugnissen auf Antrag der Justizbehörden erlangt werden, es sei denn, dass Letztere der Weitergabe dieser Informationen zustimmen.

### **Art. 3**            Amtshilfe auf Ersuchen

(1) Auf Antrag erteilt die ersuchte Behörde der ersuchenden Behörde alle sachdienlichen Auskünfte, die es dieser ermöglichen, die Einhaltung des Zollrechts sicherzustellen, insbesondere Auskünfte über festgestellte oder beabsichtigte Handlungen, die gegen das Zollrecht verstossen oder verstossen könnten.

(2) Auf Antrag teilt die ersuchte Behörde der ersuchenden Behörde mit, ob die aus dem Gebiet einer Vertragspartei ausgeführten Waren ordnungsgemäss in ihr Gebiet eingeführt worden sind, gegebenenfalls unter Angabe des für die Waren geltenden Zollverfahrens.

(3) Auf Antrag der ersuchenden Behörde veranlasst die ersuchte Behörde im Rahmen ihrer Rechtsvorschriften die Überwachung von

- a) natürlichen oder juristischen Personen, bei denen Grund zu der Annahme besteht, dass sie Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht begehen oder begangen haben;
- b) Örtlichkeiten, an denen Warenlager in einer Weise errichtet werden, dass Grund zu der Annahme besteht, dass sie Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht begünstigen sollen;
- c) Warenbewegungen, die den vorliegenden Angaben zufolge möglicherweise Gegenstand von schweren Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht sind;
- d) Beförderungsmitteln, bei denen Grund zu der Annahme besteht, dass sie bei Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht benutzt worden sind, benutzt werden oder benutzt werden könnten.

#### **Art. 4** Amtshilfe ohne vorhergehendes Ersuchen

Die Vertragsparteien leisten einander von sich aus im Einklang mit ihren Rechts- und Verwaltungsvorschriften Amtshilfe, sofern dies ihres Erachtens zur ordnungsgemäßen Anwendung des Zollrechts notwendig ist, insbesondere wenn sie über Erkenntnisse verfügen über

- Handlungen, die gegen das Zollrecht verstossen oder ihres Erachtens gegen das Zollrecht verstossen und die für andere Vertragsparteien von Interesse sein können;
- neue Mittel oder Methoden zur Begehung solcher Handlungen;
- Waren, die bekanntermassen Gegenstand von Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht sind;
- natürliche oder juristische Personen, bei denen Grund zu der Annahme besteht, dass sie Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht begehen oder begangen haben;
- Beförderungsmittel, bei denen Grund zu der Annahme besteht, dass sie für Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht benutzt worden sind, benutzt werden oder benutzt werden könnten.

#### **Art. 5** Zustellung/Bekanntgabe

Auf Antrag der ersuchenden Behörde veranlasst die ersuchte Behörde im Einklang mit den für sie geltenden Vorschriften

- die Zustellung aller Schriftstücke,
- die Bekanntgabe aller Entscheidungen sowie aller anderen für das anhängige Verfahren rechtserheblichen Schriftstücke,

die in den sachlichen Geltungsbereich dieses Anhangs fallen, an einen Adressaten mit Sitz oder Wohnsitz in ihrem Gebiet. Artikel 6 Absatz 3 findet auf den Antrag auf Zustellung oder Bekanntgabe Anwendung.

#### **Art. 6** Form und Inhalt der Amtshilfeersuchen

(1) Amtshilfeersuchen nach diesem Anhang sind schriftlich zu stellen. Dem Ersuchen sind alle Unterlagen beizufügen, die für seine Erledigung erforderlich sind. In dringenden Fällen können mündliche Ersuchen zulässig sein, die jedoch der unverzüglichen schriftlichen Bestätigung bedürfen.

(2) Amtshilfeersuchen nach Absatz 1 müssen folgende Angaben enthalten:

- a) Bezeichnung der ersuchenden Behörde;
- b) Massnahme, um die ersucht wird;
- c) Gegenstand und Grund des Ersuchens;
- d) betroffene Rechts- und Verwaltungsvorschriften;
- e) möglichst genaue und umfassende Angaben über die natürlichen und juristischen Personen, gegen die sich die Ermittlungen richten;
- f) Zusammenfassung des Sachverhalts und der bereits durchgeführten Ermittlungen, ausser in den Fällen des Artikels 5.

(3) Amtshilfeersuchen werden in einer Amtssprache der ersuchten Behörde oder in Englisch oder in einer von der ersuchten Behörde zugelassenen Sprache gestellt.

(4) Entspricht ein Amtshilfeersuchen nicht den Formvorschriften, so kann seine Berichtigung oder Ergänzung beantragt werden; die Anordnung vorsorglicher Massnahmen wird dadurch nicht berührt.

#### **Art. 7** Erledigung von Amtshilfeersuchen

(1) Bei der Erledigung von Amtshilfeersuchen verfährt die ersuchte Behörde im Rahmen ihrer Zuständigkeit und Mittel so, als ob sie in Erfüllung eigener Aufgaben oder auf Ersuchen anderer Behörden der eigenen Vertragspartei handelte; zu diesem Zweck hat sie bei ihr bereits verfügbare Angaben zu liefern oder zweckdienliche Ermittlungen anzustellen beziehungsweise zu veranlassen. Gleiches gilt für die Behörde, die von der ersuchten Behörde mit dem Ersuchen befasst wird, wenn diese nicht alleine tätig werden kann.

(2) Die Erledigung von Amtshilfeersuchen erfolgt im Einklang mit den Rechts- und Verwaltungsvorschriften der ersuchten Vertragspartei.

(3) Ordnungsgemäss bevollmächtigte Beamte der einen Vertragspartei können im Einvernehmen mit der betroffenen Vertragspartei und unter den von dieser festgelegten Voraussetzungen bei der ersuchten Behörde oder einer dieser nachgeordneten Behörde Auskünfte über Handlungen einholen, die gegen das Zollrecht verstossen oder verstossen könnten, welche die ersuchende Behörde zu den in diesem Anhang niedergelegten Zwecken benötigt.

(4) Beamte der einen Vertragspartei können im Einvernehmen mit der betroffenen Vertragspartei und unter den von dieser festgelegten Voraussetzungen bei auf deren Gebiet durchgeführten Ermittlungen zugegen sein.

#### **Art. 8** Form der Auskunftserteilung

(1) Die ersuchte Behörde teilt der ersuchenden Behörde das Ergebnis ihrer Ermittlungen in Form von Schriftstücken, beglaubigten Kopien, Berichten oder dergleichen mit.

(2) Die in Absatz 1 genannten Schriftstücke können durch Angaben ersetzt werden, die mittels Datenverarbeitung in beliebiger Form zum gleichen Zweck erstellt werden.

#### **Art. 9** Ausnahmen von der Verpflichtung zur Amtshilfe

(1) Die Vertragsparteien können Amtshilfe nach Massgabe dieses Anhangs ablehnen, sofern diese

- a) ihre Souveränität, die öffentliche Ordnung, ihre Sicherheit oder andere wesentliche Interessen beeinträchtigen könnte oder
  - b) Steuer- oder Währungsvorschriften ausserhalb des Zollrechts betrifft oder
  - c) ein Betriebs-, Geschäfts- oder Berufsgeheimnis verletzen würde.
- (2) Ersucht eine Behörde um Amtshilfe, die sie selbst im Fall eines Ersuchens nicht leisten könnte, so weist sie in ihrem Ersuchen auf diesen Umstand hin. Die Erledigung eines derartigen Ersuchens steht im Ermessen der ersuchten Behörde.
- (3) Wird die Amtshilfe abgelehnt, so ist diese Entscheidung der ersuchenden Behörde unter Angabe der Gründe unverzüglich mitzuteilen.

**Art. 10**            Datenschutz

- (1) Sämtliche Auskünfte nach Massgabe dieses Anhangs sind vertraulich oder nur für den Dienstgebrauch bestimmt, gleichgültig, in welcher Form sie erteilt werden. Sie unterliegen dem Dienstgeheimnis und geniessen den Schutz der für derartige Auskünfte geltenden Rechtsvorschriften der Vertragspartei, die sie erhalten hat.
- (2) Personenbezogene Daten, d.h. alle Auskünfte, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare Person beziehen, dürfen nur ausgetauscht werden, wenn die empfangende Vertragspartei sich verpflichtet, für einen Schutz dieser Daten zu sorgen, der dem in diesem Fall in der übermittelnden Vertragspartei geltenden Schutz mindestens gleichwertig ist.

**Art. 11**            Verwendung der Auskünfte

- (1) Die erhaltenen Auskünfte dürfen nur für die Zwecke dieses Anhangs verwendet werden. Ersucht eine Vertragspartei darum, solche Auskünfte zu anderen Zwecken zu verwenden, so holt sie vorher die schriftliche Zustimmung der Behörde ein, welche die Auskünfte erteilt hat. Die Verwendung unterliegt dann den von dieser Behörde auferlegten Beschränkungen. In derartigen Fällen können Auskünfte an die für die Bekämpfung des unerlaubten Drogenhandels unmittelbar zuständigen Stellen weitergegeben werden.
- (2) Absatz 1 steht der Verwendung von Auskünften bei Gerichts- oder Verwaltungsverfahren wegen Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht nicht entgegen. Die zuständige Behörde, welche diese Auskünfte erteilt hat, wird von einer derartigen Verwendung unverzüglich unterrichtet.
- (3) Die Vertragsparteien können die nach Massgabe dieses Anhangs erhaltenen Auskünfte und eingesehenen Schriftstücke als Beweismittel in Protokollen, Berichten und für Zeugenvernehmungen sowie in gerichtlichen Verfahren und Ermittlungen verwenden.

**Art. 12**            Sachverständige und Zeugen

Beamten der ersuchten Behörde kann es gestattet werden, nach Massgabe der erteilten Genehmigung in Gerichts- oder Verwaltungsverfahren, die unter diesen Anhang fallende Angelegenheiten betreffen, im Gebiet einer anderen Vertragspartei als Sachverständige oder Zeugen aufzutreten und Gegenstände und Schriftstücke oder beglaubigte Kopien davon vorzulegen, sofern dies für das Verfahren erforderlich ist. In der Ladung ist genau anzugeben, in welcher Angelegenheit und in welcher Eigenschaft oder mit welcher Berechtigung die Beamten befragt werden sollen.



**Art. 13**            Kosten der Amtshilfe

Die Vertragsparteien verzichten auf alle gegenseitigen Ansprüche auf Erstattung der bei der Durchführung dieses Anhangs angefallenen Kosten; hiervon ausgenommen sind gegebenenfalls Vergütungen für Zeugen und Sachverständige sowie für Dolmetscher und Übersetzer, die nicht dem öffentlichen Dienst angehören.

**Art. 14**            Durchführung

(1) Die Durchführung dieses Anhangs wird den Zolldienststellen der Vertragsparteien übertragen. Sie beschliessen alle zu seiner Durchführung notwendigen praktischen Massnahmen und Vereinbarungen und tragen dabei den geltenden Datenschutzbestimmungen Rechnung.

(2) Die Vertragsparteien konsultieren und unterrichten einander über die Einzelheiten der Durchführungsbestimmungen, die sie nach diesem Anhang erlassen. Sie tauschen durch das EFTA-Sekretariat insbesondere die Liste der zuständigen Behörden aus, die ermächtigt sind, im Sinne dieses Anhangs tätig zu werden.

**Art. 15**            Ergänzungscharakter

Dieser Anhang steht der Durchführung etwaiger Amtshilfeabkommen, die zwischen den Vertragsparteien abgeschlossen worden sind oder abgeschlossen werden, nicht entgegen, sondern bildet eine Ergänzung dazu. Auch schliesst er eine im Rahmen solcher Abkommen vereinbarte weiterreichende Amtshilfe nicht aus.

## Vereinbarung

### in Form eines Briefwechsels zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Kroatien über den Handel mit Agrarprodukten

Unterzeichnet in Vaduz am 21. Juni 2001

---

Pascal Couchepin  
Leiter der Schweizer Delegation

Goranko Fižulić  
Leiter der kroatischen Delegation

Vaduz, 21. Juni 2001

Herr Fižulić

Ich beehre mich, Bezug zu nehmen auf die Verhandlungen betreffend die Handelsvereinbarung für landwirtschaftliche Erzeugnisse zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft (im Folgenden Schweiz genannt) und der Republik Kroatien (im Folgenden Kroatien genannt), die im Rahmen der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Kroatien stattgefunden haben und die namentlich die Anwendung von Artikel 2 des Abkommens (Geltungsbereich) zum Ziel haben.

Ich bestätige hiermit die Ergebnisse dieser Verhandlungen wie folgt:

- I. Zollkonzessionen der Schweiz gegenüber Kroatien gemäss den in Anhang I zu diesem Schreiben angeführten Bedingungen;
- II. Zollkonzessionen Kroatiens gegenüber der Schweiz gemäss den in Anhang II zu diesem Schreiben angeführten Bedingungen;
- III. Zum Zwecke der Anwendung von Anhang I und II legt Anhang III dieses Schreibens die Ursprungsregeln und die Methoden der administrativen Zusammenarbeit fest;
- IV. Die Anhänge I bis III bilden einen integrierenden Bestandteil dieser Vereinbarung.

Ferner werden die Schweiz und Kroatien alle Schwierigkeiten prüfen, welche in ihrem gegenseitigen Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen auftreten könnten, und sich bemühen, geeignete Lösungen zu finden. Die Vertragsparteien werden innerhalb des Rahmens ihrer jeweiligen Landwirtschaftspolitik und ihrer internationalen Verpflichtungen ihre Anstrengungen für eine schrittweise Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen fortsetzen.

<sup>1</sup> Übersetzung des englischen Originaltextes.

Die vorliegende Vereinbarung findet auch auf das Fürstentum Liechtenstein Anwendung, solange dieser Staat durch den Zollunionsvertrag vom 29. März 1923 mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft verbunden ist.

Diese Vereinbarung wird von den Vertragsparteien gemäss ihren eigenen Verfahren genehmigt. Sie tritt zum gleichen Zeitpunkt in Kraft oder wird zum gleichen Zeitpunkt provisorisch angewandt wie das Abkommen zwischen den EFTA-Staaten und Kroatien.

Diese Vereinbarung bleibt so lange in Kraft wie das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Kroatien.

Eine Kündigung des Freihandelsabkommens durch Kroatien oder durch die Schweiz wird auch diese Vereinbarung beenden; diese wird zum gleichen Zeitpunkt hinfällig werden wie das Freihandelsabkommen.

Ich wäre Ihnen verbunden, wenn Sie bestätigen wollten, dass Kroatien dem Inhalt dieses Briefes zustimmt.

Genehmigen Sie, Herr Fižulić, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Für die  
Schweizerische  
Eidgenossenschaft:  
Pascal Couchepin

Herr Goranko Fižulić  
Leiterin der kroatischen Delegation

Herr Pascal Couchepin  
Leiter der Schweizer Delegation

Vaduz, 21. Juni 2001

Herr Couchepin

Ich beehre mich, Ihnen den Empfang Ihres heutigen Schreibens folgenden Wortlauts zu bestätigen:

«Ich beehre mich, Bezug zu nehmen auf die Verhandlungen betreffend die Handelsvereinbarung für landwirtschaftliche Erzeugnisse zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft (im Folgenden Schweiz genannt) und der Republik Kroatien (im Folgenden Kroatien genannt), die im Rahmen der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Kroatien stattgefunden haben und die namentlich die Anwendung von Artikel 2 des Abkommens (Geltungsbereich) zum Ziel haben.

Ich bestätige hiermit die Ergebnisse dieser Verhandlungen wie folgt:

- I. Zollkonzessionen der Schweiz gegenüber Kroatien gemäss den in Anhang I zu diesem Schreiben angeführten Bedingungen;
- II. Zollkonzessionen Kroatiens gegenüber der Schweiz gemäss den in Anhang II zu diesem Schreiben angeführten Bedingungen;
- III. Zum Zwecke der Anwendung von Anhang I und II legt Anhang III dieses Schreibens die Ursprungsregeln und die Methoden der administrativen Zusammenarbeit fest;
- IV. Die Anhänge I bis III bilden einen integrierenden Bestandteil dieser Vereinbarung.

Ferner werden die Schweiz und Kroatien alle Schwierigkeiten prüfen, welche in ihrem gegenseitigen Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen auftreten könnten, und sich bemühen, geeignete Lösungen zu finden. Die Vertragsparteien werden innerhalb des Rahmens ihrer jeweiligen Landwirtschaftspolitik und ihrer internationalen Verpflichtungen ihre Anstrengungen für eine schrittweise Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen fortsetzen.

Die vorliegende Vereinbarung findet auch auf das Fürstentum Liechtenstein Anwendung, solange dieser Staat durch den Zollunionsvertrag vom 29. März 1923 mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft verbunden ist.

Diese Vereinbarung wird von den Vertragsparteien gemäss ihren eigenen Verfahren genehmigt. Sie tritt zum gleichen Zeitpunkt in Kraft oder wird zum gleichen

Zeitpunkt provisorisch angewandt wie das Abkommen zwischen den EFTA-Staaten und Kroatien.

Diese Vereinbarung bleibt so lange in Kraft wie das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Kroatien.

Eine Kündigung des Freihandelsabkommens durch Kroatien oder durch die Schweiz wird auch diese Vereinbarung beenden; diese wird zum gleichen Zeitpunkt hinfällig werden wie das Freihandelsabkommen.

Ich wäre Ihnen verbunden, wenn Sie bestätigen wollten, dass Kroatien dem Inhalt dieses Briefes zustimmt."

Ich beehre mich zu bestätigen, dass die Regierung der Republik Kroatiens dem Inhalt dieses Briefes zustimmt.

Genehmigen Sie, Herr Couchepin, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Für die  
Republik Kroatien:  
Goranko Fižulić

# **Zollkonzessionen, welche die Schweizerische Eidgenossenschaft der Republik Kroatien gewährt**

Mit dem Inkrafttreten des Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Kroatien wird die Schweiz<sup>2</sup> Kroatien folgende Zollkonzessionen auf Ursprungserzeugnissen Kroatiens gewähren.

Tarif-Nr.	Bezeichnung der Ware	Präferenz-Zollansatz	
		anwendbarer	Normaltarif minus
		Fr./100 kg brutto	
1	2	3	4
<b>0406.</b>	<b>Käse und Quark:</b>		
	- Frischkäse (ungereift), einschliesslich Molkenkäse, und Quark:		
10 10	- - Mascarpone, Ricotta Romana	20.50	
10 20	- - Mozzarella		8.--
10 90	- - andere		10.--
	- Käse aller Art, gerieben oder in Pulverform:		
20 10	- - Halbhartkäse		16.--
20 90	- - andere		16.--
	- Schmelzkäse, weder gerieben noch in Pulverform:		
30 90	- - andere		16.--
<b>0409.</b>	<b>Natürlicher Honig:</b>		
ex00 00	- von Akazien	8.--	
ex00 00	- anderer als von Akazien	26.--	
<b>0701.</b>	<b>Kartoffeln, frisch oder gekühlt:</b>		
	- andere:		
90 10	- - innerhalb des Zollkontingents (K-Nr. 14)* eingeführt	4.--	
<b>0702.</b>	<b>Tomaten, frisch oder gekühlt:</b>		
	- Cherry-Tomaten (Kirschentomaten):		
00 10	- - vom 21. Oktober bis 30. April	frei	
	- Peretti-Tomaten (längliche Form):		
00 20	- - vom 21. Oktober bis 30. April	frei	
	- andere Tomaten, mit einem Durchmesser von 80 mm und mehr (sog. Fleischtomaten):		
00 30	- - vom 21. Oktober bis 30. April	frei	
	- andere:		
00 90	- - vom 21. Oktober bis 30. April	frei	
<b>0703.</b>	<b>Speisezwiebeln, Schalotten, Knoblauch, Lauch und andere Gemüse der Allium-Arten, frisch oder gekühlt:</b>		
	- Speisezwiebeln und Schalotten:		
	- - Setzzwiebeln:		

<sup>2</sup> Die Zollkonzessionen werden auch auf Einfuhren aus Kroatien nach Liechtenstein gewährt, solange der Zollunionsvertrag vom 29. März 1923 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein in Kraft bleibt.

Tarif-Nr.	Bezeichnung der Ware	Präferenz-Zollansatz	
		anwendbarer	Normaltarif minus
		Fr./100 kg brutto	
1	2	3	4
10 11	--- vom 1. Mai bis 30. Juni	frei	
	--- vom 1. Juli bis 30. April:		
10 13	---- innerhalb des Zollkontingents (K-Nr. 15)* eingeführt	frei	
	-- andere Speisezwiebeln und Schalotten:		
	--- weisse Speisezwiebeln, mit grünem Rohr (Cipollote):		
10 20	---- vom 31. Oktober bis 31. März	frei	
	---- vom 1. April bis 30. Oktober:		
10 21	---- innerhalb des Zollkontingents (K-Nr. 15)* eingeführt	frei	
	--- weisse, flache Speisezwiebeln, mit einem Durchmesser von 35 mm oder weniger:		
10 30	---- vom 31. Oktober bis 31. März	frei	
	---- vom 1. April bis 30. Oktober:		
10 31	---- innerhalb des Zollkontingents (K-Nr. 15)* eingeführt	frei	
	--- Wildzwiebeln (Lampagioni):		
10 40	---- vom 16. Mai bis 29. Mai	frei	
	---- vom 30. Mai bis 15. Mai:		
10 41	---- innerhalb des Zollkontingents (K-Nr. 15)* eingeführt	frei	
	--- Speisezwiebeln mit einem Durchmesser von 70 mm oder mehr:		
10 50	---- vom 16. Mai bis 29. Mai	frei	
	---- vom 30. Mai bis 15. Mai:		
10 51	---- innerhalb des Zollkontingents (K-Nr. 15)* eingeführt	frei	
	--- Speisezwiebeln mit einem Durchmesser von weniger als 70 mm, rote und weisse Sorten, andere als solche der Nm. 0703.1030/1039:		
10 60	---- vom 16. Mai bis 29. Mai	frei	
	---- vom 30. Mai bis 15. Mai:		
10 61	---- innerhalb des Zollkontingents (K-Nr. 15)* eingeführt	frei	
	--- andere Speisezwiebeln:		
10 70	---- vom 16. Mai bis 29. Mai	frei	
	---- vom 30. Mai bis 15. Mai:		
10 71	---- innerhalb des Zollkontingents (K-Nr. 15)* eingeführt	frei	
10 80	--- Schalotten	frei	
	- Lauch und andere Gemüse der Allium-Arten:		
	-- langschaftiger Lauch (höchstens $\frac{1}{6}$ der Schaft- länge grün, wenn geschnitten nur weiss), zum Abpacken in Verkaufsschalen:		
90 10	--- vom 16. Februar bis Ende Februar	5.--	
	--- vom 1. März bis 15. Februar:		
90 11	---- innerhalb des Zollkontingents (K-Nr. 15)* eingeführt	5.--	
	-- anderer Lauch:		

Tarif-Nr.	Bezeichnung der Ware	Präferenz-Zollansatz	
		anwendbarer	Normaltarif minus
		Fr./100 kg brutto	
1	2	3	4
90 20	--- vom 16. Februar bis Ende Februar	5.--	
	--- vom 1. März bis 15. Februar:		
90 21	---- innerhalb des Zollkontingents (K-Nr. 15)* eingeführt	5.--	
90 90	-- andere	3.50	
<b>0704.</b>	<b>Kohl, Blumenkohl, Wirsingkohl, Kohlrabi und ähnliche essbare Kohlarten der Gattung Brassica, frisch oder gekühlt:</b>		
	- Blumenkohl, einschliesslich Winterblumenkohl:		
	- - Cimone:		
10 10	--- vom 1. Dezember bis 30. April	frei	
	--- vom 1. Mai bis 30. November:		
10 11	---- innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)* -- Romanesco:	frei	
10 20	--- vom 1. Dezember bis 30. April	frei	
	--- vom 1. Mai bis 30. November:		
10 21	---- innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)* -- andere:	frei	
10 90	--- vom 1. Dezember bis 30. April	frei	
	--- vom 1. Mai bis 30. November:		
10 91	---- innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)* - Rosenkohl:	frei	
20 10	-- vom 1. Februar bis 31. August	5.--	
	-- vom 1. September bis 31. Januar:		
20 11	--- innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)* - andere:	5.--	
	- - Rotkohl:		
90 11	--- vom 16. Mai bis 29. Mai	frei	
	--- vom 30. Mai bis 15. Mai:		
90 18	---- innerhalb des Zollkontingents (K-Nr. 15)* eingeführt	frei	
	- - Weisskohl:		
90 20	--- vom 2. Mai bis 14. Mai	frei	
	--- vom 15. Mai bis 1. Mai:		
90 21	---- innerhalb des Zollkontingents (K-Nr. 15)* eingeführt	frei	
	- - Spitzkabis:		
90 30	--- vom 16. März bis 31. März	frei	
	--- vom 1. April bis 15. März:		
90 31	---- innerhalb des Zollkontingents (K-Nr. 15)* eingeführt	frei	
	- - Wirsing:		
90 40	--- vom 11. Mai bis 24. Mai	frei	
	--- vom 25. Mai bis 10. Mai:		
90 41	---- innerhalb des Zollkontingents (K-Nr. 15)* eingeführt	frei	
	- - Chinakohl:		
90 60	--- vom 2. März bis 9. April	5.--	
	--- vom 10. April bis 1. März:		



Tarif-Nr.	Bezeichnung der Ware	Präferenz-Zollansatz	
		anwendbarer	Normaltarif minus
		Fr./100 kg brutto	
1	2	3	4
	90 61 - - - - innerhalb des Zollkontingents (K-Nr. 15)* eingeführt	5.--	
	90 90 - - - - andere	5.--	
<b>0705.</b>	<b>Salate (<i>Lactuca sativa</i>) und Zichorien (<i>Cichorium</i> <i>spp.</i>), frisch oder gekühlt:</b>		
	- Salate:		
	- - Kopfsalat:		
	- - - Eisbergsalat ohne Umblatt:		
11 11	- - - - vom 1. Januar bis Ende Februar	3.50	
	- - - - vom 1. März bis 31. Dezember:		
11 18	- - - - innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	3.50	
	- - - Batavia und andere Eisbergsalate:		
11 20	- - - - vom 1. Januar bis Ende Februar	3.50	
	- - - - vom 1. März bis 31. Dezember:		
11 21	- - - - innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	3.50	
	- - - anderer:		
11 91	- - - - vom 11. Dezember bis Ende Februar	5.--	
	- - - - vom 1. März bis 10. Dezember:		
11 98	- - - - innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.--	
	- - - andere:		
	- - - Lattich:		
19 10	- - - - vom 21. Dezember bis Ende Februar	5.--	
	- - - - vom 1. März bis 20. Dezember:		
19 11	- - - - innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.--	
	- - - Lattughino:		
	- - - - Eichenlaubsalat:		
19 20	- - - - vom 21. Dezember bis Ende Februar	5.--	
	- - - - vom 1. März bis 20. Dezember:		
19 21	- - - - innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.--	
	- - - - Lollo, rot:		
19 30	- - - - vom 21. Dezember bis Ende Februar	5.--	
	- - - - vom 1. März bis 20. Dezember:		
19 31	- - - - innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.--	
	- - - - anderer Lollo:		
19 40	- - - - vom 21. Dezember bis Ende Februar	5.--	
	- - - - vom 1. März bis 20. Dezember:		
19 41	- - - - innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.--	
	- - - - anderer:		
19 50	- - - - vom 21. Dezember bis Ende Februar	5.--	
	- - - - vom 1. März bis 20. Dezember:		
19 51	- - - - innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.--	
	- - - andere:		
19 90	- - - - vom 21. Dezember bis 14. Februar	5.--	
	- - - - vom 15. Februar bis 20. Dezember:		
19 91	- - - - innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.--	
	- Zichorien:		
	- - Witloof-Zichorie ( <i>Cichorium intybus</i> var. <i>foliosum</i> ):		
21 10	- - - vom 21. Mai bis 30. September	3.50	
	- - - vom 1. Oktober bis 20. Mai:		

Tarif-Nr.	Bezeichnung der Ware	Präferenz-Zollansatz	
		anwendbarer	Normaltarif minus
		Fr./100 kg brutto	
1	2	3	4
	21 11 - - - - innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	3.50	
<b>0707.</b>	<b>Gurken und Cornichons, frisch oder gekühlt:</b>		
	- Gurken:		
	- - Salatgurken:		
00 10	- - - vom 21. Oktober bis 14. April	5.--	
	- - - vom 15. April bis 20. Oktober:		
00 11	- - - - innerhalb des Zollkontingents (K-Nr. 15)* eingeführt	5.--	
	- - Nostrano oder Slicer-Gurken:		
00 20	- - - vom 21. Oktober bis 14. April	5.--	
	- - - vom 15. April bis 20. Oktober:		
00 21	- - - - innerhalb des Zollkontingents (K-Nr. 15)* eingeführt	5.--	
	- - Einmachgurken mit einer Länge von mehr als 6 cm, jedoch nicht mehr als 12 cm:		
00 30	- - - vom 21. Oktober bis 14. April	5.--	
	- - - vom 15. April bis 20. Oktober:		
00 31	- - - - innerhalb des Zollkontingents (K-Nr. 15)* eingeführt	5.--	
	- - andere Gurken:		
00 40	- - - vom 21. Oktober bis 14. April	5.--	
	- - - vom 15. April bis 20. Oktober:		
00 41	- - - - innerhalb des Zollkontingents (K-Nr. 15)* eingeführt:	5.--	
00 50	- Cornichons		5.--
<b>0709.</b>	<b>Andere Gemüse, frisch oder gekühlt:</b>		
	- Artischocken:		
10 10	- - vom 1. November bis 31. Mai	frei	
	- - vom 1. Juni bis 31. Oktober:		
10 11	- - - innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.--	
	- Spargeln:		
	- - Grünspargeeln:		
20 10	- - - vom 16. Juni bis 30. April	frei	
	- - - vom 1. Mai bis 15. Juni:		
20 11	- - - - innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	frei	
20 90	- - andere	3.50	
	- Auberginen:		
30 10	- - vom 16. Oktober bis 31. Mai	frei	
	- - vom 1. Juni bis 15. Oktober:		
30 11	- - - innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)* - Sellerie, ausgenommen Knollensellerie:	5.--	
	- - grüner Stangensellerie:		
40 10	- - - vom 1. Januar bis 30. April	5.--	
	- - - vom 1. Mai bis 31. Dezember:		
40 11	- - - - innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)* - gebleichter Stangensellerie:	5.--	
40 20	- - - vom 1. Januar bis 30. April	5.--	
	- - - vom 1. Mai bis 31. Dezember:		
40 21	- - - - innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.--	

Tarif-Nr.	Bezeichnung der Ware	Präferenz-Zollansatz	
		anwendbarer	Normaltarif minus
		Fr./100 kg brutto	
1	2	3	4
	-- anderer:		
40 90	--- vom 1. Januar bis 14. Januar	5.--	
	--- vom 15. Januar bis 31. Dezember:		
40 91	---- innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.--	
	- essbare Pilze und Trüffeln:		
51 00	-- essbare Pilze	frei	
52 00	-- Trüffeln	frei	
	- Früchte der Gattungen Capsicum oder Pimenta:		
	-- Peperoni:		
60 11	--- vom 1. November bis 31. März	frei	
60 12	--- vom 1. April bis 31. Oktober	5.--	
60 90	-- andere	frei	
	- Spinat, Neuseelandspinat (Tetragonia) und Gartenmelde:		
	-- Spinat, Neuseelandspinat (Tetragonia):		
70 10	--- vom 16. Dezember bis 14. Februar	5.--	
	--- vom 15. Februar bis 15. Dezember:		
70 11	---- innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.--	
70 90	-- andere	3.50	
	- andere:		
	-- Petersilie:		
90 40	--- vom 1. Januar bis 14. März	5.--	
	--- vom 15. März bis 31. Dezember:		
90 41	---- innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.--	
	-- Zucchetti (einschliesslich Zucchettiblüten):		
90 50	--- vom 31. Oktober bis 19. April	5.--	
	--- vom 20. April bis 30. Oktober:		
90 51	---- innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 15)*	5.--	
90 80	-- Kresse, Löwenzahn	3.50	
	-- andere:		
90 99	--- andere	3.50	
<b>0804.</b>	<b>Datteln, Feigen, Ananas, Avocadobirnen, Guaven, Mangofrüchte und Mangostanen, frisch oder getrocknet:</b>		
	- Feigen:		
20 10	-- frisch	frei	
20 20	-- getrocknet	frei	
<b>0805.</b>	<b>Zitrusfrüchte, frisch oder getrocknet:</b>		
20 00	- Mandarinen (einschliesslich Tangerinen und Satsumas); Clementinen, Wilkings und ähnliche Kreuzungen von Zitrusfrüchten	2.--	
<b>0808.</b>	<b>Äpfel, Birnen und Quitten, frisch:</b>		
	- Äpfel:		
	-- zu Most- und Brennzwecken:		
10 11	--- innerhalb des Zollkontingents (K-Nr. 20)* eingeführt	frei	
	-- andere Äpfel:		
	--- in offener Packung:		
10 21	---- vom 15. Juni bis 14. Juli	frei	

Tarif-Nr.	Bezeichnung der Ware	Präferenz-Zollansatz	
		anwendbarer	Normaltarif minus
		Fr./100 kg brutto	
1	2	3	4
	---- vom 15. Juli bis 14. Juni: 10 22 ----- innerhalb des Zollkontingents (K-Nr. 17)* eingeführt	frei	
	--- in anderer Packung: 10 31 vom 15. Juni bis 14. Juli	2.50	
	---- vom 15. Juli bis 14. Juni: 10 32 ----- innerhalb des Zollkontingents (K-Nr. 17)* eingeführt	2.50	
	- Birnen und Quitten: -- zu Most- und Brennzwecken: 20 11 --- innerhalb des Zollkontingents (K-Nr. 20)* eingeführt	frei	
	-- andere Birnen und Quitten: --- in offener Packung: 20 21 ---- vom 1. April bis 30. Juni	frei	
	---- vom 1. Juli bis 31. März: 20 22 ----- innerhalb des Zollkontingents (K-Nr. 17)* eingeführt	frei	
	--- in anderer Packung: 20 31 ---- vom 1. April bis 30. Juni	2.50	
	---- vom 1. Juli bis 31. März: 20 32 ----- innerhalb des Zollkontingents (K-Nr. 17)* eingeführt	2.50	
<b>0810.</b>	<b>Andere Früchte, frisch:</b>		
	50 00 - Kiwi	frei	
<b>1107.</b>	<b>Malz, auch geröstet:</b>		
	- nicht geröstet:		
	-- anderes:		
	--- zur menschlichen Ernährung:		
	10 92 ---- Malzmehl von Brotgetreide	5.--	
	10 93 ---- anderes	5.--	
	--- anderes:		
	10 99 ---- anderes	5.--	
<b>1209.</b>	<b>Samen, Früchte und Sporen, zur Aussaat:</b>		
	- Samen von Rüben:		
	-- Samen von Zuckerrüben:		
	11 90 --- andere	frei	
	- Samen von Futterpflanzen, ausgenommen Samen von Rüben:		
	21 00 -- von Luzerne	frei	
	22 00 -- von Klee (Trifolium spp.)	frei	
	23 00 -- von Schwingel	frei	
	24 00 -- von Wiesenrispengras (Poa pratensis L.)	frei	
	25 00 -- von Weidelgras (Lolium multiflorum Lam., Lolium perenne L.)	frei	
	26 00 -- von Wiesenlieschgras	frei	
	-- andere:	frei	
	--- von Wicken und Lupinen:		
	29 19 ---- andere	frei	

Tarif-Nr.	Bezeichnung der Ware	Präferenz-Zollansatz	
		anwendbarer	Normaltarif minus
		Fr./100 kg brutto	
1	2	3	4
	29 80 - - - von Knaulgras, Goldhafer, Fromental, Trespe und anderen Grassamen		frei
	29 90 - - - andere		frei
	- andere:		
	91 00 - - Samen von Gemüsen		frei
	- - andere:		
	- - - andere:		
	99 99 - - - - andere		frei
<b>1211.</b>	<b>Pflanzen, Pflanzenteile, Samen und Früchte der hauptsächlich zur Riechmittelherstellung oder zu Zwecken der Medizin, Insektenvertilgung, Schädlingsbekämpfung oder dergleichen verwendeten Arten, frisch oder getrocknet, auch zerschnitten, zerstoßen oder in Pulverform:</b>		
	- Süßholzwurzeln:		
	10 90 - - andere		frei
	- Ginsengwurzeln:		
	20 90 - - andere		frei
	- andere:		
	90 10 - - ganz, unverarbeitet		frei
	90 90 - - andere		frei
<b>1212.</b>	<b>Johannisbrot, Algen, Zuckerrüben und Zuckerrohr, frisch, gekühlt, gefroren oder getrocknet, auch in Pulverform; Fruchtkerne und Fruchtsteine und andere pflanzliche Waren (einschliesslich Zichorienwurzeln der Varietät Cichorium intybus sativum, nicht geröstet), der hauptsächlich zur menschlichen Ernährung dienenden Art, anderweit weder genannt noch inbegriffen:</b>		
	- Johannisbrot, einschliesslich Johannisbrotkerne:		
	10 10 - - Johannisbrotkerne		frei
	- - andere:		
	10 99 - - - andere		frei
	- Algen:		
	20 90 - - andere		frei
	30 00 - Steine und Kerne von Aprikosen, Pfirsichen oder Pflaumen		frei
	- andere:		
	- - Zuckerrüben:		
	91 90 - - - andere		frei
	- - andere:		
	- - - andere:		
	99 99 - - - - andere		frei
<b>1404.</b>	<b>Pflanzliche Erzeugnisse, anderweit weder genannt noch inbegriffen:</b>		
	- Baumwoll-Linters:		
	20 10 - - roh		frei
	20 90 - - andere		frei

Tarif-Nr.	Bezeichnung der Ware	Präferenz-Zollansatz	
		anwendbarer	Normaltarif minus
		Fr./100 kg brutto	
1	2	3	4
<b>1509.</b>	<b>Olivenöl und seine Fraktionen, auch raffiniert, aber nicht chemisch modifiziert:</b>		
	- nicht behandelt:		
10 10	- - zu Futterzwecken		5.50
	- - andere:		
10 91	- - - in Behältnissen aus Glas, mit einem Fassungsvermögen von nicht mehr als 2 l		5.50
10 99	- - - andere		5.50
	- andere:		
90 10	- - zu Futterzwecken		5.50
	- - andere:		
90 91	- - - in Behältnissen aus Glas, mit einem Fassungsvermögen von nicht mehr als 2 l		5.50
90 99	- - - andere		5.50
<b>1516.</b>	<b>Tierische oder pflanzliche Fette und Öle und ihre Fraktionen, ganz oder teilweise hydriert, umgeestert, wiederverestert oder elaidiniert, auch raffiniert, jedoch nicht anders zubereitet:</b>		
	- tierische Fette und Öle und ihre Fraktionen:		
ex20 00	- - hydriertes Rizinusöl, sog. „Opal-Wachs“	frei	
<b>1518.</b>	<b>Tierische oder pflanzliche Fette und Öle und ihre Fraktionen, gekocht, oxidiert, dehydratisiert, geschwefelt, geblasen, durch Hitze im Vakuum oder in inertem Gas polymerisiert oder anders chemisch modifiziert, ausgenommen solche der Nr. 1516; nicht geniessbare Mischungen oder Zubereitungen von tierischen oder pflanzlichen Fetten oder Ölen oder von Fraktionen verschiedener Fette oder Öle dieses Kapitels, anderweit weder genannt noch inbegriffen:</b>		
ex00 00	- Linosyn	frei	
<b>1601.</b>	<b>Würste und ähnliche Erzeugnisse, aus Fleisch, Schlachtnebenprodukten oder Blut; Nahrungsmittelzubereitungen auf der Grundlage dieser Erzeugnisse:</b>		
	- andere:		
	- - von den in den Nm. 0101 - 0104 genannten Tieren, ausgenommen von Wildschweinen:		
00 21	- - - innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 6)* eingeführt		15.--
	- - von Geflügel der Nr. 0105:		
00 31	- - - innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 6)* eingeführt		15.--
00 49	- - andere		15.--
<b>1602.</b>	<b>Andere Zubereitungen und Konserven aus Fleisch, Schlachtnebenprodukten oder Blut:</b>		
	- homogenisierte Zubereitungen:		

Tarif-Nr.	Bezeichnung der Ware	Präferenz-Zollansatz	
		anwendbarer	Normaltarif minus
		Fr./100 kg brutto	
1	2	3	4
	10 10 - - innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 5)* eingeführt - aus Lebern aller Tierarten:	42.50	
	20 10 - - auf der Grundlage von Gänseleber - von Geflügel der Nr. 0105: - - von Truthühnern:	frei	
	31 10 - - - innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 6)* eingeführt - - andere:	25.--	
	39 10 - - - innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 6)* eingeführt - von Schweinen: - - Schinken und Stücke davon: - - - Dosenschinken:	25.--	
	41 11 - - - - innerhalb des Zollkontingents (K - Nr. 6)* eingeführt	52.--	
<b>1701.</b>	<b>Rohrzucker oder Rübenzucker und chemisch reine Saccharose, fest:</b> - Rohzucker ohne Zusatz von Aroma- oder Farbstoffen:		
	12 00 - - Rübenzucker - andere: - - andere:		22.--
	99 99 - - - andere		22.--
<b>2001.</b>	<b>Gemüse, Früchte und andere geniessbare Pflanzen- teile, mit Essig oder Essigsäure zubereitet oder haltbar gemacht:</b> - andere: - - Gemüse und andere geniessbare Pflanzenteile:		
	90 90 - - - andere	frei	
<b>2004.</b>	<b>Andere Gemüse, in anderer Weise als mit Essig oder Essigsäure zubereitet oder haltbar gemacht, gefroren, andere Erzeugnisse als der Nr. 2006:</b> - andere Gemüse und Gemüsemischungen: - - in Behältnissen von mehr als 5 kg:		
	90 11 - - - Spargeln	20.60	
	90 12 - - - Oliven	frei	
	90 18 - - - andere Gemüse - - - Gemüsemischungen:	32.50	
	90 39 - - - - andere Mischungen - - in Behältnissen von nicht mehr als 5 kg:	32.50	
	90 41 - - - Spargeln	11.--	
	90 42 - - - Oliven	frei	
	90 49 - - - andere Gemüse - - - Gemüsemischungen:	45.50	
	90 69 - - - - andere Mischungen	45.50	

Tarif-Nr.	Bezeichnung der Ware	Präferenz-Zollansatz	
		anwendbarer	Normaltarif minus
		Fr./100 kg brutto	
1	2	3	4
<b>2005.</b>	<b>Andere Gemüse, in anderer Weise als mit Essig oder Essigsäure zubereitet oder haltbar gemacht, nicht gefroren, andere Erzeugnisse als der Nr. 2006:</b>		
70 10	- - in Behältnissen von mehr als 5 kg	frei	
70 90	- - andere	frei	
	- - andere, in Behältnissen von mehr als 5 kg:		
90 11	- - - andere Gemüse	17.50	
	- - - Gemüsemischungen:		
90 39	- - - - andere Mischungen	17.50	
	- - andere, in Behältnissen von nicht mehr als 5 kg:		
90 40	- - - andere Gemüse	24.50	
	- - - Gemüsemischungen:		
90 69	- - - - andere Mischungen	24.50	
<b>2102.</b>	<b>Hefen (lebend oder nichtlebend); andere nichtlebende einzellige Mikroorganismen (ausgenommen Vaccine der Nr. 3002); zubereitete Backtriebmittel in Pulverform:</b>		
	- lebende Hefen:		
	- - andere:		
10 91	- - - zu Futterzwecken		10.--
10 99	- - - andere	frei	
<b>2103.</b>	<b>Zubereitungen zum Herstellen von Gewürzsaucen und zubereitete Gewürzsaucen; zusammengesetzte Würzmittel; Senfmehl, auch zubereitet und Senf:</b>		
10 00	- Sojasauce	frei	
20 00	- Tomaten-Ketchup und andere Tomatensaucen	frei	
	- Senfmehl, auch zubereitet und Senf:		
30 11	- - Senfmehl, auch zubereitet, zu Futterzwecken		5.--
	- - andere:		
30 18	- - - Senfmehl, unvermischt	frei	
30 19	- - - andere	frei	
90 00	- andere	frei	
<b>2104.</b>	<b>Zubereitungen zum Herstellen von Suppen oder Brühen; Suppen oder Brühen, zubereitet; zusammengesetzte homogenisierte Nahrungsmittelzubereitungen:</b>		
10 00	- Zubereitungen zum Herstellen von Suppen oder Brühen; Suppen oder Brühen, zubereitet	frei	
<b>2204.</b>	<b>Wein aus frischen Weintrauben, einschliesslich mit Alkohol angereicherter Wein; Traubenmost, anderer als solcher der Nr. 2009:</b>		
10 00	- Schaumwein	65.--	
	- anderer Wein:		
	- - in Behältnissen mit einem Fassungsvermögen von nicht mehr als 2 l:		
21 50	- - - Süssweine, Weinspezialitäten und Mistellen	7.50	
	- - andere:		



Tarif-Nr.	Bezeichnung der Ware	Präferenz-Zollansatz	
		anwendbarer	Normaltarif minus
		Fr./100 kg brutto	
1	2	3	4
	29 50 - - - Süssweine, Weinspezialitäten und Mistellen	7.50	
<b>2207.</b>	<b>Ethylalkohol, nicht denaturiert, mit einem Alkoholgehalt von 80 % Vol oder mehr; Ethylalkohol und Branntwein, denaturiert, mit beliebigem Alkoholgehalt:</b>		
	10 00 - Ethylalkohol, nicht denaturiert, mit einem Alkoholgehalt von 80 % Vol oder mehr	frei	
	20 00 - Ethylalkohol und Branntwein, denaturiert, mit beliebigem Alkoholgehalt	frei	
<b>2208.</b>	<b>Ethylalkohol, nicht denaturiert, mit einem Alkoholgehalt von weniger als 80 % Vol; Branntwein, Likör und andere Spirituosen:</b>		
	- Wodka:		
	60 10 - - in Behältnissen mit einem Fassungsvermögen von mehr als 2 l	frei	
	60 20 - - in Behältnissen mit einem Fassungsvermögen von nicht mehr als 2 l	frei	
	70 00 - Liköre	45.--	
	- andere:		
	90 10 - - Ethylalkohol, nicht denaturiert, mit einem Alkoholgehalt von weniger als 80 % Vol - - Branntweine in Behältnissen mit einem Fassungsvermögen von:	frei	
	90 21 - - - mehr als 2 l	22.--	
	90 22 - - - nicht mehr als 2 l	30.--	
	- - andere:		
	90 99 - - - andere	45.--	

#### Erläuterungen zum Anhang I

Im Falle von Meinungsverschiedenheiten, die Warenbezeichnung in Kolonne 2 betreffend, geht das Schweizerische Zolltarifgesetz vor.

Der Hinweis (\*) in Kolonne 2 bedeutet, dass die Präferenz-Zollansätze in Kolonne 3 und 4 für Einfuhren im Rahmen der in der WTO vereinbarten Erga-omnes-Zollkontingente zur Anwendung kommen.

### **Zollkonzessionen, welche die Republik Kroatien der Schweizerischen Eidgenossenschaft gewährt**

Mit dem Inkrafttreten des Freihandelsabkommens zwischen Kroatien und den  
EFTA-Staaten wird Kroatien der Schweiz<sup>3</sup> folgende Zollkonzessionen auf  
Ursprungserzeugnissen der Schweiz gewähren.

Tarifnummer	Bezeichnung der Ware	Präferenz- Zollansatz	Zollkontingent
0101.1	Pferde, lebend	frei	unbeschränkt
0102	Tiere der Rindviehgattung, lebend		
0102.10	Lebende Tiere der Rindviehgattung, rein- rassige Zuchttiere	frei	unbeschränkt
0103	Lebende Tiere der Schweinegattung		
0103.10	Lebende Tiere der Schweinegattung, rein- rassige Zuchttiere	frei	unbeschränkt
0104.	Tiere der Schaf- oder Ziege gattung, lebend		
0104.10	- Schafe		
0104.101	- - - Zuchttiere	frei	unbeschränkt
0104.20	- Ziegen		
0104.201	- - - Zuchttiere	frei	unbeschränkt
0402	Milch und Rahm, eingedickt oder mit Zusatz von Zucker oder anderen Süsstoffen	frei	50 000 kg
0406	Käse und Quark	50% des angewandten Meistbegünsti- gungszollansat- zes	50 000 kg
0701	Kartoffeln, frisch oder gekühlt		
0701.101	- Saatkartoffeln, vom 1. Januar bis 31. August	frei	unbeschränkt
1302.19	Andere Pflanzensäfte und -Auszüge	frei	unbeschränkt
1302.20	Pektinstoffe, Pektinate und Pektate	frei	unbeschränkt
2101.1	Auszüge, Essenzen und Konzentrate aus Kaffee und Zubereitungen auf der Grundlage solcher Auszüge, Essenzen oder Konzentrate oder auf der Grundlage von Kaffee		
2101.11	- - Auszüge, Essenzen und Konzentrate	8%	unbeschränkt
2101.20	Auszüge, Essenzen und Konzentrate aus Tee oder Mate und Zubereitungen auf der Grundlage solcher Auszüge, Essenzen oder Konzentrate oder auf der Grundlage von Tee oder Mate	8%	unbeschränkt
2103	Zubereitungen zum Herstellen von Gewürzsaucen und zubereitete Gewürzsaucen; zusammengesetzte Würzmittel; Senfmehl, auch zubereitet und Senf		
2103.10	- Sojasauce	frei	unbeschränkt
2103.20	- Tomaten-Ketchup und andere Tomatensaucen	frei	unbeschränkt
2103.30	- Senfmehl, auch zubereitet und Senf	frei	unbeschränkt

<sup>3</sup> Die Zollkonzessionen werden auch auf Einfuhren aus Liechtenstein nach Kroatien  
gewährt, solange der Zollunionsvertrag vom 29. März 1923 zwischen der  
Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein in Kraft bleibt.

Tarifnummer	Bezeichnung der Ware	Präferenz- Zollansatz	Zollkontingent
2103.90	- andere		
2103.901	- - - Mischgewürze auf der Grundlage von Früchten der Gattungen Capsicum oder Pimenta	frei	unbeschränkt
2103.903	- - - Salatsaucen	frei	unbeschränkt
2103.904	- - - Vegeta	frei	unbeschränkt
2103.909	- - - andere	frei	unbeschränkt
2104	Zubereitungen zum Herstellen von Suppen oder Brühen; Suppen oder Brühen, zubereitet; zusammengesetzte homogenisierte Nahrungsmittel-zubereitungen		
2104.10	- Zubereitungen zum Herstellen von Suppen oder Brühen; Suppen oder Brühen, zubereitet	frei	unbeschränkt
2207	Ethylalkohol, nicht denaturiert, mit einem Alkoholgehalt von 80 % Vol oder mehr; Ethylalkohol und Branntwein, denaturiert, mit beliebigem Alkoholgehalt		
2207.10	- Ethylalkohol, nicht denaturiert, mit einem Alkoholgehalt von 80 % Vol oder mehr		
ex2207.109	- - - Reinalkohol (aus Holz)	frei	unbeschränkt
2207.20	- Ethylalkohol und Branntwein, denaturiert, mit beliebigem Alkoholgehalt		
ex2207.209	- - - Reinalkohol (aus Holz)	frei	unbeschränkt

**Ursprungsregeln und Methoden der administrativen  
Zusammenarbeit betreffend die in diese Vereinbarung erwähnten  
landwirtschaftlichen Erzeugnisse**

1. (1) Zur Anwendung dieser Vereinbarung gilt als Ursprungserzeugnis Kroatiens oder der Schweiz ein Produkt, das im betreffenden Land vollständig erzeugt wurde.  
(2) Im Folgenden gelten als in Kroatien oder in der Schweiz vollständig erzeugt:
  - a) pflanzliche Erzeugnisse, die dort geerntet worden sind;
  - b) lebende Tiere, die dort geboren worden oder ausgeschlüpft sind und dort aufgezogen wurden;
  - c) Erzeugnisse, die von dort gehaltenen lebenden Tieren gewonnen worden sind;
  - d) Erzeugnisse, die dort durch die Jagd gewonnen worden sind;
  - e) Waren, die dort ausschliesslich aus den unter den Buchstaben a) bis d) genannten Erzeugnissen hergestellt worden sind.(3) Verpackungsmaterialien und Einzelverkaufspackungen, die ein Produkt umschliessen, sollen zur Ermittlung, ob dieses Produkt vollständig erzeugt worden ist, nicht berücksichtigt werden, und es ist nicht notwendig festzustellen, ob solche Verpackungsmaterialien und Einzelverkaufspackungen Ursprungserzeugnisse sind oder nicht.
2. Unbeschadet des Paragraphs 1 gelten ebenfalls als Ursprungserzeugnisse die in der Liste als Beilage zu diesem Anhang in den Kolonnen 1 und 2 enthaltenen Produkte, die in Kroatien oder in der Schweiz unter Beifügung von Vormaterialien hergestellt worden sind, die dort nicht vollständig erzeugt wurden, vorausgesetzt, dass die Bearbeitungen in Kolonne 3 bezüglich der ausreichenden Be- oder Verarbeitung solcher Vormaterialien erfüllt worden sind.
3. (1) Die in dieser Vereinbarung vorgesehene bevorzugte Behandlung kann nur Produkten gewährt werden, die direkt zwischen Kroatien und der Schweiz transportiert werden, ohne das Gebiet eines Drittstaates zu berühren. Gleichwohl können Ursprungserzeugnisse Kroatiens oder der Schweiz, die eine einzige Sendung bilden, die nicht aufgeteilt wird, unter Durchfuhr durch andere Gebiete als die der Schweiz oder Kroatiens gegebenenfalls auch mit einer Umladung oder vorübergehenden Einlagerung in diesen Gebieten, transportiert werden, wenn die Durchfuhr durch diese Gebiete aus geografischen Gründen gerechtfertigt ist und die Produkte im Durchfuhr- oder Einlagerungsland unter zollamtlicher Überwachung geblieben, dort nicht in den Handel oder freien Verkehr gelangt und dort nur ent- oder verladen worden sind und nur eine auf die Erhaltung ihres Zustandes gerichtete Behandlung erfahren haben.

- (2) Der Nachweis, dass die in Unterabsatz 1 niedergelegten Bedingungen erfüllt worden sind, soll den Zollbehörden des Einfuhrstaates gemäss den Bestimmungen in Artikel 13 des Protokolls B zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten und Kroatien vorgelegt werden.
4. Als Ursprungserzeugnisse im Sinne dieser Vereinbarung ist die Vereinbarung bei der Einfuhr in die Schweiz oder nach Kroatien anzuwenden bei Vorlage entweder einer Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder einer Rechnungserklärung, erteilt oder ausgestellt gemäss den Vorschriften des Protokolls B zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten und Kroatien.
  5. Die Vorschriften bezüglich Zollrückvergütung oder Nichterhebung von Zöllen, Ursprungsnachweisen und Vorkehrungen für die Verwaltungszusammenarbeit, die im Protokoll B zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten und Kroatien enthalten sind, gelten mutatis mutandis. Dabei versteht sich, dass das in diesen Vorschriften enthaltene Verbot der Zollrückvergütung oder der Nichterhebung von Zöllen nur auf Vormaterialien anzuwenden ist, die von der Art sind, auf welche das Abkommen zwischen den EFTA-Staaten und Kroatien anzuwenden ist.

*Beilage zu Anhang III*

**Liste von Waren, auf die in Ziffer 2 zu Anhang III  
verwiesen wird und für die andere Bedingungen als die  
vollständige Erzeugung gelten**

HS- Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitung von Vormaterialien ohne Ursprungsbezeichnung, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
0402	Milch und Rahm, eingedickt oder mit Zusatz von Zucker oder anderen Süsstoffen	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien des Kapitels 4 vollständig erzeugt sein müssen
0406	Käse und Quark	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien des Kapitels 4 vollständig erzeugt sein müssen
0901	Kaffee, auch geröstet oder entkoffeiniert; Kaffeeschalen und Kaffeehülsen; Kaffee-Ersatzmittel mit beliebigem Gehalt an Kaffee	Herstellen aus Vormaterialien jeder Nummer
1209	Samen, Früchte und Sporen, zur Aussaat	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien des Kapitels 12 vollständig erzeugt sein müssen
1211	Pflanzen, Pflanzenteile, Samen und Früchte der hauptsächlich zur Riechmittelherstellung oder zu Zwecken der Medizin, Insektenvertilgung, Schädlingsbekämpfung oder dergleichen verwendeten Arten, frisch oder getrocknet, auch zerschnitten, zerstoßen oder in Pulverform	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien des Kapitels 12 vollständig erzeugt sein müssen
1212	Johannisbrot, Algen, Zuckerrüben und Zuckerrohr, frisch, gekühlt, gefroren oder getrocknet, auch in Pulverform; Fruchtkerne und Fruchtsteine und andere pflanzliche Waren (einschliesslich Zichorienwurzeln der Varietät <i>Cichorium intybus sativum</i> , nicht geröstet), der hauptsächlich zur menschlichen Ernährung dienenden Art, anderweit weder genannt noch inbegriffen	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien des Kapitels 12 vollständig erzeugt sein müssen
1302	Pflanzensäfte und -auszüge; Pektinstoffe, Pektinate und Pektate; Agar-Agar und andere Schleime und Verdickungsmittel von Pflanzen, auch modifiziert	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des Ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
1509	Olivöl und seine Fraktionen, auch raffiniert, aber nicht chemisch modifiziert	Herstellen, bei dem alle verwendeten pflanzlichen Vormaterialien vollständig erzeugt sein müssen
1601	Würste und ähnliche Erzeugnisse, aus Fleisch, Schlachtnebenprodukten oder Blut; Nahrungsmittelzubereitungen auf der Grundlage dieser Erzeugnisse	Herstellen aus Tieren des Kapitels 1. Alle verwendeten Vormaterialien des Kapitels 2 müssen vollständig erzeugt sein

HS- Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitung von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
1602	Andere Zubereitungen und Konserven aus Fleisch, Schlachtnebenprodukten oder Blut	Herstellen aus Tieren des Kapitels 1. Alle verwendeten Vormaterialien des Kapitels 2 müssen vollständig erzeugt sein
1701	Rohrzucker oder Rübenzucker und chemisch reine Saccharose, fest	Herstellen, bei dem der Wert der verwendeten Vormaterialien des Kapitels 17 30 v.H. des Ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
2001	Gemüse, Früchte und andere geniessbare Pflanzenteile, mit Essig oder Essigsäure zubereitet oder haltbar gemacht	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien der Kapitel 7 und 8 vollständig erzeugt sein müssen
2004	Andere Gemüse, in anderer Weise als mit Essig oder Essigsäure zubereitet oder haltbar gemacht, gefroren, andere Erzeugnisse als der Nr. 2006	Herstellen, bei dem alle Vormaterialien des Kapitels 7 vollständig erzeugt sein müssen
2005	Andere Gemüse, in anderer Weise als mit Essig oder Essigsäure zubereitet oder haltbar gemacht, nicht gefroren, andere Erzeugnisse als der Nr. 2006	Herstellen, bei dem alle Vormaterialien des Kapitels 7 vollständig erzeugt sein müssen
2101	Auszüge, Essenzen und Konzentrate aus Kaffee, Tee oder Mate und Zubereitungen auf der Grundlage von Kaffee, Tee oder Mate; geröstete Zichorie und andere geröstete Kaffee-Ersatzmittel und ihre Auszüge, Essenzen und Konzentrate	Herstellen, bei dem: - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind; - aller verwendeter Chicorée vollständig erzeugt sein muss
2102	Hefen (lebend oder nichtlebend); andere nichtlebende einzellige Mikroorganismen (ausgenommen Vaccine der Nr. 3002); zubereitete Backtriebmittel in Pulverform	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind
2103	Zubereitungen zum Herstellen von Gewürzsaucen und zubereitete Gewürzsaucen; zusammengesetzte Würzmittel; Senfmehl, auch zubereitet und Senf	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind
2104	Zubereitungen zum Herstellen von Suppen oder Brühen; Suppen oder Brühen, zubereitet; zusammengesetzte homogenisierte Nahrungsmittelzubereitungen	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind
2204	Wein aus frischen Weintrauben, einschliesslich mit Alkohol angereicherter Wein; Traubenmost, anderer als solcher der Nr. 2009	Herstellen, bei dem alle verwendeten Trauben vollständig erzeugt wurden

HS- Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitung von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
2207	Ethylalkohol, nicht denaturiert, mit einem Alkoholgehalt von 80 % Vol oder mehr; Ethylalkohol und Brannt- wein, denaturiert, mit beliebigem Alkoholgehalt	Herstellen, aus Vormaterialien, die nicht unter der Tarifnummer 2207 oder 2208 eingereiht werden
2208	Ethylalkohol, nicht denaturiert, mit einem Alkoholgehalt von weniger als 80 % Vol; Branntwein, Likör und andere Spirituosen	Herstellen, aus Vormaterialien, die nicht unter der Tarifnummer 2207 oder 2208 eingereiht werden



### 9.2.3

## Botschaft

### über die Änderung des Abkommens zwischen den EFTA-Ländern und der Türkei betreffend die gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich

vom 9. Januar 2002

---

#### 9.2.3.1

#### Allgemeiner Teil

Die im Rahmen des Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Ländern und der Türkei vom 10. Dezember 1991 (SR 0.632.317.631) vorgesehene Zusammenarbeit unter den Verwaltungsbehörden weist bezüglich der Leistung von Amtshilfe Lücken auf. Diese können bei Widerhandlungen gegen Zollvorschriften und zollrelevante aussenwirtschaftsrechtliche Ein-, Aus- und Durchfuhrbestimmungen der Vertragsparteien das gute Funktionieren des im Abkommen geregelten Warenverkehrs beeinträchtigen. Die bisher ausschliesslich im Rahmen von Protokoll B über Ursprungsregeln geleistete Amtshilfe kann diesen Mangel nicht beseitigen. Mit der Änderung der Artikel 3 und 29 des Abkommens und der damit verbundenen Einfügung eines neuen Protokolls D über die gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich können diese Lücken weitestgehend geschlossen werden.

Die auf türkisches Ersuchen hin eingeleiteten Verhandlungen wurden am 15. November 2000 in Genf abgeschlossen. Die Resultate wurden vom Gemischten Ausschuss EFTA-Türkei mit Beschluss 4/2000 am 16. November 2000 angenommen. Das neue Protokoll D über die gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich entspricht inhaltlich dem 1997 abgeschlossenen Amtshilfe-Zusatzprotokoll zum Freihandelsabkommen Schweiz – EWG 1972 (SR 0.632.401.02, AS 1999 1820) sowie dem aktuellen Anhang I über die gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich der revidierten EFTA-Konvention (SR 632.31, BBl 2001 4963).

#### 9.2.3.2

#### Besonderer Teil

##### 9.2.3.2.1

#### Inhalt der Abkommensänderung und des neuen Protokolls D

Um die Aufnahme des neuen Protokolls D über die gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich zu ermöglichen, musste insbesondere Artikel 29 des Freihandelsabkommens EFTA-Türkei geändert werden, weil es sich bei den dort genannten Protokollen um eine abschliessende Aufzählung handelte.

Das Protokoll D über die gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich ermöglicht einen direkten Austausch von Informationen vor der Inanspruchnahme des Rechtshilfeweges, der durch das vorliegende Protokoll keine Änderung erfährt. Entsprechend dem Rechtshilfegesetz (IRSG; SR 351.1) bleibt die Rechtshilfe bei Zollhinterziehung weiterhin ausgeschlossen, während sie bei eigentlichem Abgabebetrug (z.B. bei Verwendung von gefälschten Dokumenten) geleistet werden kann, sofern die weiteren Voraussetzungen des IRSG erfüllt sind.

Der Anwendungsbereich des Protokolls umfasst den gesamten grenzüberschreitenden Warenverkehr (Kapitel 1-97 des Harmonisierten Systems), unabhängig vom Geltungsbereich des Freihandelsabkommens EFTA-Türkei. Die Vertragsparteien werden einander Amtshilfe leisten, um die Einhaltung der Zollvorschriften und der zollrelevanten ausserwirtschaftsrechtlichen Bestimmungen der Vertragsparteien zu gewährleisten. Zu diesem Zweck kann die ersuchte Behörde der ersuchenden Behörde alle notwendigen Auskünfte erteilen, damit sich diese vergewissern kann, dass ein Zollverfahren ordnungsgemäss durchgeführt wurde. Auf Ersuchen können Firmen oder Einzelpersonen, die im Verdacht stehen, Zollwiderhandlungen zu begehen oder begangen zu haben, überwacht werden. Die Zollverwaltungen werden auch auf eigene Initiative Informationen weitergeben, wenn sie dies zur Einhaltung der Zollgesetzgebung als nötig erachten. Schliesslich ermöglicht das Protokoll D die einfache Zustellung und die Notifikation von amtlichen Schriftstücken an die Zollbeteiligten in der Türkei oder in den EFTA-Staaten nach den Vorschriften des jeweiligen innerstaatlichen Rechts.

Im Unterschied zum Amtshilfe-Protokoll mit der EG und dem Amtshilfe-Anhang der EFTA-Konvention sieht das vorliegende Protokoll D zusätzlich die Möglichkeit der Leistung von technischer Unterstützung (z.B. bei der Ausbildung von Zollbeamten) vor (Art. 5).

#### **9.2.3.2.2 Form des Amtshilfeprotokolls**

Das vorliegende Protokoll D ergänzt das Freihandelsabkommen EFTA-Türkei von 1991, indem es im Zollbereich die gegenseitige Leistung von Amtshilfe ermöglicht. Das Protokoll D bildet einen integralen Bestandteil des Freihandelsabkommens und unterliegt somit auch dessen institutionellen Bestimmungen (Verwaltung durch den Gemischten Ausschuss).

#### **9.2.3.3 Finanzielle und personelle Auswirkungen**

Die finanziellen Auswirkungen können nicht genau beziffert werden, dürften aber kaum ins Gewicht fallen. Hingegen rechnet die Zollverwaltung mit einem gewissen Mehrbedarf an Personal, weil Amtshilfegesuche der Türkei an die Schweiz relativ häufig sind.

#### **9.2.3.4 Volkswirtschaftliche Auswirkungen**

Die Erweiterung der Amtshilfe im Zollbereich auf das Freihandelsabkommen EFTA-Türkei hat keine direkten volkswirtschaftlichen Auswirkungen, da sich der zusätzliche administrative Aufwand auf Einzelfälle beschränkt. Indirekt trägt die Schweiz mit der Amtshilfe im Zollbereich dazu bei, den mannigfach gegen sie erhobenen Vorwürfen, als Drehscheibe für den Schmuggel zu dienen, entgegenzutreten.

#### **9.2.3.5 Legislaturplanung**

Das Zusatzprotokoll entspricht dem Inhalt von Ziel 3 (Einsatz zu Gunsten einer offenen und nachhaltigen Weltwirtschaftsordnung) des Berichts über die Legislaturplanung 1999–2003 (BBl 2000 2276).

#### **9.2.3.6 Verhältnis zum internationalen (insbesondere europäischen) Recht**

Das Protokoll D über die gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich entspricht im Wesentlichen den Vereinbarungen, welche die EG mit Drittländern abgeschlossen hat. Es geht materiell aber weniger weit als die interne Zollzusammenarbeit der EG, da diese generell Amtshilfe in Fiskalsachen miteinschliesst. Das Protokoll D ist Bestandteil des Freihandelsabkommens EFTA-Türkei und steht nach Auffassung der Vertragsparteien wie das Freihandelsabkommen im Einklang mit den aus den GATT/WTO-Übereinkommen resultierenden Verpflichtungen.

#### **9.2.3.7 Verfassungsmässigkeit**

Nach Artikel 54 Absatz 1 der Bundesverfassung (BV) sind die auswärtigen Angelegenheiten Sache des Bundes. Die Zuständigkeit der Bundesversammlung zur Genehmigung von völkerrechtlichen Verträgen ergibt sich aus Artikel 166 Absatz 2 BV. Das Protokoll D über die gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich bildet Bestandteil des Freihandelsabkommens EFTA-Türkei und ist wie dieses kündbar. Es liegt weder ein Beitritt zu einer internationalen Organisation noch eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung vor. Der Ihnen zur Genehmigung unterbreitete Bundesbeschluss unterliegt somit nicht dem fakultativen Referendum nach Artikel 141 Absatz 1 Buchstabe d BV.

**Bundesbeschluss  
über die Änderung des Abkommens zwischen den EFTA-  
Ländern und der Türkei betreffend die gegenseitige  
Amtshilfe im Zollbereich**

vom

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,  
gestützt auf die Artikel 54 Absatz 1 und 166 Absatz 2 der Bundesverfassung,  
nach Einsicht in die im Bericht vom 9. Januar 2002<sup>1</sup> zur Aussenwirtschaftspolitik  
2001 enthaltene Botschaft,  
beschliesst:*

**Art. 1**

<sup>1</sup> Die mit Beschluss 4/2000 des Gemischten Ausschusses vom 16. November 2000 erfolgte Änderung des Abkommens zwischen den EFTA-Staaten und der Türkei betreffend die gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich wird genehmigt (Anhang 2).

<sup>2</sup> Der Bundesrat wird ermächtigt, diese Änderung zu ratifizieren.

**Art. 2**

Dieser Beschluss untersteht nicht dem Staatsvertragsreferendum.

<sup>1</sup> BBl 2002 ....

## **Beschluss 4/2000 des Gemischten Ausschusses EFTA–Türkei**

(Angenommen anlässlich des Treffens vom 16. November 2000)

### **Aufnahme des neuen Protokolls D über die gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich**

---

*Der Gemischte Ausschuss,*

gestützt auf Artikel 3 Absatz 2 dieses Abkommens, welcher die Vertragsparteien verpflichtet, geeignete Massnahmen zu ergreifen – insbesondere Vereinbarungen über die Zusammenarbeit der Verwaltungen – um eine effiziente und harmonische Anwendung der zollbezogenen Vorschriften in diesem Abkommen zu ermöglichen,

in Anbetracht der Tatsache, dass die Vertragsparteien – spezifische Bestimmungen von in Kraft stehenden Abkommen mit Partnern in Europa und darüber hinaus vorbehalten – danach trachten, Kontrollen und Formalitäten im grenzüberschreitenden Warenverkehr zu vereinfachen,

in Anbetracht der zunehmenden Anzahl angewandter internationaler Konventionen im ganzen Bereich der Zollgesetzgebung, die ebenfalls einen Einfluss auf die reibungslose Anwendung dieses Abkommens haben und eine erweiterte Zusammenarbeit zwischen Zollverwaltungen nahe legen,

in Anbetracht der Entwicklung in Europa und darüber hinaus, welche die Schaffung eines Netzwerkes von Abkommen über Zusammenarbeit im Zollbereich betrifft,

in Anbetracht der Tatsache, dass eine erweiterte Verwaltungszusammenarbeit im Zollbereich zwischen den Vertragsparteien dieses Abkommens dazu beiträgt, den Zollbetrug effektiv zu bekämpfen,

unter Berücksichtigung von Artikel 28 des Abkommens,

*beschliesst:*

1. Artikel 3 des Abkommens erhält eine neue Ziffer 3:  
«3. Protokoll D legt die Regeln der gegenseitigen Verwaltungszusammenarbeit im Zollbereich fest. »
2. Der Wortlaut in Artikel 29 dieses Abkommens wird durch den folgenden ersetzt:  
«Protokolle und Anhänge bilden Bestandteil dieses Abkommens. Der Gemischte Ausschuss kann Änderungen der Protokolle und Anhänge beschliessen.»
3. Der im Anhang zu diesem Beschluss wiedergegebene Wortlaut wird als neues Protokoll D beigefügt.

<sup>1</sup> Übersetzung des englischen Originaltextes.

4. Die oben erwähnten Änderungen treten in Kraft, sobald die Annahmeerkunden sämtlicher Vertragsparteien beim Depositär hinterlegt worden sind; dieser setzt darauf alle Vertragsparteien davon in Kenntnis.
5. Der Generalsekretär der Europäischen Freihandelsassoziation hinterlegt den Text dieses Beschlusses beim Depositär.

## **Protokoll D über die gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich**

### **Art. 1**            Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Protokolls bezeichnet der Ausdruck

- a) «Waren» die Waren der Kapitel 1 bis 97 des Harmonisierten Systems, unabhängig vom Anwendungsbereich des Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und der Türkei;
- b) «Zollrecht» jede von den EFTA-Staaten oder der Türkei erlassene Rechts- oder Verwaltungsvorschrift über die Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr von Waren und deren Überführung in ein Zollverfahren, einschliesslich der Verbote, Beschränkungen und Kontrollen;
- c) «ersuchende Behörde» die von einer Vertragspartei zu diesem Zweck bezeichnete zuständige Verwaltungsbehörde, die ein Amtshilfeersuchen im Zollbereich stellt;
- d) «ersuchte Behörde» die von einer Vertragspartei zu diesem Zweck bezeichnete zuständige Verwaltungsbehörde, an die ein Amtshilfeersuchen im Zollbereich gerichtet wird;
- e) «Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht» jede Verletzung des Zollrechts oder jeder Versuch einer solchen Verletzung.

### **Art. 2**            Sachlicher Geltungsbereich

(1) Die Vertragsparteien leisten einander in den unter ihre Zuständigkeit fallenden Bereichen in der Form und unter den Voraussetzungen, die in diesem Protokoll vorgesehen sind, Amtshilfe bei der Sicherstellung der ordnungsgemässen Anwendung des Zollrechts, insbesondere bei der Verhütung und der Aufdeckung von Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht und bei Ermittlungen im Zollbereich.

(2) Die Amtshilfe im Zollbereich im Sinne dieses Protokolls betrifft alle Verwaltungsbehörden der Vertragsparteien, die für die Anwendung dieses Protokolls zuständig sind. Sie berührt nicht die Vorschriften über die gegenseitige Amtshilfe in Strafsachen. Sie betrifft ferner nicht Informationen, die bei der Ausübung von Befugnissen auf Antrag der Justizbehörden erlangt werden, es sei denn, dass Letztere der Weitergabe dieser Informationen zustimmen.

### **Art. 3**            Amtshilfe auf Ersuchen

(1) Auf Antrag erteilt die ersuchte Behörde der ersuchenden Behörde alle sachdienlichen Auskünfte, die es dieser ermöglichen, die Einhaltung des Zollrechts sicherzustellen, insbesondere Auskünfte über festgestellte oder beabsichtigte Handlungen, die gegen das Zollrecht verstossen oder verstossen könnten.

(2) Auf Antrag teilt die ersuchte Behörde der ersuchenden Behörde mit, ob die aus dem Gebiet einer Vertragspartei ausgeführten Waren ordnungsgemäss in ihr Gebiet eingeführt worden sind, gegebenenfalls unter Angabe des für die Waren geltenden Zollverfahrens.

(3) Auf Antrag der ersuchenden Behörde veranlasst die ersuchte Behörde im Rahmen ihrer Rechtsvorschriften die Überwachung von

- a) natürlichen oder juristischen Personen, bei denen Grund zu der Annahme besteht, dass sie Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht begehen oder begangen haben;
- b) Örtlichkeiten, an denen Warenlager in einer Weise errichtet werden, dass Grund zu der Annahme besteht, dass sie Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht begünstigen sollen;
- c) Warenbewegungen, die den vorliegenden Angaben zufolge möglicherweise Gegenstand von schweren Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht sind;
- d) Beförderungsmitteln, bei denen Grund zu der Annahme besteht, dass sie bei Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht benutzt worden sind, benutzt werden oder benutzt werden könnten.

**Art. 4** Amtshilfe ohne vorhergehendes Ersuchen

Die Vertragsparteien leisten einander von sich aus im Einklang mit ihren Rechts- und Verwaltungsvorschriften Amtshilfe, sofern dies ihres Erachtens zur ordnungsgemässen Anwendung des Zollrechts notwendig ist, insbesondere wenn sie über Erkenntnisse verfügen über

- Handlungen, die gegen das Zollrecht verstossen oder ihres Erachtens gegen das Zollrecht verstossen und die für andere Vertragsparteien von Interesse sein können;
- neue Mittel oder Methoden zur Begehung solcher Handlungen;
- Waren, die bekanntermassen Gegenstand von Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht sind;
- natürliche oder juristische Personen, bei denen Grund zu der Annahme besteht, dass sie Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht begehen oder begangen haben;
- Beförderungsmittel, bei denen Grund zu der Annahme besteht, dass sie für Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht benutzt worden sind, benutzt werden oder benutzt werden könnten.

**Art. 5** Technische Unterstützung

Die Vertragsparteien können einander aufgrund eines beidseitig akzeptierten Programms technische Unterstützung leisten, insbesondere bei:

- a) Informationen und Erfahrungsaustausch im Gebrauch von technischem Kontrollgerät;
- b) Ausbildung von Zollbeamten;
- c) Austausch von Zollexperten;
- d) Austausch von spezifischen, wissenschaftlichen und technischen Informationen über die tatsächliche Anwendung der Zollgesetzgebung.

**Art. 6** Zustellung/Bekanntgabe

Auf Antrag der ersuchenden Behörde veranlasst die ersuchte Behörde im Einklang mit den für sie geltenden Vorschriften

- die Zustellung aller Schriftstücke,



- die Bekanntgabe aller Entscheidungen sowie aller anderen für das anhängige Verfahren rechtserheblichen Schriftstücke,
- die in den sachlichen Geltungsbereich dieses Protokolls fallen, an einen Adressaten mit Sitz oder Wohnsitz in ihrem Gebiet. Artikel 7 Absatz 3 findet auf den Antrag auf Zustellung oder Bekanntgabe Anwendung.

#### **Art. 7** Form und Inhalt der Amtshilfeersuchen

- (1) Amtshilfeersuchen nach diesem Protokoll sind schriftlich zu stellen. Dem Ersuchen sind alle Unterlagen beizufügen, die für seine Erledigung erforderlich sind. In dringenden Fällen können mündliche Ersuchen zulässig sein, die jedoch der unverzüglichen schriftlichen Bestätigung bedürfen.
- (2) Amtshilfeersuchen nach Absatz 1 müssen folgende Angaben enthalten:
  - a) Bezeichnung der ersuchenden Behörde;
  - b) Massnahme, um die ersucht wird;
  - c) Gegenstand und Grund des Ersuchens;
  - d) betroffene Rechts- und Verwaltungsvorschriften;
  - e) möglichst genaue und umfassende Angaben über die natürlichen und juristischen Personen, gegen die sich die Ermittlungen richten;
  - f) Zusammenfassung des Sachverhalts und der bereits durchgeführten Ermittlungen, ausser in den Fällen des Artikels 6.
- (3) Amtshilfeersuchen werden in einer Amtssprache der ersuchten Behörde oder in Englisch oder in einer von der ersuchten Behörde zugelassenen Sprache gestellt.
- (4) Entspricht ein Amtshilfeersuchen nicht den Formvorschriften, so kann seine Berichtigung oder Ergänzung beantragt werden; die Anordnung vorsorglicher Massnahmen wird dadurch nicht berührt.

#### **Art. 8** Erledigung von Amtshilfeersuchen

- (1) Bei der Erledigung von Amtshilfeersuchen verfährt die ersuchte Behörde im Rahmen ihrer Zuständigkeit und Mittel so, als ob sie in Erfüllung eigener Aufgaben oder auf Ersuchen anderer Behörden der eigenen Vertragspartei handelte; zu diesem Zweck hat sie bei ihr bereits verfügbare Angaben zu liefern oder zweckdienliche Ermittlungen anzustellen beziehungsweise zu veranlassen. Gleiches gilt für die Behörde, die von der ersuchten Behörde mit dem Ersuchen befasst wird, wenn diese nicht alleine tätig werden kann.
- (2) Die Erledigung von Amtshilfeersuchen erfolgt im Einklang mit den Rechts- und Verwaltungsvorschriften der ersuchten Vertragspartei.
- (3) Ordnungsgemäss bevollmächtigte Beamte der einen Vertragspartei können im Einvernehmen mit der betroffenen Vertragspartei und unter den von dieser festgelegten Voraussetzungen bei der ersuchten Behörde oder einer dieser nachgeordneten Behörde Auskünfte über Handlungen einholen, die gegen das Zollrecht verstossen oder verstossen könnten, welche die ersuchende Behörde zu den in diesem Protokoll niedergelegten Zwecken benötigt.

(4) Beamte der einen Vertragspartei können im Einvernehmen mit der betroffenen Vertragspartei und unter den von dieser festgelegten Voraussetzungen bei auf deren Gebiet durchgeführten Ermittlungen zugegen sein.

#### **Art. 9** Form der Auskunftserteilung

(1) Die ersuchte Behörde teilt der ersuchenden Behörde das Ergebnis ihrer Ermittlungen in Form von Schriftstücken, beglaubigten Kopien, Berichten oder dergleichen mit.

(2) Die in Absatz 1 genannten Schriftstücke können durch Angaben ersetzt werden, die mittels Datenverarbeitung in beliebiger Form zum gleichen Zweck erstellt werden.

#### **Art. 10** Ausnahmen von der Verpflichtung zur Amtshilfe

(1) Die Vertragsparteien können Amtshilfe nach Massgabe dieses Protokolls ablehnen, sofern diese

- a) ihre Souveränität, die öffentliche Ordnung, ihre Sicherheit oder andere wesentliche Interessen beeinträchtigen könnte oder
- b) Steuer- oder Währungsvorschriften ausserhalb des Zollrechts betrifft oder
- c) ein Betriebs-, Geschäfts- oder Berufsgeheimnis verletzen würde.

(2) Ersucht eine Behörde um Amtshilfe, die sie selbst im Fall eines Ersuchens nicht leisten könnte, so weist sie in ihrem Ersuchen auf diesen Umstand hin. Die Erledigung eines derartigen Ersuchens steht im Ermessen der ersuchten Behörde.

(3) Wird die Amtshilfe abgelehnt, so ist diese Entscheidung der ersuchenden Behörde unter Angabe der Gründe unverzüglich mitzuteilen.

#### **Art. 11** Datenschutz

(1) Sämtliche Auskünfte nach Massgabe dieses Protokolls sind vertraulich oder nur für den Dienstgebrauch bestimmt, gleichgültig, in welcher Form sie erteilt werden. Sie unterliegen dem Dienstgeheimnis und geniessen den Schutz der für derartige Auskünfte geltenden Rechtsvorschriften der Vertragspartei, die sie erhalten hat.

(2) Personenbezogene Daten, d.h. alle Auskünfte, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare Person beziehen, dürfen nur ausgetauscht werden, wenn die empfangende Vertragspartei sich verpflichtet, für einen Schutz dieser Daten zu sorgen, der dem in diesem Fall in der übermittelnden Vertragspartei geltenden Schutz mindestens gleichwertig ist.

#### **Art. 12** Verwendung der Auskünfte

(1) Die erhaltenen Auskünfte dürfen nur für die Zwecke dieses Protokolls verwendet werden. Ersucht eine Vertragspartei darum, solche Auskünfte zu anderen Zwecken zu verwenden, so holt sie vorher die schriftliche Zustimmung der Behörde ein, welche die Auskünfte erteilt hat. Die Verwendung unterliegt dann den von dieser Behörde auferlegten Beschränkungen. In derartigen Fällen können Auskünfte an die für die Bekämpfung des unerlaubten Drogenhandels unmittelbar zuständigen Stellen weitergegeben werden.

(2) Absatz 1 steht der Verwendung von Auskünften bei Gerichts- oder Verwaltungsverfahren wegen Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht nicht entgegen. Die zuständige Behörde, welche diese Auskünfte erteilt hat, wird von einer derartigen Verwendung unverzüglich unterrichtet.

(3) Die Vertragsparteien können die nach Massgabe dieses Protokolls erhaltenen Auskünfte und eingesehenen Schriftstücke als Beweismittel in Protokollen, Berichten und für Zeugenvernehmungen sowie in gerichtlichen Verfahren und Ermittlungen verwenden.

#### **Art. 13** Sachverständige und Zeugen

Beamten der ersuchten Behörde kann es gestattet werden, nach Massgabe der erteilten Genehmigung in Gerichts- oder Verwaltungsverfahren, die unter dieses Protokoll fallende Angelegenheiten betreffen, im Gebiet einer anderen Vertragspartei als Sachverständige oder Zeugen aufzutreten und Gegenstände und Schriftstücke oder beglaubigte Kopien davon vorzulegen, sofern dies für das Verfahren erforderlich ist. In der Ladung ist genau anzugeben, in welcher Angelegenheit und in welcher Eigenschaft oder mit welcher Berechtigung die Beamten befragt werden sollen.

#### **Art. 14** Kosten der Amtshilfe

Die Vertragsparteien verzichten auf alle gegenseitigen Ansprüche auf Erstattung der bei der Durchführung dieses Protokolls angefallenen Kosten; hiervon ausgenommen sind gegebenenfalls Vergütungen für Zeugen und Sachverständige sowie für Dolmetscher und Übersetzer, die nicht dem öffentlichen Dienst angehören.

#### **Art. 15** Durchführung

(1) Die Durchführung dieses Protokolls wird den Zolldienststellen der Vertragsparteien übertragen. Sie beschliessen alle zu seiner Durchführung notwendigen praktischen Massnahmen und Vereinbarungen und tragen dabei den geltenden Datenschutzbestimmungen Rechnung.

(2) Die Vertragsparteien konsultieren und unterrichten einander über die Einzelheiten der Durchführungsbestimmungen, die sie nach diesem Protokoll erlassen. Sie tauschen durch das EFTA-Sekretariat insbesondere die Liste der zuständigen Behörden aus, die ermächtigt sind, im Sinne dieses Protokolls tätig zu werden.

#### **Art. 16** Ergänzungscharakter

Dieses Protokoll steht der Durchführung etwaiger Amtshilfeabkommen, die zwischen den Vertragsparteien abgeschlossen worden sind oder abgeschlossen werden, nicht entgegen, sondern bildet eine Ergänzung dazu. Auch schliesst es eine im Rahmen solcher Abkommen vereinbarte weiterreichende Amtshilfe nicht aus.

## **9.2.4**

### **Botschaft**

#### **über die Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft und mit Norwegen im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems (APS)**

vom 9. Januar 2002

---

### **9.2.4.1**

#### **Allgemeiner Teil**

#### **9.2.4.1.1**

##### **Übersicht**

Das Rechtssystem GATT/WTO enthält Sonderbestimmungen zugunsten von Entwicklungsländern, als bedeutendste die Allgemeinen Präferenzsysteme. Danach kann in Ausnahme vom Grundsatz der Meistbegünstigung und ohne Gegenleistung den Entwicklungsländern eine präferenzielle Zollbehandlung gewährt werden.

Die im Rahmen der UNCTAD bereits 1973 zugunsten der Entwicklungsländer eingeführten Allgemeinen Präferenzsysteme (APS) der EU, Norwegens und der Schweiz funktionierten seit jeher als eigenständige, autonome Systeme ohne internationale Verbindung. Die schmale Industriebasis der Entwicklungsländer ermöglicht indessen nicht die vollständige Herstellung von marktfähigen Produkten. Diese Länder sind daher auf Vormaterialien der Industriestaaten angewiesen. Dies führt häufig zum Verlust der Ursprungseigenschaft, da durch die teuren Drittlandmaterialien die strengen Ursprungsregeln nicht mehr erfüllt werden können.

Um diesem Umstand entgegenzuwirken, wurde in einem ersten Schritt 1996 die Verwendung von Vormaterialien aus der Schweiz ermöglicht. Gleichzeitig wurden mit der EU und Norwegen kompatible Regeln festgelegt.

Dies führte indessen zu neuen Schwierigkeiten. Für die EU bestimmte Ursprungserzeugnisse durften wohl mit EU-Vormaterialien hergestellt worden sein; in der Schweiz hingegen waren solche Produkte nicht präferenzberechtigt. Gleiches galt für mit Schweizer Vormaterialien hergestellte Produkte: sie konnten nicht präferenzberechtigt auf den EG-Markt gelangen. Wirtschaftlich gesehen war die einzig auf Schweizer Vorprodukte beschränkte Kumulationsmöglichkeit weder für das begünstigte Entwicklungsland noch für die Schweiz attraktiv.

Deshalb wurde angestrebt, Vormaterialien aus unterschiedlichen Industrieländern ursprungstechnisch als eine Einheit zu behandeln. Dies liegt vor allem im Interesse der Entwicklungsländer, welche dadurch den Nutzen der Präferenzsysteme optimieren und ihre Produkte präferenzberechtigt auf die entsprechenden Märkte bringen können. Nach längeren Verhandlungen einigten sich die EG, Norwegen und die Schweiz, im Rahmen ihrer Präferenzsysteme die Kumulation mit den Vormaterialien aus ihren Ländern zu ermöglichen. Die entsprechenden Abkommen in Form von Briefwechseln wurden Ende 2000 und anfangs 2001 unterzeichnet.

### **9.2.4.2**

#### **Besonderer Teil**

#### **9.2.4.2.1**

##### **Verhandlungsverlauf**

Während man sich schnell auf die Stossrichtung und die Grundsätze einigte, traten unterschiedliche Auffassungen bezüglich des materiellen Geltungsbereiches auf. Im Agrarbereich wollte die EU Fische und Fischprodukte von der Kumulationsmöglichkeit ausschliessen. Mit Rücksicht auf die Sensibilität der für ihre Agrarpolitiken wichtigen Erzeugnisse und die bedeutenden Preisunterschiede zur EU konnten Norwegen und Schweiz diesem Ansinnen nicht zustimmen. Man einigte sich schliesslich darauf, dass die Neuregelung nur die Industrieerzeugnisse der Zollkapitel 25 bis 97 umfassen solle. Die EU verzichtete auf die Forderung, Umwelt- und Sozialklauseln in den Abkommen aufzunehmen, da die APS der Schweiz und Norwegens diese Zusatzbedingungen zur Gewährung von Präferenzen nicht kennen.

#### **9.2.4.2.2 Inhalt und Würdigung der Abkommen**

Die am 14. Dezember 2000 mit der Europäischen Gemeinschaft sowie am 19. bzw. 23. Januar 2001 mit Norwegen unterzeichneten Abkommen basieren auf dem Prinzip des Gegenrechts und setzen analoge Rechtsgrundlagen bei den Vertragsparteien voraus.

Mit den Abkommen verpflichten sich die Vertragsparteien, Erzeugnisse mit Ursprung in einem APS-begünstigten Land, zu deren Herstellung Vormaterialien mit Ursprung aus der EG, aus Norwegen oder der Schweiz verwendet wurden, als Ursprungserzeugnisse des APS-begünstigten Landes anzuerkennen. Dadurch können die (von den jeweiligen APS der Vertragsparteien erfassten) Entwicklungsländer bei der Produktion Vormaterialien aus der EG, Norwegen oder der Schweiz verwenden, wobei die so verarbeiteten Erzeugnisse ihre Ursprungseigenschaft und damit die Präferenzberechtigung bewahren bzw. zu den APS-Vorzugsbedingungen in die EU, nach Norwegen und in die Schweiz geliefert werden können. Im Weiteren führen die Abkommen die wesentlichen Prinzipien der nationalen Vorschriften über die Ausgestaltung der allgemeinen Präferenzsysteme der drei erwähnten Vertragsparteien an, insbesondere die Existenz von äquivalenten Ursprungsregeln, die Toleranzregel, die Direkttransportregel, die Anerkennung von Ersatzursprungszeugnissen und die Amtshilfe.

Die Abkommen werden seit dem 1. April 2001 vorläufig angewendet.

Die Abkommen stärken die Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft. Sehr oft ist ihre industrielle Basis zu schmal, um ausgereifte Produkte mit westlichen Standards vollständig herzustellen. Sie sind somit auf Vorprodukte aus Industriestaaten angewiesen, um marktfähige Produkte herzustellen. Das Ausdehnen der Kumulationsmöglichkeiten auf die drei wichtigsten Handelspartner in Westeuropa erleichtert die entwicklungspolitisch angestrebte und ökonomisch sinnvolle Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Zum Vorteil der letzteren wird zudem der Wettbewerb zwischen den Anbietern der Industriestaaten erhöht. Für Schweizer Vormaterialien eröffnet sich neu die Möglichkeit, diese in Entwicklungsländern weiter bearbeiten zu lassen und präferenzberechtigt im EU-Markt anzubieten.

Die Schweizer Agrarpolitik wird durch die vorliegenden Abkommen nicht berührt. Wie bereits erwähnt, beschränkt sich der Geltungsbereich der Abkommen auf den Industriesektor. Im ganzen Agrarsektor, einschliesslich der landwirtschaftlichen

Verarbeitungsprodukte, beschränken sich die Kumulationsmöglichkeiten einzig auf die bilaterale Kumulation, d.h. den Einsatz von Schweizer Vormaterialien.

#### **9.2.4.3                    Finanzielle, personelle und volkswirtschaftliche Auswirkungen auf die Schweiz**

##### **9.2.4.3.1                Finanzielle und personelle Auswirkungen für den Bund und die Kantone**

Die vorliegenden Abkommen haben keine finanziellen und personellen Auswirkungen auf Bund und Kantone.

##### **9.2.4.3.2                Volkswirtschaftliche Auswirkungen auf die Schweiz**

Die Regelung ermöglicht Schweizer Firmen, arbeitsintensive Be- oder Verarbeitungen in kostengünstigere Entwicklungsländer auszulagern und alsdann die Produkte wieder präferenzbegünstigt in die Schweiz einzuführen bzw. in die Märkte der EU und Norwegens zu überführen.

#### **9.2.4.4                    Legislaturplanung**

Die Vorlage ist im Bericht über die Legislaturplanung 1999-2003 (BB1 2000 2276) nicht explizit erwähnt. Sie entspricht aber der Stossrichtung von Ziel 2 (Ausbau der aussen- und sicherheitspolitischen Präsenz in den Bereichen Friedensförderung, Schutz der Menschenrechte, Entwicklungszusammenarbeit – Verbesserte Stellung und Wahrnehmung der Schweiz im internationalen Umfeld).

#### **9.2.4.5                    Verhältnis zum WTO-Recht**

Die Abkommen ergänzen das Allgemeine Präferenzsystem der Schweiz und stehen im Einklang mit den Verpflichtungen im Rahmen der WTO.

#### **9.2.4.6                    Gültigkeit für das Fürstentum Liechtenstein**

Die Abkommen haben auch für das Fürstentum Liechtenstein Gültigkeit, solange dieses durch eine Zollunion mit der Schweiz verbunden ist.

#### **9.2.4.7                    Rechtsgrundlagen**

##### **9.2.4.7.1                Anpassung der Ursprungsregelnverordnung**

Gemäss Ziffer 6 der Abkommen treten diese in Kraft, wenn sich die Parteien einander den Abschluss der internen Verfahren zur Einführung der Ursprungskumulierung mit Vormaterialien der Vertragsparteien in ihre jeweiligen Allgemeinen Präferenzsysteme notifiziert haben. Der Bundesrat hat zu diesem

Zweck die Ursprungsregelnverordnung (SR 946.39) am 19. August 1998 geändert (AS 1998 2035). Nachdem auch die EU und Norwegen die Änderung ihrer Präferenzsysteme notifiziert haben, haben wir beschlossen, die Abkommen gestützt auf Artikel 2 des Bundesgesetzes über ausserwirtschaftliche Massnahmen (SR 946.201) vom 1. April 2001 an vorläufig anzuwenden. Die vorläufige Anwendung liegt im Interesse der schweizerischen Wirtschaft, von den in den Abkommen vorgesehenen Vorzügen möglichst schnell Gebrauch zu machen.

#### **9.2.4.7.2 Verfassungsmässigkeit**

Die Verfassungsgrundlage des Bundesbeschlusses besteht in der allgemeinen ausserpolitischen Kompetenz des Bundes nach Artikel 54 Absatz 1 der Bundesverfassung (BV). Die Zuständigkeit der Bundesversammlung zur Genehmigung von völkerrechtlichen Verträgen ergibt sich aus Artikel 166 Absatz 2 der BV. Die Abkommen enthalten keine ausdrückliche Kündigungsklausel. Gemäss Artikel 56 Absatz 1 Buchstabe b des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge (SR 0.111) ist ein Abkommen trotz fehlender Kündigungsklausel kündbar, wenn sich ein Kündigungs- oder Rücktrittsrecht aus der Natur des Vertrages herleiten lässt. Die vorliegenden Abkommen sind ihrer Natur nach völlig auf das Bestehen der jeweiligen Allgemeinen Präferenzsysteme der Vertragsparteien ausgerichtet und daher von diesen abhängig. Falls nicht eine in den Abkommen vorgesehene Suspension genügen sollte und die Schweiz die vorliegenden Abkommen wegen Wegfallens der Abkommensgründe kündigen möchte, müsste sie diese Absicht den Vertragsparteien mindestens 12 Monate im Voraus mitteilen (Art. 56 Abs. 2 des Wiener Übereinkommens). Es liegt weder ein Beitritt zu einer internationalen Organisation noch eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung vor. Der Ihnen zur Genehmigung unterbreitete Bundesbeschluss unterliegt somit nicht dem fakultativen Referendum nach Artikel 141 Absatz 1 Buchstabe d der BV.

**Bundesbeschluss  
über die Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft  
und mit Norwegen im Rahmen des Allgemeinen  
Präferenzsystems**

vom

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,  
gestützt auf die Artikel 54 Absatz 1 und 166 Absatz 2 der Bundesverfassung,  
nach Einsicht in die im Bericht vom 9. Januar 2002<sup>1</sup> zur Aussenwirtschaftspolitik  
2001 enthaltene Botschaft,  
beschliesst:*

**Art. 1**

<sup>1</sup> Die folgenden Abkommen werden genehmigt:

- a. Abkommen in Form eines Briefwechsels vom 14. Dezember 2000 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems (Anhang 2);
- b. Abkommen in Form eines Briefwechsels vom 19./23. Januar 2001 zwischen Norwegen und der Schweiz im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems (Anhang 3).

<sup>2</sup> Der Bundesrat wird ermächtigt, diese Abkommen zu ratifizieren.

**Art. 2**

Dieser Beschluss untersteht nicht dem Staatsvertragsreferendum.

<sup>1</sup> BBl 2002 ....



## **Abkommen**

### **in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems**

Unterzeichnet in Brüssel am 14. Dezember 2000

Von der Schweiz vorläufig angewendet seit 1. April 2001

---

#### **A. Schreiben der Gemeinschaft**

Sehr geehrte Damen und Herren,

1. Die Gemeinschaft und die Schweiz sind der Auffassung, daß sie im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) ähnliche Ursprungsregeln anwenden, die auf folgenden allgemeinen Grundsätzen beruhen:

- Definition des Begriffs "Erzeugnisse mit Ursprung in" oder "Ursprungserzeugnisse" nach denselben Kriterien;
- Bestimmungen über die regionale Kumulierung;
- Bestimmungen über die regionale Kumulierung mit Vormaterialien, die ihren Ursprung im Sinne der APS-Ursprungsregeln in der Europäischen Gemeinschaft, der Schweiz oder in Norwegen haben;
- Toleranzprozentsatz für Materialien ohne Ursprungseigenschaft;
- Verpflichtung zur unmittelbaren Beförderung der Waren ab dem begünstigten Land;
- Bestimmungen über die Ausstellung und Annahme des Ersatzursprungszeugnisses nach Formblatt A (im folgenden "Ersatzzeugnis" genannt);
- Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden der begünstigten Länder bei Ursprungszeugnissen nach Formblatt A.

2. Die Gemeinschaft und die Schweiz erkennen gegenseitig die Vormaterialien mit Ursprung in der anderen Vertragspartei oder in Norwegen (im Sinne der APS-Ursprungsregeln), die zur Herstellung eines Erzeugnisses mit Ursprung in einem APS-begünstigten Land verwendet wurden, als Ursprungserzeugnisse des begünstigten Landes an.

Die Zollbehörden der Gemeinschaft, der Schweiz oder Norwegens leisten einander die erforderliche Amtshilfe, insbesondere bei der Überprüfung der Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 für die im vorstehenden Absatz genannten

Vormaterialien. Die Amtshilfebestimmungen in Protokoll 3 des Abkommens EG-Schweiz, in Anhang B des EFTA-Übereinkommens und in Protokoll 4 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gelten sinngemäß.

Dieser Absatz gilt nicht für die Waren der Kapitel 1 bis 24 des Harmonisierten Systems.

3. Die Gemeinschaft und die Schweiz akzeptieren gegenseitig die von den Zollbehörden der anderen Vertragspartei ausgestellten Ersatzzeugnisse anstelle der von den zuständigen Behörden der begünstigten Länder ausgestellten Ursprungszeugnisse nach Formblatt A, sofern

- das Ursprungszeugnis nach Formblatt A und nicht eine andere Ursprungsbescheinigung durch dieses Verfahren ersetzt wird;
- das Ersatzzeugnis aufgrund eines schriftlichen Antrags des Wiederausführers ausgestellt wird;
- die fraglichen Waren je nach Fall in der Gemeinschaft oder der Schweiz unter zollamtlicher Überwachung geblieben und nur ent- oder verladen worden sind oder eine auf die Erhaltung ihres Zustands gerichtete Behandlung erfahren haben;
- die Zollstelle, die das Ersatzzeugnis ausstellt, das Original des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A erledigt und darauf die Seriennummern des oder der entsprechenden Ersatzzeugnisse einträgt.
- für die fraglichen Waren keine Abweichung von den Ursprungsregeln gilt;
- die Zollbehörden der Gemeinschaft und der Schweiz einander insbesondere bei den Nachprüfungen die erforderliche Amtshilfe leisten; die Behörden des Landes, in dem das Ersatzzeugnis ausgestellt wird, überprüfen insbesondere auf Antrag des Bestimmungslandes nachträglich die Gültigkeit des entsprechenden Originals des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A.

4. Das Ersatzzeugnis ist wie folgt auszustellen:

- Im Feld rechts oben muß das Land angegeben sein, in dem das Ersatzzeugnis ausgestellt worden ist.
- In Feld 4 ist die Angabe "certificat de remplacement" oder "replacement certificate" zu machen, und es sind Ausstellungsdatum und Seriennummer des Originals des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A zu vermerken.
- In Feld 1 ist der Name des Wiederausführers anzugeben.
- In Feld 2 kann der Name des endgültigen Empfängers eingetragen werden.
- In die Felder 3 bis 9 sind sämtliche in dem Original des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A enthaltenen Angaben zu übertragen, die sich auf die wiederausgeführten Waren beziehen.
- In Feld 10 ist auf die Rechnung des Wiederausführers Bezug zu nehmen.
- In Feld 11 ist der Sichtvermerk der Zollbehörde anzubringen, die das Ersatzzeugnis ausgestellt hat. Diese Behörde ist nur für die Ausstellung des Ersatzzeugnisses verantwortlich. In Feld 12 sind die Angaben über das Ursprungs- und Bestimmungsland einzutragen, die im Original des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A enthalten waren. Dieses Feld muß vom Wiederausführer unterzeichnet werden. Der Wiederausführer, der dieses Feld nach Treu und Glauben unterzeichnet hat, haftet nicht für die

Richtigkeit der Angaben im Original des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A.

- Die Zollstelle, die das Ersatzzeugnis ausstellt, trägt in dem Original des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A das Gewicht, die Nummern und die Art der weiterversandten Packstücke sowie die Seriennummern des oder der entsprechenden Ersatzzeugnisse ein. Das Original des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A und der Antrag auf das Ersatzzeugnis werden von der betreffenden Zollstelle mindestens drei Jahre lang aufbewahrt.
- Eine Fotokopie des Originals des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A kann dem Ersatzzeugnis beigelegt werden.

5. Jede der beiden Vertragsparteien kann die Durchführung dieses Abkommens unverzüglich aussetzen, wenn sie schwerwiegende Zweifel an dem ordnungsgemäßen Funktionieren hat. Sie hat jedoch vorher die zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei davon in Kenntnis zu setzen.

6. Nachdem die Europäische Gemeinschaft und die Schweiz einander den Abschluß der internen Verfahren zur Einführung der Ursprungskumulierung mit Vormaterialien mit Ursprung in der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz in ihre jeweiligen Allgemeinen Präferenzsysteme notifiziert haben, wird dieses Abkommen zu einem einvernehmlich festgelegten Zeitpunkt in Kraft treten.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir die Zustimmung Ihrer Regierung hierzu bestätigen könnten.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Im Namen des Rates  
der Europäischen Union

(Name)

## B. Schreiben der Schweiz

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich beehre mich, den Eingang Ihres Schreibens zu bestätigen, das wie folgt lautet:

„1. Die Gemeinschaft und die Schweiz sind der Auffassung, daß sie im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) ähnliche Ursprungsregeln anwenden, die auf folgenden allgemeinen Grundsätzen beruhen:

- Definition des Begriffs "Erzeugnisse mit Ursprung in" oder "Ursprungserzeugnisse" nach denselben Kriterien;
- Bestimmungen über die regionale Kumulierung;
- Bestimmungen über die regionale Kumulierung mit Vormaterialien, die ihren Ursprung im Sinne der APS-Ursprungsregeln in der Europäischen Gemeinschaft, der Schweiz oder in Norwegen haben;
- Toleranzprozentsatz für Materialien ohne Ursprungseigenschaft;
- Verpflichtung zur unmittelbaren Beförderung der Waren ab dem begünstigten Land;
- Bestimmungen über die Ausstellung und Annahme des Ersatzursprungszeugnisses nach Formblatt A (im folgenden "Ersatzzeugnis" genannt);
- Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden der begünstigten Länder bei Ursprungszeugnissen nach Formblatt A.

2. Die Gemeinschaft und die Schweiz erkennen gegenseitig die Vormaterialien mit Ursprung in der anderen Vertragspartei oder in Norwegen (im Sinne der APS-Ursprungsregeln), die zur Herstellung eines Erzeugnisses mit Ursprung in einem APS-begünstigten Land verwendet wurden, als Ursprungserzeugnisse des begünstigten Landes an.

Die Zollbehörden der Gemeinschaft, der Schweiz oder Norwegens leisten einander die erforderliche Amtshilfe, insbesondere bei der Überprüfung der Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 für die im vorstehenden Absatz genannten Vormaterialien. Die Amtshilfeb Bestimmungen in Protokoll 3 des Abkommens EG-Schweiz, in Anhang B des EFTA-Übereinkommens und in Protokoll 4 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gelten sinngemäß.

Dieser Absatz gilt nicht für die Waren der Kapitel 1 bis 24 des Harmonisierten Systems.

3. Die Gemeinschaft und die Schweiz akzeptieren gegenseitig die von den Zollbehörden der anderen Vertragspartei ausgestellten Ersatzzeugnisse anstelle der von den zuständigen Behörden der begünstigten Länder ausgestellten Ursprungszeugnisse nach Formblatt A, sofern

- das Ursprungszeugnis nach Formblatt A und nicht eine andere Ursprungsbescheinigung durch dieses Verfahren ersetzt wird;

- das Ersatzzeugnis aufgrund eines schriftlichen Antrags des Wiederausführers ausgestellt wird;
  - die fraglichen Waren je nach Fall in der Gemeinschaft oder der Schweiz unter zollamtlicher Überwachung geblieben und nur ent- oder verladen worden sind oder eine auf die Erhaltung ihres Zustands gerichtete Behandlung erfahren haben;
  - die Zollstelle, die das Ersatzzeugnis ausstellt, das Original des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A erledigt und darauf die Seriennummern des oder der entsprechenden Ersatzzeugnisse einträgt.
  - für die fraglichen Waren keine Abweichung von den Ursprungsregeln gilt;
  - die Zollbehörden der Gemeinschaft und der Schweiz einander insbesondere bei den Nachprüfungen die erforderliche Amtshilfe leisten; die Behörden des Landes, in dem das Ersatzzeugnis ausgestellt wird, überprüfen insbesondere auf Antrag des Bestimmungslandes nachträglich die Gültigkeit des entsprechenden Originals des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A.
4. Das Ersatzzeugnis ist wie folgt auszustellen:
- Im Feld rechts oben muß das Land angegeben sein, in dem das Ersatzzeugnis ausgestellt worden ist.
  - In Feld 4 ist die Angabe "certificat de remplacement" oder "replacement certificate" zu machen, und es sind Ausstellungsdatum und Seriennummer des Originals des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A zu vermerken.
  - In Feld 1 ist der Name des Wiederausführers anzugeben.
  - In Feld 2 kann der Name des endgültigen Empfängers eingetragen werden.
  - In die Felder 3 bis 9 sind sämtliche in dem Original des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A enthaltenen Angaben zu übertragen, die sich auf die wiederausgeführten Waren beziehen.
  - In Feld 10 ist auf die Rechnung des Wiederausführers Bezug zu nehmen.
  - In Feld 11 ist der Sichtvermerk der Zollbehörde anzubringen, die das Ersatzzeugnis ausgestellt hat. Diese Behörde ist nur für die Ausstellung des Ersatzzeugnisses verantwortlich. In Feld 12 sind die Angaben über das Ursprungs- und Bestimmungsland einzutragen, die im Original des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A enthalten waren. Dieses Feld muß vom Wiederausführer unterzeichnet werden. Der Wiederausführer, der dieses Feld nach Treu und Glauben unterzeichnet hat, haftet nicht für die Richtigkeit der Angaben im Original des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A.
  - Die Zollstelle, die das Ersatzzeugnis ausstellt, trägt in dem Original des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A das Gewicht, die Nummern und die Art der weiterversandten Packstücke sowie die Seriennummern des oder der entsprechenden Ersatzzeugnisse ein. Das Original des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A und der Antrag auf das Ersatzzeugnis werden von der betreffenden Zollstelle mindestens drei Jahre lang aufbewahrt.

- Eine Fotokopie des Originals des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A kann dem Ersatzzeugnis beigelegt werden.

5. Jede der beiden Vertragsparteien kann die Durchführung dieses Abkommens unverzüglich aussetzen, wenn sie schwerwiegende Zweifel an dem ordnungsgemäßen Funktionieren hat. Sie hat jedoch vorher die zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei davon in Kenntnis zu setzen.

6. Nachdem die Europäische Gemeinschaft und die Schweiz einander den Abschluß der internen Verfahren zur Einführung der Ursprungskumulierung mit Vormaterialien mit Ursprung in der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz in ihre jeweiligen Allgemeinen Präferenzsysteme notifiziert haben, wird dieses Abkommen zu einem einvernehmlich festgelegten Zeitpunkt in Kraft treten.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir die Zustimmung Ihrer Regierung hierzu bestätigen könnten.“

Ich beehre mich, Ihnen die Zustimmung meiner Regierung zum Inhalt dieses Schreibens zu bestätigen.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Im Namen des  
Schweizerischen Bundesrats

(Martinelli)

Unterzeichnet in Brüssel, den 14. Dezember 2000

**Abkommen****in Form eines Briefwechsels zwischen der Schweiz und Norwegen im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems**

Unterzeichnet in Oslo am 19./23. Januar 2001

Von der Schweiz vorläufig angewendet seit 1. April 2001

---

**A. Schreiben der Schweiz**

Exzellenz,

1. Die Schweiz und Norwegen sind der Auffassung, daß sie im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) ähnliche Ursprungsregeln anwenden, die auf folgenden allgemeinen Grundsätzen beruhen:

- Definition des Begriffs "Erzeugnisse mit Ursprung in" oder "Ursprungserzeugnisse" nach denselben Kriterien;
- Bestimmungen über die regionale Kumulierung;
- Bestimmungen über die regionale Kumulierung mit Vormaterialien, die ihren Ursprung im Sinne der APS-Ursprungsregeln in der Europäischen Gemeinschaft, der Schweiz oder in Norwegen haben;
- Toleranzprozentsatz für Materialien ohne Ursprungseigenschaft;
- Verpflichtung zur unmittelbaren Beförderung der Waren ab dem begünstigten Land;
- Bestimmungen über die Ausstellung und Annahme des Ersatzursprungszeugnisses nach Formblatt A (im folgenden "Ersatzzeugnis" genannt);
- Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden der begünstigten Länder bei Ursprungszeugnissen nach Formblatt A.

2. Die Schweiz und Norwegen erkennen gegenseitig die Vormaterialien mit Ursprung in der anderen Vertragspartei oder in der Gemeinschaft (im Sinne der APS-Ursprungsregeln), die zur Herstellung eines Erzeugnisses mit Ursprung in einem APS-begünstigten Land verwendet wurden, als Ursprungserzeugnisse des begünstigten Landes an.

Die Zollbehörden der Schweiz, Norwegens oder der Gemeinschaft leisten einander die erforderliche Amtshilfe, insbesondere bei der Überprüfung der Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 für die im vorstehenden Absatz genannten Vormaterialien. Die Amtshilfebestimmungen in Anhang B des EFTA-Übereinkommens, in Protokoll 3 des Abkommens EG-Schweiz und in Protokoll 4 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gelten sinngemäss.

<sup>1</sup> Übersetzung des englischen Originaltextes.

Dieser Absatz gilt nicht für die Waren der Kapitel 1 bis 24 des Harmonisierten Systems.

3. Die Schweiz und Norwegen akzeptieren gegenseitig die von den Zollbehörden der anderen Vertragspartei ausgestellten Ersatzzeugnisse anstelle der von den zuständigen Behörden der begünstigten Länder ausgestellten Ursprungszeugnisse nach Formblatt A, sofern

- das Ursprungszeugnis nach Formblatt A und nicht eine andere Ursprungsbescheinigung durch dieses Verfahren ersetzt wird;
- das Ersatzzeugnis aufgrund eines schriftlichen Antrags des Wiederausführers ausgestellt wird;
- die fraglichen Waren je nach Fall in der Schweiz oder Norwegen der unter zollamtlicher Überwachung geblieben und nur ent- oder verladen worden sind oder eine auf die Erhaltung ihres Zustands gerichtete Behandlung erfahren haben;
- die Zollstelle, die das Ersatzzeugnis ausstellt, das Original des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A erledigt und darauf die Seriennummern des oder der entsprechenden Ersatzzeugnisse einträgt.
- für die fraglichen Waren keine Abweichung von den Ursprungsregeln gilt;
- die Zollbehörden der Schweiz und Norwegens einander insbesondere bei den Nachprüfungen die erforderliche Amtshilfe leisten; die Behörden des Landes, in dem das Ersatzzeugnis ausgestellt wird, überprüfen insbesondere auf Antrag des Bestimmungslandes nachträglich die Gültigkeit des entsprechenden Originals des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A.

4. Das Ersatzzeugnis ist wie folgt auszustellen:

- Im Feld rechts oben muss das Land angegeben sein, in dem das Ersatzzeugnis ausgestellt worden ist.
- In Feld 4 ist die Angabe "certificat de remplacement" oder "replacement certificate" zu machen, und es sind Ausstellungsdatum und Seriennummer des Originals des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A zu vermerken.
- In Feld 1 ist der Name des Wiederausführers anzugeben.
- In Feld 2 kann der Name des endgültigen Empfängers eingetragen werden.
- In die Felder 3 bis 9 sind sämtliche in dem Original des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A enthaltenen Angaben zu übertragen, die sich auf die wiederausgeführten Waren beziehen.
- In Feld 10 ist auf die Rechnung des Wiederausführers Bezug zu nehmen.
- In Feld 11 ist der Sichtvermerk der Zollbehörde anzubringen, die das Ersatzzeugnis ausgestellt hat. Diese Behörde ist nur für die Ausstellung des Ersatzzeugnisses verantwortlich. In Feld 12 sind die Angaben über das Ursprungs- und Bestimmungsland einzutragen, die im Original des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A enthalten waren. Dieses Feld muß vom Wiederausführer unterzeichnet werden. Der Wiederausführer, der dieses Feld nach Treu und Glauben unterzeichnet hat, haftet nicht für die



Richtigkeit der Angaben im Original des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A.

- Die Zollstelle, die das Ersatzzeugnis ausstellt, trägt in dem Original des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A das Gewicht, die Nummern und die Art der weiterversandten Packstücke sowie die Seriennummern des oder der entsprechenden Ersatzzeugnisse ein. Das Original des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A und der Antrag auf das Ersatzzeugnis werden von der betreffenden Zollstelle mindestens drei Jahre lang aufbewahrt.
- Eine Fotokopie des Originals des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A kann dem Ersatzzeugnis beigelegt werden.

5. Jede der beiden Vertragsparteien kann die Durchführung dieses Abkommens unverzüglich aussetzen, wenn sie schwerwiegende Zweifel an dem ordnungsgemäßen Funktionieren hat. Sie hat jedoch vorher die zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei davon in Kenntnis zu setzen.

6. Nachdem die Schweiz und Norwegen einander den Abschluß der internen Verfahren zur Einführung der Ursprungskumulierung mit Vormaterialien mit Ursprung in der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz in ihre jeweiligen Allgemeinen Präferenzsysteme notifiziert haben, wird dieses Abkommen zu einem einvernehmlich festgelegten Zeitpunkt in Kraft treten.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir die Zustimmung Ihrer Regierung hierzu bestätigen könnten.

Genehmigen Sie, Excellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Im Namen des  
Schweizerischen Bundesrats

(Pedotti)

Unterzeichnet in Oslo, den 19. Januar 2001

## B. Schreiben Norwegens

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Eingang Ihres Schreibens zu bestätigen, das wie folgt lautet:

„1. Die Schweiz und Norwegen sind der Auffassung, daß sie im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) ähnliche Ursprungsregeln anwenden, die auf folgenden allgemeinen Grundsätzen beruhen:

- Definition des Begriffs "Erzeugnisse mit Ursprung in" oder "Ursprungserzeugnisse" nach denselben Kriterien;
- Bestimmungen über die regionale Kumulierung;
- Bestimmungen über die regionale Kumulierung mit Vormaterialien, die ihren Ursprung im Sinne der APS-Ursprungsregeln in der Europäischen Gemeinschaft, der Schweiz oder in Norwegen haben;
- Toleranzprozentsatz für Materialien ohne Ursprungseigenschaft;
- Verpflichtung zur unmittelbaren Beförderung der Waren ab dem begünstigten Land;
- Bestimmungen über die Ausstellung und Annahme des Ersatzursprungszeugnisses nach Formblatt A (im folgenden "Ersatzzeugnis" genannt);
- Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden der begünstigten Länder bei Ursprungszeugnissen nach Formblatt A.

2. Die Schweiz und Norwegen erkennen gegenseitig die Vormaterialien mit Ursprung in der anderen Vertragspartei oder in der Gemeinschaft (im Sinne der APS-Ursprungsregeln), die zur Herstellung eines Erzeugnisses mit Ursprung in einem APS-begünstigten Land verwendet wurden, als Ursprungserzeugnisse des begünstigten Landes an.

Die Zollbehörden der Schweiz, Norwegens oder der Gemeinschaft leisten einander die erforderliche Amtshilfe, insbesondere bei der Überprüfung der Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 für die im vorstehenden Absatz genannten Vormaterialien. Die Amtshilfebestimmungen in Anhang B des EFTA-Übereinkommens, in Protokoll 3 des Abkommens EG-Schweiz und in Protokoll 4 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gelten sinngemäß.

Dieser Absatz gilt nicht für die Waren der Kapitel 1 bis 24 des Harmonisierten Systems.

3. Die Schweiz und Norwegen akzeptieren gegenseitig die von den Zollbehörden der anderen Vertragspartei ausgestellten Ersatzzeugnisse anstelle der von den zuständigen Behörden der begünstigten Länder ausgestellten Ursprungszeugnisse nach Formblatt A, sofern

- das Ursprungszeugnis nach Formblatt A und nicht eine andere Ursprungsbescheinigung durch dieses Verfahren ersetzt wird;

- das Ersatzzeugnis aufgrund eines schriftlichen Antrags des Wiederausführers ausgestellt wird;
  - die fraglichen Waren je nach Fall in der Schweiz oder Norwegen der unter zollamtlicher Überwachung geblieben und nur ent- oder verladen worden sind oder eine auf die Erhaltung ihres Zustands gerichtete Behandlung erfahren haben;
  - die Zollstelle, die das Ersatzzeugnis ausstellt, das Original des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A erledigt und darauf die Seriennummern des oder der entsprechenden Ersatzzeugnisse einträgt.
  - für die fraglichen Waren keine Abweichung von den Ursprungsregeln gilt;
  - die Zollbehörden der Schweiz und Norwegens einander insbesondere bei den Nachprüfungen die erforderliche Amtshilfe leisten; die Behörden des Landes, in dem das Ersatzzeugnis ausgestellt wird, überprüfen insbesondere auf Antrag des Bestimmungslandes nachträglich die Gültigkeit des entsprechenden Originals des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A.
4. Das Ersatzzeugnis ist wie folgt auszustellen:
- Im Feld rechts oben muß das Land angegeben sein, in dem das Ersatzzeugnis ausgestellt worden ist.
  - In Feld 4 ist die Angabe "certificat de remplacement" oder "replacement certificate" zu machen, und es sind Ausstellungsdatum und Seriennummer des Originals des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A zu vermerken.
  - In Feld 1 ist der Name des Wiederausführers anzugeben.
  - In Feld 2 kann der Name des endgültigen Empfängers eingetragen werden.
  - In die Felder 3 bis 9 sind sämtliche in dem Original des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A enthaltenen Angaben zu übertragen, die sich auf die wiederausgeführten Waren beziehen.
  - In Feld 10 ist auf die Rechnung des Wiederausführers Bezug zu nehmen.
  - In Feld 11 ist der Sichtvermerk der Zollbehörde anzubringen, die das Ersatzzeugnis ausgestellt hat. Diese Behörde ist nur für die Ausstellung des Ersatzzeugnisses verantwortlich. In Feld 12 sind die Angaben über das Ursprungs- und Bestimmungsland einzutragen, die im Original des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A enthalten waren. Dieses Feld muß vom Wiederausführer unterzeichnet werden. Der Wiederausführer, der dieses Feld nach Treu und Glauben unterzeichnet hat, haftet nicht für die Richtigkeit der Angaben im Original des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A.
  - Die Zollstelle, die das Ersatzzeugnis ausstellt, trägt in dem Original des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A das Gewicht, die Nummern und die Art der weiterversandten Packstücke sowie die Seriennummern des oder der entsprechenden Ersatzzeugnisse ein. Das Original des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A und der Antrag auf das Ersatzzeugnis werden von der betreffenden Zollstelle mindestens drei Jahre lang aufbewahrt.
  - Eine Fotokopie des Originals des Ursprungszeugnisses nach Formblatt A kann dem Ersatzzeugnis beigelegt werden.

5. Jede der beiden Vertragsparteien kann die Durchführung dieses Abkommens unverzüglich aussetzen, wenn sie schwerwiegende Zweifel an dem ordnungsgemäßen Funktionieren hat. Sie hat jedoch vorher die zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei davon in Kenntnis zu setzen.

6. Nachdem die Schweiz und Norwegen einander den Abschluß der internen Verfahren zur Einführung der Ursprungskumulierung mit Vormaterialien mit Ursprung in der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz in ihre jeweiligen Allgemeinen Präferenzsysteme notifiziert haben, wird dieses Abkommen zu einem einvernehmlich festgelegten Zeitpunkt in Kraft treten.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir die Zustimmung Ihrer Regierung hierzu bestätigen könnten.“

Ich beehre mich, Ihnen die Zustimmung meiner Regierung zum Inhalt dieses Schreibens zu bestätigen.

Genehmigen Sie, Excellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

im Namen der Regierung des  
Königreichs Norwegen

(Name)

Unterzeichnet in Oslo, den 23. Januar 2001

## 9.2.5

### Botschaft

#### zu den Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Jugoslawien sowie Bosnien und Herzegowina

vom 9. Januar 2002

---

### 9.2.5.1

#### Allgemeiner Teil

#### 9.2.5.1.1

##### Übersicht

Zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Jugoslawien sowie Bosnien und Herzegowina sind bislang keine Wirtschaftsabkommen in Kraft. Aufgrund des volkswirtschaftlichen Entwicklungsgrades von Bosnien und Herzegowina ist nicht mit einem baldigen Abschluss eines Freihandelsabkommens zu rechnen. Im Fall der Bundesrepublik Jugoslawien ist die EFTA gegenwärtig dabei, ihr Vorgehen diesbezüglich zu definieren.

Die vorliegenden Abkommen stellen einen weiteren Schritt zur Vervollständigung des Wirtschaftsvertragsnetzes für die Balkanregion dar: Mit Rumänien, Bulgarien, Slowenien, und Mazedonien stehen bereits Freihandelsabkommen im Rahmen der EFTA in Anwendung. Das Freihandelsabkommen mit Kroatien (vgl. Ziff. 9.2.2) steht vor der parlamentarischen Genehmigung. Mit Albanien hat die Schweiz 1995 ebenfalls ein nichtpräferentielles bilaterales Handels- und Kooperationsabkommen abgeschlossen.

Ziel dieser Abkommen ist es, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zu fördern und zu festigen. Gleichzeitig sollen damit die in den beiden Ländern eingeleiteten marktwirtschaftlichen Reformprozesse unterstützt werden.

Beide Abkommen schaffen nicht nur einen rechtlichen Rahmen für den in absehbarer Zeit sich intensivierenden Wirtschaftsaustausch mit den beiden Ländern, sondern stellen auch einen Schritt in der Umsetzung der strategischen Ziele der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik gegenüber den Ländern Südosteuropas dar.

Der Inhalt dieser nicht präferenziellen Abkommen basiert auf den Grundprinzipien des GATT/WTO. Die Abkommen nehmen Bezug auf die Grundsätze der pluralistischen Demokratie, enthalten ausführliche Bestimmungen über den Schutz des geistigen Eigentums und regeln die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die als Rahmenvereinbarungen konzipierten Verträge schliessen ausserdem eine Entwicklungsklausel ein, welche erlaubt, die Vertragsinhalte neuen Gegebenheiten anzupassen.

Beide Abkommen können jederzeit unter Einhaltung einer Vorankündigungsfrist von sechs Monaten gekündigt werden.

#### 9.2.5.1.2

##### Wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Jugoslawien

Die gegen Ende der Ära Milosevic immer gravierender werdende Misswirtschaft, die Bombardierung durch die NATO sowie das mehrjährige, erst im Oktober 2000 gelockerte Sanktionsregime haben der Bundesrepublik Jugoslawien schweren ökonomischen Schaden

zugefügt. Die internationale Gemeinschaft unternimmt gegenwärtig grosse Bemühungen, um die Wirtschaft des Landes zu konsolidieren und den Wiederaufbau der Infrastruktur rasch voranzutreiben. Die flexible Haltung der neuen jugoslawischen Behörden sowie das Entgegenkommen und das grosse Interesse der internationalen Finanzierungsinstitutionen an einer raschen Stabilisierung der Lage ermöglichten rasche Fortschritte im Beitrittsprozess zu den Bretton-Woods-Institutionen (IMF, Weltbank) und der EBRD, wo sich die Bundesrepublik Jugoslawien den Schweizer Stimmrechtsgruppen angeschlossen hat. Von den rund 11 Milliarden US-Dollar Aussenschulden der Bundesrepublik Jugoslawien konnte im November für den auf den Pariser Klub entfallenden Anteil von 4,5 Milliarden Dollar eine Umschuldungslösung gefunden werden.

Nach einem starken Einbruch des Bruttosozialproduktes im Jahre 1999 hat die jugoslawische Wirtschaft bereits 2000 wieder auf einen Wachstumskurs zurückgefunden. Hält die politische Stabilisierung an, so dürften jährliche Wachstumsraten von 5-6 Prozent möglich sein. Die Finanzierung des Budget- und des Leistungsbilanzdefizits stellt das Hauptproblem für die jugoslawische Regierung dar. Der Handel mit den westeuropäischen Ländern ist noch vergleichsweise gering.

#### **9.2.5.1.3                    Wirtschaftliche Situation in Bosnien und Herzegowina**

Die beiden konstituierenden Entitäten von Bosnien und Herzegowina – die muslimisch-kroatische Föderation und die Republika Srpska (RS) – weisen einen unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsstand auf. Noch 1995 war das BIP des Gesamtstaates Bosnien und Herzegowina kaum grösser als 2 Milliarden US-Dollar, was ungefähr einem Drittel des Vorkriegsvolumens gleichkommt. Danach wuchs die Wirtschaft in der muslimisch-kroatischen Föderation jährlich um 15–20 Prozent, während der wirtschaftliche Aufschwung in der Republika Srpska bis 1998 auf sich warten liess. Genährt wurde der Nachkriegsboom durch ausländische Wiederaufbauhilfe. Die nur langsam voranschreitenden Strukturreformen und die kaum vom Fleck kommende Privatisierung, aber auch die Kosovo-Krise, bremsten das wirtschaftliche Wachstum im Jahr 2000 auf 8 Prozent ab. Mit vergleichbaren Wachstumsraten wird auch für das Jahr 2001 gerechnet.

Im Bereich der makroökonomischen Stabilisierung sind beachtliche Fortschritte zu verzeichnen, welche nicht zuletzt auf die Einführung eines „Currency Board“ zurückzuführen sind. Während die Inflation im vergangenen Jahr mit ca. 4 Prozent (Föderation 2%, RS 9%) verhältnismässig gering war, zeigen sich im Ertragsbilanzdefizit von 34 Prozent des BIP sowie einer Aussenverschuldung von 73 Prozent des BIP weiterhin die potenziellen Gefahren für eine erneute Destabilisierung der bosnisch-herzegowinischen Volkswirtschaft.

#### **9.2.5.1.4                    Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Jugoslawien**

Der Handel zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Jugoslawien bewegt sich heute noch auf bescheidenem Niveau. 2000 exportierte die Schweiz für rund 111 Millionen Franken Waren nach der Bundesrepublik Jugoslawien und importierte Güter im Wert von ca. 15 Millionen Franken. Bei den Schweizer Exportgütern handelt es sich in erster Linie um chemische und pharmazeutische Produkte sowie Fahrzeuge und Maschinen. Hauptimportgüter aus der Bundesrepublik Jugoslawien sind landwirtschaftliche Produkte, Metallwaren und Kunststoffe.

Zur Förderung des Handelsaustausches zwischen den beiden Staaten sowie zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung hat die Schweiz die Bundesrepublik Jugoslawien am 1. April 2001 wieder in das Allgemeine Zollpräferenzen-Schema (GSP) aufgenommen, aus welchem das Land aufgrund der Repressionen in Kosovo durch die damalige Regierung ausgeschlossen worden war. Das Präferenzschema erlaubt es (mit Ausnahme von Textilien), alle Industriegüter aus der Bundesrepublik Jugoslawien zollfrei sowie zahlreiche Agrargüter mit reduzierten Zollansätzen in die Schweiz einzuführen.

Weitere Unterstützung bietet die Schweiz im Rahmen der Finanzhilfe, der technischen Zusammenarbeit sowie der humanitären Hilfe. Für 1996-2000 stand ein Betrag von 102 Millionen Franken zur Verfügung, für 2001 sind 45 Millionen Franken budgetiert. Zahlreiche Projekte, die in den kommenden Jahren realisiert werden sollen, befinden sich gegenwärtig in der Evaluationsphase. Nach dem politischen Umschwung wurde dem Land mit der Lieferung von Strom und Medikamenten sowie mit der Unterstützung bei den Rentenzahlungen rasch die dringend benötigte Hilfeleistung geboten.

#### **9.2.5.1.5            Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Bosnien und Herzegowina**

Der Handel zwischen der Schweiz und Bosnien und Herzegowina ist wenig entwickelt. 2000 betrugen die Exporte nach Bosnien und Herzegowina rund 32 Millionen Franken, während sich die Importe auf 3 Millionen Franken beliefen. Nach Bosnien und Herzegowina exportiert die Schweiz hauptsächlich Maschinen, Papier und chemische Produkte. Auf der Importseite finden sich schwergewichtig Holz, Kunststoffe und landwirtschaftliche Güter.

Zur Förderung des Handelsaustausches zwischen den beiden Staaten sowie zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung gewährt die Schweiz Bosnien und Herzegowina seit dem 1. April 2001 für eine Dauer von drei Jahren dieselben Zollpräferenzen wie den ärmsten Entwicklungsländern. Dank dieser Massnahme können alle bosnischen industriellen Güter sowie die meisten Landwirtschaftsprodukte zollfrei in die Schweiz importiert werden.

Weitere Unterstützung bietet die Schweiz im Rahmen der Finanzhilfe, der technischen Zusammenarbeit sowie der humanitären Hilfe. Für 1996-2000 stand ein Betrag von 85 Millionen Franken zur Verfügung; für 2001 sind 21 Millionen Franken budgetiert.

Gegenüber beiden Ländern besteht das übergeordnete und langfristige Ziel der schweizerischen Kooperation darin, einen Beitrag zur Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu leisten, die Grundlage für einen dauerhaften Frieden zu schaffen und der Bevölkerung eine Zukunftsperspektive zu vermitteln. Über die rein bilaterale Unterstützung hinaus profitieren beide Länder auch von den Massnahmen der Schweiz im Rahmen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa

#### **9.2.5.2            Besonderer Teil**

##### **9.2.5.2.1          Verhandlungsverlauf**

Die Abkommen konnten jeweils bereits beim ersten Treffen mit den Behörden der beiden Länder paraphiert werden. Das Abkommen mit Bosnien und Herzegowina wurde am 11. September 2001 vom Schweizer Botschafter in Sarajevo, jenes mit der Bundesrepublik Jugoslawien am 21. November 2001 von Staatssekretär für Wirtschaft in Belgrad unterzeichnet.

Die beiden Staatsverträge schaffen die Rahmenbedingungen, die eine Ausweitung des gegenseitigen Waren- und Dienstleistungsaustausches, intensivere gegenseitige Beziehungen und damit eine harmonische Entwicklung des Warenverkehrs begünstigen (Art. 1). Um dieses Ziel zu erreichen, berufen sich die Verträge auf die grundlegenden GATT/WTO-Prinzipien (Art. 2). Die Vertragsparteien gewähren einander die Meistbegünstigung (Art. 3) und sind in Bezug auf den Warenhandel dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung verpflichtet (Art. 4).

Die importierten Güter des jeweiligen Vertragspartners kommen in den Genuss der Inländerbehandlung (Art. 5). Die aus dem Handel mit Gütern und Dienstleistungen anfallenden Zahlungen erfolgen ausschliesslich in frei konvertierbarer Währung, und der Zugang zu Devisen darf in keiner Weise eingeschränkt werden (Art. 6). Der Warenhandel hat zu Marktpreisen sowie auf der Grundlage international üblicher Geschäftsgepflogenheiten zu erfolgen; Tausch- und Gegengeschäfte sollen von den Vertragsparteien weder verlangt noch gefördert werden (Art. 7). Die Vertragsparteien bemühen sich um faire Wettbewerbsbedingungen im öffentlichen Beschaffungswesen (Art. 8). In Artikel 9 werden die Vertragsparteien dazu angehalten, der jeweils anderen Partei freien Zugang zu Informationen über geltende Gesetze, Gerichtsentscheide und administrative Regelungen zu gewähren. Dasselbe gilt für Änderungen bei der Zoll- sowie der statistischen Nomenklatur. Im Falle von Marktstörungen verpflichten sich die Vertragsparteien vor Ergreifen von Schutzmassnahmen zu gegenseitigen Konsultationen und zur Suche nach einvernehmlichen Lösungen (Art. 10). Artikel 11 berechtigt die Parteien, angemessene Massnahmen zu ergreifen, wenn Dumping festgestellt wird. Der Gütertransit soll nicht mit ungerechtfertigten Gebühren belegt werden (Art. 12).

Die Vertragsparteien gewährleisten einen angemessenen, wirksamen und nicht diskriminierenden Schutz des geistigen Eigentums (Art. 13). Artikel 14 enthält die in Handelsverträgen üblichen Ausnahmeregeln (z.B. Schutz der öffentlichen Sittlichkeit, Schutz menschlichen, tierischen oder pflanzlichen Lebens); Artikel 15 verpflichtet die Vertragsparteien, beim Abbau von technischen Handelshemmnissen zusammenzuarbeiten. Artikel 16 ist der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gewidmet. Mit ihr sollen strukturelle Veränderungen beschleunigt und der Erfahrungsaustausch gefördert werden. Die Wirksamkeit der beiden Abkommen wird durch je einen Gemischten Ausschuss zu überprüfen sein (Art. 17). Auf Antrag einer Vertragspartei sind die Abkommensbestimmungen zu überprüfen; diese können im gegenseitigen Einverständnis ergänzt werden (Art. 18). Artikel 19 regelt die Streitschlichtung. Beim Zugang für natürliche und juristische Personen zu Gerichten gewährleisten die Vertragsparteien Inländerbehandlung (Art. 20). Im Abkommen mit der Bundesrepublik Jugoslawien ist in Absatz 2 des gleichen Artikels zudem präzisiert, dass die Vertragsparteien das Erfordernis einer anwaltlichen Vertretung vorschreiben können.

Die Abkommen gelten auch für das Fürstentum Liechtenstein (Art. 21). Sie treten am ersten Tag des Folgemonats in Kraft, nachdem sich die Vertragsparteien einander die Beendigung der internen Genehmigungsverfahren notifiziert haben (Art. 22). Die Abkommen gelten auf unbeschränkte Zeit; sie sind aber jederzeit auf sechs Monate kündbar (Art. 23). Beide Abkommen haben je einen Anhang bezüglich der Bestimmungen über das geistige Eigentum (Art. 13).

Das Abkommen mit Bosnien und Herzegowina hat auf ihrem gesamten Territorium Gültigkeit; es gilt also sowohl für die muslimisch-kroatische Föderation als auch für die Republika Srpska. Aussenhandel und Wirtschaftsbeziehungen unterstehen der Zentralregierung von Bosnien und Herzegowina, welche für die Umsetzung des Abkommens in beiden konstituierenden Teilrepubliken verantwortlich sein wird. Die bosnische Seite hat darum gebeten, das Abkommen



zwischen dem Ministerrat von Bosnien und Herzegowina einerseits und dem Schweizerischen Bundesrat andererseits abzuschliessen. Die Gültigkeit des Abkommens mit der Bundesrepublik Jugoslawien erstreckt sich über die beiden konstituierenden Republiken Serbien und Montenegro. Die Zuständigkeit für die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland und für den Abschluss von Staatsverträgen liegt auf Föderationsebene, also der Bundesrepublik Jugoslawien.

#### **9.2.5.2.3            Finanzielle Auswirkungen**

Der Abschluss der beiden Abkommen hat keine finanziellen Auswirkungen auf den Bundeshaushalt.

#### **9.2.5.2.4            Legislaturplanung**

Die Abkommen entsprechen dem Inhalt von Ziel 2 (Verbesserte Stellung und Wahrnehmung der Schweiz im internationalen Umfeld) des Berichts über die Legislaturplanung 1999–2003 (BBI 2000 2276).

#### **9.2.5.2.5            Verhältnis zum europäischen Recht und Bezug zu den anderen Instrumenten der Handelspolitik**

Die Abkommen orientieren sich am GATT/WTO-Übereinkommen und stehen somit im Einklang mit den aus jenen Übereinkommen resultierenden Verpflichtungen. Die Europäische Union hat eine Task Force eingesetzt mit dem Ziel, die Bundesrepublik Jugoslawien in den Stabilisierungs- und Assoziationsprozess einzugliedern. Bezüglich Bosnien und Herzegowina sind Abklärungen für ein späteres analoges Vorgehen im Gange. Die bilateralen Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit der Schweiz stimmen in handelspolitischer Hinsicht weitgehend mit der Handlungsweise der Europäischen Union im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziationsprozesses überein. Sie sind deshalb mit den Zielen unserer europäischen Integrationspolitik vereinbar.

#### **9.2.5.2.6            Gültigkeit für das Fürstentum Liechtenstein**

Die Abkommen haben auch für das Fürstentum Liechtenstein Gültigkeit, solange dieses mit der Schweiz durch eine Zollunion verbunden ist (Art. 21).

#### **9.2.5.2.7            Verfassungsmässigkeit**

Die verfassungsmässige Grundlage des Bundesbeschlusses findet sich in der allgemeinen aussenpolitischen Kompetenz des Bundes gemäss Artikel 54 Absatz 1 der Bundesverfassung. Die Kompetenz der Bundesversammlung, diese Verträge zu genehmigen, ergibt sich aus Artikel 166 Absatz 2 der Bundesverfassung.

Die vorliegenden Abkommen können jederzeit unter Einhaltung einer Vorankündigungsfrist von sechs Monaten gekündigt werden. Es liegt weder ein Beitritt zu einer internationalen Organisation noch eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung vor. Der Ihnen zur Genehmigung

unterbreitete Bundesbeschluss unterliegt somit nicht dem fakultativen Referendum gemäss Artikel 141 Absatz 1 Buchstabe d der Bundesverfassung.

## **Bundesbeschluss**

### **betreffend die Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Jugoslawien sowie Bosnien und Herzegowina**

vom

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,  
gestützt auf die Artikel 54 Absatz 1 und 166 Absatz 2 der Bundesverfassung,  
nach Einsicht in die im Bericht vom 9. Januar 2002<sup>1</sup> zur Aussenwirtschaftspolitik  
2001 enthaltene Botschaft,  
beschliesst:*

#### **Art. 1**

<sup>1</sup> Die folgenden Abkommen werden genehmigt:

- a. Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Jugoslawien (Anhang 2);
- b. Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und dem Ministerrat von Bosnien und Herzegowina (Anhang 3).

<sup>2</sup> Der Bundesrat wird ermächtigt, diese Abkommen zu ratifizieren.

#### **Art. 2**

Dieser Beschluss untersteht nicht dem Staatsvertragsreferendum.

<sup>1</sup> BBl 2002 ....

**Abkommen****über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Jugoslawien**

Unterzeichnet in Belgrad am 21. November 2001

---

*Die Schweizerische Eidgenossenschaft*

*und*

*die Bundesrepublik Jugoslawien,*

im Folgenden «die Vertragsparteien» genannt,

Eingedenk der besonderen Bedeutung des Aussenhandels sowie der verschiedenen Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit für die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Länder;

In der Bereitschaft, bei der Suche nach Mitteln und Wegen zur Ausweitung des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Übereinstimmung mit den Grundsätzen und Bestimmungen der am 1. August 1975 in Helsinki unterzeichneten Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie anderer KSZE/OSZE-Dokumente, insbesondere der Charta von Paris für ein neues Europa und den im Schlussdokument der Bonner Konferenz über die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa enthaltenen Grundsätzen, zusammenzuarbeiten;

Unter Bekräftigung ihres Bekenntnisses zur pluralistischen Demokratie auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte – einschliesslich der Rechte von Personen, die Minderheiten angehören –, der Grundfreiheiten sowie ihres Bekenntnisses zur Marktwirtschaft;

Unter Bekräftigung ihrer Bereitschaft, den Stabilitätspakt für Südosteuropa zu unterstützen;

Vom Wunsche geleitet, günstige Voraussetzungen für eine substantielle und harmonische Entwicklung und Diversifizierung ihres gegenseitigen Handels sowie für die Förderung der Zusammenarbeit in Bereichen von gemeinsamem Interesse auf dem Gebiet des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu schaffen;

In der Bereitschaft, die sich bietenden Möglichkeiten zu prüfen, um die gegenseitigen Beziehungen zu pflegen und zu vertiefen sowie auf Bereiche auszudehnen, die nicht unter dieses Abkommen fallen;

Entschlossen, ihre Handelsbeziehungen im Einklang mit den Grundsätzen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) sowie der übrigen Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO) zu entwickeln;

In Berücksichtigung des Status der Schweiz als Mitglied der WTO und des in Gang befindlichen Beitrittsverfahrens der föderativen Republik Jugoslawien zur WTO;

haben zur Erreichung dieser Ziele folgendes Abkommen abgeschlossen:

<sup>1</sup> Übersetzung des englischen Originaltextes.

**Art. 1** Zielsetzung

1 Ziel dieses Abkommens ist es, Grundsätze, Regeln und Anordnungen für die Abwicklung des Warenhandels und der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vertragsparteien zu schaffen. Diese trachten insbesondere danach, ihren gegenseitigen Handel sowie verschiedene Formen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Handels und der Wirtschaft im Rahmen ihrer nationalen Gesetzgebung und ihrer internationalen Verpflichtungen auf harmonische Weise zu entwickeln.

2. Die Vertragsparteien anerkennen, dass die von der KSZE/OSZE aufgestellten Grundsätze für die Erreichung der Zielsetzung dieses Abkommens von grösster Wichtigkeit sind.

**Art. 2** Welthandelsorganisation

Die Vertragsparteien unternehmen alle Anstrengungen, um ihren Handel im Einklang mit den Regeln der WTO zu fördern, auszuweiten und zu diversifizieren.

**Art. 3** Meistbegünstigung

1. Die Vertragsparteien gewähren sich gegenseitig bezüglich der Zölle und Abgaben jeder Art auf oder in Verbindung mit der Wareneinfuhr oder -ausfuhr oder auf internationalen Zahlungstransfers für die Ein- und Ausfuhr sowie der Steuern und anderen Abgaben, welche unmittelbar oder mittelbar auf eingeführte Waren erhoben werden und bezüglich der Verfahren für die Erhebung dieser Zölle, Steuern und Abgaben sowie aller Vorschriften und Formalitäten in Verbindung mit dem Warenverkehr, die Meistbegünstigung.

2. Absatz 1 darf nicht dahingehend ausgelegt werden, dass er eine Vertragspartei verpflichtet, die Vergünstigungen, welche sie

- zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs;
- mit dem Ziel, eine Zollunion oder eine Freihandelszone zu errichten oder im Gefolge der Errichtung einer derartigen Union oder Zone im Einklang mit Artikel XXIV des GATT 1994/WTO;
- Entwicklungsländern im Einklang mit dem GATT 1994/WTO oder anderen Regelungen oder Entscheidungen Vorschriften der WTO

gewährt, auf die andere Vertragspartei auszudehnen:

**Art. 4** Nichtdiskriminierung

Auf Einfuhren aus oder auf Ausfuhren nach dem Gebiet der anderen Vertragspartei werden keine Verbote oder mengenmässigen Beschränkungen, Lizenzen inbegriffen, angewendet, es sei denn, die Einfuhr des gleichartigen Erzeugnisses aus Drittländern oder die Ausfuhr des gleichartigen Erzeugnisses nach Drittländern sei ebenso verboten oder beschränkt.

**Art. 5** Inländerbehandlung

1. Waren aus dem Gebiet einer Vertragspartei, welche in das Gebiet der anderen Vertragspartei eingeführt werden, dürfen bezüglich interner Steuern und anderer Abgaben sowie aller Gesetze, Vorschriften und Anforderungen betreffend Verkauf, Verkaufsangebot, Erwerb, Transport, Verteilung oder Benützung im Inland, nicht ungünstiger behandelt werden als gleiche Waren inländischen Ursprungs.

2. Die Vertragsparteien werden inländische Mengenvorschriften bezüglich der Mischung, Umwandlung oder des Gebrauchs von Erzeugnissen, ob mengenmässig oder in bestimmten Proportionen, welche unmittelbar oder mittelbar verlangen, dass eine Menge oder ein Anteil eines von den Vorschriften betroffenen Erzeugnisses inländischer Produktion entstammen müsse, weder aufstellen noch aufrechterhalten. Überdies werden die Vertragsparteien keine anderen inländischen Mengenvorschriften anwenden, die den im ersten Absatz aufgeführten Grundsätzen widersprechen.

#### **Art. 6** Zahlungen

1. Zahlungen in Zusammenhang mit dem Handel von Waren und Dienstleistungen zwischen den beteiligten Partnern sowie der Transfer solcher Zahlungen auf das Gebiet des Vertragspartners, auf dem der Gläubiger niedergelassen ist, sind frei von jeglicher Beschränkung.

2. Die Vertragsparteien dürfen von ihren Verpflichtungen gemäss Absatz 1 nur dann abweichen, wenn die in Betracht gezogenen Beschränkungen auf Grund ihres Status beim Internationalen Währungsfonds (IWP) gestattet sind und wenn diese Beschränkungen nicht diskriminierend angewendet werden. Sie werden in einer Weise angewendet, welche dieses Abkommen möglichst wenig beeinträchtigt. Die Vertragsparteien informieren sich gegenseitig und umgehend über die Einführung oder Änderung solcher Massnahmen.

#### **Art. 7** Andere Geschäftsbedingungen

1. Gütertransaktionen zwischen einzelnen Partnern werden zu marktkonformen Preisen und gemäss den international üblichen Geschäftsbedingungen abgewickelt. Insbesondere öffentliche Verwaltungen und staatliche Handelsunternehmen tätigen den Ankauf eingeführter oder den Verkauf von zu exportierenden Waren ausschliesslich nach Massgabe kommerzieller Erwägungen, auch hinsichtlich des Preises, der Qualität und der Verfügbarkeit. In Übereinstimmung mit üblichen Geschäftspraktiken ermöglichen sie Unternehmern der anderen Vertragspartei, an solchen Transaktionen zu Bedingungen des freien Wettbewerbs teilzunehmen.

2. Die Vertragsparteien dürfen die an den einzelnen Transaktionen beteiligten Partner weder auffordern noch ermutigen, Tauschgeschäfte oder Gegengeschäftsverpflichtungen einzugehen.

#### **Art. 8** Öffentliches Beschaffungswesen

Die Vertragsparteien setzen sich gemeinsam dafür ein, Bedingungen für eine offene und wettbewerbsorientierte Vergabe von öffentlichen Verträgen für Güter und Dienstleistungen zu schaffen, insbesondere mittels öffentlicher Ausschreibungen, und arbeiten im Gemischten Ausschuss auf dieses Ziel hin.

#### **Art. 9** Transparenz

Die Vertragsparteien machen ihre Gesetze, Verordnungen, Gerichtsurteile und Verwaltungsvorschriften, welche die Geschäftstätigkeiten im Allgemeinen betreffen, zugänglich und orientieren sich gegenseitig über alle Änderungen im zolltariflichen und statistischen Bereich sowie über Änderungen ihrer Gesetzgebung mit Auswirkung auf die Durchführung dieses Abkommens.

**Art. 10** Dringliche Massnahmen für die Einfuhr bestimmter Güter

1. Nimmt die Erhöhung der Einfuhr eines Erzeugnisses in das Gebiet einer Vertragspartei ein Ausmass an oder erfolgen diese erhöhten Einfuhren zu Bedingungen, welche die einheimischen Produzenten gleichartiger oder direkt wettbewerbsfähiger Erzeugnisse schwerwiegend schädigen oder zu schädigen drohen, nehmen die Vertragsparteien gegenseitig Konsultationen auf.
2. Die Konsultationen gemäss Absatz 1 dienen dazu, einvernehmliche Lösungen zu finden; sofern die Vertragsparteien nichts anderes vereinbaren, sollen die Konsultationen innerhalb von 30 Tagen nach Notifikation der betroffenen Vertragspartei abgeschlossen sein.
3. Kommt auf Grund der Konsultationen gemäss Absatz 1 und 2 keine Einigung zu Stande, kann die betroffene Vertragspartei die Einfuhr der betreffenden Waren in einem Ausmass und für eine Dauer beschränken, die zur Verhütung oder Beseitigung des Schadens unbedingt erforderlich ist. In diesem Fall kann die andere Vertragspartei nach Konsultationen im Gemischten Ausschuss in gleichem Masse von ihren Verpflichtungen aus diesem Abkommen abweichen.
4. Treten aussergewöhnliche Umstände ein, bei denen eine Verzögerung zu einem schwer wiedergutzumachenden Schaden führen würden, so können die in Absatz 3 beschriebenen Massnahmen provisorisch ohne vorherige Konsultation ergriffen werden, sofern sofort nach dem Ergreifen der Massnahmen Konsultationen aufgenommen werden.
5. Unter den Massnahmen gemäss Absatz 3 und 4 wählen die Vertragsparteien vorrangig solche, welche die Durchführung des Abkommens am wenigsten beeinträchtigen.
6. Sämtliche Massnahmen werden im Einklang mit Artikel XIX des GATT 1994/WTO und dem WTO-Abkommen zu Schutzmassnahmen angewendet.

**Art. 11** Dumping

Stellt eine Vertragspartei bei der anderen Vertragspartei Dumping-Praktiken im Sinne von Artikel VI des GATT 1994/WTO und des Abkommens über die Durchführung von Artikel VI fest, kann sie im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen des GATT 1994/WTO geeignete Massnahmen gegen diese Praktiken treffen.

**Art. 12** Waren im Transit

Die Vertragsparteien verpflichten sich, keine Transitabgaben, Zölle oder Gebühren gleicher Wirkung zu erheben, ausgenommen den Gebühren, die den durch die Durchfuhr entstandenen Verwaltungskosten oder sonstigen Kosten entsprechen. Ebenso verpflichten sie sich, die Waren bei der Durchfuhr über ihr Gebiet nicht mit administrativen Hindernissen zu belegen.

**Art. 13** Schutz des geistigen Eigentums

1. Die Vertragsparteien gewährleisten einen angemessenen, wirksamen und nicht diskriminierenden Schutz der Rechte des geistigen Eigentums. Sie beschliessen und treffen angemessene, wirksame und nicht diskriminierende Massnahmen zur Durchsetzung dieser Rechte gegen Übertretungen, insbesondere gegen Fälschungen und Nachahmungen. Besondere Verpflichtungen der Vertragsparteien sind im Anhang dieses Abkommens aufgeführt.
2. In Übereinstimmung mit den materiellen Bestimmungen des Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS-Abkommen), insbesondere den Artikeln 4 und 5, behandeln die Vertragsparteien die Angehörigen der anderen Partei nicht ungünstiger als jene jedes anderen Staates. In Einklang mit Artikel 4, Buchstabe (d)

des TRIPS-Abkommens werden alle Vorteile, Begünstigungen, Privilegien und Immunitäten aus internationalen Übereinkünften, welche beim Inkrafttreten dieses Abkommens für eine Vertragspartei in Kraft sind und der anderen Partei spätestens sechs Monate nach Inkrafttreten dieses Abkommens notifiziert worden sind, von dieser Verpflichtung ausgenommen, solange dies keine willkürliche oder ungerechtfertigte Diskriminierung von Staatsangehörigen der anderen Vertragspartei darstellt. Eine der WTO angehörende Vertragspartei ist von der Notifizierungspflicht entbunden, wenn sie dem TRIPS-Rat bereits eine solche Notifizierung zugestellt hat.

3. Trifft eine Vertragspartei mit einem Drittstaat ein Abkommen, das über die Anforderungen dieses Abkommens hinausgeht, gewährt die betreffende Partei auf Antrag der anderen Vertragspartei den Schutz der Rechte des geistigen Eigentums zu gleichwertigen Bedingungen und nimmt zu diesem Zweck bona fide Verhandlungen auf.

4. Ist eine Vertragspartei der Ansicht, die andere Partei sei ihren in diesem Artikel festgelegten Verpflichtungen nicht nachgekommen, so kann sie unter Berücksichtigung der in Artikel 17 («Gemischter Ausschuss») dieses Abkommens genannten Voraussetzungen und Verfahren angemessene Massnahmen ergreifen.

5. Die Vertragsparteien vereinbaren auf Antrag einer der beiden Parteien die Überprüfung der in diesem Artikel und im Anhang aufgeführten Bestimmungen zum Schutz der Rechte des geistigen Eigentums, um das Schutzniveau zu verbessern und Handelsverzerrungen zu vermeiden oder diese, wo sie aufgrund des gegenwärtigen Schutzniveaus bestehen, zu beseitigen.

6. Die Vertragsparteien vereinbaren geeignete Modalitäten für die technische Hilfe und die Zusammenarbeit zwischen ihren zuständigen Behörden. Zu diesem Zweck koordinieren sie ihre Bemühungen mit den entsprechenden internationalen Organisationen.

#### **Art. 14** Ausnahmen

1. Unter der Voraussetzung, dass die nachstehend aufgeführten Massnahmen nicht in einer Weise angewendet werden, die zu einer willkürlichen oder nicht zu rechtfertigenden Diskriminierung des Handels oder zu einer verschleierte Beschränkung des Handels zwischen den Vertragsparteien führen, hindert dieses Abkommen die Vertragsparteien nicht daran, Massnahmen zu treffen, die:

- auf Grund der öffentlichen Sittlichkeit;
- zum Schutz des Lebens und der Gesundheit von Menschen, Tieren oder Pflanzen und zum Schutz der Umwelt;
- zum Schutze des geistigen Eigentums

gerechtfertigt sind,

oder solche, auf die sich Artikel XX des GATT 1994/WTO beziehen.

2. Dieses Abkommen beschränkt nicht das Recht der Vertragsparteien, Massnahmen irgendwelcher Art aufgrund von Artikel XXI des GATT 1994/WTO zu ergreifen.



**Art. 15**            Technische Vorschriften

Die Vertragsparteien suchen im Rahmen des für das vorliegende Abkommen eingesetzten Gemischten Ausschusses nach Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in Verbindung mit der Beseitigung technischer Handelshemmnisse. Diese Zusammenarbeit bezieht sich auf die Bereiche der technischen Vorschriften, der Standardisierungen, der Tests und Zertifizierungen.

**Art. 16**            Wirtschaftliche Zusammenarbeit

1. Die Vertragsparteien trachten danach, die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Bereichen von gemeinsamem Interesse zu fördern.

2. Gegenstand dieser Zusammenarbeit ist unter anderem:

- die Festigung und Erweiterung der Wirtschaftsbindungen zwischen den beiden Ländern;
- die Entwicklung ihrer Volkswirtschaften;
- die Erschliessung neuer Lieferantenquellen und Märkte;
- die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Wirtschaftsorganisationen mit dem Ziel, Joint Ventures, Vereinbarungen über Lizenzen und ähnliche Formen der Zusammenarbeit zu begünstigen;
- die Förderung volkswirtschaftlicher Strukturanpassungsmassnahmen;
- die Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen am Gütertausch und an der Zusammenarbeit

**Art. 17**            Gemischter Ausschuss

1. Zur ordnungsgemässen Durchführung dieses Abkommens wird ein Gemischter Ausschuss eingesetzt. Er setzt sich aus Vertretern der Vertragsparteien zusammen, handelt in gegenseitigem Einvernehmen und tritt so oft dies erforderlich ist in einem der vertragsschliessenden Länder zusammen. Der Vorsitz obliegt abwechselnd einer der beiden Vertragsparteien.

2. Der Gemischte Ausschuss soll insbesondere:

- die Durchführung dieses Abkommens, namentlich auch die Auslegung und Anwendung seiner Bestimmungen sowie die Möglichkeit der Erweiterung seines Anwendungsbereichs überprüfen;
- als Konsultationsforum dienen mit dem Ziel, Empfehlungen zur Lösung von Problemen zwischen den Vertragsparteien auszuarbeiten, dies im Sinne von Artikel 19 («Allgemeine Rekurs- und Konsultationsverfahren»);
- Fragen in Verbindung mit dem Warenverkehr zwischen den Vertragsparteien behandeln, insbesondere in Zusammenhang mit dem öffentlichen Beschaffungswesen gemäss Artikel 8 («Öffentliches Beschaffungswesen»);
- Fortschritte in der Ausweitung des Handels und der Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien evaluieren;
- mit dem Handelsverkehr zusammenhängende Daten und Prognosen sowie Informationen gemäss Artikel 9 («Transparenz») austauschen;
- als Konsultationsforum gemäss Artikel 10 (Dringliche Massnahmen für die Einfuhr bestimmter Güter) dienen;

- als Gremium für Konsultationen auf dem Gebiet der Rechte des geistigen Eigentums gemäss Artikel 13 («Schutz des geistigen Eigentums») dienen; derartige Konsultationen können auch zwischen Sachverständigen aus den Vertragsparteien stattfinden;
- die wirtschaftliche Zusammenarbeit gemäss Artikel 16 fördern («Wirtschaftliche Zusammenarbeit»);
- Abänderungsvorschläge zu diesem Abkommen, die neuen Entwicklungen Rechnung tragen, sowie Empfehlungen in Zusammenhang mit der Durchführung des Abkommens und der Erweiterung seines Anwendungsbereichs gemäss Artikel 18 («Überprüfung und Erweiterung») zuhanden der Behörden der Vertragsparteien ausarbeiten und diesen zu unterbreiten.

#### **Art. 18**           Überprüfung und Erweiterung

1. Die Vertragsparteien vereinbaren, die Bestimmungen dieses Abkommens auf Antrag einer Vertragspartei zu überprüfen.
2. Die Vertragsparteien erklären sich bereit zu einer Vertiefung und Weiterentwicklung der durch dieses Abkommen geschaffenen Beziehungen und deren Ausdehnung auf nicht unter dieses Abkommen fallende Bereiche wie Dienstleistungen und Investitionen. Zu diesem Zweck kann jede Vertragspartei dem Gemischten Ausschuss begründete Anträge unterbreiten.

#### **Art. 19**           Allgemeine Konsultationen und Streitschlichtung

1. Jede Vertragspartei prüft wohlwollend allfällige Anträge, welche die andere Vertragspartei in Bezug auf irgendein Thema stellt, das die Durchführung dieses Abkommens betrifft. Sie wird angemessene Gelegenheit für diesbezügliche Konsultationen gewähren.
2. Ist eine Vertragspartei der Ansicht, ein durch dieses Abkommen gewährter Vorteil werde ihr vorenthalten, kann sie die Angelegenheit dem Gemischten Ausschuss unterbreiten. Der Ausschuss ergreift umgehend die zur Untersuchung der Angelegenheit notwendigen Vorkehrungen. Diese Vorkehrungen können die Bildung eines Untersuchungsausschusses aus unabhängigen Sachverständigen einschliessen, die anhand ihrer Fachkenntnis und Integrität ausgewählt werden und vom Gemischten Ausschuss zu festgelegten Bedingungen eingesetzt werden. Der Gemischte Ausschuss kann den Vertragsparteien angemessene Empfehlungen abgeben.

#### **Art. 20**           Zugang zu den Gerichten

1. Im Rahmen dieses Abkommens verpflichtet sich jede Vertragspartei, natürlichen und juristischen Personen der anderen Vertragspartei hinsichtlich des Zugangs zu den zuständigen Gerichten und Verwaltungsorganen sowie der Anwendung ihrer Verfahren die Inländerbehandlung zu gewähren.
2. Ungeachtet Absatz 1 kann jede Vertragspartei verlangen, dass Angehörige der anderen Vertragspartei bei den zuständigen Gerichten und Verwaltungsorganen durch einen professionellen Vertreter, sei dies eine natürliche oder juristische Person mit der Staatsangehörigkeit der ersten Vertragspartei, vertreten sind, sofern dies durch das zur Zeit der Inkraftsetzung des Abkommens geltende Recht vorgeschrieben ist.

**Art. 21**            Räumlicher Anwendungsbereich

Dieses Abkommen findet auf den Gebieten der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Jugoslawien Anwendung. Es gilt auch auf dem Gebiet des Fürstentums Liechtenstein, solange das bilaterale Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein vom 29. März 1923 in Kraft ist.

**Art. 22**            Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in welchem sich die Vertragsparteien auf diplomatischem Wege die Erfüllung sämtlicher für das Inkrafttreten dieses Abkommens vorgesehenen Anforderungen entsprechend ihrer nationalen Gesetzgebung notifiziert haben.

**Art. 23**            Gültigkeitsdauer und Kündigung

Solange keine der beiden Vertragsparteien unter Abgabe einer schriftlichen Notifikation auf diplomatischem Weg den Rücktritt von diesem Abkommen bekannt gibt, bleibt dieses Abkommen in Kraft. Es erlischt sechs Monate nach Erhalt der entsprechenden Notifikation durch die andere Vertragspartei.

*Zu Urkunde dessen* haben die Unterzeichner, die hiez zu gebührend bevollmächtigt sind, das vorliegende Abkommen unterzeichnet.

*Geschehen zu* Belgrad, am 21. November 2001, in zwei Originalexemplaren in französischer, serbischer und englischer Sprache, wobei jeder Text in gleicher Weise massgebend ist. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten gilt der englische Wortlaut.

Für die Schweizerische  
Eidgenossenschaft

Für die Bundesrepublik  
Jugoslawien

**Anhang zum Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Jugoslawien betreffend Artikel 13 «Schutz des geistigen Eigentums»**

---

**Art. 1** Definition und Schutzzumfang

Der «Schutz des geistigen Eigentums» umfasst insbesondere den Schutz des Urheberrechts, einschliesslich Computerprogrammen und Datenbanken, sowie der verwandten Schutzrechte, der Marken für Produkte und Dienstleistungen, der geografischen Herkunftsangaben einschliesslich Ursprungsbezeichnungen, der Erfindungspatente, der Pflanzensorten, der Designs, der Topographien von Halbleitererzeugnissen sowie vertraulichen Informationen.

**Art. 2** Materielle Bestimmungen internationaler Übereinkommen

1. Die Vertragsparteien vereinbaren, sich den materiellen Bestimmungen folgender Übereinkommen zu unterstellen:

- WTO-Abkommen vom 15. April 1994 über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (TRIPS-Abkommen);
- Pariser Verbandsübereinkunft vom 20 März 1883 zum Schutz des gewerblichen Eigentums (Stockholmer Fassung, 1967);
- Berner Übereinkunft vom 9. September 1886 zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst (Pariser Fassung, 1971);

2. Die Vertragspartei, die den unten aufgezählten Übereinkommen, welche die Zusammenarbeit und Registrierung im Bereich des geistigen Eigentums erleichtern, nicht beigetreten ist, verpflichtet sich, diesen multilateralen Übereinkommen bis zum 1. Januar 2004 beizutreten:

- Internationales Abkommen vom 26. Oktober 1961 über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen (Rom-Abkommen);
- Internationales Übereinkommen vom 2. Dezember 1961 zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV-Übereinkommen).

3. Die Vertragsparteien vereinbaren, auf Antrag einer Partei unverzüglich Expertenconsultationen aufzunehmen über Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit den genannten internationalen Übereinkommen oder zukünftigen Übereinkommen über die Harmonisierung, die Verwaltung und die Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums stehen, ebenso über die Tätigkeiten internationaler Organisationen wie die Welthandelsorganisation (WTO) und die Weltorganisation zum Schutz geistigen Eigentums (WIPO) sowie über die Beziehungen der Vertragsparteien mit Drittländern im Bereich des geistigen Eigentums.

**Art. 3** Zusätzliche materielle Bestimmungen

Die Vertragsparteien gewährleisten in ihren nationalen Gesetzgebungen wenigstens Folgendes:

- einen angemessenen und wirksamen Schutz des Urheberrechts einschliesslich Computerprogrammen und Datenbanken, sowie der verwandten Schutzrechte;

- einen angemessenen und wirksamen Schutz von Marken, einschliesslich Kollektivmarken, für Produkte und Dienstleistungen, insbesondere der notorisch bekannten Marken im Sinne von Artikel 6bis der Pariser Übereinkunft sowie der bekannten bzw. berühmten Marken;
- angemessene und wirksame Mittel zum Schutz geografischer Herkunftsangaben, einschliesslich Ursprungsbezeichnungen für alle Produkte und Dienstleistungen;
- einen angemessenen und wirksamen Schutz der Designs, insbesondere durch die Gewährleistung einer Schutzdauer von mindestens 15 Jahren;
- einen angemessenen und wirksamen Patentschutz für Erfindungen auf allen Gebieten der Technologie, dessen Niveau demjenigen des Europäischen Patentabkommens vom 5. Oktober 1973 entspricht, sowie vor dem 1. Januar 2005 einen zusätzlichen Schutz von bis zu fünf Jahren für pharmazeutische und für Pflanzenschutzprodukte;
- einen angemessenen und wirksamen Schutz der Topographien von Halbleitererzeugnissen;
- einen angemessenen und wirksamen Schutz von vertraulichen Informationen;
- Zwangslizenzen für Patente dürfen nur unter den Bedingungen von Artikel 31 des TRIPS-Abkommens gewährt werden. Lizenzen wegen Nichtausübung dürfen nur in dem Ausmass benutzt werden, als es für die Versorgung des lokalen Markts zu vernünftigen wirtschaftlichen Bedingungen erforderlich ist.

**Art. 4** Listen geschützter geografischer Herkunftsangaben

Die Vertragsparteien kommen überein, innerhalb der nächsten drei Jahre für alle Produkte, insbesondere für Weine, Spirituosen, Käse und Früchten, Listen der geschützten geografischen Herkunftsangaben, einschliesslich Ursprungsbezeichnungen, zu erstellen und auszutauschen sowie den Schutz jener Angaben auf ihrem Staatsgebiet sicherzustellen. Die Listen bilden einen Bestandteil des Anhangs zum Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Jugoslawien gemäss Art. 13 («Schutz des geistigen Eigentums») dieses Abkommens. Sie werden jährlich von den Experten der Vertragspartei überprüft.

**Art. 5** Erwerb und Aufrechterhaltung von Immaterialgüterrechten

Unterliegt der Erwerb eines Immaterialgüterrechts der Erteilung oder Eintragung, so stellen die Vertragsparteien sicher, dass die Erteilungs- oder Eintragungsverfahren einem dem TRIPS-Abkommen, insbesondere Artikel 62, vergleichbaren Niveau entsprechen.

**Art. 6** Durchsetzung von Immaterialgüterrechten

Die Vertragsparteien treffen Durchsetzungsbestimmungen, welche einem dem TRIPS-Abkommen, insbesondere den Artikeln 41–61, vergleichbaren Niveau entsprechen.

**Abkommen****über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und dem Ministerrat von Bosnien und Herzegowina**

Unterzeichnet in Sarajevo am 11. September 2001

---

*Der Schweizerische Bundesrat*

*und*

*der Ministerrat von Bosnien und Herzegowina,*

im Folgenden «die Vertragsparteien» genannt,

Eingedenk der besonderen Bedeutung des Aussenhandels sowie der verschiedenen Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit für die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Länder;

In der Bereitschaft, bei der Suche nach Mitteln und Wegen zur Ausweitung des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Übereinstimmung mit den Grundsätzen und Bestimmungen der am 1. August 1975 in Helsinki unterzeichneten Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie anderer KSZE/OSZE-Dokumente, insbesondere der Charta von Paris für ein neues Europa und den im Schlussdokument der Bonner Konferenz über die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa enthaltenen Grundsätzen, zusammenzuarbeiten;

Unter Bekräftigung ihres Bekenntnisses zur pluralistischen Demokratie auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte – einschliesslich der Rechte von Personen, die Minderheiten angehören –, der Grundfreiheiten sowie ihres Bekenntnisses zur Marktwirtschaft;

Unter Bekräftigung ihrer Bereitschaft, den Stabilitätspakt für Südosteuropa zu unterstützen;

Vom Wunsche geleitet, günstige Voraussetzungen für eine substantielle und harmonische Entwicklung und Diversifizierung ihres gegenseitigen Handels sowie für die Förderung der Zusammenarbeit in Bereichen von gemeinsamem Interesse auf dem Gebiet des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu schaffen;

In der Bereitschaft, die sich bietenden Möglichkeiten zu prüfen, um die gegenseitigen Beziehungen zu pflegen und zu vertiefen sowie auf Bereiche auszudehnen, die nicht unter dieses Abkommen fallen;

Entschlossen, ihre Handelsbeziehungen im Einklang mit den Grundsätzen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) sowie der übrigen Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO) zu entwickeln;

In Berücksichtigung des Status der Schweiz als Mitglied der WTO und des in Gang befindlichen Beitrittsverfahrens von Bosnien und Herzegowina zur WTO;

haben zur Erreichung dieser Ziele folgendes Abkommen abgeschlossen:

<sup>1</sup> Übersetzung des englischen Originaltextes.

**Art. 1** Zielsetzung

1 Ziel dieses Abkommens ist es, Grundsätze, Regeln und Anordnungen für die Abwicklung des Warenhandels und der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vertragsparteien zu schaffen. Diese trachten insbesondere danach, ihren gegenseitigen Handel sowie verschiedene Formen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Handels und der Wirtschaft im Rahmen ihrer nationalen Gesetzgebung und ihrer internationalen Verpflichtungen auf harmonische Weise zu entwickeln.

2. Die Vertragsparteien anerkennen, dass die von der KSZE/OSZE aufgestellten Grundsätze für die Erreichung der Zielsetzung dieses Abkommens von grösster Wichtigkeit sind.

**Art. 2** Welthandelsorganisation

Die Vertragsparteien unternehmen alle Anstrengungen, um ihren Handel im Einklang mit den Regeln der WTO zu fördern, auszuweiten und zu diversifizieren.

**Art. 3** Meistbegünstigung

1. Die Vertragsparteien gewähren sich gegenseitig bezüglich der Zölle und Abgaben jeder Art auf oder in Verbindung mit der Wareneinfuhr oder -ausfuhr oder auf internationalen Zahlungstransfers für die Ein- und Ausfuhr sowie der Steuern und anderen Abgaben, welche unmittelbar oder mittelbar auf eingeführte Waren erhoben werden und bezüglich der Verfahren für die Erhebung dieser Zölle, Steuern und Abgaben sowie aller Vorschriften und Formalitäten in Verbindung mit dem Warenverkehr, die Meistbegünstigung.

2. Absatz 1 darf nicht dahingehend ausgelegt werden, dass er eine Vertragspartei verpflichtet, die Vergünstigungen, welche sie

- zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs;
- mit dem Ziel, eine Zollunion oder eine Freihandelszone zu errichten oder im Gefolge der Errichtung einer derartigen Union oder Zone im Einklang mit Artikel XXIV des GATT 1994/WTO;
- Entwicklungsländern im Einklang mit dem GATT 1994/WTO oder anderen Regelungen oder Entscheidungen Vorschriften der WTO

gewährt, auf die andere Vertragspartei auszudehnen:

**Art. 4** Nichtdiskriminierung

Auf Einfuhren aus oder auf Ausfuhren nach dem Gebiet der anderen Vertragspartei werden keine Verbote oder mengenmässigen Beschränkungen, Lizenzen inbegriffen, angewendet, es sei denn, die Einfuhr des gleichartigen Erzeugnisses aus Drittländern oder die Ausfuhr des gleichartigen Erzeugnisses nach Drittländern sei ebenso verboten oder beschränkt.

**Art. 5** Inländerbehandlung

1. Waren aus dem Gebiet einer Vertragspartei, welche in das Gebiet der anderen Vertragspartei eingeführt werden, dürfen bezüglich interner Steuern und anderer Abgaben sowie aller Gesetze, Vorschriften und Anforderungen betreffend Verkauf, Verkaufsangebot, Erwerb, Transport, Verteilung oder Benützung im Inland, nicht ungünstiger behandelt werden als gleiche Waren inländischen Ursprungs.

2. Die Vertragsparteien werden inländische Mengenvorschriften bezüglich der Mischung, Umwandlung oder des Gebrauchs von Erzeugnissen, ob mengenmässig oder in bestimmten Proportionen, welche unmittelbar oder mittelbar verlangen, dass eine Menge oder ein Anteil eines von den Vorschriften betroffenen Erzeugnisses inländischer Produktion entstammen müsse, weder aufstellen noch aufrechterhalten. Überdies werden die Vertragsparteien keine anderen inländischen Mengenvorschriften anwenden, die den im ersten Absatz aufgeführten Grundsätzen widersprechen.

#### **Art. 6** Zahlungen

1. Zahlungen in Zusammenhang mit dem Handel von Waren und Dienstleistungen zwischen den beteiligten Partnern sowie der Transfer solcher Zahlungen auf das Gebiet des Vertragspartners, auf dem der Gläubiger niedergelassen ist, sind frei von jeglicher Beschränkung.

2. Die Vertragsparteien dürfen von ihren Verpflichtungen gemäss Absatz 1 nur dann abweichen, wenn die in Betracht gezogenen Beschränkungen auf Grund ihres Status beim Internationalen Währungsfonds (IWP) gestattet sind und wenn diese Beschränkungen nicht diskriminierend angewendet werden. Sie werden in einer Weise angewendet, welche dieses Abkommen möglichst wenig beeinträchtigt. Die Vertragsparteien informieren sich gegenseitig und umgehend über die Einführung oder Änderung solcher Massnahmen.

#### **Art. 7** Andere Geschäftsbedingungen

1. Gütertransaktionen zwischen einzelnen Partnern werden zu marktkonformen Preisen und gemäss den international üblichen Geschäftsbedingungen abgewickelt. Insbesondere öffentliche Verwaltungen und staatliche Handelsunternehmen tätigen den Ankauf eingeführter oder den Verkauf von zu exportierenden Waren ausschliesslich nach Massgabe kommerzieller Erwägungen, auch hinsichtlich des Preises, der Qualität und der Verfügbarkeit. In Übereinstimmung mit üblichen Geschäftspraktiken ermöglichen sie Unternehmern der anderen Vertragspartei, an solchen Transaktionen zu Bedingungen des freien Wettbewerbs teilzunehmen.

2. Die Vertragsparteien dürfen die an den einzelnen Transaktionen beteiligten Partner weder auffordern noch ermutigen, Tauschgeschäfte oder Gegengeschäftsverpflichtungen einzugehen.

#### **Art. 8** Öffentliches Beschaffungswesen

Die Vertragsparteien setzen sich gemeinsam dafür ein, Bedingungen für eine offene und wettbewerbsorientierte Vergabe von öffentlichen Verträgen für Güter und Dienstleistungen zu schaffen, insbesondere mittels öffentlicher Ausschreibungen, und arbeiten im Gemischten Ausschuss auf dieses Ziel hin.

#### **Art. 9** Transparenz

Die Vertragsparteien machen ihre Gesetze, Verordnungen, Gerichtsurteile und Verwaltungsvorschriften, welche die Geschäftstätigkeiten im Allgemeinen betreffen, zugänglich und orientieren sich gegenseitig über alle Änderungen im zolltariflichen und statistischen Bereich sowie über Änderungen ihrer Gesetzgebung mit Auswirkung auf die Durchführung dieses Abkommens.



**Art. 10** Dringliche Massnahmen für die Einfuhr bestimmter Güter

1. Nimmt die Erhöhung der Einfuhr eines Erzeugnisses in das Gebiet einer Vertragspartei ein Ausmass an oder erfolgen diese erhöhten Einfuhren zu Bedingungen, welche die einheimischen Produzenten gleichartiger oder direkt wettbewerbsfähiger Erzeugnisse schwerwiegend schädigen oder zu schädigen drohen, nehmen die Vertragsparteien gegenseitig Konsultationen auf.
2. Die Konsultationen gemäss Absatz 1 dienen dazu, einvernehmliche Lösungen zu finden; sofern die Vertragsparteien nichts anderes vereinbaren, sollen die Konsultationen innerhalb von 30 Tagen nach Notifikation der betroffenen Vertragspartei abgeschlossen sein.
3. Kommt auf Grund der Konsultationen gemäss Absatz 1 und 2 keine Einigung zu Stande, kann die betroffene Vertragspartei die Einfuhr der betreffenden Waren in einem Ausmass und für eine Dauer beschränken, die zur Verhütung oder Beseitigung des Schadens unbedingt erforderlich ist. In diesem Fall kann die andere Vertragspartei nach Konsultationen im Gemischten Ausschuss in gleichem Masse von ihren Verpflichtungen aus diesem Abkommen abweichen.
4. Treten aussergewöhnliche Umstände ein, bei denen eine Verzögerung zu einem schwer wiedergutzumachenden Schaden führen würden, so können die in Absatz 3 beschriebenen Massnahmen provisorisch ohne vorherige Konsultation ergriffen werden, sofern sofort nach dem Ergreifen der Massnahmen Konsultationen aufgenommen werden.
5. Unter den Massnahmen gemäss Absatz 3 und 4 wählen die Vertragsparteien vorrangig solche, welche die Durchführung des Abkommens am wenigsten beeinträchtigen.
6. Sämtliche Massnahmen werden im Einklang mit Artikel XIX des GATT 1994/WTO und dem WTO-Abkommen zu Schutzmassnahmen angewendet.

**Art. 11** Dumping

Stellt eine Vertragspartei bei der anderen Vertragspartei Dumping-Praktiken im Sinne von Artikel VI des GATT 1994/WTO und des Abkommens über die Durchführung von Artikel VI fest, kann sie im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen des GATT 1994/WTO geeignete Massnahmen gegen diese Praktiken treffen.

**Art. 12** Waren im Transit

Die Vertragsparteien verpflichten sich, keine Transitabgaben, Zölle oder Gebühren gleicher Wirkung zu erheben, ausgenommen den Gebühren, die den durch die Durchfuhr entstandenen Verwaltungskosten oder sonstigen Kosten entsprechen. Ebenso verpflichten sie sich, die Waren bei der Durchfuhr über ihr Gebiet nicht mit administrativen Hindernissen zu belegen.

**Art. 13** Schutz des geistigen Eigentums

1. Die Vertragsparteien gewährleisten einen angemessenen, wirksamen und nicht diskriminierenden Schutz der Rechte des geistigen Eigentums. Sie beschliessen und treffen angemessene, wirksame und nicht diskriminierende Massnahmen zur Durchsetzung dieser Rechte gegen Übertretungen, insbesondere gegen Fälschungen und Nachahmungen. Besondere Verpflichtungen der Vertragsparteien sind im Anhang dieses Abkommens aufgeführt.
2. In Übereinstimmung mit den materiellen Bestimmungen des Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS-Abkommen), insbesondere den Artikeln 4 und 5, behandeln die Vertragsparteien die Angehörigen der anderen Partei nicht ungünstiger als jene jedes anderen Staates. In Einklang mit Artikel 4, Buchstabe (d)

des TRIPS-Abkommens werden alle Vorteile, Begünstigungen, Privilegien und Immunitäten aus internationalen Übereinkünften, welche beim Inkrafttreten dieses Abkommens für eine Vertragspartei in Kraft sind und der anderen Partei spätestens sechs Monate nach Inkrafttreten dieses Abkommens notifiziert worden sind, von dieser Verpflichtung ausgenommen, solange dies keine willkürliche oder ungerechtfertigte Diskriminierung von Staatsangehörigen der anderen Vertragspartei darstellt. Eine der WTO angehörende Vertragspartei ist von der Notifizierungspflicht entbunden, wenn sie dem TRIPS-Rat bereits eine solche Notifizierung zugestellt hat.

3. Trifft eine Vertragspartei mit einem Drittstaat ein Abkommen, das über die Anforderungen dieses Abkommens hinausgeht, gewährt die betreffende Partei auf Antrag der anderen Vertragspartei den Schutz der Rechte des geistigen Eigentums zu gleichwertigen Bedingungen und nimmt zu diesem Zweck bona fide Verhandlungen auf.

4. Ist eine Vertragspartei der Ansicht, die andere Partei sei ihren in diesem Artikel festgelegten Verpflichtungen nicht nachgekommen, so kann sie unter Berücksichtigung der in Artikel 17 («Gemischter Ausschuss») dieses Abkommens genannten Voraussetzungen und Verfahren angemessene Massnahmen ergreifen.

5. Die Vertragsparteien vereinbaren auf Antrag einer der beiden Parteien die Überprüfung der in diesem Artikel und im Anhang aufgeführten Bestimmungen zum Schutz der Rechte des geistigen Eigentums, um das Schutzniveau zu verbessern und Handelsverzerrungen zu vermeiden oder diese, wo sie aufgrund des gegenwärtigen Schutzniveaus bestehen, zu beseitigen.

6. Die Vertragsparteien vereinbaren geeignete Modalitäten für die technische Hilfe und die Zusammenarbeit zwischen ihren zuständigen Behörden. Zu diesem Zweck koordinieren sie ihre Bemühungen mit den entsprechenden internationalen Organisationen.

#### **Art. 14** Ausnahmen

1. Unter der Voraussetzung, dass die nachstehend aufgeführten Massnahmen nicht in einer Weise angewendet werden, die zu einer willkürlichen oder nicht zu rechtfertigenden Diskriminierung des Handels oder zu einer verschleierte Beschränkung des Handels zwischen den Vertragsparteien führen, hindert dieses Abkommen die Vertragsparteien nicht daran, Massnahmen zu treffen, die:

- auf Grund der öffentlichen Sittlichkeit;
- zum Schutz des Lebens und der Gesundheit von Menschen, Tieren oder Pflanzen und zum Schutz der Umwelt;
- zum Schutze des geistigen Eigentums

gerechtfertigt sind,

oder solche, auf die sich Artikel XX des GATT 1994/WTO beziehen.

2. Dieses Abkommen beschränkt nicht das Recht der Vertragsparteien, Massnahmen irgendwelcher Art aufgrund von Artikel XXI des GATT 1994/WTO zu ergreifen.

**Art. 15**            Technische Vorschriften

Die Vertragsparteien suchen im Rahmen des für das vorliegende Abkommen eingesetzten Gemischten Ausschusses nach Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in Verbindung mit der Beseitigung technischer Handelshemmnisse. Diese Zusammenarbeit bezieht sich auf die Bereiche der technischen Vorschriften, der Standardisierungen, der Tests und Zertifizierungen.

**Art. 16**            Wirtschaftliche Zusammenarbeit

1. Die Vertragsparteien trachten danach, die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Bereichen von gemeinsamem Interesse zu fördern.

2. Gegenstand dieser Zusammenarbeit ist unter anderem:

- die Festigung und Erweiterung der Wirtschaftsbindungen zwischen den beiden Ländern;
- die Entwicklung ihrer Volkswirtschaften;
- die Erschliessung neuer Lieferantenquellen und Märkte;
- die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Wirtschaftsorganisationen mit dem Ziel, Joint Ventures, Vereinbarungen über Lizenzen und ähnliche Formen der Zusammenarbeit zu begünstigen;
- die Förderung volkswirtschaftlicher Strukturanpassungsmassnahmen;
- die Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen am Gütertausch und an der Zusammenarbeit

**Art. 17**            Gemischter Ausschuss

1. Zur ordnungsgemässen Durchführung dieses Abkommens wird ein Gemischter Ausschuss eingesetzt. Er setzt sich aus Vertretern der Vertragsparteien zusammen, handelt in gegenseitigem Einvernehmen und tritt so oft dies erforderlich ist in einem der vertragsschliessenden Länder zusammen. Der Vorsitz obliegt abwechselnd einer der beiden Vertragsparteien.

2. Der Gemischte Ausschuss soll insbesondere:

- die Durchführung dieses Abkommens, namentlich auch die Auslegung und Anwendung seiner Bestimmungen sowie die Möglichkeit der Erweiterung seines Anwendungsbereichs überprüfen;
- als Konsultationsforum dienen mit dem Ziel, Empfehlungen zur Lösung von Problemen zwischen den Vertragsparteien auszuarbeiten, dies im Sinne von Artikel 19 («Allgemeine Rekurs- und Konsultationsverfahren»);
- Fragen in Verbindung mit dem Warenverkehr zwischen den Vertragsparteien behandeln, insbesondere in Zusammenhang mit dem öffentlichen Beschaffungswesen gemäss Artikel 8 («Öffentliches Beschaffungswesen»);
- Fortschritte in der Ausweitung des Handels und der Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien evaluieren;
- mit dem Handelsverkehr zusammenhängende Daten und Prognosen sowie Informationen gemäss Artikel 9 («Transparenz») austauschen;
- als Konsultationsforum gemäss Artikel 10 («Dringliche Massnahmen für die Einfuhr bestimmter Güter») dienen;

- als Gremium für Konsultationen auf dem Gebiet der Rechte des geistigen Eigentums gemäss Artikel 13 («Schutz des geistigen Eigentums») dienen; derartige Konsultationen können auch zwischen Sachverständigen aus den Vertragsparteien stattfinden;
- die wirtschaftliche Zusammenarbeit gemäss Artikel 16 fördern («Wirtschaftliche Zusammenarbeit»);
- Abänderungsvorschläge zu diesem Abkommen, die neuen Entwicklungen Rechnung tragen, sowie Empfehlungen in Zusammenhang mit der Durchführung des Abkommens und der Erweiterung seines Anwendungsbereichs gemäss Artikel 18 («Überprüfung und Erweiterung») zuhanden der Behörden der Vertragsparteien ausarbeiten und diesen zu unterbreiten.

#### **Art. 18**           Überprüfung und Erweiterung

1. Die Vertragsparteien vereinbaren, die Bestimmungen dieses Abkommens auf Antrag einer Vertragspartei zu überprüfen.
2. Die Vertragsparteien erklären sich bereit zu einer Vertiefung und Weiterentwicklung der durch dieses Abkommen geschaffenen Beziehungen und deren Ausdehnung auf nicht unter dieses Abkommen fallende Bereiche wie Dienstleistungen und Investitionen. Zu diesem Zweck kann jede Vertragspartei dem Gemischten Ausschuss begründete Anträge unterbreiten.

#### **Art. 19**           Allgemeine Konsultationen und Streitschlichtung

1. Jede Vertragspartei prüft wohlwollend allfällige Anträge, welche die andere Vertragspartei in Bezug auf irgendein Thema stellt, das die Durchführung dieses Abkommens betrifft. Sie wird angemessene Gelegenheit für diesbezügliche Konsultationen gewähren.
2. Ist eine Vertragspartei der Ansicht, ein durch dieses Abkommen gewährter Vorteil werde ihr vorenthalten, kann sie die Angelegenheit dem Gemischten Ausschuss unterbreiten. Der Ausschuss ergreift umgehend die zur Untersuchung der Angelegenheit notwendigen Vorkehrungen. Diese Vorkehrungen können die Bildung eines Untersuchungsausschusses aus unabhängigen Sachverständigen einschliessen, die anhand ihrer Fachkenntnis und Integrität ausgewählt werden und vom Gemischten Ausschuss zu festgelegten Bedingungen eingesetzt werden. Der Gemischte Ausschuss kann den Vertragsparteien angemessene Empfehlungen abgeben.

#### **Art. 20**           Zugang zu den Gerichten

1. Im Rahmen dieses Abkommens verpflichtet sich jede Vertragspartei, natürlichen und juristischen Personen der anderen Vertragspartei hinsichtlich des Zugangs zu den zuständigen Gerichten und Verwaltungsorganen sowie der Anwendung ihrer Verfahren die Inländerbehandlung zu gewähren.

#### **Art. 21**           Räumlicher Anwendungsbereich

Dieses Abkommen findet auf den Gebieten der Schweizerischen Eidgenossenschaft und von Bosnien und Herzegowina Anwendung. Es gilt auch auf dem Gebiet des Fürstentums Liechtenstein, solange das bilaterale Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein vom 29. März 1923 in Kraft ist.

**Art. 22** Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in welchem sich die Vertragsparteien auf diplomatischem Wege die Erfüllung sämtlicher für das Inkrafttreten dieses Abkommens vorgesehenen Anforderungen entsprechend ihrer nationalen Gesetzgebung notifiziert haben.

**Art. 23** Gültigkeitsdauer und Kündigung

Solange keine der beiden Vertragsparteien unter Abgabe einer schriftlichen Notifikation auf diplomatischem Weg den Rücktritt von diesem Abkommen bekannt gibt, bleibt dieses Abkommen in Kraft. Es erlischt sechs Monate nach Erhalt der entsprechenden Notifikation durch die andere Vertragspartei.

*Zu Urkunde dessen* haben die Unterzeichner, die hiezuhiezu gebührend bevollmächtigt sind, das vorliegende Abkommen unterzeichnet.

*Geschehen zu* Sarajevo, am 11. September 2001, in zwei Originalexemplaren in französischer Sprache, den drei offiziellen Sprachen von Bosnien und Herzegowina und in englischer Sprache, wobei jeder Text in gleicher Weise massgebend ist. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten gilt der englische Wortlaut.

Für den Schweizerischen Bundesrat

Für den Ministerrat von Bosnien und  
Herzegowina

**Art. 1** Definition und Schutzzumfang

Der «Schutz des geistigen Eigentums» umfasst insbesondere den Schutz des Urheberrechts, einschliesslich Computerprogrammen und Datenbanken sowie der verwandten Schutzrechte, der Marken für Produkte und Dienstleistungen, der geografischen Herkunftsangaben einschliesslich Ursprungsbezeichnungen, der Erfindungspatente, der Pflanzensorten, der Designs, der Topographien von Halbleitererzeugnissen sowie vertraulichen Informationen.

**Art. 2** Materielle Bestimmungen internationaler Übereinkommen

1. Die Vertragsparteien vereinbaren, sich den materiellen Bestimmungen folgender Übereinkommen zu unterstellen:

- WTO-Abkommen vom 15. April 1994 über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (TRIPS-Abkommen);
- Pariser Verbandsübereinkunft vom 20 März 1883 zum Schutz des gewerblichen Eigentums (Stockholmer Fassung, 1967);
- Berner Übereinkunft vom 9. September 1886 zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst (Pariser Fassung, 1971);

2. Die Vertragspartei, die den unten aufgezählten Übereinkommen, welche die Zusammenarbeit und Registrierung im Bereich des geistigen Eigentums erleichtern, nicht beigetreten ist, verpflichtet sich, diesen multilateralen Übereinkommen bis zum 1. Januar 2004 beizutreten:

- Internationales Abkommen vom 26. Oktober 1961 über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen (Rom-Abkommen);
- Internationales Übereinkommen vom 2. Dezember 1961 zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV-Übereinkommen).

3. Die Vertragsparteien vereinbaren, auf Antrag einer Partei unverzüglich Expertenconsultationen aufzunehmen über Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit den genannten internationalen Übereinkommen oder zukünftigen Übereinkommen über die Harmonisierung, die Verwaltung und die Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums stehen, ebenso über die Tätigkeiten internationaler Organisationen wie die Welthandelsorganisation (WTO) und die Weltorganisation zum Schutz geistigen Eigentums (WIPO) sowie über die Beziehungen der Vertragsparteien mit Drittländern im Bereich des geistigen Eigentums.

**Art. 3** Zusätzliche materielle Bestimmungen

Die Vertragsparteien gewährleisten in ihren nationalen Gesetzgebungen wenigstens Folgendes:

- einen angemessenen und wirksamen Schutz des Urheberrechts einschliesslich Computerprogrammen und Datenbanken, sowie der verwandten Schutzrechte;

- einen angemessenen und wirksamen Schutz von Marken, einschliesslich Kollektivmarken, für Produkte und Dienstleistungen, insbesondere der notorisch bekannten Marken;
- angemessene und wirksame Mittel zum Schutz geografischer Herkunftsangaben, einschliesslich Ursprungsbezeichnungen für alle Produkte und Dienstleistungen;
- einen angemessenen und wirksamen Schutz der Designs, insbesondere durch die Gewährleistung einer Schutzdauer von mindestens 10 Jahren;
- einen angemessenen und wirksamen Patentschutz für Erfindungen auf allen Gebieten der Technologie, dessen Niveau demjenigen des Europäischen Patentabkommens vom 5. Oktober 1973 entspricht, sowie einen zusätzlichen Schutz von bis zu fünf Jahren für pharmazeutische und für Pflanzenschutzprodukte;
- einen angemessenen und wirksamen Schutz der Topographien von Halbleitererzeugnissen;
- einen angemessenen und wirksamen Schutz von vertraulichen Informationen;
- Zwangslizenzen für Patente dürfen nur unter den Bedingungen von Artikel 31 des TRIPS-Abkommens gewährt werden. Lizenzen wegen Nichtausübung dürfen nur in dem Ausmass benutzt werden, als es für die Versorgung des lokalen Markts zu vernünftigen wirtschaftlichen Bedingungen erforderlich ist.

**Art. 4** Erwerb und Aufrechterhaltung von Immaterialgüterrechten

Unterliegt der Erwerb eines Immaterialgüterrechts der Erteilung oder Eintragung, so stellen die Vertragsparteien sicher, dass die Erteilungs- oder Eintragungsverfahren einem dem TRIPS-Abkommen, insbesondere Artikel 62, vergleichbaren Niveau entsprechen.

**Art. 5** Durchsetzung von Immaterialgüterrechten

Die Vertragsparteien treffen Durchsetzungsbestimmungen, welche einem dem TRIPS-Abkommen, insbesondere den Artikeln 41–61, vergleichbaren Niveau entsprechen.

## 9.2.6

## Botschaft

**zu den Rückversicherungsverträgen auf dem Gebiet der Exportrisikogarantie zwischen der Schweiz und Frankreich sowie zwischen der Schweiz und Oesterreich**

vom 9. Januar 2002

---

### 9.2.6.1

### Allgemeiner Teil

#### 9.2.6.1.1

#### Übersicht

Grössere Exportaufträge schweizerischer Unternehmen enthalten mehr und mehr Teil- oder Zulieferungen aus dem Ausland. Für die von einem ausländischen Unterlieferanten stammenden Anteile erhält der Exporteur jedoch von jenem Drittland keine Versicherung, da er dort nicht niedergelassen ist. Von seiner eigenen Exportkreditversicherung (EKV) erhält er ebenfalls keine Versicherung, sofern der zulässige Auslandanteil überschritten wird. Der Unterlieferant seinerseits erhält von seiner EKV keine Versicherung, weil er als Unterlieferant keinen Zahlungsanspruch gegen den Käufer hat.

Um die internationale Zusammenarbeit zu erleichtern, arbeiten die nationalen Exportkreditversicherer heute mit dem Instrument der Rückversicherungen. Der Erstversicherer nimmt gegenüber dem Exporteur das ganze Exportgeschäft samt ausländischen Zulieferungen in Deckung. Alsdann beschafft sich der Erstversicherer bei der EKV des Landes, aus dem die Zulieferung stammt, gegen Zahlung des entsprechenden Prämienanteils eine Rückversicherung im Umfang der ausländischen Zulieferung.

Die mit dem französischen Exportkreditversicherer – der Compagnie Française d'Assurance pour le Commerce Extérieur (Coface), Paris – und dem österreichischen Exportkreditversicherer – der Österreichischen Kontrollbank Aktiengesellschaft (OeKB), Wien – ausgehandelten Verträge bilden den Rahmen für den Abschluss einzelner Rückversicherungsgeschäfte. Nach den Verträgen kann die eine Partei der anderen für konkrete Exportgeschäfte vorschlagen, eine Rückversicherungsdeckung zu übernehmen. Die um Rückversicherung angegangene Partei prüft dann, ob sie die Deckung unter den im Vertrag festgehaltenen und allfälligen weiteren Bedingungen übernehmen will.

Gegenüber Dritten tritt ausschliesslich der Erstversicherer in Erscheinung, und der Rückversicherer bleibt im Hintergrund. Unabhängig davon, ob der schweizerische Exporteur Haupt- oder Unterlieferant ist, bleiben für unsere Exportrisikogarantie (ERG) die Risiken auf den jeweiligen schweizerischen Lieferanteil begrenzt. Als Erst- oder Rückversicherer wird die ERG nur Leistungen erbringen, zu denen sie auch als Alleinversicherer befugt wäre.



Exportaufträge schweizerischer Unternehmen enthalten mehr und mehr Teil- oder Zulieferungen aus dem Ausland. Die Bedingungen der Exportrisikoversicherungen der Industrieländer sind indes auf Exportgeschäfte ausgerichtet, die im Wesentlichen aus Lieferungen und Leistungen aus dem betreffenden Land bestehen; sie decken ausländische Anteile oft nur bis zu bestimmter, relativ geringer Höhe. Bei kleineren Geschäften kann ein darüber hinausgehender ausländischer Lieferanteil gegen eine Zusatzgebühr mitversichert werden. Bei grösseren Exportgeschäften, die bedeutende Auslandsanteile enthalten, steht der versicherte Exporteur vor dem Problem, dass er wegen Überschreitung des zulässigen Auslandsanteils überhaupt keine oder nur für den Inlandsanteil Deckung erhält. Für die aus anderen Ländern stammenden Exportleistungen erhält er in jenen Drittländern keine Versicherung, da er dort ja nicht niedergelassen ist; auch der Zulieferer erhält keine Deckung, weil er nicht Exporteur und nicht Vertragspartner des ausländischen Bestellers ist. Als Folge davon wird das Risiko, für ausländische Zulieferungen bezahlt zu werden, auf den Exporteur übertragen; er wird aber oft nicht zu dessen Übernahme bereit sein, was wiederum zum Scheitern eines Exportgeschäfts zum Schaden der Unternehmen aus allen beteiligten Ländern führt. Im Fall Österreichs schafft eine in den Siebzigerjahren abgeschlossene Gegenseitigkeitsvereinbarung immerhin den Rahmen dafür, dass die ERG österreichische Unterlieferungen und die OeKB schweizerische Unterlieferungen bis zur Höhe von 30 Prozent mitversichern. Für grössere Auslandsanteile, wie sie heute bei komplexen und langfristigen Grossprojekten die Regel sind, besteht dagegen keine Gegenseitigkeit; diese Situation ist nicht befriedigend. Hinzu kommt, dass es bei Grossprojekten sinnvoll ist, das Risiko soweit möglich auf mehrere Exportkreditversicherungen zu verteilen.

Zu diesem Zweck arbeiten die nationalen Exportkreditversicherungen heute mit Rückversicherungen: Der Erstversicherer nimmt gegenüber dem Exporteur das ganze Exportgeschäft samt ausländischen Zulieferungen in Deckung; alsdann beschafft sich der Erstversicherer bei der Exportkreditversicherung des Landes, aus dem die Zulieferung stammt, gegen Entgelt eine Rückversicherung im Umfang der ausländischen Zulieferung. Rechtliche Grundlage dieser Rückversicherung ist ein Rückversicherungsvertrag zwischen Erst- und Rückversicherer. Zwischen den grösseren Exportkreditversicherern Europas bestehen bereits solche Vereinbarungen; namentlich Deutschland, Grossbritannien, Frankreich, die Niederlande und Österreich haben derartige bilaterale Vertragsnetze geschaffen. Seit Mai 2001 steht auch ein Rückversicherungsvertrag zwischen der Schweiz und Deutschland in Kraft.

Für den Exporteur hat das System der Rückversicherung überdies den Vorteil, dass er immer nur mit einer einzigen Exportkreditversicherung zu tun hat (Grundsatz des «one stop shop»); gerade bei Grossprojekten ist es höchst unbefriedigend, wenn der Exporteur den Exportvertrag – soweit überhaupt möglich – aufsplitten und mit mehreren Exportkreditversicherungen einzeln und im Ergebnis je verschiedene Garantiebedingungen aushandeln muss, wie das heute bei der aus dem Jahr 1965 stammenden Administrativvereinbarung der ERG-Geschäftsstelle mit Frankreich der Fall ist. Für die Rückversicherung sorgt der Erstversicherer. Zwischen dem Exporteur und dem Rückversicherer bestehen weder ein Rechtsverhältnis noch sonstige Kontakte. Wie die Erfahrungen der erwähnten europäischen Länder zeigen, wird die Möglichkeit der Rückversicherung vor allem bei Grossprojekten (namentlich Projektfinanzierungen), bei Lieferungen in risikobehaftete Länder (z. B.

Lieferung von Textilmaschinen nach China) und naturgemäss immer dann verwendet, wenn an einem Exportauftrag Unternehmen des gleichen Konzerns in verschiedenen Ländern (Firma A. Schweiz und Firma A. Frankreich) beteiligt sind. Das Geschäftsvolumen, das auf die ERG durch die Rückversicherung – sei es als Erst-, sei es als Rückversicherer – zukommt, ist mangels empirischer Grundlagen nur sehr schwer abzuschätzen; zuverlässige Angaben können nicht gemacht werden.

## **9.2.6.2                    Besonderer Teil: Grundzüge des Vertrages**

### **9.2.6.2.1                Anwendbarkeit**

Die mit der französischen Coface und der österreichischen OeKB ausgehandelten Verträge bilden den Rahmen für den Abschluss einzelner Rückversicherungsgeschäfte. Sie kommen dann zur Anwendung, wenn ein Exporteur aus einem Vertragsstaat Unterlieferanten aus dem anderen Vertragsstaat bezieht, wobei der Exporteur gegenüber dem Besteller allein berechtigt und verpflichtet ist, also das ganze Risiko des Exportgeschäfts allein trägt (je Art. 2 Ziff. 1). Hat der Exporteur mit dem Unterlieferanten hingegen vereinbart, den Preis für die Leistung des Unterlieferanten nur dann und erst in jenem Zeitpunkt zu zahlen, wenn er die Zahlung für seine Exportleistungen erhalten hat («if-and-when»-Klausel), finden die Abkommen keine Anwendung (Art. 2 Ziff. 2 des Vertrags mit Coface, Art. 2 Ziff. 3 des Vertrags mit OeKB); in diesen Fällen kann sich der Unterlieferant bei seiner Exportkreditversicherung direkt versichern.

Nach den Verträgen kann die eine Partei der anderen für konkrete Exportgeschäfte vorschlagen, eine Rückversicherungsdeckung zu übernehmen (je Art. 1). Die um Rückversicherung angegangene Partei muss dann prüfen, ob sie die Deckung übernehmen kann. Massgebend dafür ist vor allem, ob der Erstversicherer Risiken deckt, welche der Rückversicherer ebenfalls decken könnte, wenn er Erstversicherer wäre. Für die Schweiz bedeutet das vor allem, dass die ERG als Rückversicherer nur jene Risiken decken kann, welche nach Artikel 4 und 5 des Bundesgesetzes vom 26. September 1958 über die Exportrisikogarantie (SR 946.11, ERGG) und Artikel 3 und 10 der Verordnung vom 15. Juni 1998 über die Exportrisikogarantie (SR 946.111, ERGV) versicherbar sind; ausserdem gelten der maximale Deckungssatz gemäss Artikel 6 ERGG sowie die Regeln über den schweizerischen Hersteller und Leistungsursprung nach Artikel 2 ERGV (vgl. je auch Art. 4 der Verträge).

Da der Erstversicherer eine einheitliche Deckung für das ganze Geschäft abgibt, wird der Rückversicherer in Fällen, in denen der Erstversicherer mehr Risiken deckt als er selber, die Übernahme der Rückversicherung nur ablehnen können. Konkret wird dieser Fall eintreten, wenn Coface oder OeKB als Erstversicherer das private Delkredererisiko mit abdecken; da die ERG dieses Risiko mit Ausnahme von Banksicherheiten nicht deckt, es von der Rückversicherung aber auch nicht ausschliessen kann, kann die ERG den Rückversicherungsantrag von Coface bzw. OeKB nur ablehnen.

#### 9.2.6.2.2

#### Verhältnis zwischen Erst- und Rückversicherer

Den Grundsätzen der Rückversicherung entsprechend entscheidet im Schadenfall der Erstversicherer, ob die Voraussetzungen für eine Entschädigungsleistung erfüllt sind und er dem Exporteur Deckung leisten muss. Der Rückversicherer hat auf diesen Entscheid keinerlei Einfluss. Wenn der Erstversicherer alsdann die Rückversicherung geltend macht, prüft der Rückversicherer allein, ob die Voraussetzungen für die Leistung der Rückversicherungsentschädigung vorliegen. Ist das der Fall, muss der Rückversicherer eine Entschädigung leisten; er kann die Zahlung nur verweigern, wenn der Erstversicherer bei seinem Entscheid den Rückversicherungsvertrag oder besondere Bedingungen des einzelnen Rückversicherungsgeschäfts verletzt hat.

Auch tritt gegenüber Dritten ausschliesslich der Erstversicherer in Erscheinung und der Rückversicherer bleibt im Hintergrund; das Rückversicherungsverhältnis ist nur zwischen seinen Parteien bedeutsam. Bei wesentlichen Entscheidungen hat der Erstversicherer den Rückversicherer jedoch zu konsultieren. Das gilt etwa, wenn der Erstversicherer dem Exporteur Weisungen zur Schadensvermeidung oder -verminderung erteilt (je Art. 9 Ziff. 2), wenn er Regressmassnahmen ergreift (je Art. 12 Ziff. 1) oder bei Umschuldungen (je Art. 14). Will der Erstversicherer auf Forderungen verzichten, genügt die Konsultation nicht. Er benötigt hierzu die Zustimmung des Rückversicherers (Art. 12 Ziff. 2 Coface-Vertrag, Art. 12 Ziff. 3 OeKB-Vertrag); die Zustimmung ist im Innenverhältnis der Parteien von Bedeutung.

Die Parteien können sich im Rahmen des vorliegenden Vertrags in jenen Fällen Rückversicherung gewähren, in denen ein in einem Vertragsstaat ansässiger Exporteur zur Vertragserfüllung Unterlieferanten aus dem anderen Vertragsstaat bezieht (je Art. 2). Ob allerdings eine Rückversicherung gewährt werden soll, entscheidet die Exportrisikoversicherung im Land des Unterlieferanten in jedem einzelnen Fall; es besteht keine Rückversicherungspflicht, wenn die Voraussetzungen für die Anwendung des Rückversicherungsvertrags gegeben sind. Die Lieferungen, für welche die ERG eine Rückversicherung übernimmt, müssen schweizerischen Ursprungs sein; soweit Zulieferungen aus Drittstaaten dem schweizerischen Lieferanteil zuzurechnen sind, muss der angemessene schweizerische Wertschöpfungsanteil gewahrt bleiben (vgl. Art. 2 Abs. 2 ERGV).

#### 9.2.6.2.3

#### Versicherungsumfang und Verfahren

Die Höhe der Rückversicherung bestimmt sich nach dem Verhältnis des französischen bzw. österreichischen und des schweizerischen Lieferanteils (je Art. 7, Anhang A). Nachträgliche Änderungen des Leistungsursprungs werden nur berücksichtigt, wenn sie einen bestimmten Minimalumfang überschreiten (je Art. 11). Als Erstversicherer tritt in der Regel jene Exportkreditversicherung auf, aus deren Land der wertmässig grössere Anteil an Exportleistungen stammt, wobei dieser Grundsatz mit Rücksicht auf besondere Verhältnisse und Bedürfnisse im einzelnen Fall flexibel gehandhabt werden kann (je Art. 6). Der Erstversicherer schuldet dem Rückversicherer eine Rückversicherungsprämie; sie wird grundsätzlich als Anteil an der Gesamtprämie berechnet, welcher dem Rückversicherungsanteil entspricht (je Art. 10). Der Erstversicherer kann ausserdem 10 Prozent der Gesamtprämie für seine Verwaltungskosten einbehalten (je Art. 10 Ziff. 1 Abs. 2).

Die Verfahrensregeln für die Abwicklung eines Rückversicherungsgeschäfts zwischen Erst- und Rückversicherer sind in Anlage 3 und den Anhängen B bis F geregelt (je Art. 13).

#### **9.2.6.2.4 Vertragsparteien und Inkrafttreten**

Parteien der Verträge sind die Schweizerische Eidgenossenschaft einerseits und der Französische Staat bzw. die Republik Österreich andererseits. Der Französische Staat wird durch die Compagnie Française d'Assurance pour le Commerce Extérieur (Coface) vertreten, eine privatrechtliche Körperschaft mit Sitz in Paris. Nach dem Gesetz vom 5. Juli 1949 und dem Dekret vom 14. Mai 1994 führt die Coface die Exportkreditversicherung im Auftrag und auf Rechnung des Französischen Staates durch. Der Vertrag unterliegt dort der Genehmigung des Finanzministeriums. Die Republik Österreich wird von der Österreichische Kontrollbank AG (OeKB) vertreten, ebenfalls eine Gesellschaft des privaten Rechts. Gemäss §5 des Ausfuhrförderungsgesetzes von 1981 führt die OeKB die staatliche österreichische Exportkreditversicherung als Bevollmächtigte der Bundesrepublik Österreich durch. Dagegen ist die schweizerische Geschäftsstelle für die Exportrisikogarantie die mit der Geschäftsführung der Exportrisikogarantie betraute Stelle des Bundes ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Die Verträge treten nach ihrer Unterzeichnung mit der Ratifikation durch die Schweiz in Kraft (je Art. 17 Ziff. 1). Unter Beachtung einer Kündigungsfrist von drei Monaten können sie jeweils auf das Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden (je Art. 17 Ziff. 2). Die Kündigung hat selbstverständlich keine Auswirkungen auf Rückversicherungsverpflichtungen, welche die Parteien vor der Kündigung eingegangen sind; sie bleiben weiterhin wirksam.

#### **9.2.6.3 Finanzielle und personelle Auswirkungen**

Die Folgen der Verträge haben keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Bundeshaushalt. Sowohl die einzelnen Rückversicherungsgeschäfte, welche im Rahmen dieser Verträge abgeschlossen werden, als auch die Personal- und anderen Verwaltungskosten der Geschäftsstelle für die ERG werden über den Fonds für die Exportrisikogarantie abgewickelt. Dieser rechtlich unselbstständige, eigenwirtschaftliche Fonds ist nicht Bestandteil der Finanzrechnung des Bundes (Art. 6a ERGG).

#### **9.2.6.4 Regulierungsfolgeabschätzung**

Die vorliegende Ausweitung des staatlichen Leistungsangebotes im Bereich der Exportrisikogarantie – einem Instrument zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsgelegenheiten und der Förderung des Aussenhandels – findet ihre Begründung in der wachsenden Internationalisierung der Wirtschaft und der damit verbundenen abnehmenden Wertschöpfungstiefe im Inland.

Nutznieser dieser Massnahme sind jene Unternehmen (und damit ihre Beschäftigten), die gegen Entrichtung einer Prämie in den Genuss einer

Exportrisikogarantie gelangen können. Sie haben es einfacher, im Wettbewerb um Exportaufträge geeignete französische oder österreichische Subkontrahenten beizuziehen. Nutzniesser sind auch schweizerische Zulieferer von in Frankreich oder Österreich domizilierten Anbietern, weil sie nur noch mit diesen in einem Vertragsverhältnis stehen und nicht zusätzlich Verträge mit deren Kunden und der schweizerischen ERG abschliessen müssen.

Die Massnahme bewirkt tendenziell eine Steigerung der internationalen Arbeitsteilung, was positive Wohlfahrtseffekte erwarten lässt, solange die von der Exportrisikogarantie versicherten Geschäfte in genügend zukunftssträchtigen Gebieten getätigt werden. Die Unterstützung in Form von Garantien ist weitgehend international harmonisiert; für risikobehaftete Geschäfte gilt die Exportkreditversicherung als notwendige, nicht aber hinreichende Voraussetzung zur Teilnahme am Wettbewerb. In der Regel entscheidet der Markt auf Grund technischer und preislicher Faktoren über die Konkurrenzfähigkeit der Exporteure.

Die Alternative besteht darin, dass der Subkontrahent direkt mit dem Auftraggeber einen Vertrag über die Teillieferung abschliesst und diesen Vertrag dann bei seiner Exportkreditversicherung anmeldet. Schweizerische Systemlieferanten müssen bei dieser (der heutigen) Lösung ihren Subkontrahenten aus Frankreich oder Österreich mehr Risiken überbinden als ausländischen Systemlieferanten aus jenen Staaten, deren Exportkreditversicherungen durch Rückversicherungsverträge wie die vorliegenden bereits mit der Coface oder OeKB zusammenarbeiten; das ist ein Wettbewerbsnachteil. Die Verträge ermöglichen nun ein weniger schwerfälliges Vorgehen.

Allfällige Vollzugsprobleme (z. B. Zuständigkeit für Anweisungen der Versicherer hinsichtlich Massnahmen zur Schadensbegrenzung) sollten dank der eingehenden Vertragsregelungen vermieden werden können.

#### **9.2.6.5                    Legislaturplanung**

Die Verträge entsprechen der Absicht von Ziel 3 (Einsatz zu Gunsten einer offenen und nachhaltigen Weltwirtschaftsordnung; R7 Weiterentwicklung einer nachhaltigen Aussenwirtschaftspolitik) des Berichts über die Legislaturplanung 1999–2003 (BBl 2000 2276); danach wird der Bundesrat u.a. die Dienstleistungen der Exportrisikogarantie überprüfen. Rückversicherungsverträge erleichtern die internationale Zusammenarbeit unter ERG-Instituten und Exporteuren innerhalb des bestehenden rechtlichen Handlungsrahmens unserer ERG.

#### **9.2.6.6                    Verhältnis zum europäischen Recht**

Die Europäische Union hat 1997 ihre Mitglieder angewiesen, von staatlichen Garantien für marktfähige Exportkreditrisiken (wirtschaftliche Risiken nichtöffentlicher Schuldner in 23 OECD-Ländern bei einer Höchststrisikodauer unter zwei Jahren) abzusehen, weil dafür ein privater Wettbewerbsmarkt besteht. Ab 2001 umfassen die marktfähigen Risiken zudem politische Risiken und öffentliche Schuldner. 1998 hat die EU eine Richtlinie zur Harmonisierung der wichtigsten EKV-Bestimmungen für mittel- und langfristige Geschäfte erlassen. Im Rahmen dieses Gemeinschaftsrechts liegt die Zuständigkeit für die staatlichen

Exportkreditversicherungen heute bei den Mitgliedstaaten. Die europäischen und aussereuropäischen Industrieländer einschliesslich der Mitgliedstaaten der EU koordinieren ihre EKV-Deckungen im Rahmen der Berner Union, einem nach schweizerischem Recht konstituierten Verein. Die darin vertretenen Exportkreditversicherer haben bereits vor einiger Zeit begonnen, gegenseitige Rückversicherungsverträge abzuschliessen. Die vorliegenden Verträge stimmen sowohl von den Zielen als auch den Lösungsansätzen her mit den Verträgen der anderen europäischen Exportkreditversicherungen überein. Frankreich und Österreich können auch im Rahmen des Rückversicherungsvertrages als Erst- oder Rückversicherer keine Leistungen erbringen, die mit den EU-Bestimmungen nicht vereinbar wären; damit sind auch der Schweiz Grenzen für Leistungen der ERG unter den Rückversicherungsverträgen gesetzt.

#### **9.2.6.7 Verfassungsmässigkeit**

Es ist verfassungsmässige Aufgabe des Bundes, die Interessen der schweizerischen Wirtschaft im Ausland zu wahren (Art. 101 BV). Auch ist der Bund zuständig, Massnahmen für eine ausgeglichene konjunkturelle Entwicklung, insbesondere zur Verhütung und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit zu treffen (Art. 100 Abs. 1 BV). Die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsgelegenheiten und die Förderung des Aussenhandels sind Zwecke, die bereits in Artikel 1 des Bundesgesetzes über die Exportrisikogarantie von 1958 genannt sind. Die vorliegenden Rückversicherungsabkommen ergänzen das Gesetz und tragen der seit dessen Erlass zunehmenden Beteiligung von Zulieferern aus mehreren Staaten an einem Exportgeschäft Rechnung. Garantiennehmer der ERG und Deckungsnehmer von Coface und OeKB mit einer Rückversicherung der ERG werden gleich behandelt; bei der Gewährung einer Rückversicherung sind Gesetz und Verordnung über die ERG zu beachten (vgl. Ziff. 9.2.6.2.1). Ausserdem ist der Bund für die auswärtigen Angelegenheiten zuständig (Art. 54 BV), wozu insbesondere der Abschluss von Staatsverträgen gehört. Das Rückversicherungsabkommen stützt sich damit auf eine genügende verfassungsmässige Grundlage.

Für die Genehmigung der vorliegenden Abkommen ist die Bundesversammlung zuständig (Art. 166 Abs. 2 BV). Die Abkommen sind kündbar, sie sehen weder den Beitritt zu einer internationalen Organisation noch eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung vor. Mit den Abkommen ist kein Beitritt zu Organisationen für kollektive Sicherheit oder zu supranationalen Gemeinschaften verbunden. Der Ihnen unterbreitete Bundesbeschluss unterliegt somit weder dem obligatorischen Referendum gemäss Artikel 140 Absatz 1 Buchstabe b noch dem fakultativen Referendum gemäss Artikel 141 Absatz 1 Buchstabe d der Bundesverfassung.

**Bundesbeschluss  
betreffend Rückversicherungsverträge auf dem Gebiet der  
Exportrisikogarantie zwischen der Schweiz und Frankreich  
sowie zwischen der Schweiz und Österreich**

vom

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*  
gestützt auf die Artikel 54 Absatz 1 und 166 Absatz 2 der Bundesverfassung,  
nach Einsicht in die im Bericht vom 9. Januar 2002<sup>1</sup> zur Aussenwirtschaftspolitik  
2001 enthaltene Botschaft,  
*beschliesst:*

**Art. 1**

<sup>1</sup> Der Vertrag über wechselseitige Rückversicherungsverpflichtungen zwischen der Geschäftsstelle für die Exportrisikogarantie, Zürich, handelnd für die Schweizerische Eidgenossenschaft, und der Compagnie Française d'Assurance pour le Commerce Extérieur, Paris, handelnd für den Französischen Staat, wird genehmigt (Anlage 2).

<sup>2</sup> Der Vertrag über wechselseitige Rückversicherungsverpflichtungen zwischen der Geschäftsstelle für die Exportrisikogarantie, Zürich, handelnd für die Schweizerische Eidgenossenschaft, und der Österreichischen Kontrollbank AG, Wien, handelnd als Bevollmächtigte der Republik Österreich, wird genehmigt (Anlage 3).

<sup>3</sup> Der Bundesrat wird ermächtigt, die Verträge zu ratifizieren und in Kraft zu setzen.

**Art. 2**

Dieser Beschluss untersteht nicht dem Staatsvertragsreferendum.

<sup>1</sup> BBl 2002 ....

## Vertrag

**über wechselseitige Rückversicherungsverpflichtungen zwischen  
Compagnie Française d'Assurance pour le Commerce Extérieur, 12,  
cours Michelet, 92065 Paris La Défense, Cedex,  
(nachfolgend «Coface» genannt), handelnd für den Französischen Staat  
und der Geschäftsstelle für die Exportrisikogarantie,  
Kirchenweg 8, 8032 Zürich, (nachfolgend «ERG» genannt),  
handelnd für die Schweizerische Eidgenossenschaft**

vom 3. Dezember 2001

---

### Art. 1 Vertragszweck

Coface erklärt sich bereit, Kreditversicherungen der ERG, die zugunsten schweizerischer Exporteure oder Dritter (insbesondere von Banken) übernommen werden, anteilig nach Prozentsätzen in Rückversicherung zu nehmen, soweit sie sich auf die Absicherung von Risiken aus der Erbringung von Exportleistungen französischen Ursprungs beziehen.

ERG erklärt sich bereit, Kreditversicherungen der Coface, die zugunsten französischer Exporteure (und französische Exporte finanzierender Banken) übernommen werden, anteilig nach Prozentsätzen in Rückversicherung zu nehmen, soweit sie sich auf die Absicherungen von Risiken aus der Erbringung von Exportleistungen schweizerischen Ursprungs beziehen.

Die konkrete Rückversicherungszusage wird jeweils auf der Basis einer Einzelfallentscheidung von Coface oder der ERG übernommen.

### Art. 2 Anwendungsfälle

1. Für Vereinbarungen nach diesem Rückversicherungsabkommen kommen Fälle in Betracht, bei denen

- a) der im Land des einen Kreditversicherers ansässige Exporteur zur Vertragserfüllung Unterlieferanten beizieht, die (unter anderem) in dem Land des anderen Kreditversicherers ansässig sind, wobei der Exporteur gegenüber dem ausländischen Besteller allein verpflichtet und berechtigt ist; oder
- b) Exporteure, die je voneinander unabhängige Geschäfte in Frankreich bzw. in der Schweiz führen, voneinander abhängige Exportverträge mit einem Käufer in einem anderen Land als Frankreich oder der Schweiz abgeschlossen haben;

und der Kreditversicherer im Land des Exporteurs eine Exportkreditversicherung gewährt.

<sup>1</sup> Übersetzung der englischen und französischen Originaltexte.



2. Das Rückversicherungsabkommen findet keine Anwendung, wenn der Versicherer Versicherungsschutz für einen Vertrag über Exportleistungen gewährt, bei dem der Hauptauftragnehmer eine «If and when»-Vereinbarung mit seinem (seinen) Subunternehmer(n) im Land des Rückversicherers getroffen hat.

### **Art. 3** Definitionen

Im Rahmen dieses Vertrages haben nachstehende Begriffe folgende Bedeutung:

Arbeitstag	bezeichnet einen Tag, an dem beide Kreditversicherer ihren Geschäftsbetrieb geöffnet haben.
(der/die) Kreditversicherer	bezeichnet ERG und Coface bzw. einen von beiden.
Exportleistungen	bezeichnet die Waren und Dienstleistungen, die nach dem Exportvertrag geliefert bzw. erbracht werden sollen.
Versicherer	bezeichnet den Kreditversicherer, der die Police ausstellt.
Hauptauftragnehmer	bezeichnet den Exporteur, der Vertragspartner des ausländischen Bestellers ist.
Police	bezeichnet eine vom Versicherer ausgestellte Versicherungspolice oder Garantie.
Rückversicherungsanteil	bezeichnet den vom Rückversicherer in Rückdeckung genommenen, als Prozentsatz ausgedrückten Wert der versicherten Exportleistungen.
Rückversicherer	bezeichnet den Kreditversicherer, der dem Versicherer für ein bestimmtes Geschäft eine Rückversicherung zur Verfügung stellt.

### **Art. 4** Leistungsursprung

Die Vertragsparteien gehen grundsätzlich davon aus, dass die aus dem Land des Rückversicherers stammenden Exportleistungen ihren Ursprung im Land des Rückversicherers haben. Wenn der Versicherer in einem bestimmten Geschäft Gründe hat, hieran zu zweifeln, wird er - soweit möglich - den Leistungsursprung ermitteln und den Rückversicherer unverzüglich über seine Zweifel und die Ergebnisse seiner Ermittlungen informieren.

### **Art. 5** Versicherungen/Deckungsformen, für die dieser Vertrag gilt

Die von ERG und Coface bereitgestellten Versicherungen und Deckungsformen, für die dieser Vertrag gilt, sind in den Anlagen 1 und 2 zu diesem Vertrag dargestellt. Jeder der beiden Kreditversicherer wird den jeweils anderen schriftlich darüber informieren, wenn sich eine seiner Versicherungen bzw. Deckungsformen ändert.

**Art. 6** Bestimmung des Versicherers

In der Regel tritt jener Kreditversicherer als Versicherer auf, aus dessen Land der wertmässig grössere Anteil an Exportleistungen des zur Deckung angetragenen Geschäfts stammt. Mit Rücksicht auf die Umstände des Einzelfalles können die Parteien den Versicherer im gegenseitigen Einvernehmen durchaus auch von dieser Regel abweichend festlegen.

**Art. 7** Rückversicherungsanteil

1. Der Rückversicherungsanteil wird nach Massgabe des rückzuversichernden schweizerischen bzw. französischen Anteils an der Exportleistung auf der Basis der Angaben des Antragstellers festgelegt. Massgeblich ist das Verhältnis von Exportleistungen schweizerischen und französischen Ursprungs. Bei unterschiedlichen Deckungsquoten des Versicherers und des Rückversicherers wird der Rückversicherungsanteil wie in den in Anhang A, Beispiele 1, 3 und 5, errechnet.

2. Beinhaltet das zu versichernde Geschäft Exportleistungen aus einem oder mehreren Drittländern, wobei auch das Bestellerland als Drittland gilt, richtet sich die Risikotragung grundsätzlich danach, welchem Lieferanteil die Drittlandszulieferungen funktional zuzuordnen sind. Entsprechend der funktionalen Zuordnung wird der Rückversicherungsanteil wie in Anhang A, Beispiele 5 und 6, errechnet. Die Vertragsparteien können sich über eine anderweitige Festlegung des Rückversicherungsanteils einigen.

Ist keine eindeutige Zuordnung von Drittlandslieferungen erkennbar, gewährt der Versicherer Deckung für Drittlandslieferungen ohne Rückversicherung. Im Einzelfall können sich der Versicherer und der Rückversicherer über eine Aufteilung der Risiken zwischen Versicherer und Rückversicherer nach Massgabe der sich aus dem Verhältnis von schweizerischem und französischem Lieferanteil ergebenden Deckungsquote einigen.

**Art. 8** Verpflichtungen des Rückversicherers

1. Übernimmt der Rückversicherer eine Rückversicherungsverpflichtung, hat er dem Versicherer den vereinbarten Rückversicherungsbetrag zu leisten, wenn der Versicherer aus der Police zu Entschädigungsleistungen verpflichtet ist.

2. Sofern nichts anderes vereinbart wird, übernimmt der Rückversicherer für den ihm als Rückversicherer zugewiesenen Anteil Rückdeckung mit derselben Deckungsquote, die der Versicherer in seiner Police festgesetzt hat. Der Rückversicherer ist jedoch nicht verpflichtet, Rückversicherung über seine maximale Deckungsquote hinaus zur Verfügung zu stellen.

3. Der Rückversicherer verpflichtet sich, dem Versicherer einen Betrag zu zahlen, der dem für den Rückversicherer bestimmten prozentualen Teil an der vom Versicherer erbrachten oder noch zu erbringenden Entschädigungsleistung aus der jeweiligen Police entspricht. Diese Zahlung ist innerhalb von 30 Arbeitstagen nach dem Tag zu leisten, an dem der Rückversicherer vom Versicherer informiert wurde, dass eine Entschädigung geleistet wurde.

4. Der Rückversicherer hat eine Zahlung nach Massgabe des Rückversicherungsanteils auch bei einem Fabrikationsschadenfall zu erbringen, wenn eine entsprechende Versicherung übernommen wurde. Die Höhe der Zahlung bestimmt sich dabei nicht nach den in den jeweiligen Lieferanteilen entstandenen Selbstkosten, sondern richtet sich allein nach dem Rückversicherungsanteil an dem auf der Grundlage der Kosten dem Hauptauftragnehmers und auf dem rückversicherten Anteil entstandenen Kosten.

5. Der Rückversicherer verpflichtet sich, den Versicherer bei allen ihm zur Kenntnis gelangenden Problemen zu benachrichtigen, die sich auf die Erfüllung des Liefervertrages oder der daran gekoppelten Kreditverträge auswirken könnten.

#### **Art. 9**                      Verpflichtungen des Versicherers

1. Der Versicherer hat den Rückversicherer über jede Änderung des Deckungsdokumentes, des Umfangs und der Art des Exportkreditgeschäftes oder der daran gekoppelten vertraglichen Regelungen zu unterrichten, sofern sie Auswirkungen auf das von der Police gedeckte Risiko haben könnte.

2. Der Versicherer hat den Rückversicherer zu konsultieren, bevor er verbindlich entscheidet, welche Massnahmen zu ergreifen bzw. welche Anweisungen dem Versicherungsnehmer zu erteilen sind, wenn gefahrerhöhende Umstände eingetreten sind oder ein Schadenfall droht.

3. Der Versicherer hat dem Rückversicherer innerhalb von 30 Arbeitstagen nach Eingang den ihm nach Massgabe des Rückversicherungsanteils zustehenden Anteil an Zahlungseingängen zu überweisen, die vom Versicherer nach Entschädigungszahlung als Rückfluss eingezogen oder einbehalten wurden.

4. Der Versicherer hat den Rückversicherer unverzüglich zu informieren, wenn ihm mitgeteilt wird, dass ein Schuldner eine fällige Zahlung für die Tilgung einer von der Police gedeckten Forderung nicht geleistet hat.

5. Der Versicherer hat dem Rückversicherer auf Anforderung Kopien aller in seinem Besitz befindlichen und geschäftsrelevanten Informationen zur Verfügung zu stellen.

6. Der Versicherer hat den Rückversicherer zu informieren, sobald seine Verpflichtungen aus der Police beendet sind.

#### **Art. 10**                      Prämienberechnung und -verteilung

1. Der Rückversicherer hat Anspruch auf eine Rückversicherungsprämie, welche
- a) dem Rückversicherungsanteil an der Prämie entspricht oder
  - b) zwischen den Kreditversicherern im Einzelfall vereinbart wurde, damit der Rückversicherer eine Prämie erhält, die nach seinem Entgeltsystem erforderlich ist, um das in Rückversicherung zu nehmende Risiko zu decken.

Von den Beträgen gemäss Buchstaben a) und b) behält der Versicherer einen Abzugsbetrag in Höhe von 10 % als Entgelt für seine Bearbeitungskosten ein.

2. Die Rückversicherungsprämie ist innerhalb von 30 Arbeitstagen fällig, nachdem der Versicherer die Prämie erhalten hat.

3. Wenn der Versicherer dem Versicherten die Prämie teilweise oder ganz zurück-erstattet, weil die Deckungsdauer oder der versicherte Betrag reduziert worden ist oder der Anspruch auf Deckung noch nicht entstanden ist, ist der Rückversicherer grundsätzlich verpflichtet, dem Versicherer auf Anforderung den Anteil an der rück-gezahlten Prämie zu erstatten, der dem an ihn gezahlten Prämienanteil – unter Berücksichtigung des als Verwaltungskosten einbehaltenen Prämienanteils – entspricht. Der Rückversicherer hat sich an Prämienrückerstattungen nur zu beteiligen, wenn der für die Rückerstattung massgebliche Grund auch für den rückversicherten Teil gilt.

#### **Art. 11**            Änderung des Leistungsursprungs

1. Wenn sich nach endgültiger Rückversicherungsübernahme die Zusammensetzung des Ursprungs der Exportleistungen um mehr als 10 % des Wertes einer der betroffenen Exportleistungen ändert, oder wenn sich die Anteile der Exportleistungen des Hauptauftragnehmers im Verhältnis zu jenen des Unterlieferanten im Wert um mehr als 10 % verschieben, wird der Versicherer den Rückversicherer darüber informieren; jede der beiden Parteien kann dann die Anpassung des Rückversicherungsanteils verlangen.

2. Erfolgt eine Anpassung des Rückversicherungsanteils, werden auch die Beträge entsprechend angepasst, welche sich der Versicherer und der Rückversicherer gegenseitig in Form von Prämien, Ansprüchen auf und Beteiligungen an Entschädigungsleistungen, Rechtsverfolgungskosten oder Kosten der Schadensminderung oder -verhinderung schulden.

#### **Art. 12**            Regressmassnahmen

1. Der Versicherer wird den Rückversicherer konsultieren, bevor er Massnahmen der Rechtsverfolgung ergreift oder Regressansprüche geltend macht, deren Kosten insgesamt mehr als 10 % des ausstehenden Betrages ausmachen.

Der Rückversicherer ist verpflichtet, sich nach Massgabe des Rückversicherungsanteils an Aufwendungen des Versicherers zur Erlangung von Rückflüssen oder zur Führung von gerichtlichen Verfahren zu beteiligen, sofern der Versicherer gemäss seiner Police gegenüber dem Versicherungsnehmer zur Kostentragung oder -erstattung verpflichtet ist. Die Zahlung soll innerhalb von 30 Arbeitstagen nach dem Datum der Mitteilung über die Kostenentstehung erfolgen.

2. Mit Ausnahme von Forderungen, die in einer Pariser-Club-Vereinbarung gemäss Artikel 14 dieser Vereinbarung enthalten sind, kann der Versicherer Forderungen, die ihm nach Entschädigungsleistung wirtschaftlich oder rechtlich zustehen, nur mit Zustimmung des Rückversicherers verkaufen, erlassen oder abschreiben.

#### **Art. 13**            Verfahrensregeln

Die Verfahrensregeln für die Abwicklung der einzelnen Rückversicherungsgeschäfte sind in Anlage 3 festgelegt.

**Art. 14** Umschuldung

1. Wenn ein Umschuldungsantrag aus dem Besteller- bzw. Schuldnerland eingeht, beraten die Vertragsparteien darüber, wie Probleme, die sich daraus ergeben, gelöst werden sollen. Die endgültige Entscheidung trifft jedoch der Versicherer.
2. Ist die versicherte Forderung Gegenstand eines Umschuldungsabkommens, konsultiert der Versicherer den Rückversicherer, wenn er diese Forderung verkaufen oder erlassen möchte. Auf Verlangen des Rückversicherers kann der Versicherer den rückversicherten Teil der Forderung ganz oder teilweise dem Rückversicherer abtreten. Wenn die Forderung jedoch in einer im Rahmen des Pariser Clubs abgeschlossenen Umschuldungsvereinbarung enthalten ist, wird davon ausgegangen, dass der rückversicherte Teil so behandelt wird, wie es das vereinbarte Protokoll des Pariser Clubs vorsieht.
3. Der Versicherer hat das Recht, Entschädigungszahlungen zu den vertraglichen Fälligkeiten zu leisten, ohne eine Karenzfrist zu berücksichtigen, welche für die Auszahlung einer Entschädigung üblicherweise vorgesehen ist.

**Art. 15** Währung

Sämtliche Zahlungen im Rahmen der einzelnen Rückversicherungsgeschäfte sind in der Landeswährung des Versicherers zu leisten. Die Parteien können jedoch eine andere Währung vereinbaren, namentlich die Währung, in der der Versicherer die Police ausstellt.

**Art. 16** Schiedsverfahren

1. Die Vertragsparteien bemühen sich, Streitigkeiten, die sich im Zusammenhang mit diesem Vertrag ergeben, einvernehmlich zu lösen.
2. Streitigkeiten, die nicht einvernehmlich gelöst werden können, werden durch ein aus drei Personen bestehendes Schiedsgericht entschieden. Jede Vertragspartei benennt einen Schiedsrichter, und diese wiederum bestimmen den vorsitzenden Schiedsrichter.

Das Schiedsgericht hat seinen Sitz am Ort des jeweiligen Versicherers; das ist bei Coface Paris und bei der ERG der Ort der Geschäftsstelle (Zürich). Das Verfahren wird in französischer, deutscher und englischer Sprache geführt, und die Parteien können Beweismittel in diesen Sprachen ohne Übersetzung einreichen. Im übrigen legt das Schiedsgericht das Verfahren nach rechtsstaatlichen Grundsätzen fest.

**Art. 17** Kündigung und Vertragsänderung

1. Dieser Vertrag wird von beiden Vertragsparteien unterzeichnet und tritt an dem Tag in Kraft, an dem die ERG Coface mitteilt, dass die verfassungsmässigen Voraussetzungen für den Abschluss und das Inkrafttreten dieses Vertrages nach schweizerischem Recht erfüllt sind (Ratifikation).
2. Jede Vertragspartei hat das Recht, diesen Vertrag zum Ende eines jeden Kalenderjahres zu kündigen. Die Kündigung muss mit einer Frist von drei Monaten

schriftlich erfolgen. Eine solche Kündigung hat keine Auswirkungen auf Verpflichtungen, die vor der Beendigung des Vertrags eingegangen wurden.

3. Die Vertragsparteien können diesen Vertrag jederzeit ändern. Anlage 3 und sämtliche Anhänge können mit schriftlicher Zustimmung von ERG und Coface jederzeit geändert werden.

**Art. 18** Sprachen des Vertrags

1. Dieser Vertrag wurde in vier Originalen ausgefertigt, zwei in französischer und zwei in englischer Sprache, wobei jede Vertragspartei ein Original in jeder Sprache erhält.

2. Jede Sprachfassung dieses Vertrags ist gleichermassen verbindlich und kann für die Auslegung herangezogen werden.

3. Die Arbeitssprache jedoch ist das Englische. Deshalb sind alle Anlagen und Anhänge nur in englischer Sprache abgefasst.

Peter W. Silberschmidt

François de Ricolfis

ERG

Coface

**Einzelheiten zu den Fazilitäten von Coface**

Fazilität	Gedekte Risiken	Deckungssatz	Rückgriff auf den Exporteur	Bemerkungen
<b>1) Garantierisiken</b>				
a) Bietergarantie	Politisches und wirtschaftliches Risiko	85 % wirtschaftliches Risiko 90 % politisches Risiko		Besondere Police mit besonderer Prämie
b) Vorauszahlungsgarantie	Gleich wie Vorkredit- und/oder Kreditrisikodeckung	95 % Fabrikationsrisiko 90 % Kreditrisiko		Besondere Prämie auf dem Garantiebetrug zahlbar
c) Erfüllungsgarantie	Widerrechtlicher Abruf	95 % für Deckung zusammen mit einer Vorkreditdeckung		Im allgemeinen Deckung als Fabrikationsrisiko, welches zusammen mit der Deckung eines Verkäuferkredits mit Prämienzuschlag übernommen wird.
	Politisches und allenfalls wirtschaftliches Risiko	Wenn separate Deckung gewährt wird: 85 % wirtschaftliches Risiko 90 % andere Risiken		Kann in gewissen Fällen separat als Kreditrisiko mit bestimmter Prämie gedeckt werden.

Fazilität	Gedekte Risiken	Deckungssatz	Rückgriff auf den Exporteur	Bemerkungen
-----------	-----------------	--------------	-----------------------------	-------------



# Wechselseitige Rückversicherungsverpflichtungen

Fazilität	Gedekte Risiken	Deckungssatz	Rückgriff auf den Exporteur	Bemerkungen
b) Verkäuferkreditdeckungen bei privaten Käufern	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Massnahmen oder Entscheidungen ausländischer Behörden, welche die Erfüllung des Vertrags verhindern oder die Überweisung von Geldern verzögern</li> <li>– andauernder Verzug des öffentlichen Schuldners</li> <li>– Politisches Risiko</li> <li>– andauernder Verzug des privaten Schuldners</li> <li>– Insolvenz des privaten Schuldners</li> </ul>	<p>Fabrikationsrisiko: 95 %; Kreditrisiko: 85 % für wirtschaftliches Risiko 90 % für politisches Risiko</p>		Der andauernde Verzug des privaten Käufers wird unter der Fabrikationsrisikodeckung nicht gedeckt.

Wechselseitige Rückversicherungsverpflichtungen

Fazilität	Gedekte Risiken	Deckungssatz	Rückgriff auf den Exporteur	Bemerkungen
<b>3) Käuferkreditdeckungen</b>  a) Käuferkreditdeckung für öffentliche Kreditnehmer  b) Käuferkreditdeckungen für private Kreditnehmer	<p>Kreditrisiken: Wenn der Kreditnehmer die Schuld unter dem Kreditvertrag nicht zahlen kann. Das Kreditrisiko entsteht für die französische Bank bei jeder Beanspruchung des dem Exporteur gewährten Kredits.</p> <p>– politisches Risiko und andauernder Verzug des öffentlichen Schuldners</p> <p>– politisches und wirtschaftliches Risiko</p>	95 %	Mit einer besonderen Verpflichtung des Exporteurs bis zum Betrag der der Bank bezahlten Entschädigung	<p>Käuferkreditdeckungen werden den kreditgebenden Banken oder Finanzinstitutionen zur Deckung der Rückzahlung eines dem ausländischen Kreditnehmers gewährten Kredits gewährt.</p> <p>Die Deckung umfasst den Kreditbetrag und die entsprechenden Rückzahlungszinsen.</p> <p>Die Zahlung der Forderung erfolgt ratenweise</p> <p>Besonderes Verfahren: Nach der Entscheidung des Garantieausschusses kann die Forderung nach der Inverzugsetzung vollständig entschädigt werden; das gilt für private und in Einzelfällen für öffentliche Kreditnehmer.</p> <p>Karenzfrist: 3 Monate</p> <p>Zeitraum bis zur Schadenvergütung: 1 Monat</p>

Wechselseitige Rückversicherungsverpflichtungen

Fazilität	Gedekte Risiken	Deckungssatz	Rückgriff auf den Exporteur	Bemerkungen
<b>4) Besondere Deckungen</b> a) Werkvertrag	<p>Fabrikationsrisiko: Höchster Verlustbetrag in Bezug auf den höchsten Kreditüberzug, der sich aus einer vom Versicherten berechneten Risikokurve ergibt</p> <p>Kreditrisiko bei provisorischer und definitiver Annahme und für vom Schuldner akzeptierte Forderungen bis max. 20 % des Vertragswertes</p>	<p>95 %</p> <p>85% wirtschaftliches Risiko 90% andere Risiken</p>	<p>Gleicher de-facto-Rückgriff auf den Exporteur wie bei Verkäuferkreditdeckungen</p>	<p>Standardmässige allgemeine Bedingungen für Verkäuferkreditdeckungen zusammen mit besonderen Bedingungen</p> <p>Deckung des höchsten Verlusts</p> <p>Dieser Höchstbetrag wird fix festgelegt.</p> <p>Besonderer Prämiensatz: Der auf Fabrikationsrisiko anwendbare Satz wird mit 1,66 multipliziert</p> <p>Für bei und nach der vorläufigen Annahme bezahlte Beträge sind die Standardprämiensätze für Kreditrisiken anwendbar.</p> <p>Für Forderungen: Zusatzprämie</p>

Fazilität	Gedekte Risiken	Deckungssatz	Rückgriff auf den Exporteur	Bemerkungen
b) auf den Höchstbetrag des Vertrags beschränkte Deckung – Für von internationalen Finanzinstitutionen finanzierte Geschäfte – für bar zu bezahlende Verträge	Höchster gedeckter Betrag bei Fabrikationsrisiko gemäss Antrag des Versicherten  Kreditrisiken: Für Beträge bezahlt am Ende der Vertragspflichten des Versicherten	95 %  85 % wirtschaftliches Risiko 90 % andere Risiken		Standardmässige allgemeine Bedingungen für Verkäuferkreditdeckungen  Deckung wird für den Höchstbetrag gewährt, der in Prozenten des Vertragswerts bestimmt wird.  Besondere Prämien: Der auf das Fabrikationsrisiko angewendbare Satz wird mit 2 multipliziert.  Prämie: Standardprämie für das Kreditrisikostandard (bei Barzahlung)

**Einzelheiten zu den Fazilitäten der ERG**

I.

Fazilität	Forderungsdeckung
Art	Garantie
Garantienehmer	Exporteur oder Dritter (namentlich Bank)
Versicherungsbedingungen	Bundesgesetz über die Exportrisikogarantie Verordnung über die Exportrisikogarantie
Selbstbeteiligung des Exporteurs	mindestens 5 %
Prozentsatz der Deckung	maximal 95 %
Berechnungsgrundlage	Preis der Exportleistungen gemäss Exportvertrag
Gedekte Risiken	<p>a) politisches Risiko Risiko politischer Ereignisse im Ausland wie Krieg, bürgerlicher Unruhen, die dem Abnehmer die Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen verunmöglichen oder zum Verlust der noch dem Exporteur gehörenden Ware führen.</p> <p>b) Transferrisiko Risiko, das dem Abnehmer die Bezahlung durch eine devisenrechtliche Massnahme seiner Regierung verunmöglicht wird, nachdem der Abnehmer den Gegenwert in Lokalwährung deponiert hat.</p> <p>c) wirtschaftliches Risiko:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– von öffentlichen Schuldnern;</li> <li>– von privaten Schuldnern,</li> <li>– die einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft oder Anstalt gehören, oder</li> <li>– wenn die Forderung von einem öffentlichen Garanten oder einer ERG-geprüften Bank garantiert wird, oder</li> <li>– die öffentlichen Aufgaben erfüllen, wobei sich das wirtschaftliche Risiko auf die Verpflichtungen staatlicher oder privater Abnehmer beschränkt, die ihrerseits öffentliche Aufgaben erfüllen;</li> </ul>

## d) Fremdwährungsseventualrisiko

Fremdwährungsrisiken aus der Ablösung einer Fremdwährungsfinanzierung, eines Devisenterminkontraktes oder ähnlicher Vorkehren nach dem Eintritt eines nach lit. a) bis c) gedeckten Schadens. Keine Absicherung von Wechselkursschwankungen als Primärrisiko.

## II.

Fazilität	Fabrikationsrisikodeckung (Risiko vor Lieferung)
Art	Garantie
Garantienehmer	Exporteur, grundsätzlich auch Dritter (namentlich Bank)
Versicherungsbedingungen	Bundesgesetz über die Exportrisikogarantie Verordnung über die Exportrisikogarantie
Selbstbeteiligung des Exporteurs	mindestens 5 %
Prozentsatz der Deckung	maximal 95 %
Berechnungsgrundlage	Selbstkosten
Gedekte Risiken	Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Lieferung wegen nachträglicher Zunahme des politischen, Transfer- oder wirtschaftlichen Risikos, das gemäss Ziff. I. gedeckt werden kann, oder wegen fehlender Transportmöglichkeiten im Ausland.

## III.

Fazilität	Deckung für Bietungs- und Erfüllungsgarantien (nur als Deckung neben einer Garantie nach Ziff. I und/oder II)
Art	Garantie
Garantienehmer	Exporteur oder Dritter (namentlich Bank)
Versicherungsbedingungen	Bundesgesetz über die Exportrisikogarantie Verordnung über die Exportrisikogarantie
Selbstbeteiligung des Exporteurs	mindestens 5 %
Prozentsatz der Deckung	maximal 95 %
Berechnungsgrundlage	Garantiebetrag der Bietungs- oder Erfüllungsgarantie

Gedekte Risiken

- widerrechtliche Inanspruchnahme
- rechtmässige Inanspruchnahme, wenn der Exporteur seine Verpflichtungen wegen Eintritts eines politischen oder Transferrisikos nicht erfüllen kann

## **Verfahrensregeln**

(Art. 13)

### **§ 1 Vorbemerkung**

Diese Anlage regelt Verfahrensangelegenheiten im Sinne von Artikel 13 des Vertrags über wechselseitige Rückversicherungsverpflichtungen zwischen Coface und ERG.

### **§ 2 Vorläufiger Antrag und vorläufige Antwort**

- a) Sobald bei einem der beiden Kreditversicherer ein Antrag eingeht, den dieser möglicherweise bei dem anderen rückversichern möchte, teilt er das dem anderen Kreditversicherer mit dem vorläufigen Antragsformular (Anhang B) mit.
- b) Der als Rückversicherer angesprochene Kreditversicherer beantwortet die Mitteilung innerhalb von 10 Arbeitstagen nach Empfang mit dem vorläufigen Antwortformular (Anhang C). Darin teilt der potentielle Rückversicherer auch etwaige Änderungswünsche (z. B. zusätzliche Sicherheiten) mit und gibt gegebenenfalls seinen von den Berechnungen des Versicherers abweichenden Prämiensatz an.

### **§ 3 Endgültiger Antrag und endgültige Antwort**

- a) Will der potentielle Versicherer eine Exportkreditversicherung ausstellen, teilt er das mit dem endgültigen Antragsformular (Anhang D) mit.
- b) Der potentielle Rückversicherer beantwortet den endgültigen Antrag innerhalb von 30 Arbeitstagen nach dessen Empfang mit dem endgültigen Antwortformular (Anhang E).
- c) Nach der Ausstellung der Police wird der Versicherer dem Rückversicherer die Übernahme der Deckung mit dem Garantiausstellungsformular (Anhang F) baldmöglichst schriftlich bestätigen.

### **§ 4 Prämien**

Der Rückversicherer hat dem Versicherer spätestens nach Erhalt des Garantiausstellungsformulars (Anhang F) ein Konto und eine Rechnungs- oder Referenznummer mitzuteilen, damit der Versicherer die Rückversicherungsprämie gemäss Art. 10 Ziff. 1 und 2 überweisen kann.



## **§ 5 Schadenfall**

Macht der Versicherer im Schadenfall einen Anspruch gegen den Rückversicherer geltend, hat er ihm folgende Angaben zu machen:

- die zugehörige Referenznummer,
- den überfälligen Gesamtbetrag und das Fälligkeitsdatum,
- den Gesamtanspruch, den der Versicherer zu bezahlen hat,
- den Anteil des Rückversicherers an der vom Versicherer gezahlten Entschädigung,
- den Grund für die Entschädigung (eingetretenes Risiko),
- das Datum der Zahlung der Entschädigung.

## **§ 6 Rückflüsse**

Der Versicherer hat dem Rückversicherer im Rückflussfall folgende Angaben zu machen:

- die zugehörige Referenznummer,
- den Gesamtbetrag, der vom Versicherer beigetragen wurde,
- die Beitreibungsaufwendungen, die der Versicherer gezahlt hat,
- den Anteil des Rückversicherers am Nettorückfluss,
- das Datum des Rückflusses,
- die geltenden Zinssätze,
- die Anzahl der Zinstage,
- (gegebenenfalls) die Wechselkurse.

**Kalkulationsbeispiele für den Rückversicherungsanteil***Beispiel 1:*

Der Vertragspreis bezieht sich auf 120 Einheiten

Bereitstellung – Land A: 70 Einheiten

Bereitstellung – Land B: 50 Einheiten

Deckung durch den Erstversicherer (A): 95 %

Deckung durch den Rückversicherer (B): 90 %

Berechnung des Rückversicherungsanteils

$$\frac{50 \times 90}{120 \times 95} = \frac{4500 \times 100}{11400} = 39,4736 \%$$

*Beispiel 2:*

Der Vertragspreis bezieht sich auf 120 Einheiten

Bereitstellung – Land A: 70 Einheiten

Bereitstellung – Land B: 50 Einheiten

Deckung durch den Erstversicherer (A): 95 %

Deckung durch den Rückversicherer (B): 95 %

Berechnung des Rückversicherungsanteils

$$\frac{50 \times 95}{120 \times 95} = \frac{4750 \times 100}{11400} = 41,67 \%$$

*Beispiel 3:*

Der Vertragspreis bezieht sich auf 120 Einheiten

Lieferungen – Land A: 60 Einheiten

Lieferungen – Land B: 40 Einheiten

Lieferungen – Land C: 20 Einheiten

Deckung durch den Erstversicherer (A): 95 %

Deckung durch den Rückversicherer (B): 90 %

Berechnung des Rückversicherungsanteils

$$\frac{40 \times 90}{100 \times 95} = \frac{3600 \times 100}{9500} = 37,8947 \%$$

Der Rückversicherungsanteil bezieht sich auf den Gesamtwert von 120 Einheiten.

Der rückversicherte Betrag entspräche daher 45,6 Einheiten

*Beispiel 4:*

Der Vertragspreis bezieht sich auf 120 Einheiten

Lieferungen – Land A: 40 Einheiten

Lieferungen – Land B: 60 Einheiten

Lieferungen – Land C: 20 Einheiten

Deckung durch den Erstversicherer (B): 95 %

Deckung durch den Rückversicherer (A): 95 %

Berechnung des Rückversicherungsanteils

$$\frac{40 \times 95}{100 \times 95} = \frac{3800 \times 100}{9500} = 40,00 \%$$

Der Rückversicherungsanteil bezieht sich auf den Gesamtwert von 120 Einheiten.

Der rückversicherte Betrag entspräche daher 48 Einheiten

*Beispiel 5:*

Der Vertragspreis beläuft sich auf 120 Einheiten

Lieferungen – Land A: 60 Einheiten

Lieferungen – Land B: 40 Einheiten

Lieferungen – Land C: 20 Einheiten

Deckung durch den Erstversicherer (A): 95 %

Deckung durch den Rückversicherer (B): 90%

Berechnung des Rückversicherungsanteils

- Falls die Waren aus Land C ausschliesslich Land A zuzurechnen sind:

$$\frac{40 \times 90}{120 \times 95} = \frac{3800 \times 100}{11400} = 31,58 \%$$

- Falls die Waren aus Land C ausschliesslich Land B zuzurechnen sind:

$$\frac{60 \times 90}{120 \times 95} = \frac{5400 \times 100}{11400} = 47,37 \%$$

*Beispiel 6:*

Der Vertragspreis beläuft sich auf 120 Einheiten

Lieferungen – Land A: 40 Einheiten

Lieferungen – Land B: 60 Einheiten

Lieferungen – Land C: 20 Einheiten

Deckung durch den Erstversicherer (B): 95 %

Deckung durch den Rückversicherer (A): 95 %

Berechnung des Rückversicherungsanteils

- Falls die Waren aus Land C ausschliesslich Land A zuzurechnen sind:

$$\frac{60 \times 95}{120 \times 95} = \frac{5700 \times 100}{11400} = 50,0 \%$$

- Falls die Waren aus Land C ausschliesslich Land B zuzurechnen sind:

$$\frac{40 \times 95}{120 \times 95} = \frac{3800 \times 100}{11400} = 33,3\%$$

*Anmerkung:*

Wenn Erstversicherer und Rückversicherer unterschiedliche Deckungsquoten für verschiedene Risiken anbieten, wird zur Berechnung der Deckungsquote ein Durchschnitt der verschiedenen Deckungsquoten zugrundegelegt, zum Beispiel:

Politische Risiken:	95 %
Wirtschaftliche Vorversandrisiken:	85 %
Wirtschaftliche Forderungsrisiken:	90 %
Durchschnittssatz:	90 %

## Vorläufiges Antragsformular

Von: \_\_\_\_\_

An: \_\_\_\_\_

Wir beziehen uns auf den zwischen uns abgeschlossenen Vertrag vom \_\_\_\_\_

Wir beantragen hiermit Rückversicherung für das folgende Geschäft: \_\_\_\_\_

Unsere Ref.Nr.: \_\_\_\_\_

Exporteur aus unserem Land: \_\_\_\_\_

Exporteur aus Ihrem Land: \_\_\_\_\_

Deren Vertragsverhältnis: \_\_\_\_\_

Projekt: \_\_\_\_\_

Käufer/Land: \_\_\_\_\_

Darlehensnehmer/Land: \_\_\_\_\_

Garant/Sicherheiten: \_\_\_\_\_

Vertragswert: \_\_\_\_\_

Zinsen: \_\_\_\_\_

Lieferungsaufstellung (Angabe des Wertes der Waren/Leistungen in Bezug auf den Anteil des betreffenden Landes/Drittlandszulieferungen): \_\_\_\_\_

Risikozeitraum:

– Herstellung: \_\_\_\_\_

– Kredit: \_\_\_\_\_

Rückzahlungsbedingungen: \_\_\_\_\_

Evtl. besondere Merkmale des Falles: \_\_\_\_\_

Art der zu stellenden Deckung(en): \_\_\_\_\_

Darlehensbetrag: \_\_\_\_\_

Zinsen: \_\_\_\_\_

Darlehensgeber:

---

Geschätzter gedeckter Betrag:

---

Geschätzter Rückversicherungsanteil (Berechnungsaufstellung):

---

Prämiensatz (Angabe des zugrundeliegenden Betrags)/Fälligkeit:

---

Währung der Rückversicherungsdeckung:

---

Besondere Bedingungen:

---

Regressbedingungen:

---

Anmerkungen:

---

Unterschrift

---

(Kreditversicherer)

Datum:

---

## Vorläufiges Antwortformular

An: \_\_\_\_\_

Von: \_\_\_\_\_

Wir beziehen uns auf Ihr vorläufiges Antragsformular vom \_\_\_\_\_

Ihre Ref. Nr. \_\_\_\_\_

Unsere Ref. Nr. \_\_\_\_\_

\*(a) Wir halten eine Indeckungnahme auf der Basis Ihrer Angabe für möglich und erwarten zu gegebener Zeit Ihr endgültiges Antragsformular.

\*(b) Wir können Ihrem Antrag voraussichtlich zustimmen, falls Sie zu folgenden Änderungen bereit sind.

Wir erwarten Ihre Stellungnahme und/oder ein abgeändertes vorläufiges Antragsformular.

\*(c) Als Rückversicherer möchten wir die folgende Prämie erhalten:

- Prämiensatz
- zahlbar am

\*(d) Wir können Ihrem Antrag für dieses Geschäft nicht zustimmen.

### Anmerkungen:

Dieses Vorläufige Antwortformular ist nicht rechtlich bindend. Eine Entscheidung über die Bereitstellung einer Rückversicherung kann erst nach einer weitergehenden Risikoanalyse erfolgen und ist von der Zustimmung unserer Entscheidungs-/Aufsichtsbehörden abhängig.

Unterschrift \_\_\_\_\_

(Kreditversicherer)

Datum \_\_\_\_\_

\* Nichtzutreffendes bitte streichen

## Endgültiges Antragsformular

Von: \_\_\_\_\_

An: \_\_\_\_\_

Wir beziehen uns auf den zwischen uns abgeschlossenen Vertrag vom \_\_\_\_\_  
und das vorläufige Antragsformular vom \_\_\_\_\_

Unsere Ref.Nr. \_\_\_\_\_

Ihre Ref. Nr. \_\_\_\_\_

Wir beantragen hiermit für das folgende Geschäft Rückversicherung durch Ihr Unternehmen zu den nachstehend aufgeführten Bedingungen:

Exporteur aus unserem Land: \_\_\_\_\_

Exporteur aus Ihrem Land: \_\_\_\_\_

Deren Vertragsverhältnis: \_\_\_\_\_

Projekt: \_\_\_\_\_

Käufer/Land: \_\_\_\_\_

Darlehensnehmer/Land: \_\_\_\_\_

Garant/Sicherheiten: \_\_\_\_\_

Vertragswert: \_\_\_\_\_

Zinsen: \_\_\_\_\_

Lieferungsaufstellung (Angabe des Wertes der Waren/Leistungen in Bezug auf den Anteil des betreffenden Landes/Drittlandszulieferungen): \_\_\_\_\_

Risikozeitraum:

– Herstellung: \_\_\_\_\_

– Kredit: \_\_\_\_\_

Rückzahlungsbedingungen: \_\_\_\_\_

Evtl. besondere Merkmale des Falles: \_\_\_\_\_

Art der zu stellenden Deckung(en): \_\_\_\_\_



Darlehensbetrag:

---

Zinsen:

---

Darlehensgeber:

---

Gesamter gedeckter Betrag:

---

- Wert der Waren und/oder Leistungen in Bezug auf das Land des Rückversicherers (im Verhältnis zum Wert sämtlicher gelieferten Waren und/oder Leistungen)
  - vom Versicherer gestellter Deckungsanteil
  - Rückversicherungsanteil (Berechnungsaufstellung)
- 

Währung der Rückversicherungsdeckung:

---

Besondere Bedingungen:

---

Regressbedingungen:

---

Betrag der zu zahlenden Prämie:

---

- an den Versicherer:
  - an den Rückversicherer:
- 

(Berechnungsaufstellung)

Die Verpflichtung des Versicherers gegenüber dem Antragsteller endet voraussichtlich am

---

Anmerkungen:

---

Unterschrift

---

(Kreditversicherer)

Datum:

---

## Endgültiges Antwortformular

Von: \_\_\_\_\_

An: \_\_\_\_\_

Wir beziehen uns auf den zwischen uns abgeschlossenen Vertrag vom \_\_\_\_\_  
und das endgültige Antragsformular vom \_\_\_\_\_

Unsere Ref. Nr. \_\_\_\_\_

Ihre Ref. Nr. \_\_\_\_\_

- \* Wir akzeptieren hiermit den von Ihnen gestellten Antrag und stellen die von Ihnen gewünschte Rückversicherung gemäss den im Vertrag vom \_\_\_\_\_ und im endgültigen Antragsformular vom \_\_\_\_\_ festgelegten Bedingungen.
- \* Wir können Ihrem Antrag auf Rückversicherung nicht entsprechen.

Anmerkungen: \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

(Kreditversicherer)

Datum \_\_\_\_\_

\* Nichtzutreffendes bitte streichen

## Garantieausstellungsformular

Von: \_\_\_\_\_

An: \_\_\_\_\_

Wir beziehen uns auf den zwischen uns abgeschlossenen Vertrag vom \_\_\_\_\_  
und Ihr endgültiges Antwortformular vom, \_\_\_\_\_

Unsere Ref. Nr. \_\_\_\_\_

Ihre Ref. Nr. \_\_\_\_\_

Wir teilen Ihnen mit, dass am \_\_\_\_\_ eine Garantie ausgestellt wurde. Der  
Deckungsbetrag beläuft sich auf \_\_\_\_\_

Der Rückversicherungsanteil beträgt \_\_\_\_\_

A Die zu zahlende Gesamtprämie beläuft sich auf \_\_\_\_\_

B Davon erhält der Versicherer \_\_\_\_\_

C Davon erhält der Rückversicherer \_\_\_\_\_

Der Prämienanteil beträgt 
$$= \frac{C}{A}$$

Die Prämie ist an uns wie folgt zu zahlen:

Fälligkeitsdatum \_\_\_\_\_ Betrag \_\_\_\_\_ Prämienanteil \_\_\_\_\_  
an Rückversicherer zu zahlender Betrag \_\_\_\_\_

Unsere Zahlung an Sie wird innerhalb von 30 Arbeitstagen nach Empfang erfolgen.

Sonstige Bemerkungen: \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

(Kreditversicherer)

Datum \_\_\_\_\_

## **Vertrag**

**über wechselseitige Rückversicherungsverpflichtungen zwischen  
der Oesterreichischen Kontrollbank AG  
(nachfolgend «OeKB» genannt) als Bevollmächtigte  
der Republik Oesterreich gemäss AFG 1981  
in der jeweils gültigen Fassung und der Geschäftsstelle  
für die Exportrisikogarantie, (nachfolgend «ERG» genannt)  
handelnd für die Schweizerische Eidgenossenschaft**

vom 23. November 2001

---

### **Art. 1**            Vertragszweck

OeKB erklärt sich bereit, Kreditversicherungen der ERG, die zugunsten schweizerischer Exporteure oder Dritter (insbesondere von Banken) übernommen werden, anteilig nach Prozentsätzen in Rückversicherung zu nehmen, soweit sie sich auf die Absicherung von Risiken aus der Erbringung von Exportleistungen österreichischen Ursprungs beziehen.

ERG erklärt sich bereit, Kreditversicherungen der OeKB, die zugunsten österreichischer Exporteure und/oder österreichische Exporte finanzierender Banken übernommen werden, anteilig nach Prozentsätzen in Rückversicherung zu nehmen, soweit sie sich auf die Absicherungen von Risiken aus der Erbringung von Exportleistungen schweizerischen Ursprungs beziehen.

Die konkrete Rückversicherungszusage wird jeweils auf der Basis einer Einzelfallentscheidung von OeKB oder ERG übernommen.

### **Art. 2**            Anwendungsfälle

1. Für Vereinbarungen nach diesem Rückversicherungsabkommen kommen Fälle in Betracht, bei denen

- der im Land des einen Kreditversicherers ansässige Exporteur zur Vertragserfüllung Unterlieferanten beizieht, die (unter anderem) in dem Land des anderen Kreditversicherers ansässig sind, wobei der Exporteur gegenüber dem ausländischen Besteller allein verpflichtet und berechtigt ist;
- der Kreditversicherer im Land des Exporteurs eine Exportkreditversicherung gewährt, wobei die Bestimmungen des OECD-Konsensus beachtet werden.

2. Das Mitversicherungsabkommen vom 20. November 1989 und das Kooperationsabkommen samt Gegenseitigkeitsvereinbarung vom 8. Juni 1973 können weiterhin angewandt werden, soweit ihre Anwendungsvoraussetzungen vorliegen.

3. Das Rückversicherungsabkommen findet keine Anwendung, wenn der Versicherer Versicherungsschutz für einen Vertrag über Exportleistungen gewährt, bei dem

der Hauptauftragnehmer mit seinem (seinen) Subunternehmer(n) im Land des Rückversicherers eine «If and when»-Vereinbarung in Bezug auf das zu versichernde Risiko getroffen hat.

### **Art. 3** Definitionen

Im Rahmen dieses Vertrages haben nachstehende Begriffe folgende Bedeutung:

Arbeitstag	bezeichnet einen Tag, an dem beide Kreditversicherer ihren Geschäftsbetrieb geöffnet haben.
Exportleistungen	bezeichnet die Waren und Dienstleistungen, die nach dem Exportvertrag geliefert bzw. erbracht werden sollen.
Hauptauftragnehmer	bezeichnet den Exporteur, der Vertragspartner des ausländischen Bestellers ist.
(der/die) Kreditversicherer	bezeichnet ERG und OeKB bzw. einen von beiden.
Police	bezeichnet eine vom Versicherer ausgestellte Versicherungspolice oder Garantie.
Rückversicherungsanteil	bezeichnet den vom Rückversicherer in Rückdeckung genommenen, als Prozentsatz ausgedrückten Wert der versicherten Exportleistungen.
Rückversicherer	bezeichnet den Kreditversicherer, der dem Versicherer für ein bestimmtes Geschäft eine Rückversicherung zur Verfügung stellt.
Versicherer	bezeichnet den Kreditversicherer, der die Police ausstellt.

### **Art. 4** Leistungsursprung

Die Vertragsparteien gehen grundsätzlich davon aus, dass die aus dem Land des Rückversicherers stammenden Exportleistungen ihren Ursprung im Land des Rückversicherers haben. Wenn der Versicherer in einem bestimmten Geschäft Gründe hat, hieran zu zweifeln, wird er – soweit möglich – den Leistungsursprung ermitteln und den Rückversicherer unverzüglich über seine Zweifel und die Ergebnisse seiner Ermittlungen informieren.

### **Art. 5** Versicherungen/Deckungsformen, für die dieser Vertrag gilt

Die von ERG und OeKB bereitgestellten Versicherungen und Deckungsformen, für die dieser Vertrag gilt, sind in den Anlagen 1 und 2 zu diesem Vertrag dargestellt. Jeder der beiden Kreditversicherer wird den jeweils anderen schriftlich darüber informieren, wenn sich eine seiner Versicherungen bzw. Deckungsformen ändert.

**Art. 6** Bestimmung des Versicherers

In der Regel tritt jener Kreditversicherer als Versicherer auf, aus dessen Land der wertmäßig größere Anteil an Exportleistungen des zur Deckung angetragenen Geschäfts stammt. Mit Rücksicht auf die Umstände des Einzelfalles können die Parteien den Versicherer im gegenseitigen Einvernehmen durchaus auch von dieser Regel abweichend festlegen.

**Art. 7** Rückversicherungsanteil / Drittlandsware

1. Der Rückversicherungsanteil wird nach Massgabe des rückzuversichernden schweizerischen bzw. österreichischen Anteils an der Exportleistung auf der Basis der Angaben des Antragstellers festgesetzt und bezieht sich sodann auch auf zu versichernde Exportleistungen drittländischen Ursprungs und lokale Kosten (Beispiele in Anhang A).
2. Jede Vertragspartei kann jedoch eine andere Berechnung des Rückversicherungsanteiles vorschlagen.

**Art. 8** Verpflichtungen des Rückversicherers

1. Übernimmt der Rückversicherer eine Rückversicherungsverpflichtung, hat er dem Versicherer den vereinbarten Rückversicherungsbetrag zu leisten, wenn der Versicherer aus der Police zu Entschädigungsleistungen verpflichtet ist.
2. Sofern nichts anderes vereinbart wird, übernimmt der Rückversicherer für den ihm als Rückversicherer zugewiesenen Anteil Rückdeckung mit derselben Deckungsquote, die der Versicherer in seiner Police festgesetzt hat. Der Rückversicherer ist jedoch nicht verpflichtet, Rückversicherung über seine maximale Deckungsquote hinaus zur Verfügung zu stellen.
3. Der Rückversicherer verpflichtet sich, den Versicherer bei allen ihm zur Kenntnis gelangenden Problemen zu benachrichtigen, die sich auf die Erfüllung des Liefervertrages oder der daran gekoppelten Kreditverträge auswirken könnten.
4. Der Rückversicherer verpflichtet sich, dem Versicherer einen Betrag zu zahlen, der dem für den Rückversicherer bestimmten prozentualen Teil an der vom Versicherer erbrachten oder noch zu erbringenden Entschädigungsleistung aus der jeweiligen Police entspricht.

Der Rückversicherer wird dieser Zahlungsverpflichtung innerhalb von 30 Arbeitstagen nach dem Datum nachkommen, an welchem ihn der Versicherer von seiner Entschädigungsleistung informiert hat. Der Rückversicherer ist nicht zur Zahlung verpflichtet, bevor der Versicherer Entschädigung geleistet hat.

5. Der Rückversicherer hat eine Zahlung nach Massgabe des Rückversicherungsanteils auch bei einem Fabrikationsschadenfall zu erbringen, wenn eine entsprechende Versicherung übernommen wurde. Die Höhe der Zahlung bestimmt sich dabei nicht nach den in den jeweiligen Lieferanteilen entstandenen Selbstkosten, sondern richtet sich allein nach dem Rückversicherungsanteil an dem auf der Grundlage der Selbstkosten berechneten Gesamtschaden.

**Art. 9**            Verpflichtungen des Versicherers

1. Der Versicherer hat den Rückversicherer über jede Änderung des Deckungsdokumentes, des Umfangs und der Art des Exportkreditgeschäftes oder der daran gekoppelten vertraglichen Regelungen zu unterrichten, sofern sie Auswirkungen auf das von der Police gedeckte Risiko haben könnte.
2. Der Versicherer hat den Rückversicherer zu konsultieren, bevor er verbindlich entscheidet, welche Maßnahmen zu ergreifen bzw. welche Anweisungen dem Versicherungsnehmer zu erteilen sind, wenn gefahrerhöhende Umstände eingetreten sind oder ein Schadenfall droht.
3. Der Versicherer hat dem Rückversicherer innerhalb von 30 Arbeitstagen nach Eingang den ihm nach Massgabe des Rückversicherungsanteils zustehenden Anteil an Zahlungseingängen zu überweisen, die vom Versicherer nach Entschädigungszahlung als Rückfluss eingezogen oder einbehalten wurden.
4. Der Versicherer hat den Rückversicherer unverzüglich zu informieren, wenn ihm mitgeteilt wird, dass ein Schuldner eine fällige Zahlung für die Tilgung einer von der Police gedeckten Forderung nicht geleistet hat.
5. Der Versicherer hat dem Rückversicherer auf Anforderung Kopien aller in seinem Besitz befindlichen und geschäftsrelevanten Dokumente zur Verfügung zu stellen.
6. Der Versicherer hat den Rückversicherer zu informieren, sobald seine Verpflichtungen aus der Police beendet sind.

**Art. 10**            Prämienberechnung und -verteilung

1. Der Rückversicherer hat Anspruch auf eine Rückversicherungsprämie, welche
  - a) dem Rückversicherungsanteil an der Prämie entspricht oder
  - b) zwischen den Kreditversicherern im Einzelfall vereinbart wurde, damit der Rückversicherer eine Prämie erhält, die nach seinem Entgeltsystem erforderlich ist, um das in Rückversicherung zu nehmende Risiko zu decken.

Von den Beträgen gemäß Buchstaben a) und b) behält der Versicherer einen Abzugsbetrag in Höhe von 10 % als Entgelt für seine Bearbeitungskosten ein.

2. Die Rückversicherungsprämie ist innerhalb von 30 Arbeitstagen fällig, nachdem der Versicherer die Prämie erhalten hat.
3. Wenn der Versicherte eine Prämienrückerstattung durch den Versicherer erhält, ist der Rückversicherer grundsätzlich verpflichtet, dem Versicherer auf Anforderung den Anteil an der rückgezahlten Prämie zu erstatten, der dem an ihn gezahlten Prämienanteil – unter Berücksichtigung des als Verwaltungskosten einbehaltenen Prämienanteils – entspricht. Der Rückversicherer hat sich an Prämienrückerstattungen nur zu beteiligen, wenn der für die Rückerstattung massgebliche Grund auch für den rückversicherten Teil gilt.

**Art. 11** Änderung des Leistungsursprungs

1. Wenn sich nach endgültiger Rückversicherungsübernahme die Zusammensetzung des Ursprungs der Exportleistungen um mehr als 10 % des Wertes einer der betroffenen Exportleistungen ändert, oder wenn sich die Anteile der Exportleistungen des Hauptauftragnehmers im Verhältnis zu jenen des Unterlieferanten im Wert um mehr als 10 % verschieben, wird der Versicherer den Rückversicherer darüber informieren; jede der beiden Parteien kann dann die Anpassung des Rückversicherungsanteils verlangen.

2. Erfolgt eine Anpassung des Rückversicherungsanteils, werden auch die Beträge entsprechend angepasst, welche sich der Versicherer und der Rückversicherer gegenseitig in Form von Prämien, Ansprüchen auf und Beteiligungen an Entschädigungsleistungen, Rechtsverfolgungskosten oder Kosten der Schadensminderung oder -verhinderung schulden.

**Art. 12** Regressmassnahmen

1. Der Versicherer wird den Rückversicherer konsultieren, bevor er Massnahmen der Rechtsverfolgung ergreift oder Regressansprüche geltend macht, deren Kosten insgesamt mehr als 10 % des ausstehenden Betrages ausmachen.

2. Der Rückversicherer ist verpflichtet, sich nach Massgabe des Rückversicherungsanteils an Aufwendungen des Versicherers zur Erlangung von Rückflüssen oder zur Führung von gerichtlichen Verfahren zu beteiligen, sofern der Versicherer gemäß seiner Police gegenüber dem Versicherungsnehmer zur Kostentragung oder -erstattung verpflichtet ist. Die Zahlung soll innerhalb von 30 Arbeitstagen nach dem Datum der Mitteilung über die Kostenentstehung erfolgen.

3. Will der Versicherer Forderungen, die ihm nach Entschädigungsleistung wirtschaftlich oder rechtlich zustehen, verkaufen, erlassen oder abschreiben, hat er die Zustimmung des Rückversicherers einzuholen.

**Art. 13** Verfahrensregeln

Die Verfahrensregeln für die Abwicklung der einzelnen Rückversicherungsgeschäfte sind in Anlage 3 festgelegt.

**Art. 14** Umschuldung

1. Wenn ein Umschuldungsantrag aus dem Besteller- bzw. Schuldnerland eingeht, beraten die Vertragsparteien darüber, wie Probleme, die sich daraus ergeben, gelöst werden sollen. Die endgültige Entscheidung trifft jedoch der Versicherer.

2. Ist die versicherte Forderung Gegenstand eines Umschuldungsabkommens, konsultiert der Versicherer den Rückversicherer, wenn er diese Forderung verkaufen oder erlassen möchte.



**Art. 15**      Währung

Sofern nichts anderes vereinbart ist, sind alle Zahlungen im Rahmen der einzelnen Rückversicherungsgeschäfte in den Währungen zu leisten, die der Versicherer für die Abwicklung des Geschäftes verwendet.

**Art. 16**      Schiedsverfahren

1. Die Vertragsparteien bemühen sich, Streitigkeiten, die sich im Zusammenhang mit diesem Vertrag ergeben, einvernehmlich zu lösen.

2. Streitigkeiten, die nicht einvernehmlich gelöst werden können, werden durch ein aus drei Personen bestehendes Schiedsgericht entschieden. Jede Vertragspartei benennt einen Schiedsrichter, und diese wiederum bestimmen den vorsitzenden Schiedsrichter.

Das Schiedsgericht hat seinen Sitz am Ort des jeweiligen Versicherers; das ist bei OeKB der Sitz der Gesellschaft (Wien) und bei der ERG der Ort der Geschäftsstelle (Zürich). Im Übrigen legt das Schiedsgericht das Verfahren nach rechtsstaatlichen Grundsätzen fest.

**Art. 17**      Inkrafttreten, Kündigung und Vertragsänderung

1. Dieser Vertrag wird von beiden Vertragsparteien unterschrieben und tritt an dem Tag in Kraft, an dem die ERG mitteilt, dass die verfassungsmäßigen Vorschriften der Schweiz für den Abschluss und die Inkraftsetzung dieses Vertrages erfüllt sind (Ratifikation).

2. Jede Vertragspartei hat das Recht, diesen Vertrag zum Ende eines jeden Kalenderjahres zu kündigen. Die Kündigung muss mit einer Frist von drei Monaten schriftlich erfolgen. Eine solche Kündigung hat keine Auswirkungen auf Verpflichtungen, die vor der Beendigung des Vertrags eingegangen wurden.

3. Die Vertragsparteien können diesen Vertrag jederzeit einvernehmlich ändern. Anlage 3 und sämtliche Anhänge können mit Zustimmung von ERG und OeKB jederzeit geändert werden.

Dieser Vertrag wird in zwei Originalen, eines für jede Vertragspartei, in deutscher Sprache abgefasst.

Peter W. Silberschmidt

Dr. B. Peraus  
Dr. P. Probst

ERG

OeKB

23. November 2001

23. November 2001

**Einzelheiten zu den Fazilitäten der OeKB**

## I.

Fazilität	Exportgarantien zur Absicherung von Ausfuhrgeschäften
Versicherter	Exporteur
Selbstbehalt	5 % bis 30 % für wirtschaftliches Risiko 0 % bis 5 % für politisches Risiko
Deckungsquote	Wirtschaftliches Risiko: 70 % bis 95 % Politisches Risiko: 95 % bis 100 %
Gedecktes Risiko	In der Regel wirtschaftliches und politisches Risiko (letzteres beinhaltet auch die Nichtzahlung öffentlicher Vertragspartner)
Haftungsfälle	OeKB zahlt bei Eintritt eines wirtschaftlichen Tatbestandes,
(Kurzdarstellung)	<p>das ist</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Nichtzahlung von privaten Vertragspartnern nach Mahnung/Betreibung</li> <li>– Insolvenz von privaten Vertragspartnern</li> <li>– Unmöglichkeit der Erfüllung durch den Versicherungsnehmer aus von ihm nicht vertretbaren Umständen, die im Ausland eingetreten sind. Darunter ist auch ein Fabrikationshaftungsfall mit einem privaten Vertragspartner zu subsumieren</li> </ul> <p>oder bei Eintritt eines politischen Tatbestandes</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Krieg, kriegsähnliche Ereignisse, Aufruhr oder Revolution</li> <li>– Transferverzug bzw. Zahlungsverzug eines öffentlichen Vertragspartners</li> <li>– Unmöglichkeit der Erfüllung aus sonstigen politischen Ereignissen; darunter wird bei öffentlichen Vertragspartnern auch ein Fabrikationshaftungsfall sowie die Unmöglichkeit der Erfüllung durch den Versicherungsnehmer aus von ihm nicht vertretbaren und im Ausland eingetretenen Umständen subsumiert.</li> </ul>
Wartefrist	<ul style="list-style-type: none"> <li>– 3 Monate (außer im Insolvenzfall) [Zinsen hierauf werden vergütet]</li> <li>– 6 Monate im Fabrikationshaftungsfall</li> </ul>

II.

Fazilität	Exportgarantien zur Absicherung von Finanzierungsgeschäften
Versicherter	Kreditunternehmung
Selbstbehalt	Wie unter I. angeführt
Deckungsquote	Wie unter I. angeführt
Gedecktes Risiko	Wie unter I. angeführt
Haftungsfälle	Wie unter I. angeführt (ohne Fabrikationshaftungsfall)
Wartezeit	3 Monate (außer im Insolvenzfall) [Zinsen hierauf werden vergütet]

III.

Fazilität	Exportgarantien zur Absicherung von Vorleistungen
Versicherter	Exporteur oder Kreditunternehmung
Selbstbehalt	Politisches Risiko: 0 % bis 5 % (Wirtschaftliches Risiko: 5 % bis 30 %)
Deckungsquote	Politisches Risiko: 95 % bis 100 % (Wirtschaftliches Risiko: 70 % bis 95 %)
Gedecktes Risiko	Politisches Risiko sowie in Einzelfällen wirtschaftliches Risiko
Haftungsfälle	OeKB zahlt – wenn eine Vorleistung aufgrund einer widerrechtlichen Handlung oder Unterlassung oder aufgrund der Zahlungsunfähigkeit des ausländischen Vertragspartners nicht zurückgezahlt oder entzogen wird (wirtschaftlicher Tatbestand)  oder – wenn eine Vorleistung aus direktem oder indirektem politischen Anlass nicht zurückgezahlt oder entzogen wird (politischer Tatbestand)

**Einzelheiten zu den Fazilitäten der ERG**

## I.

Fazilität	Forderungsdeckung
Art	Garantie
Garantienehmer	Exporteur oder Dritter (namentlich Bank)
Versicherungsbedingungen	Bundesgesetz über die Exportrisikogarantie Verordnung über die Exportrisikogarantie
Selbstbeteiligung des Exporteurs	mindestens 5 %
Prozentsatz der Deckung	maximal 95 %
Berechnungsgrundlage	Preis der Exportleistungen gemäss Exportvertrag
Gedekte Risiken	<p>a) politisches Risiko Risiko politischer Ereignisse im Ausland wie Krieg, bürgerlicher Unruhen, die dem Abnehmer die Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen verunmöglichen oder zum Verlust der noch dem Exporteur gehörenden Ware führen.</p> <p>b) Transferrisiko Risiko, das dem Abnehmer die Bezahlung durch eine devisenrechtliche Massnahme seiner Regierung verunmöglicht wird, nachdem der Abnehmer den Gegenwert in Lokalwährung deponiert hat.</p> <p>c) wirtschaftliches Risiko:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– von öffentlichen Schuldnern;</li> <li>– von privaten Schuldnern, <ul style="list-style-type: none"> <li>– die einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft oder Anstalt gehören, oder</li> <li>– wenn die Forderung von einem öffentlichen Garanten oder einer ERG-geprüften Bank garantiert wird, oder</li> <li>– die öffentliche Aufgaben erfüllen, wobei sich das wirtschaftliche Risiko auf die Verpflichtungen staatlicher oder privater Abnehmer beschränkt, die ihrerseits öffentliche Aufgaben erfüllen;</li> </ul> </li> </ul>

d) Fremdwährungseventualrisiko

Fremdwährungsrisiken aus der Ablösung einer Fremdwährungsfinanzierung, eines Devisenterminkontraktes oder ähnlicher Vorkehren nach dem Eintritt eines nach lit. a) bis c) gedeckten Schadens. Keine Absicherung von Wechselkursschwankungen als Primärrisiko.

II.

Fazilität	Fabrikationsrisikodeckung (Risiko vor Lieferung)
Art	Garantie
Garantienehmer	Exporteur, grundsätzlich auch Dritter (namentlich Bank)
Versicherungsbedingungen	Bundesgesetz über die Exportrisikogarantie Verordnung über die Exportrisikogarantie
Selbstbeteiligung des Exporteurs	mindestens 5 %
Prozentsatz der Deckung	maximal 95 %
Berechnungsgrundlage	Selbstkosten
Gedekte Risiken	Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Lieferung wegen nachträglicher Zunahme des politischen, Transfer- oder wirtschaftlichen Risikos, das gemäss Ziff. I. gedeckt werden kann, oder wegen fehlender Transportmöglichkeiten im Ausland.

III.

Fazilität	Deckung für Bietungs- und Erfüllungsgarantien (nur als Deckung neben einer Garantie nach Ziff. I und/oder II)
Art	Garantie
Garantienehmer	Exporteur oder Dritter (namentlich Bank)
Versicherungsbedingungen	Bundesgesetz über die Exportrisikogarantie Verordnung über die Exportrisikogarantie
Selbstbeteiligung des Exporteurs	mindestens 5 %
Prozentsatz der Deckung	maximal 95 %
Berechnungsgrundlage	Garantiebetrag der Bietungs- oder Erfüllungsgarantie

Gedekte Risiken

- widerrechtliche Inanspruchnahme
- rechtmässige Inanspruchnahme, wenn der Exporteur seine Verpflichtungen wegen Eintritts eines politischen oder Transferrisikos nicht erfüllen kann

## **Verfahrensregeln**

(Art. 13)

### **§ 1 Vorbemerkung**

Diese Anlage regelt Verfahrensangelegenheiten im Sinne von Artikel 13 des Vertrags über wechselseitige Rückversicherungsverpflichtungen zwischen OeKB und ERG.

### **§ 2 Vorläufiger Antrag und vorläufige Antwort**

- a) Sobald bei einem der beiden Kreditversicherer ein Antrag eingeht, den dieser möglicherweise bei dem anderen rückversichern möchte, teilt er das dem anderen Kreditversicherer mit dem vorläufigen Antragsformular (Anhang B) mit.
- b) Der als Rückversicherer angesprochene Kreditversicherer beantwortet die Mitteilung innerhalb von 10 Arbeitstagen nach Empfang mit dem vorläufigen Antwortformular (Anhang C). Darin teilt der potentielle Rückversicherer auch etwaige Änderungswünsche (z. B. zusätzliche Sicherheiten) mit und gibt gegebenenfalls seinen von den Berechnungen des Versicherers abweichenden Prämiensatz an.

### **§ 3 Endgültiger Antrag und endgültige Antwort**

- a) Will der potentielle Versicherer eine Exportkreditversicherung ausstellen, teilt er das mit dem endgültigen Antragsformular (Anhang D) mit.
- b) Der potentielle Rückversicherer beantwortet den endgültigen Antrag innerhalb von 30 Arbeitstagen nach dessen Empfang mit dem endgültigen Antwortformular (Anhang E).
- c) Nach der Ausstellung der Police wird der Versicherer dem Rückversicherer die Übernahme der Deckung mit dem Garantieausstellungsformular (Anhang F) baldmöglichst schriftlich bestätigen.

### **§ 4 Schadenfall**

Macht der Versicherer im Schadenfall einen Anspruch gegen den Rückversicherer geltend, hat er ihm folgende Angaben zu machen:

- die zugehörige Referenznummer,
- den überfälligen Gesamtbetrag und das Fälligkeitsdatum,
- den Gesamtanspruch, den der Versicherer zu bezahlen hat,
- den Anteil des Rückversicherers an der vom Versicherer gezahlten Entschädigung,

- den Grund für die Entschädigung (eingetretenes Risiko),
- das Datum der Zahlung der Entschädigung.

## **§ 5 Rückflüsse**

Der Versicherer hat dem Rückversicherer im Rückflussfall folgende Angaben zu machen:

- die zugehörige Referenznummer,
- den Gesamtbetrag, der vom Versicherer beigetragen wurde,
- die Beitreibungsaufwendungen, die der Versicherer gezahlt hat,
- den Anteil des Rückversicherers am Nettorückfluss,
- das Datum des Rückflusses,
- die geltenden Zinssätze,
- die Anzahl der Zinstage,
- (gegebenenfalls) die Wechselkurse.



### Kalkulationsbeispiel für den Rückversicherungsanteil

*Beispiel 1:* (quotale Zurechnung von Drittlandsanteilen)

Der Vertragspreis bezieht sich auf: 120 Einheiten

Bereitstellung – Land A: 60 Einheiten (Hauptversicherer)

Bereitstellung – Land B: 40 Einheiten (Rückversicherer)

Bereitstellung – Land C: 20 Einheiten

Berechnung des Rückversicherungsanteils

$$60 + 40 = 100 \quad \frac{40}{100} = 40 \%$$

Dieser Rückversicherungsanteil bezieht sich auf den Gesamtwert von 120 Einheiten.  
Der rückzuversichernde Betrag entspräche daher 48 Einheiten.

*Beispiel 2:* (quotale Zurechnung von lokalen Kosten)

Der Vertragspreis bezieht sich auf: 110 unités

Bereitstellung – Land A: 60 Einheiten (Hauptversicherer)

Bereitstellung – Land B: 40 Einheiten (Rückversicherer)

lokale Kosten: 10 Einheiten

Berechnung des Rückversicherungsanteils

$$60 + 40 = 100 \quad \frac{40}{100} = 40 \%$$

Dieser Rückversicherungsanteil bezieht sich auf den Gesamtwert von 110 Einheiten.  
Der rückzuversichernde Betrag entspräche daher 44 Einheiten

## **Vorläufiges Antragsformular**

Von: \_\_\_\_\_

An: \_\_\_\_\_

Wir beziehen uns auf den zwischen uns abgeschlossenen Vertrag vom \_\_\_\_\_

Wir beantragen hiermit Rückversicherung für das folgende Geschäft: \_\_\_\_\_

Unsere Ref.Nr.: \_\_\_\_\_

Exporteur aus unserem Land: \_\_\_\_\_

Exporteur aus Ihrem Land: \_\_\_\_\_

Deren Vertragsverhältnis: \_\_\_\_\_

Projekt: \_\_\_\_\_

Käufer/Land: \_\_\_\_\_

Darlehensnehmer/Land: \_\_\_\_\_

Garant/Sicherheiten: \_\_\_\_\_

Vertragswert: \_\_\_\_\_

Zinsen: \_\_\_\_\_

Lieferungsaufstellung (Angabe des Wertes der Waren/Leistungen in Bezug auf den Anteil des betreffenden Landes/Drittlandszulieferungen): \_\_\_\_\_

Risikozeitraum:

– Herstellung: \_\_\_\_\_

– Kredit: \_\_\_\_\_

Rückzahlungsbedingungen: \_\_\_\_\_

Evtl. besondere Merkmale des Falles: \_\_\_\_\_

Art der zu stellenden Deckung(en): \_\_\_\_\_

Darlehensbetrag: \_\_\_\_\_

Zinsen: \_\_\_\_\_

Wechselseitige Rückversicherungsverpflichtungen

---

Darlehensgeber:

---

Gedecktes Risiko/Prozentsatz:

---

Geschätzter gedeckter Betrag:

---

Geschätzter Rückversicherungsanteil (Berechnungsaufstellung):

---

Prämiensatz (Angabe des zugrundeliegenden Betrags)/Fälligkeit:

---

Besondere Bedingungen:

---

Anmerkungen:

---

Unterschrift

---

(Kreditversicherer)

Datum:

---

## Vorläufiges Antwortformular

An: \_\_\_\_\_

Von: \_\_\_\_\_

Wir beziehen uns auf Ihr vorläufiges Antragsformular vom \_\_\_\_\_

Ihre Ref. Nr. \_\_\_\_\_

Unsere Ref. Nr. \_\_\_\_\_

\*(a) Wir halten eine Indeckungnahme auf der Basis Ihrer Angabe für möglich und erwarten zu gegebener Zeit Ihr endgültiges Antragsformular.

\*(b) Wir können Ihrem Antrag voraussichtlich zustimmen, falls Sie zu folgenden Änderungen bereit sind.

Wir erwarten Ihre Stellungnahme und/oder ein abgeändertes vorläufiges Antragsformular.

\*(c) Als Rückversicherer möchten wir die folgende Prämie erhalten:

- Prämiensatz
- zahlbar am

\*(d) Wir können Ihrem Antrag für dieses Geschäft nicht zustimmen.

### Anmerkungen:

Dieses Vorläufige Antwortformular ist nicht rechtlich bindend. Eine Entscheidung über die Bereitstellung einer Rückversicherung kann erst nach einer weitergehenden Risikoanalyse erfolgen und ist von der Zustimmung unserer Entscheidungs-/Aufsichtsbehörden abhängig.

Unterschrift \_\_\_\_\_

(Kreditversicherer)

Datum \_\_\_\_\_

\* Nichtzutreffendes bitte streichen

## Endgültiges Antragsformular

Von: \_\_\_\_\_

An: \_\_\_\_\_

Wir beziehen uns auf den zwischen uns abgeschlossenen Vertrag vom \_\_\_\_\_  
und das vorläufige Antragsformular vom \_\_\_\_\_

Unsere Ref.Nr. \_\_\_\_\_

Ihre Ref. Nr. \_\_\_\_\_

Wir beantragen hiermit für das folgende Geschäft Rückversicherung durch Ihr  
Unternehmen zu den nachstehend aufgeführten Bedingungen:

Exporteur aus unserem Land: \_\_\_\_\_

Exporteur aus Ihrem Land: \_\_\_\_\_

Deren Vertragsverhältnis: \_\_\_\_\_

Projekt: \_\_\_\_\_

Käufer/Land: \_\_\_\_\_

Darlehensnehmer/Land: \_\_\_\_\_

Garant/Sicherheiten: \_\_\_\_\_

Vertragswert: \_\_\_\_\_

Zinsen: \_\_\_\_\_

Lieferungsaufstellung (Angabe des Wertes der Waren/Leistungen in Bezug auf den  
Anteil des betreffenden Landes/Drittlandszulieferungen): \_\_\_\_\_

Risikozeitraum: \_\_\_\_\_

– Herstellung: \_\_\_\_\_

– Kredit: \_\_\_\_\_

Rückzahlungsbedingungen: \_\_\_\_\_

Evtl. besondere Merkmale des Falles: \_\_\_\_\_

Art der zu stellenden Deckung(en): \_\_\_\_\_

Darlehensbetrag:

---

Zinsen:

---

Darlehensgeber:

---

Gedecktes Risiko/Prozentsatz:

---

Gesamter gedeckter Betrag:

---

- Wert der Waren und/oder Leistungen in Bezug auf das Land des Rückversicherers (im Verhältnis zum Wert sämtlicher gelieferten Waren und/oder Leistungen)
  - vom Versicherer gestellter Deckungsanteil
  - Rückversicherungsanteil (Berechnungsaufstellung)
- 

Besondere Bedingungen:

---

Betrag der zu zahlenden Prämie:

---

- an den Versicherer:
  - an den Rückversicherer:
- 

(Berechnungsaufstellung)

Die Verpflichtung des Versicherers gegenüber dem Antragsteller endet voraussichtlich am

---

Anmerkungen:

---

Unterschrift

---

(Kreditversicherer)

Datum:

---

## Endgültiges Antwortformular

Von: \_\_\_\_\_

An: \_\_\_\_\_

Wir beziehen uns auf den zwischen uns abgeschlossenen Vertrag vom \_\_\_\_\_  
und das endgültige Antragsformular vom \_\_\_\_\_

Unsere Ref. Nr. \_\_\_\_\_

Ihre Ref. Nr. \_\_\_\_\_

- \* Wir akzeptieren hiermit den von Ihnen gestellten Antrag und stellen die von Ihnen gewünschte Rückversicherung gemäss den im Vertrag vom \_\_\_\_\_ und im endgültigen Antragsformular vom \_\_\_\_\_ festgelegten Bedingungen.

Diese Rückversicherungszusage endet am \_\_\_\_\_ (Datum), wenn Sie bis dahin keine Police ausgestellt haben. Wenn Sie eine Verlängerung wünschen, übermitteln Sie uns bitte ein neues Endgültiges Antragsformular und erläutern Sie unter "Anmerkungen" den Grund für die Verzögerung.

- \* Wir können Ihrem Antrag auf Rückversicherung nicht entsprechen.

*Bankverbindung:*

Institut: \_\_\_\_\_

Bankleitzahl: \_\_\_\_\_

Konto Nr.: \_\_\_\_\_

*Anmerkungen:* \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

(Kreditversicherer)

Datum \_\_\_\_\_

- \* Nichtzutreffendes bitte streichen

## Garantiausstellungsformular

Von: \_\_\_\_\_

An: \_\_\_\_\_

Wir beziehen uns auf den zwischen uns abgeschlossenen Vertrag vom \_\_\_\_\_  
und Ihr endgültiges Antwortformular vom, \_\_\_\_\_

Unsere Ref. Nr. \_\_\_\_\_

Ihre Ref. Nr. \_\_\_\_\_

Wir teilen Ihnen mit, dass am \_\_\_\_\_ eine Garantie ausgestellt wurde. Der  
Deckungsbetrag beläuft sich auf \_\_\_\_\_

Der Rückversicherungsanteil beträgt \_\_\_\_\_

A Die zu zahlende Gesamtprämie beläuft sich auf \_\_\_\_\_

B Davon erhält der Versicherer \_\_\_\_\_

C Davon erhält der Rückversicherer \_\_\_\_\_

Der Prämienanteil beträgt 
$$= \frac{C}{A}$$

Die Prämie ist an uns wie folgt zu zahlen:

Fälligkeitsdatum \_\_\_\_\_ Betrag \_\_\_\_\_ Prämienanteil \_\_\_\_\_  
an Rückversicherer zu zahlender Betrag \_\_\_\_\_

Unsere Zahlung an Sie wird innerhalb von 30 Arbeitstagen nach Empfang erfolgen.

Sonstige Bemerkungen: \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

(Kreditversicherer)

Datum \_\_\_\_\_



**9.2.7.1 Allgemeiner Teil****9.2.7.1.1 Übersicht**

Das Internationale Kaffee-Übereinkommen von 2001 wurde während der Tagung des Internationalen Kaffeerates vom 20.-29. September 2000 in London angenommen. Es tritt an die Stelle des Übereinkommens von 1994<sup>1</sup>, das am 30. September 2001 auslief. Das neue Übereinkommen bildet die Plattform für die internationale Zusammenarbeit im Kaffee-Bereich. Auf seiner Grundlage soll eine nachhaltige Entwicklung von Angebot und Nachfrage gefördert werden. Wie bereits das Übereinkommen von 1994 enthält es keine wirtschaftlichen Mechanismen zur Stabilisierung der Kaffeepreise.

**9.2.7.1.2 Der Kaffeemarkt**

Für zahlreiche Entwicklungsländer stellt der Kaffeexport eine wichtige Devisenquelle dar. Millionen ländlicher Haushalte beziehen einen wesentlichen Teil ihres Einkommens daraus. Gemessen am Handelswert ist Kaffee, nach Getreide, der zweitwichtigste landwirtschaftliche Rohstoff. Er wird in mehr als 70 Ländern angebaut, doch entfallen die Hälfte aller Exporte auf Brasilien, Kolumbien, Vietnam und Indonesien. Hauptdestination sind die OECD-Länder. Knapp 60 Prozent der Einfuhren werden von der Europäischen Union und knapp 30 Prozent durch die USA getätigt.

Auf dem Kaffeemarkt werden normalerweise drei Kategorien unterschieden: gewaschener Arabica (die beste und teuerste Qualität), nicht gewaschener Arabica (fast ausschliesslich aus Brasilien) und Robusta (vor allem aus Asien und Afrika).

**9.2.7.1.2.1 Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage**

Die Kaffeewirtschaft kennt seit langem das Problem stark schwankender Preise. Gute Erträge führen zum Ausbau der Produktion, bis ein Überangebot die Notierungen einbrechen lässt. Dieser Trend wiederum wendet sich erst, wenn Produktionsmenge und -qualität ein kritisches Mass unterschritten haben. Frühere Kaffee-Übereinkommen suchten dem Markt durch eine mengenmässige Steuerung des Angebots mehr Stabilität zu verleihen. Den einzelnen Exportländern wurden bestimmte Ausfuhrquoten zugeteilt und die Preise festgesetzt. Dies führte zu beträchtlichen Funktionsstörungen, die den Internationalen Kaffeerat 1989

---

<sup>1</sup> SR 0.916.117.1; AS 1996 116.

veranlassten, das Quotensystem aufzuheben. In der Folge sah das Übereinkommen von 1994 erstmals ganz von Eingriffen in den Markt ab. Allerdings gründeten führende Anbaustaaten die „Vereinigung Kaffee produzierender Länder“. Diese suchte mittels abgestimmter Export-Beschränkungen das Angebot zu verknappen und so die Preise zu stützen. Letztmals wurde ein solcher Plan im Mai 2000 verabschiedet. Der Erfolg dieser Interventionen blieb bisher bestenfalls begrenzt und vorübergehend.

#### **9.2.7.1.2.2 Entwicklung der Kaffeepreise**

Unter dem alten Quotensystem waren in den Exportländern grosse Vorräte angehäuft worden. Gleichzeitig übertraf die Produktion deutlich die Nachfrage. Als die Ausfuhrquoten aufgehoben wurden, sanken die Kaffeepreise zu Beginn der 90er-Jahre deshalb drastisch und erreichten 1992 einen Tiefstand von 53 US-Cents (kombinierter Wert der Internationalen Kaffee-Organisation pro Pfund grünen Kaffee). Zwischen 1994 und 1997 erholte sich diese Marke in Folge Angebotsrückgangs bis auf 140 Cents. Seither ist die Produktion aber wieder wesentlich schneller gewachsen als die relativ stabile Nachfrage. Die Preise gaben erneut wesentlich nach und fielen bis Herbst 2001 auf gut 40 Cents und damit sogar unter das historische Tief von 1992 zurück.

Die weitere Preisentwicklung abzuschätzen ist nicht einfach. Hohe Lagerbestände und Produktionsmengen stehen einer baldigen Erholung entgegen. Hingegen könnten ungünstige klimatische Bedingungen und die Reduktion von Anbauflächen früher als erwartet zu einer Trendwende führen.

#### **9.2.7.1.2.3 Wachsende Bedeutung des Spezialitätenkaffees**

Während der weltweite Kaffeekonsum in den letzten Jahren weitgehend stagnierte, hat die Nachfrage nach Spezialitäten rasch zugenommen. Es handelt sich dabei um Arabicas von besonders hoher und individueller Qualität, die oft mit einer Herkunftsbezeichnung versehen sind. In den USA entfällt auf dieses Segment wertmässig bereits ein Drittel des Kaffeemarktes. Doch auch in Europa ist eine schnelle Zunahme zu beobachten. Für die Kaffeewirtschaft ist diese Entwicklung von beträchtlichem Interesse. Sie verbessert das allgemeine Bild des Kaffees in der Öffentlichkeit, womit neue Kunden gewonnen werden können. Vor allem lassen sich aber wesentlich höhere Preise erzielen, die überdies weniger von den Ausschlägen an den Rohstoffbörsen betroffen sind.

#### **9.2.7.1.2.4 Schweizerische Interessenlage**

Die schweizerischen Interessen haben sich seit der Zustimmung zum Übereinkommen von 1994 nicht massgeblich verändert. Sie sprechen für einen Beitritt auch zum neuen Vertrag.

In der Schweiz zählt Kaffee zu den wesentlichen Konsumgütern. Der Pro-Kopf-Verbrauch gehört, nach den skandinavischen Ländern, hinsichtlich Menge und Wert zu den höchsten der Welt. 2000 importierte die Schweiz 1,18 Millionen Sack grünen

Kaffee (zu je 60 kg) im Wert von 265 Millionen Franken. Gut 4 Prozent davon wurden – vor allem in Form von löslichem Kaffee – wieder exportiert. Ausserdem sind schweizerische Unternehmen in prominentem Mass am internationalen Kaffeehandel beteiligt.

Die Mitgliedschaft am neuen Übereinkommen gibt der Schweiz die Möglichkeit, im Internationalen Kaffeerat ihre wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Interessen zu vertreten. Gleichzeitig können wir unsere Unterstützung für die Kaffee produzierenden Entwicklungsländer zur Geltung bringen.

### **9.2.7.2                    Besonderer Teil**

#### **9.2.7.2.1                Verhandlungsverlauf**

Die Schweiz gehörte schon zu den Unterzeichnerstaaten der Internationalen Kaffee-Übereinkommen von 1963<sup>2</sup>, 1968<sup>3</sup>, 1976<sup>4</sup>, 1983<sup>5</sup> und 1994<sup>6</sup>. Seit 1964 ist sie Mitglied der Internationalen Kaffee-Organisation (ICO).

In den Verhandlungen kamen mehrere Optionen zur Sprache: (1) Rückkehr zu einem Übereinkommen mit Marktintervention; (2) Beendigung der institutionalisierten Zusammenarbeit zwischen Produzenten und Verbrauchern, unter Rückzug der Anbauländer auf die ‚Vereinigung Kaffee produzierender Staaten‘; (3) Aufhebung der ICO in ihrer bisherigen Form als internationale Organisation und Umwandlung in eine sogenannte Studiengruppe; (4) neues Übereinkommen ohne Marktintervention, doch unter Aufwertung anderer Funktionen.

Nachdem die Verbraucherstaaten ein neues Übereinkommen mit marktregulierenden Mechanismen klar abgelehnt und die produzierenden Länder eine Fortsetzung der internationalen Kooperation dem Alleingang vorgezogen hatten, fiel die Wahl auf die letzte Variante. Mit dem Beitritt zum Internationalen Kaffee-Übereinkommen von 2001 bestätigt die Schweiz ihr Bestreben, an der Lösung der Probleme der Welt-Kaffeewirtschaft auch in Zukunft mitzuarbeiten.

#### **9.2.7.2.2                Inhalt und Ziele des Übereinkommens**

Das neue Übereinkommen folgt in seinen Grundzügen jenem von 1994. Weiterhin im Vordergrund steht als Hauptaufgabe, die Markttransparenz zu erhöhen. Hierzu gehört das Sammeln und Veröffentlichen von Daten über Produktion, Preise, Exporte, Importe, Vorräte, Vertrieb und Verbrauch von Kaffee. Die Organisation bleibt zudem beauftragt, Marktanalysen und Studien über die wirtschaftlichen Bedingungen von Herstellung, Verarbeitung und Vertrieb zu erstellen. Diese

---

<sup>2</sup> Vgl. Botschaft über die Genehmigung des Internationalen Kaffeeabkommens 1962 vom 1. Juni 1964 (BB1 1964 I 1169) und BB vom 1. Oktober 1964 (AS 1965 557).

<sup>3</sup> Vgl. Botschaft über die Genehmigung des Internationalen Kaffeeabkommens 1968 vom 29. Mai 1968 (BB1 1968 I 1281) und BB vom 23. September 1968 (AS 1968 1521).

<sup>4</sup> Vgl. Botschaft über das Internationale Kaffeeabkommen von 1976 vom 24. März 1976 (BB1 1976 II 599) und BB vom 11. Juni 1976 (AS 1976 2299).

<sup>5</sup> Vgl. Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 83/I vom 17. August 1983 (BB1 1983 III 639) und BB vom 6. Oktober 1983 (BB1 1983 III 1096).

<sup>6</sup> Vgl. Bericht über die Aussenwirtschaftspolitik 94/I+2 vom 18. Januar 1995 (BB1 1995 II 268) und BB vom 22. März 1995 (BB1 1995 II 277, 466; AS 1996 115).

Funktionen sind im Zuge der Liberalisierung des Sektors, welche in die letzten Jahren zahlreiche Anbaustaaten erfasste, noch wichtiger geworden. Denn wirtschaftliche Risiken wurden auf Kaffeebauern und lokale Handelsorganisationen abgewälzt, welche zum Treffen marktgerechter Entscheide nun noch mehr als zuvor auf verlässliche Information und Anleitung angewiesen sind. Das Internet stellt dabei ein wichtiges Hilfsmittel dar.

Die Änderungen zielen zum einen auf eine Stärkung der ICO als *globalem Forum* für Kaffee:

Eine periodische, breit abgestützte *Welt-Kaffeeekonferenz* soll sich mit den aktuellen Fragen des Sektors befassen (Art. 21).

Ein neuer, beratender *Ausschuss aus 16 führenden Vertretern des Privatsektors* hat den Zweck, den Dialog und die Zusammenarbeit mit der Kaffeewirtschaft zu intensivieren (Art. 22).

Zum andern wird mit dem neuen Übereinkommen die *nachhaltige Entwicklung* des Kaffeesektors ins Zentrum gerückt:

durch die Anerkennung der Ziele einer *nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen* (Art. 39), verbesserter *Arbeitsbedingungen* im Kaffeesektor (Art. 40), der Pflege der *Kaffeequalität* sowie der *Entwicklung der Nachfrage* (Art. 1 Abs. 9 und Art. 34);

durch die Förderung dieser Ziele mittels Studien und Informationen, aber auch durch Projekte vor Ort.

Die Geltungsdauer des Übereinkommens beträgt sechs Jahre (bis 30. September 2007). Der Rat kann durch qualifiziertes Mehr beschliessen, den Vertrag vorzeitig zu beenden, neu auszuhandeln oder bis zu einer Gesamtdauer von sechs Jahren zu verlängern (Art. 52).

#### **9.2.7.3                    Finanzielle und personelle Auswirkungen**

Die Beteiligungskosten sind für die Schweiz bescheiden. Unser Jahresbeitrag an den Verwaltungsaufwand der ICO betrug im Jahre 2000 65'057 Franken, für 2001 waren es 61'077 Franken. Diese Ausgaben werden durch das laufende Budget gedeckt. Zusätzliches Personal ist nicht erforderlich.

#### **9.2.7.4                    Legislaturplanung**

Die Vorlage wird in der Legislaturplanung 1999-2003 nicht ausdrücklich aufgeführt. Sie entspricht aber dem Inhalt von Ziel 2 (Ausbau der aussen- und sicherheitspolitischen Präsenz in den Bereichen Friedensförderung, Schutz der Menschenrechte, Entwicklungszusammenarbeit – verbesserte Stellung und Wahrnehmung der Schweiz im internationalen Umfeld) (BBl 2000 2276).

#### **9.2.7.5                    Bezug zu anderen Instrumenten der Handelspolitik und Verhältnis zum europäischen Recht**

Das Übereinkommen ist sowohl mit den WTO-Regeln als auch mit dem europäischen Recht und unserer europäischen Integrationspolitik vereinbar.

#### **9.2.7.6 Verfassungsmässigkeit**

Nach Artikel 54 Absatz 1 der Bundesverfassung (BV) sind die auswärtigen Angelegenheiten Sache des Bundes. Die Zuständigkeit der Bundesversammlung zur Genehmigung von völkerrechtlichen Verträgen ergibt sich aus Artikel 166 Absatz 2 BV.

Wir haben das am 1. November 2000 in New York zur Unterzeichnung aufgelegte Übereinkommen am 25. September 2001 unter Ratifikationsvorbehalt unterzeichnet. Gestützt auf Artikel 2 des Bundesgesetzes über aussenwirtschaftliche Massnahmen (SR 946.201) haben wir beschlossen, das Übereinkommen in Bezug auf die Schweiz vorläufig anzuwenden, sobald es gemäss seinen Bestimmungen vorläufig oder endgültig in Kraft getreten ist, um so das Funktionieren der Internationalen Kaffee-Organisation weiterhin zu gewährleisten. Anlässlich der Unterzeichnung hat die Schweiz in einer Erklärung die Absicht bekanntgegeben, vom 1. Oktober 2001 an das Übereinkommen vorläufig anzuwenden, sofern das im Übereinkommen vorgesehene Quorum erreicht wird. Am 1. Oktober 2001 ist das Übereinkommen gemäss seinen Bestimmungen provisorisch in Kraft getreten und steht seit diesem Zeitpunkt in der Schweiz vorläufig in Anwendung.

Das Übereinkommen ist kurzfristig kündbar und führt keine multilaterale Rechtsvereinheitlichung herbei. Hingegen wird das Übereinkommen von der Internationalen Kaffee-Organisation verwaltet, der ausdrücklich eine eigene Rechtspersönlichkeit zuerkannt wird und die mit Organen ausgestattet ist, in denen Entscheidungen zum Teil mit qualifiziertem Mehr getroffen werden. Die Organisation hat zudem die Kompetenz, völkerrechtliche Bindungen einzugehen. Es handelt sich somit um eine internationale Organisation im Sinne von Artikel 141 Absatz 1 Buchstabe d (Ziff. 2) BV. Das Internationale Kaffee-Übereinkommen von 2001 wird aber weiterhin von der 1962 gegründeten Kaffee-Organisation verwaltet, der die Schweiz seit 1964 als Mitglied angehört. Das vorliegende Übereinkommen ändert weder die ursprünglichen Ziele noch die Aktivitäten dieser Organisation in einer Weise, dass von einem „Neubeitritt“ gesprochen werden könnte. Zu genehmigen ist deshalb nur das neu ausgehandelte Übereinkommen, nicht aber der Beitritt zu einer internationalen Organisation. Der Genehmigungsbeschluss untersteht somit nicht dem Referendum nach Artikel 141 Absatz 1 Buchstabe d BV.

## **Bundesbeschluss über das Internationale Kaffee-Übereinkommen von 2001**

vom ...

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,  
gestützt auf die Artikel 54 Absatz 1 und 166 Absatz 2 der Bundesverfassung,  
nach Einsicht in die im Bericht vom 9. Januar 2002<sup>1</sup> zur Aussenwirtschaftspolitik  
2001 enthaltene Botschaft,  
beschliesst:*

### **Art. 1**

<sup>1</sup> Das Internationale Kaffee-Übereinkommen von 2001 wird genehmigt (Anhang 2).

<sup>2</sup> Der Bundesrat wird ermächtigt, die Ratifikationsurkunde zu hinterlegen.

### **Art. 2**

Dieser Beschluss untersteht nicht dem Staatsvertragsreferendum.

<sup>1</sup> BBl 2002 ....

## Internationales Kaffee-Übereinkommen von 2001

Abgeschlossen in London im September 2000

Von der Schweiz vorläufig angewendet seit 1. Oktober 2001

---

### *Die Vertragsregierungen dieses Übereinkommens*

in Anerkennung der außergewöhnlichen Bedeutung des Kaffees für die Wirtschaft vieler Länder, deren Ausfuhrerlöse - und damit die Fortführung ihrer Entwicklungsprogramme auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet - weitgehend von diesem Erzeugnis abhängig sind;

in Anerkennung der Bedeutung des Kaffeesektors für den Lebensunterhalt von Millionen von Menschen, insbesondere in Entwicklungsländern, und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass in vielen dieser Länder die Erzeugung in kleinen Familienbetrieben erfolgt;

in Anerkennung der Notwendigkeit, die Erschließung von Produktionsressourcen und die Förderung und Aufrechterhaltung von Beschäftigung und Einkommen in der Kaffeeindustrie in den Mitgliedsländern zu fördern und dadurch angemessene Löhne, einen höheren Lebensstandard und bessere Arbeitsbedingungen herbeizuführen;

in der Erwägung, dass eine enge internationale Zusammenarbeit im Bereich des Kaffeehandels die Diversifizierung und Entwicklung der Wirtschaft der Kaffee-Erzeugerländer fördern, zur Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Kaffee-Ausfuhrländern und Kaffee-Einfuhrländern beitragen und eine Steigerung des Kaffeeverbrauchs herbeiführen wird;

in Anerkennung der Tatsache, dass es wünschenswert ist, ein Ungleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch zu vermeiden, das zu ausgeprägten Preisschwankungen zum Nachteil sowohl der Erzeuger als auch der Verbraucher führen kann;

im Hinblick auf das Verhältnis zwischen der Stabilität des Kaffeehandels und der Stabilität der Märkte für Fertigwaren;

in Anbetracht der Vorteile, die aus der internationalen Zusammenarbeit aufgrund der Anwendung der Internationalen Kaffee-Übereinkommen von 1962, 1968, 1976, 1983 und 1994 erwachsen sind -

sind wie folgt übereingekommen:

### **Kapitel I: Zielsetzung**

#### **Art. 1** Zielsetzung

Ziel dieses Übereinkommens ist es,

1. die internationale Zusammenarbeit in Kaffeeangelegenheiten zu fördern;

<sup>1</sup> Übersetzung des französischen Originaltextes.

2. ein Forum für zwischenstaatliche Konsultationen – und, sofern angebracht, Verhandlungen – über Kaffeeangelegenheiten und Mittel zur Erzielung eines vernünftigen Ausgleichs zwischen Angebot und Nachfrage in der Welt zu schaffen, der den Verbrauchern eine ausreichende Versorgung mit Kaffee zu angemessenen Preisen und den Erzeugern den Absatz von Kaffee zu lohnenden Preisen sichert und auf lange Sicht zu einem Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch führt;
3. ein Forum für Konsultationen über Kaffeeangelegenheiten mit dem privaten Sektor zu schaffen;
4. die Ausweitung des internationalen Handels mit Kaffee zu erleichtern und seine Transparenz zu vergrößern;
5. als Zentralstelle für die Sammlung, die Verbreitung und die Veröffentlichung von wirtschaftlichen und technischen Informationen, Statistiken und Studien sowie für Forschung und Entwicklung in Kaffeeangelegenheiten zu dienen und diese zu fördern;
6. Mitglieder dazu zu ermutigen, eine nachhaltige Kaffeewirtschaft zu entwickeln;
7. den Kaffeeverbrauch zu fördern, anzuregen und zu steigern;
8. die Vorbereitung von Projekten zugunsten der Weltkaffeewirtschaft für deren anschließende Vorlage bei Geber- oder Finanzorganisationen, je nachdem, wo dies zweckmäßig erscheint, analysierend und beratend zu unterstützen;
9. die Qualität zu fördern und
10. Schulungs- und Informationsprogramme zu fördern, die den Transfer von für Kaffee relevanter Technologie an Mitglieder unterstützen sollen.

## **Kapitel II: Begriffsbestimmungen**

### **Art. 2            Begriffsbestimmungen**

Im Sinne dieses Übereinkommens

1. bedeutet *Kaffee* die Bohnen und Kirschen des Kaffeestrauchs, gleichgültig, ob nicht geschält oder geschält, roh oder geröstet, und einschließlich des gemahlenden, entkoffeinierten, flüssigen und löslichen Kaffees. Der Rat prüft so bald wie möglich nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens und erneut drei Jahre nach diesem Zeitpunkt die Umrechnungsfaktoren für die unter den Buchstaben d, e, f und g genannten Kaffeesorten. Nach dieser Prüfung legt der Rat mit beiderseitiger Zweidrittelmehrheit angemessene Umrechnungsfaktoren fest und veröffentlicht diese. Vor der ersten Prüfung und für den Fall, dass der Rat in dieser Angelegenheit keine Entscheidung treffen kann, werden die Umrechnungsfaktoren des Internationalen Kaffee-Übereinkommens von 1994 verwendet, die in Anlage I zu diesem Übereinkommen aufgeführt sind. Vorbehaltlich dieser Bestimmungen haben die nachstehenden Begriffe folgende Bedeutung:

- a) als *Rohkaffee* wird jeglicher Kaffee in der Form einer grünen Bohne vor dem Rösten bezeichnet;
- b) als *getrocknete Kaffeekirschen* werden die getrockneten Früchte des Kaffeestrauchs bezeichnet; um das Äquivalent der getrockneten Kaffeekirsche zum Rohkaffee festzustellen, ist das Nettogewicht der getrockneten Kaffeekirschen mit 0,5 zu multiplizieren;



- c) als *nicht geschälter Kaffee* wird die grüne Kaffeebohne in der Pergamenthaut bezeichnet; um das Äquivalent des nicht geschälten Kaffees zum Rohkaffee festzustellen, ist das Nettogewicht des nicht geschälten Kaffees mit 0,8 zu multiplizieren;
  - d) als *Röstkaffee* wird gerösteter Rohkaffee unabhängig vom Röstgrad einschließlich des gemahlten Kaffees bezeichnet;
  - e) als *entkoffeinierter Kaffee* wird roher, gerösteter oder löslicher Kaffee bezeichnet, dem Koffein entzogen ist;
  - f) als *flüssiger Kaffee* werden die wasserlöslichen festen Bestandteile bezeichnet, die aus Röstkaffee gewonnen und in flüssige Form gebracht sind, und
  - g) als *löslicher Kaffee* werden die aus Röstkaffee gewonnenen getrockneten wasserlöslichen festen Bestandteile bezeichnet;
2. bedeutet *Sack* 60 kg oder 132,276 englische Pfund Rohkaffee, *Tonne* eine Masse von 1 000 kg oder 2 204,6 englische Pfund und *englisches Pfund* 453,597 Gramm;
3. bedeutet *Kaffeejahr* den Zeitraum eines Jahres, gerechnet vom 1. Oktober bis 30. September;
4. bedeuten *Organisation* und *Rat* die Internationale Kaffee-Organisation und den Internationalen Kaffeerat;
5. bedeutet *Vertragspartei* eine Regierung oder eine zwischenstaatliche Organisation nach Artikel 4 Absatz 3, die eine Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde oder eine Urkunde der vorläufigen Anwendung dieses Übereinkommens nach den Artikeln 44 und 45 hinterlegt hat oder dem Übereinkommen nach Artikel 46 beigetreten ist;
6. bedeutet *Mitglied* eine Vertragspartei, ein oder mehrere bezeichnete Hoheitsgebiete, für die eine getrennte Mitgliedschaft nach Artikel 5 erklärt worden ist, oder aber zwei oder mehr Vertragsparteien und/oder bezeichnete Hoheitsgebiete, die sich nach Artikel 6 als Mitgliederguppe an der Organisation beteiligen;
7. bedeutet *Ausfuhrmitglied* oder *Ausfuhrland* ein Mitglied oder Land, das Nettoexporteur von Kaffee ist, das heißt ein Mitglied oder Land, dessen Ausfuhren die Einfuhren übersteigen;
8. bedeutet *Einfuhrmitglied* oder *Einfuhrland* ein Mitglied oder Land, das Nettoimporteur von Kaffee ist, das heißt ein Mitglied oder Land, dessen Einfuhren die Ausfuhren übersteigen;
9. bedeutet *beiderseitige einfache Mehrheit* mehr als die Hälfte der von den anwesenden und abstimmenden Ausfuhrmitgliedern und mehr als die Hälfte der von den anwesenden und abstimmenden Einfuhrmitgliedern abgegebenen und getrennt gezählten Stimmen;
10. bedeutet *beiderseitige Zweidrittelmehrheit* mehr als zwei Drittel der von den anwesenden und abstimmenden Ausfuhrmitgliedern und mehr als zwei Drittel der von den anwesenden und abstimmenden Einfuhrmitgliedern abgegebenen und getrennt gezählten Stimmen;
11. bedeutet *Inkrafttreten*, sofern nichts anderes bestimmt ist, den Zeitpunkt, zu dem dieses Übereinkommen entweder vorläufig oder endgültig in Kraft tritt.

### **Kapitel III: Allgemeine Verpflichtungen der Mitglieder**

#### **Art. 3** Allgemeine Verpflichtungen der Mitglieder

(1) Die Mitglieder verpflichten sich, alle Maßnahmen zu ergreifen, die zur Erfüllung ihrer Pflichten aus diesem Übereinkommen notwendig sind, und für die Erreichung der Ziele des

Übereinkommens uneingeschränkt zusammenzuarbeiten; insbesondere verpflichten sich die Mitglieder, alle notwendigen Informationen zur Verfügung zu stellen, welche die Durchführung dieses Übereinkommens erleichtern.

(2) Die Mitglieder erkennen an, dass Ursprungszeugnisse eine wichtige Quelle der Information über den Kaffeehandel darstellen. Daher übernehmen die Ausfuhrmitglieder die Verantwortung für die Gewährleistung der ordnungsgemäßen Ausstellung und Verwendung von Ursprungszeugnissen im Einklang mit den vom Rat festgelegten Regeln.

(3) Die Mitglieder erkennen darüber hinaus an, dass Informationen über Wiederausfuhren ebenfalls für die einwandfreie Analyse der Weltkaffeewirtschaft wichtig sind. Die Einfuhrmitglieder verpflichten sich daher, regelmäßig genaue Informationen über Wiederausfuhren in der vom Rat festgelegten Form und Weise zu unterbreiten.

## **Kapitel IV: Mitgliedschaft**

### **Art. 4** Mitgliedschaft in der Organisation

(1) Jede Vertragspartei bildet mit denjenigen Hoheitsgebieten, auf die sich dieses Übereinkommen nach Artikel 48 Absatz 1 erstreckt, ein Einzelmitglied der Organisation, soweit in den Artikeln 5 und 6 nichts anderes bestimmt ist.

(2) Ein Mitglied kann seine Mitgliederkategorie zu Bedingungen wechseln, die mit dem Rat zu vereinbaren sind.

(3) Eine Bezugnahme in diesem Übereinkommen auf eine Regierung ist so auszulegen, als umfasse sie eine Bezugnahme auf die Europäische Gemeinschaft oder jede zwischenstaatliche Organisation mit ähnlichen Aufgaben hinsichtlich der Aushandlung, des Abschlusses und der Anwendung internationaler Übereinkünfte, insbesondere von Rohstoffübereinkommen.

(4) Eine solche zwischenstaatliche Organisation hat selbst keine Stimmen; bei einer Abstimmung über in ihre Zuständigkeit fallende Angelegenheiten ist sie jedoch berechtigt, die Stimmen ihrer Mitgliedstaaten gemeinsam abzugeben. In derartigen Fällen sind die Mitgliedstaaten der zwischenstaatlichen Organisation nicht berechtigt, ihr Einzelstimmrecht auszuüben.

(5) Eine solche zwischenstaatliche Organisation kann nicht nach Artikel 17 Absatz 1 in das Exekutivdirektorium gewählt werden, kann jedoch an Erörterungen des Exekutivdirektoriums über in ihre Zuständigkeit fallende Angelegenheiten teilnehmen. Bei einer Abstimmung über in ihre Zuständigkeit fallende Angelegenheiten werden ungeachtet des Artikels 20 Absatz 1 die Stimmen, die ihre Mitgliedstaaten im Exekutivdirektorium abgeben können, gemeinsam von einem dieser Mitgliedstaaten abgegeben.

### **Art. 5** Getrennte Mitgliedschaft bezeichneter Hoheitsgebiete

Jede Vertragspartei, die Nettoimporteur von Kaffee ist, kann jederzeit durch eine entsprechende Notifikation nach Artikel 48 Absatz 2 erklären, dass sie sich für ein von ihr bezeichnetes Hoheitsgebiet, für dessen internationale Beziehungen sie verantwortlich ist und das Nettoexporteur von Kaffee ist, getrennt an der Organisation beteiligt. In diesem Fall haben das Mutterland und seine nicht bezeichneten Hoheitsgebiete eine Einzelmitgliedschaft, während die bezeichneten Hoheitsgebiete entweder einzeln oder zusammen entsprechend der Notifikation getrennte Mitgliedschaft besitzen.

## **Art. 6** Gruppenmitgliedschaft

(1) Zwei oder mehr Vertragsparteien, die Nettoexporteure von Kaffee sind, können durch eine bei Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde oder ihrer Urkunde der vorläufigen Anwendung oder ihrer Beitrittsurkunde an den Rat sowie an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete entsprechende Notifikation erklären, dass sie an der Organisation als Mitgliedergruppe teilnehmen. Ein Hoheitsgebiet, auf das dieses Übereinkommen nach Artikel 48 Absatz 1 erstreckt wird, kann einer solchen Mitgliedergruppe angehören, wenn die Regierung des für seine internationalen Beziehungen verantwortlichen Staates eine entsprechende Notifikation nach Artikel 48 Absatz 2 abgegeben hat. Diese Vertragsparteien und bezeichneten Hoheitsgebiete müssen folgende Voraussetzungen erfüllen:

- a) Sie müssen sich bereit erklären, die Verantwortung für die Pflichten der Gruppe sowohl einzeln als auch als Gruppe zu übernehmen, und
- b) sie müssen sodann dem Rat ausreichenden Nachweis darüber erbringen,
  - i) dass die Gruppe über die zur Durchführung einer gemeinsamen Kaffeepolitik notwendige Organisation verfügt und dass sie in der Lage sind, zusammen mit den anderen Gruppenangehörigen ihren Verpflichtungen aus dem Übereinkommen nachzukommen, und
  - ii) dass sie eine gemeinsame oder koordinierte Handels- und Wirtschaftspolitik in Bezug auf Kaffee und eine koordinierte Währungs- und Finanzpolitik verfolgen sowie über die notwendigen Organe zur Durchführung dieser Politik verfügen, so dass der Rat die Überzeugung gewinnt, dass die Mitgliedergruppe die sich aus dem Übereinkommen ergebenden Gruppenverpflichtungen erfüllen kann.

(2) Jede nach dem Internationalen Kaffee-Übereinkommen von 1994 anerkannte Mitgliedergruppe bleibt weiterhin als Gruppe anerkannt, sofern sie dem Rat nicht notifiziert, dass sie nicht länger als Gruppe anerkannt zu werden wünscht.

(3) Die Mitgliedergruppe stellt ein Einzelmitglied der Organisation dar; jedoch wird jeder einzelne Angehörige der Gruppe in Bezug auf Angelegenheiten, die sich aus folgenden Bestimmungen ergeben, als Einzelmitglied behandelt:

- a) Artikel 11 und 12 und
- b) Artikel 51.

(4) Die Vertragsparteien und bezeichneten Hoheitsgebiete, die als Mitgliedergruppe beitreten, bestimmen die Regierung oder Organisation, die sie im Rat in den Angelegenheiten dieses Übereinkommens mit Ausnahme der in Absatz 3 angegebenen vertritt.

(5) Die Mitgliedergruppe hat folgendes Stimmrecht:

- a) Die Gruppe hat dieselbe Anzahl Grundstimmen wie ein Mitgliedland, das der Organisation einzeln beitrifft. Diese Grundstimmen werden der Regierung oder Organisation, welche die Gruppe vertritt, zuerkannt und von ihr abgegeben;
- b) bei der Abstimmung über Angelegenheiten, die sich aus Absatz 3 ergeben, können die Angehörigen der Mitgliedergruppe das ihnen nach Artikel 13 Absatz 3 zuerkannte Stimmrecht einzeln so ausüben, als seien sie Einzelmitglieder der Organisation; jedoch werden die Grundstimmen weiterhin nur der die Gruppe vertretenden Regierung oder Organisation zuerkannt.

(6) Jede Vertragspartei und jedes bezeichnete Hoheitsgebiet, die oder das einer Mitgliedergruppe angehört, kann durch eine an den Rat gerichtete Notifikation aus der Gruppe austreten und zu

einem gesonderten Mitglied werden. Der Austritt wird mit dem Eingang der Notifikation beim Rat wirksam. Tritt ein Angehöriger einer Mitgliedergruppe aus dieser Gruppe aus oder scheidet er von der Teilnahme an der Organisation aus, so können die übrigen Angehörigen der Gruppe beim Rat die Beibehaltung der Gruppe beantragen; die Gruppe besteht fort, sofern nicht der Rat den Antrag ablehnt. Wird die Mitgliedergruppe aufgelöst, so wird jeder frühere Angehörige der Gruppe zu einem gesonderten Mitglied. Ein Mitglied, dessen Gruppenzugehörigkeit beendet ist, kann sich während der Geltungsdauer dieses Übereinkommens nicht wieder einer Gruppe anschließen.

(7) Jede Vertragspartei, die nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens Angehörige einer Mitgliedergruppe werden möchte, kann dies durch Notifikation an den Rat tun, vorausgesetzt,

- a) dass andere Mitglieder der Gruppe ihre Bereitschaft erklären, das betreffende Mitglied als Angehörigen der Mitgliedergruppe aufzunehmen;
- b) dass sie dem Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert, dass sie an der Gruppe teilnimmt.

(8) Zwei oder mehr Ausfuhrmitglieder können jederzeit, nachdem dieses Übereinkommen in Kraft getreten ist, beim Rat die Bildung einer Mitgliedergruppe beantragen. Der Rat genehmigt den Antrag, wenn er feststellt, dass die Mitglieder nach Absatz 1 eine Erklärung abgegeben und ausreichenden Nachweis erbracht haben. Nach erteilter Genehmigung sind die Absätze 3, 4, 5 und 6 auf die Mitgliedergruppe anwendbar.

## **Kapitel V: Die Internationale Kaffee-Organisation**

### **Art. 7** Sitz und Aufbau der Internationalen Kaffee-Organisation

(1) Die nach dem Internationalen Kaffee-Übereinkommen von 1962 gegründete Internationale Kaffee-Organisation besteht zur Durchführung dieses Übereinkommens und zur Überwachung seiner Anwendung fort.

(2) Sitz der Organisation ist London, es sei denn, dass der Rat mit beiderseitiger Zweidrittelmehrheit etwas anderes beschließt.

(3) Die Organisation übt ihre Aufgaben durch den Internationalen Kaffeerat und das Exekutivdirektorium aus. Diese werden gegebenenfalls durch die Weltkaffeekonferenz, das Beratende Direktorium des privaten Sektors, den Förderausschuss sowie Fachausschüsse unterstützt.

### **Art. 8** Vorrechte und Immunitäten

(1) Die Organisation besitzt Rechtspersönlichkeit. Sie hat insbesondere die Fähigkeit, Verträge zu schließen, bewegliches und unbewegliches Vermögen zu erwerben und darüber zu verfügen sowie vor Gericht zu stehen.

(2) Die Rechtsstellung, die Vorrechte und Immunitäten der Organisation, ihres Exekutivdirektors, ihres Personals und ihrer Sachverständigen sowie der Vertreter der Mitglieder werden für die Zeit, in der sie sich in Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Hoheitsgebiet des Gastlands aufhalten, weiterhin durch das am 28. Mai 1969 zwischen der Gastregierung und der Organisation geschlossene Sitzstaatabkommen geregelt.

(3) Das in Absatz 2 genannte Sitzstaatabkommen ist von diesem Übereinkommen unabhängig. Es tritt jedoch außer Kraft,

- a) wenn dies zwischen der Gastregierung und der Organisation vereinbart wird;
  - b) wenn der Sitz der Organisation aus dem Hoheitsgebiet der Gastregierung verlegt wird oder
  - c) wenn die Organisation aufhört zu bestehen.
- (4) Die Organisation kann mit einem oder mehreren Mitgliedern vom Rat zu genehmigende Übereinkünfte über die Vorrechte und Immunitäten schließen, die für die ordnungsgemäße Durchführung dieses Übereinkommens erforderlich sind.
- (5) Die Regierungen der Mitgliedländer mit Ausnahme der Gastregierung gewähren der Organisation dieselben Erleichterungen hinsichtlich der Währungs- und Devisenbeschränkungen, der Unterhaltung von Bankkonten und der Überweisung von Geldern, wie sie den Sonderorganisationen der Vereinten Nationen gewährt werden.

## **Kapitel VI: Der Internationale Kaffeerat**

### **Art. 9**                    Zusammensetzung des Internationalen Kaffeerats

- (1) Der Internationale Kaffeerat, der sich aus allen Mitgliedern der Organisation zusammensetzt, ist die höchste Instanz der Organisation.
- (2) Jedes Mitglied ernennt einen Vertreter im Rat und gegebenenfalls einen oder mehrere Stellvertreter. Ein Mitglied kann ferner einen oder mehrere Berater für seinen Vertreter oder seine Stellvertreter benennen.

### **Art. 10**                  Befugnisse und Aufgaben des Rates

- (1) Alle durch dieses Übereinkommen ausdrücklich erteilten Befugnisse liegen beim Rat, der die zur Durchführung des Übereinkommens notwendigen Befugnisse und Aufgaben hat.
- (2) Der Rat überträgt seinem Vorsitzenden die Aufgabe, sich mit Unterstützung des Sekretariats über die Gültigkeit der schriftlichen Mitteilungen in Bezug auf Artikel 9 Absatz 2, Artikel 12 Absatz 3 und Artikel 14 Absatz 2 zu vergewissern. Der Vorsitzende erstattet dem Rat Bericht.
- (3) Der Rat kann Ausschüsse oder Arbeitsgruppen einsetzen, wenn er dies für notwendig erachtet.
- (4) Der Rat legt mit beiderseitiger Zweidrittelmehrheit die zur Durchführung dieses Übereinkommens notwendigen und mit diesem in Einklang stehenden Vorschriften und Regelungen fest, einschließlich seiner Geschäftsordnung und der Finanz- und Personalvorschriften der Organisation. Der Rat kann in seiner Geschäftsordnung Verfahren vorsehen, nach denen er bestimmte Fragen ohne Sitzungen entscheiden kann.
- (5) Der Rat führt außerdem die Akten, die zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nach diesem Übereinkommen erforderlich sind, sowie alle sonstigen Akten, die er für zweckdienlich hält.

### **Art. 11**                  Vorsitzender und stellvertretende Vorsitzende des Rates

- (1) Der Rat wählt für jedes Kaffeejahr einen Vorsitzenden sowie einen ersten, zweiten und dritten stellvertretenden Vorsitzenden, die nicht von der Organisation besoldet werden.
- (2) Grundsätzlich werden der Vorsitzende und der erste stellvertretende Vorsitzende entweder aus der Mitte der Vertreter der Ausfuhrmitglieder oder aus der Mitte der Vertreter der Einfuhr-

mitglieder, der zweite und dritte stellvertretende Vorsitzende aus der Mitte der Vertreter der anderen Mitgliederkategorie gewählt. Die Besetzung dieser Ämter wechselt in jedem Kaffeejahr zwischen den beiden Mitgliederkategorien.

(3) Der Vorsitzende oder der den Vorsitz führende stellvertretende Vorsitzende ist nicht stimmberechtigt. In diesem Fall übt der jeweilige Stellvertreter das Stimmrecht des Mitglieds aus.

#### **Art. 12** Tagungen des Rates

(1) Der Rat hält grundsätzlich zweimal im Jahr eine ordentliche Tagung ab. Er kann außerordentliche Tagungen durch Beschluss einberufen. Außerordentliche Tagungen werden auch abgehalten, wenn das Exekutivdirektorium oder fünf Mitglieder oder ein oder mehrere Mitglieder, die mindestens 200 Stimmen innehaben, dies beantragen. Die Einberufung von Tagungen erfolgt mindestens 30 Tage im Voraus, abgesehen von dringenden Fällen, in denen die Einberufung von Tagungen mindestens 10 Tage im Voraus erfolgt.

(2) Sofern der Rat nicht mit beiderseitiger Zweidrittelmehrheit etwas anderes beschließt, finden die Tagungen am Sitz der Organisation statt. Wenn ein Mitglied dem Rat anbietet, die Tagung in seinem Hoheitsgebiet abzuhalten, und der Rat zustimmt, trägt dieses Mitglied die zusätzlichen der Organisation entstehenden Kosten, soweit sie die Kosten übersteigen, die bei der Abhaltung der Tagung am Sitz der Organisation entstehen.

(3) Der Rat kann jedes Nichtmitgliedland oder jede in Artikel 16 genannte Organisation einladen, an seinen Tagungen als Beobachter teilzunehmen. Wird eine solche Einladung angenommen, so übermittelt das Land oder die Organisation dem Vorsitzenden eine entsprechende schriftliche Mitteilung. Wenn das Land oder die Organisation dies wünscht, kann es oder sie in dieser Mitteilung die Erlaubnis beantragen, vor dem Rat Erklärungen abzugeben.

(4) Bei einer Ratstagung ist die erforderliche Beschlussfähigkeit gegeben, wenn mehr als die Hälfte der Ausfuhrmitglieder und mehr als die Hälfte der Einfuhrmitglieder, auf die jeweils mindestens zwei Drittel der Stimmen für jede Kategorie entfallen, anwesend sind. Ist der Rat bei Eröffnung einer Ratstagung oder einer Plenarsitzung nicht beschlussfähig, so verschiebt der Vorsitzende die Eröffnung der Tagung oder der Plenarsitzung um mindestens zwei Stunden. Ist der Rat zu dem neu angesetzten Zeitpunkt noch nicht beschlussfähig, so kann der Vorsitzende wiederum die Eröffnung der Tagung oder der Plenarsitzung um mindestens weitere zwei Stunden verschieben. Ist der Rat nach Ablauf dieser Zeit immer noch nicht beschlussfähig, so ist die für die Eröffnung oder Wiederaufnahme der Tagung oder Plenarsitzung erforderliche Beschlussfähigkeit dann gegeben, wenn mehr als die Hälfte der Ausfuhrmitglieder und mehr als die Hälfte der Einfuhrmitglieder, auf die jeweils mindestens die Hälfte der Stimmen für jede Kategorie entfallen, anwesend sind. Eine Vertretung im Sinne des Artikels 14 Absatz 2 gilt als Anwesenheit.

#### **Art. 13** Stimmen

(1) Die Ausfuhrmitglieder und die Einfuhrmitglieder haben insgesamt jeweils 1 000 Stimmen, die innerhalb jeder Mitgliederkategorie – das heißt unter den Ausfuhr- beziehungsweise Einfuhrmitgliedern – nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen verteilt werden.

(2) Jedes Mitglied hat fünf Grundstimmen.

(3) Die restlichen Stimmen der Ausfuhrmitglieder werden auf diese im Verhältnis der Durchschnittsmenge ihrer jeweiligen Kaffeeausfuhren nach allen Bestimmungsländern während der vorangegangenen vier Kalenderjahre verteilt.

(4) Die restlichen Stimmen der Einfuhrmitglieder werden auf diese im Verhältnis der Durchschnittsmenge ihrer jeweiligen Kaffeeinfuhren während der vorangegangenen vier Kalenderjahre verteilt.

(5) Die Verteilung der Stimmen wird vom Rat zu Beginn eines jeden Kaffeejahrs nach Maßgabe dieses Artikels festgelegt und gilt vorbehaltlich des Absatzes 6 für die Dauer dieses Jahres.

(6) Der Rat nimmt eine Neuverteilung der Stimmen nach Maßgabe dieses Artikels vor, wenn sich die Mitgliedschaft in der Organisation ändert oder wenn einem Mitglied nach Artikel 25 oder 42 das Stimmrecht entzogen oder zurückgegeben wird.

(7) Ein Mitglied darf nicht mehr als 400 Stimmen haben.

(8) Teilstimmen sind nicht zulässig.

#### **Art. 14** Abstimmungsverfahren des Rates

(1) Jedes Mitglied ist berechtigt, die Anzahl der ihm zustehenden Stimmen abzugeben, darf aber seine Stimmen nicht teilen. Mit den ihm nach Absatz 2 übertragenen Stimmen kann es jedoch anders abstimmen.

(2) Jedes Ausfuhrmitglied kann ein anderes Ausfuhrmitglied und jedes Einfuhrmitglied ein anderes Einfuhrmitglied ermächtigen, auf den Sitzungen des Rates seine Interessen zu vertreten und sein Stimmrecht auszuüben. Die in Artikel 13 Absatz 7 vorgesehene Beschränkung findet in diesem Fall keine Anwendung.

#### **Art. 15** Beschlüsse des Rates

(1) Soweit in diesem Übereinkommen nichts anderes bestimmt ist, werden alle Beschlüsse des Rates mit beiderseitiger einfacher Mehrheit gefasst; Empfehlungen werden in der gleichen Weise abgegeben.

(2) Bei Beschlüssen des Rates, für welche dieses Übereinkommen eine beiderseitige Zweidrittelmehrheit vorschreibt, wird folgendes Verfahren angewendet:

- a) Wird eine beiderseitige Zweidrittelmehrheit wegen der Ablehnung durch höchstens drei Ausfuhr- oder höchstens drei Einfuhrmitglieder nicht erzielt, so wird der Antrag aufgrund eines Ratsbeschlusses, für welchen die Mehrheit der anwesenden Mitglieder und die beiderseitige einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich ist, binnen 48 Stunden erneut zur Abstimmung gestellt;
- b) wird abermals eine beiderseitige Zweidrittelmehrheit wegen der Ablehnung durch höchstens zwei Ausfuhr- oder höchstens zwei Einfuhrmitglieder nicht erzielt, so wird der Antrag aufgrund eines Ratsbeschlusses, für welchen die Mehrheit der anwesenden Mitglieder und die beiderseitige einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich ist, binnen 24 Stunden erneut zur Abstimmung gestellt;
- c) wird eine beiderseitige Zweidrittelmehrheit im dritten Wahlgang wegen der Ablehnung durch ein Ausfuhr- oder ein Einfuhrmitglied nicht erzielt, so gilt der Antrag als angenommen;
- d) gelingt es dem Rat nicht, einen Antrag erneut zur Abstimmung zu stellen, so gilt der Antrag als abgelehnt.

(3) Die Mitglieder verpflichten sich, sämtliche aufgrund dieses Übereinkommens vom Rat gefassten Beschlüsse als bindend anzuerkennen.

#### **Art. 16**            Zusammenarbeit mit anderen Organisationen

(1) Der Rat kann Vereinbarungen über Konsultationen und die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und deren Sonderorganisationen sowie mit anderen in Betracht kommenden zwischenstaatlichen Organisationen treffen. Er nimmt die Fazilitäten des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe sowie andere Finanzierungsquellen voll in Anspruch. Diese Vereinbarungen können finanzielle Vereinbarungen umfassen, die der Rat zur Erreichung der Ziele dieses Übereinkommens für zweckmäßig hält. Hinsichtlich der Durchführung von Vorhaben im Rahmen solcher Vereinbarungen geht die Organisation jedoch keine finanziellen Verpflichtungen für Bürgschaften ein, die einzelne Mitglieder oder andere Rechtsträger übernehmen. Kein Mitglied ist aufgrund seiner Mitgliedschaft in der Organisation für Verbindlichkeiten haftbar, die sich aus der Kreditaufnahme oder der Kreditvergabe durch ein anderes Mitglied oder einen anderen Rechtsträger im Zusammenhang mit solchen Vorhaben ergeben.

(2) Soweit möglich, kann die Organisation auch von Mitgliedern, Nichtmitgliedern sowie Geberorganisationen und anderen Organisationen Informationen über Entwicklungsvorhaben und -programme mit Schwerpunkt im Bereich Kaffee sammeln. Soweit angebracht, kann die Organisation diese Informationen mit Einverständnis der Betroffenen anderen Organisationen sowie Mitgliedern zur Verfügung stellen.

### **Kapitel VII: Das Exekutivdirektorium**

#### **Art. 17**            Zusammensetzung und Sitzungen des Exekutivdirektoriums

(1) Das Exekutivdirektorium setzt sich aus acht Ausfuhrmitgliedern und acht Einfuhrmitgliedern zusammen, die nach Artikel 18 für jeweils ein Kaffeejahr gewählt werden. Die Wiederwahl der im Exekutivdirektorium vertretenen Mitglieder ist zulässig.

(2) Jedes im Exekutivdirektorium vertretene Mitglied ernennt einen Vertreter und gegebenenfalls einen oder mehrere Stellvertreter. Jedes im Exekutivdirektorium vertretene Mitglied kann ferner einen oder mehrere Berater für seinen Vertreter oder seine Stellvertreter benennen.

(3) Das Exekutivdirektorium hat einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden, die für jeweils ein Kaffeejahr vom Rat gewählt werden; ihre Wiederwahl ist zulässig. Diese Amtsträger werden nicht von der Organisation besoldet. Weder der Vorsitzende noch ein den Vorsitz führender stellvertretender Vorsitzender ist auf den Sitzungen des Exekutivdirektoriums stimmberechtigt. In diesem Fall übt der jeweilige Stellvertreter das Stimmrecht des Mitglieds aus. In der Regel werden der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende für jeweils ein Kaffeejahr aus der Mitte der Vertreter derselben Mitgliederkategorie gewählt.

(4) Das Exekutivdirektorium tritt in der Regel am Sitz der Organisation zusammen; es kann jedoch an einem anderen Ort zusammentreten, wenn der Rat dies mit beiderseitiger Zweidrittelmehrheit beschließt. Für den Fall, dass der Rat ein Angebot eines Mitglieds annimmt, eine Sitzung des Exekutivdirektoriums auszurichten, findet auch Artikel 12 Absatz 2 betreffend Ratstagungen Anwendung.

(5) Bei einer Sitzung des Exekutivdirektoriums ist die erforderliche Beschlussfähigkeit gegeben, wenn mehr als die Hälfte der in das Exekutivdirektorium gewählten Ausfuhrmitglieder und mehr als die Hälfte der in das Exekutivdirektorium gewählten Einfuhrmitglieder, auf die jeweils mindestens zwei Drittel der Stimmen für jede Kategorie entfallen, anwesend sind. Ist das Exekutivdirektorium bei Eröffnung einer Sitzung nicht beschlussfähig, so verschiebt der Vorsitzende des Exekutivdirektoriums die Eröffnung der Sitzung um mindestens zwei Stunden. Ist das Exe-



ekutivdirektorium zu dem neu angesetzten Zeitpunkt noch nicht beschlussfähig, so kann der Vorsitzende wiederum die Eröffnung der Sitzung um mindestens weitere zwei Stunden verschieben. Ist das Exekutivdirektorium nach Ablauf dieser Zeit immer noch nicht beschlussfähig, so ist die für die Eröffnung der Sitzung erforderliche Beschlussfähigkeit dann gegeben, wenn mehr als die Hälfte der in das Exekutivdirektorium gewählten Ausfuhrmitglieder und mehr als die Hälfte der in das Exekutivdirektorium gewählten Einfuhrmitglieder, auf die jeweils mindestens die Hälfte der Stimmen für jede Kategorie entfallen, anwesend sind.

#### **Art. 18** Wahl des Exekutivdirektoriums

(1) Die Ausfuhr- und die Einfuhrmitglieder im Exekutivdirektorium werden im Rat von den Ausfuhr- beziehungsweise Einfuhrmitgliedern der Organisation gewählt. Die Wahl innerhalb jeder Mitgliederkategorie erfolgt nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen.

(2) Jedes Mitglied gibt alle Stimmen, die ihm nach Artikel 13 zustehen, für einen einzigen Bewerber ab. Stimmen, die einem Mitglied nach Artikel 14 Absatz 2 übertragen worden sind, kann es auch für einen anderen Bewerber abgeben.

(3) Die acht Bewerber, welche die meisten Stimmen erhalten, gelten als gewählt; ein Bewerber gilt jedoch im ersten Wahlgang nur dann als gewählt, wenn er mindestens 75 Stimmen erhält.

(4) Werden nach Absatz 3 im ersten Wahlgang weniger als acht Bewerber gewählt, so werden weitere Wahlgänge durchgeführt, an denen sich indessen nur Mitglieder beteiligen dürfen, die ihre Stimme noch nicht für einen der gewählten Bewerber abgegeben haben. In jedem folgenden Wahlgang wird die Mindestanzahl der für eine Wahl erforderlichen Stimmen nacheinander um je fünf herabgesetzt, bis acht Bewerber gewählt sind.

(5) Ein Mitglied, das seine Stimme nicht für eines der gewählten Mitglieder abgegeben hat, überträgt seine Stimmen vorbehaltlich der Absätze 6 und 7 einem dieser Mitglieder.

(6) Die bei der Wahl eines Mitglieds abgegebenen Stimmen zuzüglich der ihm übertragenen Stimmen gelten als für dieses Mitglied abgegeben, sofern die Gesamtzahl der Stimmen für ein gewähltes Mitglied die Zahl 499 nicht übersteigt.

(7) Übersteigen die für ein gewähltes Mitglied als abgegeben geltenden Stimmen die Zahl 499, so treffen die Mitglieder, die ihre Stimme für das betreffende Mitglied abgegeben oder ihm übertragen haben, untereinander eine Vereinbarung, der zufolge eines oder mehrere von ihnen ihre Stimmen diesem Mitglied entziehen und einem anderen gewählten Mitglied übertragen, so dass die auf jedes der gewählten Mitglieder vereinigten Stimmen die Höchstzahl 499 nicht übersteigen.

#### **Art. 19** Zuständigkeit des Exekutivdirektoriums

(1) Das Exekutivdirektorium ist dem Rat verantwortlich und arbeitet nach dessen allgemeinen Weisungen.

(2) Der Rat kann mit beiderseitiger Zweidrittelmehrheit dem Exekutivdirektorium die Ausübung einiger oder aller seiner Befugnisse übertragen; hiervon sind ausgenommen:

- a) Genehmigung des Verwaltungshaushalts und Festsetzung der Beiträge nach Artikel 24;
- b) zeitweiliger Entzug des Stimmrechts eines Mitglieds nach Artikel 42;
- c) Beschlüsse über Streitigkeiten nach Artikel 42;
- d) Festlegung der Bedingungen für einen Beitritt nach Artikel 46;

- e) Beschluss über den Ausschluss eines Mitglieds nach Artikel 50;
- f) Beschluss über die Verhandlung eines neuen Übereinkommens nach Artikel 32 oder die Verlängerung oder Außerkraftsetzung dieses Übereinkommens nach Artikel 52 und
- g) Empfehlung von Änderungen an die Mitglieder nach Artikel 53.

(3) Der Rat kann jederzeit mit beiderseitiger einfacher Mehrheit eine Übertragung von Befugnissen an das Exekutivdirektorium rückgängig machen.

(4) Das Exekutivdirektorium prüft den vom Exekutivdirektor vorgelegten Entwurf des Verwaltungshaushalts und legt ihn dem Rat mit seinen Empfehlungen zur Genehmigung vor, erstellt den Jahresarbeitsplan der Organisation, entscheidet über Verwaltungs- und Finanzfragen bezüglich der Tätigkeit der Organisation mit Ausnahme der nach Absatz 2 dem Rat vorbehaltenen Angelegenheiten und prüft Projekte und Programme in Kaffeeangelegenheiten, die dem Rat zur Zustimmung unterbreitet werden. Das Exekutivdirektorium erstattet dem Rat Bericht. Beschlüsse des Exekutivdirektoriums werden wirksam, sofern nicht innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Berichterstattung durch das Exekutivdirektorium an den Rat oder innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Verbreitung der Zusammenfassung der vom Exekutivdirektorium gefassten Beschlüsse für den Fall, dass der Rat nicht während desselben Monats wie das Exekutivdirektorium tagt, ein Einspruch von Seiten eines Mitglieds des Rates eingegangen ist. Nichtsdestotrotz haben alle Mitglieder das Recht, beim Rat Einspruch gegen jeden Beschluss des Exekutivdirektoriums einzulegen.

(5) Das Exekutivdirektorium kann Ausschüsse oder Arbeitsgruppen einsetzen, sofern es dies für notwendig erachtet.

#### **Art. 20** Abstimmungsverfahren des Exekutivdirektoriums

(1) Jedes Mitglied des Exekutivdirektoriums ist berechtigt, die Anzahl von Stimmen abzugeben, die es nach Artikel 18 Absätze 6 und 7 erhalten hat. Stimmabgabe durch Stellvertreter ist nicht zulässig. Ein Mitglied des Exekutivdirektoriums darf seine Stimmen nicht teilen.

(2) Jeder Beschluss des Exekutivdirektoriums bedarf der gleichen Stimmenmehrheit, deren er auch bei einer Abstimmung im Rat bedürfte.

### **Kapitel VIII: Der private Kaffeesektor**

#### **Art. 21** Die Weltkaffeeekonferenz

(1) Der Rat trifft Vorkehrungen zur Abhaltung einer Weltkaffeeekonferenz (im Folgenden als „Konferenz“ bezeichnet) in angemessenen Abständen, die sich aus Ausfuhr- und Einfuhrmitgliedern, Vertretern des privaten Sektors sowie weiteren interessierten Teilnehmern, einschließlich Teilnehmern aus Nichtmitgliedsstaaten, zusammensetzt. Der Rat stellt in Abstimmung mit dem Vorsitzenden der Konferenz sicher, dass die Konferenz zur Förderung der Ziele dieses Übereinkommens beiträgt.

(2) Die Konferenz hat einen Vorsitzenden, der nicht von der Organisation besoldet wird. Der Vorsitzende wird vom Rat für einen angemessenen Zeitraum ernannt und wird zur Teilnahme an Sitzungen des Rates als Beobachter eingeladen.

(3) Der Rat entscheidet in Abstimmung mit dem Beratenden Direktorium des privaten Sektors über Form, Titel, Thema und Datum der Konferenz. Die Konferenz wird in der Regel während

einer Tagung des Rates am Sitz der Organisation abgehalten. Beschließt der Rat, einer Einladung eines Mitglieds zu folgen, eine Tagung in seinem Hoheitsgebiet abzuhalten, so kann auch die Konferenz in diesem Hoheitsgebiet abgehalten werden; in diesem Fall trägt das Gastgeberland die zusätzlichen der Organisation entstehenden Kosten, soweit sie die Kosten übersteigen, die bei Abhaltung der Tagung am Sitz der Organisation entstehen.

(4) Sofern der Rat nicht mit einer beiderseitigen Zweidrittelmehrheit etwas anderes beschließt, finanziert sich die Konferenz selbst.

(5) Der Vorsitzende der Konferenz erstattet dem Rat über die Ergebnisse jeder Tagung Bericht.

#### **Art. 22** Das Beratende Direktorium des privaten Sektors

(1) Das Beratende Direktorium des privaten Sektors (im Folgenden als „BDpS“ bezeichnet) ist ein beratendes Gremium, das Empfehlungen hinsichtlich aller Konsultationen des Rates aussprechen und den Rat dazu auffordern kann, Angelegenheiten im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen in Erwägung zu ziehen.

(2) Das BDpS setzt sich aus acht Vertretern des privaten Sektors in Ausfuhrländern und acht Vertretern des privaten Sektors in Einfuhrländern zusammen.

(3) Mitglieder des BDpS sind Vertreter von Verbänden oder Gremien, die vom Rat alle zwei Kaffeejahre ernannt werden und wieder ernannt werden können. Dabei bemüht sich der Rat,

- a) zwei Kaffeeverbände oder -gremien des privaten Sektors aus Ausfuhrländern oder -regionen, die alle vier Kaffeegruppen und vorzugsweise sowohl Anbauer als auch Exporteure vertreten, sowie einen oder mehrere Stellvertreter für jeden Vertreter und
- b) acht Kaffeeverbände oder -gremien des privaten Sektors aus Einfuhrländern (Mitglieder oder Nichtmitglieder), die vorzugsweise sowohl Importeure als auch Röster vertreten, sowie einen oder mehrere Stellvertreter für jeden Vertreter

zu ernennen.

(4) Jedes Mitglied des BDpS kann einen oder mehrere Berater ernennen.

(5) Das BDpS hat einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden, die für den Zeitraum eines Jahres aus der Mitte seiner Mitglieder gewählt werden. Diese Amtsträger können wieder gewählt werden. Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende werden nicht von der Organisation besoldet. Der Vorsitzende wird zur Teilnahme an Sitzungen des Rates als Beobachter eingeladen.

(6) Das BDpS tritt in der Regel während der ordentlichen Tagungen des Rates am Sitz der Organisation zusammen. Folgt der Rat einer Einladung eines Mitglieds, eine Sitzung in seinem Hoheitsgebiet abzuhalten, so tritt auch das BDpS in diesem Hoheitsgebiet zusammen; in diesem Fall trägt das Gastgeberland oder die Gastgeberorganisation des privaten Sektors die zusätzlichen der Organisation entstehenden Kosten, soweit sie die Kosten übersteigen, die bei Abhaltung der Sitzung am Sitz der Organisation entstehen.

(7) Vorbehaltlich der Zustimmung des Rates kann das BDpS außerordentliche Sitzungen abhalten.

(8) Das BDpS legt dem Rat regelmäßig Berichte vor.

(9) Das BDpS legt im Einklang mit diesem Übereinkommen seine Geschäftsordnung selbst fest.

## Kapitel IX: Finanzfragen

### Art. 23 Finanzfragen

- (1) Die Kosten der Delegationen beim Rat sowie der Vertreter im Exekutivdirektorium und in den Ausschüssen des Rates oder des Exekutivdirektoriums werden von den jeweiligen Regierungen getragen.
- (2) Die übrigen Kosten der Durchführung dieses Übereinkommens werden aus den nach Artikel 24 festgesetzten jährlichen Beiträgen der Mitglieder sowie durch Einnahmen aus dem Verkauf bestimmter Dienstleistungen an Mitglieder und dem Verkauf von nach den Artikeln 29 und 31 erarbeiteten Informationen und Studien bestritten.
- (3) Das Rechnungsjahr der Organisation entspricht dem Kaffeejahr.

### Art. 24 Festlegung des Verwaltungshaushalts und Festsetzung der Beiträge

- (1) In der zweiten Hälfte jedes Rechnungsjahrs genehmigt der Rat den Verwaltungshaushalt der Organisation für das folgende Rechnungsjahr und setzt den Beitrag jedes Mitglieds zum Haushalt fest. Ein Entwurf des Verwaltungshaushalts wird nach Artikel 19 Absatz 4 unter der Aufsicht des Finanzausschusses vom Exekutivdirektor vorbereitet.
- (2) Der Beitrag jedes Mitglieds zum Verwaltungshaushalt für jedes Rechnungsjahr bemisst sich nach dem Verhältnis seiner Stimmzahl im Zeitpunkt der Genehmigung des Verwaltungshaushalts für das betreffende Jahr zur Gesamtstimmzahl aller Mitglieder. Tritt jedoch zu Beginn des Rechnungsjahrs, für das die Beiträge festgesetzt werden, eine Änderung in der Stimmenverteilung unter den Mitgliedern nach Artikel 13 Absatz 5 ein, so werden die Beiträge für das betreffende Jahr entsprechend angeglichen. Bei der Festsetzung der Beiträge werden die Stimmen jedes Mitglieds so berechnet, dass der zeitweilige Entzug des Stimmrechts eines Mitglieds oder die sich daraus ergebende Neuverteilung der Stimmen außer Betracht bleibt.
- (3) Der erste Beitrag eines Mitglieds, das der Organisation nach dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens beitrifft, wird vom Rat auf der Grundlage der diesem Mitglied zustehenden Stimmzahl und des für das laufende Rechnungsjahr verbleibenden Zeitabschnitts festgesetzt, ohne dass die für das laufende Rechnungsjahr für die übrigen Mitglieder festgesetzten Beiträge geändert werden.

### Art. 25 Beitragszahlung

- (1) Die Beiträge zum Verwaltungshaushalt für jedes Rechnungsjahr sind in frei konvertierbarer Währung zu zahlen und werden am ersten Tag des betreffenden Rechnungsjahrs fällig.
- (2) Kommt ein Mitglied seiner Verpflichtung zur Zahlung seines vollen Beitrags zum Verwaltungshaushalt nicht binnen sechs Monaten nach Fälligkeit des Beitrags nach, so wird ihm sein Stimmrecht, sein passives Wahlrecht im Exekutivdirektorium und das Recht, seine Stimme im Exekutivdirektorium abzugeben oder abgeben zu lassen, so lange entzogen, bis der Beitrag vollständig entrichtet ist. Jedoch werden dem Mitglied weder seine anderen Rechte entzogen, noch wird es von seinen Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen befreit, es sei denn, dass der Rat dies mit beiderseitiger Zweidrittelmehrheit beschließt.
- (3) Ein Mitglied, dem sein Stimmrecht entweder nach Absatz 2 dieses Artikels oder nach Artikel 42 zeitweilig entzogen worden ist, bleibt dennoch zur Zahlung seines Beitrags verpflichtet.

#### **Art. 26**      Haftung

(1) Die Organisation ist bei der Ausübung ihrer Aufgaben nach Artikel 7 Absatz 3 nicht befugt, Verpflichtungen außerhalb des Geltungsbereichs dieses Übereinkommens einzugehen, und es wird nicht davon ausgegangen, dass sie von den Mitgliedern dazu ermächtigt wurde; sie hat insbesondere nicht die Fähigkeit, Kredite aufzunehmen. Bei der Ausübung ihrer Fähigkeit, Verträge zu schließen, bezieht die Organisation die Bedingungen dieses Artikels so in ihre Verträge ein, dass sie den anderen Vertragspartnern der Organisation zur Kenntnis gebracht werden; werden diese Bedingungen nicht einbezogen, so macht dies den Vertrag nicht ungültig oder bedeutet keine Überschreitung der Befugnisse.

(2) Die Haftung eines Mitglieds beschränkt sich auf seine Verpflichtungen hinsichtlich der Beiträge, die in diesem Übereinkommen ausdrücklich vorgesehen sind. Es wird davon ausgegangen, dass Dritte, die mit der Organisation zu tun haben, die Bestimmungen dieses Übereinkommens betreffend die Haftung der Mitglieder kennen.

#### **Art. 27**      Prüfung und Veröffentlichung der Rechnungslegung

So bald wie möglich, spätestens jedoch sechs Monate nach Abschluss eines jeden Rechnungsjahrs, wird eine von unabhängigen Rechnungsprüfern geprüfte Aufstellung über die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten, Einnahmen und Ausgaben der Organisation während des betreffenden Rechnungsjahrs erstellt. Diese Aufstellung wird dem Rat zur Genehmigung auf seiner nächsten Tagung vorgelegt.

### **Kapitel X: Exekutivdirektor und Personal**

#### **Art. 28**      Exekutivdirektor und Personal

(1) Der Rat ernennt den Exekutivdirektor. Die Anstellungsbedingungen für den Exekutivdirektor werden vom Rat festgelegt und müssen den Bedingungen für vergleichbare Bedienstete ähnlicher zwischenstaatlicher Organisationen entsprechen.

(2) Der Exekutivdirektor ist der oberste Verwaltungsbeamte der Organisation; er ist für die Erfüllung aller Aufgaben verantwortlich, die ihm bei der Durchführung dieses Übereinkommens zufallen.

(3) Der Exekutivdirektor ernennt das Personal nach den vom Rat festgesetzten Vorschriften.

(4) Der Exekutivdirektor und die Mitglieder des Personals dürfen an der Kaffeeindustrie, am Kaffeehandel oder am Kaffeetransport nicht finanziell beteiligt sein.

(5) Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben dürfen der Exekutivdirektor und das Personal von keinem Mitglied und keiner Stelle außerhalb der Organisation Weisungen einholen oder entgegennehmen. Sie haben alle Handlungen zu unterlassen, die ihre Stellung als internationale Bedienstete, die nur der Organisation verantwortlich sind, beeinträchtigen könnten. Jedes Mitglied verpflichtet sich, den ausschließlich internationalen Charakter der Obliegenheiten des Exekutivdirektors und des Personals zu achten und nicht zu versuchen, diese bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen.

### **Kapitel XI: Information, Studien und Untersuchungen**

#### **Art. 29** Information

(1) Die Organisation dient als Zentralstelle für die Sammlung, den Austausch und die Veröffentlichung

- a) statistischer Informationen über Weltproduktion, Preise, Ausfuhren, Einfuhren und Wiederausfuhren sowie Vertrieb und Verbrauch von Kaffee und
- b) technischer Informationen über Anbau, Verarbeitung und Verwendung von Kaffee, soweit dies für zweckdienlich erachtet wird.

(2) Der Rat kann die Mitglieder auffordern, ihm die für seine Tätigkeit notwendigen Informationen vorzulegen, einschließlich regelmäßiger statistischer Berichte über Kaffeeerzeugung, Produktionstrends, Ausfuhren, Einfuhren und Wiederausfuhren, Vertrieb, Verbrauch, Vorräte, Preise und Besteuerung; es werden jedoch keine Informationen veröffentlicht, welche die Tätigkeit von Personen oder Gesellschaften erkennen lassen, die Kaffee erzeugen, verarbeiten oder vertreiben. Die erbetenen Informationen sind von den Mitgliedern, soweit praktisch durchführbar, in möglichst ausführlicher, fristgerechter und genauer Form vorzulegen.

(3) Der Rat errichtet ein System von Indikatorpreisen und sorgt für die Veröffentlichung eines zusammengesetzten Tagesindikatorpreises, der die tatsächlichen Marktkonditionen widerspiegeln soll.

(4) Legt ein Mitglied die vom Rat für die ordnungsgemäße Tätigkeit der Organisation angeforderten statistischen und sonstigen Informationen nicht in angemessener Zeit vor oder treten hierbei Schwierigkeiten auf, so kann der Rat das betreffende Mitglied ersuchen, die Gründe für die Unterlassung anzugeben. Falls in der Angelegenheit technische Hilfe benötigt wird, kann der Rat die notwendigen Maßnahmen treffen.

#### **Art. 30** Ursprungszeugnisse

(1) Um das Erfassen von Statistiken über den internationalen Kaffeehandel zu erleichtern und die Kaffeemengen zu ermitteln, die von jedem Ausfuhrmitglied ausgeführt wurden, errichtet die Organisation ein System von Ursprungszeugnissen, das vom Rat genehmigten Vorschriften unterliegt.

(2) Jede Kaffeeausfuhr eines Ausfuhrmitglieds muss von einem gültigen Ursprungszeugnis begleitet sein. Die Ursprungszeugnisse müssen nach Maßgabe der vom Rat erlassenen Vorschriften von einer von dem Mitglied benannten und von der Organisation anerkannten Stelle ausgestellt sein.

(3) Jedes Ausfuhrmitglied notifiziert der Organisation die staatliche oder nichtstaatliche Stelle, welche die in Absatz 2 genannten Aufgaben wahrnimmt. Die Organisation erkennt eine nichtstaatliche Stelle nach den vom Rat genehmigten Vorschriften ausdrücklich an.

(4) Ein Ausfuhrmitglied kann den Rat ausnahmsweise und aus triftigen Gründen um Genehmigung ersuchen, dass die in den Ursprungszeugnissen enthaltenen Daten über seine Kaffeeausfuhren unter Verwendung einer anderen Methode an die Organisation übermittelt werden.

#### **Art. 31** Studien und Untersuchungen

(1) Die Organisation fördert die Erarbeitung von Studien und Untersuchungen über wirtschaftliche Zusammenhänge der Kaffeeerzeugung und des Kaffeevertriebs, die Auswirkung staatlicher Maßnahmen in den Erzeuger- und Verbraucherländern auf die Kaffeeerzeugung und den Kaffee-

verbrauch und die Möglichkeiten der Steigerung des Kaffeeverbrauchs sowohl für die herkömmlichen als auch für mögliche neue Verwendungsformen.

(2) Zur Durchführung des Absatzes 1 nimmt der Rat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung eines jeden Kaffeejahrs den Entwurf eines vom Exekutivdirektor vorbereiteten Jahresarbeitsprogramms der Studien und Untersuchungen mit dem geschätzten Finanzbedarf an.

(3) Der Rat kann die Vornahme von Studien und Untersuchungen durch die Organisation genehmigen, die gemeinsam oder in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Institutionen durchgeführt werden. In diesen Fällen unterbreitet der Exekutivdirektor dem Rat eine detaillierte Aufstellung des Finanzbedarfs der Organisation und des oder der am Vorhaben beteiligten Partner.

(4) Die von der Organisation nach diesem Artikel zu fördernden Studien und Untersuchungen werden aus Mitteln des Verwaltungshaushalts finanziert, der nach Artikel 24 Absatz 1 vorbereitet wird; sie werden von Mitgliedern des Personals der Organisation und bei Bedarf von Beratern durchgeführt.

## **Kapitel XII: Allgemeine Bestimmungen**

### **Art. 32**      Vorbereitungen für ein neues Übereinkommen

(1) Der Rat kann die Möglichkeit der Aushandlung eines neuen Internationalen Kaffee-Übereinkommens prüfen.

(2) Zur Durchführung dieser Bestimmung überprüft der Rat die Fortschritte, welche die Organisation bei der Erreichung der in Artikel 1 genannten Ziele dieses Übereinkommens gemacht hat.

### **Art. 33**      Beseitigung von Verbrauchshindernissen

(1) Die Mitglieder erkennen die außergewöhnliche Bedeutung einer möglichst schnellen und starken Erhöhung des Kaffeeverbrauchs an, insbesondere durch schrittweise Beseitigung aller Hindernisse, die einer solchen Erhöhung im Weg stehen.

(2) Die Mitglieder erkennen an, dass zur Zeit Maßnahmen angewendet werden, die eine Erhöhung des Kaffeeverbrauchs mehr oder weniger behindern können, so insbesondere

- a) Einfuhrregelungen für Kaffee, einschließlich der Präferenz- und anderen Zölle, Kontingente, Anwendung staatlicher Monopole und Tätigkeit amtlicher Einkaufsstellen, sowie sonstige Verwaltungsregelungen und Handelspraktiken;
- b) Ausfuhrregelungen in Bezug auf direkte oder indirekte Subventionen und sonstige Verwaltungsregelungen und Handelspraktiken und
- c) innerstaatliche Handelsbedingungen sowie innerstaatliche und regionale Gesetzes- und Verwaltungsvorschriften, die den Verbrauch beeinträchtigen können.

(3) Im Hinblick auf die vorgenannten Ziele und auf Absatz 4 werden die Mitglieder bestrebt sein, Zollsenkungen für Kaffee zu erreichen oder andere Maßnahmen zur Beseitigung von Hindernissen für eine Verbrauchssteigerung zu treffen.

(4) Die Mitglieder verpflichten sich unter Berücksichtigung ihrer gegenseitigen Interessen, Mittel und Wege zu finden, damit die in Absatz 2 genannten Hindernisse für die Steigerung des

Handels und des Verbrauchs schrittweise verringert und schließlich nach Möglichkeit beseitigt oder damit ihre Auswirkungen erheblich verringert werden können.

(5) Unter Berücksichtigung etwaiger nach Absatz 4 eingegangener Verpflichtungen unterrichten die Mitglieder den Rat jährlich über alle im Hinblick auf die Durchführung dieses Artikels getroffenen Maßnahmen.

(6) Der Exekutivdirektor fasst in regelmäßigen Abständen einen Bericht über Verbrauchshindernisse, den der Rat überprüft.

(7) Zur Erreichung der in diesem Artikel genannten Ziele kann der Rat Empfehlungen an die Mitglieder richten; diese unterrichten den Rat so bald wie möglich über die im Hinblick auf die Durchführung dieser Empfehlungen getroffenen Maßnahmen.

#### **Art. 34** Förderung

(1) Die Mitglieder erkennen die Notwendigkeit an, den Verbrauch von Kaffee zu fördern, anzuregen und zu steigern und sind bestrebt, diesbezügliche Maßnahmen zu unterstützen.

(2) Der Förderausschuss, der sich aus allen Mitgliedern der Organisation zusammensetzt, fördert den Kaffeeverbrauch durch geeignete Maßnahmen, einschließlich Informationskampagnen, Forschung und Studien in Bezug auf den Kaffeeverbrauch.

(3) Diese Fördermaßnahmen werden aus Mitteln finanziert, die Mitglieder, Nichtmitglieder, andere Organisationen und der private Sektor auf Sitzungen des Förderausschusses zusagen können.

(4) Bestimmte Förderprojekte können auch mit freiwilligen Beiträgen von Mitgliedern, Nichtmitgliedern, anderen Organisationen und dem privaten Sektor finanziert werden.

(5) Der Rat richtet für die Zwecke der Absätze 3 und 4 gesonderte Konten ein.

(6) Der Förderausschuss legt seine Geschäftsordnung sowie die einschlägigen Bestimmungen über die Teilnahme von Nichtmitgliedern, anderen Organisationen und dem privaten Sektor im Einklang mit diesem Übereinkommen fest. Er erstattet dem Rat regelmäßig Bericht.

#### **Art. 35** Massnahmen in Bezug auf verarbeiteten Kaffee

Die Mitglieder erkennen die für die Entwicklungsländer bestehende Notwendigkeit an, ihre wirtschaftlichen Grundlagen unter anderem durch Industrialisierung und Ausfuhr von Fertigwaren einschließlich der Verarbeitung von Kaffee und der Ausfuhr von verarbeitetem Kaffee im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Buchstaben d, e, f und g zu erweitern. In diesem Zusammenhang sehen die Mitglieder von der Einführung staatlicher Maßnahmen ab, die den Kaffeesektor der anderen Mitglieder zerrütten könnten. Die Mitglieder werden ermutigt, einander wegen der Einführung von Maßnahmen zu konsultieren, von denen angenommen werden kann, dass von ihnen eine Zerrüttungsgefahr ausgeht. Führen diese Konsultationen nicht zu einer alle Seiten befriedigenden Lösung, so können sich die Parteien auf die in Artikel 41 und 42 genannten Verfahren berufen.

#### **Art. 36** Mischungen und Substitute

(1) Die Mitglieder behalten keine Vorschriften bei, welche die Mischung, Verarbeitung oder Verwendung anderer Erzeugnisse mit Kaffee zum gewerblichen Wiederverkauf als Kaffee erfordern. Die Mitglieder werden bestrebt sein, den Verkauf von Erzeugnissen oder die Werbung dafür unter dem Namen Kaffee zu untersagen, falls diese Erzeugnisse weniger als das Äquivalent von 95 v.H. Rohkaffee als Grundrohstoff enthalten.



- (2) Der Rat kann jedes Mitglied auffordern, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Beachtung dieses Artikels zu gewährleisten.
- (3) Der Exekutivdirektor erstattet dem Rat regelmäßig Bericht über die Einhaltung dieses Artikels.

**Art. 37** Konsultation und Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Organisationen

Unbeschadet der Artikel 16, 21 und 22 unterhält die Organisation Verbindungen zu den einschlägigen nichtstaatlichen Organisationen, die mit der internationalen Kaffeewirtschaft befasst sind, sowie zu Kaffeesachverständigen.

**Art. 38** Herkömmliche Kaffee-Handelswege

Die Mitglieder beachten bei ihrer Tätigkeit im Rahmen dieses Übereinkommens die herkömmlichen Handelswege und sehen von diskriminierenden Verkaufspraktiken ab. Bei dieser Tätigkeit sind sie bestrebt, die berechtigten Interessen des Kaffeehandels und der Kaffeewirtschaft gebührend zu berücksichtigen.

**Art. 39** Nachhaltige Kaffeewirtschaft

Die Mitglieder richten ihr Augenmerk in gebührendem Maße auf die nachhaltige Bewirtschaftung der Kaffeeressourcen und -verarbeitung, wobei sie die Grundsätze und Ziele der nachhaltigen Entwicklung beachten, die in der auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro beschlossenen Agenda 21 enthalten sind.

**Art. 40** Lebensstandard und Arbeitsbedingungen

Die Mitglieder richten ihr Augenmerk auf die Verbesserung des Lebensstandards und der Arbeitsbedingungen der im Kaffeesektor tätigen Bevölkerungsgruppen; sie richten sich dabei nach deren Entwicklungsstand und berücksichtigen international anerkannte einschlägige Grundsätze. Darüber hinaus vereinbaren die Mitglieder, dass Arbeitsnormen nicht zu Zwecken des protektionistischen Handels gebraucht werden.

### **Kapitel XIII: Konsultationen, Streitigkeiten und Beschwerden**

**Art. 41** Konsultationen

Jedes Mitglied prüft wohlwollend die Möglichkeit einer Konsultation über Vorstellungen, die gegebenenfalls von einem anderen Mitglied über eine dieses Übereinkommen betreffende Angelegenheit erhoben werden, und bietet für eine solche Konsultation geeignete Gelegenheit. Der Exekutivdirektor setzt im Verlauf einer solchen Konsultation auf Antrag der einen und mit Zustimmung der anderen Partei eine unabhängige Kommission ein, die ihre guten Dienste für einen Vergleich zur Verfügung stellt. Die Kosten der Kommission gehen nicht zu Lasten der Organisation. Stimmt eine Partei der Einsetzung der Kommission durch den Exekutivdirektor nicht zu oder führt die Konsultation zu keiner Lösung, so kann die Angelegenheit nach Artikel 42 an den Rat verwiesen werden. Führt die Konsultation zu einer Lösung, so wird ein Bericht darüber dem Exekutivdirektor vorgelegt; dieser leitet ihn allen Mitgliedern zu.

#### **Art. 42** Streitigkeiten und Beschwerden

(1) Jede Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die nicht durch Verhandlungen beigelegt werden kann, wird auf Antrag eines Mitglieds, das in dieser Streitigkeit Partei ist, dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.

(2) Ist eine Streitigkeit dem Rat nach Absatz 1 vorgelegt worden, so kann er von einer Mehrheit der Mitglieder oder von Mitgliedern, denen mindestens ein Drittel der Gesamtstimmzahl zu- steht, aufgefordert werden, nach Beratung ein Gutachten der in Absatz 3 genannten Beratungs- gruppe über die strittigen Fragen einzuholen, bevor er seinen Beschluss fasst.

(3a) Wenn der Rat nicht einstimmig etwas anderes vereinbart, setzt sich die Beratungs- gruppe wie folgt zusammen:

- i) aus zwei von den Ausfuhrmitgliedern benannten Personen, von denen die eine ausgedehnte Erfahrungen in Fragen der strittigen Art und die andere Ansehen und Erfahrung als Jurist besitzt;
  - ii) aus zwei von den Einfuhrmitgliedern benannten Personen, welche die gleichen Voraussetzungen erfüllen, und
  - iii) aus einem Vorsitzenden, der einvernehmlich von den nach den Unterabsätzen i und ii benannten vier Personen oder, falls diese zu keiner Einigung gelangen, von dem Vorsitzenden des Rates bestellt wird.
- b) Der Beratungsgruppe können Personen aus Ländern angehören, deren Regierungen Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind.
- c) Die in die Beratungsgruppe berufenen Personen sind in persönlicher Eigenschaft und ohne Weisungen irgendeiner Regierung tätig.
- d) Die Ausgaben der Beratungsgruppe bestreitet die Organisation.

(4) Das Gutachten der Beratungsgruppe wird mit einer Begründung dem Rat vorgelegt; dieser fasst nach Prüfung aller erheblichen Unterlagen einen Beschluss zur Entscheidung der Streitig- keit.

(5) Der Rat befindet über eine ihm unterbreitete Streitigkeit innerhalb von sechs Monaten nach Vorlage der Streitigkeit.

(6) Jede Beschwerde darüber, dass ein Mitglied seine Verpflichtungen aus diesem Überein- kommen nicht erfüllt hat, wird auf Antrag des Beschwerde führenden Mitglieds dem Rat vor- gelegt; dieser fasst darüber einen Beschluss.

(7) Für die Feststellung, dass ein Mitglied seine Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen verletzt hat, ist die beiderseitige einfache Mehrheit erforderlich. Im Schuldspruch ist die Art der Verletzung anzugeben.

(8) Stellt der Rat fest, dass ein Mitglied seine Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen verletzt hat, so kann er unbeschadet sonstiger in anderen Artikeln des Übereinkommens vorgese- hener Zwangsmaßnahmen mit beiderseitiger Zweidrittelmehrheit dem Mitglied sein Stimmrecht im Rat und sein Recht, seine Stimme im Exekutivdirektorium abzugeben oder abgeben zu lassen, entziehen, bis es seinen Verpflichtungen nachgekommen ist, oder aber er kann beschließen, das Mitglied nach Artikel 50 aus der Organisation auszuschließen.

(9) Bevor eine Angelegenheit vom Rat behandelt wird, kann ein Mitglied bei einer Streitigkeit oder Beschwerde ein vorheriges Gutachten des Exekutivdirektoriums einholen.

## Kapitel XIV: Schlussbestimmungen

### Art. 43 Unterzeichnung

Dieses Übereinkommen liegt vom 1. November 2000 bis einschließlich zum 25. September 2001 am Sitz der Vereinten Nationen für die Vertragsparteien des Internationalen Kaffee-Übereinkommens von 1994 oder des Internationalen Kaffee-Übereinkommens von 1994 in der Fassung der Verlängerung und für die zu der Tagung des Internationalen Kaffeerats, auf der dieses Übereinkommen ausgehandelt wurde, eingeladenen Regierungen zur Unterzeichnung auf.

### Art. 44 Ratifikation, Annahme oder Genehmigung

(1) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die Unterzeichnerregierungen nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen Verfahren.

(2) Abgesehen von den in Artikel 45 vorgesehenen Fällen werden die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden bis zum 25. September 2001 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt. Der Rat kann jedoch beschließen, denjenigen Unterzeichnerregierungen, die ihre Urkunden bis zu diesem Tag nicht hinterlegen können, Fristverlängerungen zu gewähren. Derartige Beschlüsse werden dem Generalsekretär der Vereinten Nationen vom Rat übermittelt.

### Art. 45 Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt endgültig am 1. Oktober 2001 in Kraft, wenn bis zu diesem Tag Regierungen, die mindestens 15 Ausfuhrmitglieder vertreten, die nach der am 25. September 2001 erfolgten Berechnung ungeachtet eines möglichen Entzugs nach Artikel 25 und 42 über mindestens 70 v.H. der den Ausfuhrmitgliedern zustehenden Stimmen verfügen, sowie mindestens 10 Einfuhrmitglieder, die nach der am 25. September 2001 erfolgten Berechnung ungeachtet eines möglichen Entzugs nach Artikel 25 und 42 über mindestens 70 v.H. der den Einfuhrmitgliedern zustehenden Stimmen verfügen, Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden hinterlegt haben. Andernfalls tritt das Übereinkommen jederzeit nach dem 1. Oktober 2001 endgültig in Kraft, wenn es nach Absatz 2 vorläufig in Kraft getreten ist und wenn die genannten erforderlichen Vohundertsätze durch die Hinterlegung von Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden erreicht worden sind.

(2) Dieses Übereinkommen kann am 1. Oktober 2001 vorläufig in Kraft treten. Zu diesem Zweck gilt eine bis zum 25. September 2001 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen eingegangene Notifikation einer Unterzeichnerregierung oder einer anderen Vertragspartei des Internationalen Kaffee-Übereinkommens von 1994 in der Fassung der Verlängerung, worin diese zusagt, das Übereinkommen nach Maßgabe ihrer Gesetze und sonstigen Vorschriften vorläufig anzuwenden und die Ratifikation, Annahme oder Genehmigung nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen Verfahren so bald wie möglich zu erwirken, als der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde gleichwertig. Eine Regierung, die sich verpflichtet, das Übereinkommen bis zur Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde nach Maßgabe ihrer Gesetze und sonstigen Vorschriften vorläufig anzuwenden, gilt bis zur Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde oder bis zum 30. Juni 2002, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher liegt, als vorläufige Vertragspartei. Der Rat kann eine Verlängerung der Frist gewähren, innerhalb deren eine Regierung, die das Übereinkommen vorläufig anwendet, ihre Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde hinterlegen kann.

(3) Ist dieses Übereinkommen am 1. Oktober 2001 nicht nach Absatz 1 oder 2 endgültig oder vorläufig in Kraft getreten, so können die Regierungen, die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden hinterlegt oder Notifikationen mit der Zusage übermittelt haben, das Übereinkommen nach Maßgabe ihrer Gesetze und sonstigen Vorschriften vorläufig anzuwenden und die Ratifikation, Annahme oder Genehmigung zu erwirken, im gegenseitigen Einvernehmen beschließen, dass das Übereinkommen zwischen ihnen in Kraft tritt. Ist das Übereinkommen am 31. März 2002 vorläufig, aber nicht endgültig in Kraft getreten, so können die Regierungen, die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden hinterlegt oder die in Absatz 2 dieses Artikels genannten Notifikationen übermittelt haben, gleichfalls im gegenseitigen Einvernehmen beschließen, dass das Übereinkommen zwischen ihnen vorläufig in Kraft bleibt oder endgültig in Kraft tritt.

#### **Art. 46**            Beitritt

(1) Die Regierung eines jeden Mitgliedstaats der Vereinten Nationen oder einer ihrer Sonderorganisationen kann diesem Übereinkommen unter den vom Rat festzulegenden Bedingungen beitreten.

(2) Die Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt. Der Beitritt wird mit Hinterlegung der Urkunde wirksam.

#### **Art. 47**            Vorbehalte

Vorbehalte zu diesem Übereinkommen sind nicht zulässig.

#### **Art. 48**            Erstreckung auf bezeichnete Hoheitsgebiete

(1) Jede Regierung kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde oder einer Urkunde der vorläufigen Anwendung oder einer Beitrittsurkunde oder zu einem späteren Zeitpunkt durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation erklären, dass sich dieses Übereinkommen auf Hoheitsgebiete erstreckt, für deren internationale Beziehungen sie verantwortlich ist; das Übereinkommen wird vom Zeitpunkt der Notifikation an auf die darin genannten Hoheitsgebiete erstreckt.

(2) Jede Vertragspartei, die ihre Rechte aus Artikel 5 in Bezug auf ein Hoheitsgebiet, für dessen internationale Beziehungen sie verantwortlich ist, ausüben will oder die ein solches Hoheitsgebiet ermächtigen will, sich an einer nach Artikel 6 gebildeten Mitgliedergruppe zu beteiligen, kann dies durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete entsprechende Notifikation im Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde oder ihrer Urkunde der vorläufigen Anwendung oder ihrer Beitrittsurkunde oder zu einem späteren Zeitpunkt tun.

(3) Jede Vertragspartei, die eine Erklärung nach Absatz 1 abgegeben hat, kann jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation erklären, dass sich dieses Übereinkommen nicht mehr auf das in der Notifikation genannte Hoheitsgebiet erstrecken soll. Das Übereinkommen gilt vom Zeitpunkt der Notifikation an nicht mehr für das betreffende Hoheitsgebiet.

(4) Wird ein Hoheitsgebiet, auf das sich dieses Übereinkommen nach Absatz 1 erstreckt, in der Folge unabhängig, so kann die Regierung des neuen Staates binnen 90 Tagen nach Erlangung der Unabhängigkeit durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifi-

kation erklären, dass sie die Rechte und Pflichten einer Vertragspartei des Übereinkommens übernimmt. Sie wird vom Zeitpunkt der Notifikation an Vertragspartei des Übereinkommens. Der Rat kann eine Verlängerung der Frist für eine solche Notifikation gewähren.

**Art. 49**           Freiwilliger Rücktritt

Eine Vertragspartei kann durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Rücktrittsanzeige jederzeit von diesem Übereinkommen zurücktreten. Der Rücktritt wird 90 Tage nach Eingang der Rücktrittsanzeige wirksam.

**Art. 50**           Ausschluss

Stellt der Rat fest, dass ein Mitglied seine Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen verletzt hat, und stellt er ferner fest, dass durch diese Verletzung die Durchführung des Übereinkommens erheblich beeinträchtigt wird, so kann er mit beiderseitiger Zweidrittelmehrheit dieses Mitglied aus der Organisation ausschließen. Der Rat notifiziert diesen Beschluss alsbald dem Generalsekretär der Vereinten Nationen. Das Mitglied verliert seine Mitgliedschaft in der Organisation und, wenn es Vertragspartei des Übereinkommens ist, diese Eigenschaft 90 Tage nach dem Beschluss des Rates.

**Art. 51**           Kontenabrechnung mit zurücktretenden oder ausgeschlossenen Mitgliedern

(1) Der Rat regelt die Kontenabrechnung mit einem zurücktretenden oder ausgeschlossenen Mitglied. Die Organisation behält die von einem zurücktretenden oder ausgeschlossenen Mitglied bereits eingezahlten Beträge ein, und das Mitglied bleibt zur Zahlung der bei Wirksamwerden des Rücktritts oder des Ausschlusses fälligen Beträge verpflichtet; jedoch kann der Rat in Fällen, in denen eine Vertragspartei eine Änderung nicht annehmen kann und deshalb nach Artikel 53 Absatz 2 nicht länger an diesem Übereinkommen teilnimmt, eine von ihm für angemessen erachtete Kontenabrechnung festlegen.

(2) Ein Mitglied, das an diesem Übereinkommen nicht mehr beteiligt ist, hat keinen Anspruch auf Beteiligung am Liquidationserlös oder an anderen Vermögenswerten der Organisation; bei Außerkraftsetzung des Übereinkommens ist es auch nicht zur Übernahme eines Teils eines etwaigen Defizits der Organisation verpflichtet.

**Art. 52**           Geltungsdauer und Ausserkraftsetzung

(1) Dieses Übereinkommen bleibt für die Dauer von sechs Jahren bis zum 30. September 2007 in Kraft, sofern es nicht nach Absatz 2 verlängert oder nach Absatz 3 außer Kraft gesetzt wird.

(2) Der Rat kann mit den Stimmen der Mehrheit der Mitglieder, die mindestens eine beiderseitige Zweidrittelmehrheit der Gesamtstimmen auf sich vereinen, beschließen, dieses Übereinkommen über den 30. September 2007 hinaus für einen oder mehrere aufeinander folgende Zeiträume, die insgesamt sechs Jahre nicht überschreiten dürfen, zu verlängern. Jedes Mitglied, das einer derartigen Verlängerung dieses Übereinkommens nicht zustimmt, teilt dies dem Rat und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen vor Beginn des Verlängerungszeitraums schriftlich mit und scheidet mit Beginn des Verlängerungszeitraums von der Teilnahme an dem Übereinkommen aus.

(3) Der Rat kann jederzeit mit den Stimmen der Mehrheit der Mitglieder, die mindestens eine beiderseitige Zweidrittelmehrheit der Gesamtstimmen auf sich vereinen, die Außerkraftsetzung

dieses Übereinkommens beschließen. Es wird zu einem vom Rat zu beschließenden Zeitpunkt ausser Kraft gesetzt.

(4) Ungeachtet der Außerkraftsetzung dieses Übereinkommens bleibt der Rat so lange weiter bestehen, bis die für die Liquidation der Organisation, die Abrechnung ihrer Konten und die Veräußerung ihrer Vermögenswerte notwendigen Entscheidungen während dieses Zeitraums getroffen sind.

(5) Jede Entscheidung, die hinsichtlich der Geltungsdauer und/oder Außerkraftsetzung dieses Übereinkommens getroffen wird, sowie jede Notifikation, die beim Rat nach diesem Artikel eingeht, wird dem Generalsekretär der Vereinten Nationen vom Rat ordnungsgemäß übermittelt.

#### **Art. 53**            Änderung

(1) Der Rat kann mit beiderseitiger Zweidrittelmehrheit den Vertragsparteien eine Änderung dieses Übereinkommens empfehlen. Die Änderung wird 100 Tage nach dem Zeitpunkt wirksam, zu dem die Annahmefifikationen von Vertragsparteien, die mindestens 70 v.H. der Ausfuhrländer mit mindestens 75 v.H. der den Ausfuhrmitgliedern zustehenden Stimmen vertreten, und von Vertragsparteien, die mindestens 70 v.H. der Einfuhrländer mit mindestens 75 v.H. der den Einfuhrmitgliedern zustehenden Stimmen vertreten, beim Generalsekretär der Vereinten Nationen eingegangen sind. Der Rat legt eine Frist fest, innerhalb der die Vertragsparteien dem Generalsekretär der Vereinten Nationen die Annahme der Änderung zu notifizieren haben. Sind bei Ablauf dieser Frist die genannten erforderlichen Vomhundertsätze für das Inkrafttreten der Änderung nicht erreicht worden, so gilt die Änderung als zurückgenommen.

(2) Jede Vertragspartei, die innerhalb der vom Rat festgesetzten Frist die Annahme einer Änderung nicht notifiziert hat, und jedes Hoheitsgebiet, das entweder ein Mitglied ist oder einer Mitgliedergruppe angehört, in dessen oder deren Namen bis zu diesem Zeitpunkt eine entsprechende Notifikation nicht vorgenommen worden ist, scheidet mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderung von der Teilnahme an diesem Übereinkommen aus.

(3) Der Rat notifiziert dem Generalsekretär der Vereinten Nationen alle Änderungen, die den Vertragsparteien nach diesem Artikel übermittelt wurden.

#### **Art. 54**            Ergänzungs- und Übergangsbestimmungen

In Bezug auf das Internationale Kaffee-Übereinkommen von 1994 in der Fassung der Verlängerung gilt Folgendes:

- a) Alle nach dem Internationalen Kaffee-Übereinkommen von 1994 in der Fassung der Verlängerung von der Organisation oder von einem ihrer Organe selbst oder in ihrem Namen getroffenen Maßnahmen, die am 30. September 2001 in Kraft sind und bei denen nicht bestimmt ist, dass ihre Wirkung an diesem Tag endet, bleiben in Kraft, sofern sie nicht durch dieses Übereinkommen geändert werden, und
- b) alle Beschlüsse, die der Rat während des Kaffeejahrs 2000/01 zwecks Anwendung im Kaffeejahr 2001/02 zu fassen hat, werden vom Rat im Kaffeejahr 2000/01 gefasst und vorläufig so angewendet, als wäre dieses Übereinkommen schon in Kraft getreten.

**Art. 55** Verbindliche Wortlaute des Übereinkommens

Der englische, französische, portugiesische und spanische Wortlaut dieses Übereinkommens ist gleichermaßen verbindlich. Die Urschriften werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

*Zu Urkund dessen* haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen an dem neben ihrer Unterschrift vermerkten Tag unterschrieben.

## **Umrechnungsfaktoren für Röstkaffee, entkoffeinierten, flüssigen und löslichen Kaffee nach dem Internationalen Kaffee-Übereinkommen von 1994**

### *Röstkaffee*

Um das Äquivalent des Röstkaffees zum Rohkaffee festzustellen, ist das Nettogewicht des Röstkaffees mit 1,19 zu multiplizieren.

### *Entkoffeinerter Kaffee*

Um das Äquivalent des entkoffeinierten Kaffees zum Rohkaffee festzustellen, ist das Nettogewicht des entkoffeinierten Kaffees in roher, gerösteter oder löslicher Form mit 1, 1,19 beziehungsweise 2,6 zu multiplizieren.

### *Flüssiger Kaffee*

Um das Äquivalent des flüssigen Kaffees zum Rohkaffee festzustellen, ist das Nettogewicht der im flüssigen Kaffee enthaltenen getrockneten festen Kaffeebestandteile mit 2,6 zu multiplizieren.

### *Löslicher Kaffee*

Um das Äquivalent des löslichen Kaffees zum Rohkaffee festzustellen, ist das Nettogewicht des löslichen Kaffees mit 2,6 zu multiplizieren.



**9.2.8.1****Allgemeiner Teil****9.2.8.1.1****Übersicht**

Die Schweiz engagiert sich seit 1983 auf internationaler Ebene im Jute-Bereich, als sie zusammen mit andern Produzenten- sowie den wichtigsten Konsumentenländern der Internationalen Jute-Organisation beiträt<sup>1</sup>. Mit dem Auslaufen des gültigen Internationalen Jute-Übereinkommens von 1989<sup>2</sup> im April 2000 entschieden sich die Mitgliedländer, ihre Zusammenarbeit in neue Bahnen zu lenken. Diverse OECD-Staaten drängten darauf, den finanziellen Rahmen der internationalen Jute-Kooperation zu reduzieren. Anlässlich einer UNCTAD-Konferenz<sup>3</sup> wurde am 13. März 2001 in Genf von den Teilnehmerstaaten das „Übereinkommen über die Aufgaben der Internationalen Studiengruppe für Jute von 2001“ (im Folgenden: das Jute-Übereinkommen 2001) verabschiedet. Mit ihm werden die mit den künftigen Arbeiten im Jute-Bereich befassten Organe eingesetzt und deren Funktionen festgelegt; es bildet die Plattform für die internationale Zusammenarbeit. Auf seiner Grundlage soll eine nachhaltige Entwicklung von Angebot und Nachfrage gefördert werden. Im Zentrum stehen die Diskussion und Förderung von modernen und umweltverträglichen Produktionsformen, der Technologietransfer, das Marketing, die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Armutsbekämpfung. Im Gegensatz zu früheren Verträgen enthält es keine wirtschaftlichen Mechanismen zur Stabilisierung der Jutepreise.

**9.2.8.1.2****Der Jutemarkt**

Der Jutemarkt stellt für mehrere Entwicklungsländer, insbesondere Bangladesh, Nepal und Indien, eine wichtige Devisenquelle dar. Millionen ländlicher Haushalte beziehen einen wesentlichen Teil ihres Einkommens aus dem Anbau und der Verarbeitung von Jute, die nach Baumwolle als wichtigste natürliche Faser gilt.

Weltweit werden jährlich rund 3 Millionen Tonnen Jute-Fasern und verwandte Sorten produziert. Davon werden 98 Prozent in neun Ländern Süd- und Südasiens

---

<sup>1</sup> Vgl. Botschaft vom 17. August 1983 über das Internationale Übereinkommen von 1982 über Jute und Juteerzeugnisse (BB1 1983 III 713).

<sup>2</sup> SR 0.916.125; AS 1991 1929.

<sup>3</sup> Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung; die UNCTAD hat die Schirmherrschaft über die Uno-Übereinkommen und -Unterorganisationen im Rohstoffbereich.

angebaut, wobei alleine Indien und Bangladesh für gegen 90 Prozent der globalen Produktion aufkommen. Weil Indien den grössten Teil seines Jute-Aufkommens im eigenen Land verwendet, ist Bangladesh mit einem Anteil von über 76 Prozent (Durchschnitt 1996–99) der bei weitem grösste Exporteur. Indien folgt mit 21 Prozent vor Thailand und Nepal mit einem Weltmarktanteil von je gut 1 Prozent<sup>4</sup>.

Hauptabnehmer waren im Zeitabschnitt 1996–99 mehrere EU-Staaten (B: 8,7%; UK: 4,4%; NL, F und D je rund 2%) sowie China (8,7%), Japan (3,7%) und Ägypten (2,4%). Die Schweiz figuriert in den Statistiken mit einem Anteil an den Jute-Einfuhren von bloss 0,03 Prozent.

#### **9.2.8.1.2.1 Entwicklung der Jutepreise**

Der globale Jute-Markt unterliegt starken Preisschwankungen. Insgesamt ist aber der Realwert von roher wie von verarbeiteter Jute in den letzten zwei Jahrzehnten stark gesunken, dies nicht zuletzt deshalb, weil künstlich hergestellte Konkurrenzprodukte günstiger angeboten werden können. Kostete eine Tonne unverarbeiteter Jute 1975 970 US-Dollar, so sank der Preis bis 1996 auf noch 357 Dollar (Vergleichspreise auf der Basis von 1990). Da in der gleichen Zeitspanne keine substanzielle Erhöhung der Produktivität zu verzeichnen war, mussten die Produzenten beim Erlös massive Einbussen in Kauf nehmen. Der Durchschnittspreis ist in den letzten Jahren weiter auf zeitweise deutlich unter 250 Dollar je Tonne gesunken, ehe er sich 2001 wieder leicht auf rund 300 Dollar erhob. Die Zukunftsaussichten sind unsicher: Jute wird immer weniger für traditionelle Erzeugnisse wie Jutesäcke verwendet; dagegen könnte die zunehmende Verbreitung neuer, innovativer Produkte aus verarbeiteter Jute die Nachfrage wieder ansteigen lassen.

#### **9.2.8.1.2.2 Neue Produkte**

Bei der Verarbeitung von Jute verliert die Herstellung traditioneller Güter wie Säcke zunehmend an Bedeutung. Zumindest in den Industriestaaten finden diese kaum mehr Verwendung, da sie durch voluminösere, günstigere und die spezifischen Bedürfnisse besser erfüllende Produkte ersetzt wurden. In den letzten Jahren sind aber alternative Jute-Produkte auf den Markt gekommen, die für einen Aufschwung der Naturfaser sorgen könnten.

Zu den nicht traditionellen Verwendungsmöglichkeiten der Jute gehören die Papierfabrikation, Türen, Isolationsmaterial für den Häuserbau (Thermosetting Composites), Möbel etc., wobei sich diese Produkte durch ihre hohe Feuer- und Wasserresistenz, Festigkeit und Umweltfreundlichkeit auszeichnen. Jute wird zudem immer häufiger in Fahrzeugen verwendet, besonders für Isolationszwecke. Es gibt Berechnungen, wonach in naher Zukunft pro Auto zwischen 20 und 40 kg Jute verwendet werden dürften. Weitere Anwendungen liegen im Textilbereich, auch bei den sog. Geotextilien, die benutzt werden, um die Erderosion einzudämmen oder Strassentrassees zu sichern.

---

<sup>4</sup> Quellen: UNCTAD, FAO

### **9.2.8.1.2.3 Schweizerische Interessenlage**

Die schweizerischen Interessen haben sich seit dem Beitritt zur Internationalen Jute-Organisation 1983 nicht massgeblich verändert. Sie sprechen für eine Anwendung auch des neuen Jute-Übereinkommens und dem damit verbundenen Beitritt zur Internationalen Studiengruppe Jute. Jute ist ein umweltfreundliches natürliches Produkt, das in einzelnen Entwicklungsländern eine herausragende Bedeutung besitzt. Auch wenn die Schweiz zurzeit nicht viele Juteprodukte einführt, haben wir ein wirtschaftliches Interesse an diesem Sektor. Einzelne Schweizer Firmen importieren Jute, die als Isolationsprodukt in Fahrzeugen verwendet wird. Die Bedeutung des Werkstoffs Jute ist auf diesem Gebiet in den letzten Jahren stark gestiegen.

Die Mitgliedschaft im neuen Jute-Übereinkommen gibt der Schweiz die Möglichkeit, in der Internationalen Jute-Studiengruppe ihre wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Interessen zu vertreten. Gleichzeitig können wir unsere Unterstützung für die Jute produzierenden Entwicklungsländer zur Geltung bringen, insbesondere in den Bereichen Ökologie und Armutsbekämpfung.

### **9.2.8.2 Besonderer Teil**

#### **9.2.8.2.1 Verhandlungsverlauf**

Die Schweiz gehörte schon zu den Unterzeichnerstaaten der Internationalen Jute-Übereinkommen von 1982<sup>5</sup> und 1989<sup>6</sup>. Ab 1983 war sie Mitglied der Internationalen Jute-Organisation (IJO). Im Gegensatz zu andern Rohstoff-Übereinkommen wurde das Jute-Abkommen nach dem Auslaufen im April 2000 nicht im bisherigen Rahmen weitergeführt. Die Staaten der Europäischen Union, die den Grossteil Jute-Importmitglieder ausmachen, waren nicht bereit, das Mandat in der bisherigen Grössenordnung über das Jahr 2000 hinaus zu verlängern. Produzenten- und Konsumentenländer einigten sich schliesslich im Rahmen einer UNCTAD-Konferenz vom 12.-13. März 2001 in Genf darauf, die IJO durch eine kleinere und weniger bürokratische Institution, die Internationale Jute-Studiengruppe (International Jute Study Group, IJSG) zu ersetzen. Nachdem die IJO am 12. Oktober 2001 liquidiert worden war, nahm die IJSG Anfang 2002 offiziell ihre Arbeit auf.

#### **9.2.8.2.2 Inhalt und Ziele des Übereinkommens**

Das Jute-Übereinkommen 2001 bildet den Rechtsrahmen für die internationale Kooperation im Jute-Bereich und dient als Diskussionsforum der Mitglieder der IJSG. Die frühere strikte Aufteilung zwischen den wenigen Produzenten- (3) und den Konsumentenländern (22) entfällt. Zentral für die Arbeiten der neuen Studiengruppe ist die Schaffung von grösserer Markttransparenz sowie das Sammeln

---

<sup>5</sup> Vgl. Botschaft vom 17. August 1983 über das Internationale Übereinkommen von 1982 über Jute und Juteerzeugnisse (BB1 1983 III 713).

<sup>6</sup> Vgl. Botschaft über die Genehmigung des Internationalen Juteabkommens 1989 vom 10. Januar 1990 (BB1 1990 I 301) und BB vom 14. März 1990 (AS 1991 1929).

und Veröffentlichen von Daten über Produktion, Preise, Exporte, Importe, Vorräte, Vertrieb und Verbrauch von Jute. Die Studiengruppe ist zudem beauftragt, Marktanalysen und Studien zu erstellen über die wirtschaftlichen Bedingungen sowie die sozialen und ökologischen Auswirkungen der Herstellung, Verarbeitung und des Vertriebs von Jute.

Mit dem Jute-Übereinkommen 2001 wird neu ein aus führenden Vertretern des Privatsektors bestehendes Organ geschaffen, das den Dialog und die Zusammenarbeit mit der Jute-Wirtschaft intensivieren soll. Vermehrt ins Zentrum gerückt wird ausserdem die Armutsbekämpfung. Angesichts der mehr als 17 Millionen meist armen Bauern, die direkt von den Erträgen aus der Juteproduktion abhängig sind, sollen vermehrt Projekte durchgeführt werden, welche die Einkommen der kleinen Produzenten und insbesondere der Frauen verbessern. Ein weiteres Schwergewicht legt die IJSG auf den Bereich Marketing und die Anpreisung von Jute als umweltfreundliches Produkt. Dabei sollen neue Anwendungsmöglichkeiten dieses natürlichen Rohmaterials gefördert und bekannt gemacht werden.

Die Geltungsdauer des Jute-Übereinkommens 2001 beträgt acht Jahre. Die Mitglieder der Studiengruppe können durch qualifiziertes Mehr beschliessen, den Vertrag vorzeitig zu beenden, neu auszuhandeln oder höchstens zweimal um je zwei Jahre zu verlängern (Artikel 25).

### **9.2.8.3                    Finanzielle und personelle Auswirkungen**

Die Beteiligungskosten sind für die Schweiz bescheiden. Unser Jahresbeitrag an den Verwaltungsaufwand der IJSG wird laut provisorischen Angaben des Sekretariats zwischen 16'000 und 18'000 Franken betragen (rund 10'000 Dollar). Diese Ausgaben werden durch das laufende Budget gedeckt. Zusätzliches Personal ist nicht erforderlich.

### **9.2.8.4                    Legislaturplanung**

Die Vorlage ist im Bericht über die Legislaturplanung 1999–2003 (BBl 2000 2276) nicht ausdrücklich aufgeführt. Sie entspricht aber dem Inhalt von Ziel 2 (Ausbau der aussen- und sicherheitspolitischen Präsenz in den Bereichen Friedensförderung, Schutz der Menschenrechte, Entwicklungszusammenarbeit – verbesserte Stellung und Wahrnehmung der Schweiz im internationalen Umfeld).

### **9.2.8.5                    Bezug zu anderen Instrumenten der Handelspolitik und Verhältnis zum europäischen Recht**

Das Jute-Übereinkommen 2001 ist sowohl mit den WTO-Regeln als auch mit dem europäischen Recht und unserer europäischen Integrationspolitik vereinbar.

Der ständige Beobachter der Schweiz bei der Organisation der Vereinten Nationen in New York hat Ende Dezember 2001 im UNO-Generalsekretariat unter Ratifikationsvorbehalt die Annahme des Übereinkommens durch die Schweiz notifiziert.

Gestützt auf Artikel 2 des Bundesgesetzes über aussenwirtschaftliche Massnahmen (SR 946.201) hat der Bundesrat beschlossen, das Übereinkommen in Bezug auf die Schweiz vorläufig anzuwenden, sobald es gemäss seinen Bestimmungen vorläufig oder endgültig in Kraft getreten ist. Diese Befugnis kommt dem Bundesrat in dringenden Fällen auch zu, wenn dem Referendum unterstehende Abkommen den Beitritt zu einer internationalen Organisation vorsehen (Art. 2 in fine des Gesetzes), was vorliegend zutrifft. Nachdem die frühere Organisation liquidiert worden ist, ist es dringend, dass die neue Jute-Studiengruppe ihre Arbeiten möglichst schnell aufnehmen kann. Anlässlich der Notifikation hat die Schweiz daher in einer Erklärung die Absicht bekanntgegeben, das vorliegende Übereinkommen vom 1. Januar 2002 an vorläufig anzuwenden, sofern das vorgesehene Quorum erreicht ist.

Nach Artikel 54 Absatz 1 der Bundesverfassung (BV) sind die auswärtigen Angelegenheiten Sache des Bundes. Die Zuständigkeit der Bundesversammlung zur Genehmigung von völkerrechtlichen Verträgen ergibt sich aus Artikel 166 Absatz 2 BV.

Nach Artikel 141 Absatz 1 Buchstabe d BV werden völkerrechtliche Verträge dem fakultativen Referendum unterstellt, wenn sie unbefristet und unkündbar sind, den Beitritt zu einer internationalen Organisation vorsehen oder eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung herbeiführen. Das vorliegende Übereinkommen ist jederzeit kündbar (Art. 26) und es führt keine multilaterale Rechtsvereinheitlichung herbei. Hingegen wird mit dem Übereinkommen die neue „Internationale Studiengruppe für Jute“ geschaffen und deren Aufgaben umschrieben. Ihr wird eigene internationale Rechtspersönlichkeit zuerkannt (Art. 16); sie hat ihren Sitz in Dhaka (Bangladesh) (Art. 8). Die Organe des Übereinkommens können Entscheidungen zum Teil mit qualifiziertem Mehr treffen und haben die Kompetenz, Rechtsbindungen einzugehen. Es handelt sich somit um eine internationale Organisation im Sinne von Artikel 141 Absatz 1 Buchstabe d (Ziffer 2) BV, welcher die Schweiz beitrifft. Das vorliegende Jute-Übereinkommen unterliegt demzufolge dem fakultativen Staatsvertragsreferendum.

**Bundesbeschluss  
zum Übereinkommen über die Aufgaben der  
Internationalen Studiengruppe für Jute von 2001**

vom ...

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,  
gestützt auf die Artikel 54 Absatz 1 und 166 Absatz 2 der Bundesverfassung,  
nach Einsicht in die im Bericht vom 9. Januar 2002<sup>1</sup> zur Aussenwirtschaftspolitik  
2001 enthaltene Botschaft,  
beschliesst:*

**Art. 1**

<sup>1</sup> Das Übereinkommen über die Aufgaben der Internationalen Studiengruppe für Jute von 2001 wird genehmigt (Anhang 2).

<sup>2</sup> Der Bundesrat wird ermächtigt, die Ratifikationsurkunde zu hinterlegen.

**Art. 2**

Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Staatsvertragsreferendum für den Beitritt zu einer internationalen Organisation (Art. 141 Abs. 1 Bst. d Ziff. 2 BV).

<sup>1</sup> BBl 2002 ....

## Übereinkommen über die Aufgaben der Internationalen Studiengruppe für Jute von 2001

Verabschiedet am 13. März 2001 in Genf

Von der Schweiz vorläufig angewendet seit 1. Januar 2002

---

### *Die Vertragsparteien,*

in Anerkennung der Bedeutung von Jute und Juteerzeugnissen für die Volkswirtschaften einer Reihe von Ländern,

in der Erwägung, dass eine enge Zusammenarbeit auf internationaler Ebene bei der Suche nach Lösungen für die Probleme im Zusammenhang mit diesem Rohstoff die wirtschaftliche Entwicklung der Ausfuhrländer fördern und die Kooperation zwischen Ausfuhr- und Einfuhrländern stärken wird,

weiterhin in Anbetracht des Beitrags, den die Internationalen Abkommen über Jute und Juteerzeugnisse von 1982 und 1989 zur Zusammenarbeit zwischen den Ausfuhr- und Einfuhrländern geleistet haben, und der Tatsache, dass es wünschenswert ist, die Effektivität dieser Zusammenarbeit in Zukunft zu steigern,

eingedenk der Notwendigkeit, Projekte und Tätigkeiten zu fördern und einzuleiten, die die auf Jute basierenden Erlöse der Jute produzierenden Entwicklungsländer steigern und damit einen Beitrag zur Linderung der Armut in diesen Ländern leisten,

sind wie folgt übereingekommen:

### **Errichtung**

1. Die Internationale Jute-Studiengruppe, im folgenden als «die Gruppe» bezeichnet, wird hiermit errichtet, um die Bestimmungen dieser Satzung auszuführen und ihre Anwendung zu überwachen. Sobald die Satzung in Kraft tritt, gilt die Gruppe in rechtlicher, administrativer, finanzieller und operationeller Hinsicht als das Nachfolgeorgan der Internationalen Jute-Organisation, die ursprünglich nach dem Internationalen Abkommen für Jute und Juteerzeugnisse 1982 errichtet und nach dem Internationalen Abkommen für Jute und Juteerzeugnisse von 1989 fortgeführt wurde.

### **Begriffsbestimmungen**

2. Für die Zwecke dieser Satzung:

- a) bedeutet «*Jute*» Rohjute, Kenaf und verwandte Fasern einschliesslich *Urena lobata*, *Abutilon avicennae* und *cephalonema polyandrum*;
- b) bedeutet «*Juteerzeugnis*» ein ganz oder nahezu ganz aus Jute hergestelltes Erzeugnis oder Erzeugnisse mit einem wesentlichen Gewichtsanteil von Jute;

<sup>1</sup> Übersetzung des französischen Originaltextes.

- c) bezeichnet «*Mitglied*» alle Staaten, die Europäische Gemeinschaft oder alle in Absatz 5 vorgesehenen zwischenstaatlichen Organisationen, die nach Absatz 23 die Annahme oder vorläufige Anwendung dieses Übereinkommens notifiziert haben;
- d) bezeichnet «*assoziiertes Mitglied*» Organisationen oder Institutionen, wie sie in Absatz 6 festgelegt sind;
- e) bedeutet «*besondere Abstimmung*» eine Abstimmung, für die mindestens zwei Drittel der von den anwesenden und abstimmenden Mitgliedern abgegebenen Stimmen erforderlich sind unter der Voraussetzung, dass die Stimmen von der zahlenmässigen Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder abgegeben werden;
- f) bedeutet «*Abstimmung mit einfacher Mehrheit*» eine Abstimmung, für die mehr als die Hälfte aller Stimmen der anwesenden und abstimmenden Mitglieder erforderlich sind unter der Voraussetzung, dass die Stimmen von der zahlenmässigen Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder abgegeben werden;
- g) bedeutet «*Rechnungsjahr*» den Zeitraum vom 1. Juli bis einschliesslich 30. Juni;
- h) bedeutet «*Jutejahr*» das internationale Erntejahr für Jute vom 1. Juli bis einschliesslich 30. Juni;
- i) bezeichnet der Begriff «*Satzung*» dieses Übereinkommen über die Mandatierung der Internationalen Jute-Studiengruppe, 2001.

## **Ziele**

### **3. Die Gruppe hat folgende Ziele:**

- a) den Mitgliedern einen geeigneten Rahmen für internationale Zusammenarbeit, Konsultationen und die Entfaltung ihrer Politik im Hinblick auf alle die Weltjutewirtschaft betreffenden Aspekte zu bieten;
- b) die Ausweitung des internationalen Handels mit Jute und Juteerzeugnissen durch den Erhalt bestehender und den Aufbau neuer Märkte sowie die Einführung neuer Juteerzeugnisse und die Entwicklung neuer Endverbrauchsmöglichkeiten zu fördern;
- c) ein Forum für die aktive Beteiligung der privaten Wirtschaft an der Entwicklung des Jutesektors zu bieten;
- d) sich mit der Armutsbinderung, mit Beschäftigungsfragen und dem Problem der Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials im Jutesektor unter besonderer Berücksichtigung der Frauen zu befassen;
- e) die Verbesserung des strukturellen Aufbaus des Jutesektors durch Steigerung von Produktivität und Qualität und Förderung des Einsatzes neuer Verfahren und Technologien zu erleichtern;
- f) Bewusstsein für die günstigen Auswirkungen der Verwendung von Jute als umweltfreundliche, erneuerbare und biologisch abbaubare Naturfaser zu wecken und zu stärken;
- g) in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen wie der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) Marktinformationen zu verbessern, um eine grössere Transparenz des internationalen Jutemarktes zu gewährleisten.



## **Aufgaben**

4. In Verfolgung ihrer Ziele nimmt die Gruppe folgende Aufgaben wahr:

- a) Sie entwickelt eine geeignete Strategie zur Verbesserung der Weltjutewirtschaft unter besonderer Betonung der Förderung von Jute und Juteerzeugnissen im allgemeinen;
- b) Sie führt Konsultationen und einen Informationsaustausch über die internationale Jutewirtschaft durch;
- c) Sie initiiert, fördert, überwacht, kontrolliert und wirkt als Katalysator bei Projekten und ähnlichen Vorhaben, die darauf ausgerichtet sind, die strukturellen Voraussetzungen in der Weltjutewirtschaft und das allgemeine wirtschaftliche Wohlergehen der Beschäftigten zu verbessern. In Ausnahmefällen wird das Engagement der Gruppe bei der Durchführung von Projekten vom Rat unter der Voraussetzung genehmigt, dass diese Beteiligung den Verwaltungshaushalt der Gruppe nicht zusätzlich belastet;
- d) Sie liefert und verbessert statistische Angaben und Marktinformationen über Jute und juteabhängige Erzeugnisse in Absprache mit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen oder anderen geeigneten Gremien;
- e) Sie führt Studien über verschiedene Aspekte der Weltjutewirtschaft und ähnliche Themen durch; und
- f) Sie erörtert Probleme oder Schwierigkeiten, die sich in der internationalen Jutewirtschaft ergeben können.

Bei der Wahrnehmung der oben angeführten Aufgaben berücksichtigt die Gruppe die Tätigkeiten anderer internationaler Organisationen einschliesslich der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO).

## **Mitglieder**

5. Mitglieder der Gruppe können alle Staaten sowie die Europäische Gemeinschaft werden, die an der Produktion oder dem Verbrauch von oder am internationalen Handel mit Jute und Juteerzeugnissen interessiert sind und, mit Zustimmung des Rats, alle zwischenstaatlichen Organisationen, die zum Aushandeln, Abschluss und zur Anwendung internationaler Übereinkommen, insbesondere von Rohstoffübereinkommen, befugt sind.

6. Assoziierte Mitglieder der Gruppe können mit Zustimmung des Rats Organisationen und Einrichtungen werden, die nach den Bestimmungen des Absatzes 5 keine Vollmitglieder werden können. Der Rat setzt Regeln bezüglich der Berechtigung sowie der Rechte und Pflichten von assoziierten Mitgliedern fest.

## **Zusammensetzung und Befugnisse des Rats**

7. a) Mit der grössten Amtsbefugnis der nach dieser Satzung errichteten Gruppe wird der Rat ausgestattet, in dem alle Mitglieder vertreten sind. Der Rat tritt mindestens einmal jährlich zusammen;
- b) Die Gruppe übt alle Befugnisse aus und trifft alle Massnahmen oder lässt solche treffen, die erforderlich sind, um die Bestimmungen dieser Satzung auszuführen und ihre Anwendung sicherzustellen.
- c) Der Rat erlässt im Wege der besonderen Abstimmung Vorschriften, die für die Wahrnehmung der Aufgaben der Gruppe erforderlich sind, die ferner dieser Satzung unterliegen und nicht unvereinbar mit ihr sein dürfen. Zu diesen Vorschriften gehören

- i) die Geschäftsordnung,
  - ii) Finanzvorschriften und Vorschriften in bezug auf Projekte,
  - iii) dienstrechtliche Vorschriften und
  - iv) Vorschriften über den Personalversorgungsfonds;
- d) Der Rat ist nicht befugt und gilt nicht als von seinen Mitgliedern ermächtigt, Verpflichtungen zu übernehmen, die außerhalb des Geltungsbereichs dieser Satzung oder der in Unterabsatz c) angeführten Vorschriften liegen;
- e) Der Rat billigt, um die in Absatz 3 aufgeführten Ziele zu erreichen, ein Arbeitsprogramm, das regelmässig überarbeitet wird.

### **Sitz**

8. Sitz der Gruppe ist Dhaka, Bangladesh, sofern der Rat nicht im Wege der besonderen Abstimmung etwas anderes bestimmt. Der Rat schliesst mit der Regierung des Gastlandes baldmöglichst nach Inkrafttreten dieser Satzung ein Sitzabkommen ab.

### **Beschlussfassung und Stimmenaufteilung**

9. a) Sofern nichts anderes bestimmt wird und vorbehaltlich der Bestimmungen in Unterabsatz d) fassen der Rat, der in Absatz 10 genannte Projektausschuss und die Ausschüsse und nachgeordneten Gremien, die errichtet werden können, Beschlüsse wenn möglich durch Konsens. Kann ein Konsens nicht erzielt werden, kann jedes Mitglied beantragen, über einen solchen Beschluss mit einfacher Mehrheit abzustimmen, sofern nicht eine besondere Abstimmung vorgeschrieben ist;
- b) Jedes Mitglied hat Anspruch auf die Anzahl der Stimmen, die ihm gemäß den Bestimmungen in Unterabsatz c) zugeteilt werden. Bei Abstimmungen stimmen die Europäische Gemeinschaft und Mitglieder, die zwischenstaatliche Organisationen sind, mit der Anzahl der Stimmen ab, die der Gesamtzahl der Stimmen entspricht, die auf ihre Mitgliedstaaten entfallen;
- c) Die Gesamtheit der Mitglieder verfügt über 2000 Stimmen. Fünfzig Prozent der Stimmen aller Mitglieder werden, vorbehaltlich der Bestimmungen in Unterabsatz b) gleichmässig auf alle Mitglieder aufgeteilt. Die verbleibenden fünfzig Prozent der Gesamtzahl der Stimmen werden auf jedes Mitglied anteilig auf der Grundlage eines Faktors bezogen auf seine Bedeutung in der Jutewirtschaft (Coefficient of Jute-related Importance (COJI)) gemäß der Definition in Unterabsatz d) aufgeteilt. Die Gesamtzahl der Basisstimmen und der COJI-bezogenen Stimmen jedes Mitglieds wird in geeigneter Weise gerundet, so dass keine Teilstimmen entstehen und die Gesamtzahl der Stimmen der Mitglieder 2000 nicht übersteigt, dies gilt jedoch vorbehaltlich der Bestimmungen in Unterabsatz e).
- d) Für die Zwecke dieser Satzung gilt als Faktor bezogen auf die Bedeutung in der Jutewirtschaft (COJI) eines Mitglieds sein Anteil am Gesamtwert, der allen Mitgliedsländern nach den folgenden Formeln zugerechnet wird:
- i) bei Juteproduzenten das gewichtete durchschnittliche Produktionsvolumen (40 %) und das durchschnittliche Nettohandelsvolumen (60%) von Jute und Juteerzeugnissen während des letzten Dreijahreszeitraums, für den entsprechende Statistiken vorliegen;

- ii) bei Nicht-Juteproduzenten und Netto-Juteimporteuren das durchschnittliche Volumen der Nettoeinfuhren von Jute und Juteerzeugnissen während des letzten Dreijahreszeitraums, für den entsprechende Statistiken vorliegen.
- e) Kein Mitglied, das ein einzelnes Land vertritt, erhält mehr als 450 Stimmen. Überzählige Stimmen, die sich über diese Zahl hinaus durch die in Unterabsatz c) und d) vorgeschriebene Berechnungsmethode ergeben und in Unterabsatz i) vorgesehen sind, werden auf der gleichen, in diesen Absätzen vorgesehenen Berechnungsgrundlage auf alle Mitglieder aufgeteilt;
- f) Sollten sich aus einem beliebigen Grund bei der Festlegung der Stimmen nach der in den Unterabsätzen c), d) und e) vorgeschriebenen Methode Schwierigkeiten ergeben, kann die Gruppe durch besondere Abstimmung eine andere Methode zur Stimmenaufteilung beschliessen;
- g) Eine Ratssitzung kann nur bei Anwesenheit von Mitgliedern beginnen, auf die insgesamt 1000 Stimmen entfallen. Eine Beschlussfassung durch den Rat erfordert die Anwesenheit von Mitgliedern mit insgesamt 1200 Stimmen;
- h) Gemäss den Bestimmungen in diesem Absatz teilt der Rat die Stimmen für jedes Rechnungsjahr zu Beginn der letzten Sitzung des vorangehenden Jahres auf. Die Stimmenaufteilung bleibt, abgesehen von der Bestimmung in Unterabsatz i), für ein volles Jahr gültig;
- i) Ändert sich die Mitgliedschaft in der Gruppe oder werden die Stimmrechte eines Mitglieds nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung ausgesetzt oder eingeschränkt, teilt der Rat die Stimmen aller Mitglieder gemäss den Bestimmungen dieses Absatzes neu auf. Der Rat bestimmt den Zeitpunkt, zudem die Neuverteilung der Stimmen wirksam wird;
- j) Wird ein Mitglied von einem anderen Mitglied ermächtigt, die Stimmen des ermächtigenden Mitglieds gemäss diesem Absatz abzugeben, so berücksichtigt es bei der Stimmabgabe die Vorgaben des ermächtigenden Mitglieds.

#### **Projektausschuss**

- 10. a) Der Rat errichtet einen Projektausschuss (Committee on Projects (COP), an dem sich alle Mitglieder beteiligen können. Der Ausschuss kann assoziierte Mitglieder und andere Interessenten auffordern, sich an seiner Arbeit zu beteiligen;
- b) Der Projektausschuss berät den Rat in allen Fragen im Zusammenhang mit Projekten und ähnlichen Vorhaben in Übereinstimmung mit Regeln, die der Rat festlegt;
- c) Unter bestimmten Umständen kann der Rat seine Befugnisse bezüglich der Genehmigung von Projekten und ähnlichen Vorhaben dem Projektausschuss übertragen. Der Rat legt Regeln zur Übertragung der Befugnisse auf den Projektausschuss fest.

#### **Beratender Ausschuss der Privatwirtschaft**

- 11. a) Um das Zusammenwirken mit der Privatwirtschaft zu erleichtern, errichtet der Rat einen Beratenden Ausschuss der Privatwirtschaft (im folgenden als «Beratender Ausschuss» bezeichnet). Der Beratende Ausschuss ist ein Beratungsgremium, das in Angelegenheiten im Zusammenhang mit dieser Satzung Empfehlungen an den Rat aussprechen kann;

- b) Der Beratende Ausschuss wird von assoziierten Mitgliedern gebildet. Andere Unternehmungen der Privatwirtschaft, die ein entsprechendes Interesse bekunden, können auf Einladung teilnehmen;
- c) Der Beratende Ausschuss berichtet dem Rat in regelmässigen Abständen;
- d) Der Beratende Ausschuss gibt sich in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieser Satzung eine Geschäftsordnung.

#### **Ausschüsse und nachgeordnete Gremien**

12. Neben dem Projektausschuss und dem Beratenden Ausschuss der Privatindustrie kann der Rat Ausschüsse oder sonstige nachgeordnete Gremien unter von ihm festzulegenden Bedingungen einsetzen.

#### **Sekretariat**

- 13. a) Die Gruppe hat ein Sekretariat, das aus dem Generalsekretär und dem erforderlichen Personal besteht;
- b) Der Rat ernennt den Generalsekretär in besonderer Abstimmung. Mit Ausnahme der Ernennung des ersten Generalsekretärs richtet sich das Verfahren zur Ernennung des Generalsekretärs nach der Geschäftsordnung für die Ernennung;
- c) Der Generalsekretär ist der oberste Verwaltungsbeamte der Gruppe; er ist ihr für die Ausführung und Durchführung dieser Satzung im Einklang mit den Beschlüssen des Rats verantwortlich;
- d) Der Generalsekretär ernennt das Personal in Übereinstimmung mit Regeln, die der Rat festlegt. Das Personal ist dem Generalsekretär verantwortlich.

#### **Konsultationen und Zusammenarbeit mit anderen**

- 14. a) Die Gruppe kann nach Bedarf Vorkehrungen für Konsultationen oder Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, deren Organen oder Sonderorganisationen sowie mit anderen zwischenstaatlichen Einrichtungen treffen;
- b) Die Gruppe kann ferner nach Bedarf die ihr angebracht erscheinenden Vorkehrungen für die Unterhaltung von Kontakten zu interessierten Regierungen von Nicht-Mitgliedsländern, zu Organisationen der Privatwirtschaft und Forschungseinrichtungen, die keine assoziierten Mitglieder sind, treffen;
- c) Beobachter können zu Sitzungen des Rats oder seiner nachgeordneten Gremien unter vom Rat oder den betreffenden Gremien festzulegenden Bedingungen eingeladen werden.

#### **Beziehungen zum Gemeinsamen Fonds**

15. Die Gruppe kann beantragen, nach Artikel 7 Absatz 9 des Übereinkommens zur Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe zum internationalen Rohstoffgremium (ICB) bestimmt zu werden, um im Einklang mit dieser Satzung Vorhaben für Jute und Juteerzeugnisse zu fördern, die der Fond finanziert. Beschlüsse über die Förderung solcher Vorhaben werden in der Regel durch Konsens gefasst. Kommt ein Konsens nicht zustande, so werden Beschlüsse durch besondere Abstimmung gefasst. Kein Mitglied ist aufgrund seiner Mitgliedschaft im Rat für Verbindlichkeiten verantwortlich, die durch Darlehensaufnahme oder –gewährung anderer

Mitglieder oder Unternehmungen im Zusammenhang mit den Vorhaben entstehen. Der Generalsekretär ist ermächtigt, Übereinkommen mit dem Fonds über genehmigte Vorhaben abzuschliessen.

### **Rechtsstellung**

- 16.a) Die Gruppe besitzt internationale Rechtspersönlichkeit. Im Hoheitsgebiet jedes Mitglieds und nach innerstaatlichem Recht hat sie insbesondere, jedoch vorbehaltlich des Absatzes 7 Unterabsatz b die Fähigkeit, Verträge zu schliessen, bewegliches und unbewegliches Vermögen zu erwerben und darüber zu verfügen sowie gerichtliche Verfahren einzuleiten;
- b) Die Stellung der Gruppe im Hoheitsgebiet des Gastlandes ist in dem in Absatz 8 genannten Sitzabkommen zwischen der Gastregierung und dem Rat geregelt;
- c) Als Rechtsnachfolger der Internationalen Juteorganisation gehen alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Organisation auf die Gruppe über.

### **Finanzkonten und Beiträge zum Haushalt**

- 17.a) Für die Zwecke dieser Satzung richtet die Gruppe folgende Konten ein:
  - i) das Verwaltungskonto und
  - ii) das Sonderkonto.
- b) Jedes Mitglied zahlt in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Geschäftsordnung im Rahmen eines jährlichen Verwaltungshaushalts, den der Rat genehmigt, einen Beitrag zum Verwaltungskonto. Die Höhe des Beitrags der Mitglieder ist direkt proportional zu den ihnen nach den Bestimmungen des Absatzes 9 zugeteilten Stimmen. Die Zahlung des Beitrags der einzelnen Mitglieder erfolgt in Übereinstimmung mit den jeweiligen verfassungsmässigen Verfahren;
- c) Neben den Beiträgen zum Verwaltungskonto im Rahmen des jährlichen Verwaltungshaushalts kann die Gruppe Beiträge zum Sonderkonto annehmen. Das Sonderkonto wird eingerichtet, um Projekte, Projektplanung und andere Vorhaben zu finanzieren. Zu den möglichen Finanzierungsquellen für das Sonderkonto können gehören:
  - i) Freiwillige Beiträge von Mitgliedern, assoziierten Mitgliedern und aus anderen Quellen; sowie
  - ii) Regionale und internationale Finanzinstitute einschliesslich des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe, des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, der Weltbank, der Asiatischen Entwicklungsbank, des Internationalen Fonds für Landwirtschaftliche Entwicklung, der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank.

### **Statistiken, Studien und Marktinformationen**

- 18.a) Die Gruppe analysiert und verarbeitet Informationen und Statistiken zum Jutehandel, die sie von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), anderen internationalen und nationalen Einrichtungen und der Privatwirtschaft erhält. Die Gruppe stellt Mitgliedern, assoziierten Mitgliedern und anderen Interessenten Marktprognosen und Informationen über den Markt zur Verfügung einschliesslich von Angaben über Vorräte und den Verbrauch bestimmter Märkte und industrieller

Endverbraucher. Die Gruppe ersucht ferner nationale Einrichtungen in Erzeugerländern, die Sammlung von Daten im Jutesektor zu verbessern und die Ergebnisse an Interessenten weiterzuleiten. Dabei ist anzustreben, Doppelarbeit, soweit dies durchführbar ist, auf ein Mindestmass zu beschränken.

- b) Die Gruppe führt Studien zur internationalen Jutewirtschaft durch soweit der Rat diesen zustimmt;
- c) Die Gruppe gewährleistet den Schutz der Vertraulichkeit von Informationen über Operationen von Regierungen, Personen oder Unternehmen, die Jute erzeugen, verarbeiten, auf den Markt bringen oder verbrauchen.

#### **Jährliche Beurteilung und Berichte**

- 19.a) Die Gruppe nimmt anhand der von den Mitgliedern übermittelten Informationen, ergänzt durch Informationen aus allen sonstigen einschlägigen Quellen und einschliesslich regelmäßiger Evaluierungsberichte der Geber, eine jährliche Beurteilung der Lage der Weltjutewirtschaft und damit zusammenhängender Angelegenheiten vor. Die jährliche Beurteilung umfasst einen Überblick über die voraussichtliche Produktionskapazität bei Jute in den kommenden Jahren sowie die Aussichten für die Juteproduktion, den Juteverbrauch und den Jutehandel im folgenden Kalenderjahr zu dem Zweck, die Mitglieder bei ihrer eigenen Einschätzung der weiteren Entwicklung der internationalen Jutewirtschaft zu unterstützen;
- b) Die Gruppe erarbeitet einen Bericht über die Ergebnisse der jährlichen Beurteilung und verteilt ihn an die Mitglieder. Soweit die Gruppe dies für angebracht hält, können dieser Bericht sowie andere an die Mitglieder verteilte Berichte und Studien im Einklang mit der Geschäftsordnung anderen Interessenten zugänglich gemacht werden;
- c) Die Gruppe nimmt mindestens alle zwei Jahre regelmässige Beurteilungen ihrer Tätigkeiten vor und vergleicht ihre Übereinstimmung mit den Zielen und Aufgaben der Gruppe nach Absatz 3 und 4.

#### **Marktentwicklung**

20. Die Gruppe ermittelt in Konsultationen mit Mitgliedern, assoziierten Mitgliedern und interessierten Einrichtungen Einschränkungen und Chancen auf dem Weltmarkt für Jute und Juteerzeugnisse, um in geeigneter Weise tätig zu werden insbesondere im Hinblick auf eine Steigerung der Nachfrage für Jute und Juteerzeugnisse und auf die Entwicklung des Marktes sowie die Verbreitung und Nutzung neuer Technologien.

#### **Verpflichtungen der Mitglieder**

21. Die Mitglieder bemühen sich nach besten Kräften, zusammenzuarbeiten und sich für die Erreichung der Ziele der Gruppe einzusetzen, vor allem durch Übermittlung der in Absatz 19 Unterabsatz a) bezeichneten Angaben.

#### **Vorbehalte**

22. Vorbehalte zu dieser Satzung sind nicht zulässig.

### **Inkrafttreten**

- 23.a) Diese Satzung tritt in Kraft, wenn die in Absatz 5 bezeichneten Staaten, die Europäische Gemeinschaft oder zwischenstaatliche Organisationen, auf die 60 Prozent des Handels (Einfuhr- und Ausfuhr) mit Jute und Juteerzeugnissen, wie in Anhang A zu dieser Satzung festgelegt, entfallen, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen (im folgenden als «Verwahrer» bezeichnet) nach Unterabsatz b) die vorläufige Anwendung oder endgültige Annahme dieser Satzung notifiziert haben.
- b) Die in Absatz 5 bezeichneten Staaten, die Europäische Gemeinschaft oder zwischenstaatlichen Organisationen, die Mitglieder der Gruppe werden wollen, notifizieren dem Verwahrer, dass sie diese Satzung endgültig annehmen oder bis zum Abschluss ihrer internen Verfahren vorläufig anwenden. Die Staaten, die Europäische Gemeinschaft oder zwischenstaatliche Organisationen, die die vorläufige Anwendung der Satzung notifiziert haben, bemühen sich, die internen Verfahren so bald als möglich abzuschliessen und notifizieren dem Verwahrer die endgültige Annahme dieser Satzung;
- c) Sind die Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieser Satzung bis zum 31. Dezember 2001 nicht erfüllt, so fordert der Generalsekretär der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen die Staaten, die Europäische Gemeinschaft und die zwischenstaatlichen Organisationen, die die Annahme oder vorläufige Anwendung dieser Satzung notifiziert haben, auf zu entscheiden, ob sie diese Satzung untereinander in Kraft setzen wollen;
- d) Wenn diese Satzung in Kraft tritt, beruft der Generalsekretär der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen so bald als möglich eine Gründungssitzung des Rats ein. Dies wird den Mitgliedern nach Möglichkeit mindestens einen Monat vor der Sitzung notifiziert.

### **Änderungen**

24. Diese Satzung kann nur durch Konsens vom Rat geändert werden. Der Generalsekretär notifiziert dem Verwahrer jede gemäss diesem Absatz verabschiedete Änderung. Eine Änderung tritt 90 Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, an dem dem Verwahrer die Annahme durch Mitglieder, auf die mindestens 60 Prozent der Stimmen entfallen, notifiziert wurde.

### **Geltungsdauer, Verlängerung und Neuverhandlung**

- 25.a) Die Gruppe bleibt für einen Zeitraum von acht Jahren bestehen, sofern der Rat nicht durch besondere Abstimmung beschliesst, die Geltungsdauer der Satzung nach Unterabsatz b) und c) zu verlängern oder sie neu zu verhandeln oder sie nach Absatz 27 ausser Kraft zu setzen;
- b) Der Rat kann durch besondere Abstimmung beschliessen, die Geltungsdauer dieser Satzung höchstens zweimal für jeweils zwei Jahre zu verlängern;
- c) Der Rat kann durch besondere Abstimmung beschliessen, diese Satzung neu zu verhandeln.

### **Austritt**

- 26.a) Ein Mitglied kann jederzeit durch eine an den Verwahrer und den Generalsekretär der Gruppe gerichtete schriftliche Austrittsanzeige aus der Gruppe austreten;

- b) Der Austritt lässt die bereits eingegangenen finanziellen Verpflichtungen des austretenden Mitglieds unberührt und gibt ihm keinen Anspruch auf eine Ermässigung seines Beitrags für das Jahr, in dem der Austritt erfolgt;
- c) Der Austritt wird 12 Monate nach Eingang der Anzeige beim Verwahrer wirksam;
- d) Der Generalsekretär der Gruppe notifiziert jedem Mitglied umgehend die gemäss diesem Absatz eingegangenen Notifikationen.

#### **Ausserkraftsetzung**

27. Der Rat kann jederzeit durch besondere Abstimmung beschliessen, diese Satzung ausser Kraft zu setzen. Die Ausserkraftsetzung wird zu dem Zeitpunkt wirksam, den der Rat beschliesst. Der Generalsekretär notifiziert dem Verwahrer den nach diesem Absatz gefassten Beschluss.

#### **Auflösung**

28. Ungeachtet des Ablaufs oder des Ausserkrafttretens dieser Satzung bleibt der Rat solange bestehen, wie dies für die Auflösung der Gruppe einschliesslich der Schlussabrechnung erforderlich ist, jedoch höchstens für 12 Monate.

Geschehen zu Genf am 13. März 2001. Der Wortlaut dieses Übereinkommens in arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache ist gleichermassen verbindlich.



**Statistische Angaben zum Nettowelthandel (Einfuhr und Ausfuhr) mit Jute und Juteerzeugnissen im Hinblick auf das Inkrafttreten dieser Satzung**

Land	1996/97	1997/98	1998/99	Durchschnitt 1996/97–98/99	Anteil (%)
<b>Welt</b>	<b>1011,2</b>	<b>1090,6</b>	<b>997,9</b>	<b>1033,2</b>	<b>100,0</b>
<b>A. Derzeitige Mitglieder der IJO</b>					
Bangladesch	794,1	801,3	779,3	791,6	76,6
Indien	193,3	262,6	192,6	216,2	20,9
Nepal	11,7	10,7	10,7	11,0	1,1
<b>Zwischensumme A:</b>	<b>999,1</b>	<b>1074,6</b>	<b>982,6</b>	<b>1018,8</b>	<b>98,6</b>
<b>B. Frühere Mitglieder der IJO</b>					
Thailand	10,1	11,1	12,1	11,1	1,1
<b>Zwischensumme B:</b>	<b>10,1</b>	<b>11,1</b>	<b>12,1</b>	<b>11,1</b>	<b>1,1</b>
<b>C. Andere</b>	<b>2,0</b>	<b>4,9</b>	<b>3,2</b>	<b>3,4</b>	<b>0,3</b>
<b>Summe (A+B+C)</b>	<b>1011,2</b>	<b>1090,6</b>	<b>997,9</b>	<b>1033,2</b>	<b>100,0</b>

\* IJO bezeichnet die nach dem Internationalen Abkommen über Jute und Juteerzeugnisse von 1989 errichtete Internationale Juteorganisation

**Tabelle 2: Nettoeinfuhren von Jute und ähnlichen Fasern  
(in 1000 t/Fasereinheit)**

Welt	Durchschnitt 1996–98	Anteil (%)
	<b>992,3</b>	<b>100,0</b>
<b>A. Derzeitige Mitglieder der IJO</b>		
<b>A.1 EG-Mitglieder</b>		
Österreich	0,8	0,08
Belgien-Luxemburg	86,3	8,70
Dänemark	1,2	0,12
Finnland	0,2	0,02
Frankreich	19,3	1,94
Deutschland	17,5	1,76
Griechenland	2,9	0,29
Italien	10,3	1,04
Irland	1,4	0,14
Niederlande	22,0	2,22
Portugal	1,5	0,15
Spanien	10,0	1,01
Schweden	0,2	0,02
Vereinigtes Königreich Grossbritannien und Nordirland	43,5	4,38
<b>Zwischensumme A.1</b>	<b>217,1</b>	<b>21,87</b>

<b>A.2 Nicht-EG-Mitglieder</b>		
China	85,6	8,77
Japan	37,1	3,74
Aegypten	24,2	2,44
Indonesien	12,7	1,28
Schweiz	0,3	0,03
Norwegen	0,2	0,02
<b>Zwischensumme A.2</b>	<b>160,1</b>	<b>16,28</b>
<b>Summe (A1+A2)</b>	<b>377,2</b>	<b>38,15</b>
<b>B. Frühere Mitglieder der IJO</b>		
Pakistan	92,2	9,29
Türkei	65,1	6,56
Vereinigte Staaten von Amerika	62,8	6,33
Australien	43,2	4,35
Kanada	7,9	0,80
Polen	4,9	0,49
Bundesrepublik Jugoslawien	2,2	0,22
<b>Zwischensumme B</b>	<b>278,3</b>	<b>28,04</b>
<b>C. Andere Länder</b>		
Islamische Republik Iran	53,8	5,42
Arabische Republik Syrien	53,3	5,37
Sudan	37,6	3,79
Frühere UdSSR*	27,2	2,74
[Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Estland, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Lettland, Litauen, Moldau, Russische Föderation, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan]		
Elfenbeinküste	18,6	1,87
Marokko	13,0	1,31
Brasilien	11,2	1,13
Ghana	10,9	1,10
Saudi-Arabien	10,8	1,09
Philippinen	0,5	0,05
Tschechische Republik	1,6	0,16
Malaysia	2,4	0,24
Republik Korea	7,0	0,71
Senegal	1,2	0,12
Algerien	9,9	1,00
<b>Zwischensumme C</b>	<b>259,0</b>	<b>27,14</b>
<b>D. Andere</b>	<b>77,8</b>	<b>7,71</b>
<b>Summe (A+B+C)</b>	<b>992,3</b>	<b>100,0</b>

\* Es gibt keine Jutestatistiken für die einzelnen Länder der früheren UdSSR. Gemäss Absatz 23 werden ihre Nettoeinfuhranteile im Hinblick auf das Inkrafttreten dieser Satzung nicht berücksichtigt.

## Finanzbogen zu Rechtsakten

<b>Politikbereich(e):</b>	Externe Aspekte bestimmter Politiken der Gemeinschaft
<b>Tätigkeit(en):</b>	Internationale Grundstoffübereinkommen
<b>Bezeichnung der Massnahme:</b>	Beitrag der Gemeinschaft zur Internationalen Studiengruppe für Jute (ISGJ)

**1. Haushaltslinie** (Nummer und Bezeichnung)

B7-821 Finanzielle Verpflichtungen aus Abkommen zwischen der Europäischen Union und internationalen Organisationen. Schaffung einer geeigneten Teillinie mitangemessener Mittelausstattung.

**2. Allgemeine Zahlenangaben**

2.1 Gesamtmittelausstattung der Maßnahme (Teil B): 0,245 Mio. €(VE)

2.2 Laufzeit: 2002 und Folgejahre. Für die Zeit nach 2003 ist ein Status quo vorgesehen. Auch eine Verringerung wäre möglich.

2.3 Mehrjährige Gesamtvorausschätzung der Ausgaben

a) Fälligkeitsplan für Verpflichtungsermächtigungen/Zahlungsermächtigungen finanzielle Intervention) (vgl. Ziffer 6.1.1)

in Mio. €(bis zur 3. Dezimalstelle)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007 und Folgejahre	Insgesamt
Verpflichtungsermächtigungen	0.245	0.245	0.245	0.245	0.245	0.245	1.47
Zahlungsermächtigungen	0.245	0.245	0.245	0.245	0.245	0.245	1.47

b) Technische und administrative Hilfe und Unterstützungsausgaben (vgl. Ziffer 6.1.2)

VE							
VE							

Zwischensumme a + b							
VE							
ZE							

c) Gesamtausgaben für Humanressourcen und Verwaltung (vgl. Ziffer 7.2 und 7.3)

VE/ZE	0,036	0,036	0,036	0,036	0,036	0,036	0,216
-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Zwischensumme a + b							
VE	0,281	0,281	0,281	0,281	0,281	0,281	1,686
ZE							

- 2.4 Vereinbarkeit mit der Finanzplanung und der Finanziellen Vorausschau
- X Der Vorschlag ist mit der derzeitigen Finanzplanung vereinbar.
- O Der Vorschlag macht eine Anpassung der betreffenden Rubrik der finanziellen Vorausschau
- O sowie gegebenenfalls eine Anwendung der Interinstitutionellen Vereinbarung erforderlich.
- 2.5 Finanzielle Auswirkungen auf die Einnahmen
- X Keinerlei finanzielle Auswirkungen (betrifft die technischen Aspekte der Durchführung einer Massnahme)

oder

Folgende finanzielle Auswirkungen auf die Einnahmen sind zu erwarten:

N.B.: Einzelangaben und Anmerkungen zur Berechnungsmethode sind diesem Finanzbogen auf einem getrennten Blatt beizufügen.

in Mio. €(bis zur 1. Dezimalstelle)

Haushaltslinie	Einnahmen	Stand vor der Massnahme (Jahr n-1)	Stand nach der Massnahme					
			Jahr n	n+1	n+2	n+3	n+4	n+5
	a) Einnahmen nominal							
	b) Veränderung bei den Einnahmen	$\Delta$						

(Beschreibung für jede einzelne Haushaltslinie; die Tabelle ist um die entsprechende Zeilenzahl zu verlängern, wenn die Wirkung der Maßnahme sich über mehrere Haushaltslinien erstreckt.)

### 3. Haushalttechnische Merkmale

Art der Ausgaben		Neu	EFTA-Beteiligung	Rubrik der FV
OA	GM	JA	NEIN	Nr. 4

### 4. Rechtsgrundlage

Artikel 133 in Verbindung mit Artikel 300 Absatz 1 EG-Vertrag; Beschluss des Rates vom ...

## **5. Beschreibung und Begründung**

### **5.1 Notwendigkeit einer Massnahme der Gemeinschaft<sup>1</sup>**

#### **5.1.1 Ziele**

Wegen ihrer politischen und wirtschaftlichen Bedeutung, insbesondere im Bereich der Entwicklung, muss die Europäische Gemeinschaft in den internationalen Grundstoffübereinkommen vertreten sein, da diese die Möglichkeit bieten, die Entwicklung auf Weltebene zu verfolgen, die wirtschaftliche Entwicklung der Erzeugerländer zu fördern und die Interessen der Gemeinschaft hinsichtlich der betreffenden Erzeugnisse zu vertreten.

Die Zahlung der Beiträge der Gemeinschaft ermöglicht die Verwirklichung der Ziele des Übereinkommens über die Aufgaben der Internationalen Studiengruppe für Jute. Die Internationale Studiengruppe für Jute (ISGJ) verwaltet das Übereinkommen und dient den in ihren Aufgaben festgelegten Zielen, zu denen vor allem die internationale Zusammenarbeit, die Förderung des internationalen Handels mit Jute und Juteerzeugnissen, der Austausch von Statistiken, die Prognose der Markt-tendenzen, die Förderung und die Qualität des Erzeugnisses und die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft gehören. Es liegt daher im Interesse der Europäischen Gemeinschaft, Vertragspartei dieses Übereinkommens zu sein.

Das Übereinkommen über die Aufgaben der Internationalen Studiengruppe für Jute von 2001 wurde im März 2001 im Rahmen der UNCTAD in Genf ausgehandelt und soll im Januar 2002 in Kraft treten, sofern bis dahin eine ausreichende Zahl von Notifikationen vorliegt.

Bisher wurden die Beiträge zum Verwaltungshaushalt angesichts der gemischten Natur der Grundstoffübereinkommen von den Mitgliedstaaten unterstützt. Ferner war die Beteiligung der Mitgliedstaaten an den internationalen Studiengruppen nicht zwingend vorgeschrieben, sondern lag im Ermessen der Regierungen. Nach einer Analyse des Juristischen Dienstes der Kommission, der sich der Juristische Dienst des Rates voll und ganz angeschlossen hat, fällt das neue Übereinkommen nach seinen besonderen Merkmalen mehr in den Bereich der Handelspolitik als in andere Bereiche, z.B. Entwicklung, die zwar auch als wichtig, aber als von untergeordneter Bedeutung angesehen werden. Der Rat hat diesem Ansatz bereits beim Abschluss eines anderen internationalen Warenübereinkommens zugestimmt. Wegen der sich daraus ergebenden ausschließlichen Zuständigkeit dürfte der Rat den vorliegenden Beschlussvorschlag annehmen. Die Beiträge zum Verwaltungshaushalt sind daher aus dem Gemeinschaftshaushalt zu bestreiten.

Der Mitgliedsbeitrag wird jährlich festgesetzt und ist so lange zu zahlen, wie die Europäische Gemeinschaft Vertragspartei des Übereinkommens ist.

Müsste die Europäische Gemeinschaft die von der Internationalen Studiengruppe für Jute zu treffenden Massnahmen auf eigene Rechnung durchführen, so wären die ihr entstehenden Kosten insgesamt natürlich wesentlich höher als ihr Mitgliedsbeitrag.

#### **5.1.2 Massnahmen im Zusammenhang mit der Ex-ante-Bewertung**

Geplante Einzelmassnahmen und Modalitäten der Intervention zu Lasten des Gemeinschaftshaushalts

Als Mitglied der Internationalen Studiengruppe für Jute von 2001 entrichtet die Europäische Gemeinschaft einen jährlichen Beitrag. Dieser ist so lange zu zahlen, wie die Europäische Gemeinschaft Vertragspartei des Übereinkommens ist.

<sup>1</sup> Weitere Informationen sind den beigefügten Leitlinien zu entnehmen.

Die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten nehmen uneingeschränkt an der Arbeit der Internationalen Studiengruppe für Jute von 2001 teil und genießen sämtliche Vorteile, die ihre Mitgliedschaft mit sich bringt.

### 5.3 Durchführungsmodalitäten

(Hier ist zu erläutern, wie die geplanten Maßnahmen durchgeführt werden sollen: Direktverwaltung durch die Kommission, entweder ausschließlich mit Statuts-personal oder externem Personal oder aber im Wege der Externalisierung. Im letzteren Fall ist anzugeben, welche Form diese Externalisierung annehmen soll (über BAT, Agenturen, Ämter oder dezentrale Exekutivstellen, in gemeinsamer Verwaltung mit den Mitgliedstaaten – nationale, regionale oder lokale Einrichtungen. Des Weiteren ist zu erläutern, wie sich das gewählte Externalisierungsmodell auf die Ressourcen für finanzielle Interventionen, Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben und auf die entsprechenden Humanressourcen (abgeordnete Beamte usw.) auswirkt).

Direktverwaltung durch die Kommission mit Statutspersonal.

## 6. Finanzielle Auswirkungen

### 6.1 Finanzielle Gesamtbelastung für Teil B des Haushalts (während des gesamten Planungszeitraums)

(Die Berechnung der Gesamtbeträge in der nachstehenden Tabelle ist durch die Aufschlüsselung in Tabelle 6.2 zu erläutern).

#### 6.1.1 Finanzielle Intervention

VE in Mio. € (bis zur 3. Dezimalstelle)

Aufschlüsselung	2002	2003	2004	2005	2006	2007 und folgende Haushaltsjahre	Gesamt
Massnahme 1	0,245	0,245	0,245	0,245	0,245	0,245	1,47
Massnahme 2							
usw.							
<b>Insgesamt</b>	0,245	0,245	0,245	0,245	0,245	0,245	1,47

6.1.1 Technische und administrative Hilfe, Unterstützungsausgaben und IT-Ausgaben  
(Verpflichtungsermächtigungen)

	Jahr n	n + 1	n + 2	n + 3	n + 4	n + 5 und Folgejahre	Gesamt
1) Technische und administrative Hilfe:							
a) Büros für technische Hilfe (BTH)							
b) Sonstige Formen der technischen und administrativen Hilfe: - intra-muros: - extra-muros: davon für Aufbau und Wartung rechnergestützter Verwaltungssysteme:							
Zwischensumme 1							
2) Unterstützungsaufgaben:							
a) Studien							
b) Sachverständigensitzungen							
c) Information und Veröffentlichungen							
Zwischensumme 2							
<b>Insgesamt</b>							

## 6.2 Berechnung der Kosten für jede zu Lasten von Teil B vorgesehene Einzelaktion (während des gesamten Planungszeitraums)<sup>2</sup>

(Werden mehrere Massnahmen durchgeführt, so sind zu den hierfür erforderlichen Einzelaktionen hinreichend detaillierte Angaben zu machen, um eine Schätzung von Umfang und Kosten der verschiedenen Teilergebnisse (Outputs) zu gestatten.)

VE in Mio. €(bis zur 3. Dezimalstelle)				
Aufschlüsselung	Art der Teilergebnisse/ Outputs (Projekte, Dossiers usw.)	Zahl der Teil-Ergebnisse/ Outputs (für die Jahre 1...n insgesamt)	Durchschnittskosten pro Einheit	Gesamtkosten (für die Jahre 1...n insgesamt)
	1	2	3	4 = (2x3)
<u>Massnahme 1</u> - Einzelaktion 1 - Einzelaktion 2  <u>Massnahme 2</u> - Einzelaktion 1 - Einzelaktion 2 - Einzelaktion 3 usw.				
Gesamtkosten				

Erforderlichenfalls ist die Berechnungsweise zu erläutern.

Bei der Berechnung des Betrags von 0,245 Mio. € wurde davon ausgegangen, dass alle Mitglieder des Internationalen Übereinkommens von 1989 über Jute und Juteerzeugnisse auch Mitglieder der Internationalen Studiengruppe für Jute von 2001 sind. Sollte sich der Beitritt eines Mitglieds verzögern, so könnte das Haushaltsdefizit in der Übergangszeit durch die anderen Mitglieder ausgeglichen werden. Sollten neue Mitglieder hinzukommen, so würde sich der Beitrag der Gemeinschaft entsprechend verringern

## 7. Auswirkungen auf Personal- und Verwaltungsausgaben

### 7.1 Auswirkungen im Bereich der Humanressourcen

Art der Mitarbeiter		Zur Durchführung der Massnahme einzusetzendes Personal: vorhandene und/oder zusätzliche Mitarbeiter		Gesamt	Beschreibung der Aufgaben, die im Zuge der Durchführung der Massnahme anfallen
		Zahl der Dauerplanstellen	Zahl der Planstellen auf Zeit		
Beamte oder Bedienstete auf Zeit	A	0,25		0,25	Eine ausführlichere Aufgabenbeschreibung kann erforderlichenfalls beigefügt werden.
	B	0,05		0,05	
	C				
Sonstige					
Insgesamt		0,3		0,3	

<sup>2</sup> Weitere Informationen sind den beigefügten Leitlinien zu entnehmen.



## 7.2 Finanzielle Gesamtbelastung durch die Humanressourcen

Art der Humanressourcen	Beträge (in €)	Berechnungsweise*
Beamte Bedienstete auf Zeit	32 400	0.25 x 108.000 €+ 0.05 x 108.000 €
Sonstige Humanressourcen (Angabe der Haushaltslinie)		
<b>Insgesamt</b>	<b>32 400</b>	

Anzugeben sind jeweils die Beträge, die den Gesamtausgaben für 12 Monate entsprechen.

## 7.3 Sonstige Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit der Maßnahme

Haushaltslinie (Nummer und Bezeichnung)	Beträge (in €)	Berechnungsweise
<b>Gesamtmittelausstattung (Titel A-7)</b> A-701 - Dienstreisen A-7030 - Sitzungen A-7031 - Obligatorische Ausschüsse <sup>(1)</sup> A-7032 - Nichtobligatorische Ausschüsse <sup>(1)</sup> A-7040 - Konferenzen A-705 - Untersuchungen und Konsultationen .... Sonstige Ausgaben (im einzelnen anzugeben)	3 170	Im Durchschnitt 5 Sitzungstage in Dhaka (Bangladesch) pro Jahr. Durchschnittliche Kosten pro Tag: 634 € einschliesslich Reise.
Informationssystem (A-5001/A-4300)		
<b>Andere Ausgaben – Teil A</b> (im einzelnen anzugeben)		
<b>Insgesamt</b>	<b>3 170</b>	

(1) Angabe von Kategorie und Gruppe des Ausschusses.

Anzugeben sind jeweils die Beträge, die den Gesamtausgaben für 12 Monate entsprechen.

I. Jährlicher Gesamtbetrag (7.2 + 7.3)	35 570 €
II. Dauer der Massnahme	6 Jahre
III. Gesamtkosten der Massnahme (I x II)	213 420 €

(Bei Abschätzung der für die Massnahme erforderlichen Humanressourcen und Verwaltungsmittel müssen sich die GD/Dienste an die Beschlüsse halten, die die Kommission bei der Grundsatzdebatte/APS und der Annahme des Haushalts-vorentwurfs(HVE) gefasst hat, d.h. sie müssen erklären, dass die für die Massnahme erforderlichen Humanressourcen im Rahmen der vorläufigen Vorabzuweisung, die bei Annahme des HVE festgelegt wurde, aufgebracht werden können.

Wenn geplante Massnahmen bei Aufstellung des HVE noch nicht vorhersehbar waren, muss ausnahmsweise die Kommission eingeschaltet werden, um zu entscheiden, ob und auf welche Weise (durch Anpassung der vorläufigen Vorabzuweisung, durch eine Ad-hoc-Umschichtung, durch einen Berichtigungs- und Nachtragshaushaltsplan oder ein Berichtigungsschreiben zum HVE) die vorgeschlagene Massnahme trotzdem durchgeführt werden kann.)

## **8. Überwachung und Bewertung**

### **8.1 Überwachung**

(Ab Einleitung einer Massnahme müssen alle erforderlichen Daten über eingesetzte Finanz- und Humanressourcen (Inputs), Teilergebnisse (Outputs) und erzielte Ergebnisse für ihre Überwachung gesammelt werden. Praktisch setzt dies folgendes voraus: i) die Festlegung von Input-, Output- und Ergebnisindikatoren, ii) die Festlegung von Methoden für die Datenerhebung.)

### **8.2 Modalitäten und Periodizität der vorgesehenen Bewertung**

(Hier ist anzugeben, wie und wie oft Zwischen- und Ex-post-Bewertungen durchgeführt werden sollen, um zu ermitteln, ob die Massnahme ihren Zielvorgaben gerecht wird. Bei Mehrjahresprogrammen muss mindestens eine umfassende Bewertung während der Gesamtlaufzeit des Programms stattfinden. Bei sonstigen Aktivitäten ist eine Ex-post- oder Halbzeitbewertung mit einer Periodizität von höchstens 6 Jahren durchzuführen.)

Die Dienststellen der Kommission arbeiten aktiv im Rat der Internationalen Studiengruppe für Jute mit. Dieser setzt die Beiträge zum Haushalt fest. Für den Verwaltungshaushalt, die Verwendung der Haushaltsmittel, den Jahresabschluss und die gefassten Beschlüsse sind die Mitglieder zuständig.

## **9. Betrugsbekämpfungsmassnahmen**

(In Artikel 3 Absatz 4 der Haushaltsordnung heisst es: «Um der Gefahr betrügerischer Handlungen und Unregelmässigkeiten vorzubeugen, macht die Kommission im Finanzbogen Angaben über die bestehenden oder in Aussicht genommenen Präventiv- und Schutzmassnahmen.»)

Die Kommission gewährleistet die Verfolgung der Verwaltung und der Haushaltsführung der Internationalen Studiengruppe für Jute.

Das Sekretariat der Internationalen Studiengruppe für Jute ist bereit, seine Bücher gegebenenfalls dem OLAF und jeder anderen Finanz- oder Rechnungsprüfungsdienststelle der Gemeinschaft zugänglich zu machen.